
in trinitate robur

Anhang

zu den

Gedanken und Erinnerungen

von

Otto Fürst von Bismarck

II



Stuttgart und Berlin 1901
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Aus

Bismarcks Briefwechsel



Stuttgart und Berlin 1901
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Alle Rechte, insbesondere das Ueberſetzungsrecht, vorbehalten

Inhaltsverzeichniß

Seite

1. Bismarck an Albert v. Below, 12. April 1848 . . 1

Das Votum des Landtags auf Bewilligung eines Credits von 40 Millionen Thaler ein Votum der Angst. David Hansemanns Allgewalt über den Beutel der Steuerpflichtigen.

2. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juni 1851 . . 2

Assessor Rudloff. Günstiger Verlauf der Warschauer Zusammenkunft. Kaiser Nicolaus als Gegner des Constitutionalismus. Unzufriedenheit Manteuffels mit dem Gange der Dinge in Frankfurt a. M. Oesterreich und Preußen am Bundestag: Oesterreich hat ein Interesse daran, alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, Preußen muß mit Gründen der Vernunft kämpfen.

3. Edwin v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1851 . 4

Die geringe Besoldung der preußischen Officiere ist in der Armeegeschichte traditionell. Die Hebung des preußischen Officierstandes kann weniger durch Geldzulagen als durch die Beseitigung der Ranggleichheit preußischer Officiere mit den Officieren anderer deutscher Contingente geschehen. Die russischen Großfürsten in Berlin.

4. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. Juni 1851 . 6

Manteuffel in vielfacher Hetze: russischer Besuch, dänische Verhandlung, kurhessische Verfassungsfrage, Besetzung von Ministerien. Personalien. Preußen und Oesterreich am Bunde in Mißtrauen gegen einander.

5. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 11. Juli 1851. . 7

Der König hat die Abberufung Rochows und die Ernennung Bismarcks zum Bundestagsgesandten genehmigt. Ungeschicklichkeiten v. Klützows in Behandlung der ständischen Fragen; Verstöße der Kreuzzeitung und ihre extremen Forderungen. Ihre Kriegserklärung gegen Manteuffel, von dem sie als Zeichen der Unterwerfung die Entlassung Quehls fordert. Rudloffs Ausfall gegen die Kölnische Zeitung. Bitte an Bismarck, vor dem Eintritt ins Amt noch einmal in Berlin zu nothwendigen Besprechungen zu erscheinen.

Seite

6. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. Auguſt 1851 . 11

Der König hat gegen Bismarcks Abſicht, ihm bis nach Mainz entgegenzukommen, nichts zu erinnern.

7. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 28. Auguſt 1851 . 11

Die Kammerwahl in Brandenburg. Verhandlungen des Miniſteriums mit einzelnen Mitgliedern der Provinziallandtage ſind unmöglich. Weſtphalen und Klützow ſind keine politiſchen Köpfe, und auf den Landtagen ſelbſt iſt die Ungeſchicklichkeit heißſporniger Rittergutsbeſitzer zu fürchten. Sollen ſich die Kammern dem Ausſpruch der Landtage beugen, ſo müſſen die Landtage einmüthig ſein. Eine Rechtsverwahrung der Rittergutsbeſitzer iſt nicht bei den Landtagen, ſondern bei König und Staatsminiſterium anzubringen. Geringe Betheiligung an den Wahlen; Weiterwuchern des conſtitutionellen Geiſtes.

8. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. September 1851 14

Einverſtändniß des Miniſters mit dem Verfahren Bismarcks in Sachen des Austritts der preußiſchen Oſtſeeprovinzen aus dem Bunde. Sächſiſche Inſinuationen gegen den preußiſchen Antrag und ihre Einwirkung auf den König. Ermächtigung Bismarcks, eventuell die rauhe Seite herauszukehren. Oeſterreichs Aufforderung an Preußen, die Verfaſſung zu brechen. Angſt des Königs vor den Kammern im Hinblick auf den für 1852 erwarteten déluge général. Manteuffels Rath: den Kammern gegenüber keine Schwäche und Nachgiebigkeit zu zeigen und ohne Verfaſſungsbruch das Mittel der Auflöſung anzuwenden. Beſorgniß des Königs vor der von der Bethmann-Hollwegſchen Partei geplanten Gründung einer neuen Zeitung. Graf R. v. d. Goltz als Verfaſſer des Programms.

9. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. October 1851 . 17

Ein merkwürdiger Erlaß des Fürſten Schwarzenberg; ſeine Beantwortung durch Manteuffel.

Anlage:

Fürſt Schwarzenberg an Freiherr v. Prokeſch-Oſten, 20. September 1851 18

Die günſtige Aufnahme der Kaiſerlichen Handſchreiben über die Regierungsform in Oeſterreich bei dem Könige von Preußen erweckt die Hoffnung, daß Preußen darin einen neuen Beweggrund zu engſter Verbindung mit Oeſterreich erkennen wird. Die übrigen deutſchen Staaten ſind über die Rückkehr Oeſterreichs zum Abſolutismus ſehr erfreut und verleugnen nicht den Wunſch, aus der Beſeitigung des Repräſentativſyſtems in Oeſterreich Vortheil für ihre eigenen

Seite

schwankenden Verhältnisse zu ziehen, vorausgesetzt, daß die beiden deutschen Großmächte mit gleichmäßigem Beispiele vorangehen. Die Hoffnungen der Umsturzpartei auf einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen werden zu Schanden werden, wenn auch in Preußen der Wille des Königs die Richtung der Politik bestimmen wird. Einladung zu einem Gedankenaustausch im Sinne dieser Betrachtungen.

10. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. October 1851 . 21

Hannöversche Mahnung an Preußen, die hannöversche Regierung in Erfüllung eines Herrn Klenze gegebenen Versprechens in der Verfassungsfrage zu unterstützen. Antwort Manteuffels wohlwollend, doch ohne Verbindlichkeit, die Frage aus anderen als rechtlich-politischen Gründen zu behandeln. Ungünstige Nachrichten aus Kopenhagen: Sieg der eiderdänisch-demokratischen Partei in Aussicht. Diner zu Ehren des Königlichen Geburtstags.

11. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 13. October 1851 23

Klenzes Ansicht von der Pflicht Preußens, um des Vertrags vom 7. September willen das Ministerium Münchhausen bei seinen Discussionen mit den Provinzialständen unterstützen zu müssen, ist rein individuell. Der finanzielle Werth des Vertrags und seine politische Bedeutung für die Conservativen Hannovers. Das Ministerium Münchhausen fühlt sich durch die Beschwerde der Landstände und die Behandlung des Bundestags nicht bedroht, sofern der letztere in seinen Beschlüssen der hannöverschen Regierung gegenüber in milden Formen auftritt.

12. General v. Rochow an Bismarck, 1. November 1851 25

Die lederne Tretmühle in der Eschenheimer Gasse. Wien und Berlin verständigen sich leichter mit einander als die Vertreter der beiden Großmächte in Frankfurt a. M. Ein faules Ei des Herrn v. Beust in Bezug auf den Hannoververtrag. Politische Wichtigthuerei des Herrn v. Beust, der zwischen Preußen und Oesterreich gern den Vermittler spielen möchte. An eine Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein ist noch nicht zu denken. Zur Charakteristik der Bundestagsgesandten. Die demokratische Richtung des Kopenhagener Cabinets hat Rußland auf Preußens Seite geführt. Personalien. Nothwendigkeit einer Oberpolizeibehörde für Deutschland.

13. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 28

Das dänische Cabinet geht nicht darauf ein, dem Herzog von Augustenburg eine eventuelle Succession nach dem Aussterben der männlichen Descendenz des Prinzen Christian

Seite

einzuräumen. Die Anerkennung des Prinzen Christian und seiner Descendenz hat das Verdienst der Einfachheit, jede Stipulation zu Gunsten des Augustenburgers zwingt zur Regulirung anderer Erbschaftsfragen und gefährdet die durch europäische politische Interessen gebotene Integrität der dänischen Monarchie: Bereitwilligkeit des Ministers Bluhme, auf die von Preußen, Oesterreich und Rußland geltend gemachten Wünsche einzugehen. Der Herzog von Augustenburg muß sich dem Rathe des preußischen Königs fügen. Differenz in der Berechnung der Abfindungssumme.

14. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 29

Ein Schreiben des Grafen Nostitz über sächsische Machinationen gegen den Anschluß Hannovers an den Zollverein. — Bodelschwinghs Tenacität.

Anlage:

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel 30

Beusts Antrag auf eine Besprechung mit Minister v. Münchhausen und Münchhausens Antwort. Intriguen gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover und den Zollverein überhaupt, den man zu einer Sache des Bundes zu machen bestrebt ist, um dem Bundestag bei der Neuorganisation Einfluß zu verschaffen. Gesundheitszustand des Königs Ernst August.

15. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 13. November 1851 32

Anstellung eines Polizeiagenten in Frankfurt a. M. Schellwitz' Versetzung nach Schlesien, Oppermanns Ernennung zum Dirigenten der landwirthschaftlichen Abtheilung in Merseburg. Westphalen und v. Klützow, Angriffsobjecte für die Kammern.

16. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. November 1851 35

Empfehlung des Staatsanwalts Meyer. Die Frankfurter Behörden müssen in gutem Zuge erhalten werden bei Verfolgung der auf den Umsturz Preußens gerichteten Conspirationen.

17. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. November 1851 36

Die deutsche Flotte und die Deutschthümler. Beschwerde Manteuffels bei Fürst Schwarzenberg über preußenfeindliche Machinationen. Die Einigkeit der beiden Großmächte ist die Voraussetzung des Gedeihens Deutschlands. Charakteristik Oesterreichs: bei unmäßiger Größe und Kraft häßliche Krankheitsformen. Was folgt daraus für den Verkehr Preußens mit Oesterreich? Die Folgen eines Zusammenbruchs Oesterreichs müssen für Europa verhängnißvoll sein. Fürst Schwarzenberg der einzige Mann, der Oesterreich noch zusammen-

Seite

hält, ihn zu stürzen liegt nicht in Preußens Interesse. Der Bundestag nicht die Form, aus Deutschland etwas zu machen, aber das Mittel, den inneren Zerfall zu verdecken und ein fester Punkt für die kleinen Staaten. Ersuchen, zur Präsidentenwahl in der Kammer zu erscheinen. Graf Th. zu Stolberg.

18. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 40

Aufforderung zur Anwesenheit bei der Präsidentenwahl.

19. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 40

Einladung, bei dem Minister während des Berliner Aufenthaltes Quartier zu nehmen. Die Thronrede wird kein Wort von auswärtiger Politik enthalten, da die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht machen können.

20. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. December 1851 41

Personalien. Bitte, gegenüber den kleinlichen Intriguen am Bundestag kaltes Blut zu bewahren. Beschwerde bei Fürst Schwarzenberg ist eingelegt. Annäherung Oesterreichs an Louis Napoleon, der zur Beseitigung der Verfassung in Sardinien und zur Einmischung in Belgien gestachelt wird. Auch gegen Rußland sucht Oesterreich Frankreich aufzureizen. Preußens Stellung zu Rußland und England ist gegeben; doch neigt der König um Neuenburgs willen zur Gemeinschaft mit Frankreich. Aufforderung, zur Besprechung aller schwebenden Fragen nach Berlin zu kommen.

21. Otto v. Manteuffel an Bismarck, ? Januar 1852 . 44

Rückgabe von Briefen des Herrn v. Schele und des Grafen Thun. Zustellung eines v. Canitzschen Schreibens.

22. Bismarck an Otto v. Manteuffel, ? Februar 1852 . 45

Staatsrath Fischer als Vertrauensmann der altconservativen Partei in Oesterreich. Angriffe auf den Fürsten Windischgrätz wegen seines Feldzugs in Ungarn und seine Vertheidigungsschrift. Bitte, den Sympathien des Fürsten Windischgrätz für Preußen durch eine günstige oder wohlwollende Beurtheilung seiner Selbstvertheidigung in den militärischen Zeitschriften entgegenzukommen. Gereiztheit des österreichischen Adels über die zugefügten materiellen Verluste.

Anlage:

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer, 27. December 1851 47

Im Kampfe zwischen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen muß der Conservative dem unbeweglichen den Sieg wünschen. Dazu ist der Freihandel das Mittel, der Schutzzoll der Weg, zum Freihandel zu gelangen. Abfällige

Seite

Beurtheilung eines Artikels des Grafen Wurmbrandt durch die Kreuzzeitung. Preußens Haltung in der Zollfrage ist durch politische Erwägungen bestimmt. Preußen erstrebt das Aufgehen Deutschlands in Preußen. Was ist Deutschland? Seit der Reformation giebt es kein wahres Deutschland mehr. Oesterreich erstrebt ein engeres Bündniß, ausgedehnt auf größere Staaten, und will um des guten Zweckes willen diesen mitteleuropäischen Bund Deutschland nennen lassen. Der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland bricht dem Katholicismus in Deutschland das Genick und gefährdet die Selbständigkeit der kleineren Staaten. Im Interesse der österreichischen conservativen Partei liegt es, wenn die Conservativen Preußens gegen den österreichischen Zollverein nicht Opposition machen.

23. Hausminister Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. April 1852 50

Glückwunsch zum Geburtstag: der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen die Freundeshand.

24. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. April 1852 . 51

Die Betheiligung des Bundes an den Londoner Conferenzen gestattet weder England, noch dient sie dem preußischen Interesse. Bitte, sich über die geäußerten Bedenken auszusprechen und im Falle des Einverständnisses die Gründe in den Berichten aus den Frankfurter Verhältnissen heraus zu reproduciren.

25. Graf v. Nostitz an Bismarck, 6. April 1852 . . . 52

Der Tod des Fürsten Schwarzenberg, ein wichtiges Ereigniß für Preußen. Ansichten des Herrn v. Schele hinsichtlich eines allgemeinen deutschen Preßgesetzes.

26. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. April 1852 . 53

Bitte um baldige Erstattung eines amtlichen Berichts über die Londoner Convention im Sinne des Privatschreibens.

27. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . 54

Der Besuch der Seelmesse für den Fürsten Schwarzenberg durch den preußischen Bundestagsgesandten in amtlicher Eigenschaft ist nicht angemessen.

28. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . 54

Dank für das Privatschreiben vom 7. April. Bevorstehende Eröffnung des Berliner Zollvereinscongresses: Preußen wird mit Hannover eine starke Ermäßigung der Eisenzölle vorschlagen. Der König wünscht, daß Bismarck den Grafen Nesselrode kennen lerne und deshalb nach Berlin komme.

Seite

29. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. April 1852 . 56
Mittheilungen über den Kaufmann Weck. Unzufriedenheit des Königs mit der Eröffnungsrede Manteuffels. Bunſens Theorie von der zukünftigen Organiſation Europas.

30. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. April 1852 . 58
Ueberſendung eines Königlichen Handſchreibens, das Bismarck zur Verhandlung über die Pairiebildung nach Berlin ruft. Gäſte beim Abendconcert im Schloſſe. Klage über des Königs Inconſequenz, Willkürlichkeiten, ſchlechte Laune. Inhalt der Darmſtädter Verabredungen.

31. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. April 1852 . 60
Meldung des Beginns der Verhandlungen über Bildung der Erſten Kammer.

32. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 . 60
Verſchiebung des Termins der Verhandlungen.

33. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 24. April 1852 . 61
Laſſen ſich nicht zwingende Gründe finden, Bismarcks Fernbleiben von Berlin zu rechtfertigen?

34. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 . 61
Zwingende Gründe laſſen ſich nicht finden.

35. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. April 1852 . 62
Meldung der Ankunftszeit.

36. Karl v. Manteuffel an Bismarck, ? April 1852 . . 62
Amendement des Grafen Burghauſen, betr. die Bildung der Erſten Kammer.

37. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. Mai 1852 . 62
Aufforderung nach Berlin zu kommen, um dem Kaiſer Nicolaus vorgeſtellt zu werden.

38. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 29. Mai 1852 . 63
Bitte um Entſchuldigung wegen Oeffnung eines an Bismarck gerichteten Briefes.

39. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 3. Juni 1852 63
Weiſung, ſich in Vertretung des Grafen Arnim nach Wien zu begeben.

40. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. Juni 1852 . 64
Eine Befragung des Königs betr. der Aushändigung des Königlichen Handſchreibens an den Kaiſer iſt zur Zeit unmöglich. Des Miniſters Rath iſt, auf der Reiſe nach Ungarn nicht zu beſtehen und den Brief durch ſichere Beförderung dem Kaiſer zuzuſtellen. In der Zollſache hat Oldenburg acceptirt,

Seite

Hannover sucht noch Preußen zur Nachgiebigkeit gegen Oesterreich zu bestimmen. Herr v. Klindworth in Berlin im Auftrage des Königs von Württemberg. Gründe der Ablehnung der württembergischen Vorschläge. Oesterreich ist jeder Nachgiebigkeit gegen Preußen abgeneigt. Der vorläufige Zerfall des Zollvereins würde Preußen die eigenmächtige Regelung seines Tarifs gestatten. Weisung für Bismarck: das Verhandeln nicht zu sehr zu suchen, sondern nach Constatirung der Willfährigkeit es an sich kommen zu lassen. Personalbemerkungen: Graf Grünne, Graf Platen, Linden. Bitte um Vorsicht im Gasthof und gegen v. Hinckeldey.

41. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. Juni 1852 . 68

Die Darmstädter Coalition hat Frankreichs Beistand nachgesucht und dagegen das Versprechen der Neutralität in allen zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten vorkommenden Collisionsfällen gegeben.

42. Résumé d'une conversation du Comte Nesselrode avec le Comte de Buol 69

Oesterreich wünscht nicht die Auflösung, sondern die Ausdehnung und Befestigung des Zollvereins, gönnt auch Preußen das Uebergewicht über die kleinen Staaten; es wünscht nur eine Prüfung seiner Vorschläge nach Handelsvertrag Lit. A und Verhandlungen mit Preußen darüber während der Dauer der Zollvereinsverhandlungen. Hinsichtlich des Handelsvertrages Lit. B zwischen dem Zollverein und Oesterreich ist letzteres zufrieden, wenn Preußen sich den Verhandlungen nicht widersetzt, sondern für später wohlwollende Prüfung verheißt. Die auf dem Wiener Zollcongreß vertretenen Staaten glauben an die Möglichkeit eines Vertrages nach Schema Lit. A, sowie in Zukunft nach Lit. B. Warum versagt sich Preußen einer von ganz Deutschland verlangten Prüfung der Frage?

43. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. Juni 1852 . 71

Das Schreiben v. Scheles scheint einigermaßen unter russischem Einflusse geschrieben zu sein und klingt an das Résumé an. Schele ist über das österreichische Intriguenspiel aufzuklären. Die Antwort auf die preußische Erklärung vom 7. Juni ist in München formulirt und mit Herrn v. Prokesch besprochen worden. Hannover denkt nicht an Rücktritt vom Septembervertrag. Schmähliche Haltung des Ministeriums gegenüber der Kammer. Weisung an Bismarck, freundlich und eingehend zu sein, aber allen festen Engagements zu entschlüpfen. Der Schein des Bruchs ist zu vermeiden; der Urlaub genehmigt. Entsendung Rochows an das Hoflager des Königs von Württemberg. Eine neue Erklärung Preußens in der Zollconferenz.

Seite

44. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juni 1852 . 75

Verſchiedenheit des Standpunktes in Wien und Berlin: Oeſterreich ſtellt den politiſchen Zweck an die Spitze des Zollvereins, Preußen ſucht durch den materiellen Vortheil des Zollvereins den politiſchen Zuſammenſchluß homogener Staaten zu erreichen. Oeſterreich will auch die heterogenſten Theile, eventuell durch einen der Bundesacte widerſprechenden Zwang, zuſammenſchmieden.

Anlage:

Graf Buol an Miniſter v. Manteuffel, 21. Juni 1852 76

Würdigung der Entſendung Bismarcks nach Wien. Uebler Eindruck der in Berlin ausgeſprochenen Ablehnung der von den deutſchen Regierungen vorgeſchlagenen Zolleinigung mit Oeſterreich. Der von Preußen vorgeſchlagene Weg bietet wegen der daran geknüpften Bedingung einer vorhergehenden Umgeſtaltung und Erweiterung des Zollvereins größere Schwierigkeiten als der öſterreichiſche Antrag auf Anerkennung des Princips der Einigung mit Oeſterreich. Letzteres legt auf die Erweiterung des Zollvereins durch Aufnahme Oeſterreichs großen Werth, nicht aus finanziellen, ſondern aus politiſchen Gründen, da auf die Dauer eine der beiden deutſchen Großmächte nicht neben dem Bunde ſtehen darf. Haltbares in Deutſchland kann nur aus dem Zuſammenwirken von Oeſterreich und Preußen hervorgehen; will Preußen die materielle Spaltung durch Ausſchluß Oeſterreichs verlängern, ſo muß das die politiſche Einigung der deutſchen Staaten bedrohen.

45. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Juli 1852 . . 80

Urlaubsbewilligung.

46. Graf Platen an Bismarck, 8. Juli 1852 81

Graf Buols Anſicht von Platens Vermittelungsvorſchlag: annehmbar, wenn die Staaten der Darmſtädter Coalition zu den Verhandlungen zugezogen werden. Bitte, den Vorſchlag der preußiſchen Regierung zu unterbreiten.

47. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1852 . 82

Desavouirung falſcher Gerüchte. Schädlichkeit des Neſſelrodeſchen Vermittelungsvorſchlags. Baron Prokeſch als Verfaſſer hämiſcher Artikel gegen Preußen. Klenzes Verdächtigungen Bismarcks.

48. Graf Platen an Bismarck, 30. Juli 1852 84

Bitte um Auskunft über das angebliche Zerwürfniß zwiſchen Manteuffel und Bismarck. Bevorſtehende Ankunft Beuſts. Platens Vermittelungsvorſchlag und Berichtigung einer mißverſtändlichen Auffaſſung. Perſonalien.

Seite

49. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. Auguſt 1852 . 85
Glückwunſch zur Geburt des zweiten Sohns und Annahme der Pathenſchaft.

50. Graf Platen an Bismarck, 13. Auguſt 1852 . . . 86
Indiscrete Mittheilungen, die Platen zur Laſt gelegt werden. Ueberweiſung von Auszügen aus den amtlichen Berichten.

51. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. Auguſt 1852 . 91
Gruß an Junker Wilhelm. Dummen Klatſchereien iſt Manteuffel nicht zugänglich. Die beabſichtigte Berufung des Generals v. Radowitz zum Chef des Militärbildungsweſens würde Manteuffel zur Einreichung ſeiner Demiſſion nöthigen. Württembergs Uebertritt zu den Darmſtädtern.

52. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. September 1852 92
Vertretung Manteuffels bei der Taufe. Feſtes Auftreten Preußens in der Zollſache, auch gegen Württemberg. Bismarcks Urlaubsgeſuch.

53. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. September 1852 94
Die Münchener Erklärung ſchlau und dehnbar gefaßt, für Preußen aber nicht annehmbar. Graf Noſtitz als Befürworter hannöverſcher Vermittelungsgelüſte. Entſendung des Grafen Alvensleben nach Hannover, v. Roſenbergs nach Darmſtadt. Klindworths Ruf ſchlimmer als er verdient.

54. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. September 1852 95
Die Notiz des Preußiſchen Wochenblatts über die Luxemburger Angelegenheit Gegenſtand polizeilicher Ermittelungen. Geheimrath Matthies als wahrſcheinlicher Verfaſſer auf Grund Frankfurter Mittheilungen aus der preußiſchen Geſandtſchaftskanzlei. Erſuchen, weitere Nachforſchungen anzuſtellen. Anlage: Zwei Polizeiberichte über die Mitarbeiter des Preußiſchen Wochenblatts und ihre Verbindungen.

55. v. d. Schulenburg an Bismarck, 28. September 1852 101
Taufeſt im Hauſe Bismarck. Beitritt Kurheſſens zu den bayeriſchen Propoſitionen in Sachen des Zollvereins. Haſſenpflugs Proteſtationen kaum ehrlich gemeint. Man hofft auf Hannovers Rücktritt vom Septembervertrag; die Bevölkerung Kurheſſens aber ſteht zu Preußen. Kurheſſiſche Wünſche und Zumuthungen an Preußen.

56. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. October 1852. 103
Graf Thuns Verſetzung als Geſandter nach Berlin iſt angenommen worden, ſein Nachfolger in Frankfurt a. M. noch

Seite

nicht bestimmt. Hohe Meinung des Königs vom Werthe des Bundestags; abweichende Ansicht des Ministers. Ein Auftrag für Klindworth. Ein Memoire in der Zollangelegenheit als Erwiderung eines österreichischen Memoires. Verblümte Andeutungen Buols wegen einer privaten Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich. Verlegenheit des Ministers. Umkehr Württembergs unter russischem Einflusse. Unhaltbarkeit des österreichischen Tarifs. Allein zu bleiben hat für Preußen nichts Bedenkliches. Bismarcks Wahl in die Kammer.

57. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. November 1852 107

Stand der Zollangelegenheit: österreichische Redensarten von einer Verständigung, die Preußen nicht wolle. Herabstimmung der österreichischen Forderungen. Voraussetzung der Verhandlungen mit Oesterreich ist die Reconstitution des Zollvereins. Hannovers Haltung, seine preußenfeindliche Einwirkung in Oldenburg und Braunschweig. Antinapoleonische Gesinnung des Königs, englisches Memorandum gegen die Ziffer III.

58. Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg an Bismarck, 5. December 1852 . . 110

Mittheilung von einer Reise nach Coburg.

59. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. December 1852 111

Antrag der Rothschilds in Frankfurt auf Verleihung des Titels Hofbanquier. Ersuchen um Berichterstattung.

60. Friedrich Wilhelm IV. an Otto von Manteuffel, 2. Januar 1853 113

Die Einführung des dänischen Commandos beim holsteinischen Contingent darf der Deutsche Bund nicht dulden.

61. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. Januar 1853 . 113

Ernennung Prokeschs zum österreichischen Bundestagsgesandten. In Paris verweigert man die Annahme der russischen Creditive. — Glückwunsch zum neuen Jahre.

62. Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck, 18. Januar 1853 114

Begrüßung Bismarcks bei Uebernahme der Präsidialstellung: Absichten und Hoffnungen.

63. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 1. Februar 1853 . 116

Der König befiehlt dem General v. Herwarth mit dem preußischen Officiercorps dem Feldmarschall-Lieutenant v. Prokesch Besuch zu machen. Thorheit der Kreuzzeitungsartikel gegen das französische Kaiserthum: Preußen darf nicht im Schlepptau Oesterreichs und Rußlands gehen, sondern muß sich suchen, aber auch finden lassen.

Seite

64. Freiherr v. Prokeſch-Oſten an Bismarck, 14. Febr. 1853 118
Ein Artikel der Kölniſchen Zeitung: legale Giftbereitung.

65. Quehl an Bismarck, 11. März 1853 120
Einverſtändniß des Miniſters mit Bismarcks Verfahren gegenüber Prokeſch. Oeſterreichs Wunſch nach einem gemeinſchaftlichen Proteſt gegen England wird abſchlägig beſchieden werden. Mit Bayern ſind freundliche Beziehungen zu unterhalten. Freude Quehls über die Uebereinſtimmung zwiſchen Miniſter und Geſandten. Anfeindungen Manteuffels durch die doctrinär-feudal-pietiſtiſche Partei und durch kurzſichtige oder ränkeſüchtige Collegen. Mangel an Activität gegen unbrauchbare Freunde und gefährliche Gegner: Preußens Action nach außen darf nicht durch inneres Siechthum aller Baſis beraubt werden.

66. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. März 1853 . 123
Verkauf zweier zur deutſchen Flotte gehörigen Schiffe. Einvernehmen Manteuffels mit Bismarcks Auffaſſung von der Stellung Preußens zu Oeſterreich. Für Preußen empfiehlt ſich die Schonung der mittleren deutſchen Staaten, damit ſie die preußiſche Führung ſuchen. Abfällige Kritik des Prinzen von Preußen. Neue Schwierigkeiten von Seiten Hannovers. Erkrankung der Frau v. Manteuffel. Erwählung des Prinzen Karl zum Herrenmeiſter des Johanniterordens. Graf Thun, die öſterreichiſche Note gegen England und Preußens ablehnende Haltung.

67. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 30. Mai 1853 . . 126
Charakteriſtik der Mitglieder des Bundestags und ihrer Stellung zu Preußen.

68. Freiherr v. Prokeſch an Bismarck, 3. Juni 1853 . 141
Ein Vorſchuß für den Ulm-Raſtatter Baufonds.

69. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 12. September 1853 142
Ein Mißverſtändniß in den Regionen des Prinzen von Preußen.

70. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., ? September 1853 143
Was beſtimmte Bismarck zu den Mittheilungen an den Prinzen von Preußen?

71. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Januar 1854 . 144
Kriegsdrohungen im Oſten. Miſerable Rolle Oeſterreichs, widerſpruchsvolle Haltung Buols. Pourtalès' Sendung nach London. Spaltung im engliſchen Cabinet. Der Befehl an

Seite

die Flotte zum Einlaufen ins Schwarze Meer wird vermuthlich die ruſſiſche Kriegserklärung nach ſich ziehen. Kammervorlagen. Beuſt in Berlin.

72. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. Januar 1854 147

Bismarcks Sendung nach Karlsruhe kann erſprießlich für das Verhältniß Preußens zu Baden ſein. Bedenken gegen eine Verhandlung Badens mit Rom, nachdem der Papſt für die Biſchöfe Partei genommen hat. Ruhiges Abwarten imponirt, jede Beeiferung zur Beilegung des Streites wird als Schwäche gedeutet werden. Bedeutung des Ausgangs des oberrheiniſchen Kirchenconflicts für die Stellung der ultramontanen Partei in Deutſchland und der proteſtantiſchen Regierungen zur katholiſchen Kirche.

73. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. Februar 1854 152

Bitte um baldiges Erſcheinen in Berlin.

74. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 5. Februar 1854 153

Erneute Bitte um Erſcheinen auf dem Berliner Kampfplatz.

75. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. Februar 1854 154

Oeſterreichs Ultimatum an Rußland.

76. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Februar 1854 154

Vertragsabſchluß zwiſchen Oeſterreich und Frankreich.

77. Handſchriftliche Notizen Bismarcks, ? März 1854 . 154

Preußens Intereſſen ſind defenſiver Natur, ein Bündniß mit Oeſterreich nur möglich, wenn Oeſterreich neutral bleiben will. Militäriſchen Beiſtand kann Oeſterreich nur verlangen, wenn Deutſchland ohne öſterreichiſche Provocation in Kriegsgefahr geräth.

78. Entwurf von Bismarcks Hand zu einer Erklärung in der Kammer, März 1854 156

79. Entwurf von Manteuffels Hand zu einer Anſprache an die Kammern, März 1854 160

80. Freiherr v. Roſenberg an Bismarck, 7. April 1854. 162

Entwurf eines öſterreichiſch-preußiſchen Schutz- und Trutzbündniſſes auf Grund gegenſeitiger Garantie für die außerdeutſchen Provinzen. Der Bund ſoll zum Beitritt aufgefordert werden. Verhüllte Miniſterkriſis in Berlin.

Seite

81. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., 25. April 1854 164

Ergebung des Prinzen von Preußen in die Willensmeinung des Königs unter Verurtheilung jedes Proteſtes im Namen der Armee. Bereitwilligkeit des Prinzen, durch ein Schreiben an den König den letzten Reſt der Verſtimmung zu beſeitigen.

82. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. April 1854 . 166

Drohendes und drängendes Auftreten der Weſtmächte in Berlin. Graf Eſterhazy. Wunſch des Prinzen von Preußen, von der Großherzogl. heſſiſchen Regierung in Mainz ein Regierungsgebäude als Wohnung angeboten zu erhalten.

83. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. April 1854 . 168

Der Vertrag mit Oeſterreich ein fait accompli, aber ohne allzu ſtarke Verbindlichkeit für Preußen. Werth des Bündniſſes gegenüber Rußland und Oeſterreich und ein Schutz gegen den Druck der Weſtmächte. Bunſens Entfernung vom Londoner Poſten.

84. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Mai 1854 . . 170

Befehl des Königs an Bismarck, zur Beſprechung über die Behandlung des preußiſch-öſterreichiſchen Bündniſſes am Bund in Berlin zu erſcheinen.

85. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. Mai 1854 . 171

Sendung des Grafen Alvensleben nach Wien und ſeine Berichte: Oeſterreich wünſcht den Krieg mit Rußland zu vermeiden und den Druck der Weſtmächte auf Preußen abzuleiten. Die öſterreichiſchen Aushebungen und Rußlands Gegenmaßregeln. Kaltes Blut und nicht zu viel Handlung muß preußiſches Programm ſein. Die franzöſiſche Flotte bei Kiel.

Anlage:

Graf Noſtitz an Otto v. Manteuffel, 26. Mai 1854. 173

Preußens Politik muß ſein, Oeſterreich von jedem Schritte, der zur Action führen könnte, abzuhalten und in Colliſionsfällen zwiſchen Rußland und Oeſterreich zu vermitteln. Das Bündniß vom 20. April iſt die richtige Baſis für eine ſolche Friedenspolitik.

86. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1854 . . 175

Die Bamberger Beſchlüſſe und ihre Beantwortung. Oeſterreichiſche Auslegung des Zuſatzartikels. Klage des Kaiſers über Preußens Rückſtändigkeit hinſichtlich der Rüſtungen. Buols Raiſonnement: Oeſterreich und Deutſchland müſſen die Weſtmächte gegen Rußland unterſtützen, ſonſt wird der Friede

Seite

auf Oeſterreichs und Deutſchlands Koſten geſchloſſen werden. Rußland will keine Erweiterung ſeines Gebietes, wohl aber Ausdehnung ſeines Protectorats über die europäiſche Türkei und dann über Deutſchland. Dem muß entgegengetreten werden, indem man es ſo bald als möglich Frieden zu ſchließen nöthigt.

87. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. Juni 1854 . 179

Eine erobernde Politik für Preußen ſaure Trauben. Das Bündniß vom 20. April iſt auf die Initiative des Königs zurückzuführen; nachdem es geſchloſſen iſt, muß man es ſich nutzbar machen, indem man ſich nicht ziehen und zerren läßt. Das Bündniß iſt auch ein Rußland erwieſener Dienſt. Oeſterreichs Verhalten iſt bisher correct. Unkluges Vorgehen der Bamberger. Ungünſtige Nachrichten vom Kriegsſchauplatze. Umſtimmung der Prinzeſſin von Preußen.

88. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Juni 1854 . 182

Neigung der Bamberger, einzulenken und dem öſterreichiſch-preußiſchen Bündniß beizutreten. Abſicht der Bamberger Juriſten, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oeſterreich ſich abermals zu verſammeln. Uneinigkeit im Lager der Mittelſtaaten. Anregung eines Fürſtencongreſſes in Brüſſel. Miſſion des Oberſten Kowalewski. Heidelberger Zuſammenkünfte und Umtriebe des Freiherrn v. Burſian. Beſuch des Königs Ludwig von Bayern in Coblenz.

89. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 3. Juli 1854 . . 186

Einverſtändniß aller Mittelſtaaten mit Ausnahme Württembergs zum Bündniß vom 20. April. Eine engliſche Note an die bayeriſche Regierung. Einrücken der Oeſterreicher in die Walachei.

90. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juli 1854 . . 187

Günſtige Aufnahme der ruſſiſchen Antwort in Wien. Erbitterung in England gegen Preußen.

91. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 9. Juli 1854 . 188

Günſtige Aufnahme der ruſſiſchen Antwort auf die preußiſche Note in Berlin. Der Kurheſſiſche Verfaſſungsſtreit. Geneigtheit, Landau ganz an Bayern zu überlaſſen.

92. Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck, 10. Juli 1854. 190

Oeſterreich hat ſich erboten, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken.

93. Graf Wrſchowetz an Bismarck, 19. Juli 1854 . . 191

E. Manteuffel geht als Träger der ruſſiſchen Antwort nach Wien und München.

Seite

94. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Juli 1854 . 191

Die öſterreichiſche Antwort auf die preußiſche Depeſche vom 15. Juli. Ein Immediatbericht des Grafen Alvensleben: Unklarheit des gemachten Vorſchlags. Bericht E. Manteuffels aus Wien. Einrücken des Generals Heß in die Walachei.

95. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. Juli 1854. . 195

Der Zeitpunkt zur Mittheilung der ruſſiſchen Antwort an die Bundesverſammlung iſt eingetreten; bei der Schwerfälligkeit des Geſchäftsganges am Bunde iſt ſchnelles Vorgehen nützlich. Eine Betheiligung des Bundes an den Wiener Conferenzen iſt bedenklich, von den Mittelſtaaten auch nicht gewünſcht. Die öſterreichiſche Politik, die mehr und mehr ehrgeizig und kriegeriſch wird, kann nur im Zaume gehalten werden durch die öffentliche Kundgabe, daß muthwilliges Händelſuchen mit Rußland Preußen und den Bund nicht zur Unterſtützung Oeſterreichs verpflichtet. Preußen muß den Mittelſtaaten Anlehnung gewähren und die wirklichen deutſchen Intereſſen kräftig vertreten. Feindſchaft Oeſterreichs und der Ultramontanen gegen Preußen. Preußen darf eine Vergrößerung Oeſterreichs nicht zugeben, wenn es nicht im gleichen Maße wächſt. Weſtmächtliche Pläne einer Herſtellung Polens, Oeſterreich ſteht dieſer Frage nicht abſolut verneinend gegenüber, da die Herſtellung Polens ſeinem Syſtem bedeutende Vortheile bietet.

96. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juli 1854. . 203

Der preußiſche Standpunkt in der orientaliſchen Frage iſt für die mittleren und kleinen deutſchen Staaten ſehr angenehm. Ihre Hinneigung zu Preußen aber iſt nur temporär, ein Product der Furcht; beim Eintritt großer politiſcher Kataſtrophen werden ſie von Preußen abfallen. Kommt es zu einem großen Kriege, ſo gehen ſie ihrem Untergang entgegen. Preußen kann Bürgſchaften für den Fortbeſtand der Staaten in ihren jetzigen Verhältniſſen nicht übernehmen.

97. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 3. Auguſt 1854 205

Prokeſch weigert ſich, die ruſſiſche Antwort ohne Ermächtigung durch Bismarck dem Ausſchuß der Bundesverſammlung vorzulegen. Die Mobiliſationsforderungen in der öſterreichiſchen Circulardepeſche vom 28. Juli 1854.

98. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 4. Auguſt 1854 207

Der öſterreichiſche Mobiliſirungsantrag. Die däniſche Beitrittserklärung. Bentinckſche Beſchwerde.

99. Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck, 22./23. Auguſt 1854 208

Der Mangel der preußiſchen Politik iſt nicht Mangel an Wahrheit nach außen, ſondern Unwahrheit gegen Preußen

Seite

ſelbſt. Preußen fürchtet ſeine Großmachtſtellung zu verlieren, die doch einzig auf ſeinem guten Schwerte beruht. Die Folge der Unwahrheit iſt die Unklarheit in den Entſchließungen. Gedanke des Königs, den Artikel 2 des Aprilvertrags durch einen article unique zu erſetzen. Mögliche Gegenſtände der neuen Vereinbarung. v. Hinckeldey und ſeine Machinationen zum Nachtheil der Autorität und Ruhe des Königs. Befinden des Königs.

100. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. September 1854 212

Verlängerung des Urlaubs wird gewährt.

Anlage:

Depeſche Wentzels an Otto v. Manteuffel.

101. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 11. September 1854 213

Ausfall der Sitzung in Frankfurt a. M. Inſtructionen der deutſchen Bundestagsgeſandten im Hinblick auf die preußiſche Circulardepeſche. Der Conflict zwiſchen Großherzogthum Heſſen und Preußen.

102. Graf R. v. d. Goltz an Bismarck, 31. October 1854 215

Dank für Bismarcks Theilnahme an der Reactivirung von Goltz. Klage über die Zunahme unpreußiſcher Geſinnung und den Rückgang der adligen Tugenden. Bitte an Bismarck, auch den Schein der Solidarität mit dieſen Menſchen zu meiden.

103. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. November 1854 218

Gründe für die erneute Annäherung Preußens an Oeſterreich durch den Zuſatzartikel vom 26. November. Was hat Preußen durch den Act der Liberalität erlangt? Erſte Wirkung auf Rußland.

104. Freiherr v. Roſenberg an Bismarck, 4. December 1854 223

Der kurze Aufenthalt des Prinzen v. Preußen in Berlin unterſtützt den Glauben an unfreundliche Beziehungen zwiſchen dem König und ſeinem Bruder, und dies beeinträchtigt Preußens Stellung nach außen. Die Heranziehung des Prinzen zu den Staatsgeſchäften iſt darum erwünſcht, vorerſt ſeine Rückkehr nach Berlin. — Der Tractat vom 2. December.

105. Oscar v. Arnim an Bismarck, 6. December 1854 . 226

Bitte an Bismarck, unter irgend einem Vorwande auf einige Zeit nach Berlin zu kommen. Antrag Vincke auf Beantwortung der Thronrede.

106. Freiherr v. Roſenberg an Bismarck, 12. December 1854 227

Noch einmal die Rückkehr des Prinzen v. Preußen nach Berlin. Der Vertrag vom 2. December iſt für Preußen un-

Seite

annehmbar, da er Preußen nicht berührende Dinge enthält. Die Hoffnung, Oesterreich vom Bunde mit den Westmächten zurückzuhalten, war trügerisch. Graf Arnim wahrscheinliches Opfer der Enttäuschung.

107. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. December 1854 228

Amtliche Mittheilung des Vertrags vom 2. December in Berlin mit Einladung zum Beitritt. Skizze der preußischen Antwort. Am Bunde ist jede Entscheidung nach Möglichkeit hinzuhalten. Oesterreich wünscht, daß Preußen die Verständigung mit den Westmächten nicht gelinge. Usedoms Sendung nach England.

108. Assessor Zitelmann an Bismarck, 31. December 1854 231

Zweck der Wiener Conferenzen eine Verständigung über die Präcisirung der vier Punkte. Oesterreich ist zum Kriege entschlossen, Napoleon III. besteht auf der Eroberung Sebastopols.

109. Assessor Zitelmann an Bismarck, 3. Januar 1855 . 232

Oesterreich fordert Preußens Mobilmachung und die des halben Bundescontingents.

110. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Januar 1855 . 233

Preußische Antwort auf Oesterreichs Antrag. Bitte um strengste Discretion. Die Westmächte wünschen zwar den Frieden, aber erst nach der Einnahme von Sebastopol.

111. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 12. Januar 1855 235

Scheinbare Nachgiebigkeit Oesterreichs. Darf Oesterreich ohne Preußen in Wien verhandeln? Und müssen die Westmächte nicht Preußens Zuziehung wünschen? Prokeschsche Reden. Bayerische Wünsche hinsichtlich der Wahl eines Bundesoberfeldherrn.

112. König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann von Sachsen, 18. Januar 1855 237

Einsendung des Entwurfs einer Note an die deutschen Höfe zur Prüfung. Zweck der Sendung Usedoms nach London. Preußens Ausschluß von den Friedensverhandlungen.

113. König Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel, 22. Januar 1855 238

Weisung, Bismarck über die „Kriegsfälle mit Rußland" zu instruiren.

114. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Januar 1855 . 239

Uebersendung einer Abschrift des Schreibens Friedrich Wilhelms an König Johann und Weisung, sich am Bunde im Sinne dieses Schreibens auszusprechen.

Seite

115. v. Savigny an Bismarck, 2. Februar 1855 . . . 240
Zur Frage der Wahl eines Bundesoberfeldherrn. Preußen muß für die specifisch preußische Politik bestimmte Zielpunkte ins Auge fassen; es muß in deutscher Politik den Boden für seine europäische Position finden und auf dem Boden der Bundesverträge sich zum Schutze der kleineren deutschen Genossen bereit erklären. Das Unzweckmäßige der Sendung Wedells nach Paris. Mangel an Festigkeit und Muth in Berlin. General Willisen und Schlegell in Karlsruhe.

116. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Februar 1855 . 242
Preußen kann schnell große Truppenmassen aufstellen, aber nicht lange stehen lassen. Eine französische Invasion in Süddeutschland zwänge Preußen zu marschiren. Muthlosigkeit der süddeutschen Fürsten. Frankfurter Indiscretionen an die französische Gesandtschaft in Berlin. Ankündigung der Blockade der Ostseehäfen durch die Franzosen bei fortgesetzter Waffenausfuhr nach Rußland.

117. v. Savigny an Bismarck, 8. Februar 1855 . . . 244
Badens Schwenkung auf die Seite Oesterreichs. Ungleichheit des diplomatischen Kampfes zwischen Oesterreich und Preußen. Niemand fürchtet Preußen.

118. Graf Alexander Keyserling an Bismarck, 25. Febr. 1855 246

119. v. Savigny an Bismarck, 27. Februar 1855 . . . 248
Prokesch's Abgang und seine Ersetzung durch Graf Rechberg.

120. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 2. März 1855 . 249
Bevorstehender Tod des Kaisers Nicolaus.

121. v. Savigny an Bismarck, 5. Mai 1855 249
Oesterreich droht mit Austritt aus dem Bunde. Baden ist vorsichtiger geworden. Graf Kielmansegge in Karlsruhe.

122. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 10. Mai 1855 . 251
Bitte an Bismarck, recht vorsichtig in seinen Aeußerungen zu sein; die deutschen Gesandten in Berlin als Zuträger des französischen.

123. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. November 1855 252
Der König überläßt die Reise nach Berlin der Erwägung Bismarcks.

124. Leopold v. Gerlach an Bismarck, 26. November 1855 252

125. General Graf Münster an General v. Gerlach, ? December 1855 253
Rußland ist zum Frieden bereit. Die Schwarze Meer-Flotte für Rußland kein Luxusartikel.

Seite

126. Graf Platen an Bismarck, 29. December 1855 . . 254
Zur Motivirung des hannöverſchen Geſetzes wegen Beſchränkung der Zuſtändigkeit der Schwurgerichtshöfe.

127. Graf Platen an Bismarck, 2. December 1856 . . 255
Zweck der Reiſe des däniſchen Miniſters Scheel nach Berlin: Preußen durch Drohung mit der ſcandinaviſchen Union von einer Unterſtützung der holſteiniſchen Beſchwerde am Bunde abzuſchrecken und durch Scheinconceſſionen den Frieden zu erkaufen. Pariſer Nachricht über die Neuenburger Angelegenheit: eine Aeußerung Walewskis, eine Mahnung zur Vorſicht. Der Bundesverſammlung kommt nicht zu, zu vermitteln, ſondern Preußens Anträge abzuwarten.

128. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1857 258
Bitte um discrete Behandlung des Pro memoria der holſteiniſchen Conſervativen. Hannovers Einſpruch gegen eine directe Bahn von Minden nach dem Jahdebuſen. Pergler v. Perglas als Typus des kleinſtädtiſchen Diplomaten.

129. Freiherr v. Roſenberg an Bismarck, 9. Mai 1857 . 260
Die Reiſe des Prinzen Napoleon nach Berlin Gegenſtand weitgehender Vermuthungen. Hatzfeldts Einladung nach Fontainebleau. Napoleon III., von Palmerſton in engliſche Händel verwickelt. Rothans Ordensbedürftigkeit. Großfürſt Conſtantin in Paris.

130. Graf K. v. d. Goltz an Bismarck, 15. December 1857 262
Unpolitiſches Verhalten Preußens gegen die preußiſchen Rittergutsbeſitzer, Hamburg und Lübeck. Der Prinz von Preußen durch weiblichen Einfluß zur Reiſe nach England gedrängt.

131. Der Prinzregent von Preußen an Kaiſer Franz Joſeph, 15. Februar 1858 263
Dank für die Theilnahme bei der Vermählung des Sohnes und für die Aufnahme der nach Wien geſandten militäriſchen Deputation. Erkrankung des Königs. Preußens Antrag auf Erweiterung der Feſtungsbauten in Mainz, desgleichen auf die Uebertragung der Qualität einer Bundesfeſtung von Landau auf Germersheim. Strategiſche Wichtigkeit von Germersheim als Rheinübergang. Anſpruch Preußens auf das Mitbeſetzungsrecht von Germersheim.

132. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1858 268
Graf Rechberg, der „kleine Tyrann“. Beuſt und alle mittelſtaatlichen Diplomaten in Aufregung über Preußens und Hannovers Anträge auf Reform der Bundestagsgeſchäftsordnung.

Seite

133. Fürſt Gortſchakow an Budberg, 16. Juli 1858 . . 270
Unerwarteter Widerſtand des Berliner Cabinets in der däniſchen Frage. Mißbrauch einer privaten Aeußerung Manteuffels zu Baron Pleſſen durch das däniſche Cabinet. Ernſtlicher Wunſch der däniſchen Regierung, zu Verhandlungen zu gelangen. Die Suspenſion der Geſammtverfaſſung in ihrer Anwendung auf die Herzogthümer iſt ein entgegenkommender Schritt.

134. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1858 . 272
Ankündigung eines Beſuchs Manteuffels in Frankfurt a. M. zur Beſprechung der däniſchen Frage.

135. Graf K. v. d. Goltz an Bismarck, 28. Juli 1858 . 273
Reiſedispoſitionen des Prinzen von Preußen.

136. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 12. October 1858 . 274
Verlauf der Regentſchaftsangelegenheit. Weſtphalens Entlaſſung und ihre Geſchichte. Abreiſe des Königs nach Meran. Oeſterreichiſche Eröffnungen in Betreff Raſtatts. Parteinahme Schwedens für Dänemark in der holſteiniſchen Frage. Hannovers Drängen auf Execution.

137. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 7. November 1858 278
Mittheilung vom Wechſel im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten.

138. Bismarck an Miniſter v. Schleinitz, ? November 1858 279

139. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 13. November 1858 280
Falſche Prophezeiungen auf Grund falſcher Prämiſſen. Bitte um weitere Mittheilungen.

140. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 9. Januar 1859 281

141. J. L. Motley an Bismarck, 16. Februar 1859 . . 281

142. Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck, 28. Februar 1859 285
Ein Uebergriff der Bundesmilitärcommiſſion. Die Ernennung eines Legationsſecretärs für Petersburg. Wichtigkeit des Petersburger Poſtens. Petersburg kein „ehrenvolles Exil“.

143. Bismarck an Miniſter v. Schleinitz, 12. Mai 1859 . 287
Ergebniß der Frankfurter Amtsführung: die dermaligen Bundeseinrichtungen ſind für Preußen im Frieden eine drückende, in kritiſchen Zeiten eine lebensgefährliche Feſſel. Uebergewicht Oeſterreichs am Bunde durch die Herrſchaft über die kleineren deutſchen Staaten. Majoriſirung Preußens

Seite

in allen wichtigen Fragen. Die Zeit ist günstig, eine Aenderung zum Besseren in diesen Verhältnissen herbeizuführen. Die Haltung des Prinzregenten verdient ungetheilten Beifall; die Berufung der Bamberger Staatsmänner auf bundesrechtliche Theorien, wenn sie Preußen zum Kriege treiben wollen, beweist, daß die sog. deutschen Interessen, die sie zu vertreten vorgeben, nicht auch die preußischen sein können. Preußen muß jede Gelegenheit benutzen, um zu einer Revision seiner Beziehungen zu den deutschen Staaten zu gelangen. Einfluß österreichischen Geldes auf die deutsche Presse. Die officiöse Presse Preußens muß gegen die Ueberhebungen der süddeutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger preußischer Politik anschlagen. Das Wort „deutsch" für „preußisch" kann erst nach engerer und zweckmäßigerer Verbindung Preußens mit den deutschen Staaten auf die preußische Fahne geschrieben werden. Das Bundesverhältniß ein Gebrechen, das früher oder später ferro et igni wird geheilt werden müssen.

144. Bismarck an General Gustav v. Alvensleben, 14. Mai 1859 294

Uebersendung einer Abschrift des Briefes vom 12. Mai an Alvensleben.

145. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 29. Mai 1859 . 295

Die deutschen Collegen in Petersburg ein chronisches Uebel für Bismarck. Charakteristik derselben.

146. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 24. Juni 1859 . 298

Motiv der preußischen Mobilmachung und ihre verständige Auffassung in Petersburg. Beruhigende Wirkung der Truppenaufstellung auf den Kriegsfuror in Preußen und Deutschland. Preußens Absicht, in London und Petersburg den Anstoß zu einer friedlichen Intervention zu geben. Verdächtigung der amtlichen Wirksamkeit Bismarcks durch seine Gegner.

147. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 1. Juli 1859 301

Bitte, der preußischen Anfrage für die Wiederherstellung des Friedens in Petersburg eine möglichst gute Aufnahme zu verschaffen.

148. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 25. September 1859 301

Russische Wünsche betr. des Ortes der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Prinzregenten. Befürwortung von Breslau. Umschlag der Stimmung in demokratischen Kreisen zu Gunsten Preußens. Reisedispositionen.

Seite

149. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 29. September 1859 304

Einverſtändniß des Prinzregenten mit der Wahl Breslaus zum Orte der Entrevue. Preußens Antwort auf die öſterreichiſche Note an den Herzog von Coburg.

150. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 31. December 1859 306

Die Wichtigkeit des Petersburger Poſtens macht eine anderweitige Vertretung Bismarcks als die bisherige nothwendig. Wahl des Grafen Perponcher zu dieſer Miſſion. Perſönliches.

151. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 25. Juni 1860 . 308

Eine Aufforderung zum Abſchluß einer Coalition mit Preußen gegen Frankreich iſt an Rußland nicht ergangen, konnte alſo auch von ruſſiſcher Seite nicht abgelehnt werden. Erfreulicher und zugleich peinlicher Eindruck des Referates Bismarcks über ſeine Audienz beim Kaiſer. Es fehlt an jedem Einverſtändniß zwiſchen ruſſiſchen und preußiſchen Intereſſen mit denen Frankreichs in allen ſchwebenden politiſchen Fragen. Die Unmöglichkeit eines Bündniſſes mit den Imperatoren des Oſtens und Weſtens ſchließt freundſchaftliche Beziehungen für Preußen nicht aus. Die Entrevue in Baden-Baden und Frankreichs Befriedigung über deren Verlauf. Eindruck der Perſönlichkeit des Prinzregenten auf die deutſchen Fürſten. In der orientaliſchen Frage kann Preußen Rußland nach Kräften unterſtützen.

152. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 3. Auguſt 1860 312

Die Teplitzer Zuſammenkunft, ihre beruhigende Wirkung auf Handel und Wandel und ihre politiſche Bedeutung Frankreich gegenüber. Rußlands gerechte Beurtheilung der preußiſchen Intuitionen. Rußlands Nachgiebigkeit in der ſyriſchen Frage. Immediatberichte. Depeſchenbeutel. Die Werke Friedrichs des Großen als Geſchenk für Gortſchakow. Perſönliches. Montgelas ein übler Tauſch gegen Bray.

153. Bismarck an Fürſt Gortſchakow, 3. September 1860 315

Ueberweiſung der Werke Friedrichs des Großen an Gortſchakow als Geſchenk des Prinzregenten.

154. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 21. September 1860 316

Die Warſchauer Zuſammenkunft darf nicht den Charakter einer gegen England gerichteten Demonſtration tragen. Die Abberufung des ruſſiſchen Geſandten von Turin ein „logiſcher Hiatus“. Perſonalien (Großfürſtin Helene, Königin Victoria).

Seite

155. Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck, 28. September 1860 318

Mißgeſchick des Depeſchenbeutels, der in Stettin zurückgelaſſen wurde.

156. Prinz Karl v. Preußen an Bismarck, 18. November 1860 319

157. Fürſt Karl Anton zu Hohenzollern an Bismarck, 22. November 1860 320

Ueberſendung einer kunſthiſtoriſchen Abhandlung von Andr. Müller für die Akademie der Künſte. Die Armeereform.

158. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 30. November 1860 320

Pourtalès wird angewieſen werden, ſich mit dem franzöſiſchen Hofe über den Gegenſtand der Warſchauer Beſprechungen in directes Einvernehmen zu ſetzen. Verſchlechterung der Lage in Oeſterreich. Das eigentliche Motiv für den Liberalismus Napoleons III. eine Stärkung gegen den Ultramontanismus. Mißverſtändliche Auffaſſung einer Aeußerung des Prinzregenten hinſichtlich Sardiniens. Schwarck-Stieber.

159. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 25. December 1860 323

Ueberſendung von Schriftſtücken betr. die Warſchauer Beſprechungen. Beantwortung der Thouvenelſchen Depeſche an Montebello. Intereſſe Deutſchlands an der Erhaltung Venetiens bei Oeſterreich. Strategiſcher Werth des Feſtungsvierecks. Gefahren der italieniſchen Nationalitätsbewegung für Deutſchland und ihr revolutionärer Charakter. Das Königreich Italien wird für Preußen immer ein unſicherer Verbündeter ſein. Minutolis Tod. Perſönliches.

160. Graf Neſſelrode an Bismarck, 30. December 1860 . 326

Bitte um eine Unterredung für Staatsſecretär Reutern.

161. Bismarck an Großfürſt Conſtantin, 6. Februar 1861 327

Bitte um eine Audienz für den Kaufmann Luhdorf.

162. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 14. Februar 1861 328

Antwort des Königs auf die Adreſſe des Abgeordnetenhauſes. Kühle Aufnahme der holſteiniſchen Sache in der Kammer. Gaetas Capitulation.

163. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 5. März 1861 . 329

Eindruck der Warſchauer Vorgänge. Oeſterreichs Conflict mit Ungarn. Syriſche Frage. Dänemarks Unnachgiebigkeit. Gaetaceremonie.

Seite

164. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 21. Juni 1861 . 331
Bismarcks Wunſch nach Urlaub. v. Schlözer als ſein Vertreter. Schwierigkeiten in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage, durch England gefördert, rücken die Execution immer näher. Nachtheile und Vortheile einer europäiſchen Conferenz. Die Huldigungsfeier ein Gegenſtand der Differenz zwiſchen dem König und ſeinen Miniſtern. Reiſedispoſitionen des Königs.

165. Bismarck an die Fürſtin Menchikow, Herbſt 1861 . 335
Bitte um Zuſendung des Statut organique Kaiſer Nicolaus I.

166. Fürſtin Menchikow an Bismarck, Herbſt 1861 . . 335

167. Miniſter Graf v. Bernſtorff an Bismarck, 17. März 1862 336
Mittheilung der bevorſtehenden Abberufung.

168. Bismarck an Miniſter Graf v. Bernſtorff, 22. März 1862 336
Glückwünſche des Kaiſers für den König. Dank für Telegramm vom 17. März.

169. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. October 1862 337

170. Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck, 10. November 1862 338
Dankbarkeit des Kronprinzen für Mittheilungen politiſcher Natur, ſeine Empfänglichkeit für Aufmerkſamkeiten.

171. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. December 1862 339

172. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 27. December 1862 339

173. Freiherr v. Vincke-Olbendorff an König Wilhelm, 31. December 1862 340
Das preußiſche Volk und Art. 99 der Verfaſſung.

174. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 11. Januar 1863 341

175. Miniſter a. D. v. d. Heydt an Bismarck, 24. Januar 1863 341
Bitte um den Stern zum Hohenzollernorden als Zeichen der Allerhöchſten Zufriedenheit.

176. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 24. Februar 1863 342

Seite

177. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 25. Februar 1863 343

178. Oberpräsident Senfft v. Pilsach an Bismarck, 9. Mai 1863 344

Der Kronprinz und die Fortschrittspartei.

179. Minister v. d. Heydt an Bismarck, 7. Juni 1863 . 345

Theilnehmender Glückwunsch zu den Preßverordnungen. Der Danziger Vorfall ein bedauerliches Ereigniß.

180. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 11. Juni 1863 346

Antwort des Königs auf das Schreiben des Kronprinzen.

181. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 21. Juni 1863 346

Kaiser Napoleon über Preußens Vorgehen in der polnischen Frage. Grund der französischen Einmischung. Drouyn de L'Huys der heftigste Polenagitator. Fürst Metternich über Oesterreichs politische Haltung.

182. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni, 2. Juli 1863 349

Principieller Gegensatz des Kronprinzen gegen das Ministerium. Verfassungsmäßigkeit der Preßverordnung. Wahrscheinlicher Erfolg der Politik des Ministeriums: Untergrabung der Achtung vor der Verfassung, Stärkung anarchistischer Bestrebungen auf Seiten des Volks, Verfassungsbruch auf Seiten der Regierung. Verzicht auf die Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums.

183. Graf F. zu Eulenburg an Bismarck, 7. Juli 1863 . 352

Die Berliner Pöbelzusammenrottungen. Gute Haltung der Schutzmannschaft. Fräuleinstift in der Niederlausitz. Personalien (Seiffarth, Graf Villers).

184. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 10. Juli 1863 354

185. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Juli 1863 355

186. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 16. Juli 1863 355

Preßmittheilungen über den Inhalt der Correspondenz des Kronprinzen mit dem König.

187. Bismarck an General E. v. Manteuffel, 16. Juli 1863 356

Seite

188. Geheimrath v. Lecoq an Bismarck, 3. Januar 1864 357
Auguſtenburger und Glücksburger haben durch ungleiche Heirathen das Recht auf die Erbfolge in Holſtein verwirkt, in Dänemark bleiben ſie nach der lex regia ſucceſſionsfähig.

189. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 20. Januar 1864 358
Einſchränkung der Inſtruction für Graf v. Wrangel, entſprechend den Erwägungen der Diplomatie. Bitte um Nachſicht bei Mißverſtändniſſen und ungeduldigen Aeußerungen von maßgebender Seite.

190. König Wilhelm an Kriegsminiſter v. Roon, 2. April 1864 360
Zur Frage der Reduction der auf Kriegsſtärke geſetzten Truppen. Gründe gegen die Reducirung.

191. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. April 1864 361
Die nach Jütland geſandten Truppen genügen. Die Unbekanntſchaft mit den Zielen der preußiſchen Politik macht ihm ihre Unterſtützung unmöglich.

192. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. April 1864 362
Die Aufſtellung eines feſten Programms für Preußen iſt nothwendig. Der Grundſatz, nach den Umſtänden zu handeln, läßt Hintergedanken einer preußiſchen Vergrößerungspolitik vermuthen, deren Verfolgung die deutſche Politik Preußens verfälſchen würde.

193. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 6. Juni 1864 364
Stimmung am Hofe Bückeburg und im Lipper Lande. Vertrauen des Fürſten Adolph in Bismarck. Conferenz des Prinzen Friedrich von Holſtein-Glücksburg mit ſeinem Bruder in Sachen der Erbfolge in den Herzogthümern.

194. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Juni 1864 366
Bitte um Ueberſendung des Berichts, betr. die Unterredung mit dem Erbprinzen von Auguſtenburg.

195. Fürſt Gortſchakow an Bismarck, 9. Juli 1864 . . 367
Reiſedispoſitionen des Zaren und Gortſchakows. Pariſer und Londoner Meldungen von Aeußerungen Gortſchakows und Bismarcks.

196. Herzog v. Morny an Bismarck, 7. September 1864 368
Napoleon III. iſt in Uebereinſtimmung mit Bismarck gegen Berufung einer Conferenz zu dreien.

Seite

197. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 21. September 1864 369

Befriedigung der Kaiserin Eugenie über den Besuch des Königs. Warum der Kurfürst von Hessen-Kassel nicht nach Berlin gehen will.

198. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 13. October 1864 370

Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten über den Termin für Einführung des neuen Tarifs und die Neugestaltung der Beziehungen des Zollvereins mit andern Staaten. Bahnbrechende Bedeutung des Handelsvertrags mit Frankreich.

199. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1864. 375

Glückwunsch zum Friedensschluß mit Dänemark und zum Erfolg in der Zollvereinsfrage. Die italienisch-französische Convention. Der Zollverein mit Oesterreich unmöglich. Köln-Trierer Bischofswahl, Gefahren des Listenwahlsystems.

200. General Graf v. Nostitz an Bismarck, 26. November 1864 378

Begrüßung Bismarcks als Ritter des Schwarzen Adlerordens.

201. Präsident Ludwig v. Gerlach an Bismarck, 2. Januar 1865 379

Die Bestätigung des Beitzkeschen Ehrengerichtsurtheils eine Sache des Princips. Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburgers.

202. Appellationsgerichtspräsident Adolph v. Kleist an Bismarck, 7. Juni 1865 379

203. v. Natzmer an Bismarck, 7. Juni 1865. 380

204. Bismarck an Professor Virchow, 8. Juni 1865 . . 381

205. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 382

206. Kriegsminister v. Roon an Virchow, 8. Juni 1865. 382

207. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 382

208. Minister F. zu Eulenburg an Bismarck, 8. Juni 1865 383

209. Bismarck an Minister F. zu Eulenburg, 8. Juni 1865 383

210. v. Hennig an v. Keudell, 8. Juni 1865 384

Seite

211. v. Keudell an Kriegsminiſter v. Roon, 8. Juni 1865 385

212. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 385

213. Prof. Virchow an Kriegsminiſter v. Roon, 8. Juni 1865 385

214. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 386

215. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865 387

216. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865 387

217. Graf Arnim-Boytzenburg an Bismarck, 8. Juni 1865 387

No. 202—217 Correſpondenz über die Herausforderung Virchows zum Zweikampf.

218. General Graf v. Noſtitz an Bismarck, 9. Juni 1865 388

219. Miniſter F. zu Eulenburg an Bismarck, 9. Juni 1865 388

220. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865 389

221. Bismarck an Kriegsminiſter v. Roon, 18. Juni 1865 389

222. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865 390

223. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 9. Juli 1865 390

v. Senffts Bitte um Verabſchiedung und ſein Vorſchlag, den Kronprinzen an die Spitze der Civilverwaltung von Pommern zu ſtellen. Sein Vorſchlag nur ein Verſuch, zu erfahren, wie das Miniſterium zum Kronprinzen ſteht. Unannehmbarkeit des Projects.

224. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 15. Juli 1865 392

Summariſche Wiedergabe des Schriftwechſels mit Wien. Aufforderung an den Kronprinzen, einer am 21. Juli in Regensburg angeordneten Conſeilſitzung beizuwohnen. Sorgfältige Geheimhaltung der Situation und der zu faſſenden Entſchließung liegt im politiſchen wie finanziellen Intereſſe.

225. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 15. Juli 1865 394

Zuſage, zum 21. Juli in Regensburg zu erſcheinen.

226. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 14. December 1865 394

227. Marquis Wielopolski an Bismarck, 8. Mai 1866 . 395

Glückwunſch zur Errettung aus Lebensgefahr.

228. Hofmarſchall A. zu Eulenburg an Bismarck, 24. Mai 1866 396

229. Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck, 11. Juni 1866 396

Seite

230. Profeſſor Gelzer an Bismarck, 13. Juni 1866 . . 397
Anfrage wegen einer Audienz.

231. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 15. Juni 1866 . 398
Anfrage wegen des Einmarſches in Sachſen und der Kriegserklärung an Bayern.

232. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 17. Juni 1866 . 399
Aufnahme der Preußen in Sachſen. Bitte, v. Radowitz als diplomatiſchen Beiſtand zu ſenden.

233. Fürſt Heinrich LXVII. Reuß j. L. an Bismarck, 21. Juni 1866 401
Bitte, nichts Feindliches gegen das Land Reuß zu unternehmen.

234. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Aug. 1866 401
Kundgebungen napoleoniſtiſchen Hungers. Napoleons Rheinufergelüſte werden auch die Süddeutſchen zu den Norddeutſchen treiben. Die Statthalterſtellung des Kronprinzen in Hannover.

235. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Auguſt 1866 403

236. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. Februar 1867 403
Der Kronprinz wird den König nach Dresden begleiten. Miniſter v. Watzdorf ein empfehlenswerther Candidat für die Functionen eines Bevollmächtigten zum Reichstag. Aeußerlichkeiten der Reichstagseröffnung.

237. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. Februar 1867 404
Uebereinſtimmung des Kronprinzen mit dem Ziele der Bismarckſchen Politik: Bildung eines auch Süddeutſchland umfaſſenden Gemeinweſens. Die militäriſche Convention mit Sachſen. Frankreichs Ehrgeiz und Mißgunſt. Die Eröffnung des erſten deutſchen Reichstags ein Ausgangspunkt für die Geſchicke Deutſchlands.

238. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 13. Mai 1867 406
Geſichtspunkte für die Beſprechung der Reiſe des Kronprinzen und der Kronprinzeſſin nach Paris.

239. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 28. Mai 1867 407
Preußenfreundliche Geſinnung der Großfürſtin Helene. Wandlungen des Fürſten Gortſchakow. Stimmung des

Seite

Publikums in Beziehung auf die Reise des Kaisers nach Paris.

240. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 7. Juni 1867 408

Fürst Gortschakow über Kammerärger und preußische Finanzsorgen. Reisepläne Gortschakows. Personalien.

241. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 7. Juli 1867 409

Savignys unklare Antwort auf das Angebot des Bundesvicekanzleramtes.

242. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 17. Juli 1867 410

Unterredung mit Savigny: Ablehnung der Vicekanzlerstellung.

243. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 1. August 1867 411

Rückgang des Vertrauens zu Preußen in den einverleibten Ländern und in Süddeutschland infolge der reactionären Maßregeln Eulenburgs und Lippes. Gründe der Unzufriedenheit. Die französische Depesche über Nordschleswig.

244. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 2. August 1867 413

Uebersendung eines Aufsatzes über die Mißstände in Hannover und die Mittel ihrer Beseitigung.

245. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. August 1867 414

Günstiger Verlauf der Verhandlungen mit den hannöverschen Vertrauensmännern. Für Hessen empfiehlt sich die Anknüpfung an die Verfassung von 1831. Desideria der kurhessischen Vertrauensmänner: Sicherstellung des Staatsschatzes und des Landemialfonds, Bildung einer Provinzialvertretung. Entstehung des Landemialfonds. Vorschläge für die Bildung des Provinziallandtags. Eigenartigkeit der Schleswig-Holsteiner Verhältnisse. Geh. Rath Francke.

246. Kronprinz Albert von Sachsen an Bismarck, 15. December 1867 417

Dank für das Eintreten im Reichstag gelegentlich der Debatte über den Sächsischen Militärvereinskalender.

247. Bismarck an Kronprinz Albert von Sachsen, 19. December 1867 419

Aufgabe der Bundespolitik ist, dahin zu streben, daß alle Bundesgenossen es als ein werthvolles Recht ansehen, dem

Seite

Bunde anzugehören. Die Centraliſirung eines Theiles der Souveränetätsrechte in der Hand eines Einzelnen ſichert den Fürſten die Geſammtheit ihrer ſonſtigen Rechte gegen innere Bewegungen wie gegen äußere Gefahren.

248. Bismarck an v. d. Marwitz, 24. Januar 1868 . . 420

Das Princip der Vorlage betr. die Bildung eines hannöverſchen Provinzialfonds iſt richtig, ſeine Verwerfung durch die conſervative Partei ein politiſcher Fehler.

249. Fürſt Karl von Rumänien an Bismarck, 27. Januar 1868 421

Dank für das Intereſſe Bismarcks an Rumänien. Graf Heinrich Keyſerling. Indiscretion Demetre Bratianos in Wien.

250. v. d. Marwitz an Bismarck, 3. Februar 1868 . . 422

251. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 6. März 1868 423

252. Profeſſor Gelzer an Bismarck, 27. Mai 1868 . . 423

253. Präſident Simſon an Bismarck, 31. Januar 1869 . 424

Dank für die Ernennung zum erſten Präſidenten des Appellationsgerichts.

254. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 25. Februar 1869 425

Verdienſte des Freiherrn v. Münchhauſen um die Provinz Pommern: ſeine Verſetzung nach Oſtpreußen für Pommern ein Verluſt.

255. Hofmarſchall Graf A. zu Eulenburg an Bismarck, 10. September 1869 426

256. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 15. September 1869 427

Vorbereitungen zur Reiſe nach Wien, Cairo, Türkei und Paläſtina. Bitte, Graf H. Keyſerling als Geſchäftsträger von Bukareſt nach Conſtantinopel zu ſenden. Vorzüge des Oberpräſidenten Horn trotz mancherlei Anfeindungen.

257. Oberhofmarſchall Graf Pückler an Bismarck, 28. September 1869 428

Entſchluß des Königs, den Landtag in Perſon zu eröffnen. Graf Beuſt. Reiſebegleitung des Kronprinzen.

258. Fürſt Karl von Rumänien an Bismarck, 22. Oct. 1869 429

Anzeige der Verbindung mit der Prinzeſſin Elſabeth zu Wied. Die Ernennung des Grafen Keyſerling nach Con-

Seite

stantinopel. Bitte, zum Nachfolger des Grafen Keyserling Herrn v. Radowitz zu ernennen.

259. Minister Camphausen an Bismarck, 29. October 1869 431
Camphausens Empfang durch den König. Vorschläge zur Abhülfe des Deficits ohne Steuerzuschlag und erste Skizze eines Finanzreformplanes.

260. Bismarck an Präsident Delbrück, 5. November 1869 434
Camphausens Berufung in den Bundestag zu motiviren mit dem Bedürfniß präciserer Einheit der Bundesfinanzverwaltung mit der preußischen. Delbrücks Betheiligung an den Sitzungen der preußischen Minister als generell für Bismarck substituirt bedingt auch den Ministertitel für ihn.

261. Staatssecretär v. Thile an Bismarck, 8. Juli 1870 436
Benedetti bei der Königin Augusta in Coblenz.

262. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, ? Januar 1871 436
Großfürstin Helene weiß, warum der Krieg geführt wird, Kaiser Alexander II. ist correct trotz der ihn umgebenden Damen. Scariatins Tod.

263. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 3. Juli 1872 437
Bedürfniß nach Ruhe. Einreichung eines Abschiedsgesuchs.

264. Fürst Gortschakow an Bismarck, 15. November 1872 439

265. Bismarck an Fürst Gortschakow, 20. November 1872 439

266. Graf H. v. Arnim an Bismarck, 17. Januar 1873 . 440
Mittheilung des Dr. Evans von einem geplanten Mordversuch vermittelst einer vergifteten Cigarre.

267. v. Scheele an Bismarck, 9. April 1873 441
Bitte, in Sachen des Reichseisenbahngesetzes den Abg. Miquel zu hören.

268. Minister B. v. Bülow an Bismarck, 29. Juni 1873 442
Annahme des Postens eines Staatssecretärs nach erlangter Entlassung aus dem mecklenburgischen Staatsdienst.

269. Bismarck an Minister B. v. Bülow, 7. Juli 1873 . 443
Weiterführung des gegenwärtigen Zustandes bis nach Ablauf der Urlaubszeit.

270. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 26. Juli 1873 444
Bitte um Gewährung einer Unterredung über die Verhältnisse an der unteren Donau. — Anlagen: 2 Meldungen von v. Radowitz.

Seite

271. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 10. Oct. 1873 446
Meldung des Dienstantritts. Einführung durch Herrn v. Balan. Abschied vom Großherzog von Schwerin. Entgegenkommen des diplomatischen Corps.

272. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 12. Oct. 1873 448
Bitte, das Abschiedsgesuch zu unterstützen mit Rücksicht auf den Rückgang der Fähigkeiten. General v. Kameke als Nachfolger im Kriegsministerium.

273. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 10. November 1873 450
Dank für die Befürwortung der Ernennung zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums.

274. Fürst Gortschakow an Bismarck, 10. November 1873 451

275. Bismarck an Fürst Gortschakow, 10. November 1873 452

276. Fürst Gortschakow an Bismarck, 11. November 1873 452

277. König Albert von Sachsen an Bismarck, 19. November 1873 452
Bitte um Unterstützung und guten Rath bei Antritt des Königthums, Versicherung kräftiger Unterstützung in allem, was Bismarck zum Heile des Reiches und deutschen Volkes unternehmen wird.

278. Staatssecretär B. v. Bülow an Graf H. v. Bismarck, 6. Juli 1874 453
Delegirung eines bayerischen und eines preußischen Polizeibeamten nach Kissingen zum Schutze Bismarcks.

279. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 9. Juli 1874 454
Verhandlungen mit Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthschaftlichen Ministeriums. Bereitwilligkeit des Königs, ihn zum Minister zu ernennen. Regierungspräsident v. Puttkamer als event. Ersatzmann, wenn Friedenthal ablehnt. Ernennung des Geh. Raths Schuhmann zum ersten Vortragenden Rath im Staatsministerium.

280. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 14. Juli 1874 457
Glückwunsch zur Errettung aus Lebensgefahr. Eindruck des Attentats; Zusammenhang desselben mit den Hetzereien der Ultramontanen. Verhalten der Minister.

281. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 19. Juli 1874 459
Abschluß der Verhandlungen mit Friedenthal.

Seite

282. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 4. August 1874 460

Apathie oder gar Opposition des gläubigen Theiles der evangelischen Geistlichkeit. Die Synodalverfassung als Mittel der Besserung.

283. Bankpräsident v. Dechend an Bismarck, 6. Januar 1875 461

Einreichung von Schriftstücken zur Bankfrage zur Entlastung von einem erhobenen Vorwurf. Finanzminister Camphausen als schuldiger Theil.

284. Prinz Albrecht von Preußen an Bismarck, 1. April 1875 463

Glückwunsch zum 60. Geburtstag.

285. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 8. April 1875 463

286. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 7. Juni 1875 . 464

Bisherige Unthätigkeit des diplomatischen Ausschusses des Bundesraths. Die verfassungsmäßige Mitwirkung des Bundesraths bei Kriegserklärungen im Namen des Reichs erheischt die Berufung des Ausschusses durch Preußen, auch wenn es nicht Mitglied desselben ist.

287. Bismarck an Minister v. Mittnacht, 16. Juni 1875 466

Mittnachts Schreiben ein Ausdruck reichsfreundlichen Vertrauens. Nützlichkeit des diplomatischen Ausschusses für den Reichskanzler selbst, wenn auch nicht gerade in der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Einrichtung. Der Reichskanzler wird jedem Vorschlag zur Modification erwägend näher treten, der von Seiten der im Ausschuß vertretenen Regierungen gemacht werden wird.

288. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 11. Juli 1875 . 468

Besorgniß des Ministers v. Pfretzschner vor Vorwürfen in der bayerischen Abgeordnetenkammer wegen der Nichtactivität des diplomatischen Ausschusses. Seine Vorschläge zu einer Reform. Anfrage um gelegene Zeit zu einer Besprechung.

289. Minister v. Pfretzschner an Bismarck, 12. August 1875 470

Wahrscheinliche Vorwürfe gegen die Regierung im bayerischen Landtage. Es ist wünschenswerth, sich über die Modalitäten zu verständigen, wie der diplomatische Ausschuß in den Dienst der gemeinsamen nationalen Interessen zu stellen ist.

290. Bismarck an Minister v. Pfretzschner, 27. August 1875 472

Bereitwilligkeit Bismarcks, jeder Entwicklung unserer nationalen Institutionen förderlich zu sein. Die Angriffe im

Seite

bayerischen Landtage würden nur den nationalen Gegnern einen günstigen Kampfplatz eröffnen.

291. Bismarck an Minister Visconti Venosta, 13. October 1875 473

Der Zustand der Gesundheit gestattet nicht die Reise nach Berlin.

292. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. December 1875 474

Theilnahme der kronprinzlichen Familie am Tode des Grafen Wendt zu Eulenburg.

293. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. December 1875 475

Bitte um Vortrag über die Frage des Uebergangs sämmtlicher Eisenbahnen an das Reich.

294. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 1. Januar 1876 475

Stellung des Fürsten Hohenlohe zum sog. Arnimparagraphen.

295. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. Jan. 1876 477

Empfehlung des Dr. Geffcken.

296. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 8. Jan. 1876 477

Charakteristik des Dr. Geffcken und sein Zusammenhang mit den Ultramontanen. Feindselige Haltung Geffckens gegen die Reichsinteressen.

297. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Januar 1876 479

Unbekanntschaft des Kronprinzen mit Geffckens Hinneigung zum Katholicismus und seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Preußen.

298. Graf v. Roon an Bismarck, 15. Februar 1876 . . 480

Bitte um Beförderung des Regierungsraths v. Brauchitsch.

299. Cardinal G. v. Hohenlohe an Bismarck, 5. März 1876 483

Aeußerungen des Cardinals Ledochowski zum preußischen Kirchenstreit. Cardinal Reisach als Anstifter alles Uebels.

300. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Mai 1876 484

301. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Mai 1876 485

Empfehlung Friedbergs für das Reichssecretariat für Justizangelegenheiten.

Seite

302. Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck, 17. Mai 1876 486

Zurücknahme des Entlaſſungsgeſuchs. Uebereinſtimmung der Miniſter mit Bismarcks Vorſchlägen betr. Bülow und Hofmann.

303. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni 1876 486

Nochmalige Verwendung zu Gunſten Friedbergs und ſeiner Ernennung zum Staatsſecretär für die Reichsjuſtizangelegenheiten.

304. Bismarck an Botſchafter Graf Münſter, 6. Juli 1876 488

Einwirkung der im Immediatbericht enthaltenen Mittheilungen über einen bevorſtehenden Krieg zwiſchen Rußland und England auf den Kaiſer. Die Beruhigungsvorſtellungen an England können ſich an den Text des engliſchen Circulars von 1875 anſchließen. Bitte, die Berichte an den Kaiſer durch das Miniſterium zu ſenden.

305. Miniſter v. Noſtitz-Wallwitz an Bismarck, 1. November 1876 489

306. Bismarck an Miniſter v. Noſtitz-Wallwitz, 18. November 1876 490

307. Bankpräſident v. Dechend an Bismarck, 1. December 1876 491

Bemerkungen zu dem Entwurf einer Verfügung an das Reichsbankdirectorium, betr. die Silberverkäufe.

308. Bismarck an Graf Holnſtein, 27. Januar 1877 . . 492

Dank für die Ernennung v. Rudharts zum bayeriſchen Geſandten. Ruſſiſch-franzöſiſche Annäherung.

309. Gambetta—Bismarck, 1877. 1878 493

I. Graf Guido Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 17. October 1877 493

II. Graf H. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 30. October 1877 494

Directe Aufträge oder Mittheilungen Gambetta zukommen zu laſſen, hält Bismarck nicht für rathſam. Die republikaniſche Staatsform iſt die einzige, die eine friedliche Geſtaltung der Beziehungen Frankreichs zu Deutſchland dauernd ermöglichen kann. Friedliche Geſinnung der Maſſe des franzöſiſchen Volks. Gefahren des Ultramontanismus oder eines mit ultramontaner Unterſtützung gelungenen Staatsſtreichs. Abneigung Bismarcks gegen Provocation irgend eines Krieges.

Seite

III. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. December 1877 497

Beweise des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten. Graf Henckel erbietet sich, Gambetta öffentlich oder heimlich nach Varzin zu bringen. Gambettas bedingungslose Herrschaft in seiner Partei.

IV. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 28. December 1877 499

Freude über den Wechsel in der Person des Botschafters. Bismarck ist nicht abgeneigt, mit Gambetta in persönliche Beziehungen zu treten, hält aber den Zeitpunkt in Gambettas eigenem Interesse für verfrüht.

V. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 12. April 1878 501

VI. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 12. April 1878 501

VII. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 14. April 1878 502

VIII. Gambetta an Graf Henckel-Donnersmarck, 22. April 1878 503

IX. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. April 1878 503

X. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. April 1878 503

Gambetta ist zur Reise nach Berlin bereit.

XI. Gambetta an Graf Henckel-Donnersmarck, 24. April 1878 504

Behinderung Gambettas durch die Rücksicht auf die Debatten in der Kammer.

XII. Telegramm an Graf Henckel-Donnersmarck, 24. April 1878 505

310. Bismarck an Fürst Chl. zu Hohenlohe, 1. Januar 1878 506

Glückwunsch zum neuen Jahre und Dank für die geschickte und loyale Vertretung der deutschen Politik.

311. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 5. Januar 1878 507

Dank für die Anerkennung und Zusicherung voller und unbedingter Mitwirkung.

Seite

312. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 28. Januar 1878 508

Die Entsendung nach Rom zur Beisetzung Victor Emanuels und ihre politischen Früchte. Cardinal Hohenlohe. Prinz Napoleon.

313. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Februar 1878 509

314. Graf H. Bismarck an Graf Holnstein, 22. Febr. 1878 510

Annahme der Stellvertretungsvorlage im Bundesrath. Bedeutung der Vorlage. Festhalten des Reichskanzlers an der föderativen Grundlage des Reichs und den verfassungsmäßigen Rechten des Bundesraths. Mit Reichsministerien hat die Vorlage nichts zu thun, sie soll nur dem Reichskanzler die Möglichkeit bieten, sich vertreten zu lassen.

315. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. April 1878 513

316. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 14. Mai 1878 . 513

Graf Andrássy wünscht Stolbergs Verbleiben in Wien bis zur Lösung der Frage, ob und wo der Congreß stattfinden soll. Falks Abgang vor Beendigung des Kampfes mit der römischen Hierarchie würde bedenklich sein. Der principielle Gegensatz zwischen den Ansichten des Kaisers und Falks läßt eine dauernde Verständigung nicht erwarten.

317. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1878 516

Bereitwilligkeit des Kronprinzen zur Uebernahme der Statthalterstellung in Elsaß-Lothringen.

318. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 28. Mai 1878 . 516

Das Entlassungsgesuch des Ministers Falk im jetzigen Augenblick sehr unbequem. Wer ist schuld an den im christlichen Leben hervorgetretenen Schäden? Der Eigensinn des Präsidenten des Oberkirchenraths, Herrmann, hat die Opposition vermehrt.

319. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 30. September 1878 518

Glückwunsch zur Verlobung der Tochter.

320. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 10. October 1878 519

Simson als geeignete Persönlichkeit für den Posten eines Präsidenten des obersten Reichsgerichts.

Seite

321. Fürſt Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 10. Dec. 1878 519
Dank für die Verleihung der Inſignien des Schwarzen Adlerordens.

322. Präſident Simſon an Bismarck, 19. März 1879 . 520
Annahme des Amtes eines Präſidenten des Reichsgerichts.

323. Kaiſer Wilhelm an Staatsſecretär B. v. Bülow, 29. Auguſt 1879 521
Eine Reiſe nach Wien unthunlich, Bismarck iſt zu verſtändigen.

324. Bismarck an Staatsſecretär B. v. Bülow, 30. Auguſt 1879 521
Der Beſuch in Wien muß, da angekündigt, ſtattfinden, wegen der ſonſt zu befürchtenden politiſchen Conſequenzen.

325. Staatsſecretär B. v. Bülow an Bismarck, 30. Auguſt 1879 522
Einverſtändniß des Kaiſers mit dem Beſuche Bismarcks in Wien. Die Zuſammenkunft des Kaiſers mit dem Zaren.

326. Graf Andráſſy an Bismarck, 1. September 1879 . 522
Uebereinſtimmung des Kaiſers Franz Joſeph mit Tendenz und Reſultat der Gaſteiner Beſprechungen über Abſchluß eines deutſch-öſterreichiſchen Defenſivvertrags. Kaiſer Alexander will perſönlich den Frieden, aber er ſteht unter dem Einfluß ſeiner andersdenkenden Umgebung. Der Vertrag eine Garantie für die Zukunft beider Reiche.

327. Bismarck an Graf Andráſſy, 3. September 1879 . 524
Schwierigkeiten geographiſcher und politiſcher Art bei den Verhandlungen mit Kaiſer Wilhelm über den Abſchluß des Defenſivbündniſſes. Wandlung in der Stimmung des Zaren Alexander, beſtätigt durch die Einladung um Entſendung preußiſcher Officiere nach Warſchau. Manteuffels Sendung. Zuſammenkunft in Alexandrowo. Heilſamkeit und Nothwendigkeit des unternommenen Werkes.

328. Bismarck an Graf Andráſſy, 20. September 1879 . 528
Der Kaiſer iſt bereit, der Verabredung über eine Defenſivallianz zwiſchen Oeſterreich-Ungarn und dem Deutſchen Reiche zuzuſtimmen.

329. Cardinal Guſtav v. Hohenlohe an Bismarck, 26. November 1879 529
Hoffnung klerikaler Heißſporne, die Jeſuiten wieder in Preußen einzuſchmuggeln.

Seite

330. Graf Lehndorff an Bismarck, 15. December 1879 . 530
Beſorgniß des Kaiſers über das Befinden Bismarcks.

331. Bismarck an Graf Lehndorff, 15. December 1879 . 531
Dank für die gnädige Theilnahme des Kaiſers.

332. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 2. Mai 1880 531
Dank für die Zuſendung des Erlaſſes über die Kirchenfrage.

333. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 17. Mai 1880 532
Dank für Zuſendung der Kirchengeſetze und die lichtvolle Darlegung der Verhältniſſe. Schmerz des Königs über Bismarcks beabſichtigten Rücktritt von den Geſchäften.

334. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 15. Juni 1880 533

335. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1880. 534
Reiſebericht über die in Rußland empfangenen Eindrücke. Unterredung mit dem Thronfolger.

336. Cardinal Guſtav v. Hohenlohe an Bismarck, 25. März 1881 535
Glückwünſche zum Geburtstag.

337. Lord Ampthill an Bismarck, 1. April 1882 . . . 535
Lord Granville über Graf H. Bismarck.

338. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. Mai 1882 537

339. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 7. Mai 1882 537
Glückwunſch zur Geburt des Enkels.

340. Präſident Simſon an Bismarck, ? Januar 1883 (?) 537

341. Graf v. Seckendorff an Bismarck, 25. Januar 1883 538
Ueberſendung der Denkmünze auf den ſilbernen Hochzeitstag des Kronprinzen.

342. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1884 539

343. General v. Albedyll an Bismarck, 7. Juli 1885 . . 540
Ohnmachtsanfall des Königs in Ems. Aeußerungen des Kronprinzen über einen Verzicht auf alle Neuerungen im Falle des Thronwechſels und über den Wunſch einer Verſtändigung mit Bismarck. Nothwendigkeit einer ſolchen Verſtändigung. Beſſerung im Befinden des Kaiſers.

Seite

344. Bismarck an General v. Albedyll, 16. Juli 1885 . 542
Unterredung Bismarcks mit dem Kronprinzen.

345. Kronprinzeſſin Victoria an Bismarck, 24. Dec. 1885 543

346. Flügeladjutant v. Pleſſen an Bismarck, 15. Mai 1886 544
Meldung von einem Anfall von Lähmung bei Kaiſer Wilhelm.

347. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 4. März 1888 544

348. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 5. März 1888 545

349. Flügeladjutant v. Bröſigke an Bismarck, 6. März 1888 546

350. Flügeladjutant v. Bröſigke an Bismarck, 8. März 1888 546

351. Flügeladjutant v. Lippe an Bismarck, 8. März 1888 547

352. Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck, 9. März 1888 547
No. 347—352 Meldungen über die letzte Krankheit Kaiſer Wilhelms I.

353. Hofmarſchall Graf Radolinski an Bismarck, 11. März 1888 547
Kaiſer Friedrich wird die Miniſter in Leipzig empfangen, Bismarck bleibt überlaſſen, den Kaiſer erſt in Bitterfeld zu begrüßen.

1.

Bismarck an Albert v. Below.

Lieber Albert.

Der ſehr beſchleunigte Geſchäftsgang und Schluß des Land- 1848
tags hat mich verhindert, dieſen zweiten Brief dem erſten ſo- 12. 4.
gleich folgen zu laſſen. Vorgeſtern war die letzte Sitzung; nachdem ich allein proteſtirt, und eine lange Verwahrung im Namen des platten Landes gegen Hanſemanns*) Verſchwendungen für den panier percé der Induſtrie eingelegt hatte**), votirte die Verſammlung, durch eine ſehr gute Rede von Vincke***) fortgeriſſen, mit großer Majorität einen Credit von 40 Mill., nachdem die 20 Mill. des Schatzes in wenig Wochen des neuen Regimes verarbeitet ſein werden. Dieß Votum gab der Landtag, wie alle übrigen ſeit dem 1 April, unter dem Einfluß der Angſt vor den Dingen, die noch kommen könnten, und gegen die innre Ueberzeugung der Majorität. Hanſemann gab zwar, als er mir antwortete, eine Art von Verſprechen, bis zur neuen Volksvertretung keine außerordentlichen Steuern auszuſchreiben, aber wohl nur, weil er wegen der Abſtimmung beſorgt wurde. Nachdem man ihm die Allgewalt über den Beutel der Steuerpflichtigen in der Art, wie geſchehn, eingeräumt, iſt mir etwas bange vor dem Gebrauch, den er davon machen wird, da Gerechtigkeit und Beſonnenheit die letzten Eigenſchaften ſind,

*) David Hanſemann, Finanzminiſter, März bis September 1848.
**) Vgl. Bismarck, Politiſche Reden I, 53 ff.
***) Georg Freiherr v. Vincke.

1848 die man von ihm erwarten kann. Es ist unerhört, daß der
12. 4. Landtag das Land auf diese Weise rechtlos machen konnte, indem man Hansemann (denn der überlistet die andern Minister doch) überließ, diese 40 Mill. auf jede beliebige Art, durch Erhöhung alter oder Einführung neuer Steuern aufzubringen; man konnte das Geld, wenn die Nothwendigkeit nachgewiesen war, bewilligen, aber man mußte Auskunft über die Art der Aufbringung fordern, für den Fall, daß es mit Anleihn nicht zu beschaffen wäre. — Du siehst, ich bin noch im frischen Aerger der Politik. Auf Wiedersehn.

Dein treuer Vetter

12 4 48. Bismarck.

2.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 sende ich in der Person des Ueberbringers Ihrem Wunsche
7. 6. gemäß den Assessor Rudloff, um ihn für litterarische Zwecke soweit als thunlich und auch sonst zu verwenden. Ich erbitte mir bald Ihre gefällige Aeußerung über seine Brauchbarkeit und bemerke, daß er, soviel ich von ihm gesehen habe, viel guten Willen, aber dabei eine gewisse ungestüme und oft fehlgreifende Thätigkeit hat.

Daß ich Ihre interessanten Mittheilungen*) bisher nicht beantwortet habe, werden Sie in gewohnter (Güte)**) mit dem außerordentlichen Drange der Geschäfte und Ereignisse, in welchen ich mich wie in einer Tretmühle befunden habe, entschuldigen. Diese übermäßigen Anstrengungen haben auf mein

*) Berichte vom 26. und 27. Mai, Preußen im Bundestage IV, No. 1 u. 2 S. 1 ff., 5 ff.

**) Ergänzung des Herausgebers.

Nervenſyſtem eine ſo ungünſtige Wirkung gehabt, daß Barez mich in ein Bad bei Detmold ſchicken will. Wie das zu ermöglichen, iſt mir noch unklar. Vor der Hand gehe ich auf 3 Tage nach der Lauſitz. Mit meiner Reiſe nach Warſchau bin ich ſehr zufrieden, ſie war aber ebenfalls ſehr anſtrengend. Den Kaiſer habe ich vortrefflich gefunden; leider unſern Herrn viel weniger. 1851 7. 6.

Der Kaiſer hat ſich mir allerdings (als)*) ein Ichneumon gegen die Krokodil-Eier des Conſtitutionalismus zu erkennen gegeben, er blieb indeß für meinen Einwand, daß dieſes ſich ſelbſt abſpielende Syſtem durch gewaltſame Angriffe nur die ihm ſonſt fehlende Kraft erhalten könne, nicht unempfänglich.

Mit der Art und Weiſe, wie die Dinge in Frankfurt gehen, bin ich nicht ganz einverſtanden und werde darüber nächſtens offiziell an Herrn v. Rochow ſchreiben, auch Ihnen ausführlicher als ich jetzt vermag meine Anſicht mittheilen.

Graf Thun ſcheint auf gut öſterreichiſch den Schwierigkeiten aus dem Wege gehen und die Dinge de facto erledigen zu wollen; das iſt aber nicht unſere Poſition; man muß den Fragen wirklich auf den Leib gehen; und wird man dann nicht fertig, ſo müſſen wir uns mehr und mehr von den ganzen Geſchichten zurückziehen.

Oeſterreich mit ſeinen innerlich ungeordneten Verhältniſſen hat viel mehr Intereſſe als wir, Alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, wobei wir dann immer mehr oder weniger das Nachziehen haben; unſere Aufgabe iſt, mit Gründen der Vernunft zu kämpfen und dadurch ſowie durch eigene Feſtigkeit den Kleinen zu imponiren. Zu dieſen Aeußerungen veranlaßt mich zunächſt die Heſſiſche Sache**).

Meine Frau grüßt beſtens.

---

*) Fehlt im Orig.

**) Der Kurheſſiſche Verfaſſungsſtreit.

1851 7. 6. Leben Sie wohl, lieber Bismarck, und behalten Sie lieb Ihren ergebenen Diener und Freund

B. 7/6 51. Manteuffel.

Ihre Briefe ſind mir immer ſehr willkommen, ich bitte ſie fortzuſetzen.

3.

Edwin v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 9ten Juni 1851.

Hoher Gönner.

1851 9. 6. Ich habe 2 Briefe von Ihnen empfangen, den erſten von Mitte Mai in Warſchau, den 2ten vom 30ten Mai: beide habe ich Manteuffel mitgetheilt, auf den erſten hat er mir geſagt, daß die nöthigen Schritte in Betreff Englands und Frankreichs bereits geſchehen wären, den 2ten hat er mir vorgeſtern zurückgeſchickt, ohne daß ich Gelegenheit gehabt hätte, mit ihm über deſſen Inhalt zu ſprechen. An Stockhauſen*) habe ich den Brief nicht gezeigt, da er dieſe Verhältniſſe**) zu genau kennt, und darin gewiß von ſelbſt thut, was zu thun iſt. Ich halte das Ding für eins der ſchwierigſten. Gehen Sie die ganze Preußiſche Armeegeſchichte durch, ſo werden Sie finden, daß die Preußiſchen Officiere immer ſchlechter beſoldet geweſen ſind als alle übrigen und immer verſtanden haben, mit Anſtand zu hungern und doch in Geſellſchaft ihre Rolle zu ſpielen***). Viel richtiger als

---

*) Kriegsminiſter.

**) Die Beſoldungsverhältniſſe der preußiſchen Offiziere.

***) Vgl. dazu Bismarcks Brief an Leop. v. Gerlach vom 22. Juni 1851, Ausgabe von H. Kohl S. 9.

ſpecielle Geldzulagen halte ich die Wegſchaffung des Unſinnes, 1851
daß ein baieriſcher, darmſtädtiſcher oder ich weiß nicht was 9. 6.
für ein deutſcher Officier mit einem Preußiſchen nach dem Patent rangiren ſoll. Das iſt nie geweſen, hat zwar in der Bundesmatrikel geſtanden, war aber zu der Zeit nie in die Realität getreten. Jetzt, ſeit mehreren Jahren geſchieht das, und das macht den Preußiſchen Officier todt. Soll er Preußiſcher Officier bleiben, ſo muß er als Preußiſcher Officier von oben hingeſtellt und gehalten werden. Wie ich Sec.-Lt. war, ſollte ich bei einem kl(einen) d(eutſchen) Fürſten Gouverneur und Rittmeiſter in deſſen Armee werden — ich ſah es als eine Beleidigung an und jetzt ſoll der Preußiſche Officier mit all den Leuten nach dem Patent rangiren — das kann er nicht verdauen, und den Punkt halte ich für wichtiger als alle Geldpunkte, die ſich in letzter Inſtanz finden, wenn erſt eine gewiſſe Politik: das Land gefällt mir, erobert mirs: zur Geltung kommt — und das wird ſein und muß ſein, denn es heißt aut, aut — aufhören oder erobern. Ich fange an zu parabeln und das will ich nicht: Ich kann Ihnen alſo von hier gar nichts erzählen, da ich Niemand ſehe. Vom General Rochow habe ich geſtern einen ſehr freundlichen Brief bekommen, ich werde General Gerlach ſagen, daß er die Ordensliſte wünſcht, denn ich ſelbſt habe ſie nicht und kenne ſie nicht einmal; die Großfürſten waren hier charmant und haben ſehr gefallen. Meine Frau läßt ſich Ihnen ſehr angelegentlich empfehlen. Bitte haben Sie die Güte, General Rochow meine gehorſamſten Empfehlungen auszuſprechen und meinen Vetter herzlich zu grüßen.

In aufrichtiger Anhänglichkeit

Edw. Manteuffel.

4.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 21. 6. haben ich wiederum für mehre interessante Mittheilungen*) zu danken.

Ich bin in letzter Zeit hier in vielfacher Hetze gewesen. Fürst Paskiewitsch nebst unzähligen Russen macht gesellschaftliche Ansprüche, der Däne Reedz**) stellte die Geduld theils durch volksthümliche Zähigkeit theils durch obligates Stottern auf die Probe, und endlich kam noch Uhden***) mit Nöthen aller Art und Entstehung aus Cassel hier an, denn er klagt über den Curfürsten, über Hassenpflug †) und über Leiningen ††). Ueberdieß handelt es sich darum 3 Ministerien zu besetzen, Krieg, Finanzen und Ackerbau.

Mit vieler Mühe ist es mir gelungen, Stockhausen zu bewegen, zu bleiben. Er geht auf 8 Wochen auf Urlaub. Seine Gesundheit ist sehr angegriffen.

Die beiden andern Ministerien sind noch nicht besetzt. Duesberg †††) war deshalb hier, aber es ist noch nicht abgeschlossen, und im Allgemeinen ist er mir zu charakterlos und subaltern. Die Königin will Costenoble, den finde ich noch schlimmer. Witzleben §) halte ich für unbrauchbar; er hat sich auch neuerlich in der Angelegenheit der Kreis- und Provinzial-Stände sehr unpassend benommen. Bodelschwingh aus Arnsberg §§)

*) Vom 7., 11., 12. Juni, Preußen im Bundestage IV, No. 3—5 S. 8 ff.

**) Dänischer Minister.

***) Karl Alex. v. Uhden, seit 1850 preuß. Civilcommissar in Kurhessen.

†) Kurfürstl. hessischer Minister der Justiz und des Innern.

††) Graf Christian Franz von Leiningen-Westerburg war 1850 als Bundescommissar nach Kurhessen gesendet worden.

†††) Oberpräsident von Westphalen.

§) Oberpräsident der Prov. Sachsen.

§§) Karl v. Bodelschwingh, damals Regierungspräsident in Arnsberg.

wäre mir der liebſte, wenn ſchon er für einen Intriguant gilt. Wiſſen Sie noch jemand zu nennen? 1851 21. 6.

Ihre Mittheilungen aus Frankfurt haben für mich hohes Intereſſe. Unſere letzten Propoſitionen müſſen die dortigen Verhandlungen lebendiger machen. Ich meine, man muß die Kleinen auf die Probe ſtellen, geht es mit Staaten dieſer Complexion nicht, nun dann muß man an andere Geſtaltungen denken, fern von eigennützigen Phraſen, aber rein der Selbſterhaltung wegen. Schlimm iſt es freilich, daß man den Oeſterreichern noch immer nicht ganz trauen kann. Wäre dieß der Fall, ſo fürchtete ich gar nichts. Ich meine es vollkommen aufrichtig und ehrlich, ſo lange aber bei dieſen nicht Gleiches Statt findet, ſo lange ſie uns Fallen legen, wären es auch nur Eitelkeits-Fallen, ſo lange ſind die Schwächlinge ſtark und Deutſchland mit ihnen ſchwach. Wie es mit meiner Badereiſe wird, weiß ich nicht, noch ſehe ich keine Möglichkeit.

Den 3ten Auguſt will der König in Königsberg ſein.

Meine Frau trägt mir Grüße an Sie auf.

Behalten Sie uns lieb, wie ich mit vollkommenſter Treue und Liebe verharre Ihr

ganz ergebener

B. 21/6. 51. Manteuffel.

5.

Otto v. Manteuffel an Bismarck*).

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich zunächſt meinen Dank zu ſagen für mehre briefliche Mittheilungen**), welche ich mit hohem Intereſſe geleſen und (denen ich)***) meine volle Berückſichtigung zugewendet habe. 1851 11. 7.

*) Benutzt in Gedanken und Erinnerungen I, 130, 137.

**) Vom 29. Juni, 5. Juli, Preußen im Bundestage IV, No. 6—7 S. 13 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1851 11. 7. Ueberdieß möchte ich mit Ihnen, geehrter Freund, noch eine recht lange und ausführliche Unterhaltung pflegen, indeß darauf muß ich bei dem geringen Maaß meiner heute ſo vielfach in Anſpruch genommenen Zeit verzichten. Ich beſchränke mich daher auf wenige Notizen, wegen deren Lapidar-Stil ich im Voraus um Verzeihung bitte.

1. Herr v. Rochow hat ſeine Abberufung von Frankfurt beantragt, ich habe dem König davon geſagt, und dieſer (hat)*) Ihre Ernennung genehmigt. Der Bericht wird nun morgen abgehen und die Vollziehung der Beſtallung wohl demnächſt erfolgen und Ihnen hierauf zugehen. Es verſteht ſich dabei von ſelbſt, daß man Herrn v. Rochow nicht brusquement wegſchicken kann; ich beabſichtige ihm daher heute noch einige Worte darüber zu ſchreiben und glaube Ihres Einverſtändniſſes gewiß zu ſein, wenn ich in dieſer Sache mit aller Rückſicht auf Herrn v. Rochows Wünſche verfahre, da ich es in der That nur Dank wiſſen kann, daß er die ſchwierige und undankbare Miſſion angenommen hat, im Gegenſatze zu manchen anderen Leuten, die immer mit der Kritik bei der Hand ſind, wenn es aber auf das Handeln ankommt, ſich zurückziehen. Daß ich Sie damit nicht meine, brauche ich nicht zu verſichern, denn Sie ſind ja auch mit auf die Breſche getreten und werden ſie, ſo denke ich, auch allein vertheidigen.

2. Was unſere innern Verhältniſſe, namentlich die ſtändiſchen Dinge betrifft, ſo würde die Sache ganz leidlich gehen, wenn man darin mit etwas mehr Maaß und Geſchick verführe. Weſtphalen iſt in der Sache vortrefflich, ich ſchätze ihn ſehr hoch und wir ſind im Weſentlichen einverſtanden; die Feder von Klützow**) ſcheint mir indeß keine recht glückliche zu ſein, und es ſind in der Form wohl manche nicht nothwendige Verſtöße

*) Ergänzung des Herausgebers.
**) Director im Miniſterium des Innern.

vorgekommen. Weit ſchlimmer aber noch iſt die Attitude welche 1851
dabei die Kreuz-Zeitung einnimmt. Nicht allein triumphirt ſie 11. 7.
in ungeſchickter und aufregender Weiſe, ſondern ſie will auch zu Extremen drängen, die ihr wahrſcheinlich ſelbſt nicht behagen würden. Wenn es z. B. möglich wäre und gelänge den vereinigten Landtag mit allen ſeinen Conſequenzen pure wieder herzuſtellen, — und weiter könnte man doch nicht gehen — was wäre damit wohl gewonnen? Ich finde die Poſition der Regierung viel günſtiger, wenn ſie, bis eine gründliche organiſche Umgeſtaltung als nothwendig ſich ergeben hat, die Sache gewiſſer Maaßen in der Schwebe hält. Ich hoffe und wünſche, daß man dann auch von den Provinzial-Ständen los etwa auf Communal-Stände nach alten hiſtoriſchen Begrenzungen, die auch in der Rhein-Provinz noch nicht verwiſcht und in allen alten Provinzen noch ſehr erkennbar ſind, zurückkommen und aus dieſen die Landes-Vertretung hervorgehen laſſen wird. Das ſind aber Dinge, die man nicht im Sprunge erreichen kann, wenigſtens nicht ohne große Stöße, die man doch zu vermeiden Anlaß hat. Die †Zeitung hat mir nun förmlich Fehde ankündigen und als Preis und Zeichen der Submiſſion die Entlaſſung des pp. Quehl fordern laſſen, ohne zu bedenken, daß ſelbſt wenn ich einen fleißigen und aufopfernden Menſchen Preis geben wollte, was nicht meine Abſicht iſt, ich es unter ſolchen Verhältniſſen gar nicht könnte.

Ich bitte, daß Ew. Hochwohlgeboren mir bald einmal recht offen Ihre Anſicht über Rudloff ſchreiben. Ich halte ihn für einen fleißigen, ehrlichen, braven Mann, aber er hat eine gewiſſe haſtige Thätigkeit, welche nicht nur ſtörend, ſondern auch ſchädlich werden und ſein Urtheil trüben kann. So habe ich nicht ohne Ueberraſchung in einem Bericht, der wahrſcheinlich aus ſeiner Feder gefloſſen iſt, erſehen, daß er gegen die Cölner Zeitung, über welche ich ſeinen Zorn theile, angerathen hat, das Geſetz von 1849 anzuwenden, welches doch längſt

1851 11. 7. antiquirt iſt. Als Diplomat ſcheint er mir, ſchon ſeiner aufgeregten Stimmung wegen, wenig geeignet, aber als Arbeiter iſt er gewiß zu brauchen.

3. Sehr wünſchenswerth würde es mir erſcheinen, wenn Ew. Hochwohlgeboren vor Ihrem eigentlichen Eintritt ins Amt noch einmal hierher kommen könnten. Ich bitte ſich die Möglichkeit gemeinſchaftlich mit Herrn v. Rochow zu überlegen und mir Ihre Entſchließung allenfalls durch den Telegraphen mitzutheilen. Es iſt ſo vielerlei zu beſprechen und gegenſeitig auszutauſchen, daß dies gewiß nützlich ſein würde. Ich bemerke indeß in dieſer Beziehung, daß ich wahrſcheinlich am 16. auf einige Tage aufs Land gehe und daß der König am 25ten d. M., vielleicht auch ſchon einige Tage früher, nach Bromberg reſp. Königsberg reiſt. Ich werde aber beſtimmt zu der Zeit hier ſein, wo Sie Sich anſagen*).

Gern ſchriebe ich noch über mehre Dinge, allein fortwährende Störungen laſſen mich nicht dazu kommen und Sie werden froh ſein meiner unleſerlichen Buchſtaben Ende erreicht zu haben.

Meine Frau, die mich zum Thee ruft, empfiehlt ſich Ihnen.

Mit unveränderter Hochachtung und Freundſchaft

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 11./7. 51. Manteuffel**).

---

*) Am 14. Juli ſagte ſich Bismarck telegraphiſch bei Manteuffel an und wurde für den 15. zum König befohlen, ſ. das Billet des Königs an Manteuffel bei v. Poſchinger, Denkwürdigkeiten des Miniſters Otto Freiherrn v. Manteuffel II, 5.

**) Bismarcks Antwort vom 12. Juli ſ. in Preußen im Bundesrathe IV, No. 8 S. 21 ff.

6.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das gefällige Schreiben vom 12. d. M.*), unter 1851
Vorbehalt die übrigen Punkte ſpäter zu beantworten, daß des 15. 8.
Königs Majeſtät mir zwar geſagt haben, daß es Allerhöchſt Ihre Intention ſei, Sie in Frankfurt zu empfangen, daß aber durchaus Nichts dagegen zu erinnern ſein würde, wenn Sie und zwar bis Mainz entgegen kommen.

Allerhöchſtdieſelben wollen Ihnen aber hierüber keine Vorſchrift machen, ſondern die Entſchließung Ihnen lediglich ſelbſt überlaſſen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenſter Diener

Berlin, den 15. Auguſt 1851. Manteuffel.

7.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin den 28ten Auguſt 1851.

Fern von der Heimath, bieten ſich für Sie, geehrteſter 1851
Freund, doch noch Anknüpfungspunkte dar, um uns nicht ganz 28. 8.
fremd zu werden. In dieſer Beziehung habe ich mich ſehr gefreut, daß Sie Veranlaſſung hatten, mir zu ſchreiben**),

*) S. Seite 10 Anm. **), doch fehlt bei Poſchinger der Paſſus, auf den ſich obiger Brief bezieht.

**) Von Bismarcks Brief an Unterſtaatsſecretär K. v. Manteuffel iſt ein Concept nicht vorhanden.

1851 28. 8. dagegen muß ich anderer Seits bedauern, daß ich Ihren mir ausgeſprochenen Wünſchen nicht überall nachkommen konnte. Die Stadtverordneten in Brandenburg hatten in derſelben Sitzung den Bürgermeiſter Brandt und einen gewiſſen Spitta, der wenn ich nicht irre Kämmerer, jedenfalls aber Democrat iſt, wieder gewählt.

Letzterer nahm die Wahl ſofort an, erſterer beſann ſich aber noch eine Ewigkeit, weil er noch um 200 Thlr. Gehalt handelte; die Folge davon war, daß die Potsdamer Regierung, welche über Wahlen nach der alten Stadtordnung zu entſcheiden hat, dem Spitta ſagte, ſie könne ihn nicht beſtätigen, da die Einführung der Gemeindeordnung vor der Thüre ſei; nachdem dieſer Beſcheid ergangen iſt, beſiegt endlich Brandt ſeine Bedenken, nimmt gleichfalls an und wundert ſich nun, daß die Regierung ihm denſelben Beſcheid ertheilt, den Spitta erhalten hat. Bei dem beſten Willen ſehe ich nicht ein, wie hier zu helfen iſt. Anderer Seits hat Brandt auch keine Veranlaſſung zu verzagen; wird der Gemeinderath in Brandenburg ſeiner Majorität nach conſervativ, ſo iſt ſeine Wiederwahl höchſt wahrſcheinlich, wird er democratiſch, ſo beſtätigen wir den gewählten Bürgermeiſter nicht und octroyiren Brandt. —

Was die bevorſtehenden Landtage betrifft, ſo iſt eine directe wenn ſchon vertrauliche Verhandlung des Miniſterii mit einzelnen Abgeordneten nicht wohl ausführbar; die Sache würde nicht verſchwiegen bleiben und ſofort zu Spaltungen führen, wenn nicht Abgeordnete aus allen Provinzen und aus allen Ständen zu einer ſolchen Conferenz zugezogen würden, während faſt jeder Einzelne anders behandelt ſein will als ſelbſt ſein Sinnesgenoſſe. Dagegen hat Arnim-Criewen*) zum 3. Septbr. ſeiner Seits eine Zuſammenkunft mehrerer Abge-

*) Karl Otto Friedrich v. Arnim-Criewen, Vorſitzender des kurmärkiſchen Provinziallandtags.

ordneten ausgeſchrieben, und hier wird ſich wohl Gelegenheit finden einzuwirken. Die meiſte Sorge macht mir faſt bei dieſer ganzen Angelegenheit, daß die Leitung derſelben ſich in ungeſchickten Händen befindet, ſowohl Weſtphalen als Klützow ſind keine politiſchen Köpfe, glauben das aber leider und ſind eiferſüchtig, daß der Ruhm ihnen nicht geſchmälert werde; ob ſich hierin nach der Rückkehr meines Bruders*) eine Aenderung zum beſſeren wird herbeiführen laſſen, ſteht abzuwarten. Eben ſo ſehr fürchte ich die Ungeſchicklichkeit auf den Landtagen ſelbſt; ſchon jetzt erheben einige unkluge Poltrons ein maaßloſes Geſchrei. Die ganze Sache iſt darauf angelegt, daß ſich die Kammern dem Gewichte des Ausſpruches der Landtage beugen ſollen; es iſt daher erforderlich, daß die Landtage jedenfalls möglichſt einmüthig ſind und daß namentlich itio in partes vermieden werde. Viele Rittergutsbeſitzer wollen aber mit einer Rechtsverwahrung anfangen; hierdurch wird ſofort der Streit in die Verſammlungen getragen, und jedes übereinſtimmende Gutachten des Landtags abgeſchnitten. Hierzu tritt die Erwägung, daß der Landtag gar nicht die Stelle iſt, wo ein Proteſt anzubringen iſt; das gute Recht der Rittergutsbeſitzer kann durch Anerkennung der Landtage nicht verſtärkt, durch Verweigerung nicht geſchwächt werden. Der König und das Staatsminiſterium ſind die Inſtanzen, wo Rechtsverwahrungen einzulegen ſind. Ich betrachte die jetzigen Maaßnahmen als einen Verſuch, durch die Reform zur Vernunft und zum Recht zurückzukehren; gelingt dieſer Verſuch nicht, bleibt immer noch Zeit, durch die Negation der Begründung der jetzigen Zuſtände dies zu erreichen. Solche Schritte werden aber beſſer einem muthigen Miniſterio überlaſſen; jedenfalls haben die Rittergutsbeſitzer auch dieſes Mal leider Gottes nicht bewieſen, daß ſie die Leute ſind, ſolche entſcheidende Schritte durchzuſetzen

1851 28. 8.

*) Des Miniſterpräſidenten.

1851 28. 8. oder nur zu unterſtützen; die Theilnahme an den Wahlen iſt eine höchſt geringfügige geweſen und die Bedenken ob des Verfaſſungseides ſtecken ſchon im conſtitutionellen Geiſte von Perſonen, denen ich dies nimmermehr zugetraut hätte. Gott beſſere es; von ganzem Herzen

Ihr
aufrichtiger Freund
Manteuffel.

8.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 25. 9. erwiedre ich auf das gefällige Schreiben*) bezüglich des Austritts unſerer Oſtſee-Provinzen aus dem Deutſchen Bunde, daß Sie darüber eine amtliche vertrauliche Eröffnung mit nächſter Poſt erhalten werden, daß ich aber, wie ich vorläufig und außeramtlich bemerke, ſowohl mit dem von Ihnen bisher befolgten, ſowie mit dem für die Zukunft vorgezeichneten Verfahren vollkommen einverſtanden bin. Es haben, wie Sie aus dem zu erwartenden Schreiben erſehen werden, die Anſichten Seiner Majeſtät über dieſen Punkt mehrfach geſchwankt, was nicht ohne Einfluß auf die ganze Behandlung geblieben iſt. In neueſter Zeit haben Inſinuationen von Sachſen her (durch Prinz Johann, welcher ein langes Memoire des Herrn v. Beuſt eingeſandt hat) Allerhöchſten Orts Eindruck gemacht, indem man unſer Verlangen als ein auf Schwächung Deutſchlands, und den Widerſtand dagegen als ein Widerſtreben gegen dieſe Schwächung dargeſtellt hat. Dies hat ſoviel gewirkt, daß

*) Vom 23. September 1851, Preußen im Bundestag I, No. 11 S. 18 f.

Se. Majeſtät ſich bereit erklärt hat, wenn es von vielen Seiten gewünſcht wird, mit den betreffenden Provinzen wieder einzutreten. Meine Gegenbemerkung, daß die Sächſiſchen Bedenken weſentlich auf der unbehaglichen Stimmung beruhten, welche eine nur mit Oeſterreich getheilte exceptionelle Stellung Preußens hervorbringe, fand wenig Eingang, und hatte nur den Erfolg, die Sache recht ſchroff und vornehm zu nehmen. 1851 25. 9.

Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren unter Bezugnahme auf dieſe Andeutungen die Sache ſehr vorſichtig im Immediatberichte zu behandeln, wo möglich nur das fait accompli und auch dieſes nicht als etwas mühſam erſtrebtes zu melden. Auf das fait accompli kommt es mir in der That auch nur an; ich halte es für recht wichtig und möchte es mit möglichſt wenig Geräuſch erreicht ſehen. Geht die Sache aber nicht, wie Sie hoffen, ganz glatt, dann bitte ich entſchieden und ernſt das Rauhe herauszukehren und wie Sie ſelbſt es vorſchlagen, vielleicht nach vorgehender Rückſprache mit Graf Thun zu erklären, Preußen betrachte die Sache als abgemacht, und ich will erwarten, wer einer entgegengeſetzten Auffaſſung Folge zu geben wagen wird.

Es ſteht übrigens zu erwarten, daß die Preußiſchen Provinzialſtände ſelbſt den Antrag, aus dem Deutſchen Bund auszuſcheiden, hierher werden gelangen laſſen.

Von Oeſterreich haben wir eine an Herrn v. Prokeſch gerichtete Note, worin wir, wenn auch in ſchonendſter Form, mit der Verfaſſung zu brechen aufgefordert werden, erhalten. Es iſt dies eine Impertinenz, auf welche ich in gleicher Weiſe dienen werde. Der König dagegen ſchwebt in großer Angſt vor den Kammern, namentlich mit Rückſicht auf das verhängnißvolle Jahr 1852, von dem er ſich déluge général verſprechen zu müſſen glaubt. Ich habe ihm geſtern ſehr ernſt meine Meinung dahin geſagt, daß ich zunächſt das Jahr 1852 gar nicht als ein Jahr großer Umſtürze fürchtete, daß aber, ſelbſt wenn Eruptionen erfolgen ſollten, wir dieſen unter der

1851 25. 9. Vorausſetzung gewachſen ſein würden, daß er feſt bleibe, nichts aber würde ich für ſchädlicher halten, als wenn jetzt gerade den Kammern gegenüber Schwäche und Nachgiebigkeit gezeigt würde; ich riethe durchaus nicht die Verfaſſung zu vernichten oder zu verletzen, wohl aber das ganz verfaſſungsmäßige Mittel der Kammerauflöſung anzuwenden, und zwar, wenn über die Frage ob Zweifel entſtünden, mit Rückſicht auf das Jahr 1852 lieber zu ſchnell als zu ſpät, denn die Verfaſſung und das conſtitutionelle Prinzip wären vielmehr geneigt, durch Nachgiebigkeit zu ſchwächen und herabzuwürdigen, als ſie dem Gouvernement Kraft zu geben vermöchten, und mit keiner Conſtitution würde man eine demokratiſche Bewegung zu beſchwören im Stande ſein.

Große Beſorgniß macht dem König auch das ihm von Gerlach mitgetheilte Programm der von der Parthei Bethmann-Hollweg zu gründenden Zeitung*) und einzuſchlagenden Bahn. Er behauptet, das Miniſterium werde ſich nicht halten können, die Conſervativen würden ſich mit den Conſtitutionellen verbinden und niemand für das Miniſterium ſein. Ich halte dies nicht für wahrſcheinlich, aber ſelbſt wenn dies der Fall wäre, und der König nur feſt bleibt, fürchte ich mich gar nicht. Graf G(oltz), der offenbar der Verfaſſer jenes Ew. Hochwohlgeboren ohne Zweifel bekannten Programms iſt, hat nicht Kraft genug den Preußiſchen Staat umzuwerfen, wenn er es auch noch ſo bös damit meint.

In der däniſchen Sache erhalten Ew. Hochwohlgeboren heute ein weiteres Schreiben von mir. Ich wünſchte ſehr, ſie bald beendigt zu ſehen, bezweifle aber, daß der Herzog von Auguſtenburg auf irgend etwas eingeht**).

B. 25./9. 51. Manteuffel.

---

*) Das Preußiſche Wochenblatt.

**) Bismarcks Antwort vom 29. September 1851 ſ. Preußen im Bundestage IV, No. 12 S. 38 f.

9.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

Frau Gemahlin hat meiner Frau die Freude gemacht ſie zu beſuchen und ſich erboten, einen Brief an Ew. Hochwohlgeboren mitzunehmen; ich eile daher, Ihnen zwei Worte zu ſchreiben, um ſie mit dieſer beſten und ſicherſten Gelegenheit an Sie gelangen zu laſſen. 1851 4. 10.

In der Anlage erlaube ich mir Ihnen zunächſt einen ziemlich merkwürdigen Erlaß von Fürſt Schw(arzenberg) den mir Prokeſch vorgeleſen abſchriftlich zu ſenden. Graf Schlieffen *) hatte eine ſackgrobe Depeſche an Graf Arnim**) als Erwiderung aufgeſetzt, worin er ſagt, wir nähmen den uns ertheilten guten Rath ſehr übel, weil wir ihn nicht verlangt hätten, überhaupt unſern eignen Weg kännten und gingen und ſehr wohl wüßten, daß die Oeſterreichiſchen Staats-Männer bei den wichtigen und ſchwierigen Aufgaben, die ihnen durch die ungeordneten Zuſtände in ihrem eignen Lande geſtellt würden, am wenigſten Zeit und Gelegenheit hätten, über unſere Verhältniſſe nachzudenken und Rathſchläge zu ertheilen. Ich habe indeß, obwohl in mancher Beziehung einverſtanden, doch dieſe Depeſche nicht abgehen laſſen, vielmehr vorgezogen, privatim an Arnim zu ſchreiben und ihm meinen Standpunkt zu bezeichnen. Die Gründe, welche mich beſtimmen, werden Ew. Hochwohlgeboren ſich ſelbſt ſagen, zumal mir überdies in dieſem Augenblicke die Zeit fehlt, ſie zu Papier zu bringen; ſie beruhen im Weſentlichen darin, daß ich es für wichtig halte, gerade im gegen-

*) Graf Albert v. Schlieffen, Decernent für die deutſchen Angelegenheiten im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten.

**) Graf Heinrich v. Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, preußiſcher Geſandter in Wien.

1851 wärtigen Moment jede Herausforderung an Oeſterreich zu ver-
4. 10. meiden und ich eine ganz beſondere Abneigung habe, bloß mit ſcharfen Worten zu kämpfen.

Von großem Intereſſe würde es indeß für mich ſein zu wiſſen, ob etwa ähnliche Anmahnungen auch an andere Staaten ergangen ſind, und in welcher Weiſe man ſie aufgenommen hat. So eben erhalte ich Ihre telegraphiſche Depeſche wegen des Austritts unſerer Provinzen*).

Graf Weſtmoreland**), der von Hannover kommend geſtern bei mir war, ſagt mir, daß der alte König***) in der unglücklichſten Stimmung und körperlich recht leidend iſt.

Gern ſchriebe ich mehr, aber meine Frau will ſoeben den Brief zu Ihrer Frau Gemahlin bringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 4/10. 51. Manteuffel†).

Anlage.

Fürſt Schwarzenberg an Freiherr v. Prokeſch-Oſten.

Wien, den 20. Septbr. 1851.

Hochwohlgeborner Freiherr.

1851 Die Anweſenheit Sr. Majeſtät des Königs von Preußen
20. 9. in Iſchl hat dem Kaiſer, unſerem allergnädigſten Herrn, die erfreulichſte Gelegenheit dargeboten, ſich perſönlich von dem

*) Der preußiſche Antrag war am 3. October einſtimmig angenommen worden.

**) John Fane Graf v. Weſtmorland, engliſcher Botſchafter am Wiener Hofe.

***) Ernſt Auguſt.

†) Bismarcks Antwort vom 9. October 1851 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 16 S. 45 ff.

Eindruck zu überzeugen, welchen die kurz zuvor erlaſſenen Kaiſerlichen Handſchreiben über die Regierungsform in Oeſterreich auf den erhabenen Bundesgenoſſen Sr. Majeſtät hervorgebracht haben. Der König und ſein erſter Miniſter haben mit den freundſchaftlichſten Glückwünſchen dieſes Ereigniß begleitet, durch welches dem Kaiſerreiche die Bedingungen ſeiner Feſtigkeit und Wohlfahrt zurückgegeben worden ſind. 1851 20. 9.

Einen Theil dieſes Beifalls dürfen wir wohl, ohne uns zu täuſchen, dem Gedanken zuſchreiben, daß mit der monarchiſchen Grundlage der Verfaſſung Oeſterreichs auch für das Preußiſche Königthum ein unentbehrlicher Stützpunkt wiedergewonnen iſt, und wir gründen darauf die Hoffnung, daß Preußen in jenen Kaiſerlichen Entſchließungen einen neuen Beweggrund der engſten Verbindung mit Oeſterreich erkennen werde.

Preußens König und die Staatsmänner, die ihm zur Seite ſtehen, haben auf der Bahn zur Wiederbefeſtigung der Regierungsgewalt in Preußen, und dadurch auch im übrigen Deutſchland, bereits ſo viele muthvolle und entſcheidende Schritte gethan, daß wir nicht beſorgen, bei dem Berliner Cabinete einer tiefer gehenden Verſchiedenheit der Ueberzeugungen zu begegnen, ſo oft es ſich um die grundſätzliche Einwirkung beider Mächte auf den Gang der Dinge in Deutſchland handelt.

Auch viele andere deutſche Regierungen geben uns ihre Genugthuung, ihre Freude über die Erhaltung der vollen Staatsgewalt in den Händen des Kaiſers unverhohlen zu erkennen. In der Beſeitigung des ſogenannten Repräſentativſyſtems in Oeſterreich erblicken ſie einen weſentlichen Schritt zur Conſolidation der politiſchen Zuſtände auch außerhalb des Kaiſerſtaates und verläugnen nicht den Wunſch, für ihre eignen, vielfach noch ſo ſchwankenden Verhältniſſe Vortheil davon zu ziehen. Sie ſagen uns aber auch zugleich, daß ſie die Kraft zu entſchiedenem Auftreten in ihrem Bereiche nur aus dem

1851 20. 9. gleichmäßigen, wenn auch in der Form verſchiedenen Beiſpiele der deutſchen Großmächte zu ſchöpfen vermögen.

Mit deſto größerer Begierde erfaßt dagegen die Umſturzpartei die Hoffnung eines grundſätzlichen Gegenſatzes zwiſchen Oeſterreich und Preußen, die ſie an die gegenwärtige Conjunctur wieder anknüpfen zu können wähnt. Dieſe Partei würde ſich mit dem, was ſie die Rückkehr zum Abſolutismus in Oeſterreich zu nennen beliebt, bis auf weiteres ſo zu ſagen ausſöhnen, wenn ſie dafür Preußen in das Netz ihrer Trugſchlüſſe verſtricken, es um ſeine wahre innere Lebenskraft betrügen, mit den Forderungen ſeiner politiſchen Stellung in Widerſpruch bringen und zuletzt an den Abgrund der Revolution gegen ſeinen Willen hinreißen könnte.

Ohne Zweifel hat man aber auch in Berlin erkannt, wie viel der gegenwärtige Augenblick für die Stärkung der Monarchie in Europa und für die innere Kräftigung der Bande, welche die beiden deutſchen Mächte zuſammenhalten, ſomit überhaupt für die Wiederkehr beſſerer Zeiten werth iſt; hoffen wir, daß es auch in Preußen der Wille des Königs ſeyn wird, welcher zum Heile Aller die Richtung der Politik beſtimmen wird.

Preußen hat uns, ſeitdem das gewohnte enge Bündniß ſo glücklich wieder hergeſtellt und befeſtigt worden iſt, wahrlich keine Veranlaſſung zu einer Anſprache in dieſem Sinne gegeben. Um ſo lieber tauſchen wir aber mit dem Preußiſchen Hofe die Betrachtungen aus, die in der gegebenen Lage der Dinge natürlich ſind. Theilen daher Ew. Excellenz dieſe Depeſche dem Herrn Frhrn. von Manteuffel mit.

Empfangen pp.

F. Schwarzenberg.

Sr. des Herrn Frhrn. von Prokeſch Exc.

Berlin.

10.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf Ihr letztes, ſo eben erhaltenes Schreiben*), daß heute früh Herr von Steinberg, Hannoverſcher Geſchäftsführer, bei mir war und mir einen Bericht des Herrn Klenze**) an Herrn von Münchhauſen***) vorlegte, wonach ich ihm mündlich zugeſagt habe, das Hannoverſche Miniſterium in der Verfaſſungs-Frage zu unterſtützen; an Erfüllung dieſes Verſprechens wollte man mahnen. 1851 6. 10.

Ich habe darauf Herrn v. Steinberg geſagt, er möge antworten, ich hätte jede Erklärung hierüber abgelehnt, denn mit Herrn Klenze hätte ich derartige politiſche Abreden weder treffen wollen noch können, da er dazu durchaus nicht der geeignete Mann ſei; überdies ſei die Sache ganz rechtlicher Natur und würde von unſerer Seite zwar mit wohlwollendſter Rückſicht für Hannover, aber doch nur nach rechtlich-politiſchen Rückſichten behandelt werden. Ich halte übrigens dafür, daß der Abſchluß des Vertrags†) ſo feſtſteht, daß ſelbſt durch einen Conflict mit Hannover er nicht gefährdet ſein würde. Immerhin bin ich der Meinung, daß man einen ſolchen zu vermeiden hat, ein-

---

*) Vom 4. October 1851, Preußen im Bundestag IV, No. 14 S. 40 ff.

**) Hannov. Generalſteuerdirector.

***) Hannov. Miniſter des Kgl. Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten.

†) Vom 7. September, durch den ſich Hannover verpflichtete, mit den dem preußiſch-hannoverſchen Handelsvertrag beitretenden Steuervereinsſtaaten am 1. Januar 1854 in einen gemeinſchaftlichen Zollverband mit Preußen und den alsdann mit dieſem im Zollverband ſtehenden Staaten zu treten; vgl. W. Weber, Der deutſche Zollverein S. 294.

1851 mal weil bei den weiteren Verhandlungen uns noch manche
6. 10. Schwierigkeiten gemacht werden können, die man beſſer vermeidet, ſodann aber, damit Hannover nicht das Gefühl gegeben werde, es ſtehe unter dem Schutze von Oeſterreich beſſer als unter dem unſrigen. Ew. Hochwohlgeboren wollen hiernach auch in Ihren Aeußerungen gegenüber Herrn von Schele*) recht freundlich ſein, aber durchblicken laſſen, daß ich mich einiger Maaßen über die Einmiſchung von Herrn Klenze in dieſe ihm ganz fremde Angelegenheit verwundert habe.

Von Kopenhagen habe ich geſtern Abend ſehr ungünſtige Nachrichten erhalten; das Miniſterium befindet ſich in gänzlicher Auflöſung, und es gewinnt den Anſchein, als werde die eiderdäniſch-demokratiſche Partei ſiegen. Letzteres iſt indeß noch keineswegs conſtatirt. Budberg**) ſagt mir, er ſei ganz einverſtanden, daß die bisherige Halbheit endlich ihr Ende finde, und er halte es für ganz unmöglich, daß namentlich jetzt, wo die Erbfolge-Angelegenheit ihrer Erledigung entgegengehe, ein demokratiſches Miniſterium gegen ganz Europa ſich halten werde. Ich bedaure beſonders, daß vorausſichtlich die Regelung der Schleswigſchen Verhältniſſe hierdurch hinausgeſchoben und ſomit die Occupation verlängert wird. Was die Diner-Frage***) betrifft, ſo iſt die Trauer†) kein Grund damit Anſtand zu nehmen, wenigſtens werde ich ein diplomatiſches Diner geben.

Meinen letzten flüchtigen Brief werden Ew. Hochwohlgeboren durch Ihre Frau Gemahlin, für welche meine Frau wahrhaft ſchwärmt, erhalten haben.

Morgen Nachmittag gehe ich mit dem König auf einen Tag zur Jagd nach der Schorf-Haide.

---

*) Hannov. Bundestagsgeſandter.

**) Ruſſiſcher Geſandter in Berlin.

***) Zu Ehren des Geburtstags des Königs, 15. October.

†) Um den am 28. September 1851 geſtorbenen Prinzen Wilhelm, Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III.

Mit wahrer Hochachtung und dankbarer Anhänglichkeit 1851
Ew. Hochwohlgeboren 6. 10.
ganz ergebener Diener und Freund
B. 6/10. 51. Manteuffel*).

11.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Unter den mannigfaltigen ſehr willkommenen Mittheilungen in Ew. Hochwohlgeboren gefälligem Privatſchreiben vom 9. d. M.**) glaube ich auf dasjenige, was Herrn Klenze und die von ihm geäußerten Anſichten über die Hannoverſchen Angelegenheiten betrifft, ſpeciell eingehen zu ſollen. 1851 13. 10.

Schon bei ſeiner hieſigen Anweſenheit hat Herr Generaldirector Klenze die Meinung ausgeſprochen, daß durch den Abſchluß des Vertrags vom 7. Septbr. Preußen in die Lage gekommen ſey, das derzeitige Hannoverſche Miniſterium bei ſeinen Discuſſionen mit den Provinzialſtänden unterſtützen zu müſſen. Er ſtellte in vertraulichen Unterredungen die Sätze auf, daß das jetzige Miniſterium Münchhauſen das einzige ſey, welches den Vertrag bei den jetzigen Kammern durchzubringen vermöge, und daß dieſem Miniſterio auch der Beiſtand der Kammern in ihrer jetzigen Zuſammenſetzung dabei ganz unentbehrlich bleibe; weil namentlich die Ritterſchaften der alten Provinzial-Stände dem Vertrage feindlich ſeyn würden. Dieſe Auffaſſung iſt aber rein individuell, und wenn ſie auch anderen Perſonen als Herrn Klenze angehört, ſo ſind ihr doch die gegründetſten Zweifel entgegenzuſtellen. Abgeſehen von dem Gewichte, welches die offenkundigen finanziellen und commerziellen Vortheile des Vertrages

*) Bismarcks Antwort vom 12. October 1851 ſ. Preußen im Bundestage I, No. 17 S. 31 f.

**) Preußen im Bundestage IV, No. 16 S. 45 ff.

1851 bei allen urtheilsfähigen Hannoveranern haben müſſen, werden
13. 10. auch die Ritterſchaften der Hannoverſchen Landſchaften und die alten Provinzial-Stände überhaupt aus politiſchen Motiven in dem Vertrage vom 7. September mit dem conſervativen Preußen eine weſentliche Bürgſchaft für ihre eigne Zukunft erkennen.

Die perſönliche Meinung des Königs von Hannover und die des Kronprinzen iſt außerdem für die Aufrechterhaltung des Vertrages, und es läßt ſich wohl annehmen, daß ein jedes Miniſterium dieſer Meinung gerecht zu werden trachten wird. Endlich aber ſcheint in der That das jetzige Miniſterium Münchhauſen durch die Beſchwerde der alten Landſtände und die Verhandlung des Bundestages ſich nicht für bedroht zu achten. Nach glaubwürdigen Nachrichten iſt ſelbſt von einer Miniſter-Veränderung nicht die Rede geweſen, und Graf Noſtitz*) hegt keine Befürchtung irgend einer Art für den Vertrag, noch ſelbſt für das Verbleiben des Herrn von Münchhauſen in ſeiner jetzigen Stellung, ſofern nur der Bundestag in ſeinen Beſchlüſſen der Hannoverſchen Regierung gegenüber in milden ſchonenden Formen auftritt. Sonach wird Ew. Hochwohlgeboren Hauptaufgabe in dieſer Angelegenheit dahin gehen, den Verhandlungen des Bundestags einen Character zu erhalten, welcher der Hannoverſchen Regierung einen Ausweg aus der Verwickelung mit den alten Landſtänden bietet, und den von ihr zu ergreifenden Maßregeln den Anſchein freiwilliger Entſchließungen gewährt. Ein Mehreres dürfte unſererſeits nicht erforderlich ſeyn, um die immer peinliche Wahl zwiſchen Unterſtützung eines politiſch unſichern Miniſterii und Gefährdung des Vertrags vom 7. September zu vermeiden.

Berlin, den 13. October 1851. Manteuffel**).

---

*) Außerordentlicher preußiſcher Geſandter am Hofe von Hannover.

**) Eine Antwort Bismarcks auf dieſen Brief Manteuffels iſt noch nicht bekannt geworden.

12.

General v. Rochow an Bismarck.

S. Petersburg, den 1. November 1851.

Sehr geehrter Herr und Freund!

Mit vielem Danke habe ich Ihr geiſtreiches, höchſt intereſſantes und ausführliches Schreiben vom 18.—21. v. M.*) erhalten und vermag Ihnen nicht zu ſchildern, welche große Freude mir daſſelbe bereitet. Es war mir in der That ein großer Genuß, von Ihnen und Ihrer Wirkſamkeit zu hören, ich ſehe aber leider, daß noch gar Manches beim Alten iſt, und wenn Sie unverdroſſener Kämpe friſche Kraft an die Stelle eines alten verdorrten Stammes geſetzt haben, ſo werden Sie doch immer mehr inne werden, daß die lederne Tretmühle in der Eſchenheimer Gaſſe ſchwer in Bewegung zu ſetzen iſt. Zwiſchen Wien und Berlin iſt man viel übereinſtimmender, als es in Frankfurt die Repräſentanten der beiden Großmächte je ſein werden, weil dort auf das Präſidium ſo untergeordnete Kräfte influenciren. Es ſind hauptſächlich die ſubalternen Einflüſſe, welche die Verhandlungen der Sachverſtändigen dominiren. Fürſt Schwarzenberg wird auch wohl durch Hetzereien aufgeſtachelt, beſinnt ſich jedoch wieder und es würde mit Oeſtreich ganz gut gehen, wenn nicht ein Prokeſch-Oſten in Berlin wäre und ein Herr v. Beuſt nicht dazwiſchen hiebe. Der hat auch in Bezug auf den Hannover-Vertrag ein faules Ei dazwiſchen gelegt. Weder Sachſen noch Bayern können den Zollverein entbehren. Es kommt aber auch auf ihn gar nicht an, aber beide ſtachelt die Luſt und das Bedürfniß, ſich politiſch geltend zu machen, beſonders möchte der ſuperkluge Herr v. Beuſt, dem der ſächſiſche Rock zu eng iſt, gern die Rolle des Ver-

1851 1. 11.

*) Concept nicht vorhanden.

1851 mittlers zwiſchen Preußen-Oeſtreich, die willkürlich gegen ein-
1. 11. ander aufgebracht werden, ſpielen. Solche politiſche Wichtigkeit, ſolche Hetzereien ſind unbequem, aber ſie führen in gewöhnlicher Zeit zu keinem großen Uebel, doch könnten ſie bei Gelegenheit einer nicht ausbleibenden Kriſis gefährlich werden.

Wäre ich in Frankfurt und beſäße ſoviel Geiſt wie Sie, ich würde mit dem Grafen Thun einmal ganz unumwunden über alle dgl. Hinderniſſe reden.

Der Herr Miniſter Manteuffel hat mir eine ſehr gute Auseinanderſetzung über den Hannover-Vertrag geſchickt. In Oeſtreich iſt der neue Tarif noch nicht publicirt. Die dortige Regierung wird Mühe haben, ihn im eignen Lande durchzuführen; der Zollverein kann ſeine Sätze nicht erhöhen, um ſich Oeſtreich anzuſchließen, alſo iſt an eine Vereinigung, die allen recht ſein kann, noch gar nicht zu denken. Miniſter Bruck, der die jetzige handelspolitiſche Richtung Oeſtreichs aufgeſtellt, war ein Phantaſt und Hock*) iſt nichts Beſſeres — ohne poſitive Kenntniſſe.

Sie wundern ſich über die geringen Gaben von Münch**)? Er hat nicht viel, iſt aber nicht ſo beſchränkt wie ängſtlich und kleinlich. Staatsmänner mit freiem Blicke dürfen Sie in den Herren des Bundes nicht ſuchen.

Bülow***), Oertzen†) und Schele ſind die geſcheuteſten. Erſterer iſt der fähigſte Ihrer Collegen, die beiden andern haben nur einen umzäunten Geſichtskreis und lokalen Maßſtab.

Ich las dem Grafen Neſſelrode††) den Ihre Negociation

*) Ritter v. Hock, öſterreichiſcher Miniſterialrath.

**) Freiherr v. Münch-Bellinghauſen, Großherzoglich Heſſiſcher Bundestagsgeſandter.

***) Däniſcher Kammerherr, Bundestagsgeſandter für Holſtein und Lauenburg.

†) v. Oertzen-Leppin, Bundestagsgeſandter für Mecklenburg.

††) Ruſſiſcher Staatskanzler.

mit Auguſtenburg*) betr. Paſſus Ihres Schreibens vor. Er hat ſehr über das „entweder hängen oder höflich ſein“ gelacht. 1851 1. 11.

Die Dänen haben uns durch ihr ſchlechtes Miniſterium einen guten Dienſt geleiſtet, in dem ſie uns Rußland zugeführt, welches über die demokratiſche Richtung des Copenhagener Cabinets entrüſtet iſt.

Danken Sie dem ehrlichen Rudloff für den mühevollen Auszug, der mir ſehr nützlich geweſen; grüßen Sie ihn und Wentzel**) beſtens und rufen Sie mich dem Andenken des lieben Kelchner***) zurück. Aber was muß der arme Mann laufen, um Ihre Villa auf halb Frankfurter, halb Naſſauer und halb churheſſiſchem Ende zu erreichen. Wie geht es dem Lion Lynar†) und macht Walderſee††) noch ſoviel Gedichte. Dem Grafen Thun und ſeiner ausgezeichneten Gemahlin viele Empfehlungen, auch Ihrem Nachbar Noſtitz†††) und Cowley §) ſowie Frau v. Brints §§) und Tochter.

Ob ich im Winter werde loskommen können, ſteht dahin, ich bin in Verzweiflung und halte das Einſiedler-Leben kaum mehr aus.

In Frankreich ſieht es ſehr übel aus, und man muß ſich beeilen, in Deutſchland Ordnung zu machen. Die Aufſtellung einer Ober-Polizei-Behörde iſt durchaus gebieteriſch. Wir dürfen uns nicht überraſchen laſſen.

---

*) Herzog Chriſtian Auguſt von Schleswig-Holſtein-Auguſtenburg.

**) Legationsrath bei der preußiſchen Bundestagsgeſandtſchaft.

***) Hofrath Kelchner war Vorſtand der preußiſchen Geſandtſchaftskanzlei.

†) Graf Ottokar v. Lynar, Attaché bei der preußiſchen Geſandtſchaft.

††) Preußiſcher Bevollmächtigter in der Militärcommiſſion des Bundestags.

†††) Freiherr v. Noſtitz und Jänckendorf, Kgl. Sächſiſcher Bundestagsgeſandter.

§) Lord Cowley, Großbritanniſcher Bundestagsgeſandter.

§§) Schweſter des Grafen Buol-Schauenſtein.

1851 1. 11. Wenn der Bundestag ſich jetzt nicht Folgſamkeit verſchafft, dann iſt es um Deutſchland geſchehen.

Legen Sie mich unbekannter Weiſe der gnädigen Frau zu Füßen und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren

alten Verehrer und Freund

R(ochow).

13.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851 3. 11. In Bezug auf das Königliche Handſchreiben*) von geſtern erlaube ich mir einige ganz vertrauliche Bemerkungen.

Die Verwendung für Einräumung einer eventuellen Succeſſion an den Herzog von Auguſtenburg nach dem Ausſterben der männlichen Deſcendenz des Prinzen Chriſtian iſt in Copenhagen und Petersburg eingelegt. Nach dem Bericht des Freiherrn ...**) geht das däniſche Cabinet darauf nicht ein. Es läßt ſich nicht verkennen, daß die Anerkennung des Prinzen Chriſtian und ſeiner Deſcendenz mit der Prinzeß von Heſſen eben dadurch ein practiſches Verdienſt hat, daß ſie alle complicirte und ſtrittige Fragen beſeitigt. Dies Verdienſt der Einfachheit ginge verloren, wenn eine Stipulation zu Gunſten der eventuellen Succeſſion des Herzogs von Auguſtenburg und ſeines Bruders hinzugefügt würde. Die eventuellen Anſprüche der Geſchwiſter der Prinzeſſin Chriſtian und der übrigen Glieder der Glücksburger Linie müßten dann gleichzeitig regulirt werden, eine ſchwierige Aufgabe, deren Löſung unter Erhaltung des Integritätsprinzips der däniſchen Monarchie kaum

*) Vgl. Preußen im Bundestag I, S. 43 Anm. 2, ebd. No. 28 Bismarcks Immediatbericht vom 13. November 1851.

**) Name unleſerlich.

zu verbürgen iſt. Letztres iſt durch europäiſche politiſche Inter- 1851
eſſen geboten. Graf Neſſelrode findet bei der Idee große 3. 11.
Schwierigkeit, wobei ihm dieſe Bedenken wohl vorſchweben. Der Paſſus des Königl. Handſchreibens iſt beſonders zu accentuiren, daß S. M. das Durchſetzen Ihrer Wünſche nicht verbürgen können. Nach den neuſten Nachrichten iſt das däniſche Cabinet, namentlich Miniſter Bluhme bereitwillig auf die von Preußen, Oeſterreich und Rußland geltend gemachten Wünſche eingegangen, ſo daß die allerdings vorhanden geweſene Verſtimmung in Petersburg aufgehört haben dürfte. Endlich bitte ich Ew. Hochwohlgeboren den Paſſus, der Herzog möge die Abfindung ganz in die Hände Sr. Majeſtät legen, ſo zu verſtehen, daß der Herzog ſich dem Rath Seiner Majeſtät jedenfalls fügen wolle. Eine ſelbſtändige Geltendmachung der Anſprüche des Herzogs kann das Königliche Cabinet nicht übernehmen, auch nicht für das Reſultat ſeiner Bemühungen einſtehen, zumal es ſcheint, daß der Herzog die Erträge ſeiner Güter irrthümlich zu hoch anſchlägt. Vielleicht erklärt ſich die Differenz der Angaben dadurch, daß die däniſche Regierung von dem Ertrage nach Abzug der Laſten, der Herzog von dem Brutto-Ertrage ſpricht.

B. 3. 11. 51. Manteuffel.

14.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

ſende ich im engſten Vertrauen und unter Bitte um ſichere 1851
Rückſendung ein Schreiben des Grafen Noſtitz zu Ihrer ge- 3. 11.
fälligen Kenntnißnahme und Orientirung. Es wird nicht nothwendig ſein zu bezeichnen, welche Stellung Preußen gegenüber den beabſichtigten Machinationen einzunehmen hat, vielmehr

1851 wird es genügen, Ew. Hochwohlgeboren auf dieſen kritiſchen
8. 11. Punkt aufmerkſam zu machen, um Ihre volle Wachſamkeit in Anſpruch zu nehmen und um die Bitte zu rechtfertigen, mir von jeder Bewegung des Gegners in dieſer Richtung baldigſt Kenntniß zu geben.

Herrn Delbrück*) bitte ich im Allgemeinen von der Tendenz Kenntniß zu geben, um ihm in ſeinen Erklärungen äußerſte Vorſicht empfohlen ſein zu laſſen. Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ew. Hochwohlgeboren und Ihre Frau Gemahlin auf.

Ich bin ganz Hallali, da ich eine Staats-Miniſterial-Berathung über Etats-Verhältniſſe die bis um 5¼ gedauert und mit allgemeiner Unzufriedenheit geendigt hat, im Magen habe; Bodelſchwingh iſt von einer mehr als Weſtphäliſchen Tenacität.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 3/11. 51. Manteuffel**).

(Abſchrift.) Anlage.

Graf Noſtitz an Otto v. Manteuffel.

Eurer Excellenz

erlaube ich mir ganz vertraulich mitzutheilen, daß Herr v. Steinberg während ſeines Aufenthalts in Dresden ein Schreiben an den Miniſter von Münchhauſen gerichtet hat, worin er ſagt, es ſei ihm vom Miniſter Beuſt der Auftrag geworden, Herrn von Münchhauſen eine Beſprechung über den An-

*) Geh. Regierungsrath Delbrück war zu den Verhandlungen des handelspolitiſchen Ausſchuſſes am Bundestag delegirt.

**) Bismarcks Antwort vom 7. November 1851 ſ. auszugsweiſe in Preußen im Bundestag I, No. 22 S. 38 f.

ſchluß an den Zollverein zu proponiren, welche er bei Ge- 1851
legenheit ſeiner Durchreiſe durch Hannover zu haben wünſchte. 3. 11.
Die Herrn von Steinberg ertheilte Antwort lautet: „Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß die Königl. Regierung nicht gemeint ſein kann, ohne Vorwiſſen der Königl. Preußiſchen Regierung Verabredungen zu treffen, welche den Beſtimmungen des gedachten Tractats zuwider laufend eine Abänderung bezwecken.“ Ew. Excellenz wollen daraus entnehmen, mit welcher Gewiſſenhaftigkeit der Miniſter von Münchhauſen den gegen uns eingegangenen Verpflichtungen zu genügen bemüht iſt. Gedachtes Antwortſchreiben hat zur Folge gehabt, daß Herr v. Beuſt nicht in Hanover geweſen iſt, auch keine Beſprechung gehabt hat. Es iſt außer Zweifel, daß Intriguen aller Art gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover im Gange ſind und daß man ſich alle Mühe giebt, den ganzen Zollverein zu einer Angelegenheit des Bundes zu machen. — Man betrachtet ihn nämlich nach den zu erfolgenden Kündigungen und der einſeitigen Aufnahme des Steuer-Vereins als faktiſch aufgelöſt und will bei der neuen Organiſation dem Bundestag eine einflußreiche Rolle zuwenden; zu dieſem Zweck werden jetzt die Staaten des Zoll-Vereins bearbeitet und iſt auch Oldenburg veranlaßt worden, mit ſeiner Erklärung noch zu warten, obgleich es ſich früher ſehr willfährig erklärte. Nachdem man ſich hinlänglich überzeugt, daß keiner der Zollvereins-Staaten aus dem Bunde zurücktreten kann und, ſelbſt wenn die Regierungen es wollten, die Oppoſition des Landes ſelbſt es unmöglich machen würde, hat man, wie es ſcheint, den oben angedeuteten Schlachtplan entworfen, als letztes Mittel, um dem durch den Beitritt Hannovers ſo geſteigerten politiſchen Einfluß von Preußen entgegen zu wirken. —

Obgleich ich völlig überzeugt bin, daß unſere Stellvertreter in Frankfurt am ſicherſten beurtheilen werden, ob überhaupt

1851 und auf welchen Wegen man gegen den Tractat vom 7. Septbr.
8. 11. intriguirt, ſo habe ich es doch für Pflicht erachtet, meine Wahrnehmungen mitzutheilen.

Im Allgemeinen iſt es mir ſehr lieb, wieder hier zu ſein, indem es mir ſchon gelungen, ſo manche nachtheilige Gerüchte zu widerlegen, und Wahrheiten Bahn zu brechen.

Mit dem Befinden Sr. Majeſtät des Königs*) geht es eigentlich nicht beſſer, indem die Kräfte nicht zunehmen. Vorgeſtern war ich des Abends von 9 bis 11 Uhr bei ihm und freute mich, ihn geiſtig ſtark und theilnehmend zu finden; ſeit dieſer Zeit iſt aber kein Fortſchritt wahrzunehmen, was zu großen Beſorgniſſen berechtigt, wenn auch nicht ſo ſchnell. Ueber die Verhältniſſe für den Fall des Todes habe ich unſerm gnädigſten Herrn einige Anſichten direct mitgetheilt, und hoffe, Höchſtderſelbe hat Ew. Excellenz davon Kenntniß gegeben.

Mit Ungeduld erwarte ich das endliche Eintreffen der hier von uns zu vertheilenden Orden, wovon ich bereits dem König Kenntniß gegeben.

Mit ausgezeichneter Hochſchätzung in treuer Anhänglichkeit ꝛc.

Noſtitz.

15.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 13ten Novbr. 1851.

Mein ſehr verehrter Freund.

1851 Mit wahrer Freude habe ich ein Zeichen Ihrer Erinne-
13. 11. rung in Ihrem letzten Briefe**) empfangen; auch es mir an-

*) Ernſt Auguſt von Hannover.
**) Concept nicht vorhanden.

gelegen ſein laſſen, zunächſt Ihren Auftrag zu erledigen. Im allgemeinen fehlt es uns hier zwar ſowohl an geſchickten Agenten als wie an Gelde, um dieſelben zu bezahlen; indeſſen hat mir Herr v. Hinckeldey*) doch verſprochen, Ihnen einen zuverläſſigen Mann dort nachzuweiſen, und Herr von Weſtphalen, die Koſten, wenn ſie nicht zu hoch ſein ſollten, auf den polizeilichen Dispoſitionsfonds zu übernehmen. Sollte nun jenes Subject brauchbar ſein, ſo ſtelle ich anheim, bei meinem Bruder die Bewilligung der desfallſigen Summe, allenfalls unter Heranziehung des Fonds des Miniſterii des Innern zu beantragen. Sollte dagegen die ganze Sache noch nicht in den Gang gebracht ſein, ſo rathe ich dieſelbe bei Ihrem Miniſterio anzuregen, mir aber hiervon vertrauliche Mittheilung zu machen, damit ich nachhelfen kann. 1851 13. 11.

Die von Ihnen bemängelte Ernennung von Schellwitz trifft mich nicht direkt, ſondern Bode, dagegen bin ich allerdings vorher befragt worden. Ich halte es für gut, daß Schellwitz aus dem Miniſterio überhaupt herausgebracht iſt, und da man ihn nicht füglich abſetzen oder todtſchlagen konnte, hielt ich es noch für das glimpflichſte, ihn nach Schleſien zu ſchicken, da wir dieſer Provinz vorzugsweiſe die revolutionären landwirthſchaftlichen Geſetze verdanken, dieſe alſo ſich nicht beklagen kann, wenn der Vater derſelben ſie jetzt practiſch ausführt. Gegen jede andere Verwendung des p. Schellwitz habe ich mich auf das beſtimmteſte erklärt. Freund Oppermann iſt für die in Merſeburg zu errichtende landwirthſchaftliche Abtheilung als Dirigent beſtimmt; leider verzögert ſich die Auflöſung der Generalkommiſſion zu Stendal, die vorhergehen muß, ungebührlich.

Ich freue mich auf Ihre Gegenwart bei den Kammerſitzungen viel mehr als auf die letzteren ſelbſt. Wir werden

*) Polizeipräſident von Berlin.

1851 einen heißen Stand haben, was noch kein Unglück wäre, wenn
18. 11. ich hoffen könnte, daß die Kräfte vorhanden ſind, um der Sache gewachſen zu ſein. Gerade mein Chef*), der vorzugsweiſe angegriffen werden wird, iſt ſehr ſchwach, wenn ſchon bei vielem guten Willen. Herr von Klützow, ſein Factotum, iſt noch ſchwächer und aventurirt ſich politiſche Exceſſe zu begehen, wo ich dieſelben gar nicht für nöthig halte. Meines Erachtens iſt der conſtitutionelle Kern ſchon gänzlich im Abſterben, es iſt alſo nicht nöthig, ihm neuen Lebensſtoff durch extreme Schritte zuzuführen, oder gar ihn auf geſundere Grundlagen zurückzuleiten, um ihn zu erhalten. Ich habe in vielen Beziehungen eine unangenehme Stellung, die indeſſen nun einmal ertragen werden muß. Vorläufig arbeiten wir an jedem Tage mehrere verſchiedene Entwürfe zu Wahlgeſetzen für die 1te und 2te Kammer, zu Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen aus, und kommen leider über alle dieſe Arbeiten zu keinem Abſchluſſe. Alles dies werden Sie hier während der Kammerſitzung in der Nähe ſehen und erleben. Mein Bruder kann bei dem beſten Willen nicht Alles allein leiſten, und ich kann ebenſowenig meinen Chef entthronen. Dies ſind jedoch Secreta, denn Weſtphalen hat ſich hier innerhalb einer gewiſſen Partei ſehr zu accreditiren gewußt, und will man dort zur Zeit noch nicht glauben, daß es eigentlich ſehr ſchwach mit ihm ſteht.

Welche Haltung die Kammern einnehmen werden, darüber haben wir hier zur Zeit noch gar keine begründete Muthmaßungen. Jedenfalls werden Einzelne ſehr ſchimpfen, und ich bleibe unter allen Umſtänden

Ihr

aufrichtig ergebener Freund

Manteuffel.

---

*) Miniſter v. Weſtphalen.

16.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

empfehle ich den Ueberbringer dieſer Zeilen den Staats-Anwalt Meyer von hier, welcher über den Zweck ſeiner Sendung mündlich das Erforderliche vortragen wird. 1851 15. 11.

Uns iſt an Auslieferung der dort verhafteten Preußen viel gelegen, weil man durch ſie wohl endlich den notoriſch vorhandenen und ſehr weit gehenden Conſpirationen auf die Spur zu kommen hofft.

Die Frankfurter Behörden wird man quovis modo im guten Zuge zu erhalten ſich bemühen müſſen. Welche Mittel Sie dazu anwenden wollen, überlaſſe ich lediglich Ihrer Erwägung; Furcht, wenn ſie ſich ſäumig zeigen, eine auf den Umſturz Preußens in ihren Mauern gerichtete Verſchwörung energiſch zu verfolgen, Dank für das Geleiſtete, Verſprechen für künftig zu Leiſtendes, u. ſ. w. Zur Erſtattung etwa erforderlicher Geld-Auslagen erkläre ich mich im Voraus bereit. Es wäre zu wichtig, wenn man endlich einmal etwas Mehres als Andeutungen erlangen könnte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

Berlin, d. 15. Nov. 1851. Manteuffel.

17.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 23. 11. danke ich für die geneigte Mittheilung vom 19. d. M.*) verbindlichſt.

Ich bin nicht nur in der Flottenſache vollſtändig mit Ihnen einverſtanden, ſondern unterſchreibe auch den allgemeinen Theil Ihrer Betrachtungen.

Was die Flotte betrifft, ſo hat man da freilich mit den ſo ſchädlichen unbeſtimmten und unbewußten Deutſchthümlern zu thun, von welchen ich neulich in einem an den König gerichteten Erguß des Exkönigs Ludwig**) eine traurige Probe erlebt habe. Er hält die Auflöſung der Flotte für Verrath am Vaterlande u. ſ. w. Wollte man dieſem Volke von Schwärmern nachgehen, ſo würde man in 8 Tagen feſtſitzen. Den Prinzen von Preußen habe ich auf dieſen Standpunkt geſtellt und bei ihm ziemlichen Eingang gefunden.

Was die Verhältniſſe zu Oeſtreich im Allgemeinen betrifft, ſo habe ich ſchon vor Eingang Ew. Hochwohlgeboren Schreibens aus einer beſondern Angelegenheit Veranlaſſung genommen, an Fürſt Schwarzenberg direct zu ſchreiben; ich habe ihm geſagt, daß ich durchaus nicht glaubte, dieſes Machiniren gehe von ihm aus, aber ich ſei der Meinung, er könne es verhindern, und wenn er dann nicht bald einmal ein quos ego! ausſpreche, ſo werde mir der Athem ausgehen, das meinige zu rufen, es werde alſo dann von beiden Seiten gekämpft werden, und wie ich glaubte zum Nachtheil Oeſtreichs. Hierauf habe ich noch keine Antwort, Graf Arnim ſchreibt mir aber, der Fürſt ſei ſehr

*) Preußen im Bundestag IV, No. 20 S. 53 ff.; vgl. I, No. 29 S. 44.
**) Von Bayern.

verlegen geweſen. Sobald ich die Antwort habe, werde ich mich weiter expectoriren. 1851 23. 11.

Daß Ew. Hochwohlgeboren nicht mit Graf Thun Händel anfangen oder aufnehmen, billige ich ſehr. In den mir mitgetheilten Aeußerungen des Herrn v. Noſtitz*) mag etwas Wahres ſein, indeß darf man dabei nicht überſehen, daß gerade das conforme Auftreten der Großmächte den Mittelſtaaten fatal iſt.

So lange Deutſchland zweiköpfig iſt, wird man immer nur dann etwas erreichen, wenn wir einig ſind, und wir würden uns dabei zuletzt auch ganz leidlich ſtehen, wenn Oeſtreich nur nicht ein ſo wunderbarer Geſell wäre, bei dem ſich unmäßige Körper-Größe und ſogar Kraft mit häßlichen Krankheitsformen und daraus entſtehende momentane Schwäche und Ungeſchlachtheit, Conſervatismus und Radicalismus, wahre Vornehmheit mit Gemeinheit, Schlauheit mit Grobheit, Liſt mit Dummdreiſtigkeit vereinigt fänden. Eine Beſeitigung dieſer Uebelſtände erſcheint ebenſo wünſchenswerth als unmöglich, da ſie tief mit der innerſten Natur dieſes Staates verwachſen ſind. Da man nun Oeſtreich ebenſowenig ignoriren kann, ſo bleibt nichts weiter übrig, als entweder drauf zu ſchlagen oder ſich ſo gut es geht zu vertragen, ohne ſich von ihm etwas gefallen zu laſſen. Man muß alſo die Ueberlegenheit fühlen laſſen, unter Umſtänden auf die Finger ſchlagen, wenn es niemand ſieht, damit der Rieſe nur den Eindruck der ſchmerzlichen Empfindung, nicht aber die Wuth gekränkter Eitelkeit davon trägt. Ueberhaupt iſt das Bedenkliche an dem Verkehr mit Oeſtreich, daß daſſelbe da, wohin ſeine Kräfte reichen, unberechenbar iſt und bereit va banque zu ſpielen. Dies darf nicht abhalten, ihm, wo man es für unerläßlich und angemeſſen hält, entgegenzutreten, aber ernſt und rathſam eine gewiſſe Reſervation eintreten zu laſſen, wodurch man ſich nicht mehr vergiebt, als wenn ein beſonnener mäßig

*) Preußen im Bundestag IV, S. 55.

1851 wohlhabender Mann eine Partie ablehnt, die ein großer Ver-
23. 11. ſchwender ihm anbietet. Letzterer ärgert ſich darüber, daß der Andre den Gegenſtand ſeines Neides, die geſicherte Exiſtenz, nicht aufs Spiel ſetzen will; auf die Länge aber wird der Beſonnene doch beſſer abſchneiden und den Großartigen zuletzt unterſtützen müſſen. Den Moment wo dies geſchehen ſoll herbeizuführen, liegt aber nicht im Intereſſe des Einen oder des Andern. Obwohl ich mich durchaus nicht vor den Oeſtreichiſchen Intriguen verſchließe und daher nicht ihr Freund bin, ſehe ich den Moment, wo dies Reich einmal zuſammenbrechen möchte, doch mit großer Beſorgniß kommen; leider ſind meine Berichte aus Wien, offizielle und nicht offizielle, von der Art, daß in dieſer Beziehung die ernſteſten Bedenken mir aufſteigen. Wenn ein ſolcher Coloß zuſammenſtürzt, ſo kann niemand die Folgen davon berechnen, und ſie können für ganz Europa höchſt verhängnißvoll werden. Die Zuſtände ſind ſehr kritiſch; die Ruinen können, auch wenn wir nicht von unſerer Seite miniren und ſo den Sturz muthwillig auf unſer Haus lenken, doch daſſelbe beſchädigen. Namentlich wünſche ich ſehr, daß das Jahr 1852 erſt vorüber und in Frankreich irgend etwas Solides entſtanden ſei. Rochow ſchreibt mir, daß der Kaiſer*) im Ganzen mit dem Oeſtreichiſchen Gange einverſtanden ſei, Neſſelrode aber vieles mißbillige und beide den Schwarzenberg als einen unzuverläſſigen und wilden Politiker nicht achteten; er ſieht Conflicte mit Rußland unvermeidlich nahe. Ich halte dagegen Schwarzenberg für den einzigen Mann, der Oeſtreich noch zuſammen hält, bis es vielleicht ſpäter einmal der Kaiſer kann, und mir würde daher an ſeinem Sturze, ſelbſt wenn ich etwas dazu beitragen könnte, nichts liegen.

Den Bundestag halte ich nicht für die Form, aus Deutſchland etwas zu machen, wohl aber für das Mittel, den innern Zerfall noch zu verdecken; er hat außerdem noch den nützlichen

*) Nicolaus I. von Rußland.

Zweck für die kleinen Staaten, deren Exiſtenz man doch einmal nicht ableugnen kann, einen feſten Punkt zu bieten, an den ſie ſich retten können aus völligem Verſinken in den Schlamm ihrer Zuſtände. Ich bezweifle, daß man ohne große Europäiſche Umwälzungen aus dieſem Zuſtande herauskommen wird. Die Aufgabe ſcheint mir zu ſein, daß dieſe Form den geſunden Entwickelungen nicht nachtheilig ſein darf, ohne deshalb ganz aus einander zu fallen oder den Nutzen zu verlieren, den ſie für gewiſſe Verhältniſſe haben kann. 1851 23. 11.

Mit den in Gemeinſchaft von Oeſtreich einzubringenden Anträgen werde ich übrigens, wie ich mir ohnehin ſchon vorgenommen hatte, fortan ſparſam ſein.

Soeben erhalte ich Ihre Anfrage von vorgeſtern wegen der Kammer-Eröffnung. Ich wünſchte wohl, daß Sie dazu anweſend wären, dennoch nehme ich Anſtand Sie durch den Telegraphen zu rufen; bitte aber, daß Sie nicht zu ſpät und womöglich zur Präſidenten-Wahl, welche wohl am 1. oder 2. Dec. Statt finden wird, hier ſind. Es ſcheint mir, daß es kein Unglück iſt, wenn man Sie in Frankfurt etwas vermißt.

Da der König zum Begräbniß*) nach Hannover geht, ſo wird er die Kammern nicht ſelbſt eröffnen; ich werde es Statt ſeiner thun, meine Eröffnungen werden ſich aber nur auf Dinge der innern Verwaltung beſchränken, und mein Streben wird darauf gerichtet ſein, eine Adreßdebatte zu vermeiden.

Entſchuldigen Sie dieſe weitläuftige Erklärung, ich hätte noch viel hinzuzufügen, behalte mir das aber mündlicher Beſprechung vor. Den Grafen Stolberg würde ich Ihnen beſtens empfehlen, wenn ich es nicht für überflüſſig hielte.

Mit dankbarer Anhänglichkeit

Ew. Hochwohlgeboren

B. 23/11. 51. ganz ergebener Diener

Manteuffel.

*) Des Königs Ernſt Auguſt, geſt. 18. November 1851.

18.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 24. November 1851 10 Uhr.

1851 24. 11. Ihre Herkunft zur Kammer-Eröffnung halte ich nicht für nöthig, wohl aber wünſche ich Sie in den erſten Tagen der nächſten Woche, wo möglich Montag hier zu ſehen.

Manteuffel.

19.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851 24. 11. Meinem heutigen unter unzähligen Störungen geſchriebenen Briefe füge ich auf Veranlaſſung meiner Frau und im vollen Einverſtändniß mit derſelben noch die Bitte hinzu, daß Ew. Hochwohlgeboren bei uns Ihre Wohnung und Abſteige-Quartier nehmen wollen.

Sie würden das Ihnen bekannte Quartier meines Bruders, zwei freundliche Stuben, freilich nach dem Hofe einnehmen und an unſerm Mittagstiſch täglich, ſo oft Sie nichts Beſſeres vorhaben, ein lieber Gaſt ſein. Auch für Unterkommen Ihres Dieners kann geſorgt werden. Sie vermeiden dadurch die immerhin unangenehme Wohnung im Gaſthofe, und wir haben um ſo beſſer Gelegenheit mit einander zu ſprechen.

Haben Sie keine Gründe aus Ihrer Perſon unſere Bitte abzulehnen, ſo bitte ich dringend aus unſeren Verhältniſſen keine herzuleiten.

In der Thron-Rede, welche ich, da der König zum Begräbniß in Hannover abweſend ſein wird, halten werde,

beabſichtige ich kein Wort von auswärtiger Politik zu er- 1851
wähnen; das wird einiges Geſchrei geben, aber nicht mehr 24. 11.
als jede wirkliche Darlegung, und da nach meiner feſten Ueber-
zeugung die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht
machen können und dürfen, ſo ſcheint mir dies das Ehrlichſte
zu ſein.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin auf.

Mit alter Anhänglichkeit

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 24/11. 51. Manteuffel.

20.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das geehrte Schreiben von vorgeſtern*) ganz 1851
ergebenſt, daß ich mit dem von Ihnen gemachten Vorſchlage 28. 12.
ganz einverſtanden bin. Das geſtellte Verlangen kann man
m. E. unter keinen Umſtänden zurückweiſen, und ich würde
gewiß jemand finden, den man vorſchlagen könnte, wenn ſchon
ich einräume, daß ich in dieſem Augenblicke Niemand in prompta
habe. Deshalb kommt mir Ew. Hochwohlgeboren Vorſchlag
ganz erwünſcht. Der Mann iſt zwar katholiſch und Rheinländer,
dennoch halte ich ihn für ſicher. Meiner Seits hatte ich an
den Rieſeler Senfft**) gedacht, doch ſcheint es mir mehr als
zweifelhaft, ob er acceptiren würde.

*) Concept nicht vorhanden.

**) v. Senfft-Pilſach, ſeit 1852 Oberpräſident von Pommern, hatte große Rieſelwieſenanlagen auf Staatskoſten im Oſten bewirkt.

1851 28. 12. Was die dortigen Verhältniſſe betrifft, ſo theile ich Ihre Entrüſtung über die kleinlichen Intriguen*) und werde Sie in den Mitteln, um ſie abzuwehren, nicht im Stiche laſſen, wenn ſchon ich doch immer um etwas kaltes Blut bitten möchte, ſchon um deshalb, weil man damit die Gegner am mehrſten ärgert. Ich habe geſtern eigenhändig an Schwarzenberg geſchrieben und meine Meinung derb ausgeſprochen, indem ich ihm meiner wahren Ueberzeugung gemäß geſagt habe, daß die nothwendige Folge ſeines Benehmens ein Zurückziehen Preußens in eine negative Stellung ſein würde, die für Oeſtreich ſehr unbequem, für Preußen aber ſehr behaglich und unangreifbar ſein würde. Wie Ew. Hochwohlgeboren bemerkt haben werden, nehmen wir bereits mehr und mehr dieſe Stellung an, und ich bin der Anſicht, daß ſelbſt, wenn man von dort aus gute Worte geben ſollte, wir unſres eignen Vortheils wegen darin verharren müſſen.

Oeſtreich ſpielt meines Erachtens jetzt ein ſehr gewagtes und deshalb der Eigenthümlichkeit der dortigen Staats-Männer entſprechendes Spiel. Ich habe beſtimmte Nachrichten, daß man ſich Oeſtreichiſcher Seits nicht nur Louis Napoleon ſehr angelegentlich nähert, ſondern ihn ſogar zu Einmiſchungen in fremde Angelegenheiten ſtachelt. Miniſter Turgot hat ſelbſt geſagt, daß man von dorther die Aufforderung an das franzöſiſche Cabinet gerichtet hat, gemeinſchaftlich die Verfaſſung im Königreich Sardinien zu beſeitigen, ebenſo will man der Schweiz zu Leibe gehen, und den Inſtigationen gegen Belgien iſt man in Wien auch nicht fremd. Es iſt das eine geſchickt angelegte Sache, denn für den ſchlechten Liberalismus in dieſen Staaten wird kaum jemand anders als höchſtens England in die Schranken treten, und dieſes hat ohne Continental-Alliancen keine Action. Andrer Seits liegt bei Oeſtreich der Gedanke

*) Vgl. Bericht vom 22. December 1851, Preußen im Bundestage I, No. 38 S. 54 ff.

im Hintergrunde, ſich von der Ruſſiſchen Präponderanz frei zu machen, welche in Wien um ſo unangenehmer empfunden wird, als wir jetzt ſehr gut mit St. Petersburg ſtehen. Auch läßt ſich nicht verkennen, daß Louis Napoleon, der vermöge ſeiner Entſtehung auf eine aventureuſe Politik hingewieſen, und Fürſt Schwarzenberg, der ihr durch Verhältniſſe und Geſchmack auch nicht abgeneigt iſt, gemeinſchaftlich eine formidable Macht auf die Beine bringen können, welche noch durch ſüddeutſche und ſächſiſche Truppen verſtärkt werden dürfte und welche eines ſchönen Tags überraſchend ſchnell und bevor viel von Ruſſiſchen Soldaten die Rede ſein möchte, auf dem Theater erſcheinen könnte. Ich weiß, daß Meyendorff*) der Entwickelung dieſer Dinge mit aufmerkſamem und ſehr bedenklichem Blicke folgt. Unſere Stellung zu Rußland und England iſt eine genau angewieſene. Palmerſtons Rücktritt**) ebnet die Wege; allein es ſind dabei noch manche Schwierigkeiten. Der König möchte wegen Neuenburg gar zu gern gemeinſchaftliche Sache machen. Auch unſere Kammer-Wirthſchaft iſt recht ſtörend; man kann doch wegen ſolcher politiſchen Möglichkeiten den Kammern nicht eine Stellung anweiſen, die man ihnen bisher beſtritten hat, und die ihnen in der That nicht zukommt, und wenn man es wollte, ſo hätte man damit doch noch nichts gewonnen, denn ſie ſind weder eine Macht, noch werden ſie in Momenten kritiſcher Entſcheidungen eigentliche Kraft gewähren. 1851 28. 12.

Ueber alle dieſe Dinge möchte ich gern mit Ew. Hochwohlgeboren ausführlich ſprechen, und bitte Sie daher recht ſehr zur Wieder-Eröffnung der Sitzungen, etwa zum 5ten Januar (an welchem Tage die Präſidenten-Wahl ſtattfindet) oder wenigſtens bald nachher nach Berlin in Ihr zu Ihrem Empfange bereit-

---

*) Ruſſiſcher Geſandter in Wien.

**) Infolge ſeiner voreiligen Billigung des bonapartiſtiſchen Staatsſtreichs hatte P. das Miniſterium des Auswärtigen niederlegen müſſen.

1851 28. 12. gehaltenes Stübchen zu kommen. Auch der König wünſcht Ihre Ankunft. Mir ſcheint es, daß gerade nach (der)*) dermaligen Lage der Dinge Ihre Abweſenheit von Frankfurt ein geeignetes Mittel iſt zu zeigen, daß man auf die dortigen Dinge nicht zu viel Gewicht legt. Sie haben wohl die Güte mich wiſſen zu laſſen, ob und wann ich auf Ihre Ankunft rechnen darf. Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und an Sie auf.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener

B. 28/12. 51. Manteuffel.

21.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 ? 1. danke ich verbindlichſt für Ihre gütigen Mittheilungen vom 24. Januar**). Von den wieder beigefügten Briefen des Herrn v. Scheele und Grafen Thun habe ich mit Intereſſe Kenntniß genommen. Ein Urtheil darüber auszuſprechen behalte ich mir vor. — Auf meinem Arbeitstiſche befindet ſich auch noch das anliegende v. Canitzſche Schreiben, was Ew. Hochwohlgeboren zuzuſtellen ich bei der vorliegenden Gelegenheit nicht habe unterlaſſen wollen.

Mit Erwiederung Ihrer freundſchaftlichen Grüße und in bekannter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den ..***) Januar 1852. Manteuffel.

*) Fehlt im Orig.

**) Preußen im Bundestag IV, No. 22 S. 59.

***) Datum fehlt im Original.

22.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

(Ohne Datum.)*)

Ew. Excellenz

geehrtes Schreiben mit der Einlage von Herrn von Schele habe ich geſtern über Köln erhalten. 1852 ? 2.

Der ehemalige Oldenburgiſche Staatsrath Dr. Fiſcher, welcher Eurer Excellenz als Verfaſſer mehrer politiſcher Schriften bekannt ſein dürfte, lebt jetzt hier und beſchäftigt ſich unter Anderen mit Bearbeitung von Eingaben für die Rechte der Standesherrn. Theils hierdurch, theils durch andre ältere Beziehungen iſt er in Verbindung mit mehren Mitgliedern der altconſervativen Parthei in Oeſtreich getreten, namentlich mit dem Fürſten Windiſchgrätz und dem Grafen Wurmbrandt, von welchen beiden er Briefe vorlegte. Er betrachtet den Fürſten Windiſchgrätz als das Haupt der genannten Parthei in Oeſtreich und als den Candidaten derſelben für die Nachfolge des Fürſten Schwarzenberg. Unzweifelhaft dürfte es ſein, daß der Fürſt Windiſchgrätz ſich eines großen Anſehns bei allen conſervativen Gegnern des jetzigen Oeſtreichiſchen Premier-Miniſters erfreut, und aus guten Quellen höre ich, daß die Verbindungen des Fürſten mit dem Kaiſer durch Vermittelung der Erzherzogin Sophie lebhafter ſind als früher. In einem der Schreiben, die mir der Staatsrath Fiſcher zeigte, hebt der Fürſt Windiſchgrätz das Bedürfniß der Verſtändigung mit Preußen beſonders hervor, und Herr Fiſcher ergänzte dazu mündlich, daß ſeinen Nachrichten zufolge die ungeſchickte Rückſichtsloſigkeit in Be-

*) Die ungefähre Datirung ergiebt ſich aus dem Briefe H. Fiſchers an Bismarck vom 24. Februar 1852, dem eine auf die Vertheidigungsſchrift des Fürſten Windiſchgrätz bezügliche Denkſchrift beigelegt war, Bismarck-Jahrbuch V, 159 ff.

1852 ? 2. handlung der deutſchen Angelegenheiten dem Fürſten Schwarzenberg in ähnlicher Weiſe zum Vorwurf gemacht werde, wie man dem Fürſten Windiſchgrätz gegenüber das Mißlingen des Ungariſchen Feldzugs benutzt, um ihn in den Augen Sr. Majeſtät des Kaiſers als unfähig darzuſtellen. Ueber ſeine Operationen in Ungarn hat der Fürſt vor Kurzem mit Nennung ſeines Namens eine Zuſammenſtellung aus offiziellen Aktenſtücken veröffentlichen laſſen, um dadurch die ihm gemachten Vorwürfe zu entkräften. Er ſoll, wie es vollkommen natürlich ſcheint, dem Urtheil auswärtiger Militärs, namentlich demjenigen Preußiſcher militäriſcher Zeitſchriften mit beſondrer Spannung entgegenſehn. Ganz abgeſehn von den augenblicklichen politiſchen Combinationen in Oeſtreich dürfte es nicht ohne Nutzen ſein, den etwaigen Preußiſchen Sympathien einer unter allen Umſtänden hervorragenden Perſönlichkeit in Oeſtreich entgegenzukommen. Ich ſtelle deshalb Eurer Excellenz gehorſamſt anheim, entweder durch das Kriegsminiſterium oder den General von Gerlach dahin mitwirken zu wollen, daß in den militäriſchen Zeitſchriften, von welchen man auswärts einen nahen Zuſammenhang mit unſern offiziellen Kreiſen anzunehmen pflegt, die Selbſtvertheidigung des Fürſten Windiſchgrätz womöglich eine günſtige, jedenfalls eine ſchonende und wohlwollende Beurtheilung finde.

Die mir vorgelegten Briefe des Grafen Wurmbrandt machten mir den Eindruck, daß der Oeſtreichiſche Adel dieſer Parthei bisher weniger mit dem Erlangen politiſcher Bedeutung als mit der Gereiztheit über und mit der Abwehr gegen die ihm zugefügten materiellen Verluſte beſchäftigt iſt.

v. Bismarck.

Anlage.

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer.

(Abſchrift.) Liblin, den 27. Dezember 1851.

Verehrteſter Herr Staatsrath!

Ich beeile mich, Ihr Schreiben vom 23. d. M., welches 1851
ich ſoeben erhalten habe, zu beantworten, mache Sie aber im 27. 12.
Voraus darauf aufmerkſam, daß Sie meine Antwort höchſt wahrſcheinlich ungenügend finden werden, indem Zoll und Handel auf einem mir ziemlich fremden Felde liegen. Vor allem andern mache ich Sie auch auf meinen Standpunkt aufmerkſam. Ich glaube darüber ganz klar und richtig zu ſehen, daß ein Kampf zwiſchen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen beſteht. Weil ich konſervativ bin, ſo ſtehe ich auf Seiten des unbeweglichen Vermögens und wünſche alſo dieſem den Sieg. Welche Mittel zum Siege führen, kann ich nur nach dem beurtheilen, was mir meine fünf geſunden Sinne ſagen, eben weil ich kein Kunſtverſtändiger bin. Mein einfacher praktiſcher Verſtand nennt mir nun den Freihandel als Mittel und den Schutzzoll als Weg, um zu dieſem Mittel zu gelangen. Es liegt nun auf der Hand, daß die Schutzzölle in fortwährend fallenden Ziffern aufgeſtellt, und fortwährend in einer und derſelben Ziffer auf die größtmöglichſte Länderſtrecke ausgedehnt werden müſſen. In dieſem Sinne habe ich der Kreuzzeitung einen Artikel geſandt, welchen ſie in No. 60 im Monat März brachte, leider aber mit Bemerkungen verſah, die bei uns einen ſchlechten Eindruck machten und das Mißtrauen erweckten, auch die Konſervativen Preußens würden es nicht ſcheuen, Vorwände vom Himmel zu reißen, wenn ſie hierdurch Preußen auf Koſten Oeſterreichs mächtiger und größer machen und ihm überhaupt einen Vortheil zuſchanzen könnten. Man bemerkte ſchon damals, daß, wo das ſpecifiſche Preußenthum anfange, die Legitimität und der deutſche Rechtsſinn aufhöre.

1851 27. 12. Wäre eine Zolleinigung wünſchenswerth zwiſchen Oldenburg und Kroatien, wenn das letztere Land von Deutſchen bewohnt wäre, ſo iſt ſie es auch, wenn Kroatien von Slaven bewohnt wird, — und iſt die Einigung zwiſchen Oldenburg und dem ſlaviſchen Kroatien nicht wünſchenswerth, ſo wäre ſie es auch nicht, wenn die Kroaten plötzlich in Brandenburger verwandelt würden.

Ich geſtehe Ihnen ganz aufrichtig, daß mir hinter dem Vorgange, welchen Preußen in der Zollfrage einſchlägt, eine andere politiſche zu ſtecken ſcheint, nämlich die des Dualismus. Und auch dieſer ſcheint mir in Preußen dahin ausgelegt werden zu wollen, daß ganz Deutſchland in Preußen aufgehen ſoll, mit Ausnahme der deutſchen Länder Oeſterreichs, welche dieſem wenigſtens vor der Hand belaſſen werden ſollen.

Es iſt möglich, daß eine Zolleinigung mit den Slovaken und Kroaten einen Nachtheil für die politiſche Haltung Deutſchlands nach ſich ziehen könnte, wenn Sie unter Deutſchland etwas anderes verſtehen als ich — wir müſſen uns über das, was Deutſchland in letzterer Zeit war und künftig werden ſoll, nur recht klar werden.

Das eigentliche wahre Deutſchland hat aufgehört, als es keine einige deutſche Kirche mehr gab. In letzter Zeit fanden wir einen Bund verſchiedener Staaten Mitteleuropas unter dem ganz unpaſſenden und unrichtigen Namen „Deutſchland". — Jetzt wünſchen wir in Oeſterreich ein noch engeres Bündniß, und dieſes ausgedehnt auf größere Staaten, jedenfalls auf ganz Oeſterreich, und haben des guten Zweckes halber nichts dagegen, daß dieſer mitteleuropäiſche Staatenbund Deutſchland genannt werde, wenn dieſer Name dazu beiträgt, das Bündniß ſchnell und dauerhaft zu Stande zu bringen. — Wer in dieſem Staatenbunde keine Kroaten will, der will faktiſch ganz Oeſterreich ausſchließen.

Wird nun, unter was immer für plauſiblen Vorwänden,

und wenn auch nicht auf einmal, ſondern nur nach und nach, 1851
Oeſterreich faktiſch aus Deutſchland ausgeſchloſſen, ſo wird 27. 12.
unter Einem auch dem Katholicismus in Deutſchland das Genick gebrochen; und dann wird es nicht ſchwer werden, die kleineren Staaten mit dem proteſtantiſchen Preußen zu verſchmelzen.

Ich habe Ihnen nun mit voller Offenheit und mit vollem Vertrauen in Ihre Billigkeit meine Anſicht über die Zolleinigung und über die Politik, welche Preußen hierbei befolgt, bekannt gemacht. Ich kann nicht ſagen, daß dies die Anſicht der ganzen Parthei ſei, doch wird ſie jedenfalls von den hervorragendſten meiner politiſchen Glaubensgenoſſen getheilt. Ich bin weit davon entfernt, einem Manne von Ihrer Erfahrung zumuthen zu wollen, daß er unſere Anſicht ohne Weiteres auch zu der ſeinigen mache; auf Ihre beſtimmt geſtellte Frage jedoch, ob Sie im Intereſſe der Oeſterreichiſchen konſervativen Parthei wohl daran thun würden, gegen den Oeſterreichiſchen Zollverein Oppoſition zu machen, muß ich Ihnen mit einem vollkommen beſtimmten „Nein!“ antworten. — Um jedoch noch ſicherer zu gehen, werde ich morgen Ihr Schreiben ſammt einer Abſchrift meiner Antwort an den Grafen Wolkenſtein ſenden und ihn auffordern, nach Rückſprache mit den dermalen in Wien anweſenden Männern der Parthei ſelbſt zu ſchreiben, wenn er mit dem, was ich Ihnen geſchrieben habe, nicht, oder auch nur theilweiſe nicht einverſtanden ſein ſollte.

Aus dem bereits Geſagten entnehmen Sie auch, daß ich mit der Anſprache des Fürſten Hohenlohe, namentlich mit dem, was er im zweiten Abſatze auf der zweiten Seite ſagt, einverſtanden ſein muß.

23.

Hausminiſter Graf Anton Stolberg an Bismarck.

Berlin 1. April 1852.

Innig verehrter Freund!

1852 1. 4. Den heutigen Tag vermag ich nicht vorüber gehen zu laſſen, ohne Ihnen nicht ein Wort treuen Segenswunſches ausgeſprochen zu haben. Das letzte Jahr hat mir die große Freude gebracht, Ihnen näher ſtehen zu können, und ich erachte ſolches als ein mich erfreuendes beglückendes Ergebniß einer ernſten Zeit. Der Schluß dieſes Jahres hat jedoch eine Art Weihe über unſere Bekanntſchaft herbeigeführt. Ich habe lebendig erkannt, wie nahe Sie mir ſtehen, wie ich in väterlich brüderlicher Liebe dem Mann angehöre, deſſen Beſtrebungen ich ſeit dem Jahre 1847 mit wahrer Hochachtung gefolgt bin.

Ich bin bereits alt und nach keiner Richtung hin ſo ringfertig, als ich es ſein möchte, demungeachtet ſchlägt noch ein jugendlich Herz in der alten Bruſt, und ich habe Ihre Erhaltung in dem kürzlichen Zweikampf*) als eines der glücklichſten Ereigniſſe meines Lebens begrüßt. Der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen beim Beginn des neuen Lebensjahres in tiefer innerer Bewegung die Freundeshand auf Leben und Tod und bittet Gott den Herrn, daß Sein Segen auf Ihnen und Ihrer prächtigen Gemahlin und Ihren Kindern ruhen und der aus Seinem heiligen Wort ſtrahlende unbedingte Glaube Sie bis zum Schluß Ihrer Erdenlaufbahn zu Seiner Ehre durchglühen möge.

Empfangen Sie auch meinen Dank für alles, was Sie

*) Mit G. v. Vincke.

und Ihre theure Gemahlin bewußt und unbewußt an Theodor*) thun. 1852 1. 4.

In treuer Freundſchaft bis zum letzten Herzensſchlag.

Anton Stolberg.

24.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

ſage ich zwei ganz vertrauliche Worte zu der heutigen Expedition. 1852 4. 4.

Ich halte den Weg, den der König betreten will, für ſehr bedenklich.

1. läßt Rußland wie mir genau bekannt iſt die Theilnahme des Bundes**) als Großmacht ſchon aus dem Grunde nicht zu, weil auf dieſe Weiſe Oeſtreich und Preußen doppelt figuriren.

2. kann Preußen damit gar nicht gedient ſein, denn während Oeſtreich außer dem Bunde doch immer noch Großmacht bleibt, iſt dies bei Preußen nicht der Fall, wenigſtens nicht in gleichem Maaße.

3. halte ich es bei allem deutſchen Patriotismus nicht erſprießlich, daß wir in Dingen, wo wir uns auf unſere eigene Hand zur Geltung bringen können, uns von Oldenburg und Coburg Lectionen geben laſſen; wegen des ad 2 angedeuteten Verhältniſſes trifft dies Preußen wiederum ſchlimmer als Oeſtreich.

4. wird Oeſtreich gegen Rußlands Willen auf den Vorſchlag gewiß nicht eingehen, uns alſo ablaufen laſſen, und es wird dann heißen, die deutſchen Sachen werden doch in Wien entſchieden.

---

*) Graf Th. Stolberg, Attachè bei der Bundestagsgeſandtſchaft.

**) An den Londoner Conferenzen.

1852 4. 4. 5. wird Fürſt Schwarzenberg, wie er das ſehr gut verſteht, ſeine Bereitwilligkeit dem Ruſſiſchen Rathe zu folgen und unſern Vorſchlag zu verwerfen, gehörig bei allen andern Cabinetten mouſſiren laſſen.

6. halte ich es wirklich auch für Deutſchland nicht gut, wenn man den Kleinen ſolche Dinge zur Entſcheidung unterbreitet und ihnen Großmachtsgelüſte beibringt, mit denen Frankreich vortrefflich gedient iſt.

Dieß ſind meine Bedenken, die ich auch wiewohl fruchtlos Sr. Majeſtät unterbreitet habe. Ich ſchreibe ſie Ew. Hochwohlgeboren aus zwei Gründen:

1. damit Sie die Güte haben, meine Anſicht zu berichtigen, wenn Sie ſie nicht theilen, oder

2. damit Sie, wenn Sie meiner Anſicht beitreten, meine Gründe kennen. Ew. Hochwohlgeboren mögen dieſe Gründe, wenn Sie damit einverſtanden ſind, in Ihrem Berichte immer reproduciren, damit die Sache Farbe hat, aber das, worauf es mir eigentlich ankommt, ſind nicht ſolche allgemeine, ſondern ſpeciell aus den dortigen Verhältniſſen entnommene Gründe. Dieſe werden hier auch mehr Effect machen.

Hochachtungsvoll, aber ſehr eilig

B. 4/4. 52. Manteuffel*).

25.

Graf v. Noſtitz an Bismarck.

Hannover den 6ten Apr. 1852.

Mein verehrter Freund

1852 6. 4. In der Ueberzeugung, daß es für Sie von Intereſſe ſein wird, die Antwort des hieſigen Gouvernements auf die Oeſter-

*) Vgl. Bismarcks Schreiben vom 6./7. April 1852, Preußen im Bundestag I, No. 64 S. 89 ff., und das Privatſchreiben Bd. IV, No. 26 S. 64 f.

reichiſchen Anträge zu kennen, ſende ich Ihnen dieſelbe in bei- 1852
liegender Abſchrift. 6. 4.

Der plötzliche Tod des Fürſten von Schwarzenberg*) iſt ein für ganz Europa, namentlich aber für Preußen höchſt wichtiges Ereigniß, ich hoffe, man wird den Vortheil daraus ziehen, welchen es der preußiſchen Politik darbietet, und würde es nur tief beklagen können, wenn es anders ſein ſollte.

Hier geht es in Beziehung auf uns gut; die zerrütteten Verhältniſſe im Miniſterium ſelbſt ſind noch nicht geändert; eine Entſcheidung kann nicht mehr lange auf ſich warten laſſen.

Nächſtens werde ich Ihnen die Anſichten des Herrn v. Schele in Betreff der Mitwirkung des Bundes für ein allgemeines Preßgeſetz mittheilen.

Mit wahrer Hochſchätzung und Freundſchaft

Graf v. Noſtitz.

26.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Aufgegeben in Berlin den 14. April 1852 12 Uhr 10 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 14. April 1852 12 Uhr 35 Min. Nachm.

Von dem vorläufigen Privatſchreiben vom 6. u. 7. d. M.**) 1852
über die Londoner Convention habe ich mit Hoffnung auf Er- 14. 4.
folg den bewußten Gebrauch gemacht. Ich bitte nunmehr den vorbehaltenen amtlichen Bericht bald zu erſtatten.

Manteuffel***).

---

*) 4. April 1852.

**) S. o. S. 52 Anm. *).

***) Der amtliche Bericht vom 15. April iſt noch nicht veröffentlicht worden, Concept iſt nicht vorhanden.

27.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Abgegangen in Berlin den 15. April 1852 8 Uhr 37 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt den 15. April 1852 9 Uhr 34 Min. Vorm.

1852 15. 4. Antwort auf die geſtern Abend ſpät hier eingegangene Anfrage vom 14. d. M.*).

Ich habe bei dem Hintritt des Fürſten Schwarzenberg keine Gelegenheit vorübergehen laſſen die großen Verdienſte des Fürſten ſchriftlich und mündlich anzuerkennen, und ich habe dies ſowohl in Gemäßheit der Befehle Seiner Majeſtät als in Folge eigner Ueberzeugung gethan. Daß Ew. Hochwohlgeboren aber, perſönlich dem Fürſten fremd und Proteſtant, in amtlicher Eigenſchaft der Seelmeſſe beiwohnen, ſcheint mir nicht angemeſſen. In dieſer meiner Anſicht ſoll indeß keine Weiſung für Sie liegen, ſofern die Feier den Charakter der Privatbetheiligung zuläßt.

Manteuffel.

28.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 15. 4. überſende ich in der Anlage die gewünſchte Abſchrift des Briefs**), für welchen ich Ihnen ſehr dankbar bin und welcher auch ſeinen Effect nicht verfehlt hat; der offizielle Bericht, um deſſen Erſtattung ich Sie erſucht habe, wird hoffentlich die Sache vollſtändig in Ordnung bringen. Sie iſt m. E. für Preußens

*) Preußen im Bundestag I, No. 66 S. 94.
**) Vom 6./7. April.

Weltſtellung nicht ſo unwichtig als man verſucht ſein möchte zu glauben; überdieß liegt mir daran, ſie vor des Kaiſers *) Ankunft erledigt zu ſehn, und die täglichen Mahnungen von Budberg, Bloomfield und Bille-Brahe**) werden mir ſehr läſtig. 1852 15. 4.

Unſern Zollvereins-Congreß***) werde ich wahrſcheinlich erſt Montag eröffnen; die Herren ſind mit ihrer Ankunft etwas ſäumig geweſen, und ich will mich nun auch nicht zu ſehr empreſſiren. Ich habe übrigens guten Muth; nur dürfen wir nicht ſchwanken. Der König, der noch vor wenig Tagen die Idee hatte, eine beſondere Verhandlung in Wien einzuleiten, iſt jetzt ganz correct und faſt zu präcipitant; er ſagte mir geſtern, ich möge gleich von Anfang erklären, Preußen liege an der ganzen Geſchichte nichts, wir hätten deshalb die vollſtändige Auflöſung des Vereins vorbereitet und bäten jeden, der wollte, ſeiner Wege zu gehen. Das kann in einem ſpäteren Stadium nützlich und nothwendig werden, zu Anfang ſcheint mir der Tabak aber zu ſtark, namentlich auch mit Rückſicht auf Hannover, welches ja aus Furcht vor Preußens Präpotenz ſo gern Baiern conſerviren möchte, wiewohl die beiderſeitigen Intereſſen ſchnurſtracks entgegengeſetzt ſind.

Wir werden in Gemeinſchaft mit Hannover ſtarke Ermäßigung der Eiſenzölle proponiren, was ich für ſehr richtig und im Intereſſe unſeres Schiffbaues und unſerer Agricultur halte; freilich wird das in Süddeutſchland Geſchrei und in Oberſchleſien Lamento erregen, darauf kann es aber nicht ankommen. Aus Baiern wird mir aus guter Quelle gemeldet, der König habe für alle möglichen Fanfaronaden Herrn v. d. Pfordten

*) Von Rußland.

**) Ruſſiſcher, engliſcher, däniſcher Geſandter am Berliner Hof.

***) Preußen hatte auf den April 1852 die ſämmtlichen Zollvereinsſtaaten zu einer Conferenz eingeladen, um auf Grund des mit Hannover abgeſchloſſenen Vertrags vom 7. September 1851 die Erneuerung des Zollvereins für den 1. Januar 1854 vorzubereiten; Weber a. a. O. S. 309 ff.

1852 15. 4. carte blanche gegeben, aber ſei entſchloſſen, unter keinen Umſtänden aus dem Zollverein zu treten.

Nächſten Montag beginnt nun unſer Kammer-Vergnügen wieder. Proh dolor! Ob und wann Sie kommen wollen, bleibt Ihnen überlaſſen. Sollte Noth an den Mann gehen, ſo erlaube ich mir zu telegraphiren.

Der König ſagte mir neulich, er wünſche, daß Sie hier mit Graf Neſſelrode zuſammenträfen. Dieß halte ich allerdings auch für wichtig. Ich behalte mir vor, Sie von dem Tage ſeiner Ankunft zu unterrichten. Vorläufig ſteht feſt, daß die Kaiſerin am 9. oder 10. Mai kommt; der Kaiſer wollte ſpäter eintreffen, wird aber wahrſcheinlich gar nicht kommen, wenn man nicht vorher die Kammern zu Hauſe ſchickt. Neſſelrodes Ankunft war auf den 5. Mai angeſagt; jetzt höre ich, daß er wahrſcheinlich erſt mit dem Kaiſer kommen wird. Rochow iſt geſtern früh hier angekommen, ſehr wohl und friſch.

Meine Frau grüßt, und ich verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren ganz ergebener

Diener u. Freund

Berlin, 15. April 1852. Manteuffel*).

29.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 20. 4. den pp. Weck**) betreffende Zuſchrift habe ich an den Miniſter des Innern gelangen laſſen, und behalte mir weitere

*) Bismarcks Antwort vom 18. April 1852 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 28 S. 69 f.

**) Ein Kaufmann aus Breslau, der ſich ſchon 1851 dem Vertreter des preußiſchen Miniſterreſidenten bei der Stadt Frankfurt, Legations-

Mittheilungen darüber vor. Vorläufig aber erlaube ich mir zu 1852
bemerken, daß der pp. Weck mir persönlich bekannt und ein 20. 4.
höchst unzuverläſſiger Menſch iſt, der mir durch verſprochene Enthüllungen mehrfach Geld abgepreßt und gar nichts geleiſtet hat. Später hat er in London Paris Carlsruhe ſich auf mich bezogen, auch wohl gedroht, er werde mein Verhältniß zu ihm veröffentlichen, was ich ruhig abgewartet habe, da er gar nichts von mir in Händen hat und nur allenfalls die nicht beſtrittene Thatſache nachweiſen könnte, daß ich von ihm wie von manchem Andern angeführt bin. Herrn von Glinka*) dürfte daher äußerſte Vorſicht anzuempfehlen ſein. Daß Weck Briefe von andern Geſandten beſitzt, mag wahr ſein, denn er hat ſich an viele angedrängt, um Geld zu erhalten und iſt ebenſo zugänglich für Preußiſche Thaler wie für Rubel und Zwanziger und beſitzt, wenn man ſich einmal mit ihm eingelaſſen hat, eine klettenhafte Anhänglichkeit.

Meine Eröffnungs-Rede von geſtern**) werden Sie ſchon erhalten haben; der König war ungehalten darüber, indem er ſie viel zu ſchwach fand. Ew. Hochwohlgeboren wiſſen, aus welchen Gründen ich ſie mäßig gehalten habe; unnütze Vorbehalte aber wie der, den der König wollte, daß wir nämlich austreten wollten, erachte ich nicht für einen Beweis von Kraft. Daß man, nachdem die Kündigung erfolgt iſt, austreten kann, verſteht ſich von ſelbſt. Daß Oeſtreich und die Wiener Conferenzen gar nicht erwähnt, halte ich doch für ziemlich ſtark. Jetzt geht die Sache langſam an, und wenn nichts beſonderes geſchieht oder verſehen wird, ſoll es mit Gottes Hülfe gut gehn.

(† Bunſen hetzt den König immer mehr in die Patrie hin-

---

rath Graf R. v. d. Goltz, zur Ueberwachung der Demokraten in Frankfurt angeboten hatte, vgl. v. Poſchinger, Manteuffels Denkwürdigkeiten I, 375.

*) Ruſſiſcher Vertreter am Bundestag.

**) S. dieſelbe in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 109 f.

1852 20. 4. ein. Er behauptet, die größten Staats-Männer in England glaubten, daß in wenigen Jahren der Continent in zwei Theile zerfallen würde: a) proteſtantiſche Staaten mit conſtitutionellem Syſtem getragen von den Säulen der Pairie, b) katholiſch-jeſuitiſch-demokratiſch-abſolutiſtiſche Staaten. In die letzte Kategorie ſtellt er Oeſtreich, Frankreich und Rußland. Ich halte das für ganz falſch. Solche Kategorien giebt es gar nicht. Jeder Staat hat ſeinen eigenen Entwicklungs Gang. Friedrich Wilhelm I. war weder katholiſch noch demokratiſch und doch abſolut. Aber dergl. Dinge machen großen Eindruck auf Se. Majeſtät. Das conſtitutionelle Syſtem, welches die Majoritäten Herrſchaft proclamirt, halte ich für nichts weniger als proteſtantiſch †)*).

Meine Frau grüßt und hält Ihnen Ihr Zimmer bereit. Schreiben Sie mir bald einmal; da Sie bei der Erſten Kammer Frage beſchäftigt ſein wollen, ſo wünſche ich ſchriftliche Mittheilungen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

B. 20/4. 52. Manteuffel.

30.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 21. 4. ſende ich in der Anlage einen mir zur Beförderung gegebenen Brief Sr. Majeſtät. Ich kenne den Inhalt nicht, vermuthe

*) Von († bis †) in G. u. E. I, 139 nach einer Abſchrift, hier berichtigt nach dem Original.

denſelben aber. Geſtern Abend nämlich ſagte mir der König, 1852
ich ſolle Sie doch zu der Verhandlung über die Pairie-Bildung 21. 4.
hieher beſcheiden, da Sie ſich ihm gegenüber ſo ganz correct und in ſeinem Sinne ausgeſprochen hätten. Als ich einige Bedenken vorbrachte, ſagte S. Majeſtät, Sie wüßten wohl, daß Ew. Hochwohlgeboren bei dieſer Gelegenheit nicht gern kommen wollten, es könne aber nichts helfen, und brach das Geſpräch ab.

Welchen Verlauf die Sache nehmen wird, läßt ſich noch gar nicht überſehen. Die Sachen nehmen hier übrigens einen eigenthümlichen Verlauf. Die erſte Kammer iſt in letzter Zeit zweimal Beſchluß-unfähig geweſen und ſie wird wohl kaum noch lange zuſammen zu halten ſein.

Geſtern nach meinem Vortrag ſagte mir der König, ich möchte doch noch zu dem eben beginnenden Concerte gegenwärtig bleiben. Mit Rückſicht darauf, daß ich derartige Einladungen ſchon mehrmals zurückgewieſen, that ich es. Ich fand eine Geſellſchaft, die faſt nur aus Familienmitgliedern und den Radziwillſchen Herrſchaften beſtand; nur zwei Fremde waren zugegen: Graf Fürſtenberg und Herr von Bethmann-Hollweg. Acht Tage zuvor hatte mir der König geſagt, daß er mit letzterem nach ſeinen Abſtimmungen auf dem kirchlichen Gebiete gründlichſt und für immer zerfallen ſei.

Was ſoll man davon denken?

Dabei Willkürlichkeiten, ſchlechteſte Laune u. ſ. w., ſo daß ich es vollſtändig ſatt habe.

Durch eine ganz zuverläſſige Quelle habe ich den Text der Darmſtädter Verabredungen. Der Kern iſt: die Staaten verpflichten ſich bis zum 1ten Januar 1853 mit Preußen keinen neuen Vertrag ohne Oeſtreich zu machen; letzteres verpflichtet ſich dagegen bis dahin an ſein Anerbieten, ihnen die Zoll-Revenuen zu gewährleiſten, gebunden zu

1852 21. 4. ſein *). Intriguen und Feigheit ſind alſo die leitenden Gedanken!

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Freund und Diener
Berlin d. 21ten April 1852. Manteuffel.

Sollten Sie kommen, ſo bitte ich um telegraphiſche Nachrichten. M.

31.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Abgegangen in Berlin den 22. April 1852 7 Uhr 55 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 22. April 1852 9 Uhr 22 Min. Nachm.

1852 22. 4. Am Sonnabend den 24. April beginnt die Berathung der 2. Kammer über Bildung der erſten Kammer.

Manteuffel **).

32.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Aufgegeben in Berlin den 24. April 1852 10 Uhr 13 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt a/M. den 24. April 1852 10 Uhr 47 Min. Vorm.

1852 24. 4. Die Berathung der zweiten Kammer über das Geſetz wegen

*) Ueber die Conferenz der mittelſtaatlichen Miniſter in Darmſtadt vgl. W. Weber a. a. O. S. 304 ff.

**) Antwort im Schreiben Bismarcks vom 23. April 1852, ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 29 S. 70 ff.

Bildung der erſten Kammer beginnt heute noch nicht, vielmehr erſt nächſten Montag oder Dienstag. 1852 24. 4.

Darüber, ob Ew. Hochwohlgeboren kommen, erbitte ich mir Benachrichtigung.

v. Manteuffel.

33.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphiſche Depeſche.

Citissime.

(Sogleich abzuſenden.)

Ich ſoll kommen. Finden Ew. Excellenz nicht in der Auguſtenburger oder in der Sache des Prinzen Friedrich von Baden, von der mir General Gerlach ſchrieb*), zwingende Gründe, daß ich hier bleibe? 1852 24. 4.

Frankfurt, den 24. April 1852 Abends 6 Uhr 15. Min.

v. Bismarck.

34.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Aufgegeben in Berlin den 24. April 1852 8 Uhr 55 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 24. April 1852 9 Uhr 15 Min. Nachm.

Nein, ich finde ſolche Gründe nicht. Die Debatte beginnt Montag den 26. April Mittags 12 Uhr. 1852 24. 4.

Manteuffel.

---

*) Vgl. Brief Leopolds v. Gerlach vom 15. April 1852 im Briefwechſel Gerlachs mit Bismarck, S. 26 ff.

35.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Citissime. Telegraphiſche Depeſche.

An Herrn von Manteuffel, Excellenz zu Berlin.

1852 25. 4. Ich hoffe mit den nöthigen Einrichtungen ſchnell genug fertig zu werden, um heut noch abreiſen zu können. Ich würde dann morgen Abend in Berlin eintreffen.

Frankfurt 25. April 1852. Vormittags 10 Uhr.

v. Bismarck.

36.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

(April 1852.)

1852 ? 4. Der Graf Burghauſen wird im Einverſtändniß mit meinem Bruder und dem Miniſterium ein Amendement dahin einbringen:

„erfolgt die Bildung der Erſten Kammer durch Königliche Verordnung mit Geſetzeskraft.“

Ich bitte nun dafür Sorge zu tragen, daß ein ähnliches Amendement auch von der rechten Seite der 2ten Kammer geſtellt werde.

Ihr

Manteuffel.

37.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Aufgegeben in Berlin den 19. Mai 1852 10 Uhr 45 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt den 19. Mai 1852 11 Uhr 10 Min. Vorm.

1852 19. 5. Ew. Hochwohlgeboren ſtelle ich anheim, ſich, wenn es Ihre Geſchäfte erlauben, ſo einzurichten, daß Sie am nächſten Sonn-

abend oder Sonntag ſich hier einfinden, indem das die beſte Zeit ſein dürfte, Sr. Majeſtät dem Kaiſer*) aufzuwarten. 1852 19. 5.

Ob und wann Sie kommen, bitte ich mir telegraphiſch mitzutheilen.

Manteuffel.

38.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

muß ich um Verzeihung bitten, daß ich den anliegenden Brief, der an Sie gerichtet war, erbrochen habe; es iſt geſchehen, weil er äußerlich als ſehr eilig bezeichnet war und ich innerlich die Hand von Herrn von Winzingerode**) erkannte, und glaubte, daß der Innhalt ſich auf die Naſſau-Darmſtädter-Rhein-Differenz, wo es ſich jetzt um Gewalt-Maaßregeln handelt, bezöge. 1852 29. 5.

Mit dem Wunſche, daß Sie glücklich angekommen und bald wieder hier ſein werden, und mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 29ten Mai 1852. Manteuffel.

39.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Da Ich Meinem Geſandten in Wien, dem Grafen von Arnim, zur Wiederherſtellung ſeiner Geſundheit einen ſechswöchentlichen Urlaub zu bewilligen veranlaßt bin, und die zur Zeit obwaltenden mannigfaltigen Beziehungen mit dem Kaiſerlich 1852 3. 6.

*) Von Rußland.

**) Präſident des naſſauiſchen Staatsminiſteriums.

1852 Oeſterreichiſchen Hofe die Vertretung der diesſeitigen Intereſſen
3. 6. durch einen Geſchäftsträger nicht geſtatten, ſo habe Ich beſchloſſen, Ihnen dieſe einſtweilige Vertretung zu übertragen. Ich fordere Sie daher auf Sich, ſobald es Ihre dortige Stellung zuläßt, zur Empfangnahme weiterer Inſtructionen nach Berlin und demnächſt nach Wien zu begeben.

Sans-ſouci den 3. Juni 1852.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
Manteuffel.

An den Bundestags-Geſandten, Geheimen Legations-Rath von Bismarck-Schönhauſen zu Frankfurt a/M.

40.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 Schreiben vom 12. d. M.*) habe ich heute früh von einer Reiſe
14. 6. nach Breslau zurückkehrend empfangen.

Obgleich mit Geſchäften überhäuft will ich doch noch heute antworten, weniger um Beſcheid auf die Hauptfrage wegen Aushändigung des Schreibens Sr. Majeſtät zu geben, als um Ihnen einige Notizen über hieſige Verhältniſſe mitzutheilen, welche für Ihre dortigen Operationen von Einfluß ſein dürften.

Was zunächſt Ihre Frage wegen des Briefes**) betrifft, ſo finde ich mich außer Stande darüber die Befehle des Königs einzuholen, da dieſer heute auf der Reiſe nach Erdmannsdorf von Breslau aus ſich befindet und dort 2 Tage mit der Königin von Baiern zubringen wird. Eine ſchriftliche Anfrage würde

*) Preußen im Bundestag IV, No. 30 u. 31 S. 73 ff.
**) Friedrich Wilhelms IV. an den Kaiſer, G. u. E. I, 83 ff.

aber kaum eine Zeit-Erſparniß zur Folge haben und ſehr 1852
ungelegen kommen. Ich werde alſo vor dem 18ten d. M., wo ich 14. 6.
Se. Majeſtät hier zurückerwarte, die Beſtimmung nicht einholen können; überdieß liegt mir daran dieß perſönlich zu thun. Bis dahin kann ich Ew. Hochwohlgeboren nur rathen, nach eigenem Gutdünken zu handeln, indem ich mich im Allgemeinen auf den Rath beſchränke, auf der Reiſe nach Ungarn nicht zu ſehr zu beſtehen. Ich finde es ſehr natürlich, daß der Kaiſer Sie in dieſem desorganiſirten Lande und unter Truppen, die ſehr viel zu wünſchen übrig laſſen, nicht gern ſehen will, und ungern geſehen zu werden oder abgewieſen zu ſein, iſt beides gleich unerwünſcht. Andrer Seits ſcheint mir nach dem Innhalt des Königlichen Schreibens auch eine ſichere Beförderung durch Vermittlung nicht bedenklich; vielleicht iſt es ſogar gut, daß der Kaiſer den Brief geleſen hat, bevor er Sie ſieht. Ueberhaupt glaube ich, daß zu großes Empreſſement bei Ihrer Miſſion zu vermeiden iſt. Darüber, was Sie beſchloſſen, geben Sie mir vielleicht durch den rückkehrenden Expreſſen Nachricht.

Nun zu unſrer Zoll-Sache. Daß die Oldenburgiſchen Stände pure acceptirt haben, iſt Ihnen bekannt; ich glaube alſo, daß wir Hannover und Oldenburg nun ſicher haben, wenn ſchon der erſtgenannte Staat noch ſo thut, als habe er noch die Möglichkeit eines Rücktritts*), um uns zur Nachgiebigkeit gegen Oeſtreich zu beſtimmen. Ueberdieß braucht man dort unſer Geld, um die leidige neue Organiſation, die ein Deficit von 1½ Millionen in Ausſicht ſtellt, durchzuführen.

Vor einigen Tagen war Herr v. Klindworth**) mit ſeinen Propoſitionen bei mir. Ich traue dem Mann nicht, halte ihn aber nicht für ſo ſchlecht, als man gewöhnlich glaubt; legitimirt war er durch eigenhändigen Brief des Königs von Württem-

*) Vom Vertrag vom 7. September.

**) Württembergiſcher Staatsrath und geheimer Preßagent.

1852 14. 6. berg*). Seine Propoſitionen hat er mir in dem Memoire, welches ich unter dem Siegel größter Discretion und (mit der) Bitte baldiger Rückſendung beiſchließe, (niedergelegt)**). Nach genommener Rückſprache mit Sr. Majeſtät werde ich morgen ablehnend antworten, und zwar mit folgenden Gründen: 1) könne der König oder ſein Miniſter an den König von W. nicht ſchreiben, ſo lange er keinen Geſandten her ſende, 2) ſeien die abzugebenden Verſicherungen zwar ganz unverfänglich, aber gerade weil ſie von uns wiederholentlich abgegeben ſeien, würde es den Schein erregen, als habe man es früher nicht ganz ehrlich gemeint, wenn man ſie nochmals als Stipulation feſtſetzen will; 3) würde es eine Beleidigung des Königs von W. ſein, wollte man ſeinen Patriotismus erſt anrufen, anſtatt vorauszuſetzen, daß dieſer ihn von ſelbſt zu allem Guten treiben werde; 4) ſeien die Gegengaben von Württemberg doch gar zu unbeſtimmt und auf Schrauben geſtellt. Ich gedenke dies Alles möglichſt ſelbſt einzurichten und dadurch ein gänzliches Abbrechen zu vermeiden.

Ein Schreiben von Winzingerode lege ich ebenfalls s. p. r. bei; ebenſo eine Notiz von Philipsborn.

Ew. Hochwohlgeboren wollen daraus entnehmen, daß unſre Dinge gar nicht ſchlecht ſtehen.

Nun die Kehrſeite: Heute Mittag war Budberg bei mir und ſagte — Oeſtreich werde nicht nachgeben. Herr v. Prokeſch habe heute eine ſeine Leiſtungen ſehr anerkennende Depeſche mit der Verſicherung, daß man dort auf nichts mehr eingehen werde, erhalten, wir müßten daher auf alles gefaßt ſein. Ich erwiederte, das wären wir, und wenn er meine Herzensmeinung als Privatmann wiſſen wolle, ſo könnte mir in unſerem Intereſſe nichts Erwünſchteres begegnen, als wenn durch vor-

*) König Wilhelm I.

**) Die in Klammern geſetzten Worte ſind Ergänzungen des Herausgebers.

läufiges Zerfallen des Zollvereins wir in die unbezahlbare Lage kämen, unſern Tarif nach unſerm Gutdünken zu regeln. Das ſchien ihn ſehr zu verdrießen, denn dieſe Poſition iſt allerdings unangreifbar, daß ſelbſt die Diplomatie dagegen nichts ausrichten kann. Unſere letzte Erklärung vom 7. Juni*) hat in ganz Deutſchland Enthuſiasmus erregt, und man dringt jetzt nur darauf, daß wir eine kurze Friſt zur Annahme unſerer Baſis oder zum Abbrechen ſetzen ſollen. Damit glaube ich nun noch einige Wochen warten zu ſollen. Ueberdieß gehen die Berathungen in der Conferenz ihren Weg, man wird in etwa 14 Tagen, mit dem hannöverſchen Vertrage in 8 Wochen ganz fertig ſein. Ich bitte nun, daß Ew. Hochwohlgeboren, nachdem Sie einmal die Initiative genommen haben, jetzt das Verhandeln nicht zu ſehr ſuchen, ſondern nach Conſtatirung Ihrer Willfährigkeit es Ihrer Seits an ſich kommen laſſen. Herrn v. Buol bitte ich auf die neueſten Artikel des „Constitutionnel“ aufmerkſam zu machen, wo die Darmſtädter**) gelobt werden wegen ihrer Hinneigung zu Frankreich. 1852 14. 6.

Sollte Ihnen die Zeit zu lang werden, ſo können Sie auch einmal fortreiſen, doch wird dieß wohl nicht vor der Rückkehr des Kaiſers geſchehen können. Herr v. Werthern***) hat um Urlaub gebeten; ſoll ich ihn ertheilen? Noch einige Perſonal-Bemerkungen. Eine höchſt wichtige Perſon iſt Herr Grünne†); ich habe ihn immer als Preußen hier bezeichnen hören; nach Ihren Mittheilungen müßte eine Wandlung mit ihm vorgegangen ſein. Er hat großen Einfluß auf den Kaiſer, iſt klug, verſchloſſen,

*) Daß Preußen die Verhandlung über den Zolleinigungsvertrag mit Oeſterreich unbedingt ablehne und erſt nach geſicherter Erneuerung des Zollvereins mit Oeſterreich wegen eines Handelsvertrags unterhandeln werde, W. Weber a. a. O. 314.

**) S. o. S. 59.

***) Legationsſecretär bei der Preußiſchen Geſandtſchaft in Wien.

†) Feldmarſchall-Lieutenant und Generaladjutant des Kaiſers von Oeſterreich.

1852 14. 6. beſtimmt; doch glaube ich, daß er zu gewinnen iſt; es wäre ſchon viel werth, wenn er dem Kaiſer einmal von unſerer Auffaſſung ſpräche; ich bin überzeugt, daß dieſer ſie nicht kennt; man ſagt ihm nur von unſerer Negative. Graf Platen*) halte ich für ſehr preußenfeindlich: ich bitte ſich mit ihm ſehr vorzuſehen; er wünſcht Hannovers Rücktritt ſchon um deshalb, weil er dann ein Junker-Miniſterium hofft. Linden**) iſt beſchränkt und ganz veröſtreichert, dabei intrigant und indiscret. Mit dem Verſchluß Ihrer Papiere bitte ich äußerſt vorſichtig zu ſein und das was Sie nicht bei ſich tragen zu verbrennen; im Gaſthof hat man gewiß Nachſchlüſſel. Nun Gott befohlen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 14/6. 52. Manteuffel.

Nächſten Freitag wird Hinckeldey zu einer Polizei-Conferenz nach Wien kommen; vertrauen Sie ihm nichts an, er iſt eitel und ſchwatzhaft.

41.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 15. 6. benachrichtige ich in Verfolg meines geſtrigen Schreibens, daß mir zwar auf nicht offiziellem, aber glaubhaftem Wege die Nachricht zugeht, daß Herr v. d. Pfordten***) den Beiſtand Frank-

*) Hannoverſcher Geſandter in Wien.

**) Württembergiſcher Geſandter in Wien.

***) Bayeriſcher Miniſter des Königl. Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten.

reichs für die Darmſtädter Coalition nachgeſucht und dagegen Namens der betheiligten Staaten Neutralität in allen zwiſchen Frankreich und den beiden deutſchen Großmächten eintretenden Colliſions-Fällen verheißen hat. Ich hoffe in Beſitz eines dieſen Vorgang beweiſenden Schriftſtückes zu gelangen. So lange dieß noch nicht der Fall iſt, kann dieſe Notiz freilich nicht als begründet betrachtet und gebraucht werden; ich habe aber nicht unterlaſſen wollen, Ew. Hochwohlgeboren davon zu Ihrer Direction Kenntniß zu geben. 1852 15. 6.

Des Königs Majeſtät kehren morgen, den 16. d. M. Abends hierher zurück.

Hochachtungsvoll

Berlin, d. 15. Juni 1852. Manteuffel.

42.

Résumé d'une conversation (du Cte Nesselrode) avec le Cte de Buol*).

L'Autriche, loin de désirer la dissolution du Zollverein comme résultat des conférences actuellement ouvertes à Berlin, en souhaite au contraire l'extension et la consolidation. Elle voudrait même y voir exercer une influence prépondérante par la Prusse, afin que son action n'y fût point entravée — comme elle l'est actuellement — par le véto de chacun, même des plus petits associés. L'Autriche ne songe pas à disputer la première place à la Prusse dans la direction des intérêts commerciaux de l'Allemagne. Elle ne prétend à rien autre chose qu'à obtenir dès à présent un examen de ses propositions con-

*) Vgl. Bismarcks Bericht an Manteuffel vom 25. Juni 1852, Preußen im Bundestag IV, No. 34 S. 89 ff.

signées dans le projet de traité de commerce Litt. A, et à cet effet elle s'attend à ce que la Prusse lui proposera de s'entendre avec elle sur ce point pendant la durée des négociations ouvertes avec les membres du Zollverein.

Quant au traité d'union commerciale Litt. B. entre le Zollverein et l'Autriche, celle-ci se contentera d'une assurance portant que la Prusse ne s'y oppose pas en principe et qu'elle examinera plus tard, si cette union entre deux groupes commerciaux ne promet pas des avantages réciproques.

L'essentiel pour l'Autriche est de savoir que la Prusse veut de bonne foi et sans arrière-pensée politique, prendre en mûre considération les intérêts matériels engagés dans ces questions.

Les Etats qui se sont fait représenter au Congrès commercial de Vienne croient à la possibilité de réaliser lors du renouvellement du Zollverein les stipulations éventuelles consignées dans la convention A et dans un avenir plus éloigné celles qui font l'objet de la Convention B.

Pourquoi la Prusse veut-elle se refuser à l'examen que lui demande l'Allemagne entière?

Mit Bezug auf dieſes résumé iſt in dem in der Anmerkung angeführten Bericht die handſchriftlich auf der Abſchrift des Berichts nach dem Satze „Den Paſſus .... aufgefaßt“ (S. 90, Z. 4 v. u.) nachgetragene Randbemerkung Bismarcks einzufügen:

Herr v. Fonton ſagt mir, daß das résumé ꝛc. von Graf Neſſelrode in Gegenwart des Grafen Buol geſchrieben und von letztrem approbirt worden ſei. Er bat mich in Berlin von dieſer Sinnesänderung des Grafen Buol, die er durch désaveu des résumé an den Tag lege, nicht zu ſprechen.

43.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

beſcheinige ich zunächſt den Empfang der drei aus Wien an mich gerichteten geehrten Schreiben*). Die beiden letzten habe ich noch zu beantworten. Das mir geneigteſt mitgetheilte Schreiben des Herrn v. Schele**) ſende ich in der Anlage zurück. Herr v. Budberg, der geſtern bei mir war, frug mich, ob ich dieſes Schreiben kenne; Ew. Hochwohlgeboren Weiſung gemäß und als guter Diplomat verläugnete ich dieß und blieb auch bei dieſer Nothlüge, als Herr v. Budberg ſeine Verwunderung ausſprach und bemerkte, daß Herr v. Schele die Vermuthung ausgeſprochen habe, es werde mir davon Mittheilung gemacht werden. Ich habe Grund anzunehmen, daß jenes Schreiben einiger Maaßen unter Ruſſiſchem Dictat geſchrieben iſt, wenigſtens ſcheint es mir vielfach den Wiederhall des in Ew. Hochwohlgeboren Händen befindlichen résumé, welches Graf Neſſelrode mir zugeſtellt hat***), zu enthalten, wonach Oeſterreich die Rolle des beſcheiden Bittenden und uns die des ſpröde Abweiſenden zugetheilt wird. Ich darf vorausſetzen, daß Ew. Hochwohlgeboren dieſe Darſtellung rectificirt haben. Meiner Seits enthalte ich mich hierauf weiter einzugehen, da Ew. Hochwohlgeboren ja darüber vollſtändig informirt ſind und füge nur hinzu, daß das Oeſterreichiſche Intriguen-Spiel, über welches man doch Herrn v. Schele aufklären ſollte, unausgeſetzt fortgeht. Die Antwort, welche auf unſere Erklärung vom 7. d. M. 1852 25. 6.

*) Vom 15. Juni, Preußen im Bundestag I, No. 76 S. 103 ff., vom 18./19. Juni, vom 22. Juni 1852, ebend. IV, No. 32 u. 33 S. 81 ff. 87 ff.

**) S. Anhang I, 9 ff.

***) S. o. S. 69 f. No. 42.

1852 25. 6. gegeben werden ſoll, iſt in München formulirt worden; ſie hat den hieſigen Zollvereins Bevollmächtigten der Darmſtädter Coalition vorgelegen, von dieſen hat ſie indeß Keiner den Preußiſchen Commiſſaren, die ihnen immer mit großer Offenheit entgegenkamen, mitgetheilt, wohl aber ſind ſie mit Herrn v. Prokeſch beſprochen worden. Die Zoll Bevollmächtigten haben übrigens gegen die Faſſung jener Erklärung remonſtrirt, da ſie ihnen zu ſcharf ſchien und man immer mehr zu der Ueberzeugung gelange, daß man hier doch Ernſt mache. Herr von Könneritz*), der kürzlich in Hannover geweſen, ſagte mir unaufgefordert, er komme von dort mit der Ueberzeugung zurück, daß man in Hannover nicht an die Möglichkeit eines Rücktritts vom September-Vertrage denke, und er werde dies auch in Dresden ſagen. So ehrlich alſo auch Schele ſein mag, ſo iſt es doch wohl möglich, daß er aus Liebe zum Frieden ein doppeltes Geſicht und zwar nach beiden Seiten hin ein bedenkliches zeigt. Nach meinen Nachrichten aus Hannover geht es dort recht ſchwach; in den Kammern ſind die Demokraten geradezu die Herrſchenden und das Miniſterium duldet dieß, ſo daß je nachgiebiger man jetzt iſt, doch zuletzt der coup d'état von dieſen oder andern Händen wahrſcheinlich durch den Bundestag ausgeführt bevorſteht. Aus Darmſtadt habe ich auch Symptome großer Bedenklichkeit vor den Folgen der Coalition. In Summa ſcheint es mir, daß die Sache jetzt dergeſtalt auf der Spitze ſteht, daß es auf Momente des längern Ausharrens ankommt. Deshalb habe ich Ew. Hochwohlgeboren auch das bewußte Nein**) geſandt. Das hindert nicht, daß Sie in der Form ſo freundlich und eingehend als möglich ſind, aber in der Sache allen feſten Engagements, auch eigentlichen Ver-

*) Kgl. Sächſiſcher Geſandter in Wien.

**) Die Depeſche, die nur aus dem Worte Nein beſteht, iſt erhalten; vgl. Bismarcks Brief vom 23. Juni 1852 an die Gattin, S. 345 f. (Ausgabe der Briefe von Fürſt H. Bismarck).

handlungen zu entſchlüpfen ſuchen*). Dergleichen würde uns hier und unſern Feinden gegenüber mehr ſchaden als nützen. Deshalb iſt mir auch Ihr Urlaubs-Geſuch nicht unangenehm; nur bitte ich alles zu vermeiden, was Ihre Abreiſe als einen Bruch könnte erſcheinen laſſen, und ich möchte anheimſtellen auszuſprechen, daß die Nachrichten, die Sie aus Frankfurt erhalten hätten, Sie beſtimmt hätten, ſelbſt ohne meine Genehmigung wegzugehen. Ich habe übrigens dem König von Ihrem Geſuche geſagt und deſſen Einwilligung erhalten. Ueber die Zeit Ihrer Abreiſe und den Weg, den Sie nehmen wollen, erbitte ich mir eventuell telegraphiſche Benachrichtigung, und bemerke, daß ich morgen (den 26ten) auf zwei Tage nach der Lauſitz gehe, aber am 28ten wieder hier bin. Vielleicht gehe ich dem König entgegen, der am 3. oder 4ten hier wieder eintreffen wird. 1852 25. 6.

So eben erhalte ich das s. p. r. anliegende, von Ihnen bekannter Hand**) geſchriebene Schreiben, welches meine Auffaſſung beſtätigt. Ich habe, obwohl ich Rochow nicht für ganz geeignet zu der Miſſion halte, doch um nur die Sache feſt zu machen, ſofort an Rochow, der leider in Dresden iſt, geſchrieben und ihn angewieſen, ſich an das Hoflager Sr. Majeſtät von Württemberg zu begeben, und dahin inſtruirt, daß er ohne ad specialia zu verhandeln, ſich nur ganz generell den Austritt des Königs von W. aus der Coalition gegen die Befreiung von dem drohenden Spion ſolle ſtipuliren laſſen.

Mit Rückſicht auf die immer mehr zur Entſcheidung drängende Sachlage werden wir nun in den nächſten Tagen in der Zoll-Conferenz noch eine Erklärung abgeben, über deren Formulirung wir uns morgen einigen wollen, dahin gehend:

---

*) S. dazu die Correſpondenz Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen im erſten Theile des Anhangs.

**) Offenbar von der Hand des Staatsraths v. Alindworth, den Manteuffel für einen Spion zu halten geneigt war.

1852 25. 6. nachdem nunmehr der September Vertrag in den weſentlichſten Punkten durchdiscutirt und angenommen ſei, nachdem wir zwei Monate ungeachtet der uns unbekannten Coalitionsbeſchlüſſe verhandelt hätten, nachdem wir unſere Poſition bei jeder Gelegenheit beſtimmt und unzweifelhaft ausgeſprochen, könnten wir mit Rückſicht auf die Intereſſen unſeres Landes die bisherige Ungewißheit nicht fortbeſtehen laſſen, wir müßten daher wiſſen, wer auf unſerem Standpunkt ſtehe, und wer nicht; mit letzteren würden wir nicht ferner verhandeln. Oeſterreichs ſoll in dieſer Erklärung mit keinem Worte gedacht und überhaupt alles Verletzende vermieden werden. Es iſt dabei die Abſicht, zu vermeiden, daß wir nicht durch Beantwortung unſerer letzten Erklärung in einen advocatiſchen Schriftwechſel hinein kommen. Vor der Hand ſoll auch noch keine Friſt geſetzt, eine ſolche vielmehr als ferneres Zwangsmittel vorbehalten werden. Dieſe Erklärung wird etwa nächſten Mittwoch abgegeben werden.

Ich hoffe, daß Ew. Hochwohlgeboren aus dieſer ſehr confuſen und mit ganz ermüdeter und verlahmter Hand geſchriebenen Auseinanderſetzung doch den Stand der Sache zu entnehmen vermögen werden; was an Inſtructionen fehlt, das werden Sie ſelbſt Sich ergänzen. Sollte man Sie zu ſehr zum Verhandeln drängen, ſo daß Sie ohne zu verletzen nicht ausweichen können, ſo bitte ich, Sich Friſt zur Inſtructions-Einholung zu erbitten, dann wird man ja weiter ſehen.

Meine Frau grüßt Sie und ich verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergeb. Diener und
Freund

Berlin, d. 25ten Juni 1852. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom ? Juli 1852 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 35 S. 92 ff.

44.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

ſende ich in der Anlage Abſchrift eines von Graf Buol an mich gerichteten Antwortſchreibens. Abgeſehen von dem freundlichen Ton, in welchem das Schreiben abgefaßt iſt und wofür ich dem Herrn Verfaſſer ſehr dankbar bin, tritt die Verſchiedenheit des beiderſeitigen Standpunkts darin leider ſehr beſtimmt hervor. Wir läugnen eine politiſche Seite des Zoll-Vereins durchaus nicht, wir würden deſſen Auflöſung gerade auch aus politiſchen Gründen um deshalb beklagen, weil wir daraus die Störung weſentlicher materieller Vortheile und daraus folgend Mißbehagen der Bevölkerung als nothwendige Conſequenz hervorgehen ſehen zu müſſen glauben, allein wir ſehen die politiſchen Folgen des Zoll-Vereins als ſich von ſelbſt ergebende aus dem freien Zuſammentreten homogener Staaten an; wir wollen natürlichen und gegebenen Verhältniſſen einen ſachgemäßen Ausdruck durch ſelbſtſtändige Vereinbarung der Regierungen geben. Dieß iſt die Entſtehung und der bisherige Charakter des Zollvereins geweſen. Oeſterreichiſcher Seits wird die Sache ganz anders aufgefaßt. Man ſtellt den politiſchen Zweck an die Spitze, und die materiellen Intereſſen müſſen ſich dieſem Zweck unterordnen, deshalb werden Opfer verlangt und freilich auch angeboten. Indeß wenn man auf dieſem Wege auch die heterogenſten Theile zuſammenſchmieden kann, ſo wird man doch entweder nichts Dauerndes erzielen oder einen Zwang anwenden müſſen, welcher nichts weniger als Befriedigung zur Folge haben könnte. Grade um einen ſolchen Zwang zu vermeiden, enthält die Bundesacte ſchützende Beſtimmungen, und ich bezweifle, daß man die Bundes-Verfaſſung den deutſchen Stämmen angenehm machen dürfte, wenn

1852 26. 6.

1852 26. 6. man dieſe Beſtimmungen formell beſeitigen oder thatſächlich außer Augen ſetzen wollte. Ich würde, wenn ich auch ganz von dem Standpunkt Preußens, welches ſich einen ſolchen Zwang nicht wird gefallen laſſen können, abſehe, niemals zu einem derartigen Schritte rathen; es würde dann vorzuziehen ſein, die Selbſtſtändigkeit der einzelnen Staaten überhaupt aufzuheben; dann würde wenigſtens die Nothwendigkeit dem Zwange ſich zu fügen, rechtlich nicht in Frage geſtellt werden können.

Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich mir, dieſe Bemerkungen ganz vertraulich mitzutheilen, und ich ſtelle Ihnen anheim davon in Ihren Unterredungen mit Graf Buol den geeigneten Gebrauch zu machen. Daß ich Ew. Hochwohlgeboren das Schreiben des Grafen Buol mitgetheilt habe und daß dieſe Bemerkungen durch daſſelbe hervorgerufen worden, wollen Sie indeß unerwähnt laſſen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 26ten Juni 1852. Manteuffel*).

Anlage.

Graf Buol an Minister v. Manteuffel.

Ew. Excellenz

1852 21. 6. haben mich durch das ſehr geehrte Schreiben vom 6. d. M., welches ich durch Herrn von Bismarck zu erhalten das Vergnügen hatte, zu dem lebhafteſten Danke verpflichtet. Dieſen glaube ich nicht beſſer bethätigen zu können, als indem ich mir erlaube, daſſelbe mit der größten Offenheit zu beantworten.

Ew. Excellenz muß ich vor allem bitten verſichert zu ſein,

*) Die Antwort auf dieſes Schreiben enthält Bismarcks Brief von Anfang Juli, ſ. o. S. 74 Anm.

daß die Sendung eines ſo ausgezeichneten und mit dem vollen Vertrauen ſeines Königs beehrten Staatsmannes ſowohl, als auch die freundlichen Worte, deren Ueberbringer er war, hier nur recht aufrichtig gewürdigt werden konnten. Dabei aber darf ich nicht bergen, daß die gleichzeitig von ihm mitgetheilte jüngſte Erklärung an die zu Berlin tagenden Zollvereinsmitglieder und inſonders die darin ausgeſprochene Ablehnung der von den vorzüglichſten deutſchen Regierungen projectirten Zolleinigung mit Oeſterreich uns weniger angenehm berühren mußte. 1852 21. 6.

Haben wir ſchon innig bedauert, daß die k. preußiſche Regierung an den Wiener Verhandlungen, in welchen wir ihr ſo gern das leitende Gewicht eingeräumt hätten, an welches es durch die in langer Praxis erworbene Erfahrung vollen Anſpruch hat, ſich nicht betheiligen wollte, ſo müſſen wir in dem jetzigen Stadio beklagen, daß nach den freundlichen Mittheilungen, die von dem Ergebniſſe dieſer Verhandlungen nach Berlin gemacht wurden, Preußen immer noch darauf beharren zu müſſen glaubt, ſich gegen das angebahnte Project einer Zoll-Einigung mit einer Beſtimmtheit auszuſprechen, die freilich eine Verſtändigung vorerſt nicht zuläßt.

Allerdings iſt der von Ew. Excellenz als ein Mittel zur Verſtändigung angedeutete Weg — nämlich ſich vorerſt über die Grundlagen zu einigen und daran rückwirkende Beſprechungen anzuſchließen, an ſich zuläſſig und praktiſch. Die Schwierigkeit aber läge in der, wie es mir ſcheint, daran geknüpften Bedingniß einer vorhergehenden Umgeſtaltung und Erweiterung des Zoll-Vereins, und leider haben meine Geſpräche mit Herrn v. Bismarck mir über dieſen Punkt keine beruhigende Aufklärung gegeben. Es will uns bedünken, daß bei der von den bedeutendſten Zollvereinsſtaaten ausgeſprochenen Anſicht die Realiſirung dieſes Projectes auf weſentliche Hinderniſſe ſtoßen würde und daß die vorausgehende Feſtſetzung des Prinzips der Einigung mit Oeſterreich weit eher die Verſtän-

1852 21. 6. digung über die in Folge des September-Vertrages einzutreten habende Erneuerung und Erweiterung des Zoll-Vereins fördern würde.

Blos auf dieſe Art wäre es uns möglich, unſern Einfluß auf unſere Verbündeten zum Behufe einer allſeitigen Befriedigung geltend zu machen, während in der bisherigen Geſtaltung der Frage ihre Löſung ebenſo wenig in dem Bereiche unſerer Kräfte liegt, als wir uns berufen fühlen können, auf die Anſichten der mit uns gleichgeſinnten Regierungen in einem Sinne einzuwirken, der uns nicht zweckförderlich erſcheint.

Noch eine Bemerkung muß ich mir erlauben Ihrer Beherzigung zu empfehlen. Ew. Excellenz ſagen, daß Preußen nur einen geringen Werth auf die Fortdauer des Zoll-Vereins namentlich vom finanziellen Standpunkte aus zu legen berufen ſey. — So wenig wir nun im Stande ſind, in letzterer Beziehung uns ein vollgültiges Urtheil zu erlauben, ſo muß ich jedenfalls bedauern, daß von einem allgemeinen Standpunkte aus unſere Anſichten mit den Ihrigen nicht zuſammen ſtimmen. Wir glauben nämlich auf den Fortgang und die Erweiterung des Inſtitutes vielmehr einen großen Werth legen zu müſſen, ſoweit freilich damit nicht unſere Ausſchließung gemeint iſt, und wir verlangen nichts beſſer als dieſes Gefühl durch die That beweiſen zu können. Dabei gehen wir allerdings ſo wenig vom finanziellen Geſichtspunkte aus, daß wir ſelbſt bereit wären, pecuniäre Opfer zur Erreichung dieſes Zweckes nicht zu ſcheuen. Wir glauben nämlich, daß der politiſche Karakter von dem Inſtitute einmal nicht zu trennen iſt und legen eben in Betracht der politiſchen Conſequenzen einen ſo großen Werth auf ſeine Erhaltung. Wir ſind überzeugt, daß das Verhältniß zwiſchen Oeſterreich und Preußen kein geregeltes ſein kann, daß Deutſchland ſeinen Beruf in der Politik nicht ausfüllen wird, ſobald eine der beiden deutſchen Großmächte, ſei es nun Oeſterreich oder Preußen — neben dem

Bunde ſtehen wird. Die Anerkennung aber des Ausſpruches, 1852
daß Deutſchland mit Oeſterreich in keine Zolleinigung treten 21. 6.
darf, würde eine ſolche Conſequenz früh oder ſpät nach ſich ziehen. — Als weitere unerläßliche Folge einer ſo unnatürlichen Stellung würde die Zerrüttung aller ſozialen und politiſchen Lagen nicht ausbleiben. Dieſes Ergebniß aber zu verhindern, ſcheint mir die Aufgabe und der Beruf der beiden Großmächte, und es dürfte eben die Löſung dieſer Handelsfrage ihnen hierzu das vornehmſte und naheliegendſte Mittel biethen.

Mögen die Fachmänner auf der einen Seite ſich ſanguiniſche Hoffnungen machen oder auf der andern zu ernſte Beſorgniſſe daran knüpfen — hierüber kann man ſtreiten und Zweifel hegen. — Uns aber kommt wohl vor allem andern zu, den politiſchen Standpunkt ins Auge zu faſſen und inſonders zu beherzigen, daß, wo Oeſterreich und Preußen nicht vereint und von demſelben Standpunkte aus wirken, nichts haltbares in Deutſchland zuſammen kömmt. In dieſer Richtung eifrig und aufrichtig mitzuwirken wird das Kaiſerliche Kabinet ſtets bereit ſein, und es hofft noch immer ſich dabei mit Preußen zu begegnen. Sollten wir uns aber hierin täuſchen, ſollte Preußen das vorliegende Werk ohne Oeſterreich vollbringen und die materielle Spaltung verlängern wollen oder ſelbſt keinen Werth auf die Forterhaltung eines Inſtitutes legen, das ſich ſeit einer Reihe von Jahren bereits als ſo heilbringend bewährte, dann freilich würde auch die politiſche Einigung bedroht ſein und auch wir — außer Stande den Zoll-Verein zu halten, — nunmehr die zu gewärtigenden Zwiſchenfälle abzuwarten und aufrichtig zu wünſchen vermögen, daß die Gefahren von Deutſchland möglichſt lange abgewendet bleiben, die ein fortgeſetzt widerſtrebender Gang der beiden Großmächte naturgemäß im Gefolge haben muß.

Ich werde es als einen mir überaus ſchätzbaren Theil aus der Verlaſſenſchaft des verewigten und unvergeßlichen Fürſten

1852 21. 6. von Schwarzenberg anſehen, wenn Ew. Excellenz mir daſſelbe Vertrauen und in Folge hiervon dieſelbe Gelegenheit zu vertraulichen Mittheilungen gewähren wollen, deren ſich der verſtorbene Miniſterpräſident zu erfreuen hatte.

Der unbeſcheidene Umfang dieſes Schreibens dürfte ſelbſt Zeugniß ablegen, wie zuverſichtlich ich darauf zähle, daß den Intentionen, die meine Feder geleitet, Gerechtigkeit geleiſtet wird.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ew. Excellenz

ganz ergebenſter Diener

Wien den 21. Juny 1852. Graf Buol.

45.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1852 6. 7. Vermittelſt einer am heutigen Tage, morgens 7½ Uhr abgegangenen telegraphiſchen Depeſche habe ich Ew. Hochwohlgeboren davon in Kenntniß geſetzt, daß der von Ihnen gewünſchte Urlaub bewilligt wird. —

Da es möglich iſt, daß die gedachte Depeſche erſt nach Ihrer Abreiſe von Wien dort eingetroffen, ſo habe ich nicht unterlaſſen wollen, hiervon Ew. Hochwohlgeboren nochmals zu benachrichtigen.

Berlin, den 6. July 1852.

Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten

Manteuffel.

An

den Kgl. außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter Herrn v. Bismarck-Schönhauſen

zur Zeit in

Halle

Hôtel des Thüringer Bahnhofs.

46.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrteſter Freund und Gönner,

Kurz nach Ihrer Abreiſe habe ich mich zum Grafen Buol 1852
begeben, um von ihm zu erfahren, warum er mit Ihnen 8. 7.
über meinen Vermittelungsvorſchlag zu reden vermieden hat. Graf Buol theilte mir mit großer Offenheit die Motive mit, welche ihn von einem weiteren Eingehen in die Zoll- und Handelseinigungsfrage abgehalten haben. Zuvörderſt bemerkte er, wie er jede Verhandlung ohne Zuziehung der Darmſtädter Coalition ſorgfältig vermeiden müſſe, um dieſer nicht ombrage zu geben. Sodann glaubte er beſtimmte Anträge von Seiten der Preußiſchen Regierung abwarten zu müſſen, ehe er ſich auf irgend eine Art von Beſprechung einlaſſen könne. Ich ſtellte ihm hierauf die poſitive Frage, ob er meinen Vermittelungs-Vorſchlag, falls er in Form von Anträgen von der Preußiſchen Regierung hiehergebracht würde, für geeignet halte als Baſis zu demnächſtigen Verhandlungen zu dienen. Er erwiederte mir hierauf, wie er ſeiner perſönlichen Anſicht nach eine Verſtändigung auf dieſer Baſis für möglich halte, vorausgeſetzt jedoch, daß die Coalitionsſtaaten mit zu den Verhandlungen gezogen würden. Ich ſchlug ihm darauf folgenden Weg vor: Ich ſei bereit, meinen Vermittelungs-Vorſchlag den hier accreditirten Repräſentanten der Coalitionsſtaaten mit der Bitte mitzutheilen, in Bezug auf denſelben Inſtructionen von ihren reſpectiven Höfen einzuholen. Zugleich wolle ich Sie erſuchen, den Vermittelungsvorſchlag Ihrer Regierung unterzubreiten und mit den nöthigen Inſtructionen hieher zurückzukehren, worauf denn dieſe Frage mit den hieſigen betreffenden Repräſentanten beſprochen und zum Abſchluß gebracht werden könne. Graf Buol äußerte ſich mit dieſem Wege vollkommen

1852 8. 7. einverſtanden und rieth mir denſelben unverweilt in Ausführung zu bringen.

Iſt es wirklich allerſeits die Abſicht den Zollverein zu erhalten, ſo ſcheint mir der vorgeſchlagene Weg der geeignetſte zu ſein. Sind Sie derſelben Anſicht, ſo ſchreiben Sie mir gefälligſt mit umgehender Poſt.

Leben Sie wohl und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren aufrichtigen Freund

Wien den 8ten Juli 1852. A. Graf v. Platen*).

47.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 20. 7. beide letzte Privatſchreiben**) habe ich erhalten, und das eine ſchon telegraphiſch beantwortet.

Was die Zoll-Vereins-Dinge betrifft, ſo erſchweren die Zeitungen ſie weſentlich.

Die von Ihnen gewünſchte Desavouirung***) iſt inmittelſt in der Adler-Zeitung erſchienen.

Heute geben wir nun unſere definitive Erklärung ab †).

Ich füge Abſchrift zu Ihrer Kenntnißnahme bei, ſie iſt mild aber verſtändlich.

An Neſſelrode habe ich geſchrieben und ihm vorgehalten, daß ſein unpaſſender Vermittlungs-Vorſchlag nur ſchädlich ſei,

---

*) Vgl. dazu Bismarcks Schreiben an Manteuffel vom 11. Juli 1852, Preußen im Bundestag IV, No. 36 S. 96 f.

**) Vom 17. Juli, Preußen im Bundestag I, No. 80 u. 81 S. 112 ff. 114 ff.

***) Der Gerüchte wegen Ueberſchreitung ſeiner Inſtructionen in den Wiener Verhandlungen, ſ. Anhang I, 15 Anm. *).

†) Vgl. W. Weber a. a. O. S. 315 f.

was auf Grund einer längeren Unterredung mit mir der Kaiſer auch anerkannt hat. 1852 20. 7.

Noch ein Curioſum: Ich hatte Recherchen angeordnet, um den Verfaſſer des offiziös klingenden Artikels in der Spenerſchen Zeitung*) zu ermitteln. Quehl verſichert, es ſei ein ganz ruppiger Jude, Protégé von Meuſebach**), aber ſeit Jahren aus dem Litterariſchen Büreau entlaſſen. Das war richtig. Es wird Hausſuchung bei ihm gehalten, und unter vielen andern hämiſchen Artikeln findet ſich auch einer von der mir ſehr wohlbekannten Hand Sr. Excellenz des Baron Prokeſch.

Herr Hirſch hat auch für die Neue Preußiſche Zeitung Artikel geliefert.

Ich habe die Geſchichte unter dem Motto: „Vertrauen erweckt Vertrauen“ an Neſſelrode geſchrieben.

Herr Klentze inſinuirt mir heute ſehr fein auf Grund eines geſandtſchaftlichen Berichts, Sie hätten ſich in Wien als meinen baldigen Nachfolger gerirt.

Ich habe darauf erwiedert, ich glaubte das nicht, hätte aber nichts dagegen.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Sie und Ihre Frau Gemahlin auf. Wir ſind ſoeben im Begriffe aufs Land zu gehen. Ich bekomme aber täglich meine Mappen und Correſpondenzen und gedenke auch bald hier zu ſein.

Ich bitte dieſen Brief zu vernichten und den darin enthaltenen Bemerkungen keine Folge irgendwelcher Art zu geben.

Hochachtungsvoll

20/7. (1852). Manteuffel.

---

*) Vgl. zum Inhalt deſſelben Bismarcks Bericht vom 15. Juli 1852, Preußen im Bundestag I, No. 79 S. 112.

**) Preußiſcher Conſul in Bukareſt.

48.

Graf Platen an Bismarck.

Wien den 30ten Juli 1852.

Beſter, verehrteſter Freund.

1852 30. 7. Zu meinem großen Bedauern habe ich Graf Arnim geſtern geſehen. Ich ſage mit Bedauern, da ich nun dem Vergnügen entſagen muß, Sie hieher*) zurückkehren zu ſehen. Man erzählte mir, Sie ſeien mit Manteuffel zerworfen und würden von ihm in der Handelsfrage nicht mehr verwendet werden. Auch fügte man hinzu, daß mein Vermittelungs-Vorſchlag keinen Eingang bei dem Preußiſchen Miniſterio gefunden und daher keine Hoffnung vorhanden ſei, irgend eine Verſtändigung herbeizuführen. Sind dieſe hier verbreiteten Gerüchte gegründet oder nicht und was iſt die Urſache dieſer angeblichen Differenz zwiſchen Ihnen und Manteuffel? Sie haben gewiß die Güte, mir in dieſer Beziehung einige Aufklärung zu geben.

Nächſten Sonntag wird Beuſt hier erwartet. Er hat mit von der Pfordten in Leipzig gekocht und gedenkt ſein ſächſiſch-baieriſches Gericht dem Kaiſerlichen Kabinet vorzuſetzen. Aus welchen Ingredienzen das Gericht beſteht, weiß ich nicht; werde es aber wohl bald erfahren.

Meyendorff wünſcht ſehnlicher denn je eine Verſtändigung. Er glaubt, daß Hannover gut thue ſeine bons offices anzubieten. Glauben Sie, daß dieſelben von Ihrem Miniſterio angenommen werden werden? Die Schwierigkeit liegt in der Art und Weiſe, wie Hannover vermitteln ſoll. Es iſt wahrlich Schade, daß mein Vermittelungs-Vorſchlag geſcheitert iſt; ich glaube, daß auf dieſer Baſis eine Verſtändigung herbeigeführt werden konnte. Die Reduction des zwölfjährigen Zeitraums**) auf 8 Jahr bezog ſich meiner Anſicht nach aber nur auf den Zollverein und nicht

*) Als Geſandter an Arnims Stelle.

**) Des Zollvereins.

auf den Septembervertrag. Letzterer kann Preußen gegenüber 1852
dadurch nicht alterirt werden. Nur den übrigen Mitgliedern 30. 7.
des Zollvereins gegenüber wird nach dem Vorſchlage der Septembervertrag auf 8 Jahr reduzirt. Preußen und Hannover bleiben in dem abgeſchloſſenen Vertrags-Verhältniß, ſo daß nach Verlauf der 8 Jahre das jetzige Verhältniß zwiſchen Hannover und Preußen wieder hergeſtellt wird für den Fall, daß keine Zolleinigung zu Stande kommen ſollte. Ich erwähne das, weil mein Vorſchlag mißverſtanden worden iſt, und man mir den Vorwurf gemacht hat, als wenn der Vorſchlag auf Koſten meines Vaterlandes gemacht ſei. Daß ich einen für Hannover allein nachtheiligen Vergleich nicht machen werde, ſollte ſich doch von ſelbſt verſtehen. —

Der König Otto von Griechenland iſt geſtern hier angelangt; er ſieht ſehr gelb aus, iſt taub wie eine Bombe und geht nach Carlsbad. —

Zum Empfang des Kaiſers werden vom Gemeinderath Triumphbögen erbaut etc. —

Joſica*) iſt nach Siebenbürgen. Die Fürſtin Schoenburg nach Paris. Beiden habe ich Ihre Grüße hinterbracht.

Leben Sie wohl und ſetzen Sie mich recht bald von Ihren Plänen in Kenntniß.

Ihr

treuer Freund

A. Graf v. Platen.

49.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Gratulor ex animo**), acceptire dankbar die Pathenſtelle, 1852
vor der Hand aber reiſe ich mit ſeit einer Stunde wartenden 4. 8.

*) Führer der Conſervativen und eine Zeit lang Kanzler von Siebenbürgen.

**) Zur Geburt des zweiten Sohnes Wilhelm.

1852 Courier-Pferden nach Croſſen, von wo ich am 14. d. M. hier-
4. 8. her zurückkehre.

Animiren Sie den Canitz*) in der Zollſache derb aufzutreten, namentlich in Naſſau, da kann er geradezu drohen.

Unverändert

Manteuffel.

4/8. (52).

50.

Graf Platen an Bismarck.

1852 Aus Ihrem freundſchaftlichen Schreiben vom 6ten d.**),
13. 8. verehrteſter Freund, habe ich mit Bedauern erſehen, daß meine Vermuthungen in Bezug auf Indiscretionen, die man Ihnen gegenüber ſich zu Schulden hat kommen laſſen, gegründet ſind. Ich vermag Ihnen nicht zu beſchreiben, wie tief ich dies beklage. Es freut mich indeſſen, daß Sie mir ſolche Indiscretionen nicht zur Laſt legen. Ob ich die unſchuldige Veranlaſſung dazu geworden, werde ich hoffentlich bald erfahren, da ich eigens deshalb nach Hannover reiſe. Ob ich die Grenze inne zu halten gewußt, wo die Verpflichtungen der Discretion gegen einen Freund und Edelmann aufhören und die höheren (?)***) gegen den Staat beginnen, mögen Sie, verehrteſter Freund, aus der Anlage beurtheilen, welche Auszüge aus meinen ſämmtlichen Berichten in Betreff Ihrer Miſſion enthält. Es liegt mir zu viel an Ihrer Meinung, um nicht dieſen Schritt zu thun, den ich einem andern gegenüber gewiß nicht unternommen haben würde. Haben Sie die Güte, nach gemachtem Gebrauch das

---

*) Preußiſcher Miniſterreſident beim Großherzogthum Heſſen, Herzogthum Naſſau und der Freien Stadt Frankfurt.

**) Concept nicht vorhanden.

***) Das Fragezeichen rührt vom Schreiber des Briefes her.

Document zu vernichten. Leben Sie wohl und bleiben Sie mein Freund, wie ich ſtets der Ihrige bleiben werde. 1852 13. 8.

Der Ihrige

Wien, den 13ten Aug. 1852. A. Graf Platen.

Anlage.

Auszüge

aus meinen officiellen Berichten die Miſſion Bismark betr.*)

1. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 1ten Juli.

„E. E. verfehle ich nicht gehorſamſt zu berichten, daß Herr von Bismark die zwiſchen ihm und mir verabredete neue Faſſung des Art. 1 Herrn von Manteuffel vorgelegt und am geſtrigen Tage zur Antwort erhalten hat, wie bei der inmittelſt preußiſcherſeits in den Zollconferenzen abzugebenden neuen Erklärung Herr von Bismarck ſich jeder bindenden Erklärung in Bezug auf eine andere Faſſung der im Handelsvertrage bezüglichen Artikel bis auf Weiteres zu enthalten und etwaige desfallſige Anträge lediglich ad referendum zu nehmen habe. Dieſe Anheimgabe wird indeſſen Herrn von Bismark nicht abhalten, durch weitere Beſprechungen eine Verſtändigung anzubahnen.

Sowohl die Wünſche des Kaiſerlichen Cabinets in Betreff einer kürzeren Dauer des Zollvereins und des Zuſammentritts von Commiſſaren behufs der Wiederaufnahme der Zollvereinigungsfrage, als auch die geäußerten Bedenken wegen der zu leiſtenden Garantien habe ich zur Kenntniß des Herrn von Bismark gebracht und mit ihm beſprochen[1]). Gegen Zollcon-

*) Die Randbemerkungen auf der dem Miniſter eingereichten Abſchrift hat mit dieſer und dem Bericht vom 17. Auguſt 1852, dem ſie beigelegt war, v. Poſchinger in der Deutſchen Revue, Apr. 1901, 26. Jahrg. Bd. II, 8 ff. veröffentlicht.

1852 ferenzen vor dem Ablauf des erneuerten Zollvereins behufs
13. 8. Entſcheidung der Zolleinigungsfrage hatte Herr von Bismark nichts einzuwenden. Deſto mehr Widerſtand fand ich aber in Bezug auf die gewünſchte Abkürzung der zwölfjährigen Erneuerung des Zollvereins auf 6 Jahr. Er ſah in dieſem Vorſchlage Oeſterreichs die Abſicht, ſich ein neues Compelle zur Handelseinigung zu verſchaffen. Ich bemerkte ihm, wie ein zwölfjähriger Zeitraum bei den ſtets wachſenden Sympathien für das Freihandelsſyſtem keineswegs im Intereſſe Preußens ſei, worauf er mir ſchließlich bemerkte, daß er perſönlich gegen eine Erneuerung auf 8 Jahr weniger einzuwenden habe, dieſen Vorſchlag jedenfalls ad referendum zu nehmen für geeignet halte.

Herr von Bismark und ich ſind nun übereingekommen, die öſterreichiſcherſeits und preußiſcherſeits vorläufig angedeuteten Modificationen im Vertrage Lit. A. zu redigiren und dieſelben dann durch meine Vermittelung zur Kenntniß des Grafen Buol zu bringen. Willigt dieſer in dieſelben ein, ſo beabſichtigt Herr von Bismark damit nach Berlin zu gehen, um ſie perſönlich durchzufechten."

2. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 3ten Juli.

„Unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 1ten d. beehre ich mich E. E. anzuzeigen, daß ich meinen Vermittelungsvorſchlag redigirt und ſelbigen ſowohl dem Grafen Buol als auch Herrn von Bismark übergeben habe. Derſelbe lautet folgendermaßen: (folgt der Vorſchlag.)

Herr von Bismark hat im Weſentlichen dieſem Vorſchlage ſeiner perſönlichen Anſchauung nach beigepflichtet[3]), dabei aber bemerkt, daß er durch neuere Inſtructionen gehalten ſei, in keiner Weiſe für ſeine Regierung bindende Erklärungen abzugeben, ſondern alle Anträge lediglich ad referendum zu nehmen. Er fügte hinzu, daß er im Fall der Annahme dieſes

Vorſchlags Seitens der Kaiſerlichen Regierung ſich ſofort nach Berlin begeben und denſelben durchzufechten ſich bemühen werde[3]). Dem Grafen Buol habe ich den Vorſchlag mit der Bemerkung übergeben, daß derſelbe von mir perſönlich ausgehe ohne irgend ein Zuthun meiner Regierung und daß die Annahme deſſelben Seitens des Berliner Cabinets nicht unwahrſcheinlich ſei. Graf Buol verſprach mir, mit Herrn von Bismark über den Vorſchlag Rückſprache zu nehmen." 1852 13. 8.

3. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 6ten Juli.

„E. E. habe ich die Ehre mitzutheilen, daß ich zu meinem Bedauern mich in meiner Hoffnung, einen Anknüpfungspunkt zu directen Verhandlungen durch meinen Vermittelungs-Vorſchlag herbeigeführt zu haben, völlig getäuſcht habe. Obgleich Graf Buol mir verſprochen, mit Herrn von Bismark in Bezug auf den Vorſchlag zu ſprechen, iſt unter ihnen von demſelben nicht die Rede geweſen. Herr von Bismark reiſt heute Abend von hier nach Frankfurt ab."

4. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 9ten Juli.

„... Da Herr von Bismark nicht abgeneigt iſt, meinen Vermittelungs-Vorſchlag dem Berliner Cabinet vorzulegen und zu befürworten[4]), falls er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß öſterreichiſcherſeits etwaige auf dieſem Vorſchlage baſirte Anträge nicht zurückgewieſen würden, ſo habe ich bei dem Grafen Buol angefragt, ob ſeiner Anſicht nach auf Grund derartiger Anträge von Seiten Preußens eine Verſtändigung zu hoffen ſtehe. Graf Buol antwortete mir, wie er dies allerdings für möglich halte. Ich habe hiervon Herrn v. Bismark in Kenntniß geſetzt."

5. Rapport au Roi en date du 13 Juin.

„Le Comte Arnim est parti hier en congé après avoir remis la direction des affaires de la légation à Mr. de Bismark.

1852 13. 8. Bien que le Comte dise de ne faire qu'une absence de six semaines tout au plus et de retourner alors sur son poste, je suis disposé à croire qu'il ne reviendra pas ici et qu'il est question de le remplacer. Si Mr. de Bismark ambitionnait ce poste, je crois qu'on le lui accorderait volontiers. Mais il paraît qu'il ne le lui convient guère."

6. Rapport au Roi en date du 16 Juin.

„Mr. de Bismark est très peu satisfait de son séjour ici et je crains qu'il n'accepte point ce poste en cas qu'on le lui offre. Il serait cependant fort à désirer, qu'il occupât un des grands postes à l'étranger, vu qu'il a de grandes chances d'être nommé un jour ministre des affaires étrangères, d'autant plus que Mr. de Manteuffel est dégoûté, dit-on, des affaires et désire vivement se retirer [5])."

Randbemerkungen Bismarcks auf der dem Miniſter Manteuffel eingereichten Abſchrift dieſer Auszüge:

[1]) Non mi ricordo!

[2]) übertrieben, cf. B(erichț).

[3]) fiel mir nicht ein!

[4]) Vorlegen, ja; befürworten, nein. — Ich habe niemals irgend welche Anträge von Seiten Preußens in Ausſicht geſtellt, ſelbſt nicht zum Schein.

[5]) Dies wird der Paſſus ſein, welcher Herrn Klenze den Stoff zu den Inſinuationen geliefert hat, die er Eurer Excellenz hat machen wollen.

51.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich für mehre gütige Schreiben zu danken*). Vielfache Störungen haben mich bisher daran verhindert und auch jetzt schreibe ich Ihnen nur im Augenblicke, wo ich im Begriffe stehe, nach Putbus abzureiſen. 1852 18. 8.

Zunächſt alſo meinen Gruß an den Junker Wilhelm Otto Albrecht; möge er nur ein rechter Bär werden, die Eigenſchaften dieſes Raubthieres ſind jetzt unerläßlich zum Fortkommen.

Daß ich an die dummen Klatſchereien, die über Hannover aus Wien hierher gelangt ſind, niemals geglaubt habe, darüber habe ich mich ſchon früher ausgeſprochen und wiederhole das hiermit.

In unſerer innern Politik hat ſich ein Fall ereignet, welcher zu einer Veränderung unſeres Cabinets allerdings Anlaß geben kann. Der König hat nämlich Radowitz zum Chef des Militär Bildungs Weſens ernannt und nach Berlin berufen.

Vom 1. Oct. d. J. an ſoll er ſeine Functionen beginnen.

Aus Gründen, die ich nicht auseinanderzuſetzen brauche, glaube ich unter ſolchen Umſtänden nicht bleiben zu können, und werde dies Sr. Majeſtät morgen in Putbus ſagen. Ich werde ganz von meiner Perſon, die ja am liebſten Kohl pflanzt, abſehen, auch die Königliche Machtvollkommenheit nicht in Zweifel ziehen und nur auf die Conſequenzen hinweiſen.

Die Sache kommt gerade jetzt ganz mal à propos, denn das Stichwort in Stuttgart iſt ein Bericht von Prokeſch, daß ich mich nicht halten könne, geweſen. Wenn nun gleich-

*) Vom 7. und 14. Auguſt, Preußen im Bundestage IV, No. 40 und 41 S. 101 ff. 104 ff.

1852 18. 8. zeitig die Sonne Radowitz am Horizont aufgeht, ſo braucht man kein Oedipus zu ſein, um zu ſehn, wie befruchtend ſie für öſtreichiſche Intriguen wirkt.

Leider verdirbt ſich der Herr ſelbſt die Partie. Ne perdons pas courage!

Württemberg läßt uns auch im Stich und hat ſich den Darmſtädtern ralliirt noch im letzten Momente.

Auch das darf uns nicht irre machen. Wir müſſen jetzt um ſo feſter auftreten, und ſo lange ich noch ein Wort zu ſagen habe, wird es geſchehen.

Leben Sie wohl, lieber Bismarck. Ich küſſe Ihrer Frau Gemahlin die Hand und meinem Pathchen den Mund.

Meine Frau iſt noch auf dem Lande, ſie wird nächſtens zurückkehren.

Ich komme von Putbus zum nächſten Sonnabend wieder.

Hochachtungsvoll

B. 18/8. 52. Manteuffel.

52.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 17. 9. erwiedre ich auf das geehrte Schreiben vom 14. d. M.*) ganz ergebenſt, daß ich mit meiner Stellvertretung durch Herrn v. Kleiſt**) oder Herrn v. Keſſel***) bei der kirchlichen Handlung, die Ihren Jüngſtgebornen betrifft, ſehr einverſtanden bin. Beide Herren ſind mir perſönlich bekannt und von mir hoch geachtet, und ich werde demjenigen, der für mich auf- und ein-

*) Preußen im Bundestage IV, No. 44 S. 109 f.

**) v. Kleiſt-Retzow, Oberpräſident der Rheinprovinz.

***) Oberſt, Commandeur der preußiſchen Truppen in Frankfurt a. M.

tritt, noch beſonders dafür danken, verſpreche auch im Voraus durch ihre Zuſagen mich für gebunden zu erachten. Daß Ihre häusliche Feier durch Entziehung Ihres Hauſes*) getrübt wird, bedaure ich ſehr, bin aber leider außer Stande abzuhelfen. 1852 17. 9.

In der Zoll-Sache wollen wir nun nicht mehr mit Erklärungen, ſondern mit Thatſachen auftreten. Wir haben daher heute ſchon nur noch mit unſern Verbündeten verhandelt, wobei freilich Hannover bedenkliche Erklärungen abgegeben hat.

Vom König von Württemberg habe ich einen zärtlichen, aber nichtsſagenden Brief erhalten, worin er ſagt, daß er ſich von der Coalition trennen werde, wenn ſie nicht zu vernünftigen, den Intereſſen Württembergs entſprechenden Entſchlüſſen zu bringen ſei. Ich habe ziemlich beſtimmt geantwortet.

Ihr Urlaubs-Geſuch habe ich Sr. Majeſtät vorzulegen noch nicht Gelegenheit gehabt; der König iſt heute in Paretz. Einen zu warmen Vertreter werden Sie aber an mir, das bemerke ich im Voraus, nicht finden, denn mir wird ganz bange, wenn ich mich von allen Seiten verlaſſen ſehe. Canitz**) will ja auch fort! Ich bitte alſo, daß Ew. Hochwohlgeboren mir umgehend ſagen, ob Ihnen ſehr viel an dem Urlaub gelegen und ob Sie ihn für Ihre Geſundheit unerläßlich halten.

Meine Frau empfiehlt ſich Ihrer Frau Gemahlin.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den 17. Sept. 1852. Manteuffel.

---

*) Das Haus war an einen mit einer reichen Spanierin verheiratheten Weſtphalen Lehmkuhl verkauft worden. Im Herbſte bezog Bismarck das Haus Gallusſtr. 19.

**) S. o. S. 86 Anm. *).

53.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 24. 9. danke ich recht ſehr für das gefällige Schreiben von vorgeſtern*). Wir ſind nun im Beſitz der Münchener Erklärung. Freilich wiſſen wir noch nicht, ob ſie die Genehmigung der Souveräne erhalten hat, aber ich glaube feſt, daß alle, ſelbſt das Badiſche Gouvernement, ſich ihr anſchließen werden, denn ſie iſt ſehr ſchlau gefaßt und giebt den Miniſtern, welche ihre Herren zur Annahme überreden wollen, die Möglichkeit alles Mögliche hineinzulegen. Für uns halte ich ſie aber nicht acceptabel. Eine Abſchrift, welche mir in dieſem Augenblicke nicht zur Hand iſt, behalte ich mir vor demnächſt an Ew. Hochwohlgeboren gelangen zu laſſen. Meine Abſicht iſt gar nicht zu geſtatten, daß die Erklärung offiziell in der Conferenz abgegeben werde, ſondern ſchon jetzt den Bevollmächtigten zu eröffnen, daß wir ſie ſchon jetzt nicht mehr als dazu gehörig betrachteten und daher nur von den einzelnen Staaten und zwar im diplomatiſchen Wege Erklärungen von ihnen entgegennehmen würden. Dieſe Frage wird übrigens erſt morgen von den betheiligten Miniſtern erörtert werden.

Graf Noſtitz in Hannover fing gänzlich an auszuſpannen; anſtatt den fortwährenden Vermittelungs-Gelüſten Hannovers entgegenzutreten, ſtimmte er ihnen ſelbſt zu und empfahl ſie uns. Ueberdieß forderte er jetzt, wo der kritiſchſte Moment eintritt, nämlich der, daß Hannover ſich entſcheide, ob es beim Rücktritt von der Coalition mit uns ferner verhandeln wolle oder nicht, Urlaub. Ich habe daher Graf Alvensleben**) gebeten,

*) Veröffentlicht von v. Poſchinger in der Deutſchen Revue, April 1901, 26. Jahrg. Bd. II 14.

**) Graf Albrecht v. A., preußiſcher Staatsminiſter a. D.

ſich unverzüglich nach Hannover zu begeben, und ich habe 1852
Ausſicht, daß er darauf eingehn wird, wenigſtens wird er morgen 24. 9.
hierher kommen, um Rückſprache zu nehmen.

Nach Darmſtadt habe ich geſtern Herrn von Roſenberg geſandt. Ew. Hochwohlgeboren Vorſchlag dort Herrn Wentzel zu accreditiren, ſchien mir noch etwas verfrüht. Ich legte mir die Frage vor: wie würde Oeſterreich, wenn es in unſerer Lage wäre, dort handeln, und ich glaubte antworten zu müſſen, daß es den Poſten dort ohne Weiteres nicht aufgeben, ſondern eine ſcharfe Spürnaſe wenn auch nicht persona grata, hinſenden würde. Beides trifft bei Herrn v. Roſenberg zu.

Ew. Hochwohlgeboren Urtheil über Klindworth halte ich für richtig. Thatſächlich kann ich zwar hinzufügen, daß er von mir ſchon mehre tauſend Thaler empfangen hat, dennoch halte ich ihn nicht für ſo ſchlecht als ſeinen Ruf. Er hat wirklich Ideen und lebt ihnen, der Geldpunkt geht nebenher. Ich bitte übrigens von dieſen Dingen Sich nichts merken zu laſſen.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit

24/9. [1852]. Manteuffel.

54.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

gefälliger Bericht vom 1. September*), betreffend die Entſtehung 1852
der auf die Luxemburgiſche Angelegenheit bezüglichen Notiz in 26. 9.
dem Preuß. Wochenblatte vom 28. Auguſt cr., hat mir zu den ſorgfältigſten Nachforſchungen Veranlaſſung gegeben. Dieſelben ſind aber leider erfolglos geblieben.

---

*) Concept nicht vorhanden.

1852
26. 9. Zwei den Gegenſtand betreffende Anzeigen hieſiger gewandter Polizeibeamten lege ich zur gefälligen Kenntnißnahme bei und bemerke dabei noch ganz ergebenſt, daß eine dritte Perſon, welche in dieſen Dingen ſehr wohl Beſcheid weiß, mir die, freilich durch Beweismittel in keiner Weiſe unterſtützte Ueberzeugung ausgeſprochen hat, daß der Geheime Rath Matthies der Verfaſſer jenes Artikels ſei, das Material dazu aber nicht von hier, ſondern von Frankfurt a. M. aus erhalten habe. Letzteres halte ich um deshalb auch für wahrſcheinlich, weil Ew. Hochwohlgeboren erwähnter Bericht hier geſchäftsmäßig in einer Weiſe behandelt worden iſt, daß ein Verrath durch die Bureaux faſt unmöglich erſcheint, und weil der Artikel eine Erwähnung des Grafen Thun enthält, welche aus dem Berichte nicht zu entnehmen geweſen. Die gedachte Perſon behauptet übrigens aufs beſtimmteſte, daß ſowohl Graf Goltz als namentlich Herr Matthies von ihrer früheren dienſtlichen Beſchäftigung in Frankfurt a. M. her noch Verbindungen mit der dortigen Geſandtſchaftskanzlei haben. — Ich bin indeß weit entfernt, auf dieſe ebenfalls aller Beweiſe ermangelnde Angabe hin eine Anklage erheben zu wollen, habe aber nicht unterlaſſen mögen, Ew. Hochwohlgeboren von dem, was mir hinterbracht worden, Kenntniß mit dem ergebenſten Anheimſtellen zu geben, dort über die Angelegenheit weitere Nachforſchungen anzuſtellen und mir über ein etwaiges Ergebniß derſelben ſeiner Zeit Mittheilung zu machen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenſter Diener

Berlin, den 26/9. 52. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 30. September ſ. Preußen im Bundestage IV, No. 47 S. 114 ff.

Anlage.

Zwei Polizeiberichte.

I.

Trotz aller angewandten Mühe hat es bis jetzt bei der besonders zu beachtenden Vorsicht noch nicht ermöglicht werden können, den Verfasser des unter dem 28ſten v. M. im Preußischen Wochenblatte erschienenen Artikels „über die Maaßnahmen der Bundesversammlung in Bezug auf die Verfassungsverhältnisse in Luxemburg" sowie den Correspondenten des gedachten Blattes in Frankfurt a. M. mit Bestimmtheit zu ermitteln. 1852 26. 9.

Eine sehr zuverlässige Quelle bezeichnet zwar als hervorragende thätige Mitarbeiter dieses Blattes außer dem Redacteur Dr. Jasmund — welcher eigentlich nur den Namen hergeben soll — Personen wie den Geh. Rath Matthies, den Reg.-Assessor v. d. Goltz (früher als Hülfsarbeiter im Ministerio des Innern beschäftigt), welcher Letzterer namentlich die pikanten politischen Artikel schreibt, und den Dr. Firmenich ꝛc.; allein es wird von den Betheiligten in der Namhaftmachung der Verfasser von Artikeln eine so überaus große Verschwiegenheit beobachtet, daß es schwer hält, der Sache näher zu treten. Eine dem Dr. Firmenich nahestehende Person hat indeß bei einer unauffallenden gesprächsweisen Hindeutung auf den beregten Artikel betr. des Verfassers die Aeußerung (wörtlich) bekommen: „daß solcher von einer hohen Person und sehr gewandten Feder ausgegangen sei". Aus derselben Quelle wird gleichzeitig und zwar mit voller Bestimmtheit versichert, daß der General Radowitz sehr eng liirt mit dieser Parthei sei und bei allen deren Schritten mit zu Rathe gezogen würde, aber mit großer Vorsicht es vermeidet, irgend etwas schriftliches von sich zu geben.

Von diesem Verhältniß sowohl wie überhaupt von den Machinationen dieser Parthei soll — wie behauptet wird —

1852 26. 9. Se. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen unterrichtet ſein und zu öftern auch den Dr. Firmenich (welchem die Leitung des Preuß. Wochenblatts mit übertragen iſt) geſprochen haben.

Berlin, den 22. September 1852. Nx.

II.

Es ſind mir die beiden Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden:

I. Wer iſt der Verfaſſer des Artikels im Preußiſchen Wochenblatt vom 28. Auguſt d. J. Seite 463 über die Maaßnahmen der Bundes-Verſammlung in Bezug auf die Verfaſſungs-Verhältniſſe Luxemburgs?

II. Wer überhaupt iſt Correſpondent des Preußiſchen Wochenblatts über die Bundestags-Verhandlungen in Frankfurt a. M.?

Ich habe mich demgemäß ſoviel als möglich bemüht, die Verhältniſſe des Preußiſchen Wochenblatts zu ermitteln, ich bin aber dabei auf bedeutende Schwierigkeiten geſtoßen. Eigentliche Literaten und Zeitungs-Correſpondenten von Profeſſion werden beim Preußiſchen Wochenblatte gar nicht beſchäftigt, das ganze Perſonal der Mitarbeiter beſteht aus folgenden auserwählten Perſonen, welche ſehr ſchwer zugänglich ſind:

1. dem Wirkl. Geheimen Ober-Regierungs-Rath Matthies,
2. Herrn Bethmann-Hollweg,
3. deſſen Schwiegerſohn Graf Pourtalès,
4. dem alten Kühne (sic) *),
5. dem Legationsrath Graf Goltz,
6. dem Dr. Jasmund.

Der Letztere iſt mehr vorgeſchobene Perſon, der eigentliche Redacteur iſt der Geh. Rath Matthies, ohne deſſen imprimatur

*) Das sic findet ſich im Original. — Gemeint iſt Generalſteuerdirector Kühne.

nichts gedruckt werden darf. Obwohl dieſe Perſonen ſich in 1852
den Nimbus einer politiſchen Partei zu hüllen ſuchen, ſo bilden 26. 9.
ſie eigentlich eine ſolche Partei nicht, ſondern ſie ſind in der That nichts als eine Coterie Unzufriedener, welche aus verſchiedenen perſönlichen Motiven mit dem gegenwärtigen Miniſterium verfeindet ſind und welche von Gefühlen perſönlicher Animoſität getrieben, dem Miniſterium, namentlich dem Herrn Miniſter-Präſidenten, in jeder möglichen Weiſe zu ſchaden ſuchen. Alle dieſe Perſonen haben im Staatsdienſte hohe Stellungen eingenommen, und ſie beſitzen deshalb noch Verbindungen in den höchſten Kreiſen der Beamten-Hierarchie, es ſteht ihnen alſo ein ganz vorzügliches Material zu Gebote, und ſie ſind vorzüglich gefährlich. Einer der Mitarbeiter Legations-Rath Graf Goltz ſoll ſogar beſondere Beziehungen zum Hofſtaat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen haben, wo ſein Bruder*) Adjutant iſt. Der Geh. Rath Matthies war Jahre lang Chef der höheren Polizei in Preußen, er verſteht es alſo ſehr wohl, die Verbindungen des Wochenblattes zu organiſiren, daß ſolche ſehr ſchwer zu entdecken ſind, und er ſoll in dieſer Organiſation ſogar jetzt eine Lieblings-Beſchäftigung finden. In der Druckerei des Blattes ſind alle Recherchen vergeblich, da in ſolche niemals Original-Correſpondenzen, ſondern immer nur Abſchriften eingeliefert werden. Auch eine Beobachtung des Briefwechſels auf der Poſt liefert kein Reſultat, da die betreffende Correſpondenz gewöhnlich unter ſecreten Adreſſen geführt wird.

Jeder einzelne der oben genannten Mitarbeiter bearbeitet ein beſtimmtes Fach von Artikeln, man möchte faſt ſagen, ein beſtimmtes Decernat.

Während Herr Matthies in Verbindung mit dem Dr. Jasmund außer der allgemeinen Redaction des Blattes beſonders die Artikel über die Preußiſchen Verfaſſungs-Angelegenheiten

*) Graf Karl v. d. Goltz.

1852 26. 9. bearbeitet, und während Herr Kühne beſonders für die Handels- und Gewerbefragen thätig iſt, fällt das Fach der hier in Rede ſtehenden deutſchen Bundes-Angelegenheiten ausſchließlich dem Legations-Rath Graf Goltz zu. Graf Goltz war bei der Preußiſchen Bundes-Geſandtſchaft in Frankfurt a. M. angeſtellt, das Zuſtandekommen einer reichen Heirath, welche er verfolgte, ſoll davon abgehangen haben, daß er eine ſelbſtändige Stellung als Geſandter irgendwo erhielt. Dieſen Zweck ſoll er verfehlt haben, und deshalb ſoll er, wie man ſagt, beſonders erbittert ſein. Er hat aus ſeiner früheren Stellung aus Frankfurt a. M. die intimſten Verbindungen mit vielen dortigen diplomatiſchen Perſönlichkeiten, namentlich mit den Vertretern der kleineren Höfe, und aus dieſen Quellen gehen ihm die ſecreteſten Nachrichten zu. Mit Sicherheit läßt ſich behaupten, daß er der Verfaſſer aller Artikel über die Bundestags-Verhältniſſe und namentlich auch des Artikels in No.*) 463 über Luxemburg iſt. Wer aber ihm dieſe oder jene von ihm benutzte Nachricht aus Frankfurt geliefert hat, dieſes zu ermitteln, iſt völlig unmöglich. Unter Preußiſchen Diplomaten ſoll namentlich der Preußiſche Geſandte von Savigny in Carlsruhe mit dem Grafen Goltz intim ſein, und dieſer ſoll, ohne daß er es eigentlich merkt und will, vielfach von Goltz benutzt werden. Namentlich während des letzten Aufenthaltes Sr. Majeſtät des Königs auf Stolzenfels ſoll lebhaft zwiſchen Goltz und Savigny correſpondirt (worden) ſein. Wohlunterrichtete Perſonen, welche es mit dem Miniſterium gut meinen, ſind übrigens der Anſicht, daß eine Verſöhnung mit den genannten Perſonen, namentlich mit Goltz ev. Matthies zu wünſchen ſei, da dieſe Leute, vermöge ihrer unbeſtreitbaren Fähigkeiten und vermöge ihrer genauen Kenntniß der Verhältniſſe durch ihr unausgeſetztes zähes Wirken wirklich gefährlich werden können, zumal ſie ſich vielfach in den

*) Muß heißen auf S. 463.

Deckmantel einer wohlmeinenden gemäßigten Partei zu hüllen wiſſen. Goltz und Matthies ſind die eigentlichen arbeitenden Elemente der Coterie, Bethmann-Hollweg giebt nur die Geldmittel her und Pourtalès ſpielt mehr den Vermittler, ſo daß die beiden letzteren von ſelbſt fortfallen, wenn die beiden erſteren beſeitigt ſind. 1852 26. 9.

55.

Geſandter v. d. Schulenburg an Bismarck.

Sehr verehrter Gönner,

Ich benutze das freundliche Anerbieten des Herrn v. Scherff*), der morgen nach Frankfurt zurückkehrt, um mich in Ihr Andenken zurückzurufen, da es mir in der letzten Zeit nicht möglich war, Sie in Ihrer Reſidenz aufzuſuchen, wie ich es gern gethan hätte. Mit Freuden habe ich gehört, daß Ihre Frau Gemahlin nunmehr das Wochenbett glücklich überſtanden und dieſes frohe Ereigniß durch ein recht heiteres Tauffeſt**) gefeiert worden. Ich ſende Ihnen meinen herzlichſten Glückwunſch mit der Bitte, mich, wenn auch unbekannter Weiſe — leider bis jetzt noch — Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichſt zu empfehlen. 1852 28. 9.

Was nun die Politik betrifft, und für mich exiſtirt hier nur eine ſolche Frage „der Zollverein", ſo ſehe ich mit vielen Anderen hierſelbſt der nächſten Entſcheidung in Berlin mit größter Spannung entgegen. Daß Kurheſſen den Bairiſchen Propoſitionen in allen Stücken unbedingt beitreten würde, konnte ich, ungeachtet der vertraulichen Verſicherungen des Herrn Haſſenpflug, nie bezweifeln. Letzterer behauptet zwar

*) Niederländiſcher Bundestagsgeſandter für Luxemburg und Limburg.

**) Am 22. Sept. 1852.

1852 28. 9. ſtets noch, daß die Hoffnung auf Erhaltung reſpektive in einiger Zeit zu erwartende Erneuerung des Zollvereins, nicht aufzugeben ſei, ich habe indeß von Anfang an ſeinen Worten nie zu viel Glauben geſchenkt, und weiß nicht, ob er gegenwärtig durch derartige Proteſtationen vielleicht nur das Odium, die Spaltung Deutſchlands herbeigeführt zu haben, auf die Schultern ſeiner Collegen zu ſchieben verſucht. Allerdings ſcheint es zuweilen, daß Letztere, unter welchen namentlich Herr v. Baumbach*) gänzlich bairiſch-öſtreichiſch geſinnt iſt — ihm nicht ſo ganz mehr trauen, und daß ſowohl beim Kurfürſten als bei der ſtockoeſtreichiſchen Civil-Beamtenparthei Haſſenpflug anfängt, in den Geruch zu kommen, als ſei er Preußen nicht abgeneigt! Hieraus mögen Sie abnehmen, wie es hier ſteht! Ob es noch möglich iſt Haſſenpflug für eine andre, unſeren Plänen geneigte Politik zu gewinnen, weiß ich nicht; aber wenn man mir nur bedingte Ermächtigungen giebt, und vorherige Verſprechen verlangt, wie dies wieder neuerdings geſchehen — dann kann man wohl in dieſer Beziehung nichts erwarten. Der Kurfürſt hat, unerachtet ¾ ſeiner militäriſchen Umgebung und ſeines Hofſtaats entſchieden preußiſch iſt, ſeine Zuſtimmung zu den Münchener Beſchlüſſen gegeben; auch ſoll die hieſige Regierung die Nachricht empfangen haben, daß in Dresden, Darmſtadt und Naſſau ein Gleiches geſchehen. Von Baden behauptet man, daß dies nicht der Fall ſei, und in Stuttgart ſchwankt man noch. Ueber den Inhalt der Münchener Beſchlüſſe habe ich noch nichts in Erfahrung bringen können, da nur 3 Perſonen hierſelbſt ſolchen kennen und dieſe ſelbſtredend mir Alles vorzuenthalten ſuchen.

Man bauet hier fortwährend noch auf Hannover, und ſchmeichelt ſich der Hoffnung, daß ein dort vielleicht zu erwartendes Rücktreten vom Septembervertrag möglicher Weiſe unſere

*) Miniſter des Aeußern und des Kurfürſtlichen Hauſes.

Regierung zum Nachgeben zwingen könnte. 7/8 der Bevölkerung Kurheſſens, ſelbſt ſolche, welche ſonſt nicht in allen Stücken preußenfreundlich geſinnt ſind, würden ein Auflöſen des Zollvereins auf das Tiefſte beklagen, und faſt allgemein wird das entſchiedene Auftreten und Feſthalten unſeres Cabinets gebilligt. Doch ich muß befürchten, Ihnen hinlänglich bekannte Dinge zu oft zu wiederholen — deshalb breche ich ab, und erlaube mir nur noch ſchließlich hinzuzufügen, daß man auf die Zuſammenlegung des Bundeskontingents mit Darmſtadt hier noch immer nicht verzichtet, wie mir der Kurfürſt neulich ſelbſt ſagte. Auch fürchte ich, daß man bei Berechnung der Bundes-Exekutionskoſten für das Jahr 1850 unſerem Cabinet ſonderbare Zumuthungen zu machen beabſichtigt. 1852 28. 9.

In hochachtungsvollſter Ergebenheit

Ganz der Ihrige

Caſſel d. 28ſten Sept. [1852]. G. Schulenburg.

Als Nachſchrift füge ich hinzu, daß nach einer ſoeben mit Haſſenpflug gehabten Unterredung ich beinah glauben muß, daß man in München bedeutend verſöhnlicher geſtimmt geweſen, als wie ich bis jetzt vermuthete, und daß namentlich in der betreffenden von den Coalitionsſtaaten demnächſt abzugebenden Erklärung Vieles zwiſchen den Zeilen zu leſen iſt, was man vorerſt nicht hat geradezu als Conceſſion hinſtellen wollen.

56.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

ſchulde ich Antwort auf mehre geehrte Schreiben*). Ich bitte deshalb um Entſchuldigung, werde mich aber der Angabe meiner 1852 18. 10.

*) Vom 6. und 16. October, Preußen im Bundestage IV, No. 48 und 50 S. 118 f. 120 ff.

1852 Excuſations-Gründe für überhoben erachten und nur ſo viel
18. 10. bemerken, daß keineswegs Mangel an Intereſſe an den mir gemachten Mittheilungen, für welche ich ſehr dankbar bin, mein Stillſchweigen motiviren. Beſonders habe ich Ew. Hochwohlgeboren für das gefällige Schreiben von vorgeſtern, welches ich heute erhalten und ſofort Sr. Majeſtät vorgelegt habe, zu danken. In Folge deſſelben werde ich in den nächſten Tagen an Graf Buol antworten und die Acceptation von Thun*) melden. Von Graf Arnim aus Wien erhalte ich heute ein Schreiben, worin er ebenfalls räth Thun nicht zurückzuweiſen, und gleichzeitig bemerkt, daß Buol auf ſein Befragen, wen man eventuell nach Frankfurt ſenden werde, geantwortet hat, das wiſſe man noch nicht. Rechberg oder Prokeſch wären allerdings ſehr ſchlimm. Ein Punkt der Divergenz zwiſchen Sr. Majeſtät und mir beruht noch immer in der Auffaſſung des Bundestags. Se. Majeſtät ſind nur zu geneigt, dieß Inſtitut mit allen möglichen Attributionen der Macht und Würde zu bekleiden, während ich, ohne irgend deſſen Bedeutung für die Dauer der dermaligen politiſchen Verhältniſſe zu verkennen und ohne es herabwürdigen oder ſchwächen zu wollen, doch nie vergeſſen kann, daß Preußen dort unter Oeſterreichiſchem Präſidio ſitzt, und ich eine Machtſtellung des Bundestags, welche dem Balanciren**) Preußens mit dem Gewicht ſeiner ganzen Bedeutung Eintrag thäte, nicht zu fördern vermag.

Haben Sie doch die Güte mich wiſſen zu laſſen, ob und in welcher Weiſe Sie mit Klindworth in Verbindung ſtehen. Iſt letzteres der Fall, ſo wollen Sie ihn wiſſen laſſen, daß er in den nächſten Tagen einen Brief von mir zu erwarten habe, von dem ich hoffte, daß er ſeinen Wünſchen entſprechen

---

*) Der an Stelle des Frhrn. v. Prokeſch als öſterreichiſcher Geſandter in Berlin in Ausſicht genommen worden war.

**) Anders läßt ſich das flüchtig geſchriebene Wort nicht entziffern, wenngleich der Ausdruck etwas auf Schrauben geſtellt erſcheint.

werde*). Gleichzeitig bitte ich ihm zu ſagen, daß er mich verpflichten würde, wenn er mir ſeinem Verſprechen gemäß ſeine Ideen bezüglich der Umgeſtaltung der Verfaſſungen in den deutſchen Ländern mittheilen wollte**). 1852 18. 10.

Ew. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage ein Mémoire bezüglich der Zoll-Angelegenheit. Die Veranlaſſung dazu iſt folgende. Ich hatte vernommen, daß man in Wien von Herrn Lackenbacher***) ein Memoire hat ausarbeiten laſſen, welches an Graf Neſſelrode gegeben und worin unſer Verfahren in der Zollſache vom politiſchen Standpunkte aus beleuchtet und als vollſtändig revolutionär bezeichnet worden. Ich habe mit Rückſicht hierauf, obwohl ich leider das Lackenbacherſche Opus nicht erlangen konnte, die anliegende Arbeit verfaſſen laſſen und dafür geſorgt, daß ſie ſowie ein franzöſiſcher Auszug in Neſſelrode's Hände gelangt iſt. Den Erfolg kenne ich noch nicht. Vielleicht können Ew. Hochwohlgeboren davon bei vorkommenden Gelegenheiten auch einigen Gebrauch machen. Ob Sie dasſelbe an Schulenburg, Roſenberg, Savigny mittheilen wollen, ſtelle ich Ihrer Erwägung anheim. Der davon zu machende Gebrauch müßte wenigſtens inſofern ein discreter ſein, als es nicht als eigentliche Staatsſchrift, welche vom Preußiſchen Cabinete ausginge, betrachtet werden dürfte. In dem Schreiben von Buol an mich ſind recht dringende aber doch verblümte Andeutungen, wir möchten uns nur mit Oeſterreich privatim verſtändigen, dann werde ſich alles von ſelbſt finden. Ich bin einiger Maaßen in Verlegenheit, was ich darauf antworten ſoll, denn ich halte, da Oeſterreich die Sache einmal politiſch d. h.

*) Vgl. dazu den Bericht des Regierungsaſſeſſors Zitelmann vom 26. October 1852, der dieſen Brief perſönlich in der Villa des Staatsraths in Oberrheinsberg abzugeben hatte. Deutſche Revue, April 1901 (26. Jahrg., Bd. II S. 31 ff.).

**) S. a. a. O., S. 32.

***) Herr v. Lackenbacher, ein Jude, deſſen ſich die öſterreichiſche Regierung damals gern zu preußenfeindlicher Agitation bediente.

1852 mit andern Worten zur Unterdrückung Preußens dienend auf-
18. 10. faßt, eine Verſtändigung weder für möglich, noch für wünſchens-
werth. Ich habe ziemlich ſichere Nachrichten aus Wien, welche bekunden, daß man dort mit dem Verlauf der Sache, ſelbſt wenn Preußen ganz allein bleiben ſollte, nicht zufrieden ſei, weil man dann den beſten Fiſch nicht mitgefangen habe. Wenn Preußen ſich aber in einem Oeſterreichiſchen, d. h. katholiſch-ſchutzzöllneriſchen Netze fangen läßt, dann iſt es verloren, und dazu werde ich nie meine Hand bieten.

Herr von Savigny behauptet, die Umkehr des Königs von Würtemberg ſei durch Ruſſiſchen Einfluß bewirkt worden — und er motivirt dieß damit, daß dieſe Macht wünſchen müſſe, Oeſterreich immer nach Deutſchland hingewendet zu ſehen, damit deſſen Kräfte ſich nicht dem Slawismus zuwendeten. Mir ſcheint dieß faſt etwas zu fein, wenn ſchon es mit der öſterreichiſchen Redens-Art von Herauswerfen aus Deutſchland oder mit Meyendorffs Leidenſchaftlichkeit einiger Maaßen zuſammentrifft.

Graf Arnim ſchreibt mir aus Wien, er wiſſe aus guter Quelle, daß Kübeck*) geäußert habe, der Oeſterreichiſche Tarif beweiſe ſich ſchon jetzt als unhaltbar, man müſſe, um die inländiſche Induſtrie zu retten, zu höheren Zöllen wieder zurückkehren.

Wenn wir wirklich ganz allein bleiben ſollten, ſo halte ich das nicht für ein großes Unglück; ich täuſche mich zwar nicht darüber, daß viele, die uns jetzt loben, ſich in bittere Tadler verwandeln werden, aber andere Staaten werden uns dann ſchon ſuchen und vermiſſen, während ſie uns jetzt fürchten und verabſcheuen.

Der nächſte Kanonen-Schuß wird Manches nicht bloß in Deutſchland ſondern in Europa umgeſtalten.

Wegen Ihrer Kammer Wahl will ich Ew. Hochwohlgeboren

---

*) Präſident des öſterreichiſchen Reichsrathes.

keine Vorſchrift machen. Der König wünſcht Sie hier zu ſehen, 1852
Ihre Bedenken verkenne ich aber nicht. Herr v. Weſtphalen 18. 10.
verſichert, er habe ſich in keinem Wahlkreiſe beworben.

Meine Frau empfiehlt ſich Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin.

Mit unveränderter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

Berlin, den 18. Oct. 1852. Manteuffel.

57.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben von vorgeſtern*) veranlaßt mich Ihnen 1852
einige Worte über den Stand unſerer Zoll-Angelegenheit zu 19. 11.
ſagen.

Als Herr v. Prokeſch ſich hier in hochtönenden Phraſen erging, daß man in Oeſterreich von höheren politiſchen Rückſichten geleitet unter allen Umſtänden eine Verſtändigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handelsvertrag, der von den feindſeligſten Federn des Finanz Miniſterii redigirt ſein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber nur das auf Revolution ſpeculirende Preußen an der Nichtzuſtandebringung eines ſo leichten und nahe liegenden Arrangements Schuld ſei, als ähnliche Klänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien an rechter Stelle zu fragen, was es mit dieſen Redens Arten für eine Bewandtniß habe. Es waltete dabei das doppelte Intereſſe vor, ein-

*) Concept nicht vorhanden.

1852 19. 11. mal uns vor ungerechten Beſchuldigungen zu bewahren, zweitens aber auch die uns namentlich von Hannover in ungünſtiger Weiſe angebotene Vermittelung abzuwehren.

Graf Arnim hat dann im Allgemeinen Graf Buol ganz außerordentlich herabgeſtimmt gefunden; man offerirt: Aufgeben der Zoll-Einigung, 12jährige Dauer und Beſchränkung auf einen beiden Theilen vortheilhaften, die gegenſeitige Freiheit nicht beeinträchtigenden Handelsvertrag, man verlangt nicht, daß wir nach Wien kommen, ſondern will nach Berlin oder wohin wir ſonſt wollen, ſenden. Man will nur für Oeſterreich und nicht für die Coalitionsſtaaten, aber nur mit Preußen verhandeln und den übrigen Staaten Acceſſionen vorbehalten. Es bleibt alſo eigentlich nur die allerdings bedeutungsvolle Frage der Zeit als Schwierigkeit zurück. Aber auch über dieſe hinfort zu kommen, zeigt ſich Ausſicht. Wir haben nämlich mit Braunſchweig ſchon abgeſchloſſen und gedenken in den nächſten Tagen mit den Thüringiſchen Staaten abzuſchließen. Sobald das geſchehen iſt, können wir den Zoll-Verein als reconſtruirt, d. h. die Coalitions-Staaten als ausgeſchieden betrachten; und dann können wir ohne Inconſequenz mit Oeſterreich verhandeln. Graf Buol hat dieſerhalb bereits eine Note an Graf Arnim gerichtet, dieſe iſt indeß noch nicht beantwortet und wird die Erwiderung hier entworfen, aber nicht eher abgelaſſen werden, als bis jene Vorausſetzung, Reconſtituirung des Zoll-Vereins erfolgt iſt. So liegt die Sache. Alles was Herr v. Dalwigk von Verhandlungen fabelt, iſt gelogen; man kann es keine Verhandlung nennen, wenn Oeſterreich den Wunſch mit uns zu verhandeln zu erkennen giebt und wir noch nicht einmal geantwortet haben.

Daß, wenn wir einmal zu Verhandlungen kommen, die Sache ſehr ſchnell erledigt ſein kann, vielleicht um das Reſultat zu ſichern, erledigt ſein muß, iſt richtig.

Eine ſehr ſchlimme Rolle bei der ganzen Sache ſpielt

Hannover; und ich muß an mich halten, dies nicht zum Schaden des Einverſtändniſſes Herrn v. Schele derb zu ſagen. Dort weigert man ſich nicht nur, einen Bevollmächtigten hieher zu ſenden, ſondern hat ſich auch nicht entblödet, in Oldenburg ganz ſchlimm gegen uns zu agitiren und Braunſchweig geradezu von Ratification der Tractate abzumahnen. In Oldenburg hat man tüchtig geantwortet; in Braunſchweig ſcheint man zu ſchwanken. Die Herren Hannoveraner wünſchen, daß wir mit Oeſterreich direct verhandeln; ſollten ſie denn wirklich nicht einſehen, daß zur Erreichung des Wunſches die Vorbedingung in der Möglichkeit der Verhandlung beruht. 1852 19. 11.

Ich werde Ihnen, geehrter Freund, dankbar ſein, wenn Sie mir bald hierüber Ihre Meinung ſagen und Sie Sich namentlich darüber ausſprechen, ob Sie in meinem Gange Bedenken ſehen.

Se. Majeſtät ſind plötzlich ſehr antinapoleoniſch und meinen, daß der Präſident mit allen Revolutionnairs unter einer Decke ſpiele.

Das lange engliſche Memorandum gegen die Ziffer III.*) findet Se. Majeſtät vortrefflich; ich finde es confus und um ſo mehr ungenügend, als ich ſchon jetzt weiß, daß es die Engländer gereut. Nichtsdeſtoweniger ſtimme ich darin überein, daß man, wenn irgend möglich, die Engländer beim Worte halten muß. Deßhalb werden wir auch auf die von ihnen vorgeſchlagene Conferenz in London eingehen. Oeſterreich ſcheint dazu keine Luſt zu haben.

Hochachtungsvoll

19/11. [1852]. Manteuffel.

Wenn ein Arrangement mit Oeſterreich gelingen ſoll, ſo iſt es nothwendig, daß nicht davon geſprochen werde und Leiden-

*) Für Louis Napoleon.

1852 19. 11. ſchaften und Zeitungen davon fernbleiben. Deshalb finde ich es ſehr thöricht, daß Herr v. Dalwigk ſolche Reden führt und würde ſie lieber desavouiren als genehmigen*).

58.

Herzog Chriſtian Auguſt von Schleswig-Holſtein-Auguſtenburg an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1852 5. 12. hatten die Güte, als ich vor Kurzem Ihnen äußerte, daß ich auf 10 bis 12 Tage zur Jagd nach Coburg gehen würde, mir zu verſprechen, im Fall inzwiſchen bey Ihnen etwas für mich eintreffen würde, mich dorthin davon in Kenntniß ſetzen zu wollen. Mit Beziehung hierauf, erlaube ich mir Sie zu benachrichtigen, daß ich am 7ten cr. nach Coburg zu gehen und den 18ten oder 19ten c. wieder nach Frankfurt, woſelbſt ich endlich ein Haus gefunden habe, zurückzukehren gedenke.

Sollte innerhalb dieſer Zeit etwas für mich bey Ihnen eintreffen, würden Sie mich ſehr verbinden, wenn Sie die Güte haben wollten, mir auf ſolchen Fall nach Coburg zu ſchreiben, oder ſollte meine Gegenwart in Frankfurt erforderlich ſeyn, ſo werde ich auf den erſten Wink von Ihnen bereit ſeyn ſofort zurückzukehren.

Ich vermuthe indeſſen, daß, bis zu der Zeit meiner Rückkehr, aus Kopenhagen nichts eintreffen wird und ich ſomit dem Vergnügen und der Zerſtreuung der Jagd ungeſtört mich hingeben kann, einer Zerſtreuung, die ich um ſo mehr bedarf, als die vielen Unannehmlichkeiten und Kränkungen, die man

*) Antwort Bismarcks vom 24. November, Preußen im Bundestag IV, No. 54 S. 129 ff.

dänischer Seits mir nicht ersparen zu wollen scheint, sehr störend auf meine Gesundheit wirken und mich in eine Gemüthsstimmung versetzt haben, die zu überwinden mir oft sehr schwer wird und die mich entschuldigen muß, wenn ich gegen meinen Willen bisweilen eine gereitzte Stimmung an den Tag lege, für welche ich um nachsichtige Beurtheilung bitten muß. 1852 5. 12.

Die betreffenden Actenstücke, wie sie von Conferenzrath Garlieb mir mitgetheilt sind, habe ich reinschreiben lassen, so daß sie zur Unterschrift bereit liegen und demnach, meiner Seits, Alles zur schnellen Abmachung des Ganzen vorbereitet ist.

In der Hoffnung in kurzer Zeit Ihnen mündlich die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung erneuern zu können, bin ich

Euer Hochwohlgeboren
ergebener

Homburg d. 5ten Dec. 1852.

Chr. August Schl.-Holstein.

In größter Eile.

59.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Nachdem vor etwa Jahr und Tag die dortigen Banquiers von Rothschild hier anwesend gewesen waren und bei dieser Gelegenheit von ihnen der Wunsch zu verstehen gegeben worden, diesseitige Hofbanquiers zu werden, sprachen Ew. Hochwohlgeboren auf desfallsige Rückfrage sich dahin aus, daß die Herren v. Rothschild für etwaniges Wirken im Preußischen Interesse hinlänglich durch Geldvortheile bis jetzt entschädigt seien*). — Dem zu Folge ist damals die Sache nicht weiter betrieben und 1852 30. 12.

*) Dieser Bericht ist nicht veröffentlicht.

1852 30. 12. zurückgelegt worden. — In neuerer Zeit hat jedoch eine Anregung derſelben wiederum ſtattgefunden und dies veranlaßt mich Ew. Hochwohlgeboren gefällige Aeußerung nochmals zu erbitten, ob jetzt die Verhältniſſe etwa andere ſind. Im Allgemeinen bemerke ich dabei, daß es, nach meiner Anſicht, nicht ganz leicht ſein möchte, einem ſo großartigen Banquier-Geſchäfte etwanige Geldvortheile nachzurechnen. Sollten Dieſelben ſich jetzt für die Verleihung des Titels als Hofbanquiers ausſprechen zu können glauben, ſo ſtelle ich anheim, mir einen gehörig motivirten amtlichen Antrag dieſerhalb geneigteſt vorzulegen.

Berlin, den 30. December 1852.

Manteuffel.

(Nachſchrift.)

Ich bemerke, daß es eines motivirten Antrags von Ew. Hochwohlgeboren nicht einmal bedarf, ſondern daß es mir genügt zu wiſſen, daß Dieſelben nicht Grund haben, gegen die Charakteriſirung ſich auszuſprechen. Sollten die Rothſchilds noch vorherrſchende antipreußiſche Tendenzen verfolgen, ſo würde ich dieß allerdings als einen ſolchen Grund betrachten.

Mein Intereſſe bei der Sache beſteht, im engſten Vertrauen geſagt, darin, daß man den p. Rothſchild von ſeinen hitzigen Beſtrebungen, die Wiener Valuta zu beſſern, einiger Maaßen abbringt, und daß man ihn für eine Eiſenbahn-Anleihe, welche wir vielleicht machen werden, günſtig ſtimmt.

Meinen herzlichen Glückwunſch für Sie und die Ihrigen.

Unverändert

Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 5. Januar 1853 ſ. Preußen im Bundestage IV, No. 56 S. 132. Der dort erwähnte, aber noch nicht veröffentlichte amtliche Bericht — auch ein Concept deſſelben iſt nicht vorhanden — folgte laut handſchriftlicher Notiz auf dem Original des Briefes vom 30. Dezember am 10. Januar 1853 nach.

60.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

P. 2. Jan. 53.

Beſter Manteuffel — Einige Zeitungen (Hamb. Nachr., Cöln. Ztg) geben Nachricht von der Einführung des däniſchen Commandos beym Holſteinſchen Contingent. Das darf nach m(einer) Meinung der Deutſche Bund, hätte er noch ein Fünkchen Ehre im Leibe, geradezu nicht dulden. Wir müſſen zu Frankfurt eine ehrenvolle, teutſche Sprache führen, auch wenn er*) uns aus anerzogener Unehrenhaftigkeit nicht hören will — Teutſchland aber ſoll und wird uns hören. Vale. 1853 2. 1.

F.W.R.

Beſtätigt ſich die Angabe der Zeitungen, ſo autoriſir' ich Sie, dies Blättchen dem H. v. Bismark im Original zuzuſenden und das Nähere mit ihm zu berathen.

61.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

wollte ich durch Graf Stolberg einen ausführlichen Brief ſchreiben. Leider bin ich dazu nicht gekommen, und auch der heutige Tag läßt mir nur einen Augenblick. Dieſer Tag hat übrigens ſo viel odiosa gebracht, daß ich Ihnen nicht gern unter deren Eindruck ſchreiben möchte. Einiges davon kann ich Ihnen aber doch nicht ſchenken. 1853 4. 1.

1. Arnim telegraphirt, daß Prokeſch nach Frankfurt a/M

*) Der Bund.

1853 ernannt ſei. Ich werde mich bemühen, es noch zu hindern, und
4. 1. ſogar mit Bernſtorff drohen. Halten Sie das aber nicht für Ernſt.

2. Varennes*) ſagt mir, daß die Ruſſiſchen Creditive in Paris nicht angenommen werden würden, und daß, wenn die unſrigen dann nicht abgegeben würden, die brouille ernſteſter Art fertig ſei. Ich glaube nun zwar, daß dieß ein Schreckſchuß iſt, allein möglich iſt es doch und unſer Entſchluß, uns mit Rußland auf ganz gleicher Linie zu halten, ſteht feſt. Krieg braucht daraus noch nicht zu folgen, ſondern nur die Vertretung durch Geſchäftsträger.

Leider werde ich ſoeben wieder geſtört und muß mich daher darauf beſchränken, Ihnen und den Ihrigen die aufrichtigſten Glückwünſche zum neuen Jahre darzubringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

B. 4/1. 53. Manteuffel**).

62.

Freiherr v. Prokeſch-Oſten an Bismarck.

Wien 18. Jänner 1853.

Hochwohlgeborner Freiherr,

1853 Wenn ich zu der von Sr. Majeſtät dem Kaiſer mir über-
18. 1. tragenen Stellung den beſten Willen mitbringe, ſo gehe ich auch nicht ohne Hoffnung nach Frankfurt, weil ich unter den Mitarbeitern an dem gemeinſamen Werke Sie, hochwohlgeborner

*) Franzöſiſcher Geſandter in Berlin.

**) Antwort Bismarcks vom 7. Januar 1853 ſ. in Preußen im Bundestag IV, No. 57 S. 132 f.

Freiherr, dort finden werde. Die Ehrenhaftigkeit Ihres Charakters und Ihrer Geſinnungen, die Gabe höherer Anſchauung und Auffaſſung, das beredte Wort und die liebenswürdige Form habe ich Gelegenheit gehabt ſchon in Berlin würdigen zu lernen und der auf dem Bundesfelde geſammelte Schatz von Erfahrungen wird Ihrem Wohlwollen die Mittel an die Hand geben, mich Ihnen herzlichſt zu verpflichten. Sie haben meinen unter ſchwierigen Verhältniſſen ſtets gleich gebliebenen Beſtrebungen, die Einigung zwiſchen Oeſterreich und Preußen zu fördern, die Anerkennung nie verſagt. Ich werde auch fortan dies Ziel im Auge behalten, welches die Kraft und Würde Deutſchlands verbürgt und die geregelte Entwicklung der Intereſſen beider Reiche zugleich am wirkſamſten ſicher ſtellt. Ich werde mich mit Ihnen auf dieſem Wege begegnen und wir werden ihn zuſammen machen. In dieſem Glauben komme ich. 1853 18. 1.

Noch kann ich den Tag meines Eintreffens nicht beſtimmen, aber ich denke, er wird in die letzte Woche dieſes Monats fallen. Wahrſcheinlich nehm' ich den kürzeſten Weg, wobei ich mich auch mit meiner lieben Frau zuſammen finden und ihre häuslichen Rathſchläge einholen kann.

Wenn ich auf den Schluß meines Aufenthaltes in Berlin zurückblicke, mir die gnädigen Aeußerungen Sr. Majeſtät Ihres erhabenen Königs und Herrn ins Gedächtniß führe und das Vergnügen bedenke, das mich erwartet, mit Ihnen zuſammenzugehen, ſo bin ich geneigt, Frankfurt mit Ruhe und Heiterkeit entgegen zu blicken.

Genehmigen Sie, hochwohlgeborner Freiherr, den Ausdruck meiner innigſten Hochachtung, mit der ich die Ehre habe zu ſeyn

Ihr

aufrichtigſt ergebener

v. Prokeſch-Oſten.

63.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1853 1. 2. gefällige Rückfrage vom 29. v. M.*) über die Zweifel, welche entſtanden ſind, ob dem Freiherrn von Prokeſch nach deſſen Ankunft in Frankfurt a. M. mit Rückſicht darauf, daß derſelbe als Feldmarſchall-Lieutenant noch der Kaiſerl. Oeſterreichiſchen Armee angehört, von dem Commandeur der in Frankfurt a. M. garniſonirenden Preußiſchen Truppen, General v. Herwarth, mit dem dortigen Preußiſchen Offizier-Corps die Aufwartung zu machen ſei, hat mir Veranlaſſung gegeben, die Befehle Sr. Majeſtät des Königs hierüber einzuholen.

Allerhöchſtdieſelben haben Sich hierauf dahin auszuſprechen geruht, wie es allerdings in dero Intentionen liege, daß dem Baron von Prokeſch dieſer Beſuch gemacht werde, indem Se. Majeſtät in Beobachtung der Höflichkeits-Formen bei der Ankunft des gedachten Kaiſerlichen Geſandten von Preußiſcher Seite Nichts verſäumt wiſſen wollen, ſchon aus dem Grunde, weil der nicht angenehme Eindruck, den die Ernennung desſelben hervorgebracht, auf dieſe Weiſe für das dieſſeitige Intereſſe um ſo leichter benutzt werden könne, je weniger man Preußiſcher Seits markire, daß man durch dieſe Ernennung ſich verletzt fühle.

Dem in Rede ſtehenden Beſuche einen rein militäriſchen Charakter durch eine vorherige Anmeldung zu geben und dadurch die Deutung, als gelte derſelbe dem Präſidial-Geſandten, auszuſchließen, wird nicht ſchwer zu ermöglichen ſein**).

---

*) Concept nicht vorhanden.

**) Vgl. dazu die Correſpondenz zwiſchen Bismarck und Prokeſch, Bismarck-Jahrbuch III, 69 ff.

Hiernach wollen Ew. Hochwohlgeboren das Weitere gefälligſt in die Wege leiten.

Berlin, den 1. Februar 1853. Manteuffel.

N. S. Ew. Hochwohlgeboren Anſicht über die Haltung der Preſſe gegenüber dem franzöſiſchen Kaiſerthum*) theile ich ganz und habe auch eine Rectificirung der †Zeitung bereits in Anregung gebracht, was indeß nach den bekannten Verhältniſſen nicht leicht iſt. Ich ſage mir, Preußen ſteht ohnehin auf dem Vorpoſten gegen Louis Napoleon und muß ſich beſonders hüten, ſeine ohnedieß nicht ſehr nachhaltigen Kräfte in einem Präliminarkriege aufzuzehren, was nur die Folge haben würde, daß wir im Momente der Entſcheidung nichts mehr in die Wagſchaale zu werfen hätten. Ueberdieß dürfen wir uns von Oeſterreich und Rußland nicht ins Schlepptau nehmen, ſondern müſſen uns ſuchen, aber auch finden laſſen. Sehen uns dieſe Staaten ohnehin ſchon engagirt, ſo legen ſie auf uns keinen Werth. Die Kaiſer-Rede iſt uns in dieſer Beziehung günſtig. Sie iſt ein Handſchuh, viel mehr den Ultras des Legitimismus als uns hingeworfen, die wir ja von Maria Thereſia den Titel Parvenu erhielten und vielleicht in dem Innern der Hofburg zu Wien noch erhalten. Dieſe Rückſichten haben bisher meine Anſichten in dieſer Frage beſtimmt. Ich bitte dieß aber aus nahe liegenden Gründen ſehr geheim zu halten.

Hochachtungsvoll

Manteuffel.

$\frac{1}{2}$ (1853).

---

*) Vgl. Bericht vom 28. Januar 1853, Preußen im Bundestag IV, No. 61 S. 139 f. und Brief an L. v. Gerlach vom 27. Januar 1853, S. 55 ff. der Ausgabe von H. Kohl.

64.

Freiherr v. Prokeſch-Oſten an Bismarck.

1853 14. 2. Wegen des Artikels der Preſſe*), hochwohlgeborner und

*) Den ein Journaliſt Kehner im Auftrage des Ritter Braun, eines Beamten der öſterreichiſchen Geſandtſchaft in Frankfurt, verfaßt haben ſollte. In dem Artikel, dat. Wien 8. Februar, hieß es: „Der preußiſche Legationsrath und Bundestagsgeſandte v. Bismarck hat bekanntlich nach der Abreiſe des Grafen von Thun aus Frankfurt durch freiwillige Uebertragung die öſterreichiſche Stimme in der Bundesverſammlung und mit ihr interimiſtiſch den Vorſitz geführt. Herrn v. Bismarcks Soirées waren im Laufe dieſes Interregnums viel beſucht, von einer beſonderen Thätigkeit der Bundesverſammlung hat man aber während der Zeit wenig vernommen. Doch ſcheint ſich der interimiſtiſche Präſident an dieſe Ausnahmeſtellung ſo gewöhnt zu haben, daß er ſie gar zu gern in eine dauernde verwandeln möchte. Wenigſtens begegnen wir in dem Berliner miniſteriellen Blatt „Die Zeit“ einem ſehr legationsräthlichen Artikel aus Frankfurt, der plötzlich in die Präſidialbefugniſſe Oeſterreichs Zweifel ſetzt und jenen alten preußiſchen Wunſch nach Alternirung des Vorſitzes wieder durchſchimmern läßt.

Es war wirklich höchſt zeitgemäß, mit ſolchen Anſprüchen in einem Augenblicke aufzutreten, wo Oeſterreich, indem es ſich mit einem einfachen Handelsvertrage begnügte, deutlich genug zu erkennen gab, daß es, anſtatt der ihm zugemutheten politiſchen Pläne, bloß materielle Verbeſſerungen im Auge hat. Die Haltung Oeſterreichs zeigt in jeder Beziehung klar genug, daß es nirgends in den Bereich fremder Machtſtellung einzugreifen geſonnen iſt, daß es aber ſein eigenes Recht mit jener Kraft und Ausdauer zu ſichern gedenkt, welche viele Blätter der Geſchichte zu rühmen wiſſen. Das Recht des Vorſitzes in der Bundesverſammlung iſt ihm durch die Bundesacte zugeſichert, und wir hoffen, daß es Niemandem ernſtlich einfallen wird, dieſes Recht anzutaſten.

Gänzlich verfehlt in ſeiner logiſchen Begründung und nicht ſehr delikat in ſtaatsmänniſcher Beziehung erſcheint vollends der Verſuch des erwähnten Frankfurter Briefes, gegen die Perſönlichkeit des Kaiſerlich öſterreichiſchen Präſidialgeſandten Mißtrauen zu erwecken. „Wenn ſich Herr v. Prokeſch,“ heißt es dort, „um die Vertretung der ſpecifiſch öſterreichiſchen Politik Verdienſte erworben hat, ſo liegt darin allein noch keine Gewähr ſeines Eifers für eine erfreuliche und nach allen Seiten hin befriedigende Geſtaltung der deutſchen Bundesverhältniſſe. Im Gegentheil kann man ſich der Beſorgniß nicht erwehren, daß ſeine

verehrteſter Herr College, habe ich mich in Wien beklagt*). 1853
Heute fällt mir der anliegende der Cölner Zeitung in die Hand, 14. 2.
der inſoferne ganz intereſſant iſt, als er einen Blick in das Geheimniß dieſer legalen Giftbereitung erlaubt.

Erſtens wird eine Thatſache erfunden und als Wahrheit hingeſtellt. So hier die angegebene Loſung der öſterreichiſchen Blätter: „Ausdehnung der Befugniſſe des Bundestages". Daß ſicher kein einziges öſterreichiſches Blatt, auch das albernſte nicht (und es gibt deren viele alberne), dieſe Prätenſion aufgeſtellt hat, daß alſo die Thatſache eine Lüge iſt, das iſt eben ihre Kraft, denn jede Lüge hat für die Gaumen corrompirter Völker einen beſonders wohlgefälligen Geſchmack, wie der Verweſungsproceß des haut goût für die feinſten Feinſchmecker.

Hat man nun das Corpus delicti geſchaffen und den Gegnern um den Hals gehängt, ſo iſt die Sache ſchon halb

---

bisherige vorzugsweiſe Accentuirung der öſterreichiſchen Politik dem allgemeinen deutſchen Intereſſe Eintrag thun möchte." Auf dieſe Behauptung ließe ſich ganz einfach mit dem gar ſehr zutreffenden Sprüchwort antworten: „Wer nicht für ſich zu ſorgen weiß, wird auch Andern nichts leiſten." Die Förderung der öſterreichiſchen Intereſſen ging, wie alle Welt weiß, mit den allgemeinen deutſchen fortwährend Hand in Hand; namentlich knüpft ſich an die frühere Stellung des Herrn von Prokeſch die Auflöſung der Union und die Vereitelung anderer Sonderbundspläne, Ereigniſſe, die gewiß einen allgemein deutſchen Charakter haben."

*) Vgl. Prokeſchs Schreiben an Graf Buol vom 13. Februar 1853, Aus den Briefen des Grafen Prokeſch von Oſten (Wien 1896) S. 294 f. Die Stelle lautet: „Herr v. Manteuffel ſandte an Herrn v. Bismarck ein Blatt der in Wien erſcheinenden „Preſſe" vom 9., das einen perſönlichen Angriff auf dieſen enthält. Herr v. Bismarck beklagte ſich bei mir darüber. Ich drückte ihm mein Bedauern darüber aus, daß man in Berlin ſolchen Miſt auffaßt und ihm vor die Augen bringt. Ich weiß leider, daß man dort durch die eigene Brille ſieht und hinter jedem Zeitungsgeſchmiere die Regierung wittern will. Für mich, der ich mich des guten Einvernehmens mit meinem preußiſchen Collegen befleißze (was an ſich nicht ganz leicht iſt), ſind derlei Mißgriffe der Wiener „Preſſe" nicht angenehm."

1853 14. 2. gelungen. Jetzt kommen Dünkel, Hohn, Witz, tugendhafte Entrüſtung und vor allem perſönliche Angriffe; hiebei erforſcht man die Nieren und Gewiſſen, holt alles Brauchbare als ebenſoviel Erwieſenes hervor. Dieſer Calcül der Unverſchämtheit iſt nicht ohne Talent; er rechnet auf die Dummheit der Leſer.

Drittens wird irgend einer Macht oder Perſon, die man reitzbar hält, geſchmeichelt; die Leidenſchaften werden gekitzelt und aufgeſtachelt, bis ſie das Urtheil und den geſunden Blick verwirren. Zulezt wird irgend ein Motto als Reſultat des Zuſtandes ausgeſprochen und dadurch der Zuſtand erwieſen.

Wahrlich, was muß dieſes Geſindel für eine Meinung von den Regierungen haben, um von ſeinem rothen Lappen ſich Effekt zu verſprechen!

Dieſe Herzensergießungen zum Morgengruße!

Ihr

14. Febr. (1853). v. Prokeſch-Oſten.

65.

Quehl an Bismarck.

Euer Excellenz

1853 11. 3. ſoll ich zuvörderſt im Auftrage des Herrn Miniſter Präſidenten vorläufig benachrichtigen, wie Hochderſelbe mit Ihren Auffaſſungen und Verfahren dem Herrn v. Prokeſch gegenüber vollkommen einverſtanden iſt. Herr v. Manteuffel wird in demſelben Sinne mit Sr. Majeſtät ſprechen, und es wird ſich — obſchon Se. Majeſtät ſehr zu gemeinſchaftlichen Schritten mit Oeſterreich gegen England hinneigen — wohl gerade bei dieſer Veranlaſſung eine gute Gelegenheit bieten, Oeſterreich auf das unpaſſende Verfahren des diplomatiſchen Dichters aufmerkſam zu machen. Es iſt nämlich geſtern eine große Note von Oeſterreich gekommen, der ſich Preußen (gegen

England) anſchließen ſoll. Obſchon unſere Heißblütigen ſchon 1853
lange ſehr ungeſtüm „energiſche Maßregeln" gegen England 11. 3.
verlangen — als ob man etwa England mit einer kräftigen Rede vernichten könnte, wie einen Geſetz-Paragraphen in der zweiten Kammer — ſetzt Herr v. Manteuffel dieſen Anſtürmen große Nüchternheit und Ruhe entgegen. Nach ſeiner Anſicht wird daher auch jetzt Oeſterreich wenn auch in freundlichſter Weiſe abſchläglich zu beſcheiden ſein. Gerade in dieſen Beſcheid werden ſich einige Randgloſſen zu Prokeſch einweben laſſen. — Beſonders haben ſich Se. Excellenz über Ihre Baiern betreffende Aeußerungen*) gefreut und ermächtigen Sie im Sinne Ihrer Auffaſſungen die freundlichſten Beziehungen zu dem bairiſchen Geſandten zu unterhalten. — Obſchon Ihnen das ſehr gleichgültig ſein wird, kann ich doch nicht umhin, Hochdenſelben meine große Freude darüber auszuſprechen, daß ſich Ihre und des Miniſterpräſidenten Auffaſſungen ſo regelmäßig begegnen und daß Preußen gerade auf dem Punkte, der jetzt faſt der einzige ſeiner Aktivität iſt, einen ſo durch und durch preußiſchen Vertreter beſitzt. Einen Vertreter, der glücklicher Weiſe zur Erkenntniß des Richtigen auch diejenige Thatkraft beſitzt, die weder erlernt noch erkauft werden kann, ſondern die, wie man demüthig bekennen muß, eine Gabe Gottes iſt. Gewiß iſt es ſehr zu beklagen, daß man Sie Beide nicht in hundert Theile theilen und dann mit dieſen Manteuffels und Bismarcks die ſämmtlichen Geſandtſchafts-, Geſchäftsträger- ꝛc. Poſten verſorgen kann. Leider wird freilich die Ausſicht auf die erfreulichen Früchte, die ein Zuſammenwirken wie das des Herrn Miniſter Präſidenten mit Ihnen tragen könnte, durch die hieſigen Ver- und Entwickelungen etwas getrübt. Die doctrinär-feudal-pietiſtiſche Partei einerſeits und der gute Herr

*) Im Berichte vom 8. März 1853, Preußen im Bundestag I, No. 155 S. 206 ff.

1853 11. 3. v. Hinckelbey, der allerdings den Vorzug hat, gar kein Prinzip, ſondern nur ſein liebes Ich zu vertreten, andererſeits erſchweren nicht allein Herrn v. Manteuffel ſeine Stellung, ſondern ich fürchte faſt, daß ſie dieſe Stellung mehr und mehr erſchüttern. Hiezu kommen die vortrefflichen Collegen unſeres Chefs, von denen die einen ebenſo kurzſichtig wie ſchwach, die andern (eigentlich Herr v. Bodelſchwingh allein) aber ränkeſüchtig ſind und ſich mit großen Dingen tragen. Wie kann nun ein Reich beſtehen, das in ſich ſelbſt uneins iſt? Doch ich verlaſſe für heute dies Thema mit einer Bitte, welche durch das Intereſſe für die Sache motivirt iſt und in demſelben ihre Entſchuldigung findet. Ew. Excellenz Auffaſſung, Wort und Rath gilt bei dem Herrn Miniſter Präſidenten ſehr viel, vielleicht ſo viel, wie bei dieſem ſeltenen Charakter überhaupt irgend eine Stimme gelten kann. Auf Herrn v. Manteuffel iſt nämlich ein Einfluß gegen ſeine eignen Intentionen überhaupt nie denkbar, wohl aber eine Ermuthigung, nach dieſen Intentionen zu handeln, ebenſo möglich wie vielleicht nothwendig. Ich halte dafür, daß, wenn Herr v. Manteuffel nicht bald zu einer recht bemerkbaren Aktivität übergeht, er nicht dem Schickſale des Mohren entgehen wird, der ſeine Schuldigkeit gethan hatte. Ihm ſelbſt freilich wäre damit kein großer Schade gethan, im Gegentheil, wenn ich perſönlichen Gefühlen für ihn folgen wollte, könnte ich ihm nur wünſchen, daß er bald erlöſt und einer beſſern Zeit vorbehalten werde. Aber eine peſſimiſtiſche Politik iſt und bleibt immer eine ſchlechte, und da mit Herrn v. Manteuffel ein Syſtem fällt, das unter gegebenen Verhältniſſen das einzig richtige zu ſein ſcheint, ſo habe ich keinen ſehnlicheren Wunſch, als ihn unter günſtigeren Verhältniſſen noch bleiben zu ſehen. Meine Bitte an Ew. Excellenz iſt nun keine andre, als daß Sie ihn ermuthigen, mehr aktiv zu ſein, unbrauchbare Freunde oder gefährliche Gegner zu beſeitigen — überhaupt das auszuführen zu ſuchen, was er für nothwendig ſelbſt er-

kennt. In offner Schlacht ſelbſt fallen iſt jedenfalls rühmlicher 1853
und beſſer als durch Intriguen allmählig beſeitigt zu werden. 11. 8.
Abgeſehen aber von Ihrem perſönlichen Verhältniß zum Herrn Miniſter Präſidenten traue ich Ihnen diejenige ſtaatsmänniſche Vorausſicht im höchſten Grade zu, die Sie im allgemeinen wie im eigenen Intereſſe auf das lebhafteſte wünſchen läßt, daß Preußens Aktion nach Außen nicht durch inneres Siechthum aller Baſis beraubt werde. Verzeihen Sie die Eile dieſer flüchtigen Zeilen.

Mit aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit

Ew. Excellenz

ganz ergebenſter Diener

Berlin 11. 3. 53. Quehl.

66.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

werden geſtern eine telegraphiſche Depeſche wegen des Verkaufs 1853
zweier zur deutſchen Marine gehörigen Schiffe*) erhalten haben. 15. 3.
Dieſelbe iſt auf dringendes Verlangen des Prinzen Adalbert K. H. erlaſſen worden, da ich aber zuvor weder mit dem Kriegsminiſter**) noch mit dem Finanz-Miniſter***) Rückſprache nehmen konnte, ſo habe ich eine beſtimmte Weiſung um ſo weniger ertheilen mögen, als ich ſelbſt der Meinung bin, daß es gut iſt, wenn die Sache endlich einmal ausgetragen wird und doch wenig Ausſicht vorhanden iſt, daß die gedachten

*) „Hanſa“ und „Erzherzog Johann“.
**) Eduard v. Bonin.
***) Karl v. Bodelſchwingh.

1853 15. 3. Schiffe für unſere Rechnung erworben werden. Ueber die Sachlage erbitte ich eine baldige Mittheilung*).

Das was Ew. Hochwohlgeboren über die Stellung Preußens zu Oeſterreich ſchreiben**), halte ich durchaus für richtig. Es iſt das die alte traditionelle Politik unſres Hofes, in welche man um ſo mehr zurückkehrt, je mehr man ſich in die früheren Gleiſe wieder findet, welche nur während eines wilden Schneetreibens und von unkundigen Fuhrleuten (Radowitz und v. der Pfordten) verlaſſen werden konnten. Ich habe dies ſeit längerer Zeit erkannt, und wenn auch Se. Majeſtät geſtachelt von dem Gefühl momentanen Verletztſeins nicht ganz mit mir einverſtanden waren, ſo hoffe ich doch die Sachen dahin zu führen, wohin ſie eigentlich gehören.

Ich habe deshalb auch, wie Ew. Hochwohlgeboren geſehen haben werden, in den Zollvereins-Sachen die mittleren deutſchen Staaten gefliſſentlich und mehr als Oeſterreich es wünſchte, geſchont, ohne doch, wie ich glaube, Preußen etwas vergeben zu haben. Dieſe Staaten können doch nur mit uns gehen, und man muß ihnen das Gefühl geben, daß wenn ſie unſere Führung ſuchen, ſie ihnen nicht vorenthalten wird. Sind wir nur erſt im Gange, ſo wird ſich unſere Schwerkraft, ſowohl die materielle als noch mehr die intellectuelle, ſchon in einer Weiſe geltend machen, welche mehr wirkt als alle Vertrags-Stipulationen. Auch hat mein Verfahren ſchon ganz gute Früchte getragen; die Staaten ſind hier ganz außerordentlich zuthulich und verlangen ſo zu ſagen aus der Hand zu freſſen. Nichts deſto weniger erhalte ich heute von Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen einen Brief, der vom hohen Olymp herab Rechenſchaft von meinen Thaten abfordert und ſie als Conceſſionen

*) S. Bericht Bismarcks vom 17. März 1853, Preußen im Bundestag IV, No. 64 S. 146 f.

**) Im Bericht vom 8. März, Preußen im Bundestag I, No. 155 S. 206 ff.

für Oeſterreich ſtigmatiſirt. Es iſt in der That entmuthigend, wenn man für alle Mühe, Sorge und guten Willen ſich ſolch Urtheil ſprechen laſſen muß. Ich habe übrigens Sr. Majeſtät Genehmigung dazu, gegen Baiern beſonders zuvorkommend zu ſein und bitte Sie in gleichem Sinne zu handeln. 1853 15. 3.

Von den Zoll-Vereins Staaten iſt es wiederum Hannover, welches uns die vermehrten Schwierigkeiten macht. Ich ſehne mich unendlich nach einem Ende dieſer Tracaſſerien.

Meine Frau trägt mir auf, Ihnen für Ihren ebenſo gütigen als amüſanten Brief verbindlichſt zu danken. Sie hat denſelben zur Zeit recht ernſtlichen Unwohlſeins (erhalten) *). Seit länger als 3 Wochen leidet die arme Frau wie Barez ſich ausdrückt an einer Entzündung der Knochenhaut im Geſicht, was man auf deutſch wohl Ziegen Peter nennt.

Geſtern iſt die feierliche Erwählung des Prinzen Karl zum Herrn-Meiſter des St. Johanniter-Ordens geweſen. Ich habe dabei, obgleich ich Nöthigeres zu thun hatte, auch figuriren müſſen.

Unſere Kammer Debatten gehen ihren langſamen Gang. Vor Mitte Mai werden wir nicht fertig.

Daß Ew. Hochwohlgeboren mit Prokeſch Ihre Noth haben, finde ich natürlich, ich wünſche nur, daß Sie ihn ſich recht feſt rennen laſſen.

Mit Graf Thun komme ich ziemlich gut aus. Nur in catholicis iſt er ſehr ſcharf. Ich habe jetzt eine Depeſche von ihm, wonach er uns zu Collectiv-Maßregeln gegen England veranlaſſen ſoll. Das geht aber durchaus nicht aus Gründen, wie ſie in der an Ew. Hochwohlgeboren gerichteten Inſtruction enthalten ſind. Es wird aber nicht leicht ſein, die Pille des abſchläglichen Beſcheids zu überzuckern. Ich werde in allen Vorder Sätzen Recht geben, nur die Folgerungen beſcheiden-

*) Fehlt im Original.

1853 lichſt in Zweifel ziehen, zunächſt ausführen, daß die Poſt Chi-
15. 3. kanen durchaus kein würdiges und auch kein wirkſames Mittel ſeien, dann hervorheben, daß die Schweiz uns ja viel näher ſei als England, ferner ausführen, daß England uns ſchnell alle Willfährigkeit für ſtrenge Paß Controlle zu erkennen gegeben (was richtig iſt) und endlich anführen, daß ich Grund hätte, an dem Mitgehn von Frankreich, ſogar von Rußland zu zweifeln. Den Deutſchen Bund auf dieſes glatte Terrain zu bringen, würde ich entſchieden abrathen.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 15/3. 53. Manteuffel*).

67.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Pro Memoria**).

1853 Anknüpfend an meinen heutigen Bericht über das Ver-
30. 5. halten einiger Geſandten in der Kettenburgiſchen Verhandlung***) erlaube ich mir nachſtehend einige vertrauliche Bemerkungen über die Perſönlichkeit meiner Collegen überhaupt für den Fall, daß es Eure Excellenz intereſſiren ſollte, von denſelben Kenntniß zu nehmen.

Herr von Prokeſch dürfte hinreichend in Berlin bekannt

---

*) Bismarcks Antworten vom 17. und 24. März 1853 ſ. in Preußen im Bundestag IV, No. 64 und 65 S. 146 ff.

**) Dieſes Pro Memoria iſt mit Auslaſſungen und vielen Fehlern in Preußen im Bundestage I, No. 186 S. 254 ff. gedruckt; ich gebe es hier nach dem Originalconcept.

***) Preußen im Bundestag I, No. 185 S. 254 ff. Der mecklenburgiſche Kammerherr v. d. Kettenburg hatte ſich beim Bundestag wegen angeblicher Beſchränkung der Religionsfreiheit beſchwert.

ſein, um weitere Andeutungen über ſeine Perſönlichkeit un- 1853
nöthig zu machen; indeß kann ich nicht umhin zu bemerken, 30. 5.
daß die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falſche Thatſachen aufſtellt oder wahre beſtreitet, meine in dieſer Beziehung ziemlich hochgeſtellten Erwartungen doch übertrifft und ihre Ergänzung findet in einem überraſchenden Grade von Kaltblütigkeit im Fallenlaſſen eines Gegenſtandes oder Veränderung der Front, ſobald das falsum, von welchem er ausgeht, unausweichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nöthigenfalls deckt er einen derartigen Rückzug durch ein Aufbrauſen ſittlicher Entrüſtung oder durch einen oft ſehr perſönlichen Angriff, mit welchem er die Discuſſion auf ein neues und heterogenes Gebiet überträgt. Seine hauptſächlichen Waffen in dem kleinen Kriege, welchen ich da, wo die Intereſſen divergiren, mit ihm führen muß, ſind

1. paſſiver Widerſtand, d. h. die Verſchleppung der Sachen, durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuſchiebt, und

2. beim Angriff das fait accompli anſcheinend unbedeutender Uebergriffe der Präſidialmacht, die gewöhnlich ſo berechnet ſind, daß die Zurückweiſung von meiner Seite den Charakter eines Aufſuchens von Streitpunkten oder einer ſylbenſtechenden Kritik annehmen muß.

Es iſt danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich nicht den Intereſſen Preußens in einem Maße vergeben will, welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung entnehmen würde. Noch in den letzten Tagen war ich genöthigt, ihn wegen eigenmächtigen Aufnehmens einer Anleihe von 37 000 fl. für den Feſtungsbau zur Rede zu ſtellen, bei welcher Gelegenheit er ſich auf „Hunderte" von Präcedenzfällen, von denen er mir jedoch keinen einzigen namhaft zu machen wußte, berief. Demnächſt behauptete er, daß eine gewiſſe discretionäre

1858 30. 5. Gewalt für das Präſidium zur Geſchäftsführung unerläßlich ſei, daß zu Zeiten des Grafen Münch*) Niemand gewagt haben würde, über dergleichen Kleinigkeiten eine Erinnerung zu machen, und daß es zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwiſchen uns und Oeſtreich nicht beitragen könne, wenn jede Handlung des Präſidenten einer übelwollenden Recenſion von Seiten des preußiſchen Geſandten ausgeſetzt ſei. Meine Widerlegung dieſer Auffaſſungen veranlaßte ihn zu der Aeußerung, daß meine Führung des Präſidiums von Niemand in allen Details geprüft worden ſei, um ſich zu überzeugen, ob ſie nicht ebenfalls zu Ausſtellungen Gelegenheit gebe, und daß er einer etwaigen Beſchlußnahme der Bundesverſammlung mit der Gewißheit entgegenſähe, daß letztere das Verfahren des Präſidiums nicht desavouiren werde. Sollte dies dennoch der Fall ſein, ſo werde er die „Kleinigkeit der erwachſenen Zinſen“ aus eigner Taſche bezahlen. Ich erwiderte, daß mir der letztere Weg eine erfreuliche und die einzig angemeſſene Löſung der entſtandenen Schwierigkeit zu ſein ſcheine, und ich, wenn der Herr Präſidialgeſandte es mir geſtatten wolle, mich lieber an den Koſten zur Beſeitigung der Sache perſönlich betheiligen wolle, als dieſelbe zur amtlichen Verhandlung bringen, da ich kaum erwarten könne, daß meine Regirung geneigt ſein werde, an Zinszahlungen für eine unmittelbar nach einer Sitzung, allein vom Präſidium, ohne Wiſſen der übrigen Geſandten aufgenommene Anleihe Theil zu nehmen. Die Geringfügigkeit des betreffenden Objects gewähre uns aber dabei eine große Erleichterung zur Beſeitigung eines Präcedenzfalles, deſſen Wiederholung die betreffenden Regirungen, falls er ohne Monitum paſſirte, leicht in ausgedehnterem Maße gewärtigen könnten. Ich behielt mir ſchließlich eine amtliche Erklärung für den Zeitpunkt

*) Graf Eduard Joachim von Münch-Bellinghauſen, von 1823 bis 1848 öſterreichiſcher Präſidialgeſandter.

vor, wo die Sache officiell zu meiner Kenntniß gelangen würde, was bisher nur durch Privatmittheilungen des Geheimen Regierungsraths Crüger geſchehn ſei. Ich habe mit Rückſicht auf den Beſuch Sr. Majeſtät des Königs in Wien und auf die Möglichkeit, daß politiſche Folgen ſich an denſelben knüpfen, ſowohl in dieſem wie in andern ähnlichen und gleichzeitigen Fällen es vermieden, amtlich und mit derjenigen Entſchiedenheit, zu welcher das Sachverhältniß mich berechtigen konnte, den Präſidialgeſandten in ſeine Schranken zurückzuweiſen, und bin gleichzeitig bemüht geweſen, die Discuſſion in das Geleiſe freundſchaftlicher Verſtändigung zurückzuführen, ſo oft Herr v. Prokeſch daſſelbe verließ. Indeſſen kann ich nach Lage der Sache auf die Frage zurückkommen, ſobald es mir aufgetragen wird. 1853 30. 5.

Den Bayeriſchen Geſandten, Herrn von Schrenk, rechne ich zu den beſten Elementen der Verſammlung ſowohl ſeiner Befähigung als ſeinem Charakter nach; er iſt ein gründlicher und fleißiger Arbeiter, dabei praktiſch in ſeinen Auffaſſungen und Urtheilen, wenn auch ſeine mehr juriſtiſche Bildung und Denkungsweiſe ihn mitunter etwas rechthaberiſch macht, und einem leichteren Fortgang der Geſchäfte hemmend entgegentritt. Im amtlichen Verkehr iſt er offen und gefällig, ſo lange ſein in der That hochgeſteigertes und ſehr reizbares Nationalgefühl geſchont wird, eine Schwäche, welcher Rechnung zu tragen ich mir beſonders angelegen ſein laſſe.

Unſer ſächſiſcher College, Herr von Noſtitz, flößt mir weniger Vertrauen ein. Er hat im Grunde eine, wie mir ſcheint, althergebrachte Hinneigung zu Preußen und ſeinem politiſchen Syſtem, welche unter anderm aus einem mehr rationaliſtiſchen als orthodoxen Proteſtantismus und der Furcht vor ultramontanen Beſtrebungen Nahrung zieht. Ich glaube aber, und es ſollte mir lieb ſein, wenn ich ihm unrecht thäte, daß ihm im Ganzen perſönliche Intereſſen höher ſtehn als politiſche,

1858 30. 5. und die Geſchmeidigkeit ſeines Charakters geſtattet ihm, die letzteren unter einem jeden für die erſteren zuträglichen Lichte aufzufaſſen. Seine Vermögensverhältniſſe ſind — wie ich höre und wie durch ſein geſellſchaftliches Auftreten beſtätigt wird — in keiner günſtigen Lage und hängen neben ſeinen unverkürzt für Verbeſſerung der eignen Lage verwendeten Gehaltsbezügen noch dadurch mit ſeiner hieſigen Stellung zuſammen, daß er hier ein eignes, von ihm bewohntes Haus beſitzt, für welches er vor 1848 einen erheblichen Kaufpreis gezahlt und deſſen ſeit 5 Jahren betriebene Vermiethung ſich als unthunlich erwieſen hat. Sein politiſches Verhalten iſt daher durch den Wunſch bedingt, jedenfalls in ſeiner amtlichen Stellung zu verbleiben, und bei der jetzigen Richtung der ſächſiſchen Regirung hat allerdings Oeſtreich mehr Gelegenheit ihn in ſeiner Stellung zu befeſtigen wie Preußen. Dieſer Umſtand hindert Herrn v. Noſtitz zwar nicht, jede auffällige Verletzung Preußens zu vermeiden, ſoweit es ſeine Inſtructionen irgend zulaſſen, aber er bildet dabei mit ſeiner großen Arbeitskraft, Intelligenz und langen Erfahrung die wirkſamſte Stütze aller Beſtrebungen Oeſtreichs in der Bundes-Verſammlung. Er hat ein beſonderes Geſchick in Abfaſſung von Referaten und Anträgen über bedenkliche Streitfragen, in welchen er dem Vortrage eine anſcheinend vermittelnde Färbung zu geben weiß, ohne den Intereſſen Oeſtreichs, ſobald der unbeſtimmten Faſſung die richtige Auslegung zu Hülfe kommt, irgend etwas zu vergeben. Erſt wenn ſeine Vorträge die Grundlage ſpäterer Verhandlungen werden, ſtellt es ſich gewöhnlich heraus, daß der eigentliche Zweck, zu dem ſie verfaßt wurden, in ſcheinbar abſichtsloſen und beiläufigen Worten niedergelegt iſt. Wenn in Dresden ein Revirement im Preußiſchen Sinne einträte, würde die wichtige perſönliche Unterſtützung, welche Herr von Noſtitz vermöge ſeines Verſtandes und ſeiner Erfahrungen und des durch beide erworbenen Anſehns zu leiſten vermag, mit derſelben

Sicherheit für Preußen in die Wagſchale fallen wie jetzt für Oeſtreich, falls nicht ein zu ſtarkes Band in dem Umſtande liegt, daß einer ſeiner Söhne in der öſtreichiſchen Ingenieur-Akademie erzogen wird und binnen Kurzem als Offizier in die Kaiſerliche Armee tritt. 1853 30. 5.

Für Hanover iſt Herr von Bothmer ſeit ein paar Tagen hierher zurückgekehrt; zu meinem Bedauern höre ich aber von ihm, daß ſein längeres Verbleiben hier auf keine Weiſe geſichert iſt. Er iſt nicht nur ein grader und Vertrauen erweckender Charakter, ſondern auch der einzige unter meinen Collegen, der Unabhängigkeit genug beſitzt, um mir bei nothwendig werdenden Reclamationen gegen das Präſidium einen mehr als paſſiven Beiſtand zu leiſten.

Das grade Gegentheil von ihm ſtellt ſich in Herrn von Reinhard*) dar; wenn Herr von Bothmer in ſeinen Arbeiten gründlich, klar und objectiv iſt, ſo tragen die des württembergiſchen Geſandten den Stempel der Oberflächlichkeit, Verworrenheit und Selbſtgefälligkeit, drei Eigenſchaften, welche überhaupt die hervorragenden Kriterien ſeiner ganzen Erſcheinung darſtellen, und wenn man einen hohen Grad von Unaufrichtigkeit dazu rechnet, ihn als ein Mitglied der Bundesverſammlung erſcheinen laſſen, deſſen Ausſcheiden aus der letztern für uns als ein großer Gewinn zu betrachten ſein dürfte. Ich weiß nicht, ob ſein Abgang von Berlin mit Umſtänden verknüpft geweſen iſt, welche nachhaltige Abneigung gegen Preußen in ihm zurückgelaſſen haben, oder ob verworrene politiſche Theorien, über welche er leichter und mit mehr Vorliebe als über praktiſche Geſchäfte ſich ausſpricht, ihn an die Schädlichkeit des preußiſchen Einfluſſes in Deutſchland glauben laſſen, jedenfalls aber überſteigt ſeine Antipathie gegen uns das Maß, welches man bei ſeinem Landesherrn nach der

*) Württembergiſcher Bundestagsgeſandter.

1858 politiſchen Lage Württembergs vorausſetzen darf, und habe ich
30. 5. Grund anzunehmen, daß er ſeinen Einfluß auf ſeine Inſtructionen und ſeine Thätigkeit, ſoweit ſie von letzteren unabhängig iſt, prinzipiell zum Nachtheil Preußens geltend macht.

In der Discuſſion über die Kettenburgſche Frage glaube ich ſogar annehmen zu müſſen, daß er auf eigne Verantwortung ein Verhalten beobachtet, von dem er nicht wünſchen kann, daß es zur perſönlichen Kenntniß Seiner Majeſtät des Königs von Württemberg kommt*).

In ſeinem Benehmen gegen mich perſönlich liegt nichts, was auf eine derartige Geſinnung zu ſchließen berechtigen würde, und nur ſelten kommt in der Diſcuſſion ein Moment, in welchem, gemäßigt durch eine gewiſſe Furchtſamkeit die verhehlte Bitterkeit gegen Preußen durchbricht. Beiläufig bemerkt iſt er derjenige, der zu den Sitzungen ſtets als Letzter und zu ſpät erſcheint und in denſelben durch Mangel an Aufmerkſamkeit und demnächſtiges mißverſtändliches Eingreifen in die Diſcuſſion zu vielen zeitraubenden Wiederholungen Anlaß giebt.

Der Badiſche Geſandte, Freiherr von Marſchall, iſt nicht ohne Verſtand und geſchäftliche Brauchbarkeit; im übrigen aber eine ſubalterne Natur, die ſorgfältig bemüht iſt, die Verantwortung für ein ſelbſtändiges Urtheil von ſich abzuwenden und in der unzweifelhafteſten Sache einen mittleren Standpunkt zu finden, von welchem aus es möglich wäre, beiden Theilen Recht oder doch keinem Unrecht zu geben; muß es aber ſein, ſo neigt auch er, ſei es aus verwandſchaftlichen Rückſichten ſeiner Familienglieder in öſtreichiſchen Dienſten, ſei es wegen ſtärkerer Scheu ſeiner Regirung vor Wien als vor Berlin mehr auf die Seite Oeſtreichs als auf die unſre. Eine Unterſtützung

*) Vgl. dazu Bismarcks Bericht vom 29. Mai 1853, Preußen im Bundestag I, No. 184 S. 251 ff.

gegen das Präſidium, wie beiſpielsweiſe bei Behandlung der Geſchäftsordnung, für welche er Referent iſt, habe ich ſchwerlich von ihm zu erwarten. Die Neutralität oder wenn man will das Hinken auf beiden Seiten, welches ihm eigen iſt, findet auch in der gemiſchten Ehe einen Ausdruck, in welcher er mit einer eifrigen Katholikin lebt. 1853 30. 5.

Unſer Kurfürſtlicher College, Herr v. Trott, nimmt an den Geſchäften ſo wenig Antheil als möglich, befaßt ſich namentlich nicht mit Referaten und Mitwirkung in Ausſchüſſen und iſt vielfach abweſend unter Subſtitution des Vertreters von Darmſtadt*). Er zieht den Aufenthalt auf dem Lande und die Jagd der Betheiligung an den Verhandlungen bei weitem vor und macht mehr den Eindruck eines jovialen und wohlbeleibten Gutsbeſitzers als eines Geſandten. Er beſchränkt ſich darauf, kurz und genau aus ſeiner Inſtruction abzuſtimmen, und wenn letztere von dem Miniſter Haſſenpflug ohne Ausnahme nach den Weiſungen Oeſtreichs eingerichtet wird, ſo ſcheint es mir doch, daß eine perſönliche Unterſtützung durch Herrn von Trott Oeſtreich oder den Staaten der Darmſtädter Coalition ebenſowenig zu gut kommt als uns eine Parteiloſigkeit, welche dem heſſiſchen Geſandten durch ſeine Abneigung gegen Geſchäfte und wie ich gern glaube durch das Widerſtreben ſeiner an ſich ehrlichen Natur gegen das Intriguenſyſtem ebenſoſehr erleichtert wird, wie durch ſeine in früheren Zeiten unzweifelhafte Sympathie für die Intereſſen Preußens. Seine Familie iſt ſehr zahlreich und ſeine Vermögenslage nicht glänzend.

Ein feindſeligeres Element finden wir in dem Großherzogl. Heſſiſchen Geſandten Freiherrn von Münch-Bellinghauſen. Wenn derſelbe ſchon durch ſeine verwandſchaftlichen Verhältniſſe mit dem früheren Präſidial-Geſandten gleiches Namens an die Intereſſen Oeſtreichs geknüpft iſt, ſo wird ſein Antago-

*) v. Münch-Bellinghauſen.

1853 30. 5. nismus gegen Preußen noch erheblich geſchärft durch ſtarken und wie ich glaube aufrichtigen Eifer für die katholiſche Kirche. Im Privatverkehr iſt er ein Mann von angenehmen Formen und kann ich auch über ſein amtliches Verhalten inſofern nicht klagen, als ich einen Hang zur Intrigue oder Unaufrichtigkeit über das Maß der von der antipreußiſchen Politik ſeiner Regirung gebotenen Zurückhaltung hinaus nicht wahrgenommen habe. Im übrigen iſt er ein natürlicher Gegner der Preußiſchen Politik überall, wo dieſe mit Oeſtreich und der katholiſchen Kirche nicht Hand in Hand geht, und kann ich den Eifer, mit welchem er ſeine Meinung mir gegenüber nicht ſelten in der Diſcuſſion vertritt, nur für einen Beweis der Aufrichtigkeit ſeiner politiſchen und religiöſen Ueberzeugungen halten. Eine Anomalie iſt es jedenfalls, daß ein proteſtantiſcher und augenblicklich mit den katholiſchen Biſchöfen in Conflict ſtehender Souverän durch Herrn von Münch beim Bunde vertreten wird. Ebenſowenig kann den rheinbündiſchen Tendenzen des Herrn von Dalwigk und des Prinzen Emil von Heſſen die politiſche Auffaſſung des Herrn von Münch entſprechen, welche mehr der ſogenannten großdeutſchen, in Preußen durch die Reichensperger und andre vertretenen Richtung angehört. Herr von Münch war ein lebhafter Vertheidiger der bis zum vorigen Herbſt auf dem Bundes-Palais ſtehenden ſchwarz-roth-goldenen Fahne und des nationalen Elements in der übrigens von ihm bekämpften Bewegung von 1848.

Herr von Bülow, der Vertreter Dänemarks, iſt einer der geſcheuteſten Köpfe in der Verſammlung, und ich bedaure, daß die Stellung des Staates, den er vertritt, ihm nicht geſtattet, erheblichen Antheil an den laufenden Geſchäften zu nehmen. Die Haltung der öſtreichiſchen Politik entſpricht natürlich den Wünſchen des Cabinets von Copenhagen mehr als die unſrige, indeſſen beobachtet Herr von Bülow in allen nicht däniſchen Fragen eine ziemlich parteiloſe Zurückhaltung, wie denn auch

die meiſten zwiſchen Preußen und Oeſtreich obwaltenden Streitfragen von einer Natur ſind und aus einer Zeit ſtammen, daß Dänemark die Betheiligung daran prinzipiell vermeidet und die Abſtimmungen des Herrn von Bülow gewöhnlich nur neben einer ſtereotyp gewordenen Verwahrung der Rechte ſeines allergnädigſten Herrn die Erklärung enthalten, daß er noch ohne Inſtruction ſei. Die Verhandlungen ſowohl am Bunde als in der Auguſtenburger Angelegenheit haben mir Gelegenheit gegeben, Herrn v. Bülow als einen gewandten und einſichtsvollen Geſchäftsmann kennen zu lernen, dem ſowohl im offiziellen wie im Privatverkehr ein angemeſſenes und gefälliges Benehmen eigen iſt. 1853 30. 5.

Zu unſern treueſten Bundesgenoſſen gehört Herr v. Scherff*), der ſich für ſeine Perſon ganz den Preußiſchen Intereſſen hingiebt, auch einen Sohn in unſerm Militärdienſt hat; er iſt ein erfahrner und ſelbſt bis zur Aengſtlichkeit vorſichtiger Geſchäftsmann. Die letztere Eigenſchaft ſowie die Natur des Einfluſſes, den Se. Majeſtät der König der Niederlande auf die Luxemburger Inſtructionen übt, verhindern ihn oft, mir in den Sitzungen diejenige Unterſtützung zu gewähren, welche ich andernfalls von ihm erfahren würde. Außerhalb der Sitzungen habe ich ſtets mit Vertrauen auf ihn zählen können, wenn ich ſeinen Rath in Anſpruch genommen habe oder wenn es ſich darum handelte, mir mit ſeinem Einfluß auf einen andern oder mit einzuziehenden Erkundigungen zu Hülfe zu kommen. Bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen von Preußen ſteht Herr von Scherff und deſſen Familie mit Recht in beſondrer Gnade.

An ſeinem Nachbar in der Sitzung, dem Freiherrn von Fritſch, habe ich nichts zu wünſchen, als daß ſeine Kraft, die Preußiſchen Intereſſen zu unterſtützen, ſeinem Willen gleich-

*) S. o. S. 101.

1853 kommen möchte. Er iſt ſeiner Politik nach ein ehemaliger
30. 5. Gothaer, dabei aber ein aufrichtiger, achtungswerther Mann; die Inſtructionen ſeiner Höfe ſind mit einer Hingebung, die unſre lebhafte Dankbarkeit verdient, in allen wichtigen Fragen dahin gerichtet, ſich dem Preußiſchen Votum anzuſchließen, und würde dieſe Unterſtützung noch werthvoller werden, wenn Herrn von Fritſch in höherem Grade das Bewußtſein beiwohnte, ſeine Ueberzeugungen ſelbſtändig vertreten und ihnen Geltung verſchaffen zu können.

Naſſau-Braunſchweig werden durch den Freiherrn von Dungern vertreten, einen inoffenſiven Charakter, der weder durch perſönliche Fähigkeiten noch durch politiſches Anſehn irgend einen Einfluß auf die Bundesverſammlung ausübt. Wenn der Gegenſatz, welcher in den meiſten Fragen zwiſchen der Haltung Braunſchweigs und Naſſaus beſteht, ſich in den meiſten Fällen zu Gunſten der naſſauiſchen d. h. der öſtreichiſchen Anſicht löſt, ſo ſind hierauf zwar einerſeits die verwandſchaftlichen Beziehungen des Herrn von Dungern und ſeiner Gemalin zu Familien, die im öſtreichiſchen Intereſſe ſtehn, und die größere perſönliche Scheu des Geſandten, der 2 Söhne im öſtreichiſchen Militärdienſte hat, vor dem Reſſentiment Oeſtreichs als vor dem Preußens nicht ohne Einfluß; hauptſächlich aber liegt der Fehler in dem Umſtande, daß Braunſchweig durch einen Diener des Herzogs von Naſſau vertreten wird, der ſich hier in der unmittelbarſten Nähe ſeines von öſtreichiſchen Einflüſſen beherrſchten Hofes befindet, mit Braunſchweig aber wohl nur ſo nothdürftige Beziehungen unterhält, daß dieſelben kaum als ein Aequivalent der 5000 Gld, welche Seine Hoheit der Herzog Wilhelm zu dem Gehalt deſſelben zugiebt, betrachtet werden können.

Der Mecklenburgiſche Geſandte Herr von Oertzen rechtfertigt in allen Beziehungen den Ruf eines ehrenwerthen Mannes, unter dem ich ihn ſchon vor ſeiner Stellung gekannt

habe. In der erſten Zeit nach dem Wiederzuſammentritt des Bundestags war bei ihm wie bei einer großen Anzahl ſeiner Landsleute eine Hinneigung zu Oeſtreich nicht zu verkennen; es ſcheint mir aber unzweifelhaft, daß ſeine zweijährige Beobachtung der Mittel, welche die öſtreichiſche Politik durch das Organ des Präſidiums hier zur Anwendung bringt, in der ehrliebenden Natur des Herrn von Oertzen, ungeachtet auch er einen Sohn im öſtreichiſchen Heere hat, eine Reaction erzeugt hat, die mich auf ihn perſönlich vollſtändig und auf ſeine politiſche Unterſtützung inſoweit zählen läßt, als es ſeine Inſtructionen, über deren Natur ich im Ganzen nicht klagen kann, nur immer geſtatten. Jedenfalls kann ich bei ihm unter allen Umſtänden auf ein offnes und ehrliches Verfahren rechnen. Er bearbeitet als Referent vorzugsweiſe die Bentinckſchen und andre Reclamations-Sachen mit vieler Gründlichkeit, wenn ich auch die Richtigkeit ſeines Urtheils nicht immer anerkennen kann. Seine Haltung bei Diſcuſſionen iſt jederzeit ruhig und vermittelnd. 1853 30. 5.

Der Vertreter der 15ten Curie iſt Herr von Eiſendecher, ein Mann, deſſen freundliches Entgegenkommen und anſcheinend grades ehrliches Weſen, verbunden mit Witz und Lebhaftigkeit in der Unterhaltung, mich anfangs für ihn eingenommen hatte. Bei längerer Beobachtung hat ſich mir indeß die Ueberzeugung aufgedrängt, daß ſeine äußere Erſcheinung ihm nur als Maske für einen ziemlich hohen Grad von Verſchlagenheit dient, und daß man ihm, wie das Sprichwort ſagt, nicht über den Weg trauen kann. Er war früher ein ſehr avancirter Gothaer, und wenn man ſeinen Worten glauben dürfte, ſo wäre dieſe Färbung naturgemäß übergegangen in eine lebhafte Sympathie für Ausbildung des Bundes als ſtarker einheitlicher Centralgewalt, indem er auf dieſem Wege durch Hülfe Oeſtreichs einen Erſatz zu finden meint für die fehlgeſchlagenen Einheitsbeſtrebungen im Preußiſchen Sinne. Ich will wünſchen, daß dies das wahre Motiv iſt für ſeine unverkennbare Parteinahme

1853 30. 6. gegen Preußen, ſogar in den Fällen, wo unſre Intereſſen mit denen Oldenburgs ganz unzweifelhaft identiſch ſind, auch ohne Rückſicht auf die allgemeine politiſche Sympathie, welche bei Oldenburg und ſeinem Regenten für Preußen vorausgeſetzt werden darf. Wenn es aber auch unzweifelhaft wäre, daß mir unbekannte politiſche Intereſſen irgend einer Art dabei im Spiele ſind, ſo ſcheint es mir doch, als ob Herr von Eiſendecher auch in dieſem für die Beurtheilung ſeines Charakters günſtigeren Falle ſeinen eignen Abneigungen gegen Preußen oder gegen deſſen jetzige Regirung einen ſtärkern Einfluß auf ſeine Amtshandlungen gewährte, als dies mit den Pflichten gegen ſeinen Herrn verträglich iſt [1]). Dem Vernehmen nach iſt die Curiat-Verfaſſung von der Art, daß beide Anhalt und beide Schwarzburg, wenn ſie unter ſich einig ſind, Oldenburg überſtimmen; es fragt ſich daher, ob es nicht in unſrer Macht liegt, uns der Vota der 4 kleineren Staaten und ſomit der Stimme der Curie mehr als bisher zu verſichern.

Mit mehr Einfachheit und weniger Liſt legt der Vertreter der 16ten Curie, Freiherr von Holzhauſen, ſeinen Einfluß für Oeſtreich in die Wagſchale und ſagt man von ihm, daß er ſich ſeine Inſtructionen in den meiſten Fällen, auch wenn er vollkommen Zeit hat, ſie einzuholen, ſelbſt mache und etwaigen Reclamationen ſeiner Committenten durch Stillſchweigen oder durch eine geſchickte Benutzung der großen Anzahl der Mitglieder der Curie und des Mangels an Verbindung unter

[1]) In dieſer Anſicht werde ich noch dadurch beſtärkt, daß die Oldenburgiſche Regirung in Folge der von uns unmittelbar in Oldenburg veranlaßten Schritte Herrn v. Eiſendecher, ohne deſſen Bericht einzufordern und zu ſeiner anſcheinend großen Ueberraſchung angewieſen hat, wegen der matrikularmäßigen Umlegung der Centralverwaltungs-Koſten von 534,898 fl. 33 kr. ſich unſrer Auffaſſung anzuſchließen.

denſelben zu begegnen weiß. Dazu kommt, daß die meiſten 1853
der kleinen Fürſten für ihre föderale Diplomatie den Aufwand 30. 5.
nicht machen mögen, der zu einer regelmäßig eingerichteten Kanzlei und Correſpondenz erforderlich ſein würde, und daß ſie mit den verwendbaren Mitteln, falls Herr von Holzhauſen, der nach dem Tode des Freiherrn von Leonhardi als Mindeſtfordernder die Stelle erhielt, ihnen den Dienſt aufkündigt, ſchwerlich einen ſo ſtattlichen Vertreter wie dieſes wohlhabende, mit mehren Großkreuzen und dem Titel eines wirklichen Geheimen Raths geſchmückte Mitglied der älteſten Frankfurter Patricierfamilie für ſich würden gewinnen können. Die nächſten Verwandten des Herrn von Holzhauſen, der ſelbſt unverheirathet und kinderlos iſt, ſind im Dienſte Oeſtreichs. Außerdem weiſt der ungewöhnlich ſtark ausgebildete Familienſtolz dieſes Herrn mit ſeinen ganzen Erinnerungen in das mit der Herrlichkeit des heiligen römiſchen Reichs eng verknüpfte reichsſtandliche Patriciat zurück, und die ganze Stellung Preußens ſcheint ihm eine revolutionäre Uſurpation, welche den weſentlichſten Antheil an der Zerſtörung der Privilegien derer von Holzhauſen hat. Sein großes Vermögen läßt mich annehmen, daß die Bande, welche ihn an Oeſtreich knüpfen, nur die ehrgeiziger Beſtrebungen, wie etwa das Verlangen nach einem Kaiſerlichen Orden oder nach der Erhebung der Familie in den öſtreichiſchen Grafenſtand ſind, nicht aber pekuniäre Intereſſen, wenn man nicht etwa den Beſitz erheblicher Summen Métalliques als ſolches anſehn will.

Was die Geſandten der freien Städte anbelangt, ſo treten ihre Perſönlichkeiten bei dem öfteren Wechſel weniger conſequent hervor, beſonders wenn man die Vielſeitigkeit der Factoren, welche zu Ertheilung der Inſtructionen mitwirken, in Anſchlag bringt. Gegenwärtig anweſend hier ſind die Herrn Kirchenpaur für Hamburg und Harnier für Frankfurt. Beide gehören, wenn man die Bundesverſammlung in zwei Hälften theilen

1853 will, der fähigeren an, auch beide der Gothaer Partei, der
30. 5. Vertreter Hamburgs der Rechten, der Frankfurter der Linken derſelben. Erſterer ſcheint, ſo weit man es von ihm beanſpruchen kann, und ſo weit die ihm ihre Entſtehung verdankende Neuner-Verfaſſung nicht in Frage kommt, ein grader, nachdenkender und Zutrauen erweckender Mann zu ſein, der 2te aber das Gegentheil.

Wenn mir Ew. Excellenz ſchließlich verſtatten, die Reſultate meines gehorſamſten Vortrags kurz zuſammenzufaſſen, ſo dürften dieſelben in Folgendem beſtehen:

Von allen Bundestags-Geſandten ſind den diesſeitigen Intereſſen ihrer perſönlichen Anſicht nach nur die Herrn v. Fritſch, v. Scherff und v. Oertzen ergeben; Erſterer folgt dabei zugleich den Inſtructionen der von ihm vertretenen Regirungen.

Für Oeſtreich dagegen ſind perſönlich, ohne daß man von den Regirungen, welche ſie vertreten, ein Gleiches behaupten kann, die Herrn v. Eiſendecher, v. Holzhauſen und v. Dungern in Betreff Braunſchweigs.

Außer dieſen ſchließen ſich Oeſtreich, der Inſtruction ihrer Regirung gemäß, an: Herr v. Noſtitz, Herr v. Reinhardt, v. Münch, v. Trott, der jedoch gemäßigter als ſein College für Heſſen-Darmſtadt auftritt und Herr v. Dungern für Naſſau.

Eine theils unabhängigere, theils vermittelnde Stellung nehmen ein die Herrn v. Schrenk, v. Bothmer, v. Bülow, v. Marſchall und die Vertreter der Freien Städte, doch ſind auch bei der Haltung dieſer öſtreichiſche Influencirungen nicht ſelten bemerkbar.

Frankfurt a./M., den 30. Mai 1853.

v. Bismarck.

68.

Freiherr v. Prokeſch an Bismarck.

Hochwohlgeborner Freiherr,

Gegen meine Erwartung iſt die Sache wegen der 100000 fl.*) noch nicht ins Reine gebracht. Ich zog geſtern noch das Protokoll zurück, ſiſtirte den Druck und ſtrich heute in Gegenwart des Herrn Legations-Rath v. Wentzel den ganzen Paragraph durch**). Er wird mir hierauf eine Anzeige an das Präſidium über die Einzahlung (d. h. über die Ermächtigung zu derſelben) machen***), worin dieſe Summe abermals als Vorſchuß bezeichnet wird. Da ich auf dieſe amtliche Mittheilung die Weiſung an die Kaſſenabtheilung baſiren müßte, ſo könnte dieſe die Summe auch nur als Vorſchuß nehmen, der Rückſtand auf die Umlage von 1851 bliebe daher offen und ſomit müßte ich den § des Protokolls wieder reſtituiren. 1853 3. 6.

Um die Sache auszugleichen, ſchlug ich ihm eine Faſſung der Anzeige vor, worin ſowohl das hemmende Wort „Vorſchuß“ als das vielleicht anſtößige „Rückſtand“ vermieden iſt. Er glaubt aber anfragen zu müſſen. So unlieb mir das Verzögern des Drucks des Protokolls iſt, ſo warte ich doch bis morgen Abends und allenfalls bis Sonntag Mittag, wo dann Nachmittags die Unterſchriften vollends geſammelt werden können und am Montag der ſchon im Zuge befindliche Satz zum Drucke bereit gemacht werden kann.

Ich kann mir nicht denken, daß in der an ſich ſo klaren Sache noch ein Anſtand eintrete.

Der Himmel ſegne Ihre Anweſenheit in Berlin. Ge-

---

*) Für den Ulm-Raſtatter Baufonds.

**) Vgl. die Schreiben Wentzels an Bismarck vom 3., 4. u. 6. Juni, Bismarck-Jahrbuch VI, 49 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1853 3. 6. währen Sie mir Gerechtigkeit für meine unwandelbaren ausgleichenden Bemühungen. Legen Sie mich auch Sr. Majeſtät, Ihrem allergnädigſten Herrn, ganz unterthänigſt zu Füßen.

Hochachtungsvoll

Frankfurt 3. Juni (1853). v. Prokeſch-Oſten.

69.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Rüdersdorff 12 Sptb. 53.

1853 12. 9. Theuerſter Bismark — Es waltet in den Regionen meines Bruders Wilhelm ein Mißverſtändniß, deſſen Löſung zu Allſeitiger Befriedigung nothwendig wird. In Dobberan erhielt ich einen Brief von ihm mit Jammergeſchrey über Manteuffels nun feſtſtehenden Abgang, welchen er (mit Recht) als Calamität bezeichnete. Ich forderte von Wilhelm die Löſung dieſes Räthſels, da ja grade ſeit 3 Wochen Alles beygelegt ſey, meine Persévérance geſiegt habe. Er antwortete mir vor etwa 8 Tagen „er freue ſich — aber es ſey Ihnen beſter Bismark ein Brief aus Puttbus*) zugegangen, welches Inhalt Sie wie ihn ſelbſt zu keinem andern Schluſſe habe bringen können" — Geſtern in Sans-ſouci frug ich ihn nach dem Autor jenes Briefes und — er nannte mir Gerlach (Polte) — heut hab' ich Gerlach conſtituirt. Derſelbe verſichert hoch und theuer Ihnen aus Puttbus nichts**) dergl. geſchr(ieben) zu haben***).

Da haben Sie den Schlamaſſel. Entwirren Sie ihn mir und Wilhelm und — ſo bald als möglich. Vale.

FWR.

---

*) Dreifach unterſtrichen.

**) Zweifach unterſtrichen.

***) Vgl. Gerlachs Brief an Bismarck aus Putbus vom 15. Sept. 1853, Briefwechſel S. 107 f.

70.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

(Bruchſtück.)

... gen des Generals von Gerlach zu berichtigen, und war es mir aus dieſem Grunde ſehr lieb, daß ich am folgenden Tage endlich einen Brief von letzterem erhielt, der auf unverdächtige Weiſe darthat, daß der Schreiber alles anwenden wolle, um Herrn von Manteuffel zum Bleiben zu vermögen, weil er keinen thunlichen Erſatz für denſelben wiſſe. Dieſer Brief konnte etwa den 10. oder 12. Auguſt geſchrieben ſein, da er mit der langſamen Schirrmeiſter-Gelegenheit über Cöln nach Frankfurt gegangen, und mir von dort nach Oſtende nachgeſchickt, am 17. oder 18. an mich gelangte; er enthielt über die Entſcheidung der Hauptfrage nichts Beſtimmtes; überhaupt keine neuen Thatſachen; mein einziger Grund mitzutheilen war daher der, daß ſein Inhalt mir geeignet ſchien, S. K. H. zu überzeugen, daß ... ich erinnere mich des Wortlauts nicht, aber, obſchon ich mich der wörtlichen Faſſung nicht erinnere, ſo weiß ich doch ſoviel, daß von der Hoffnung auf Herrn von Manteuffels Bleiben, von der politiſchen Nothwendigkeit deſſelben, und von Anbahnung eines erneuten Vertrauens des Freiherrn von Manteuffel zum General von Gerlach darin, dem Sinne nach, wenn auch nicht mit dieſen Worten, die Rede geweſen iſt; denn da der Brief neue Thatſachen nicht enthielt, ſo war der einzige Grund der mich veranlaſſen konnte Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen den Inhalt deſſelben, ich weiß nicht mehr ob ganz oder theilweis', mitzutheilen ... *).

1853 ? 9.

*) Vgl. Bismarcks Brief an L. v. Gerlach vom 23. September 1853, Ausg. von H. Kohl, S. 99 ff.

71.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1854 6. 1. habe ich ſchon längſt ſchreiben wollen, ohne jedoch dazu Zeit finden zu können. Auch heute werden nur wenige Zeilen Ihnen die Ueberzeugung gewähren, daß ich Ihrer in alter Freundſchaft gedenke.

„Ex oriente lux“ ſagt Prokeſch; dieß Licht iſt aber vor der Hand ziemlich verſteckt, wenigſtens ſehe ich dort nur Finſterniß und die Möglichkeit, daß ſich von dort ein feuerſpeiender Berg entwickelt. Es ſpielen bei der Sache — und das iſt meine einzige Hoffnung — viele vorgefaßte Meinungen und gegenſeitige Exaltationen mit, welche ſich doch endlich einmal verfliegen müſſen. Ich für meine Perſon bin feſt überzeugt, daß der Kaiſer*) perſönlich nicht den Krieg und keine Eroberung will. Weniger feſt iſt meine früher auch vorhandene Ueberzeugung, daß England nicht den Krieg will. Nach der Affaire von Sinope**) ſcheint es den Engländern damit wirklich Ernſt zu ſein. Im Allgemeinen ziehen ſie aber doch wohl den Frieden vor. Frankreich iſt jetzt merklich kühler als England, Baraguay d'Hilliers***) ſagt ganz laut in Conſtantinopel, daß Frankreich nicht den Beruf habe, die Perſer zu Gunſten der Indiſchen Beſitzungen Englands zu bekriegen, und Drouyn de L'Huys†) nimmt auch in ſeinen Aeußerungen viel mehr einen elegiſchen als einen dithyrambiſchen Ton an. Die miſerabelſte Rolle bei der Sache ſpielt jeden Falls Oeſterreich, welches wie eine Maus in der

*) Von Rußland.

**) Seeſchlacht, 30. Nov. 1853, in welcher der ruſſiſche Admiral Nakhimoff ein türkiſches Geſchwader unter Osman Paſcha ſchlug.

***) Franzöſiſcher General und Botſchafter in Conſtantinopel.

†) Seit 28. Juli 1852 Nachfolger Turgots als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten.

Falle bald zu dieſer bald zu jener Oeffnung herausſieht 1854
und die Naſe überall da zurückzieht, wo man drauffſchlägt. 6. 1.
Graf Buol widerruft heute, was er geſtern geſagt hat. Man kann dem Grafen daraus einen ſo großen Vorwurf nicht machen. Denn abgeſehen davon, daß die Stellung Oeſterreichs mit einer reducirten Armee, zerſtörtem Credit und nicht organiſirten Völkerſchaften als unmittelbar betheiligte Macht in der That eine verzweifelte iſt, ſoll nach ſehr zuverläſſigen Nachrichten, die mir aus Wien zugehen, die Wirthſchaft dort im Central-Punkt eine höchſt traurige ſein. Graf Buol hat weder beim Kaiſer noch bei ſeinen Collegen Geltung, das Militär-Cabinet Sr. Majeſtät pfuſcht ab und zu in die Diplomatie hinein und verſchiebt Alles, überdieß iſt Meyendorff ſo unliebenswürdig und verdrießlich wie möglich. Was Oeſterreich eigentlich will, iſt ſchwer zu ſagen. Vor allen Dingen wohl ſo lange als möglich ſich aus der Sache, die ihm doch wegen der Nachbarſchaft auf die Nägel brennt, herauszuhalten. Man will es mit dem Kaiſer von Rußland nicht verderben, gleichwohl giebt Herr v. Hübner*) in Paris die wunderbarſten Erklärungen ab, ſo daß polizeiliche Nachrichten ſogar verſichern, Oeſterreich habe dort, um den Stoß von ſeinen Italieniſchen Grenzen abzuwenden, Propoſitionen wegen Ueberlaſſung unſerer Rhein Provinz an Frankreich gemacht. Ich glaube dieß zwar nicht, will aber doch den Gedanken an ſolche Abfindung im Hinblick auf frühere Vorgänge des Hauſes Habsburg-Lothringen nicht ganz unmöglich halten.

Wir haben uns bisher ſo ziemlich in unſrer urſprünglichen Stellung maintenirt. Die Miſſion des Grafen Pourtalès nach London hat den Zweck, das Terrain dort beſſer, als es der unpraktiſche Bunſen**) der Preußiſchen Wahrnehmung zu bringen

*) Oeſterreichiſcher Geſandter in Paris.
**) Preußiſcher Geſandter in London.

1854 verſteht, zu erforſchen und vertrauliche Erklärungen zu pro-
6. 1. vociren. Er wird demnächſt zurückkehren. Er hat eine weſentliche Spaltung im Engliſchen Cabinet gefunden, indem Aberdeen *) entſchieden Oeſterreichiſch iſt, während Clarendon **) von dieſem Staat nichts wiſſen will. Graf Pourtalès hat übrigens vorzugsweiſe und mit Energie hervorgehoben, daß, wenn wir neutral bleiben wollen, kein Teufel uns davon abhalten könne.

Sehr wichtig wird es ſein, welchen Eindruck die Nachricht von dem Befehl des Einlaufes ins Schwarze Meer in Petersburg machen wird. Ich möchte nach früheren Nachrichten annehmen, daß darauf mit einer Kriegs Erklärung geantwortet werden würde, bemerke indeß, daß Budbergs Sprache und Rochows Berichte jetzt milder klingen.

Was unſere Häuslichkeit betrifft, ſo haben die Familien Scenen in der Kammer noch nicht begonnen; morgen wird mit der Weſtphäliſchen Gemeinde Ordnung der Anfang gemacht. Am Montag bringe ich den Vertrag mit Oldenburg wegen des Jahdehafens ***) ein. Ich werde ſo wenig große Worte als möglich machen, um nicht Leidenſchaften aufzuregen, doch wird die Sache in England nicht gern geſehen werden.

In den letzten Tagen war Miniſter v. Beuſt, der commis voyageur, hier angeblich, um ſeinem Oncle, dem alten Werther †), Condolenz Viſite zu machen, in Wahrheit, um zu ſpioniren und die Münchener Reiſe zu verdecken. Der König, bei dem Miniſter v. Beuſt ſich ausdrücklich melden ließ, hat ihn zur Tafel gezogen, aber möglichſt ſchlecht behandelt. Mit mir

*) Engliſcher Premierminiſter.

**) Staatsſecretär für die auswärtigen Angelegenheiten.

***) Durch Staatsvertrag vom 20. Juli 1853 brachte Preußen zwei Landſtreifen am Oſt- und Weſtende der engſten Stelle des Jahdebuſens käuflich an ſich zum Zwecke der Anlegung eines Kriegshafens („Wilhelmshaven“).

†) Wilhelm Freiherr v. Werther, Oberſtmarſchall.

wollte er auch Politik ſprechen, ich habe ihn aber von Elb- 1854
ſchifffahrt und Gerichts Verfaſſung unterhalten. Er ſoll ſehr 6. 1.
unzufrieden abgereiſt ſein; das würde ich bedauern, wenn an ihm noch etwas zu verderben wäre.

In meinem eigenen Hauſe geht es mir, Gott ſei Dank, gut, Frau und Kind ſind geſund und ich auch leidlich. Am Nachmittag des 1. Feiertags fuhren wir aufs Land, haben in Falkenhain gewohnt und am 3. Feſttage gejagt. Tags darauf ſind wir hierher zurückgekehrt.

Ich wünſche Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin ſo wie Ihren Kindern viel Glück zum neuen Jahre. Meine Frau grüßt. Schreiben Sie mir bald einmal und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich nicht pünktlich antworte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung und alter Freundſchaft

Ihr

ganz ergebener Diener

Berlin, den 6. Januar 1854. Manteuffel.

72.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Von der am 26ten erfolgten Abreiſe Ew. Hochwohlgeboren 1854
nach Carlsruhe*) habe ich durch den Legations-Rath Wentzel auf 28. 1.

*) Der Erzbiſchof Vicari von Freiburg in Verbindung mit den Biſchöfen von Rottenburg, Limburg, Fulda und Mainz hatte im März 1851 das in den Staaten der oberrheiniſchen Kirchenprovinz (Württemberg, Baden, Heſſen-Kaſſel, Heſſen-Darmſtadt und Naſſau) geltende Recht des Staates circa sacra beſtritten und trotz erheblicher Zugeſtändniſſe im Jahre 1853 erklärt, daß er alle der kirchlichen Ordnung, dem weſtfäliſchen Frieden, der Reichsdeputationsordnung, den Bullen der Päpſte Pius VII. und Pius VIII. widerſtreitenden Geſetze für unverbindlich halte und danach verfahren werde. Bismarck trat entſchieden

1854 28. 1. telegraphiſchem Wege Nachricht erhalten und beeile mich Ihnen noch beſonders meinen Dank für die entgegenkommende Weiſe zu ſagen, mit welcher Ew. Hochwohlgeboren in meine Wünſche und Auffaſſungen eingegangen ſind. Wie auch die Lage der ſpeziell kirchlichen Angelegenheit in Carlsruhe ſein möge in dieſem Augenblick, ſo darf ich mich jedenfalls der Hoffnung hingeben, daß Ew. Hochwohlgeboren Gegenwart auch jetzt ſowohl für dieſen beſondern Fall, als namentlich auch in allgemeineren Beziehungen für das Verhältniß Preußens zu Baden von erſprießlicheren Folgen ſein werde.

Ich habe in meinem letzten Schreiben darauf aufmerkſam gemacht, wie wichtig die Wahl einer feſten und entſchiedenen Perſönlichkeit zu einer vertraulichen Sendung nach Rom ſein würde, wenn die Großherzogliche Regierung, wie ich aus dem Ihnen mitgetheilten Bericht des Kgl. Geſandten in Carlsruhe*) entnehmen mußte, eine ſolche beabſichtigt. Heute kann ich nicht umhin, Ew. Hochwohlgeboren in Betreff einer ſolchen Sendung noch einige Bedenken auszuſprechen, welche ſich mir bei reiflicher Erwägung der jetzigen Sachlage aufdrängen.

Der in jenem Bericht gemeldeten Uebereinkunft, die durch Vermittelung des Biſchofs von Mainz**) zu Stande gekommen ſein ſollte, iſt durch Zeitungs Nachrichten, deren Grund oder Ungrund ich noch nicht beurtheilen kann, widerſprochen worden. Sollten die Verhandlungen wirklich geſcheitert ſein, oder die Regierung wenigſtens durch eine etwaige Uebereinkunft ſich nicht ſo die Hände gebunden haben, daß ſie beſtimmte Verſprechungen über demnächſt mit Rom anzuknüpfende Unter-

für die Pflicht Preußens ein, die badiſche Regierung in ihrem Kampfe gegen hierarchiſche Uebergriffe moraliſch zu unterſtützen; man vgl. die Berichte vom 29. Nov. 1853, Preußen im Bundestage I, No. 214 S. 319 ff., vom 7. u. 25. Januar 1854, ebend. IV, No. 73 S. 160 f., No. 75 S. 166 ff., vom 31. Jan. u. 1. Febr., No. 232—234 S. 350 ff.

*) v. Savigny.

**) Freiherr v. Ketteler.

handlungen gegeben: ſo würde, dünkt mich, ſehr zu erwägen 1854
ſein, ob nicht in dem gegenwärtigen Stadium es beſſer ſei, 28. 1.
eine ſolche Verhandlung mit Rom für jetzt zu verſagen, jedenfalls den erſten Schritt dazu nicht von Seiten der Regierung zu thun. Denn die Sachlage hat ſich m. E. ſeit jenem früheren Zeitpunkt, wo die Großherzogliche Regierung eine Berufung auf Rom dem Erzbiſchof freiſtellte und von der Anknüpfung einer allgemeinen Unterhandlung die Vermeidung eines factiſchen Conflicts hoffen konnte, weſentlich verändert.

Der Päpſtliche Stuhl hat in der Allocution, welche Ew. Hochwohlgeboren bekannt ſein wird, von der Unterdrückung der Kirche und von den gerechtfertigten Forderungen der Biſchöfe in einer Weiſe geſprochen, durch welche er für dieſe letzteren entſchieden Parthei genommen hat.

Es ſcheint mir hiernach wenigſtens ſehr zweifelhaft, ob es noch der Klugheit angemeſſen iſt, ſich in einer Form an den Päpſtlichen Stuhl zu wenden, durch welche ſie nur zu leicht als eine bittende oder ſich entſchuldigende erſcheinen würde. Nach dem Erſcheinen dieſer Allocution würde die Anknüpfung einer Unterhandlung mit Rom kaum einen andern Eindruck als den einer moraliſchen Niederlage hervorbringen können.

Die Badiſche Regierung würde vielmehr jetzt in vollem Rechte ſein zu erklären, daß ſie allerdings die Abſicht gehabt habe, ſich direct nach Rom zu wenden und dort eine Verſtändigung zu verſuchen; daß ſie aber dieſen Gedanken aufgeben müſſe, nachdem Rom ſo entſchieden für den Erzbiſchof Parthei genommen; ſie ſehe ſich daher genöthigt, ſich einfach auf die beſtehenden Verhältniſſe und den geſetzlichen status quo zurückzuziehen.

Wie die Verhältniſſe ſich geſtaltet haben, und nach der — ſoweit ſich hier beurtheilen läßt — nicht mehr zweifelhaften Erfahrung, daß die Beſtrebungen der ultramontanen und hier-

1854 28. 1. archiſchen Parthei im Lande nicht den Anklang gefunden haben, den ſie gehofft, ſcheint mir dieſe ruhig abwartende Stellung die günſtigſte, welche die Badiſche Regierung haben kann. Sie wird ihren Gegnern am beſten dadurch imponiren, daß ſie zeigt, ſie könne es an ſich kommen laſſen; während jede Beeiferung ihrerſeits zur Beilegung des Streits ihr als Schwäche wird gedeutet werden, wodurch ſie den Gegnern einen großen Vortheil in die Hand geben wird. Sie ſollte das feſte Selbſtvertrauen, durch welches allerdings eine ſolche abwartende Stellung allein haltbar wird, um ſo weniger verlieren, als ſie einerſeits eine moraliſch feſte Stellung inne hat, andererſeits der Beſitz der materiellen Macht in den Händen der Regierung immer eine Waffe und ein Vortheil iſt, deren Werth die Gegner wohl zu würdigen verſtehen.

Es wird noch immer in ihren Händen liegen, entweder bei dem alsdann nicht unwahrſcheinlichen Entgegentreten der Gegner einen günſtigen Augenblick zur Unterhandlung zu wählen (wobei ſie immer im Vortheil ſein wird, wenn die Gegner, nicht ſie, die Unterhandlung wünſchen und erbitten) oder ohne weitere Unterhandlung auf dem Wege einer conſequenten und beſonnenen inneren Geſetzgebung die Verhältniſſe zu ordnen und die Grenzen abzuſtecken, welche das Verhältniß des Staats zur Kirche bezeichnen.

Wenn man erwägt, wie wenig nach der prinzipiellen Römiſchen Auffaſſung zu hoffen iſt, auf dem Wege der Unterhandlung von Rom jemals Zugeſtändniſſe in Betreff der jura circa sacra zu erlangen, wie geſchickt aber Rom ſich dem als unabänderlich erkannten feſten Willen in der Praxis anzubequemen weiß, ſo möchte ſich der letztere Weg wohl in vieler Beziehung empfehlen. Es würde dabei allerdings ſehr darauf ankommen, das Weſentliche und das Unweſentliche zu ſondern und bei einer aufrichtigen Liberalität der Kirche gegenüber doch zugleich mit großer Feſtigkeit und Klarheit an dem Bedürfniß

einer ſtarken Kirche feſtzuhalten. Ohne die Preußiſchen Zuſtände als Muſter empfehlen zu wollen, würden wir mit den auf dieſem Boden gewonnenen Erfahrungen der Regierung vielleicht nützlich ſein können und zu jeder Mittheilung bereit ſein. 1854 28. 1.

Die Hauptſache aber für den Augenblick würde ſein, daß die Regierung ſich weder einſchüchtern noch durch ſcheinbare Nachgiebigkeit zu unerfüllbaren Hoffnungen verleiten laſſe und ſich vor Allem nicht durch Eile und Eifer das Terrain verderbe, indem ſie ein Gefühl der Schwäche und ein Bedürfniß der Beilegung zeigte, wozu nach meiner Anſicht kein Grund vorhanden iſt. Die Zeit läuft in dieſem Falle für die Regierung; das hat ſich ſchon jetzt bewährt und dürfte auch für die Zukunft nicht zu bezweifeln ſein.

Ich brauche Ew. Hochwohlgeboren nicht erſt bemerklich zu machen, daß die obige Darlegung nicht unmittelbar für die Großherzogliche Regierung beſtimmt iſt. Wir können nicht die Abſicht haben, derſelben unſeren Rath über das von ihr einzuſchlagende Verfahren aufzudringen. Ich habe vielmehr die vorſtehenden Bemerkungen, wie ſie ſich vom hieſigen Standpunkt aus mir ergeben haben, zunächſt nur Ihnen zur eigenen Erwägung vorlegen wollen und überlaſſe Ihrer Beurtheilung, davon, ſei es durch Vorleſen, ſei es in Ihren Unterhaltungen denjenigen Gebrauch zu machen, den Sie nach der Ihnen nun gewordenen Anſchauung der Verhältniſſe für geeignet erachten. Es iſt mir aber allerdings wünſchenswerth, daß die Großherzogliche Regierung auch dieſe Geſichtspunkte ins Auge faſſe und dieſelben ihrem ganzen Umfange nach einer reiflichen Erwägung unterziehe. Der Ausgang des Conflicts in der Ober-Rheiniſchen Kirchen-Provinz kann von entſcheidenden Folgen für die ganze Stellung, ich will nicht ſagen, der Römiſchen Kirche, ſondern der ultramontanen Parthei in Deutſchland werden, und wenn die Badiſche Regierung ausharrt und abwartet, ſo kann dieſer Conflict

1854 28. 1. der Ausgang und Anknüpfungs-Punkt werden, um eine gemeinſame Baſis für die Stellung der proteſtantiſchen Regierungen in Deutſchland zur katholiſchen Kirche zu gewinnen und auf Grundlage der gemeinſamen Intereſſen einen Zuſammenhang der Regierungen unter ſich zu ſchaffen, welcher allen Betheiligten wiederum eine feſte Stellung ſichern würde.

Berlin 28. Januar 1854.

Manteuffel*).

73.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 1/2. 54.

1854 1. 2. Polde**) und mein Vater***) bitten Dich möglichſt bald hier zu erſcheinen, Du wirſt gewiß einen guten Grund haben oder finden. Es geht hier Alles hölliſch durch einander, und in den nächſten Tagen möchte doch eine Entſcheidung nicht zu vermeiden ſein, wenn Englands und Frankreichs Rückäußerungen vorliegen. Ich behaupte nicht, daß Du hier Annehmlichkeiten entgegengehſt, aber ich glaube, es iſt beinahe ſo nöthig wie 50 vor der Oeſterreichiſchen Geſchichte. Empfiel mich Deiner Frau Gemahlin zu Gnaden.

Dein treu ergebener

E. Stolberg.

---

*) Bismarcks Antwort vom 1. Februar 1854 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 234 S. 358 f.

**) General Leopold v. Gerlach.

***) Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode, Oberſtkämmerer und Miniſter des Kgl. Hauſes.

74.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 5/2. 54.

Lieber Freund

Es ſcheint nicht, daß es in Deiner Abſicht liegt uns hier 1854
zu beſuchen, und doch wird es von verſchiedenen Seiten dringend 5. 2.
gewünſcht, zunächſt von Polden und meinem Vater, dann auch von Budberg und Thun, letzterer macht nebenbei noch die Anforderung, man möge Dich ſobald wie es irgend geht, nach Wien ſenden ꝛc. Daß Albert P(ourtalès) alle orientaliſchen Angelegenheiten bearbeitet, daß er täglich mehr Terrain gewinnt, die öſterreichiſche, engliſche ꝛc. Correſpondenz beſorgt, geht aus dem guten franzöſiſchen Styl hervor, den nachgerade alle Noten und Schriftſtücke, welche aus dem Miniſterium hervorgehen, angenommen haben; daß Albert aber ſeine frühere politiſche Anſchauung beibehalten, daß er unter anderm zu denen gehört, welche ſich eher entſchließen, an die Spitze der Revolution als ihr entgegenzutreten, geht aus den Redensarten hervor, welche Manteuffel ſeit einigen Wochen den ruſſiſchen und öſterreichiſchen Beſtrebungen entgegenſetzt; daß wir demnächſt zwiſchen zwei Stühlen ſitzen werden, möchte man befürchten. Noch einmal ſoll ich Dich Namens der beiden erſtgenannten bitten, auf dem Kampfplatz zu erſcheinen.

Empfiel mich Deiner verehrten Frau Gemahlin zu Gnaden und komme bald, vielleicht könnteſt Du Hans*), der längſt die Abſicht hat, bewegen, zur ſelben Zeit hier zu ſein.

Dein treu ergebener

Eberhard**).

---

*) Kleiſt-Retzow.

**) Bismarcks Antwort am 6. 2. 1854: „nicht ungerufen" (handſchriftlich auf dem Briefe bemerkt); vgl. Bismarcks Brief an L. v. Gerlach vom 8. Februar 1854, Ausg. v. H. Kohl, S. 124 ff.

75.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Berlin 24. Februar 1854. 5 Uhr 50.

1854 24. 2. Oeſterreich will Rußland einen Termin zur Räumung der Donaufürſtenthümer ſetzen, ſonſt den Krieg machen. Man wird von uns die Aufſtellung eines Armee-Corps fordern. Dieſe Nachricht iſt geheim, aber ſicher.

Manteuffel.

76.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphiſche Depeſche.

Frankfurt, 27. Febr. 1854. 2 Uhr.

1854 27. 2. Nach einigen in Carlsruh bei dem Durchlauf geleſenen telegraphiſchen Depeſchen zwiſchen Wien und dem franzöſiſchen Miniſterium iſt am Freitag zwiſchen Oeſtreich und Frankreich ein Vertrag abgeſchloſſen.

Bismarck.

77.

Handſchriftliche Notizen Bismarcks aus dem März 1854*).

1854 ? 3. Wir können Oeſtreich nicht die allgemeine Zuſicherung geben mit ihm zu gehn und auch den Bund dahin diſponiren zu helfen, wenn wir nicht wiſſen, wohin Oeſtreich will.

*) Für die Unterredung mit dem Prinzen von Preußen?

Ein Bündniß zur Defenſive mit gegenſeitiger Garantie der Gränzen ohne weitre Bedingungen war möglich, wenn Oeſtreich neutral bleiben wollte; will es aber Krieg führen, ſo müſſen wir wiſſen, gegen wen, zu welchem Zweck, mit welchen Mitteln, ehe wir von ſeinen Entſchlüſſen die unſrigen abhängig machen können. 1854 ? 3.

Unſre bisherigen Intereſſen ſind defenſive, die Ausdehnung unſrer Defenſive iſt durch unſre Bundespflichten bedingt; deutſche Intereſſen zu vertheidigen, weigern wir uns nicht, können aber bisher nicht beurtheilen, ob das, was Oeſtreich mit den vereinten preußiſch-deutſch-öſtreichiſchen Kräften beginnen will, innerhalb der deutſchen Intereſſen liegt.

Will Oeſtreich erobern, will es die ruſſiſche Armee angreifen? Zu beidem kann es unſre Mitwirkung nicht ohne Weitres verlangen, will es nur Ruhe innerhalb ſeiner jetzigen Gränzen, zu deren Behuf Verſprechungen von Rußland und Erlaubniß, Unruhen auch auf türkiſchem Gebiet innerhalb gewiſſer Demarkationslinien zu unterdrücken, auch Gebiete beſetzt zu halten, ſo helfen wir ihm mit Wort und Feder dazu. Wirklichen militäriſchen Beiſtand kann es nur verlangen, wenn Deutſchland in Kriegsgefahr geräth, ohne daß Oeſtreich ſolche durch muthwillige Aggreſſion provocirt. Darüber hinaus reicht weder unſre Pflicht noch unſer Intereſſe; und ſollen wir weitergehn, ſo muß Oeſtreich uns ein beſtimmtes gemeinſames Ziel nennen und ſein Vorhaben definiren.

Quid et ubi, quibus auxiliis, cur quomodo quando.

Auf der Rückſeite eines Zettels (Einladung zu einer am 14. März 1854, Vorm. 10½ Uhr, in Wilhelmſtr. 76 abzuhaltenden Conferenz).

Die Regirung iſt entſchloſſen, Preußen unter allen Umſtänden die ihm gebührende Mitwirkung zur Erhaltung des Europäiſchen Gleichgewichtes zu wahren, bisher aber müſſen wir uns ſagen, daß Preußen nicht in gleichem Maße wie andre Staaten vermöge ſeiner geographiſchen Lage und ſeiner überſeeiſchen Verbindungen der Beruf obliegt.

78.

Entwurf zu einer Erklärung in der Kammer *).

1854 Die Regirung Sr. Majeſtät des Königs iſt den Ereigniſſen,
f 3. durch welche der Friede im Oſten geſtört und in weiterem Umfange bedroht iſt, mit der ernſteſten Aufmerkſamkeit gefolgt und hat ſich in jedem Augenblick die Pflichten gegenwärtig gehalten, welche ihr einerſeits durch die europäiſche Machtſtellung Preußens, andrerſeits durch die ſpeziellen Verhältniſſe dieſes Landes und durch ſeine Beziehungen zum übrigen Deutſchland auferlegt werden.

In jenen Pflichten lag der Beruf Preußens, ſeine Anſtrengungen der Aufrechterhaltung des europäiſchen Friedens zu widmen und darf ſich die Königliche Regirung dem befriedigenden Bewußtſein hingeben, zur Erreichung dieſes Zweckes keins der ſich darbietenden Mittel unverſucht gelaſſen zu haben. Sie hat in dieſer Richtung nicht nur ihren Einfluß und das Vertrauen, deſſen ſie ſich bei den auswärtigen Mächten erfreut, geltend gemacht, ſondern auch auf den Conferenzen zu Wien ihre eifrigen Bemühungen mit denen von — vereinigt, um den zwiſchen Rußland und der Pforte entſtandnen Streit zu friedlichem Austrag zu bringen. Die Königliche Regirung hat keinen Anſtand genommen, bei dieſer Gelegenheit ihre rechtliche Anſicht von der Sache in den Protokollen niederzulegen und den zur Erhaltung des Friedens gethanen Schritten der Conferenz durch ihre Mitwirkung das volle Gewicht der Gemeinſchaftlichkeit zu geben; ſie hat aber geglaubt, ehe ſie über dieſes Maß hinaus der Freiheit ihrer Entſchließungen entſagte, ehe ſie namentlich Verbindlichkeiten einging, welche unmittelbar oder mittelbar zu einer thätigen Betheiligung an dem ausbrechenden Streite führen konnten, die

*) Eigenhändige Aufzeichnung Bismarcks.

Opfer, welche ſie dadurch dem Lande auferlegen würde, und die ſpeziellen Intereſſen Preußens, welche auf dem Spiele ſtehn, ſorgfältig und gewiſſenhaft gegen einander abwägen zu ſollen. Wir müſſen uns ſagen, daß Preußen vermöge ſeiner geographiſchen und politiſchen Lage nicht in gleichem Maße wie andre Staaten befähigt und berufen iſt, zum Schutze der Integrität des türkiſchen Reiches handelnd in einen Streit einzugreifen, deſſen urſprünglichen Gegenſtand nicht die Intereſſen unſres Vaterlandes, ſondern die Privilegien und der Einfluß bilden, welche andre Mächte in den Ländern der Pforte in Anſpruch nehmen. Wenn wir aus dieſen Umſtänden das Recht ableiten, uns zu thatſächlichem Eingreifen in den Kampf nicht in erſter Linie verpflichtet zu finden, ſo kann es dem landesväterlichen Herzen Sr. Majeſtät des Königs nur wohlthun, für Preußen die Segnungen des Friedens noch länger zu erhalten, als es den unmittelbarer betheiligten Mächten ihrerſeits thunlich erſcheint. In dieſem Sinne iſt S. Majeſtät der König entſchloſſen, dem Preußiſchen Volke die von einem Kriege unzertrennlichen Opfer nur dann anzuſinnen, wenn die wahren und eigenthümlichen Intereſſen des Landes, unter denen die Ehre und die Unabhängigkeit Preußens obenanſtehn, einen ſolchen Entſchluß gebieteriſch fordern. Wir verlaſſen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle und die Stellung, welche wir durch die Erklärungen der Regirung Sr. Majeſtät auf demſelben eingenommen haben; wenn die Herbeiführung und Erhaltung des Friedens der weſentliche Zweck der Wiener Conferenzen war, ſo werden wir mit demſelben nicht in Widerſpruch treten, wenn wir erneuten Anbahnungen friedlicher Beſtrebungen, ſo lange es unſre beſondern Verhältniſſe erlauben, auch dann noch eine Stätte bewahren, wenn andre Staaten durch ihre von der unſrigen verſchiedne Lage ſich veranlaßt ſehn zu den Waffen zu greifen. Wie wir für unſer Verhalten bei gerechter und unbefangner Würdigung der Verhältniſſe auf die Zuſtimmung der auswärtigen Mächte

1854
? 3.

1854 überhaupt rechnen dürfen, ſo ſind es insbeſondre die Rückſichten
? 3. auf unſre deutſchen Bundesgenoſſen (und das Bewußtſein des Einverſtändniſſes mit Oeſtreich?)*), welche einen hervorragenden Antheil an den Entſchließungen der Königlichen Regirung haben. Es liegt den Abſichten Sr. Majeſtät des Königs fern, in einer ſchwankenden und zweifelhaften Neutralität den günſtigen Augenblick abzuwarten, um ſie aufzugeben, ſondern wie Allerhöchſtderſelbe von der Königlichen Pflicht durchdrungen ſind, Preußen und Deutſchland vor den Leiden des Krieges zu bewahren, ſo lange als es beider Würde und Wohlfahrt geſtatten, ebenſo feſt ſind ſie entſchloſſen, jedem Bundesgenoſſen treu zur Seite zu ſtehn, der durch ſeine geographiſche Lage berufen ſein möchte, zur Vertheidigung deutſcher Intereſſen das Schwert zu ziehn.

Die Königliche Regirung darf hoffen, ſich auf dieſem Wege einer ſelbſtändigen und nationalen Politik der vollen Zuſtimmung des Landes und insbeſondre dieſes Hohen Hauſes zu erfreuen; ſie darf ſich aber auch nicht verhehlen, daß eine glückliche Durchführung derſelben nur dann geſichert erſcheint, wenn ſie mit dem feſten, deutlich ausgeſprochnen Entſchluß gepaart iſt, einem jeden Verſuch, von welcher Seite er auch käme, der dahin gerichtet wäre, Preußen aus der in freier Selbſtbeſtimmung gewählten Bahn zu drängen und die Kräfte dieſes Landes andern Intereſſen als den eignen dienſtbar zu machen, mit allen Mitteln entgegenzutreten, welche Gott zur Wahrung deutſcher Unabhängigkeit in die Hände Sr. Majeſtät des Königs (oder des Königs von Preußen) gelegt hat.

Dieſen feſten Entſchluß glaubt S. Majeſtät im jetzigen Augenblick dadurch bethätigen zu ſollen, daß Allerhöchſtdieſelben von den Kammern die Mittel fordern, um die in der gegenwärtigen ernſten Lage der europäiſchen Politik einzunehmende neutrale Stellung mit allem Nachdruck zu wahren und aufrecht

*) Klammern und Fragezeichen ſtammen von Bismarck.

zu erhalten. Der Finanzminiſter wird Ihnen die nähern des- 1854
fallſigen Vorlagen machen. ? 3.

Die Königliche Regirung legt Ihnen, meine Herren, den Weg, den ſie gehn will, offen dar; je unzweideutiger in der Bewilligung der begehrten Mittel die Entſchloſſenheit hervortritt, mit welcher das ganze Land eine freie und feſte Haltung ſeiner Regirung zu ſtützen bereit iſt, um ſo mehr vermindert ſich die Wahrſcheinlichkeit, daß die Regirung Anmuthungen ausgeſetzt ſein wird, welche ſie nöthigen könnten, zur Verwendung der verlangten Mittel zu ſchreiten, und die Regirung rechnet um ſo zuverſichtlicher auf eine rückhaltloſe Unterſtützung ihrer Abſichten von Seiten der Landesvertretung, als ſie Ihnen die Gewißheit geben kann, daß die Allerhöchſten Entſchließungen, welche zur Benutzung des verlangten Credites führen könnten, keiner Rückſichtnahme einen Einfluß geſtatten werden, welche nicht ſtreng innerhalb des Kreiſes der eignen Intereſſen Preußens und ſeiner deutſchen Bundesgenoſſen läge. Noch niemals haben die Regenten Preußens, wenn ſie im Namen der höchſten Güter, im Namen der Ehre und Selbſtändigkeit Preußens, von dem Lande ein Opfer und ein Pfand des Vertrauens gefordert haben, eine andre Antwort von ihrem Volke erhalten als den Ausdruck der freudigen Hingebung mit Gut und Blut, und auch Sie, meine Herren, werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß Ihre Stimme treu die Geſinnung des ganzen Landes wieder giebt, wenn Sie in die Hände Sr. Majeſtät vertrauensvoll die Mittel legen, die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen jeden Verſuch einer Beeinträchtigung zu ſchützen und das Erbe tapfrer Väter auch durch dieſe ſchweren Zeiten ungeſchmälert auf unſre Kinder zu bringen.

79.

Entwurf zu einer Anſprache an die Kammern *).

Meine Herren,

1854 ? 3. Die politiſchen Verhältniſſe in Europa geſtalten ſich mehr und mehr in ſo drohender Weiſe, daß es die ernſte Pflicht der Regierung Sr. Majeſtät iſt, die herannahenden Gefahren feſt ins Auge zu faſſen und die Mittel in Erwägung zu ziehen, welche zur Abwehr derſelben von unſerem Vaterlande anzuwenden ſind.

Der Ruſſiſch-Türkiſche Streit hat von Anfang an die Aufmerkſamkeit des Cabinets ſeiner ganzen Bedeutung nach in Anſpruch genommen. Die Regierung war ſich dabei doppelter Pflichten bewußt, welche einer Seits aus der Stellung unſeres Staates als Europäiſcher Macht, anderer Seits aus den ſpeciellen Verhältniſſen Preußens und Deutſchlands herzuleiten ſind.

In erſterer Beziehung glaubte die Regierung zunächſt die ihr zukommende Stelle dadurch wahren zu müſſen, daß ſie die vollſtändige Freiheit ihrer Entſchließungen und Handlungen ſich vorbehielt, Alles zurückwies, was ſie in dieſer Freiheit hemmen konnte. Als demnächſt in Wien eine Conferenz ſich bildete, welche ſich die Aufgabe ſtellte, jenen unſeligen Streit, den das Ruſſiſche Cabinet als eine nur die Pforte und Rußland betreffende Sache behandelt ſehen wollte, zum Austrag zu bringen, hat Preußen keinen Anſtand genommen, ſich bei dieſen Berathungen zu betheiligen und mit ſeiner rechtlichen Anſicht von der Sache nicht zurückgehalten. Die Regierung iſt ſich der darüber zeugenden (?) Protokolle und der daraus folgenden Conſequenzen vollkommen bewußt.

Dieſelbe hat aber — und hier tritt die zweite Seite der

*) Von Manteuffels Hand.

Sache in Betracht — niemals eine Verpflichtung übernommen, 1854
ſelbſtthätig in dieſen Streit einzugreifen. Wir mußten uns ? 3.
ſagen, daß Preußen und das übrige Deutſchland, um die Integrität der Pforte zu ſchützen, ſich in viel ungünſtigeren und ſchwereren Verhältniſſen befände als alle andern betheiligten Staaten, daß der ganze Streit, welcher um den politiſchen Einfluß in Conſtantinopel entſtanden, Preußiſche und Deutſche Intereſſen nur in ſo entfernter Weiſe berühre, daß eine vorſchnelle Betheiligung an dem Kampfe dem Lande Opfer auferlegen könne, welche mit den möglicher Weiſe zu erzielenden Vortheilen nicht im richtigen Verhältniſſe ſtänden. Deshalb iſt es in dem gegenwärtigen Augenblick der Standpunkt einer völlig freien, nicht einer gebundenen Neutralität, welche bezüglich des thatſächlichen Auftretens die Regierung im wahren Intereſſe des Landes ſich anweiſen zu müſſen für verpflichtet erachtet. Es ſoll das keine ſchwankende und zweifelhafte Neutralität etwa mit dem Hintergedanken ſein, günſtige Umſtände zur Aufgabe derſelben abzuwarten, ſondern eine durch die Intereſſen des Landes gebotene. Wir verlaſſen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle, und wenn deren weſentlicher Zweck von Haus aus darauf gerichtet war, den Frieden herbeizuführen, und wenn andere Staaten ſich zur Erreichung desſelben nach ihrer beſonderen Lage veranlaßt geſehen haben zu den Waffen zu greifen, ſo wird es uns nicht im entgegengeſetzten Sinne ausgelegt werden können, daß wir, ſo lange unſere beſonderen Verhältniſſe es geſtatten, für die Anbahnung des Friedens eine Stätte zu bewahren uns bemühen. Wenn wir dabei auf die Zuſtimmung aller Staaten rechnen zu können glauben, ſo ſind es beſonders die Rückſichten auf Oeſterreich und das übrige Deutſchland, welche uns leiten. Wir ſind immer überzeugt, dabei im Intereſſe beider zu handeln. Was namentlich Oeſterreich, mit dem wir im vollſten Einverſtändniß uns befinden, betrifft, ſo verhehlen wir uns nicht, daß daſſelbe vermöge

1854 ? 3. ſeiner geographiſchen Lage berufen ſein könnte, deutſche Intereſſen wahrzunehmen. Geſchieht dieß, ſo kann es auf uns zählen.

Wir werden uns bemühen, dieſe Politik mit äußerſter Mäßigung und Umſicht zu verfolgen, und wir hoffen, auf dieſe Weiſe noch auf längere Zeit dem Lande die Segnungen des Friedens (zu erhalten)*).

80.

Freiherr v. Roſenberg an Bismarck.

Hochgeehrteſter Herr von Bismarck.

1854 7. 4. Euer Hochwohlgeboren bin ich erſt jetzt im Stande etwas Näheres über den Stand der Verhandlungen mitzutheilen. Auf Antrag Oeſtreichs iſt mit General Heß der Entwurf eines Schutz- und Trutzbündniſſes verabredet worden. Die gegenſeitige Garantie erſtreckt ſich auf die außerdeutſchen Provinzen, jedoch nur für die Dauer des Kriegs und nicht, wie Oeſtreich wollte, für die Ewigkeit. Wenn Oeſtreich vorgeht, ſo kann es auf die Unterſtützung Preußens nur rechnen, ſobald letzteres mit dieſem Vorgehen ſich einverſtanden erklärt hat. Die näheren Verabredungen über den Zeitpunkt, Ort und Umfang der Aufſtellungen ſind vorbehalten. Dagegen ſoll der Deutſche Bund zum Beitritt aufgefordert werden, wobei der Art. 47 der Schlußakte maaßgebend ſein würde. Gleichzeitig ſoll eine Sommation

---

*) Ergänzung des Herausgebers. — Die endgültige Faſſung, in der die Erklärung am 18. März ſowohl in der erſten als in der zweiten Kammer verleſen wurde, ſ. in den Stenograph. Berichten der Preuß. Landtagsverhandlungen 1853/54, I. Kammer S. 451 ff., II. Kammer II, 619 ff., jetzt auch in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 407 ff.

an Rußland Halt zu machen gerichtet werden, der wir uns in milderer Form anſchließen würden. Der König wünſchte eine gleichlautende Vorlage bei der Bundesverſammlung, jedoch will Oeſtreich ſeinen beſonderen Standpunkt mit Rückſicht auf das ihm von Rußland anvertraut geweſene Vermittleramt und die Truppenaufſtellungen in Ungarn darlegen und begehrt deshalb blos, daß Preußen die Oeſtreichiſche Vorlage unterſtütze. Die Oeſtreichiſche Mittheilung für die Bundesverſammlung kennen wir noch nicht. Die näheren militäriſchen Abreden ſollen mit Heß getroffen werden, doch iſt darüber noch nichts feſtgeſtellt. 1854 7. 4.

Sie werden fragen, weshalb wir uns mit Oeſtreich eingelaſſen? Leider war kein anderer Ausweg. Oeſtreich will vorgehen und zwar direkt gegen Rußland, unſere Weigerung hätte es um ſo weniger davon abgehalten, als inzwiſchen die Ruſſen die Donau überſchritten und die neueſte Petersburger Friedensallure doch wohl nicht ehrlich gemeint iſt, vielmehr ſich der Erfolgloſigkeit bewußt iſt. Deſſenohnerachtet bewirbt ſich der König darum, daß die 3 Mächte auf der Rajah-Emancipationsbaſis in Verhandlungen eintreten. Dies ſind die Reſultate des Herzogs Georg*), der übrigens zu dieſem letzten Vermittleramte ſich ſelbſt erboten hat.

Außerdem wird heute in Wien ein Protokoll mit den 3 Mächten gezeichnet, welches lediglich die früheren Protokolle bekräftigen ſoll. So geneigt man an gewiſſer Stelle war, Oeſtreich Zugeſtändniſſe zu machen, ſo ſchreckte man vor Unterzeichnung des Protokolls zurück. Manteuffel hätte alsdann ſeine Entlaſſung genommen, ebenſo wie Heydt**), Bonin und Simons***). Alsdann würde wohl Gröben†) das Miniſter-

*) Von Mecklenburg-Strelitz.
**) Handelsminiſter.
***) Juſtizminiſter.
†) General Graf Karl Joſeph v. der Gröben.

1854 7. 4. Präſidium erhalten haben. Die Miniſterkriſis iſt nicht gehoben, ſondern nur verſchoben, da Manteuffel kein Vertrauen bei der Hofparthei beſitzt. Die morgende Discuſſion in der Kammer dürfte zur Beſeitigung der Erwägungen führen.

Bunſen iſt angewieſen worden Urlaub zu nehmen*). Er kommt wohl nach Berlin.

Ich werde den Miniſter erſuchen, Euer Hochwohlgeboren den Text des Bündnißentwurfs vertraulich mitzutheilen, denn es iſt dadurch allerdings ein feſter Standpunkt gewonnen. Seien Sie froh, den wöchentlichen Kriſen und täglichen Intriguen entrückt zu ſein.

Ihrer werthen Frau Gemahlin, an die ich der Sicherheit wegen die Adreſſe zu richten gewagt habe, bitte ich mich inſtändigſt zu empfehlen, ebenſo Wentzel.

Ganz der Ihrige!

(Berlin) 7. 4. 54. Rg.

81.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

An Se. Majeſtät den König.

1854 25. 4. Bei meinem zweitägigen Aufenthalt in Baden haben S. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen mir die Ehre erzeigt, über die Umſtände Höchſt Seiner Abreiſe von Berlin mit mir zu ſprechen. In Bezug auf die politiſche Auffaſſung traten mir aus den Worten Sr. Königlichen Hoheit ungefähr dieſelben Geſichtspunkte entgegen, die ſich in dem längeren Schreiben Sr. Königlichen Hoheit entwickelt finden, von welchem Eure Majeſtät die Gnade hatten, mir bei meiner Abſchieds-Audienz Einſicht zu

*) Vgl. G. u. E. I, 112.

verſtatten. Der Ausdruck, welchen S. Königliche Hoheit dieſen Anſichten im Geſpräch gab, trug durchgehends das Gepräge der Ergebung in Eurer Majeſtät Willensmeinung, auch bei abweichender perſönlicher Ueberzeugung. In ſo weit das in dem ebenerwähnten Schreiben nicht in demſelben Maße der Fall geweſen, ſo glaubten S. Königliche Hoheit dieſen Mißſtand durch die letzten vor Ihrer Abreiſe an Eure Majeſtät gerichteten Zeilen gehoben zu haben, indem dieſelben eine nachdrückliche Verurtheilung jedes Proteſtes im Namen der Armee und die Erklärung, daß ein ſolcher nicht beabſichtigt geweſen, enthalten hätten. Ich erlaubte mir die unterthänigſte Bemerkung, daß ſomit für dasjenige, was ſomit in das erſte Schreiben über die Abſichten Sr. Königlichen Hoheit hinaus hätte gelegt werden können, Genugthuung gegeben worden ſei; daß indeß der danach ſtehen bleibende Inhalt des Briefes doch von der Natur ſei, um Eure Majeſtät einen weiteren eintretenden Schritt von Seiner Königlichen Hoheit erwarten zu laſſen. Höchſtdieſelben erwiderten mir, daß ein ſolcher Schritt ſchon längſt geſchehn ſei, wenn Sie nicht geglaubt hätten, daß durch den letzten aus Berlin geſchriebenen Brief auch in der Meinung Eurer Majeſtät das Vergangene geſühnt und abgethan ſei; nachdem ein am Tage vorher eingegangner Brief des Grafen v. d. Gröben bereits den Beweis geliefert habe, daß dies nicht der Fall ſei, würden S. Königliche Hoheit ſich beeilen, durch ein im Concept bereits entworfnes Schreiben Eure Majeſtät zu verſichern, wie wenig es in der Abſicht gelegen habe, die Allerhöchſtdenſelben ſchuldigen Rückſichten zu verkennen und wie leid es Sr. Königlichen Hoheit thue, wenn der Inhalt jenes Schreibens zu entgegengeſetzten Eindrücken habe Anlaß geben können. Ein desfallſiges Schreiben des Prinzen wurde noch vorgeſtern abgeſchickt und wird ſich bereits in Eurer Majeſtät Händen befinden. Bei meiner Entlaſſung ſprach mir S. Königliche Hoheit wiederholt die Hoffnung aus, daß dieſer Schritt zu Eurer Majeſtät Aller-

1854
25. 4.

1854 25. 4. höchſter Befriedigung gereichen und daß durch Eurer Majeſtät Gnade alle Hinderniſſe einer ungetrübten Freude des Wiederſehens beſeitigt ſein würden. Eure Majeſtät wollen entnehmen, daß die Bereitwilligkeit zu einleitenden Schritten ſchon vorhanden war, bevor ich Eurer Majeſtät Befehl gemäß Sr. Königlichen Hoheit Rechenſchaft gab von den Eindrücken, die ich bei Eurer Majeſtät empfangen hatte.

Frankfurt 25./4. (1854).

v. Bismarck.

82.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 27. 4. danke ich verbindlichſt für das geehrte Schreiben vom 24ten d. M.*) Hier ſind erhebliche nova nicht vorgekommen; denn dahin rechne ich nicht, daß die Weſtmächte ſowohl durch die Miniſter gegen unſere Geſandten in Paris**) und London***), als auch durch die hieſigen Geſandten†) gegen mich in einer unangenehmen Weiſe drängend und drohend auftreten. Graf Eſterhazy††) ſchlägt hier das Thema an, daß wir Oeſterreich gefliſſentlich zu den Weſtmächten drängten, indem wir ihm unſere Stütze entzögen und nur Schwierigkeiten machten. Nach Mittheilungen aus Wien werden wir dieſen unangenehmen Sterblichen bald wieder von hier los ſein und den Grafen Thun wieder ſehen.

---

*) Nicht veröffentlicht.
**) Graf Maximilian v. Hatzfeldt.
***) Bunſen.
†) Marquis Mouſtier und Lord Bloomfield.
††) Oeſterreichiſcher Geſandter.

Der Prinz von Preußen regte bei einer übrigens nicht sehr zufriedenſtellenden Converſation den Gedanken an, daß Darmſtadt, ſofern es wirklich die Abſicht hege, mit uns auf einen beſſeren Fuß zu kommen, vielleicht aus dem Umſtande, daß der Prinz als Gouverneur für Mainz beſtimmt ſei, Veranlaſſung nehmen könnte, ihm ein dortiges, wie er behauptet, leerſtehendes Regierungs-Gebäude als Wohnung anzubieten. Der Prinz bat mich den Gedanken anregen zu laſſen. Ich bemerkte, und damit war der Prinz ganz einverſtanden — daß ein ſolches Anerbieten, ſofern es nicht mit weiteren Erklärungen verbunden ſei, keinen Falls genügen werde, daß ich aber nicht in Abrede ſtellen wolle, daß daſſelbe einen angemeſſenen Anknüpfungs-Punkt für dortige Erklärungen abgeben könne. Der Prinz ſtellte mir anheim, darüber an Otterſtedt*) zu ſchreiben. Dieß ſchien mir doch nicht recht angemeſſen; ich ziehe es daher vor, Euer Hochwohlgeboren den Gedanken hinzugeben, mit dem Anheimſtellen denſelben in Ihnen geeignet erſcheinender Weiſe — wobei Otterſtedt nicht ausgeſchloſſen ſein dürfte, zu utiliſiren. 1854 27. 4.

Ihren geneigten Aeußerungen, ob Sie etwas und was Sie hierauf gethan haben, darf ich wohl entgegenſehen.

Der Prinz iſt jetzt in Weimar und geht in wenigen Tagen nach Coblenz zurück. Vielleicht fragt er auf der Durchreiſe nach der letzten Sache. Ich bitte dann meines Schreibens Erwähnung zu thun.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/4. 54. Manteuffel.

---

*) Früher preußiſcher Miniſterreſident in Darmſtadt, dann bei der Geſandtſchaft in Liſſabon als Legationsrath thätig, damals in Weimar (?).

83.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1854 80. 4. habe ich für zwei geehrte Schreiben*) zu danken. Vorher waren mir ſchon einige Aeußerungen von Ew. Hochwohlgeboren über die ſchwebenden Tagesfragen, welche in Briefen an General von Gerlach**) niedergelegt waren, zur Kenntniß gekommen.

Vor Allem möchte ich Ew. Hochwohlgeboren bitten, die Sache wie ſie nun einmal iſt und liegt als fait accompli anzunehmen. Ueber vollendete Thatſachen ſich den Kopf zerbrechen, thut einmal nicht gut, nützt wenigſtens nichts. Die Aufgabe iſt, mit dem was man in Händen hat zu wirthſchaften.

Nach meinem Dafürhalten ſind wir unſererſeits nicht eben ſtark obligirt, und wenn man ſagt, daß die Sache doch gewiſſe Haken habe, an denen man uns feſthalten könne, ſo erwiedere ich darauf, daß zum Feſthalten zwei gehören, einer, der da hält und einer, der ſich halten läßt, und ſodann, daß dieſe Haken gegenſeitige ſind; hätten wir den Oeſterreichern dergleichen nicht gegeben, ſo hätten wir auch keine bekommen, und dieß wechſelſeitige Klammerſyſtem iſt es ja eben, was wir wollen. Man muß ſich eben davor hüten, dieſes nun in ſeinem Effect ſo darzuſtellen, als ginge der Zweck dahin, Oeſterreich nur von dem Vorgehen gegen Rußland zurückzuhalten. Hiermit würden zwei Uebelſtände verbunden ſein. Zunächſt verlören wir dadurch jedes Gewicht für das, was wir Rußland ſagen; denn wenn man es nicht ſchon ohnehin wüßte, ſo brauchte man nur

*) Vom 25. April, Preußen im Bundestag IV, No. 82 S. 190 ff., vom 26./27. April, ebd. II, No. 2 u. 3 S. 3 ff.

**) Vgl. Bismarcks Briefe vom 9., 13., 17. und 21. April, Ausg. v. H. Kohl, S. 139 ff.

die Meuſebachiſchen Berichte*) zu leſen, um ſich davon zu über- 1854
zeugen, daß die Ruſſen auf leere Worte gar nichts geben, ſie 30. 4.
ihrer Seits auch in keiner Weiſe halten, vielmehr mit brutalſter Nichtbeachtung aller Verſprechungen und Verträge auf dem Wege der Thatſachen vorgehen und höchſtens achſelzuckend den Mangel der zugeſagten bienveillance mit nécessité de guerre entſchuldigen, welche indeß in dem Abreißen Preußiſcher Cocarden u. ſ. w. doch nicht ohne Schwierigkeit zu erkennen iſt. Mit ſolchen Leuten muß man eventuell doch auch durch Thatſachen zu ſprechen ſich vorbehalten. Der zweite, wichtigere Uebelſtand aber würde der ſein: wir würden dann den ganzen Druck der Weſtmächte allein auf uns laden. Welchen Gebrauch Oeſterreich davon machen könnte, brauche ich nicht darzulegen. Mit etwas lebhafter Phantaſie könnte ſchließlich folgendes Raiſonnement der Weſtmächte als möglich gedacht werden: Preußen erfüllt nicht den ihm obliegenden Beruf, eine Vormauer gegen das Andrängen ſlaviſcher Elemente zu ſein, Preußen iſt daher ein unnützes Glied in der Europäiſchen Staaten Familie, und es iſt beſſer, Oeſterreichs Alleinmacht zu ſtärken; überdieß bietet Preußen vortreffliche Theilungs-Objecte für Oeſterreich, Sachſen, Baiern u. ſ. w. Daß dergleichen Reden ſchon an ſehr beſtimmender Stelle gehalten werden, iſt mir genau bekannt. Daraus folgt noch nicht, daß es damit Ernſt ſei, noch weniger, daß man ohne Weiteres die Sache als abgemacht zu betrachten hätte, vielmehr würde von mehren Seiten bedeutend mitzuſprechen und zu handeln ſein, indeß muß man doch die Augen aufmachen und ſich darüber nicht täuſchen, daß ein ſolcher Sirenen-Geſang nicht überall Wachs in den Ohren finden würde.

Daß Bunſens Entfernung inmittelſt bewirkt iſt, wird Ew. Hochwohlgeboren bekannt ſein. Die Sache hat, wie ich nicht verkenne, im gegenwärtigen Moment ihr Bedenkliches; wie die

*) v. Meuſebach war preußiſcher Conſul in Bukareſt, vgl. Denkwürdigkeiten Leopolds v. Gerlach II, 141.

1854 30. 4. Sachen aber einmal liegen, mußte ein kurzer Entſchluß gefaßt und ausgeführt werden. Dieß iſt, wenn auch nicht ohne Schwierigkeit geſchehen. Der Prinz von Preußen iſt darüber ſehr ungnädig. Das kann ich aber nicht ändern.

Baron von Werther wird wahrſcheinlich nach Petersburg gehen; er iſt heute hier angekommen.

Leben Sie wohl. Meine Frau empfiehlt ſich Ihnen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 30/4. 54. Manteuffel.

84.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1854 5. 5. General v. Gerlach theilt mir ſoeben mit, daß des Königs Majeſtät Ew. Hochwohlgeboren Behufs Beſprechung über die Behandlung des Oeſterreichiſch-Preußiſchen Bündniſſes am Bunde hier anweſend zu ſehen befohlen, und daß der Herr General in dieſem Sinne Ew. Hochwohlgeboren bereits geſchrieben habe*). In Gemäßheit dieſes Allerhöchſten Befehles, von dem mir übrigens vorher nichts bekannt geweſen, darf ich keinen Anſtand nehmen, Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenſt zu veranlaſſen, Sich unverzüglich hierher zu verfügen. Mit Rückſicht auf die beim Bundestage bevorſtehenden Verhandlungen dürfte Ihr Aufenthalt hierſelbſt nicht von langer Dauer ſein können.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 5. Mai 1854. Manteuffel**).

---

*) Briefwechſel S. 166; vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 144 f.

**) Bismarck begab ſich am 6. Mai nach Berlin und blieb dort bis zum 16. Mai.

85.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichſt für das geehrte Schreiben von geſtern*). 1854
Daß die Angelegenheit des Bündniſſes ihren langſamen Weg 27. 5.
geht, dagegen iſt nichts zu ſagen; wir können beim Lapsus temporis wohl nur gewinnen, und ich würde der deutſchen Gründlichkeit und der mittelſtaatlichen Würde ſehr dankbar ſein, wenn es ihnen gelänge, die Schwebe ſo lange zu halten, bis das Eis in der Oſtſee und der Schnee auf dem Balkan ihren Feldzug begönnen. Ich fürchte nur, daß die Ereigniſſe ſich nicht bei dieſen Germanismen aufhalten, ſondern darüber zur Tages-Ordnung übergehen werden.

Aus Wien habe ich übrigens von Graf Alvensleben gute Berichte. Der Kaiſer hat ſich obwohl ſehr bedenklich gegen Rußland, doch mäßig und durchaus nicht weſtmächtlich ausgeſprochen, und auch Graf Buol hat nach Weiſungen des Kaiſers ſein früheres gereiztes Weſen fallen laſſen und mit ſeinem Herrn mehr die Selbſtſtändigkeit des Bündniſſes accentuirt. Auch aus andern Symptomen entnehme ich, daß es keine Redens-Art iſt, wenn Oeſterreich ſagt, es vermeide den Krieg mit Rußland. Ich weiß aus ſicherer Quelle, daß Herr Hübner in Paris mit Veröffentlichung von Documenten droht, welche beweiſen ſollen, daß Oeſterreich längſt losgeſchlagen hätte, wenn Preußen nicht als Hemmſchuh gedient hätte. Welche Documente das ſein ſollen, weiß ich zwar nicht, aber aus der Sache geht hervor, daß Oeſterreich den Druck der Weſtmächte auf uns ableiten will, auch fängt der Nimbus deutſcher Primats-Opferwilligkeit einiger Maaßen an zu verbleichen, und man ſcheint,

*) Preußen im Bundestag II, No. 12 S. 20 f.

1854 27. 5. nach einem andern Schiboleth zu ſuchen. Allerdings iſt die Aushebung der 95000 Mann*) ein bedenkliches Symptom, indeß der Boden, auf dem ſie gewachſen, ſcheint mir der finanziellen Leichtſinns zu ſein. In Rußland ſcheint man die Oeſterreichiſchen Maaßnamen als ſehr bedenklich zu betrachten. Die Zeitungs Nachrichten von dem Zurückgehen der Ruſſen und ihrer Aufſtellung am Sereth, ſowie von dem Rücktransport ihres Kriegs-Materials über den Pruth werden durch Conſular-Bericht beſtätigt. Dagegen werden immer mehr Truppen im ſüdlichen Polen an der Galiziſchen und Siebenbürgiſchen Grenze concentrirt. Ich halte es gar nicht für unmöglich und finde in dem bisherigen Verlauf dieſer unglücklichen Angelegenheit ähnliche Vorgänge, daß Rußland und Oeſterreich bloß aus gegenſeitigem Mißtrauen und Mißverſtändniß handgemein werden. Wenn dann noch wir am Rhein engagirt werden ſollten, ſo würde das: Prügelſt du meinen Juden u. ſ. w. in ſehr unangenehmer Weiſe aufgeführt und den Franzoſen ein weniger ſchwieriges Kriegstheater ſowie eine gute Gelegenheit zur Umgeſtaltung der Land-Carte von Europa geboten. Ohne uns Oeſterreich in die Arme zu werfen, müſſen wir uns doch hüten, ihm das Gefühl der Iſolirung zu geben; nur wenn wir dieß vermeiden, können wir auf ſeine Action einwirken. In Oeſterreich iſt man auf die Darmſtädter Conferenz**) ſehr aufgebracht; dieß ſchadet nichts, aber man darf ſich nicht dazu drängen einen Theil des odii auf ſich zu nehmen. Kaltes Blut und nicht zu viel Handlung! ſcheint mir jetzt unſer Programm ſein zu müſſen. Glaubt man uns in Wien mit der Darmſtädter Conferenz identificirt, ſo verlieren wir unſern Einfluß, der ſchon im Entſtehen ein heilſamer geweſen. Ueberhaupt begreife ich die Kurzſichtigkeit Vieler nicht, welche ewig auf Entſchiedenheit hin-

*) Vgl. Handſchreiben des Kaiſers von Oeſterreich an Miniſter v. Bach vom 15. Mai 1854, Jasmund, Aktenſtücke I, No. CCXXV S. 305 f.

**) Der Mittelſtaaten.

drängen. Dieſe Entſchiedenheit wäre nichts Andres als das Aufgeben des Preußiſchen Standpunktes und Aufopferung für eine der beiden Parteien. Warte man doch ruhig ab: le jour viendra. 1854 27. 5.

Mit dem letzten in Wien abgefaßten Conferenz-Protokoll hat ſich Herr v. Meyendorff ganz einverſtanden erklärt; und ich finde auch, daß die Anerkennung des relativen Standpunkts im Eingange mit der Schluß-Phraſe nicht zu theuer bezahlt iſt.

Privat-Correſpondenzen ſagen freilich, daß Meyendorff durch Brunnow erſetzt werden ſolle. Dieſer iſt aber auch ein Mann der Protokolle, nicht des Kriegs.

Einiges Befremden erregt das verlängerte Verweilen der franzöſiſchen Flotte bei Kiel; man behauptet, man wolle uns damit drohen. Mouſtier ſpricht in neuerer Zeit freilich mit einem Anflug von Schwermuth, doch leidlich freundlich.

In der Anlage überſende ich einen Brief von Noſtitz über Hannoverſche Verhältniſſe zur gefälligen Kenntnißnahme.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/5. 54. Manteuffel.

Anlage.

Graf Noſtitz an Otto v. Manteuffel.

Ew. Excellenz ſage ich den verbindlichſten Dank für die ſo überaus freundliche und genügende Art, womit Sie die in meinem letzten Schreiben ausgeſprochene Bitte zu erfüllen die Güte gehabt. Ich hänge mit Leib und Seele an der Wohlfahrt und der Ehre Preußens und habe für deren Erhaltung freudig und oft mein Leben gewagt; Ew. Excellenz können daher denken, welches große Intereſſe ich in der jetzigen großen Criſis an allen Verhandlungen unſeres Kabinets nehme. — Aus 1854 26. 5.

1854 26. 5. dieſem Geſichtspunkte betrachtet wird das Nachſtehende eine freundliche Aufnahme finden.

Die von Preußen zu befolgende Politik kann jetzt nur darin beſtehen, allen Einfluß anzuwenden, um bis zum Spätherbſt, wo ſowohl zu Lande wie zur See die Kriegsoperationen aufhören müſſen, Oeſterreich von jedem Schritt abzuhalten, welcher ein thätiges Einſchreiten auf einem oder dem andern Kriegstheater zur Folge haben könnte, zugleich müſſen wir in Colliſions-Fällen den ſteten Vermittler zwiſchen Oeſterreich und Rußland machen.

Geſchieht dies in rechter Weiſe, ſo können wir die Hoffnung hegen, daß im Lauf des Winters eine friedliche Löſung der Europäiſchen Criſis erzielt werden kann.

Das zwiſchen Oeſterreich und Preußen abgeſchloſſene Bündniß iſt eine richtige Baſis für eine ſolche Friedens-Politik.

Hat Preußen, wie wir zu hoffen berechtigt ſind, durch dieſes Bündniß wirklichen Einfluß auf die Beſchlüſſe des Wiener Cabinets und dadurch zugleich eine wohlthätige Einwirkung auf die Beſchränkung des ausgebrochenen Krieges, innerhalb ſeiner bisherigen Grenzen erhalten, ſo muß ſorgfältig alles directe und indirecte Rütteln an dieſem Vertrage vermieden werden, man muß ſich ohne in eine nähere Beleuchtung oder Prüfung deſſelben einzugehen, feſt daran halten, und ſo lange beruhigen, bis die in § 2 des Vertrags bezeichneten Fälle eintreten. Ein jetziges ſpecielles Eingehn auf die den Worten des Vertrages zu gebende Deutung würde ganz neue Verhandlungen hervorrufen, das gegenſeitige Vertrauen und die gehabte Wirkung nach Außen ſchwächen, vielleicht den ganzen Vertrag in Frage ſtellen; wir müſſen nicht durch das Auflockern des mit Oeſterreich geſchloſſenen Bündniſſes, ſondern durch die moraliſche und phyſiſche Kraft, welche uns daſſelbe gewährt, auf die Haltung Oeſterreichs und die Beſchlüſſe der kriegführenden Mächte

wirken; — das iſt meine Anſicht, und in dieſer Richtung habe 1854
ich auch auf das hieſige Kabinet zu wirken geſucht. 26. 5.

Herr von Lütcken*) hat mich heut auf das beſtimmteſte verſichert, daß er nur in dem innigen Einverſtändniß der beiden Großmächte ein Heil für die übrigen Staaten des Bundes erblicke und keine Maasregel genehmigen werde, welche das Bündniß zwiſchen Oeſterreich und Preußen erſchüttern könne; in dieſer Art iſt auch Herr von Lenthe**) für Bamberg***) inſtruirt worden.

Ew. Excellenz bitte ich dies Schreiben als ein bloß vertrauliches zu betrachten.

Hannover, den 26ten May 1854.

Graf v. Noſtitz.

86.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Tetſchen, d. 9. Juni 1854.

Ew. Hochwohlgeboren

ſage ich für das geehrte Schreiben vom 6. d. M.†), welches mir 1854
hierher nachgeſandt worden, meinen verbindlichen Dank und 9. 6.
benutze einige freie Augenblicke, welche mir vor dem Vortrage bei des Königs Majeſtät bleiben, um darauf zu erwiedern. Der Gegenſtand Ew. Hochwohlgeboren Schreibens, die Bamberger Beſchlüſſe und die darauf zu ertheilende Antwort, ſind hier vielfach Gegenſtand der Beſprechung zwiſchen Graf Buol und mir geweſen. Es verhandelt ſich mit ihm nicht angenehm;

---

*) Hannoverſcher Miniſterpräſident.

**) Hannoverſcher Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Zur Conferenz der Mittelſtaaten, die am 25. Mai zuſammentrat; vgl. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXVIII u. CCXXVIII a.

†) Nicht veröffentlicht.

1854 9. 6. er bringt ſeine auch in den Détails ziemlich feſtgeſtellte Anſicht mit, und iſt ſchwer davon abzubringen, indem er Weſentliches von Unweſentlichem nicht immer ſcharf trennt. Er legt großen Werth darauf, daß die Antwort-Note gleichlautend ſei und hier feſtgeſtellt werde. Ich hatte daher die günſtigere Poſition, ihm mit der Negative entgegentreten zu können, und ſo wird hoffentlich das Elaborat, mit deſſen Abfaſſung jetzt noch die Federn der Geheimen Räthe beſchäftigt ſind, Ihren Wünſchen entſprechen, wenigſtens werde ich mit Nachdruck darauf halten, daß alles Scharfe und Spitze herausbleibe und auch präjudicirliche Theorien fern gehalten werden*). An ſich betrachte ich den Vorgang nicht gleichgültig, wiewohl ich vermieden habe, hier meine Auffaſſung hervortreten zu laſſen, da ich namentlich den Kaiſer darüber ſehr gereizt fand und mir es gut ſchien, dieſe Rolle nicht zu theilen. Unter andern Verhältniſſen könnte der Vorgang zu einer ſehr wirkſamen Waffe oder Löffel gegen die Bamberger Herren benutzt werden, indeß darauf muß man einmal verzichten, und dann bleibt immer die Sonderſtellung eine recht bedenkliche.

Die Frage wegen Auslegung des Zuſatz-Artikels**), ob nämlich die Ruſſiſche Antwort, um genügend befunden zu werden, von beiden Seiten als ſolche anerkannt werden müſſe, oder ob die Anſicht einer Macht ſchon entſcheidend ſei, iſt von Graf Buol gegen Alvenslebens Vorausſicht auch ventilirt worden. Er ging dabei ſo weit zu ſagen, daß wenn wir die letzte Alternative nicht anerkennen wollten, dem Kaiſer weiter nichts übrig bleiben würde, als ſich in vertragsmäßige Verbindungen mit den Seemächten einzulaſſen, wozu er bisher noch nicht geſchritten ſei. Ich zog mich, ohne meine Poſition aufzugeben,

*) Vgl. die gleichlautende Note beider Regierungen vom 16. Juni 1854, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXIX.

**) Zum Bündniß vom 20. April 1854; ſ. dieſes, ſammt Zuſatzartikel, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXII S. 302 ff.

darauf zurück, daß wir uns über eine Actio nondum nata nicht streiten und zunächst die Petersburger Antwort abwarten wollten. Graf Buol blieb aber dabei, daß er hierüber Beruhigung haben müsse und solche auch vom Kaiser begehrt werden würde. Ich versicherte, daß wir auch ohne contractliches Engagement doch bessere und treuere Bundesgenossen sein würden, als Frankreich und England trotz allen Verträgen; dabei ist es aber geblieben, ohne daß eine wechselseitige Befriedigung oder Verständigung eingetreten wäre. Ob die Allerhöchsten Herrschaften sich noch von der Sache orientiren werden, weiß ich nicht, wünsche es aber nicht. 1854 9. 6.

Der Kaiser klagt besonders darüber, daß wir noch kein militärisches Lebens-Zeichen von uns gegeben, worauf ich ihn mit Darstellung der Landwehr-Einrichtung, Inaussichtstellung von Pferde-Ankäufen u. s. w. zu beschwichtigen gesucht habe.

Im Allgemeinen geht Buol etwa von folgender Auffassung aus: Als im J. 1828/29 die Russischen Uebergriffe gegen die Pforte Statt fanden und Fürst Metternich sich zu schwach fühlte, denselben entgegenzutreten, da gab er sich alle Mühe, Frankreich und England dagegen anzuregen, aber vergeblich, deshalb das für die Türkei und den Oesterreichischen Einfluß und deutschen Handel schmähliche Ende. Jetzt ist man glücklicher; die Westmächte sind ins Geschäft gegangen, sie überzeugen sich aber mehr und mehr, daß sie ohne Oesterreichs und Deutschlands Hülfe nichts Wesentliches effectuiren können. Läßt man sie nun ganz im Stiche, so riskirt man, daß sie der Sache überdrüssig dieselbe aufgeben und dann Oesterreich nicht nur die Nachtheile in der orientalischen Frage, sondern auch die Rache Rußlands zu tragen hat, der Friede wird also auf Kosten Oesterreichs und Deutschlands geschlossen. Rußland will wirklich keine Territorial-Vergrößerung, es weiß, daß es schon zu groß ist, aber es will ohne die Mühe des Gouvernirens dennoch Herrschen durch Suprematie und Protectorat; dieses will

1854 9. 6. es zunächſt über die Europäiſche Türkei und nachmals auch über Deutſchland ausdehnen. Den Anfang dazu hat es auch hier ſchon mit Erfolg gemacht, denn die Bamberger geriren ſich als Hospodare unter Ruſſiſchem Schutze. Es iſt hohe Zeit, einem ſolchen Beſtreben entgegenzutreten, womit indeß nicht geſagt ſein ſoll, daß Rußland verkleinert werden müſſe; im Gegentheil ſoll das vermieden werden, und dieß iſt ein Grund, weßhalb man ſich bemühen muß, die Sache bald zur Erledigung zu bringen; denn ein Friede, der in dieſem Jahre zu Stande kommt, kann noch ohne Territorial-Abtretung Seitens Rußlands zu Stande kommen, ſpäter wird das unmöglich ſein, da dann die Weſtmächte gegen andere Staaten z. B. Schweden Verbindlichkeiten eingegangen haben werden. Ueberdieß muß Oeſterreich aus finanziellen Gründen baldigſt Beendigung wünſchen. Das ungefähr Buols Raiſonnement. Ich gebe es, ohne meine Gegenbemerkungen zu erwähnen, weil letztere für Sie kein Intereſſe haben werden und im erſteren mehres Richtige ſich findet.

Soeben geht mir ein Bericht von Bockelberg*) zu, wonach Herr v. der Pfordten über ſeine Bamberger Erfolge ganz den Kopf verloren haben ſoll. In Hannover und Caſſel iſt man kleinlaut. Ich ſoll heute Mittag mit Beuſt in Pillnitz eſſen und bin begierig, wie er ſich geriren wird.

Leben Sie wohl und ſchreiben Sie mir bald wieder.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel**).

---

*) Preußiſcher Geſandter in München.

**) Die Antwort Bismarcks vom 16./17. Juni 1854 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 83 S. 192 ff.

87.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich ergebenſt für das geehrte Schreiben vom 17. d. M. 1854
Es thut mir leid, daß meine Zeit mir nicht erlaubt, auf Ihre 22. 6.
politiſchen Raiſonnements erſchöpfend einzugehen. Ich finde darin Vieles richtig und Alles intereſſant; in manchen Punkten aber differire ich. Mir ſcheint es, daß man ſich, um eine rechte und allein Preußiſche Politik zu machen, vor allen Dingen aller tendenziöſen Auffaſſungen und Beſtrebungen enthalten und den Ereigniſſen recht unbefangen gegenübertreten muß, und dieß um ſo mehr, je weniger bei uns die Elemente einer auf Erweiterung gerichteten Politik vorhanden ſind und es ſonach mehr darauf ankommt, glücklich und ehrenvoll durchzukommen als Erwerbungen zu machen. Daß zu letzteren eine außerordentlich günſtige Gelegenheit vorhanden wäre, wenn man, mit Entſchiedenheit auf die eine oder die andere Seite tretend, in den Kampf ſich einmiſchte, iſt mir ſehr klar, und ich kann wohl ſagen, daß ich nicht ohne Schmerz und Widerſtreben dieſe Trauben für ſaure erkläre. Vergegenwärtigt man ſich nun bloß die Thatſachen der nächſten Vergangenheit, ganz abgeſehen von dem weiter zurückliegenden aber doch unläugbaren Umſtande, daß der Kaiſer Nicolas dieſe höchſt traurige Geſchichte allen Warnungen (auch den meinigen, ſchriftlichen wie mündlichen) ungeachtet heraufbeſchworen hat, ſo darf man nicht vergeſſen, daß Se. Majeſtät aus eigener Bewegung Oeſterreich ein Schutz- und Trutzbündniß angetragen und ſehr erfreut geweſen iſt, daſſelbe dort angenommen zu ſehen. Daß bei den dießfälligen Verhandlungen Oeſterreich den Schutz und Trutz ſich zu ſtipuliren trachtet und zur Bedingung des Abſchluſſes macht, wo es dieſes Schutzes und dieſes Trutzes bedarf, kann

1854 22. 6. man ihm nicht verdenken, und ohne ein Eingehen auf dieſes Verlangen wäre das Bündniß überhaupt nicht zu machen geweſen. Hat man es aber gemacht, ſo mag man es immerhin eine verlorene Schlacht nennen — die Anſichten darüber können getheilt ſein (ich wenigſtens betrachte es nicht ſo) — (ſo) folgt daraus, daß man es halten und auch ſich nutzbar machen muß; dieß kann man aber nur, indem man mit Conſequenz den eingeſchlagenen Weg geht, ſich ſeinerſeits nicht ziehen und zerren läßt, vielmehr ſich bemüht, zu ſich zu ziehen. Ich meinestheils bin überzeugt, daß wir durch dies Bündniß Rußland einen größern Dienſt erzeigt haben, als wenn wir offen für daſſelbe Partei genommen hätten, und bin anderer Seits überzeugt, daß ohne dieſes Bündniß wir heute entweder mit der ganzen Welt im Kriege wären, ohne daß Rußland uns einen Mann zu Hülfe ſenden könnte, oder mit den Weſtmächten in einem viel näheren und engeren Bunde ſtänden, als es jetzt der Fall iſt. Ich kann mich in dieſer Anſicht irren, aber ich glaube einiger Maaßen die beſtimmenden Verhältniſſe und Perſonen zu kennen, und nicht ſelten ſind meine Vorausſagungen eingetroffen. Wenn man die Verhandlungen unbefangen durchgeht, ſo kann man nicht anders als einräumen, daß Oeſterreich bisher correct verfahren iſt. Die einzige Incorrectheit, die man ihm vorwerfen kann, iſt die voreilige Abſendung der Depeſche nach Petersburg*), aber dieſe Maaßregel findet ihre eigene Beſtrafung darin, daß wir nun an eine Antwort, die auf eine nicht erwiederte Invitation und vielleicht vor Eingang unſerer Depeſche ergeht, im Sinne des Bündniſſes nicht oder wenigſtens nicht ſtrict gebunden ſind. Das ſind die Dinge, die man ſich offen halten muß, ohne voreilig alle Punkte auf die I zu ſetzen. Was die Bamberger betrifft, ſo verdanken ſie meinen Bemühungen die höfliche und eingehende Antwort, welche

*) vom 3. Juni, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXI S. 317 f.

ſie erhalten haben. Aber Verlaß iſt auf dieſe Herren alle- 1854
ſammt nicht, was ſchon daraus hervorgeht, daß ſie fortwährend 22. 6.
auf die Bundes-Verfaſſung, alſo auf die Zwangsjacke provo-
ciren, die man uns anlegen wollte, die wir aber leiſe abzuſtreifen
alle Veranlaſſung haben. Will Oeſterreich uns dabei helfen,
ſo wollen wir das dankbar acceptiren. Die Bamberger Herren
haben, wie mir ſcheint, nicht klug operirt. In vielen Punkten
bin ich der Sache nach mit ihnen einverſtanden, aber ſie mußten
erſt accediren und dann ihre Anſichten — am beſten durch
Preußen geltend machen. Dadurch, daß ſie erſt auf die*)
Bundes-Verfaſſung pochen und dann darin eine Trias bilden
und große Politik auf eigne Hand machen wollen, haben ſie
ihr Spiel nicht nur vor der Zeit aufgedeckt, ſondern demſelben
auch von Hauſe aus eine verkehrte Richtung gegeben. Ob
die Preſſe das ſo wie anderes hätte ſagen oder verſchweigen
ſollen, laſſe ich dahin geſtellt, ich habe mich darum wenig be-
kümmert, aber etwas Discreditirung dieſer Herren kann immer
nicht ſchaden.

Doch genug von dieſem Thema, welches ich doch hier nicht
erſchöpfen kann.

Die Nachrichten vom Kriegs-Schauplatze ſind fortwährend
für die Ruſſiſchen Waffen ſehr ungünſtig. Die Ruſſen haben
Turnu, Mugurelli und Semnitza geräumt und ſind aus Turtukai
geworfen. Die Entſatztruppen rücken mehr und mehr an
Siliſtria heran. Die verwundeten Generale Gortſchakoff und
Lüders ſollen ſich leidlich befinden, aber Schilder in Lebens-
Gefahr ſein.

Se. Majeſtät haben auf der Preußiſchen Reiſe durch
Graf Münſter**) vom Kaiſer einen höchſt erzürnten Brief,
der namentlich gegen Oeſterreich von Vorwürfen überſtrömt,
erhalten.

---

*) Orig.: der.

**) Preußiſcher Militärbevollmächtigter am ruſſiſchen Hofe.

1854 22. 6. Die Prinzeß von Preußen ſoll zur ſilbernen Hochzeit vom Kaiſer ein ſo werthvolles Armband erhalten haben, daß dem Glanze der Brillanten ſelbſt die politiſche Leidenſchaft hat weichen müſſen.

Ich gehe noch heute Abend dem König bis Bromberg entgegen und kehre morgen mit ihm nach Berlin zurück.

Leben Sie recht wohl. Verzeihen Sie mein Geſchmiere.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin d. 22ten Juni 1854. Manteuffel.

88.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

1854 27. 6. Soviel ich mir nach gelegentlichen Unterredungen mit meinen Collegen von den Bamberger Staaten bisher ein Urtheil habe bilden können, iſt die große Mehrheit der Regirungen letzterer durchaus geneigt, Anknüpfungspunkte zum Einlenken zu ſuchen und zu benutzen; nur die Geſandten von Baiern und Sachſen haben in der Art eine Zurückhaltung gegen mich beobachtet, daß ſie über die Intentionen ihrer Regirungen noch gänzlich im Unklaren zu ſein erklärten. Ich habe es mir angelegen ſein laſſen, in Ausführung des Erlaſſes vom 16 Juni cr. die Ueberzeugung zu verbreiten, daß ein irgend wie bedingter Beitritt auf ein Entgegenkommen von unſrer Seite auf keine Weiſe zu rechnen habe, und es ſcheint mir, als ob die Betheiligten, mit Ausnahme der beiden genannten Regirungen, mehr bemüht ſind, einen ſchicklichen Weg zum Einlenken, als

*) Gedruckt in Preußen im Bundestage IV, No. 84 S. 197, aber mit Fehlern, deshalb hier nach dem Concept berichtigt.

die Mittel zum ferneren Widerſtand zu finden. Ich darf 1854
vorausſetzen, daß Eurer Excellenz Erklärungen, welche meine 27. 6.
Annahme beſtätigen, bereits vorliegen, und daß die große Mehrzahl der Bundesſtaaten ihre Bereitwilligkeit, im Schoße der Verſammlung dem Bündniß beizutreten, in kurzem ausſprechen werden; wenn dieſe Erklärungen zum Theil in allgemeinen und nicht durchaus präciſen Ausdrücken gefaßt ſein ſollten, ſo würde doch meines Erachtens aus dieſem Umſtande für die beiden Großmächte kein Grund erwachſen, die Anbringung der Sache am Bunde aufzuhalten, indem ich nicht zweifle, daß die Schwerkraft der Ereigniſſe und der dieſſeitigen Machtverhältniſſe in dem jetzigen Stadium die Entſchließungen der Bundesverſammlung in das von den beiden Großmächten vorgezeichnete Geleiſe drängen wird. Ganz unumwundne Erklärungen der Bereitwilligkeit am Bunde, dem Vertrage beizutreten, erwarte ich allerdings nicht von allen Seiten, theils wegen der Schwierigkeit, aus der in Bamberg eingenommenen Stellung mit Anſtand einzulenken, theils auch wegen der Zweifel, die darüber obwalten, ob eine einfache Beitritts-Erklärung von Seiten der Bundesverſammlung dieſer letzteren als dem dritten Contrahenten im Vertrage ganz dieſelben Rechte ſichern würde, wie den beiden urſprünglichen Paciscenten, d. h. ob das Einverſtändniß der Bundesverſammlung ebenſo gut wie das von Preußen oder Oeſtreich für gewiſſe Fälle vorbehalten bleibt, oder ob der Conſens der beiden Großmächte unter allen Umſtänden ausreichend iſt, um ohne weitre Befragung der Bundesverſammlung den casus foederis feſtzuſtellen. Meines geh. Dafürhaltens dürfte es nicht einmal in unſrem Intereſſe liegen, dieſe Frage ſchon jetzt zum Nachtheil der Bundesverſammlung zu entſcheiden, und uns dadurch eines Mittels der Hemmung und des Widerſtandes gegenüber von Oeſtreich zu begeben, von dem ſich noch nicht voraus ſehen läßt, ob und inwieweit wir eines ſolchen bedürfen werden.

1854 27. 6. Ich habe ſchon vor einigen Tagen durch den Regirungs-Rath Q. eine Anfrage an die Central-Preßſtelle richten laſſen, ob dort von einem durch die in Bamberg vertretnen Juriſten verabredeten Congreß Etwas bekannt ſei; ich habe nunmehr mit Sicherheit darüber Folgendes erfahren, was Ew. Excellenz vielleicht ſchon durch anderweite Mittheilungen beſtätigt finden. Die in Bamberg verſammelten Miniſter haben vor dem Auseinandergehn die Verabredung getroffen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oeſtreich und im Falle dieſe ſich nicht durch ein einfaches Ja oder Nein auf telegraphiſchem Wege beantworten ließe, ſich von Neuem zu verſammeln und zwar hier in Frankfurt. Dieſer Zeitpunkt wäre nun jetzt allerdings eingetreten, indeß hat man auf die Ausführung des Planes verzichtet, weil man nachgerade die Ueberzeugung gewonnen hat, in Bamberg ſein Ziel überſchoſſen zu haben. Man iſt dort augenſcheinlich nicht darauf gefaßt geweſen, in Berlin ſowenig Anklang zu finden und von Wien ſo entſchieden zurückgewieſen zu werden. Sowohl hierdurch, als durch die laute Manifeſtation der öffentlichen Meinung iſt man von dem durch die lange Friedenszeit geförderten Souverainetätsſchwindel zu größerer Nüchternheit gelangt; mehre der betheiligten Staaten, insbeſondre Baden und Naſſau und — wie ich annehmen darf — auch Hanover und Kurheſſen, haben unaufgefordert erklärt, ſich an der verabredeten Frankfurter Conferenz nicht betheiligen zu wollen. Ueberhaupt ſcheint entſchiedne Uneinigkeit im Lager der Mittelſtaaten zu herrſchen, und von Seiten aller Uebrigen hört man Vorwürfe gegen die Leidenſchaftlichkeit und Selbſtüberſchätzung der Herrn von Beuſt und von der Pfordten, durch welche man ſich in Bamberg habe verleiten laſſen, in die Materie der Europäiſchen Politik ſelbſt einzugehn, anſtatt die Entſcheidung über die Anſchlußfrage lediglich der Bundesverſammlung zuzuſchieben.

Aus guter Quelle höre ich außerdem, daß man in Bam-

berg allerdings auch von einem Fürſtencongreß geſprochen hat, welcher zur Schlichtung der ganzen orientaliſchen Frage in Brüſſel im Monat Auguſt zuſammenkommen ſolle, zu welchem die Anregung von dem König Leopold ausgegangen ſei und ſich einer lebhaften Sympathie von Seiten der Königin Victoria erfreuen ſollte. Als meine Quelle für letztre Nachricht kann ich im Vertrauen meinen hanöverſchen Collegen*) bezeichnen. 1854 27. 6.

Den öffentlichen Blättern nach ſollte der einige Tage hier anweſende Oberſt Kowalewsky den Auftrag gehabt haben, auf die Regirungen der Mittelſtaaten im ruſſiſchen Sinne einzuwirken; ich habe angewandter Bemühungen ungeachtet nicht erfahren können, daß er in dieſer Richtung irgend welche Beziehungen gepflogen hätte. Außer einigen Excurſionen nach Wiesbaden und Baden-Baden iſt in Betreff ſeines hieſigen Verhaltens Nichts zu beobachten geweſen, und hat er ſeine weitre Reiſe oder Rückreiſe jedenfalls nicht von hier aus angetreten.

Der Wirkliche Geheime Rath Bunſen befindet ſich augenblicklich in Heidelberg; ebendaſelbſt hält ſich Heinrich von Gagern auf, der dort ſeine Kinder in der katholiſchen Confeſſion erziehen läßt; ſeine Frau iſt katholiſch und ſein Bruder Max**) bekanntlich vor einiger Zeit zur katholiſchen Kirche übergetreten. Der Prinz Felix Hohenlohe, Präſident der Darmſtädter Bank und des ehemaligen Vereins zum Schutze vaterländiſcher Arbeit, verkehrt ebenfalls viel in Heidelberg, gewöhnlich in Begleitung des in ultramontanen Geſchäften vielfach benutzten Fürſtl. Reußiſchen Legationsraths Freiherrn von Burſian, deſſelben, der vor einiger Zeit in Aufträgen der Fürſtin von Yſenburg-Birſtein in Berlin anweſend und von Sr. Majeſtät zur Tafel gezogen worden war. Dieſer p. Burſian kam urſprünglich als

*) Graf v. Kielmansegge.

**) Rath im öſterreichiſchen Miniſterium des Kaiſerlichen Hauſes.

1854 Zeitungscorreſpondent zur Parlamentszeit hier her, war dann
27. 6. als Privatſecretair in Dienſten der Herrn von Belly und ſpäter des Prinzen Hohenlohe. Er iſt ein übelberufener Intriguant im Dienſte unſrer Gegner. Man erzählt hier, daß er von der franzöſiſchen Spielgeſellſchaft, welche jetzt in Nauheim etablirt iſt, 2000 fl. empfangen hat, um den Einfluß ſeines Prinzipals, des Fürſten Hohenlohe — Schwiegerſohn des Kurfürſten — für Ertheilung der Spielconceſſion zu gewinnen. In Berlin ſcheint Burſian mit der Spenerſchen Zeitung, wahrſcheinlich auch mit andern Blättern, in Verbindung zu ſtehn.

König Ludwig*) wird von Cöln aus einen Beſuch in Coblenz machen. J. K. H. die Frau Prinzeſſin von Preußen hat Sr. Majeſtät durch ein directes Anſchreiben des prinzl. Hofmarſchall-Amts an die Bairiſche Geſandſchaft eine Einladung zu dieſem Zwecke zugehn laſſen, welche der König Ludwig im allgemeinen zwar angenommen, aber die Wohnung im K. Schloß abgelehnt hat.

Frankfurt, 27. Juni 1854. v. Bismarck.

89.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Vertraulich. (Concept.)

Ew. Excellenz,

1854 von ſämmtlichen deutſchen Regirungen mit Ausnahme von
3. 7. Würtemberg iſt Einverſtändniß zum Bündniß vom 20. April vorhanden; auch Seitens der Niederlande, wie es ſcheint. Würtemberg lehnt nach der Aeußerung von Herrn v. Reinhardt wenigſtens pro tempore ab; derſelbe hofft, daß bei der Ab-

*) Von Bayern.

ſtimmung am Bundestage der König pure beitreten werde, um nicht mit Dänemark in der Minorität zu bleiben. Herr v. Reinhardt iſt ſeiner Familientraditionen wegen dem imperialiſtiſchen Frankreich zugewandt, obwohl ſeine Frau eine Ruſſin iſt. Herr v. Titoff*) iſt nach Stuttgart hier durchgereiſt. — A. Malet**) theilte mir eine für München beſtimmte ſcharfe engliſche Note mit, in welcher dem dortigen Cabinet geſagt wird, daß es ſich in Dinge miſche, die außerhalb ſeiner Competenz lägen und daß ein fernerer Widerſtand gegen die Politik der großen Mächte vollſtändig „harmless“ ſei. Nach Dresden iſt eine ähnliche Note ergangen. Die vertrauliche Expedition in Betreff des Einrückens in die Wallachei habe ich durch Graf Bock erhalten. Daß die Nachricht von der Abſicht Oeſterreichs nach Berlin gemeldet ſei und dort Verſtimmung erregt habe, wurde mir hier am 30. Juni ſchon erzählt und wie ich glaube aus urſprünglich engliſcher Quelle. Außerdem iſt dieſe Thatſache bereits in der Deutſchen Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli in einer Berliner Correſpondenz enthalten. 1854 3. 7.

Frankfurt, 3. Juli 1854. v. Bismarck.

90.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

erſuche ich ergebenſt das anliegende Briefchen an meinen Bruder, der wie ich vermuthe, jetzt in Frankfurt iſt, gelangen zu laſſen. Der Innhalt iſt nicht von Wichtigkeit und enthält weſentlich meinen Glückwunſch zu ſeinem auf den 9. d. M. fallenden Geburtstage. Sollten Sie ihn nicht ermitteln können, ſo bitte ich 1854 7. 7.

*) Ruſſiſcher Geſandter in Stuttgart.

**) Engliſcher Geſandter am Bundestag.

1854 den Brief mir zurückſenden zu wollen. Ich gehe heute aufs
7. 7. Land, kehre aber übermorgen wieder zurück.

Aus Wien habe ich leidliche Nachrichten; Graf Alvensleben telegraphirt, daß auch dort die Ruſſiſche Antwort*) einen guten Eindruck gemacht, freilich hatte Graf Buol noch nicht mit Baraguay darüber geſprochen. Ich habe es hier vermieden, den fremden Diplomaten die Details mitzutheilen und geſagt, dieß würde erſt dann geſchehen, wenn wir unſere Anſichten mit Wien darüber ausgetauſcht hätten.

Graf Henckel telegraphirt, daß in London die Erbitterung aufs Höchſte geſtiegen ſei und Zwangs-Maaßregeln gegen Preußen beabſichtigt würden. Voyons! Die Einigkeit mit Oeſterreich müſſen wir ſo lange als möglich zu erkennen geben. Doch ich will keinen politiſchen Brief ſchreiben.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 7/7. 54. Manteuffel**).

91.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Euer Excellenz

1854 haben bereits auf telegraphiſchem Wege den allgemeinen Inhalt
9. 7. der Ruſſiſchen Antwort***) erfahren. Die Nachricht des Prinzen

---

*) Auf die Note vom 3. Juni; die ruſſiſche Antwort vom 29. Juni ſ. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVII S. 325 ff.

**) Bismarcks Antwort vom 11. Juli 1854 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 86 S. 201 ff.

***) Auf die preußiſche Note vom 12. Juni, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXII S. 319; die ruſſiſche Antwort vom 30. Juni 1854 ſ. bei Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVIII S. 327 f.

Karl iſt richtig, daß man ſich hier damit zufrieden erklären und 1854
ſich in dieſem Sinne in Wien ausſprechen wird. Die von 9. 7.
Herrn v. Manteuffel auf einige Tage unternommene Reiſe zeigt am beſten, daß es jetzt nichts Dringendes giebt.

Die Kurheſſiſche Sache kam zur richtigen Stunde. Von Oeſterreich ging gleichzeitig durch Graf Thun eine dringende Befürwortung der Haſſenpflugſchen Pläne ein, wenige Stunden ſpäter ein Privatbrief des Miniſters Uhden*), deſſen Unterſtützung Haſſenpflug nachgeſucht hatte. Miniſter Uhden ſpricht ſich in Ihrem Sinne aus; nur iſt ſein Vorſchlag verſöhnlich, er meint, man könnte es Kurheſſen anheimſtellen, die Sache auch an den Bund zu bringen, und im Allgemeinen unſere Unterſtützung in Ausſicht ſtellen. Er iſt indeſſen gleichfalls der Anſicht, daß die Bundesverſammlung auch die Anträge jeder einzelnen Kammer zu prüfen hat, die von der andern Kammer nicht geſtellt ſind. Der Punkt, in dem er abweicht, iſt eigentlich nur der, daß er gegen eine neue Verhandlung mit den Kammern iſt. Graf Schlieffen**) hatte Ihren Bericht noch nicht, der Miniſter ſcheint ihn mit nach Potsdam genommen zu haben, wohin er eine Stunde nach meiner Ankunft ging. Auf meinen mündlichen Vortrag erklärte er ſich aber ganz mit Ihrer Auffaſſung einverſtanden und wollte die Sache in dieſem Sinne dem Miniſter vortragen.

Hinſichtlich des Prokeſch'ſchen Bettzeugs***) war er von Ihrem Separatvotum ſehr erbaut und meinte, er hielte es doch für gut, in einem gemäßigten Widerſpruch fortzufahren und die Bemerkungen unſeres Freundes zu beantworten. Oeſterreich ſage ja ſelbſt immer, daß eine Meinungsverſchiedenheit in Nebenfragen der entente cordiale keinen Eintrag thun könne.

---

*) Damals Chefpräſident des Obertribunals in Berlin.

**) Decernent für die deutſchen Angelegenheiten.

***) So deutlich im Original; worauf ſich die Bemerkung bezieht, ließ ſich nicht ermitteln.

1854 9. 7. Im Miniſterium will man dabei bleiben, daß die Kriegsbeſatzung in Raſtatt nicht bundesmäßig anerkannt ſei.

In Betreff Landaus habe ich weniger Geneigtheit gefunden, Bayern Alles zuzugeſtehen. Ich habe mir vorbehalten, mit Graf Walderſee*) und Graf Schlieffen noch näher darüber zu ſprechen. Man ſcheint Landau lieber ganz den Bayern überlaſſen zu wollen. Was man einräumte, wird nur geſchehen, um Ihrer Befürwortung nachzukommen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung verbleibe ich

Euer Excellenz ganz gehorſamſter

Berlin, den 9. Juli 1854. Wentzel.

92.

Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck.

Mein verehrteſter Freund,

1854 10. 7. Sie werden wiſſen, daß die ruſſiſche Antwort in Wien gut aufgenommen iſt und man ſich ſogar erboten hat, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken. Das Einrücken in die Walachei iſt contremandirt.

Durch Legationsrath Wentzel werde ich ausführlich und mit Unbefangenheit ſchreiben.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht angelegentlich.

In treuſter Geſinnung

Ihr

P(otsdam) 10/7. 54. N.

---

*) Kriegsminiſter.

93.

Graf Wrſchowetz an Bismarck.

Baden den 19. 7. 54.

Des Prinzen Carl Königliche Hoheit bittet Ew. Hochwohl- 1854
geboren die Anlage gefälligſt weiter befördern zu wollen. 19. 7.

Der Prinz hat politiſch beruhigende Nachrichten erhalten und findet darin eine Beſtätigung derſelben, daß Manteuffel, der Träger der ruſſiſchen Antwort, befohlen iſt, nach Wien und München zu gehen.

Mit der vorzüglichſten Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener

Hugo Graf Wrſchowetz.

94.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichſt für das geehrte Schreiben vom 21. d. M.*). 1854
Ein Theil der darin enthaltenen Bemerkungen wird durch die 23. 7.
inmittelſt Ihnen zugegangene Depeſche ſeine Erledigung gefunden haben. Daß wir übrigens nicht zu zaghaft Oeſterreich gegenüber uns ausſprechen, wird Euer Hochwohlgeboren die in Abſchrift anliegende Depeſche, welche ich indeß geheim zu halten bitte, beweiſen.

Wir haben heute die Oeſterreichiſche Antwort auf unſere Depeſche vom 15. d. M.**) erhalten. Man iſt zwar dort auf

*) Preußen im Bundestag IV, No. 88 S. 207 ff.

**) In Form eines Erlaſſes an Graf Alvensleben, ſ. u. S. 198 f. Anm. §.

1854 23. 7. unſerm Wunſch, die Ruſſiſche Antwort nicht der Beſchlußfaſſung der Conferenz zu unterbreiten, eingegangen, allein die Note, mit welcher die Ruſſiſche Antwort nach Paris und London mitgetheilt wird*), iſt von der Art, daß man die zurückweiſende Antwort der Seemächte unſchwer vorher ſieht, und die Depeſche, welche uns und unſere vertragsmäßigen Verpflichtungen betrifft, iſt ziemlich ſcharf geſchrieben. Von allen dieſen Dingen erhalten Ew. Hochwohlgeboren Abſchriften, nur iſt heute die Zeit zu deren Anfertigung nicht vorhanden.

In der Anlage ſende ich Euer Hochwohlgeboren Abſchrift eines heute hier eingegangenen Immediat-Berichts des Grafen Alvensleben**), welchen ich Sr. Majeſtät bereits (vor)geleſen habe. Allerhöchſtdieſelben haben mir befohlen, darüber zunächſt Euer Hochwohlgeboren Gutachten zu fordern. Indem ich dieſem Befehle hierdurch nachkomme, bemerke ich ergebenſt, daß meine eigne Anſicht über die Alvenslebenſche Idee, welche mir überhaupt noch keine recht klare und mehr durch den Wunſch und Zweck, ein Gegengewicht gegen Oeſterreich zu erlangen, hervorgerufen als in das Syſtem hineingewachſen zu ſein ſcheint, keine definitiv feſtgeſtellte iſt***). Ich bin noch immer davon über-

*) S. Jasmund a. a. O. No. CCXLI S. 330 ff.

**) S. Preußen im Bundestage IV, S. 210 f. Anm. 1.

***) Graf Alvensleben ſtellte zur Erwägung, ob es ſich nicht empfehle, zu den aus dem preußiſch-öſterreichiſchen Vertrage herrührenden Verhandlungen mit den ſog. „Bambergern“ eigene Bevollmächtigte von der Bundesverſammlung zu beſtellen. „Wie dieſe Bevollmächtigung zu veranlaſſen iſt, muß ich den Eröffnungen an den Bundesgeſandten überlaſſen; es fragt ſich aber, wie die Bundesbevollmächtigten, wenn ſie ernannt ſind, am zweckmäßigſten benutzt werden können (um Preußens Stellung Oeſterreich gegenüber nach Möglichkeit zu verbeſſern). Da, wie Eurer Königlichen Majeſtät ich allerunterthänigſt angezeigt habe, es nicht unwahrſcheinlich iſt, daß die franzöſiſch-engliſche Erwiderung den beiden deutſchen Mächten nicht direct ſondern durch die Conferenz zugehen wird, ſo könnte es ſich fragen, ob nicht die Bundesbevollmächtigten oder Einer derſelben an der Conferenz Theil zu nehmen hätte. Obwohl dies den Vortheil darbieten würde, daß Preußen unter den

zeugt, daß die Rolle eines Haupts der Bamberger für uns weder eine nützliche noch ungefährliche iſt, und daß man gegen Oeſterreich ſo ſcharf und beſtimmt auftreten mag als man will, dieß aber doch immer am beſten auf eignen Beinen und nicht mit Bamberger Stützen zu geſchehen hat. Man darf ſich dabei nicht von trügeriſchen Rückſichten leiten laſſen, z. B. daß man dadurch eine günſtigere Stellung in der Bundes-Verſammlung gewinnen könnte u. ſ. w. Euer Hochwohlgeboren wiſſen am beſten, wie lange dauernd und wie feſt dergleichen Dinge ſind. Nichts deſto weniger will ich Euer Hochwohlgeboren ermächtigen, falls Sie einen geeigneten und ungefährlichen Weg zur Erreichung der Alvensleben'ſchen Idee zu finden wiſſen, dazu mit Vorſicht die Einleitungen zu treffen. Daß die Sache ſehr 1854 23. 7.

---

gegenwärtigen Verhältniſſen dadurch Unterſtützung und mithin einen moraliſchen Beiſtand gewänne, ſo kann ich es doch nicht für correct und muß es in anderer Beziehung für bedenklich halten, daß der Bund nicht etwa mit allen Krieg führenden Mächten, ſondern nur mit einem Theile derſelben in fortgeſetzte Berathungen tritt und dadurch in Verwickelungen mancherlei Art hineingezogen wird. Dagegen dürfte ſich der Ausweg empfehlen, daß bei allen Verhandlungen und Entſchließungen, welche ſich direct oder indirect auf die Ausführung des preußiſch-öſterreichiſchen Vertrages beziehen, eine Vorberathung der beiden deutſchen Mächte mit den Bundesbevollmächtigten ſtattfindet und daß dies namentlich auch dann und zwar zuvor eintritt, wenn Conſequenzen des Vertrages irgend einer Art in den Kreis der Conferenzverhandlungen hineingezogen werden ſollen. Es iſt klar, daß hierdurch eine moraliſche Hemmung Oeſterreichs gegen ein zu weites Eingehen deſſelben auf die Wünſche und Intereſſen der Weſtmächte erreicht wird. Außerdem befindet ſich Preußen dabei auf einem bundesrechtlichen Standpunkte und ſichert ſich in einer Frage, wo ſeine und des Bundes Intereſſen zuſammenfallen, die Sympathien des letzteren, ohne auf irgend eine Art Oeſterreich oſtenſibel entgegenzutreten. Eurer Königlichen Majeſtät muß ich die Prüfung dieſer Anſicht anheimgeben, bemerke indeſſen, daß, wenn darauf einzugehen wäre, ſehr ſchnell gehandelt werden müßte, indem die Zuziehung der Bundesbevollmächtigten beſonders bei dem Eingange der Anforderungen der Weſtmächte von Nutzen wäre, und letzterer leicht ſehr bald erfolgen kann."

1854 23. 7. discret behandelt werden muß, leidet keinen Zweifel, denn die Erbitterung der Weſtmächte gegen uns iſt auf einen hohen Punkt gediehen, und ein noch ſo freundlicher Kuß von Sachſen oder Baiern ſcheint mir immerhin die Gefahren einer Engliſchen Blokade nicht aufzuwiegen.

Des Königs Majeſtät haben mir zu erwägen gegeben, ob ich nicht mit nach München gehen oder nachkommen wolle; ich bin indeß nicht dafür, weil ich dieß für eine Demonſtration halten möchte, welche durch entſprechenden Vortheil nicht aufgewogen würde. Wenn aber Se. Majeſtät darauf beſtehen, ſo werde ich mich ſchließlich nicht weigern.

Die Briefe meines Vetters, des Oberſten von Manteuffel aus Wien, haben mir bei aller Tüchtigkeit des Berichterſtatters keinen guten Eindruck gemacht. Buol iſt ganz in den Händen von Bourqueney, und der Kaiſer, der viel Sentiment gezeigt, hat doch in der Converſation diejenige Sprödigkeit durchblicken laſſen, welche von einem bereits feſt und unabänderlich gefaßten Entſchluß Zeugniß giebt. Daß man entſchloſſen iſt vorzugehen, beweiſt eine mir heute zugehende telegraphiſche Nachricht, wonach General Heß am 16. d. M. bei Burtſchava die Grenze der Wallachei überſchritten hat. Was daraus entſtehen wird, ob ein feindliches Begegnen mit den Ruſſen, eine Kriegs-Erklärung Seitens derſelben, weiß Gott.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 23. Juli 1854. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 25. Juli 1854 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 89 S. 215 ff., Privatſchreiben vom 26. Juli a. a. O. II, No. 32 S. 52 f.; die in dem Privatſchreiben erwähnte Anlage iſt der unter No. 95 abgedruckte Bericht.

95.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

In der Erklärung, mittelſt welcher Preußen und Oeſtreich 1854
in der Sitzung vom 20 d. M. den Beitritt des Bundes zu dem 25. 7.
Vertrage vom 20 April c. beantragt haben**), iſt von beiden Mächten die Zuſicherung gegeben: der Bundesverſammlung, ſofern ſie dem Bündniſſe beigetreten ſein wird, die Antwort Rußlands mitzutheilen, und mit ihr im Geiſte des Vertrages darüber in vertrauensvolles Einvernehmen zu treten. Der Zeitpunkt, wo die Bundesverſammlung dieſe Mittheilung erwarten darf, iſt nunmehr eingetreten, und ſcheint eine Beſchleunigung derſelben in unſerm Intereſſe zu liegen, da der Einfluß welchen die Bundesverſammlung auf die Würdigung und Behandlung der ruſſiſchen Antwort üben wird, vorausſichtlich der dieſſeitigen Auffaſſung zu Gute kommt. Der Geſchäftsgang am Bunde iſt ohnehin ſchwerfällig, und die Hülfsmittel, welche die Betheiligung des Bundes uns bei den Beſtrebungen gewähren kann, unſre Beurtheilung der ruſſiſchen Antwort als die im Sinne des Vertrages maßgebende geltend zu machen, gehn verloren, wenn ſie nicht mit Schnelligkeit vorbereitet werden. Der Bairiſche Geſandte***) ſprach gegen mich die Vorausſetzung aus, daß die Mittheilung der Antwort Rußlands von dem Münchner Cabinet in Berlin und Wien werde urgirt werden, wenn ſie nicht bald in Ausführung der in der Sitzung vom 20 gegebenen Zuſage von ſelbſt erfolge. Er deutete an daß die bisherige Vorenthaltung derſelben zu der unwillkom-

*) Der Bericht iſt ſchon in Preußen im Bundestage II, No. 31 S. 47 ff. veröffentlicht, aber mit ſo vielen Fehlern, daß der nochmalige Abdruck nach dem Originalconcept nothwendig iſt.

**) Separatprotokoll über die Bundestagsſitzung vom 29. Juli 1854, S. 728 a.

***) Freiherr v. Schrenck.

1854 25. 7. menen Annahme leite, daß die deutſchen Regirungen erſt dann zu einer eiligen Kundgabe ihrer Adhäſion würden berufen werden, wenn über die Sache durch Einigung der beiden Großmächte ſchon entſchieden ſein werde. Auch wenn eine Mahnung dazu von einer der Bundesregirungen nicht jetzt ſchon erfolgt, dürfte es dem Wiener Cabinete kaum unerwartet ſein, wenn wir daſſelbe auffordern, nunmehr auf dem von ihm ſelbſt vorgezeichneten Wege mit der ungeſäumten Mittheilung jener Antwort an die Bundes-Verſammlung mit uns vorzuſchreiten. Der nach Anleitung des Art. 49 der Schlußacte zu wählende Ausſchuß beſteht bereits, ſowie er bei Gelegenheit der gemeinſchaftlichen Vorlage vom 24 Mai ernannt wurde. Der betreffende Theil des geſtrigen Beſchluſſes lautet: „Die zur Ausführung des vorſtehenden Beſchluſſes (Beitrittes) erforderlichen Maßregeln bleiben beſondrer Beſchlußfaſſung vorbehalten; mit der Vorbereitung derſelben wird der in der Sitzung vom 24 Mai gewählte beſondre Ausſchuß mit der Befugniß beauftragt, ſich zu dieſem Zwecke mit dem Militärausſchuſſe in Verbindung zu ſetzen.“ Von Oeſtreich wird dieſer Paſſus auf die dem Bunde demnächſt anzuſinnenden militäriſchen Vorkehrungen vorzugsweiſe bezogen werden wollen, indem baldige Unterhandlungen nach Art. 49 dort wohl nicht in der Abſicht liegen. Nach dem vorſtehenden Wortlaut des Beſchluſſes, in Verbindung mit den beiden vorletzten Abſätzen der Preußiſch-Oeſtreichiſchen Vorlage vom 20 c. ſcheint es mir indeſſen natürlich, daß dieſer beſtehende Ausſchuß als mit Rückſicht auf Art. 49 bevollmächtigt, betrachtet wird. Eigne Bevollmächtigte, wie ſie nach dieſem Artikel „zu dem Unterhandlungsgeſchäft ſelbſt“ ernannt werden ſollen, ſcheinen für jetzt nicht erforderlich zu ſein. Die betreffende Stelle hat dergleichen Bevollmächtigte offenbar nur für den Fall im Sinne, daß der Bund mit fremden Mächten unterhandelt, nicht aber mit zwei Bundesgliedern welche obenein Mitglieder des betheiligten Ausſchuſſes ſind.

Die Bedenken des Grafen Alvensleben gegen eine Theil- 1854
nahme des Bundes an der Wiener Conferenz theile ich voll- 25. 7.
ſtändig; derſelben ſteht, außer den angegebnen Gründen, auch die entſchiedne Abneigung der Bundesſtaaten ſelbſt entgegen. Meine Collegen haben wiederholt gegen mich geäußert, daß ihre Regirungen nicht in den Fall geſetzt zu werden wünſchten, den von der Wiener Conferenz eingenommenen Standpunkt zu dem ihrigen zu machen, oder die bisherigen Protokolle ausdrücklich als für ſie verbindlich anzuerkennen. Dagegen dürften ſie bereitwillig und dankbar auf das Syſtem eingehn, für die Zukunft dasjenige was von deutſcher Seite auf der Conferenz vorgebracht wird, zwiſchen Preußen, Oeſtreich und dem Bunde, oder wenigſtens dem Ausſchuſſe, vorher zu vereinbaren, ſoweit die Gegenſtände als mit dem Bündniß connex zu betrachten ſind. Erſt dann wird letztres zu ſeiner vollen Bedeutung gelangen, wenn auf Grund deſſelben eine Politik, für welche ganz Deutſchland einſteht, auf der Conferenz geltend gemacht wird. In dieſer Richtung würden auch die zu erwartenden Gegenpropoſitionen der Weſtmächte, theils als Material zur Entſcheidung über die ruſſiſche Antwort, theils nach dem Sinne des Bündniſſes überhaupt, einen Gegenſtand der dem Bunde zugeſagten „Einflußnahme“ bilden.

Die Beſtellung „eigner Bevollmächtigten“ würde auch aus dem Grunde zu verſchieben ſein ſo lange es thunlich iſt, weil die Perſonalfrage große Schwierigkeiten darbietet. Abgeſehn von der alsdann ins Spiel kommenden Eiferſucht, iſt der Bairiſche Geſandte zu ängſtlicher Juriſt, aber zur Noth noch geeignet; der Sächſiſche *) von dem Präſidium perſönlich abhängig, der Hanöverſche **) taub, der Würtembergiſche ***) confus, der

*) v. Noſtitz und Jänckendorf.
**) Graf v. Kielmansegge.
***) v. Reinhard.

1854 25. 7. Badiſche*) ängſtlich und haarſpaltend, der Kurheſſiſche**) arbeitsſcheu und derangirt, der Darmſtädter***) ganz Oeſtreicher. Der Däniſche†) und der Mecklenburgiſche††) wären die brauchbarſten; aber vermöge ihrer Sonderſtellung zum Bündniß kaum möglich. Etwas Andres als Baiern bliebe kaum übrig.

Wenn meines gehorſamſten Dafürhaltens hier am Bunde für jetzt nur die baldige Mittheilung der ruſſiſchen Antwort und der zu ihrer Beurtheilung nöthigen Materialien erforderlich iſt, ſo kann ich, bei unvollkommner Kenntniß der augenblicklichen Sachlage in Wien, nur höherem Ermeſſen anheimſtellen, ob es zweckmäßig iſt, ſolche Schritte welche dort eine beſonnenere Stimmung hervorbringen könnten, ſowohl ſelbſt zu thun, als von Seiten andrer deutſchen Regirungen herbeizuführen. Schon der vertrauliche Erlaß an den Grafen Alvensleben†††) enthält in dieſem Sinne Wendungen welche gewiß ihren Eindruck nicht verfehlen§), und die Haltung Oeſtreichs

---

*) Freiherr Marſchall v. Bieberſtein.

**) v. Trott.

***) Freiherr v. Münch-Bellinghauſen.

†) v. Bülow.

††) v. Oertzen-Leppin.

†††) Vom 15. Juli, als Antwort auf die öſterreichiſche Depeſche vom 12. Juli, in welcher Buol darauf hinwies, daß der Fall eines activen Vorgehens Oeſterreichs binnen kurzem ſtatthaben könne und daher der Augenblick eingetreten ſei, bei der preußiſchen Regierung auf die durch Art. 2 der Convention vom 20. April vorbedungene Mobilmachung nöthigenfalls förmlich anzutragen.

§) „Wir haben uns bisher bemüht und werden uns ferner angelegen ſein laſſen, ein Hervortreten divergirender Anſichten zu vermeiden, weil wir uns ſelbſt ſagen, daß dadurch ſowohl Oeſterreichs als unſer Gewicht weſentlich geſchwächt wird und ſomit die Ausſicht immer mehr ſchwindet, den Leidenſchaften der ſtreitenden Parteien einen ſtarken Damm entgegenzuſtellen. Wir würden aber auch bei dieſem Beſtreben eine gewiſſe Linie nicht überſchreiten und z. B. unſerer in der Wortfaſſung des Bündniſſes ſelbſt begründeten Ueberzeugung Geltung ver-

würde ſich ohne Zweifel ruhiger entwickeln, wenn dem Grafen Buol auch von andern Bundesgenoſſen die Gewißheit gegeben würde, daß nicht jede Politik Oeſtreichs Ausſicht auf die Hülfe Deutſchlands hat, ſondern nur eine ſolche welche dem Sinne und Wortlaut des Bündniſſes entſpricht. Die Aeußerungen eingeweihter Perſonen, das zuſammenhängende Syſtem welches ſich in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die vertrauteſten Agenten und offiziöſen Blätter darſtellt, namentlich aber das Verhalten des Wiener Cabinettes ſelbſt gegenüber der ruſſiſchen Antwort, berechtigen zu der Annahme, daß die öſtreichiſche Politik nicht mehr erhaltend und friedliebend, ſondern ehrgeizig und kriegeriſch iſt. Die Conſtellation zu Erwerbungen iſt günſtig, die Rüſtungskoſten ſind fortgeworfen, wenn die aufgeſtellte Armee nicht genutzt wird; das Bündniß bietet eine Aſſecuranz gegen übeln Ausgang, und darüber hinaus hält man ſich feſt überzeugt, daß Preußen und Deutſchland im eignen Intereſſe nöthig finden werden Oeſtreich 1854 25. 7.

ſchaffen, daß die bewaffnete Macht Sr. Majeſtät fremden, der Tendenz des Bündniſſes fern liegenden Zwecken durch dasſelbe in keiner Weiſe dienſtbar gemacht werden kann. Ich laſſe mich hier auf eine nähere Erörterung der uns in dieſer Beziehung zur Seite ſtehenden Vertragsbeſtimmungen nicht ein, weil ich der Anſicht bin, daß eine ſolche Discuſſion, ſofern ſie nicht zur unerläßlichen Nothwendigkeit wird, beſſer unterbleibt. Das aber nehme ich keinen Anſtand auszuſprechen, daß Se. Majeſtät eine außerhalb des Bündniſſes ſtehende Autorität, die über deſſen Auslegung und Bedeutung einen Urtheilsſpruch zu fällen habe, niemals anerkennen wird. Des Königs Majeſtät werden daher für die Armee in nächſter Zeit diejenige Waffenbereitſchaft eintreten laſſen, welche Allerhöchſtdieſelben unter den jetzigen kritiſchen Zeiten für geboten erachten; es wird dies aber nicht wegen der Kluft, die zwiſchen den Anerbietungen Rußlands und den Anforderungen der Weſtmächte beſteht, und nicht wegen eines etwaigen hierdurch gebotenen activen Vorgehens Oeſterreichs, ſondern nur deshalb geſchehen, um in jedem Momente die Stellung Preußens, ſowohl wenn es ſich um Erfüllung vertragsmäßiger Pflichten als um die Wahrung eigener Intereſſen handelt, gebührend wahrzunehmen."

1854 25. 7. zu decken, ſo unangenehm ihnen deſſen Politik auch ſein mag. Nur die beſtimmte Beſeitigung dieſer letztern leichtſinnigen und unbilligen Hoffnung wird das Wiener Cabinet vielleicht abhalten, muthwillig mit Rußland Händel zu ſuchen. Große Stücke können wir auf die Mittelſtaaten nicht bauen; aber wir können den Grad von Vertrauen bei ihnen wiedergewinnen, den wir vor 1848 beſaßen, und der in ihrer größern Gleichartigkeit mit uns als mit Oeſtreich wurzelt. Sie ſind jetzt antifranzöſiſch, vielleicht mit Ausnahme von Darmſtadt. Die Urſache dieſer Erſcheinung mag theils in perſönlichen Diſpoſitionen der regirenden Herrn, theils in Revolutionsfurcht und in dem Umſtande liegen, daß die jetzige Herrſchaft in Frankreich nur auf zwei Augen ſteht, und daß ſichre Objecte der Begehrlichkeit, welche durch Frankreich erworben werden könnten, nicht mehr vorhanden ſind. Die geiſtlichen Güter, Reichsſtädte und kleinen Territorien ſind vertheilt, und die 7 Jahre harter Dienſtbarkeit welche man, um dieſe Rahel zu erwerben, im Rheinbunde durchgemacht hat, ſind in zu guter Erinnerung, um der Neigung eine Lea durch ähnliche Knechtſchaft zu verdienen, nicht die Wage zu halten. Demungeachtet kann ein fortgeſetzter von Preußen und Oeſtreich gegen die Mittelſtaaten geübter Zwang denſelben bald die Luſt erwecken, lieber ſelbſtändig als unter der Vormundſchaft dieſer beiden Mächte mit Frankreich zu gehn. Es kommt dahin ſchließlich, wenn die Regirungen nicht wenigſtens bei Preußen eine Anlehnung und eine kräftige Vertretung der wirklichen deutſchen Intereſſen, ohne die von Oeſtreich ſogenannten, finden. Bezeichnend iſt, daß Frankreich die Züchtigung der Bamberger durch Noten allein den Engländern überläßt, ſich ſelbſt aber freundlich zu den Mittelſtaaten fortwährend zu ſtellen ſucht.

Wenn ich kein unbedingtes Vertrauen auf eine dauernd gute Geſinnung der Bamberger gegen uns ſetze, ſo fürchte ich daß ihre Gefühle für uns immer noch treue Hingebung zu nennen

ſind, im Vergleich mit denen, die Graf Buol, Bach*) und andre Epigonen Schwarzenbergiſcher Politik, im Bündniß mit den Ultramontanen, im Innern ihrer Herzen gegen uns hegen. Das jetzt in Oeſtreich gehandhabte Syſtem germaniſirender Centraliſation bedarf zur Löſung ſeiner Aufgabe einer engern organiſchen Verbindung mit, und einer ſtraffern Hegemonie in Deutſchland. Die Strebungen der Ultramontanen gehn für jetzt mit denen der ehrgeizigen Wiener Hand in Hand. Für beide iſt Preußens Machtſtellung in Deutſchland der härteſte und ſchwerſte Stein des Anſtoßes. Derſelbe verliert an Bedeutung in demſelben Maße, als der Unterſchied zwiſchen Preußens und Oeſtreichs phyſiſcher Kraft zunimmt, und ſich in ſeiner Bedeutung demjenigen nähert, welcher zwiſchen Preußen und Bayern ſtattfindet. Je höher Oeſtreich ſteigt, deſto mehr ſchrumpft der Abſtand zwiſchen uns und den Mittelſtaaten für den Maßſtab der Politik zuſammen. Wir können alſo, abgeſehn von allen übrigen in der orientaliſchen Frage liegenden Motiven für unſre Entſchließungen eine Vergrößerung Oeſtreichs nicht zugeben, wenn wir nicht mindeſtens in demſelben Maße wachſen. 1854 25. 7.

Wenn Oeſtreich zum Kriege mit Rußland gelangt, ſo wird es ſich auf die Dauer der Mitwirkung zu denjenigen Plänen, welche die Weſtmächte in Betreff einer Herſtellung Polens haben möchten, nicht mit Erfolg widerſetzen können. Dieſe Pläne ſind bisher in London und Paris niemals ehrlich zurückgewieſen worden, und dürften, als einziges Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der ruſſiſchen Macht, früher oder ſpäter mit mehr Entſchiedenheit in den Vordergrund treten. Oeſtreichs Intereſſe gegen die Herſtellung Polens iſt minder tief gehend, als das von Preußen und Rußland, ſchwerlich ſo tief, daß man deshalb *nach* dem Bruch mit Rußland ſich mit dem Weſten zu entzweien nöthig halten würde. Ich glaube

*) Oeſterreichiſcher Miniſter des Innern.

1854 25. 7. ſogar daß Oeſtreich gern die Donauländer wählen würde, wenn es zwiſchen dieſen und Galizien optiren müßte. Jene ſind deutſcher Sprache und Regirung zugänglicher, als die polniſche Provinz, die Bevölkerung inoffenſiv, ſie ſind reicherer Entwicklung fähig, und paſſen geographiſch und commerciell beſſer zu Oeſtreich, als das außerhalb der Karpaten dem Kaiſerſtaate angeklebte Galizien. Letztres iſt, bei offnen Grenzen, der ruſſiſchen Macht und etwaigen polniſchen Inſurrectionen leicht zugänglich. Die Gefahren welche die polniſche Nachbarſchaft für die Ruhe von Ungarn bieten würde, finden ein Gegengewicht in der Vermehrung der den Magyaren feindlichen Elemente der Serben und Walachen. Außerdem bietet die Herſtellung Polens an und für ſich dem Oeſtreichiſchen Syſtem Vortheile:

1. Preußen wird geſchwächt und in Schach gehalten.
2. Die Gefahr des Panſlavismus hört auf, wenn zwei mächtige Slavenſtaaten verſchiedner Religion und Nationalität beſtehn.
3. Europa erhält einen wichtigen Staat rein katholiſcher Confeſſion mehr.
4. Polen, unter Oeſtreichs Hülfe hergeſtellt, wird vor der Hand Oeſtreichs ſichrer Verbündeter.
5. Die Herſtellung Polens bietet Oeſtreich vielleicht die einzige dauernde Garantie gegen wirkſame Vergeltung von Seiten Rußlands, ſobald die italiäniſchen Angelegenheiten Streit zwiſchen Oeſtreich und Frankreich herbeiführen, oder erſteres ſonſt wie in Verlegenheit kommt. Schlimmſten Falls würde das Wiener Cabinet ſich mit dem Vorſchlage helfen Polen von Neuem zu theilen, ohne die Donauländer dann aufzugeben. Ich gehe nicht ſoweit zu behaupten, daß Oeſtreich die Herſtellung Polens freiwillig betreiben werde; aber wenn die Weſtmächte ernſtlich darauf drängen, ſo wird es ſich

nur mit ſtumpfen Nägeln wehren, vorausgeſetzt daß die Donauländer als Lohn in Ausſicht ſtehn. 1854 25. 7.

Herr von Prokeſch verläßt mich eben, um bis zum Sonntag bei ſeiner Frau in Badenweiler zu bleiben, die Sitzung für morgen iſt ausgeſetzt. Aus ſeinen flüchtigen Aeußerungen entnehme ich, daß die öſtreichiſche Abſicht iſt, die ruſſiſche Antwort vor der Hand hier nicht mitzutheilen, und die „Einflußnahme" des Bundes nach Art. 49 lediglich auf den Fall eigentlicher Friedensunterhandlungen zu deuten. Die Mittheilung der ruſſiſchen Antwort, meint er, könne lediglich „zur Kenntnißnahme" an die Bundes-Verſammlung erfolgen*); ob und wann der Ausſchuß über dieſelbe verhandeln ſolle, das müſſe von unſerm, Prokeſch's und meinem, Ermeſſen abhängen, worunter ich verſtehe daß es unterbleiben ſoll. Dem entgegenzuwirken halte ich im Augenblick für unſre dringendſte Aufgabe.

v. Bismarck.

96.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

ſende ich in den Anlagen einige Abſchriften, welche Euer Hochwohlgeboren intereſſiren werden, und die im Allgemeinen den Standpunkt bezeichnen, den wir in der Frage jetzt einnehmen. Die kleineren und mittleren deutſchen Mächte werden dieſen Standpunkt für ſich ſehr angenehm finden und ſich an uns drängen. Nach meiner Anſicht muß man ſie keineswegs zurückweiſen, denn es liegt darin der wahrheitsgemäße Ausdruck der Thatſache, daß Preußen mehr als Oeſterreich berufen iſt deutſche Intereſſen zu vertreten; man muß dieſe Zuneigung vielmehr zu nähren und zu utiliſiren ſuchen; aber man darf zwei Dinge oder vielmehr eine Alternative nicht überſehen. 1854 26. 7.

*) Orig.: mitgetheilt werden.

1854 26. 7. Alle dieſe mittleren Staaten (vielleicht mit Ausnahme von Baden) ſind naturgemäß Feinde Preußens, weil ſie in ihm ihren dereinſtigen Verſchlinger erkennen, abgeſehen noch von andern Motiven des Neides der Mißgunſt und hiſtoriſchen Reminiscenzen; dieſe Feindſchaft wacht unfehlbar, wir mögen noch ſo liebenswürdig ſein und uns benehmen wie wir wollen, wieder auf, ſowie ihre aus dem Gefühle ihrer Schwäche herkommende Furcht beſeitigt iſt, ſowie ſie den jetzt unter ihren Füßen ſchwankenden Boden wieder feſt fühlen. Es ſind nun nur zwei Fälle möglich, entweder ein ſolcher Zuſtand tritt, ohne daß es zu großen politiſchen Kataſtrophen kommt, wieder ein, dann wird auch der Abfall von uns nicht auf ſich warten laſſen, oder es ereignet ſich das Gegentheil, es kommt zu einem allgemeinen Kriege, wobei die Kräfte der verſchiedenen Staaten in großem Maaßſtabe angeſtrengt werden, dann gehen dieſelben unfehlbar ihrem Untergange entgegen. Ein Kurheſſiſcher, ein Darmſtädter, ein Königlich Sächſiſcher patriotiſcher Krieg gehört zu den Unmöglichkeiten, es muß dann mit den Dynaſtien nothwendig eine Aenderung eintreten; welcher Art dieſe ſein wird, das iſt ſchwer vorher zu ſehen und wird von den Ereigniſſen zum Theil wohl auch von unſerm Verhalten abhangen. Wenn wir uns aber herbeilaſſen wollten, für den Fortbeſtand der Staaten in ihren jetzigen Verhältniſſen gewiſſe Garantien zu übernehmen, ſo würden wir uns, das iſt meine feſte Ueberzeugung, nicht bloß zu etwas für uns möglicher Weiſe Nachtheiligem, ſondern auch zu Unmöglichem verpflichten. Deshalb ſehen jene Staaten ſo ängſtlich nach Rußland, weil ſie das Gefühl ihrer Unfähigkeit aus eigener Kraft zu exiſtiren im Leibe haben. Ich bin weit entfernt, Haugwitzſche Politik*) anrathen zu wollen, aber ich meine, daß wie die Hitze der letzten

*) D. h. Anſchluß an Frankreich zur Löſung der deutſchen Frage im preußiſchen Sinne.

Wochen ſo auch die politiſche Hitze der letzten Jahre einen Zuſtand der Reife herbeigeführt, den man bedauern, aber nicht läugnen kann und der einem nicht ganz unachtſamen Wirthe die Verpflichtung auferlegt, an die Ernte-Arbeit zu denken, da ſonſt vielleicht der Nachbar ſich hineinmiſcht. 1854 26. 7.

Euer Hochwohlgeboren werden erſehen, daß dieſe Zeilen nicht auf die Münchener Ausſtellung berechnet ſind.

Ich ſehe mit Intereſſe Ihren Mittheilungen aus München entgegen*), wünſche, daß es Ihnen dort gut gehen möge, und verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 26. Juli 1854. Manteuffel.

97.

Legationsrath Wentzel an Bismarck**).

Frankfurt a/M. 3. Auguſt 1854.

Euer Excellenz

habe ich telegraphiſch bereits gemeldet, daß Herr v. Prokeſch ermächtigt iſt, die Ruſſiſche Antwort***) vorzulegen. Alle meine Bemühungen, die Vorlage noch heute zu machen, waren vergeblich. Er meinte, er müſſe ſich mit Ihnen perſönlich verſtändigen und könne von ſeiner Inſtruction, die Antwort nur dem Ausſchuſſe vorzulegen, nur abgehen, wenn er ſich auf ſeine Verabredungen mit Ihnen beziehen könne. Unſere Befürwortungsnoten nach London und Paris†) ſind zwar zu Ihrer 1854 3. 8.

*) Preußen im Bundestag IV, No. 90 S. 218 ff.

**) Bismarck befand ſich ſeit dem 1. Aug. in Berlin.

***) Vom 17./30. Juni, ſ. o. S. 188, Anm. ***).

†) Vom 24. Juli, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXII S. 382 ff.

1854 3. 8. perſönlichen Kenntnißnahme hierher mitgetheilt, aber wohl gleichfalls zur Vorlegung an die Bundesverſammlung beſtimmt. Eine Autoriſation wird freilich von Berlin noch erfolgen müſſen.

Wie ich geſtern ſchon hörte, hat Herr v. Prokeſch geſagt, es ſchwebten jetzt wegen der weiteren Behandlung der orientaliſchen Sachen am Bunde zwiſchen Berlin und Wien Verhandlungen. Führten dieſe zum Reſultat, ſo würde in der nächſten Sitzung eine Vorlage erfolgen, dann könne einige Tage ſpäter der erforderliche Beſchluß gefaßt werden und ſei er dafür, demnächſt einige Wochen keine Sitzung zu halten. Zu einem Vertrauten hat er geäußert, er werde keinen Falls am 18. ein Diner geben, man vergüte ihm nichts dafür und er ſei nicht ſo bezahlt, um ſich ſolche große Koſten zu machen. Heute hat er mir nun mitgetheilt, daß ihm wegen Mobiliſirung eines Theils des Bundesheeres zwar Mittheilungen von Wien zugegangen ſeien, daß er aber noch keine Anweiſung zu Anträgen habe, er hoffe, Euer Excellenz würden hierüber aus Berlin Inſtructionen mitbringen. Man hat wohl in Berlin ſchon Nachricht von der Oeſterreichiſchen Circulardepeſche vom 28. v. M., wonach Oeſterreich 100—150000 Mann, Preußen 100—200000 Mann, die übrigen Bundesſtaaten die Hälfte ihres Contingents aufſtellen ſollen? Die Maaßregel wird auf den Vertrag vom 20. April geſtützt*).

Ueber den Inhalt der heutigen Sitzung habe ich bereits telegraphiſch gemeldet. Ich bitte die Eile zu entſchuldigen, aber der Poſtſchluß iſt nahe. Noch bemerke ich, daß Herr von Tallenay am 15ten ein großes Diner in Gala geben wird. Herr v. Prokeſch glaubt wegen der Ausſetzung der Sitzungen dann nicht hier zu ſein. Er ſprach von ſeiner Abſicht, 2 bis 3 Sitz-

*) Dieſe Depeſche iſt m. W. nicht veröffentlicht, doch vgl. Manteuffels Depeſche an die Königlichen Miſſionen in Deutſchland vom 3. Auguſt 1854, Jasmund a. a. O. No. CCXLIV S. 339 f.

ungen, falls Ew. Excellenz einverſtanden wären, auszuſetzen, 1854
heute noch zu mir, indem er bemerkte, daß wenn Preußen mit 8. 8.
der Mobilmachung einverſtanden und dieſe beſchloſſen ſei, es
für die Bundesverſammlung ja nichts mehr zu thun gebe.

Mit ausgezeichneter Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz gehorſamſter Diener

Wentzel.

98.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt a/M. 4. Auguſt 1854.

Euer Excellenz

danke ich gehorſamſt für die gütigen Mittheilungen von geſtern*), 1854
die ſich mit meinem Schreiben gekreuzt haben. Wo man die 4. 8.
öſterreichiſche Circular-Depeſche vom 28ten v. M. hier kennt,
iſt man der Anſicht, daß wir nicht auf die Mobiliſirungs-Vorſchläge Oeſterreichs eingehen werden und daß auch die übrigen Deutſchen Bundesſtaaten keine Mobilmachung wünſchen möchten. Die Vorlegung der Ruſſiſchen Antwort wird nun in der nächſten Sitzung erfolgen und wird Ihre Rückkehr ſchon deshalb mit Sehnſucht erwartet.

Die Däniſche Beitritts-Erklärung habe ich mir von Herrn v. Brenner**) geben laſſen und füge ich ſie bei. Ich finde ſie nicht ſo verklauſulirt, als es behauptet wurde.

Herr v. Oertzen geht heute auf 14 Tage nach Mecklenburg, iſt aber bereit, ſogleich zurückzukehren, ſobald es nach Ihrer Anſicht rathſam iſt. Man hofft allgemein, daß nach der nächſten

*) Bismarck-Jahrbuch V, 10 f.

**) Freiherr v. Brenner-Felſach, öſterreichiſcher Legationsrath und Director der Bundeskanzlei.

1854 4. 8. Sitzung 2 bis 3 Sitzungen ausfallen werden. Ihre Meinung wird hierüber entſcheiden.

Graf Bentinck iſt ſeit geſtern wieder hier. Er verlangt die Intervention des Bundes, wird aber überall Zurückweiſung finden, indem man ſeinen Vertrag mit Oldenburg für verbindlich hält.

Mit ausgezeichneteſter Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz

gehorſamer Diener

Wentzel.

99.

Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck*).

Putbus 22. Auguſt 1854.

Verehrteſter Freund!

1854 22. 8. Ungefähr 8 Wochen lang bin ich außer Stande geweſen, irgend einen vernünftigen Brief zu ſchreiben. Ich war durch verſchiedenen Kummer und Aerger krank und ſo nervös geworden, daß ich kaum mehr eine Feder halten konnte, dann mußte ich noch 3 Wochen lang in Driburg curiren und kam gänzlich entkräftet vor 8 Tagen nach Charlottenburg. Ich komme hier vermöge einer mir ſonſt ungewöhnlichen Dickfelligkeit wieder zu Kräften, und werde nach und nach ein vernünftiger Menſch. Eine der erſten Proben davon ſoll dieſer Brief ſeyn: lange dauert es vielleicht nicht, daß ich vernünftig bleibe. Wenn man ſeine Zeit nicht bloß mit dem Verſtande, ſondern auch mit dem Herzen durchlebt, kann man jeden Tag in Gefahr ſeyn, raſend zu werden.

Ich verkenne gewiß nicht gute Intentionen, wenn ſie auch

---

*) Ein Stück dieſes Briefes iſt in G. u. E. I, 103 f. veröffentlicht.

meiner Ueberzeugung nach nicht an der (richtigen) Stelle und noch weniger richtig ausgeführt ſind, und ebenſo wenig das Recht von Intereſſen, wenn ſie auch demjenigen, was ich für richtig halten muß, ſchnurſtracks widerſprechen. Aber ich verlange Wahrheit und Klarheit, und deren Mangel kann mich zur Deſperation bringen. Mangel an Wahrheit nach außen kann ich unſerer Politik nun nicht zum Vorwurf machen: wohl aber Unwahrheit gegen uns ſelbſt. Wir würden ganz anders daſtehen und Vieles unterlaſſen haben, wenn wir uns die eigentlichen Motive eingeſtanden hätten, ſtatt uns beſtändig vorzuſpiegeln, daß die einzelnen Acte unſerer Politik Conſequenzen der richtigen Grund-Gedanken derſelben ſeyen. Die fortgeſetzte Theilnahme an den Wiener Conferenzen nach dem Einlaufen der engliſch-franzöſiſchen Flotte in die Dardanellen und jetzt zuletzt die Unterſtützung der weſtmächtlich-öſtreichiſchen Forderungen in Petersburg haben ihren wahren Grund in der kindiſchen Furcht „aus dem Concert européen herausgedrängt zu werden" und „die Stellung als Großmacht zu verlieren", die größten Albernheiten, die zu denken ſind; denn von einem Concert européen zu ſprechen, wenn 2 Mächte mit einer dritten im Kriege ſind, iſt doch geradezu ein hölzernes Eiſen, und unſere Stellung als Großmacht verdanken wir doch wahrhaftig nicht der Gefälligkeit von London, Paris und Wien, ſondern unſerem guten Schwerte. Ueberdem aber ſpielt überall eine Empfindlichkeit gegen Rußland mit, die ich vollkommen begreife und auch theile, der man aber jetzt nicht nachgeben kann, ohne zugleich uns ſelbſt zu züchtigen. 1854 22. 8.

Wo man nicht wahr gegen ſich ſelbſt iſt, iſt man allemal auch nicht klar. Und ſo leben und handeln wir zwar nicht in ſolcher Unklarheit, wie in Wien, wo man wie ein Schlaftrunkener alle Augenblicke handelt, als ob man ſchon im Kriege mit Rußland wäre: aber wie man neutral und Friedensvermittler ſeyn und zugleich Propoſitionen wie die letzten der

1854 22. 8. Seemächte empfehlen (kann), verſtehe ich mit meinen ſchwachen Verſtandeskräften nicht.

1854 23. 8. 23/8. Gerlach läßt Ihnen Folgendes ſagen, mit der Bitte es durchzudenken und ev. die Reifwerdung vorzubereiten.

Schon ſeit längerer Zeit hat der König ſich mit dem Gedanken herumgetragen, den Art. 2 des Vertrags vom 20. April durch einen article unique ſtatt des nun ſelig entſchlafenen, wenn auch nicht durch einen gleich uniquen zu ergänzen*). Geſtern entwickelte er uns beiden von Neuem dieſen Gedanken, der neue article unique ſoll durch Preußen, Oeſtreich und einen in Frankfurt zu wählenden Bevollmächtigten der übrigen Bundes-Staaten (Miniſter eines der Königreiche) zu Stande gebracht werden. Anfänglich bezeichnete der König als Gegenſtand Schutz des öſtreichiſchen Territoriums gegen einen ruſſiſchen Einbruch. Als jedoch Gerlach und ich bemerkten, daß dies nicht Ergänzung der durch Wegfall des article unique entſtandenen Lücke ſeyn würde und überdem der Fall durch den Hauptvertrag ſchon vollſtändig vorgeſehen ſey, ſtand er ab. Wir hoben darauf hervor, wie wichtig es ſeyn würde, wenn ein neuer article unique nach beiden Seiten gewandt wäre, und bezeichneten als Beiſpiel der möglichen Gegenſtände: 1) Garantie der ungeſtörten Beſetzung der Donau-Fürſtenthümer durch Oeſtreich bis zum Abſchluß des Friedens; 2) Verabredung der bundesmäßigen Verhinderung jedweder Occupation eines Theils des Bundesgebiets (Franzöſiſche Winterquartiere in Holſtein, Mecklenburg, Rügen), auch wenn dieſe Occupation mit Genehmigung der betr. Einzel-Regierung erfolgt ſey. Der König nahm dieſe Gedanken ad referendum, nachdem man beiderſeits darüber übereingekommen war, daß eine Weigerung Oeſtreichs auf ſolche zweiſchneidige Vorſchläge einzugehen, wohl

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 202 f.

zu erwarten ſey, aber dieſe Erwartung nicht von der Sache abhalten dürfe. 1854 28. 8.

Ich theile Ihnen die Sache abſichtlich und auf Gerlachs Wunſch ſo ausführlich und hiſtoriſch mit.

Der neue General-(Polizei-)*)Director**) iſt hier, weil es ihm gelungen war, die Ueberzeugung zu erwecken, daß er in Berlin nicht ſicher vor den Nachſtellungen ſeiner Feinde ſey. Noch iſt immer Streit darüber, ob er Unterſtaatsſecretair werden ſoll — wogegen er iſt, um nicht die Macht, die Annehmlichkeiten und Revenuen des Polizey-Präſidiums zu verlieren Nachdem er ſeine Einnahme von 3600 Thlr. officiell auf 8000 per fas et nefas zu ſteigern gewußt, hat er jetzt aus den Erſparniſſen der Schutzleute ſich eine Sommerwohnung in Rummelsburg gebaut und läßt eine Chauſſee dahin durch die Droſchkenfuhrherrn bauen. Sonſt lebt er augenblicklich von einem neuen 18. März und einer an der Eifel ſtationirten franzöſiſchen Armee von 10000 M. (im Incognito von Bergleuten). Bey dieſer unſeligen Geſchichte leidet des Königs Autorität und Ruhe, gehen die Miniſter zu Grunde und am letzten Ende auch der Hühnerpaſcha ***) ſelbſt.

Der König iſt ſehr angegriffen. Auf der Reiſe hierher bekam er Durchfall und wurde fiebrig, und er kann ſich noch gar nicht erholen. An Anfang des Badens iſt noch nicht zu denken.

Ich habe meine Frau in Driburg viel wohler verlaſſen, als ich ſie hingebracht, darf hoffen, von den durch ihren Zuſtand herbeigeführten Sorgen einigermaßen befreit zu werden. Dieſe häusliche Betrübniß zu der öffentlichen und der unſeligen Unruhe meines Lebens war etwas zu viel.

---

*) Ergänzung des Herausgebers.
**) v. Hinckeldey.
***) Spitzname für Hinckeldey.

1854 28. 8. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht angelegentlich.

Gerlach grüßt beſtens. Mit aufrichtiger Anhänglichkeit

Ihr

treu ergebenſter

Niebuhr.

100.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 7. 9. erhalten in der Anlage Abſchrift einer ſoeben mir zugehenden telegraphiſchen Depeſche des Herrn Wentzel. Wie die Dinge jetzt ſtehen, finde ich mich nicht veranlaßt, die Sitzung zu verlangen. Ich ſtelle ergebenſt anheim, ob unter ſolchen Umſtänden Euer Hochwohlgeboren Ihren Land-Aufenthalt um einige Tage verlängern wollen. Die Reiſe nach Dresden ſcheint mir jetzt weniger nothwendig, doch würde ich wünſchen, daß Euer Hochwohlgeboren über Hannover zurückkehren und dort mit Herrn v. d. Lütcken*) ſprächen, der ganz Oeſterreicher zu ſein ſcheint. Zu ſehr die Rückkehr zu verſpäten, möchte ich nicht rathen.

Meine ganz ergebenen Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und Ihren Herrn Schwiegervater**), der ſich meiner vom Vereinigten Landtage vielleicht noch erinnert.

Hochachtungsvoll

B. 7/9. 54. Manteuffel.

---

*) S. o. S. 175 Anm. *).

**) v. Puttkamer.

Anlage.

Telegraphiſche Depeſche.

An den Miniſter-Präſidenten Herrn v. Manteuffel
Excellenz
zu
Berlin.

Da es für die beabſichtigte nächſte Sitzung an erheblichen Vorlagen fehlt und um einen Ausſchußbericht über die Oeſterreichiſchen Fragen in der orientaliſchen Angelegenheit vorzulegen, die Ausſchüſſe, deren Mitglieder zum Theil noch abweſend, zunächſt zuſammentreten und ſich darüber verſtändigen müſſen, ſo wird Herr v. Prokeſch, der heute auf einige Tage verreiſt, die Sitzung vom 14. d. M., wie er mir ſagt, ausfallen laſſen, falls Preußiſcher Seits nicht etwa auf den Wiederzuſammentritt gedrängt würde. 1854 7. 9.

Euer Excellenz ſtelle ich ehrerbietigſt anheim, Herrn v. Bismarck zu benachrichtigen, daß hiernach ſeine Anweſenheit am 14. hier nicht nöthig.

Frankfurt a/M. 7. Septbr. 1854.

Wentzel.

101.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt 11. September 1854.

Euer Excellenz

gütiges Schreiben vom 9ten*) habe ich ſoeben erhalten. Ich möchte auch glauben, daß man Ihre Rückkehr nach Berlin wünſcht, wenn Sie nicht Nachricht von dort bekommen haben, da ich auf Ihre Anweiſung ausdrücklich anheim gegeben hatte, Ihnen Mittheilung zu machen und zwar davon, daß Ihre Anweſenheit hierſelbſt noch nicht nöthig ſein dürfte. Mir war die 1854 11. 9.

*) Bismarck-Jahrbuch V, 12 No. XIV.

1854 11. 9. Faſſung der telegraphiſchen Depeſche wegen der Unbeſtimmtheit ſchwer geworden, ich hätte gern ganz einfach telegraphirt „es iſt keine Sitzung". Die Verantwortung wollte ich indeſſen nicht auf mich nehmen. Prokeſch iſt nach Trier gegangen, um die dortigen Alterthümer kennen zu lernen. Seinen Freund Linde*) wird er wohl auch beſuchen, derſelbe iſt dicht bei Trier angeſeſſen. Während ich ſchreibe, erhalte ich die gewöhnliche Kanzlei-Anzeige, daß am 14ten keine Sitzung ſtattfindet. Da Prokeſch noch nicht zurück iſt, ſo muß er wohl geſchrieben haben, oder es iſt von Wien Weiſung gekommen. Zugleich wird der Ausfall der Sitzung des Militär-Ausſchuſſes von morgen angezeigt. Ich werde es nach Berlin melden.

Heute früh beſuchte mich Graf Kielmansegge, um zu hören, wie unſere Inſtruction über die Oeſterreichiſchen Fragen laute. Er wollte noch keine beſtimmte haben, doch ſchien es mir, daß er vorläufig angewieſen iſt, ſich der von Preußen in einer Circular-Depeſche ausgeſprochenen Auffaſſung anzuſchließen. Die Depeſche iſt hierher nicht mitgetheilt. Graf Kielmansegge wünſchte, Ew. Excellenz möchten noch länger bleiben, damit die Orientaliſche Sache noch ruhen bleibe. Er ſagte mir ferner, daß Herr v. Schrenck eine Inſtruction entre deux habe, Bayern verlange Aufklärungen und ſei nicht gegen einige Garantien Rußlands. Danach ſcheint Bayern wieder die Vermittlerrolle zwiſchen Preußen und Oeſterreich übernehmen zu wollen. Herrn v. Münchs Inſtruction iſt ganz öſterreichiſch. Weiter habe ich noch nichts gehört. Auffallend iſt es, daß die öſterreichiſchen Blätter mit einem Male viel friedlicher lauten. Das wird wohl auf Befehl geſchrieben. Denn daran läßt ſich doch nicht glauben, daß man in Wien zur Beſinnung komme. Ich glaube Oeſterreich wird verſuchen, mit uns einen neuen April-Vertrag zu ſchließen, aber noch größere Conceſſionen verlangen, um, wenn

*) Bundestagsgeſandter für Liechtenſtein.

wir ablehnen, alle Schuld auf uns zu ſchieben. Bei den kleineren deutſchen Höfen ſoll ſehr gewühlt werden und einige ſollen ſchon mehr zu Oeſterreich ſich hinüber ziehen laſſen. 1854 11. 9.

Graf Kielmannsegge ſprach von einem Schreiben des Herrn Miniſter-Präſidenten, welches vor etwa 14 Tagen in Darmſtadt eingegangen und wonach eine Anknüpfung aufs Ungewiſſe hinausgeſchoben ſei. Die Quelle iſt Herr v. Brunnow*), der das Schreiben geleſen haben will und geäußert haben ſoll, daß danach allerdings von Darmſtadt keine Schritte geſchehen könnten. Ich kenne den Zuſammenhang nicht. Sollte etwa Herr v. Dalwigk, unzufrieden mit der Correſpondenz des Großherzogs, die Sache in die Hand genommen und dadurch vereitelt haben? Mir thut es für meine Perſon leid, da die Hoffnungen auf die Reſidentur für den Augenblick wieder vereitelt ſind.

Zitelmann**) iſt ſeit vorgeſtern Abend zurück.

Meine Frau empfiehlt ſich Ihnen und mit mir Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichſt.

Mit ausgezeichneteſter Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz

gehorſamer Diener

Wentzel.

102.

Graf R. v. d. Goltz an Bismarck.

Berlin den 31. October 1854.

Verehrter Freund!

Heute verlaſſe ich Berlin, um mich nach meinem neuen Beſtimmungsorte***) zu begeben. Ich kann es nicht thun, ohne 1854 31. 10.

*) Ruſſiſcher Geſandter am Bundestag.

**) Regierungsaſſeſſor, der Bundestagsgeſandtſchaft für Preßangelegenheiten attachirt.

***) Athen, wohin er als preußiſcher Miniſterreſident geſchickt wurde.

1854 Ihnen, wenn auch in großer Eile, einige Worte des Abſchieds
31. 10. zuzurufen. Zuvörderſt meinen aufrichtigen Dank für Ihre Theilnahme an meiner Reactivirung. Die mir zu Theil gewordene Beſtimmung, unangenehm, wie der Art an und für ſich iſt, muß mir unter den obwaltenden Umſtänden die erwünſchteſte ſein. Möglichſt ſchnell Berlin im Rücken, möglichſt weit davon weg, möglichſt wenig in der Lage, für Preußen handelnd aufzutreten, das iſt es, was ſich leider Gottes heut zu Tage Jeder wünſchen muß, der Preußen nicht gern untergehen, auch nicht langſam immer tiefer in den Schmutz ſinken ſehen möchte, am allerwenigſten in die Verſuchung geführt ſein will, ſelber dabei mitzuhelfen. Mit welchen Gefühlen ich ſcheide, iſt ſchwer auszuſprechen. Es iſt traurig, die halbe Mediatiſirung, welcher ſich gegenwärtig Preußen zu unterwerfen im Begriff ſteht, noch als den relativ günſtigeren Weg, als die einzig mögliche Rettung vor dem Tode betrachten zu müſſen. Aber verzweifeln möchte man, wenn man ſieht, daß man nicht mehr blos die Leitung der Angelegenheiten zu bedauern hat — das wäre ein vorübergehendes Unglück —, ſondern daß das Gift unpreußiſcher Geſinnung immer weiter frißt, daß es ſich bereits der früher edelſten Elemente des Landes bemächtigt hat, daß der Kern des preußiſchen Adels anfängt, am Schmutze Wohlgefallen zu finden und mit den lebhafteſten Sympathien dahin zu blicken, wo der bloße Begriff „Gentleman“ etwas völlig Unbekanntes iſt. Fehler, Unwiſſenheit kann man verzeihen; aber das Vergeſſen aller Preußiſchen Traditionen, das Verhöhnen jedes berechtigten Preußiſchen Ehrgeizes, die ſervile Anbetung eines fremden Monarchen, die feige Friedensliebe des Louis Philippeſchen Epiciers, das Alles bei dem Preußiſchen Junker anzutreffen, iſt mir zu viel. Das Reich der Demokratie muß dadurch angebahnt werden, wenn der Urwähler honettere Geſinnungen zeigt als das Blatt der would be Ariſtokratie, wenn innerhalb der letzteren alle Begriffe von militäriſcher Ehre, Patriotismus,

Treue allmälig — Dank den Predigten halb verrückter Par- 1854
venüs — auf den Kopf geſtellt werden. 31. 10.

Warum ich Ihnen das Alles ſchreibe? Weil ich kaum an etwas Andres denke und weil ich glaube, daß dergleichen Betrachtungen jetzt bei Ihnen gerade einen fruchtbaren Boden finden müſſen. Sie haben ſeit 4 Jahren, beſonders aber in der letzten Zeit reiche Erfahrungen gemacht und Ihr praktiſcher Sinn muß Sie, ſeitdem Sie an den Geſchäften ſind, auf die Unmöglichkeit gewiſſer ſophiſtiſch-doctrinärer Theorien aufmerkſam gemacht haben. Die Reſultate liegen außerdem klar genug vor Augen. Wohin ſind wir angelangt?

Sie ſind mehr wie jeder Andere in der Lage, dieſes ſelbſtmörderiſche Syſtem vernichten zu helfen, wie auch ſeine Verderblichkeit zu erkennen. Um Ihre Kraft wäre es ferner mehr ſchade, wie um jede andere, wenn ſie mit denen zuſammengeworfen würde, welche ſeit 5 Jahren ſyſtematiſch auf die Zurückverwandelung der Großmacht Preußen in den Kurſtaat Brandenburg hinarbeiten und jetzt faſt hoffen dürfen, ihrem Ziele nahe zu ſein. Alles, worum ich Sie bitte, iſt daher, daß Sie auch den Schein der Solidarität mit dieſen Menſchen meiden und, ſobald die Gelegenheit es zuläßt, ſich gegen ſie wenden. Ich glaube, Ihre Freundlichkeit gegen mich nicht beſſer erwiedern zu können, als indem ich Ihnen dies ſo offen als dringlich ans Herz lege.

Mein Brief iſt wohl ſehr unzuſammenhängend geworden; ich bin in größter Eile. Möchten wir uns in beſſeren Zeiten auf demſelben Boden zuſammenfinden!

Ganz der Ihrige

Goltz.

103.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 danke ich verbindlichſt für Ihr geneigtes Schreiben v. (27.)*)
30. 11. d. M.**). Allerdings glaube ich auch, daß Sie in dieſem Augenblicke nicht füglich werden von Frankfurt abweſend ſein können, und daß Ihre Stelle in der Erſten Kammer daher für den Anfang wird leer bleiben müſſen. Dieß bedaure ich nicht nur für mich perſönlich, ſondern auch für die Kammer, welche, ein neuer und mehr oder weniger unſchmackhafter politiſcher Brei, wohl eines erprobten und energiſchen Hefenſtoffes bedürfen wird, wenn ſie vor dem Verderben bewahrt und zu einem guten Brot- oder Kuchen-Teig gemacht werden ſoll. Doch die alte Regel: Herrendienſt geht vor! muß wohl auch hier Platz greifen.

Euer Hochwohlgeboren ſchreiben mir nichts über die neueſte Geſtaltung unſerer politiſchen Dinge. Ich bin Ihnen dankbar dafür, denn ich weiß, daß Sie nach Ihren Briefen an General v. Gerlach***) damit nicht einverſtanden ſind, und daß Sie gegen das fait accompli nicht zu Felde ziehen wollen. Aus demſelben Grunde und überdieß, weil ich die Motivirung Ihrer Anſicht nicht genau kenne, will und muß ich mich einer Widerlegung derſelben enthalten, bitte aber doch Ihnen mit zwei Worten ſagen zu dürfen, wie ich die Sache aufgefaßt habe. Als unſere Differenz mit Oeſterreich ſchärfer hervortrat, als die Darmſtädter Coalition in Maſſe von uns abfiel oder doch im Abfallen begriffen war, ſo daß Graf Buol mit Recht zu Herrn v. d. Pfordten ſagen konnte, die abſolute Majorität für Oeſterreich liege bereits in ſeinem Tiſchkaſten†), da richteten

*) Datum fehlt im Original.

**) Preußen im Bundestage, II, No. 59 S. 104 ff.

***) Vgl. Bismarcks Briefe an Gerlach (Ausg. v. H. Kohl), S. 177 f.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 242.

wir die bekannten Fragen an Oeſterreich*). Dieſes hat uns 1854
darauf in zwei oſtenſibeln und in einer geheimen Depeſche**) 30. 11.
geantwortet. Die erſteren waren im Grunde abweiſend, die letztere aber eingehend. Ich verkenne die verſchiedenen Hinterthüren, die ſich auf gut Oeſterreichiſch in der letzten finden, nicht, aber Herr v. Budberg ſelbſt erkennt an, ſie enthalte ein Programm, wie es ſelbſt Rußland nicht anders verlange. Gleichwohl hätten wir, — das erkenne ich vollkommen an —, die Sache unſchwer zum Bruche treiben können, ohne uns für den Moment in eine große Gefahr zu ſtürzen. Was wäre aber der Erfolg geweſen? Oeſterreich wäre dann entſchieden in das Lager der Weſtmächte getreten, hätte auf dem Bundestage ein Votum gegen uns provocirt, dem wir uns nicht hätten fügen dürfen, — genug alle Dinge wären dann auf die Spitze und zum Bruche getrieben worden. War es dazu der richtige Moment? Wir wußten, daß die Werbungen der Weſtmächte um Oeſterreichs Gunſt lebhafter waren als je, wir wußten, daß der Kaiſer von Rußland im Begriffe ſtand, die 4 Punkte***) anzunehmen, was er oder ſeine Diplomaten nur zu lange verzögert hat (Budberg hat die Depeſche hier 8 Tage im Pult gehabt), wir wußten, daß die Oeſterreichiſche Strömung gerade jetzt in Deutſchland herrſchte und daß Herr v. d. Pfordten, auf den ich als Staatsmann nach meinen letzten Erfahrungen gar nichts

*) Durch die Depeſche vom 30. October 1854 ſchlug Manteuffel vor: Oeſterreich ſolle ſich durch eine förmliche Uebereinkunft verpflichten, gemeinſchaftlich mit den andern contrahirenden Theilen an Rußland eine neue Aufforderung zur Annahme der Grundlagen des Friedens zu richten; erſt das Ergebniß dieſes Schrittes ſolle darüber entſcheiden: 1) ob Deutſchland ſich verpflichte oder nicht, Oeſterreichs Poſition in den Donaufürſtenthümern zu vertheidigen, 2) ob Deutſchland ihm ſeine ganze Freiheit der Handlungsweiſe gegen Rußland zugeſtehen wolle oder nicht, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXVI u. CCLXVIa S. 383 ff.

**) Alle datirt vom 9. November, Jasmund a. a. O. CCLXVIII bis CCLXX S. 387 ff.

***) S. Anhang Bd. I, 25 Anm.**)

1854 30. 11. gebe, der aber immerhin die politiſche Meinung in Baiern beſtimmt, uns die Nichtbeachtung des Oeſterreichiſchen soit disant Entgegenkommens übel genommen hätte. Unter dieſen Umſtänden haben wir Oeſterreich nachgegeben*). Man macht nun den Vorwurf, daß wir für dieſe Conceſſion keine genügende Gegenconceſſion ſtipulirt haben. Darauf erwiedere ich: Eine vollſtändig genügende Gegenconceſſion d. h. eine ſolche, welche Oeſterreich den Weſtmächten gegenüber compromittirt hätte, war überhaupt nicht zu erlangen, eine ſolche zu machen, hatte Oeſter-

*) Durch den Zuſatz-Artikel vom 26. November zur Convention vom 20. April. Derſelbe lautete:

„Die immer bedrohlicher werdende Lage der Europäiſchen Angelegenheiten hat die Allerhöchſten Höfe von Wien und Berlin veranlaßt, das Bedürfniß eines die Beſtimmungen des Vertrags vom 20. April d. J. ergänzenden Einverſtändniſſes in nähere Erwägung zu ziehen.

Die Allerhöchſten Souveräne ſind ſich in der Ueberzeugung begegnet, daß es für die Theilnehmer des durch den Bundesbeſchluß vom 24. Juli erweiterten Bündniſſes vor Allem darauf ankommt, gemeinſchaftlich auf die Annahme einer von ihnen für geeignet gehaltenen Grundlage für die künftigen Friedensverhandlungen hinzuwirken. Sie erkennen eine ſolche in denjenigen vier Präliminarpunkten, für deren Annahme Oeſterreich und Preußen ſich bereits bei dem Kaiſerlich ruſſiſchen Hofe verwendet haben, und werden daher angelegentlich bemüht ſein, dieſer Grundlage Geltung zu verſchaffen.

Wenn ſich hieran die Hoffnung auf Anbahnung einer friedlichen Verſtändigung knüpft, ſo erheiſcht doch der Ernſt der geſammten Lage Europas und das Bedürfniß, das Ziel des angeſtrebten Friedens mit Nachdruck zu verfolgen, die Bürgſchaft eines engverbündeten Auftretens des geſammten Deutſchlands. Von dieſem Gedanken geleitet und die Gefahren würdigend, die ein Angriff auf die Oeſterreichiſchen Truppen nicht nur bei Betretung des Kaiſerlichen Gebiets ſondern auch in den Donaufürſtenthümern für Deutſchland herbeiführen könnte, wollen Se. Majeſtät der König von Preußen gegen Allerhöchſt ihren erhabenen Verbündeten, Se. Majeſtät den Kaiſer von Oeſterreich, hierdurch auch für den letzten Fall die Verpflichtung zu gemeinſamer Abwehr übernehmen und rechnen mit Zuverſicht darauf, eine gleiche Bereitwilligkeit auch ſeitens der übrigen deutſchen Verbündeten durch Annahme des gegenwärtigen Zuſatzartikels bekundet, und eintretenden Falls bethätigt zu ſehen.“ (Jasmund a. a. O. CCLXXIV S. 396 f.)

reich weder Luſt noch Muth, und darauf beſtehen, hätte eben 1854
geheißen die Sache zum Bruche treiben. Anſtatt keiner beſtimmten 30. 11.
Conceſſion ſchien es anſtändiger, den Act lieber als eine Liberalität Preußens, was er wirklich iſt, hinzuſtellen. Wirklich erlangt aber haben wir doch Folgendes:

1) Die Oeſterreichiſche Geheime Depeſche, welche nun gewiſſer Maaßen unſer Eigenthum wird, und auf welche ein eigenhändiger Brief des Kaiſers ſich beſonders bezieht*).

2) Oeſterreich hat vor dem Bundesbeſchluſſe den Zuſatz-Artikel mit uns gezeichnet und damit anerkannt, daß wir mehr leiſten als wozu wir durch den Aprilvertrag verpflichtet ſind, daß wir aber dieſes Mehr uns nicht durch willkürliche Auslegungen Oeſterreichs oder Bundesbeſchlüſſe auflegen laſſen, ſondern uns dazu durch ſelbſtſtändige Verträge engagiren, was für alle Zukunft wichtig iſt.

3) Wir haben ſowohl Oeſterreich als den Weſtmächten die Ueberzeugung gegeben, daß Erſteres bei uns eine Stütze finden kann, alſo nicht nothwendig an die letzten gewieſen iſt. Gegeben haben wir dafür die Verpflichtung zu einer Handlung, die wir, ſo lange wir nicht im Kriege mit Oeſterreich, doch kaum würden haben unterlaſſen können, eine Verpflichtung, mit welcher Oeſterreich allenfalls Mißbrauch treiben kann, welche wir aber doch immer mehr oder weniger in der Hand haben, denn die Beurtheilung darüber, was ein Angriff iſt, wird doch immer in unſerer Hand ſein, auch wird die Executions-Vollſtreckung zu unſerer Heranziehung namentlich dann ſchwierig ſein, wenn die Nothwendigkeit eintritt. Ich bilde mir durchaus nicht ein, daß wir mit unſerem Artikel Oeſterreich gewonnen oder für alle künftigen Fälle ehrlich gemacht haben, allein wir haben den vielleicht anbrüchigen Faden, der uns zuſammenhielt, doch in Etwas verſtärkt und haben gleichzeitig dem Ruſſiſchen Cabinet

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 248 f.

1854 30. 11. die Möglichkeit gewährt, ſeine Friedensbeſtrebungen noch an den Mann zu bringen, die für uns momentan ungünſtige Situation aber wenigſtens zeitweiſe von uns geſchoben und interim aliquid ſit, vielleicht der Friede, vielleicht etwas Anderes. Was die Oeſterreichiſche Apotheker-Rechnung betrifft, die uns nach Euer Hochwohlgeboren letztem Schreiben*) (welches mir ſoeben zugeht, und für welches ich verbindlich danke) droht, ſo kann ich mir kaum denken, daß man dieſe Unverſchämtheit haben ſollte, indeß räume ich ein, daß das Feld des Möglichen in dieſer Beziehung ein ſehr weites iſt. Das beſte Gegenmittel ſcheint mir zu ſein, daß man die Sache je eher je lieber und zwar noch zu einer Zeit, wo man auf die Reputation etwas zu geben Grund hat, zur Sprache bringt und Oeſterreich ſelbſt veranlaßt, dergleichen unanſtändige Vorausſetzungen abzulehnen.

Rußland hat nun, wie mir Baron v. Werther**) meldet, in der That den Fürſten Gortſchakoff zur einfachen Annahme der 4 Punkte nach der urſprünglichen Faſſung autoriſirt***). Ich erwarte morgen darüber Oeſterreichiſche Mittheilungen.

Unſere Kammern-Eröffnung hat heute Statt gefunden. Ich höre, die 2te Kammer ſoll ziemlich wild geſinnt ſein, auch in der erſten wird es nicht an Oppoſition fehlen.

Leben Sie wohl und laſſen Sie bald wieder etwas von ſich hören.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 30ten Novbr. 1854. Manteuffel.

Bei der Motivirung unſeres Verfahrens habe ich abſichtlich ein wichtiges Moment fortgelaſſen, nämlich das, daß der König

*) Preußen im Bundestage II, No. 60 S. 106 ff.

**) Preußiſcher Geſandter in Petersburg, vgl. die Depeſche Werthers an Manteuffel in Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 250.

***) S. Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXV S. 397.

von vornherein entſchieden war und in einem eigenhändigen Briefe an den Kaiſer eigentlich ſchon vielmehr zugeſagt hatte, was ich durch den Zuſatz in dem Sinne, daß zwiſchen der verlangten Form und der angebotenen Conceſſion Connexität Statt finde, zu ſchwächen und zu mäßigen ſuchte. 1854 30. 11.

M.*).

104.

Freiherr v. Roſenberg an Bismarck.

Geehrteſter Herr von Bismarck,

Es hat mir aufrichtig leid gethan, daß die gegenwärtigen Verhandlungen in Frankfurt a./M. Ihre Herüberkunft nach Berlin gehindert und dadurch auch mir die Gelegenheit geraubt haben, Euer Hochwohlgeboren Unterſtützung für eine Angelegenheit in gewohnter ſtreng vertraulicher Weiſe mir zu erbitten, der Sie bereits im Frühjahr Ihre einflußvolle Thätigkeit haben zuwenden wollen. Ich wage dies jetzt auf ſchriftlichem Wege zu verſuchen. 1854 4. 12.

Wie Sie erfahren haben werden, hatten die Beziehungen zwiſchen dem Prinzen von Preußen und Seinem Königlichen Bruder *vor* dem letzten Aufenthalt des Erſteren in Berlin eine recht befriedigende Geſtalt angenommen. Deſſenohngeachtet hat der Prinz von Preußen Bedenken getragen, ſein hieſiges Verweilen weiter auszudehnen und iſt mit dem Entſchluſſe fortgegangen, erſt am 18. Januar, alſo in 7 Wochen hieher zurückzukehren. Mir ſind die dazwiſchen liegenden Umſtände nicht bekannt, die den Prinzen in einer ſo ſchweren ereignißreichen Zeit wiederum nur zu einem überaus kurzen Aufenthalt veranlaßt haben, doch ſchien es mir, als wenn S. Majeſtät der König nicht übermäßigen Werth auf die verlängerte Gegenwart des Prinzen gelegt und dieſem eine ſolche

*) Bismarcks Antwort vom 8./9. December 1854 ſ. Preußen im Bundestag II, No. 66 S. 115 ff.

1854 Wahrnehmung genügt habe, um ſeine Abreiſe zu beſchleunigen.
4. 12. Man mag indeß einer politiſchen Richtung angehören, welcher man wolle, ſo wird man es nicht mehr zu verkennen im Stande ſein, daß die gegenwärtigen Zeitverhältniſſe wohl ernſt genug ſind, um, wie im J. 1848, Partheiunterſchiede unter allen Wohlgeſinnten zu verwiſchen und alle einflußreichen Perſonen in der Erkenntniß und Verfolgung des eignen — nicht Ruſſiſchen oder gegen Rußland coalirten — Intereſſes zuſammen zu ſchließen. Ich glaube, daß vor dieſer Nothwendigkeit auch die bei manchen Perſonen geringere Theilnahme für die Stellung des Prinzen von Preußen zurücktreten, und die Ueberzeugung allſeitige Geltung ſich verſchaffen müſſe, daß die Fremdlingseigenſchaft des muthmaaßlichen Thronfolgers, zumal da ſeiner Perſönlichkeit im In- und Auslande eine nicht gering zu veranſchlagende Bedeutſamkeit beigelegt wird, unſere Intereſſen und namentlich unſere Stellung nach Außen fortdauernd beeinträchtigt, des künftigen Nachtheils nicht zu gedenken, der daraus erwachſen dürfte, daß der Vater des zum Thron gelangenden Prinzen den wichtigſten Entſchließungen der jetzigen Regierung gegenüber bald ignorirend bald proteſtirend ſich verhält. Will man ein Mehreres, nämlich thatſächliche Annäherung dieſes hohen Herrn an die Handlungen des Kabincts, ſo wird man bei einiger Einſicht in gewiſſe Verhältniſſe es einräumen müſſen, daß der Aufenthalt in Coblenz auf*) die Stimmung des Prinzen ebenſo wenig wohlthätig einzuwirken vermag als auf*) ſeine Geſundheit. Dieſen letzteren Geſichtspunkt hat Manteuffel vor kurzem dem Könige gegenüber geltend gemacht und vorgeſchlagen, daß S. Majeſtät dem Prinzen noch am letzten Tage Seines Hierſeins den Wunſch zu bleiben ausdrücke. Indeſſen hat der König den Prinzen abreiſen laſſen. Iſt durch die räumliche Entfernung die Herbeiführung einer baldigen

*) Orig.: für.

Rückkehr zwar erſchwert, ſo iſt ſie doch nicht ganz unmöglich gemacht. Zuvörderſt dürfte es nicht nothwendig ſein, daß eine förmliche Anrufung zur Theilnahme an den Staatsgeſchäften vorausgehe. Vielmehr dürfte eine beide Theile weniger engagirende Einladung z. B. zu einem Hoffeſt u. dgl. genügen. Doch durch wen iſt dies zu vermitteln? — Die wenigen mir zugänglichen Perſonen, welche in dieſer Sache nützlich ſein könnten, halte ich im vorliegenden Falle nicht für geeignet, einestheils weil ſie nicht häufig genug dem Könige nahen, anderntheils den klaren Blick einbüßen, um in dieſer Beziehung unpartheiiſch vorzugehen. Dagegen frage ich Sie, ob nicht General G.*) die Sache übernehmen möchte? Könnten Sie vielleicht dazu mitwirken? oder mir ſonſt einen andern Weg bezeichnen? Sollten Sie dazu die Hand bieten, ſo bin ich gern bereit, dem General G. — wenn er es erfordern ſollte, meine Dienſte gegenüber dem Coblenzer Hofe zur Verfügung zu ſtellen, allein Sie werden mich nicht tadeln, wenn ich Bedenken trage, aus meiner unbedeutenden Stellung heraus die Initiative zu ergreifen. 1854 4. 12.

Der Traktat vom 2. Dezember**) wird die Situation wohl bedeutend aufklären; wenn man es wieder für gut hält, ſich zu alliiren, ſo wird man hoffentlich es nunmehr übers Herz bringen, ſich an einen der wichtigeren Factoren der Coalition zu wenden, ſtatt an den Geſchlepptaueten.

Ihrer verehrten Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen zu legen und den Ausdruck meiner unbegrenzten Ergebenheit zu genehmigen, in der verharrt

Ew. Hochwohlgeboren

gehorſamſter

Berlin 4. Dezbr. (1854). Roſenberg.

---

*) Gerlach (?)

**) Oeſterreichs Anſchluß an die Weſtmächte, Jasmund a. a. O. CCLXXVIII S. 398 ff.

105.

O. v. Arnim an Bismarck.

Berlin den 6. Dezember 1854.

Lieber Otto.

1854 6. 12. Angeſichts der folgenſchweren Entſchließungen, die wir bald werden faſſen müſſen, frage ich bei Dir an, ob Du es nicht möglich machen kannſt, unter irgend einem Vorwande etwa als Mitglied der Erſten Kammer auf einige Zeit hieher zu kommen. Ich glaube, es iſt die ganze Kälte und nüchterne Berechnung eines klaren Verſtandes, der von allen Sympathien und Antipathien abſieht, erforderlich, um uns aus der Lage glücklich heraus zu führen, in die wir gerathen und die verwickelter wie je iſt. Hier wirſt Du gewiß viel Gutes ſtiften, manches Böſe verhindern können, in Frankfurt höchſtens das Letztere; komme daher, wenn Du irgend kannſt, und zwar bald, ehe es zu ſpät iſt.

In der Zweiten Kammer, in der die Rechte dank dem Miniſterio für die rechtzeitige Entnahme einer großen Anzahl ihrer Mitglieder zur Bildung der Erſten Kammer, in glänzender Minorität iſt, hat Vincke einen Antrag geſtellt, die Thronrede durch eine Adreſſe zu beantworten. Wie dieſelbe gefaßt werden wird, läßt ſich leicht denken, denn ich theile nicht die Meinung Derer, welche glauben, es ſei überhaupt die ganze Adreſſe noch zu hintertreiben*). Von allen Seiten erhält ſomit die Regierung Anſtoß, einen feſten Entſchluß zu faſſen, gebe Gott einen glücklichen.

Grüße Nanne herzlich von

Deinem

treuen Schwager

Arnim.

---

*) Der Antrag Vincke auf Erlaß einer Adreſſe wurde ſchließlich abgelehnt.

106.

Freiherr v. Roſenberg an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren wollte ich mir ganz ergebenſt ge- 1854
ſtatten, den Ueberbringer dieſer Zeilen, Reg.-Aſſeſſor von Gund- 12. 12.
lach, der unſerer Miſſion in Carlsruhe beigegeben iſt, aufs angelegentlichſte zu empfehlen. Sie werden, verehrteſter Herr v. Bismarck, in der Angelegenheit, über die ich Ihnen in meinem letzten Briefe zu ſprechen wagte*), vielleicht ſchon etwas gethan haben. Der Prinz wird natürlich wünſchen, das Weihnachtsfeſt in dem Kreiſe der Seinigen zuzubringen, indeß wäre es doch gut, wenn Er Gelegenheit fände, bald darauf hieher zu kommen, da die hieſigen Verhältniſſe gewiß bald recht ernſt und verwickelt werden. Der Vertrag vom 2. Dezember iſt zur puren Annahme für uns ſchon aus dem Grunde unannehmbar, als er mehrere Dinge enthält, wie den Notenaustauſch vom Auguſt und die Durchmarſchverhältniſſe in den Donaufürſtenthümern, die uns nicht berühren, oder von denen es vielmehr beſſer iſt, ſich fern zu halten. Auch hat der König überhaupt wenig Neigung, einen Vertrag einzugehn, ſelbſt wenn er eine ganz andere Faſſung erhielte. Dagegen ſcheint Manteuffel der Anſicht zu ſein, daß man jetzt den Weſtmächten ſich nähern müßte, weil es ſpäter nicht ſo ehrenvoll, vielleicht nur gezwungen geſchehen wird, weil es jetzt im Intereſſe des Friedens noch am vortheilhafteſten iſt, und weil wir endlich, wenn wir die bindende Form den Contrahenten vom 2. Dezember zugeſtehen, in der Sache vielleicht weniger umfaſſende Conceſſionen werden zu machen brauchen. Indeß ſehe ich voraus, daß wir uns auf einen Notenaustauſch beſchränken werden. Die Oeſtreicher werden wohl nächſtens die incarnirteſten Alliirten der Weſtmächte ſein. Die Illuſion, Oeſtreich von dieſer verhäng-

*) S. o. No. 104 S. 223 ff.

1854 nißvollen Coalition abzuhalten, war recht trügeriſch, und nur
12. 12. zu lange hat man daran feſtgehalten, weil man die Wiener Zuſtände nie richtig aufgefaßt hat.

Graf Arnim dürfte ein erſtes Opfer der Enttäuſchung werden. Sollte Alvensleben gewählt werden und annehmen, ſo wird er ſich vor einer Wiederholung jener Leichtgläubigkeit zu hüten haben, die er bei ſeiner letzten Miſſion gezeigt hat, und die uns keinen geringen Schaden verurſachen mußte.

Von Thuns Rückkehr*) iſt keine Rede mehr, obwohl noch nichts Definitives feſtſteht. Der König war bei dem geſtrigen Galatheater recht ſtark enrhumirt und hat deshalb keinen Cercle gehalten, worüber die Diplomatie etwas ungehalten fortging.

Ihre Frau Schweſter habe ich das Vergnügen gehabt, recht wohl zu ſehn.

Euer Hochwohlgeboren geehrteſter Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen zu legen und Herrn Wentzel zu grüßen.

Ihr

Berlin aufrichtigſt ergebener Diener

den 12. Dzbr. 54. Roſenberg.

107.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 habe ich für mehre geehrte Schreiben**) zu danken. Daß dieß
17. 12. bisher unterblieben, hat lediglich ſeinen Grund darin, daß ich in letzter Zeit durch ſo vielfache und dringende Geſchäfte in Anſpruch genommen worden, daß mir keine freie Minute blieb. Heute ſchreibe ich vor dem Ruſſiſchen Diner, und Träger dieſer Zeilen

*) Als Geſandter nach Berlin.

**) Vom 8./9. u. 11. December 1854, Preußen im Bundestag II, No. 66 und 69 S. 115 ff. 122 f.

wird unſer gemeinſchaftlicher Freund, der ſogenannte kleine Röder*) ſein. 1854 17. 12.

Seit meinem letzten Briefe haben ſich die Umſtände allerdings weſentlich und in einer Weiſe geändert, welche hier bedeutend überraſcht hat. Ich kann nicht ſagen, daß ich unter den Ueberraſchten war, denn ich habe Derartiges immer kommen ſehen, auch haben die Geſandten in London**) und Paris***) nicht ermangelt, darauf vorzubereiten, wenn ſchon der alte taube Arnim auch davon kein Wort erfahren hat. Geſtern iſt mir nun von den drei Geſandten†) der Vertrag††) offiziell mit der Einladung zum Beitritt mitgetheilt worden, und zwar einſchließlich des Zuſatz-Artikels. Letzteren ſoll ich ſehr geheim halten, ich nehme aber keinen Anſtand, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer perſönlichen Inſtruction den Innhalt anzugeben. Dieſer geheime Artikel iſt ganz kurz, enthält nichts über die vier Punkte und deren Auslegung und ſagt nur, daß, wenn der Fall des Art. V eintrete, alſo der Friede bis Ende 1854 nicht geſichert ſei, dann die Beſtimmungen des Art. III bereits eintreten, d. h. der Abſchluß eines Offenſiv- und Defenſiv-Bündniſſes eintreten ſoll.

Ich gedenke nun zu der Sache ungefähr folgender Art mich zu äußern, und zwar nach Paris und London: Ihr habt ein Bündniß zur Erreichung des Friedens gemacht, das ſtimmt mit unſeren Anſichten überein, wir ſind ſogar gegen einen Eurer Mitverbündeten ſchon in dieſer Richtung verpflichtet; dem Vertrage ſo wie er da liegt, beizutreten, iſt ganz unmöglich, denn wir können nicht zugeben, daß, wenn Oeſterreich Krieg mit Rußland machen will, wir deshalb daſſelbe thun; es muß alſo

---

*) Eugen v. Röder.
**) Graf v. Bernſtorff.
***) Graf Maximilian v. Hatzfeldt.
†) Graf Eſterhazy, Mouſtier und Bloomfield.
††) Vom 2. December.

1854 17. 12. mit uns ein beſonderer Vertrag gemacht werden, aus dem auch Art. II als auf uns nicht anwendbar, fortgelaſſen werden muß; ſodann aber müſſen wir, bevor wir dazu nur in Unterhandlung treten, auf die Oeſterreich bereits bekannte Auslegung der 4 Punkte kommen, damit wir causa cognita unſern Entſchluß faſſen können; erklärt Euch alſo hierauf; ſodann wollen wir ſehen *).

In Frankfurt bitte ich die Dinge möglichſt kühl aufzufaſſen, namentlich aber auf den Militair-Ausſchuß ein aufmerkſames Auge zu haben und General Reitzenſtein**) fortwährend in Fühlung zu halten. Es kann nicht in unſerem Intereſſe liegen, durch Mobilmachungsbeſchlüſſe u. dergl. gedrängt zu werden; alle Mittel des Hinhaltens werden uns daher erwünſcht erſcheinen. Bedarf es dazu dieſſeitiger Inſtructionen, ſo bitte ich mir es zu ſchreiben. Unſere Aufgabe wird überhaupt fortan ſein, möglichſt als Europäiſche Macht aufzutreten, nachdem wir die Erfahrung gemacht, daß die kleinen deutſchen Staaten doch kein Material, das irgend brauchbar wäre, abgeben. Zum Hinhalten werden ſie aber wohl gern ſich pretiren. Das Alles muß mit möglichſter Freundſchaft gegen Oeſterreich geſchehen. Denn je mehr man Grund hat mit ihm unzufrieden zu ſein, um ſo weniger darf man ihm Anlaß zu gegründeten Beſchwerden geben, um ſo weniger auch darf man thun, was man in Wien wünſcht. Ganz beſtimmt weiß ich, daß man dort nichts lebhafter wünſcht, als daß uns eine Annäherung an die Weſtmächte nicht gelinge, obwohl man uns hier das Gegentheil verſichert. Graf Buol hat geſagt, man werde uns zu den Verhandlungen ohne Adhäſion an den Vertrag auf keinen Fall zulaſſen; ich habe geantwortet, darauf legten wir gar keinen Werth.

---

*) Vgl. Manteuffels Depeſchen nach Paris (London) und Wien vom 19. December 1854, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXXI u. CCLXXXII S. 402 ff.

**) Preußiſcher Bevollmächtigter zur Bundesmilitärcommiſſion.

Se. Majeſtät haben den, wie mir ſcheint, unglücklichen Gedanken einer Miſſion des Herrn v. Uſedom nach London ſich nicht ausreden laſſen. Er ſoll der Königin von England beſonders antikatholiſche Reden halten; das hilft jetzt zu gar nichts und macht nur das annäherungsluſtige Frankreich bös. Indeß, was iſt da zu thun? 1854 17. 12.

Herr v. Uſedom erhält von mir nichts als das Reiſe-Geld. Ich gebe ihm keine Zeile mit. Ich ſchriebe gern noch mehr, aber meine Stunde hat geſchlagen.

Leben Sie wohl. Schreiben Sie mir bald.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 17. Dez. 1854. Manteuffel*).

108.

Aſſeſſor Zitelmann an Bismarck.

Der Herr Miniſterpräſident iſt geſtern Mittag zurückgekehrt und hat ſich ſofort nach Charlottenburg begeben, um Sr. Majeſtät dem Könige Vortrag zu halten. Wie man mir mittheilt, ſind geſtern Depeſchen aus Wien und Paris eingegangen. Nach denſelben hätten die Conferenzen in Wien nur einen vorläufigen vertraulichen Charakter und wären beſtimmt eine Verſtändigung über die Präciſirung der 4 Punkte herbeizuführen. Der ſchleunige Zuſammentritt ſoll hauptſächlich auf Anlaß des Grafen Buol ſtattgefunden haben, der auf dieſe Weiſe Preußen einen neuen Beweis ſeiner bundesfreundlichen Geſinnung zu geben beabſichtigte. 1854 31. 12.

*) Bismarcks Antwort vom 19. December 1854, Preußen im Bundestag II, No. 71 S. 124 ff.

1854 31. 12. Man glaubt hier nicht, daß die qu. Conferenzen ein Reſultat haben werden, da Oeſterreich feſt entſchloſſen ſein ſoll, das Kriegsglück zu verſuchen, nachdem Frankreich ſich verpflichtet hat, etwaige Unruhen in Italien zu unterdrücken. Nach den Pariſer Nachrichten beſteht der Kaiſer auf der Eroberung Sebaſtopols und iſt in keiner Weiſe geneigt, einen Frieden ohne deſſen Schleifung abzuſchließen. — Unter dieſen Umſtänden ſetzt man in die Wiederherſtellung des Friedens nur geringe Hoffnung.

In pflichtſchuldiger Ehrerbietung
Euer Excellenz
ganz gehorſamer Diener
Berlin 31. 12. 54. Zitelmann.

109.

Aſſeſſor Zitelmann an Bismarck.

Euer Excellenz!

1855 3. 1. In der orientaliſchen Angelegenheit iſt eine Note von Wien aus hier eingetroffen, in welcher die dieſſeitige Mobilmachung gefordert wird*), da ein Angriff Rußlands auf die Oſtgrenze des Kaiſerſtaats zu befürchten ſei; ferner will Oeſterreich am Bundestage den Antrag auf Mobilmachung des halben Contingents ſtellen. Eine Antwort hierauf iſt noch nicht feſtgeſtellt, indeſſen ſcheint man zur Ablehnung pro tempore bereit. Der Herr Miniſterpräſident hat ſich heute nach Potsdam begeben, und es iſt daher möglich, daß dieſe Sache zum Vortrag kömmt.

Euer Excellenz
ganz gehorſamſter Diener
Berlin 3. 1. 55. Zitelmann.

*) Vom 24. December 1854, Jasmund 1, No. CCLXXXIV S. 405 f.

110.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 5. Januar 1855.
in der II. Kammer.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich für die beiden letzten geehrten Schreiben*). Deren Inhalt iſt bei meinem Erlaſſe nach Wien**) nicht unberückſichtigt geblieben. Nur eine Nuance Ihrer Auffaſſung wollte Se. Majeſtät durchaus nicht Platz greifen laſſen, nämlich die, daß wir die Stellung des Zurücktretens ſtillſchweigend acceptiren. Der König hält dieß für ganz unmöglich und gab mir nicht undeutlich zu verſtehen, daß er glaube, dieſe Anſicht ſei Euer Hochwohlgeboren von hier aus ſuppeditirt und zwar von General v. Gerlach, mit welchem Se. Majeſtät über dieſelbe Sache kürzlich eine lebhafte Discuſſion gehabt***). 1855 5. 1.

Ueber die Vorgänge in Wien bitte ich Euer Hochwohlgeboren das unbedingteſte Stillſchweigen und größte Discretion zu beobachten; hierfür ſprechen zwei Gründe, einmal, daß die Mittheilung ſelbſt auf ſehr vertraulichen Einblicken beruht, zweitens aber, daß hier mit der Wahrheit in der That ſchlimmer Mißbrauch getrieben werden kann, um Oeſterreich und namentlich den Kaiſer durch Compromittirung noch ſchärfer in das jenſeitige Lager zu treiben.

Die Friedens-Hoffnungen ſind im Allgemeinen ſehr gering.

---

*) Vom 1. und 8. Januar 1855, Preußen im Bundestag II, No. 75 u. 76 S. 130 ff.

**) Vom 5. Januar, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXXVII S. 409 f., Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 4 ff.

***) Dieſer Anſicht widerſpricht Bismarck im Briefe vom 7. Januar, Preußen im Bundestag II, No. 77 S. 139 ff.

1855 5. 1. Die Weſtmächte machen kein Hehl daraus, daß ſie ihn zwar wünſchen, aber nicht eher, als bis Sebaſtopol genommen iſt. Da nun dieſer Erfolg ziemlich im weiten Felde liegt und nach meinen Nachrichten die Ruſſen am 12. Januar ſogar in die Offenſive übertreten wollen, ſo ſehe ich die Möglichkeit des Friedens nicht ab. Fürſt Gortſchakoff hat ſich in der Conferenz ſelbſt meines Erachtens nicht ganz klug benommen*), ſo gut er auch nachher operirt hat.

Des Königs Majeſtät gaben mir zu bedenken, ob ich Euer Hochwohlgeboren nicht hierher citiren ſollte, um wie Allerhöchſtderſelbe ſich ausdrückte „an der Quelle" zu ſchöpfen. Ich trage aber Bedenken dieß gerade jetzt zu thun, wo Sie dort vielleicht ſehr nöthig ſind, ſtelle indeß zur Erwägung, ob Sie es für angemeſſen halten, und ſtelle event. telegraphiſche Anfrage anheim.

Soeben ſind wir bei der Präſidenten-Wahl gründlich geſchlagen**), und es rückt nun die Frage der Kammer-Auflöſung ernſtlich näher. Vielleicht könnte man auch nur einfach ſchließen.

Meiner Seits muß ich aber ſchließen, wünſche Ihnen und den Ihrigen Glück zum neuen Jahr und verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel***).

Berlin, d. 5. Januar 1855.

---

*) Orig.: genommen.

**) Gewählt wurde Graf Schwerin-Putzar, der Führer der liberalen Oppoſitionspartei.

***) Bismarcks Antwort vom 7. Januar ſ. Preußen im Bundestag II, No. 77 S. 139 ff. Bismarck reiſte am 8. nach Berlin und aß am 10. Januar beim Könige, Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 268.

111.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt 12. Januar 1855.

Euer Excellenz

kann ich nicht viel Neues von hier melden. Die Situation iſt 1855
durch die Eröffnung von Verhandlungen in Wien eine andere 12. 1.
geworden, der Oeſterreichiſche Mobiliſirungs-Antrag hat ſich dadurch für den Augenblick von ſelbſt erledigt. Ich zweifele nicht, daß es unſere Ablehnung geweſen iſt, die Oeſterreich zu ſcheinbarer Nachgiebigkeit in der Form beſtimmt hat und daß es die Mobiliſirung eher durchzuſetzen glaubt, wenn der Friede nicht erreicht wird. Denn daß man alle Schuld auf Rußland ſchieben würde, iſt gewiß. Herr v. Prokeſch erzählt hier, daß Graf Buol es geweſen, der dem Fürſten Gortſchakoff die Brücke zu den Verhandlungen gebaut. Mir hat er geſagt, daß Oeſterreich ſich jetzt in London und Paris bemühe, einen Waffenſtillſtand zu vermitteln.

Die Frage, ob und wie Preußen in die Wiener Conferenz eintreten würde, beſchäftigt jetzt die Leute. Mir ſcheint, daß Oeſterreich nach dem Vertrage vom 20ten April und dem Zuſatz-Artikel nicht ohne uns verhandeln darf und daß, wenn es dies dennoch thut, dieſe Verträge dadurch von ſelbſt ihre Wirkſamkeit verlieren. Man ſollte aber denken, daß die Weſtmächte unſere Zuziehung wünſchen müſſen. Denn unſer Beitritt zu den etwaigen Verträgen muß ihnen nothwendig ſein, und deshalb werden ſie ſich wohl ſchwerlich der Gefahr ausſetzen, daß wir künftig den Beitritt ablehnen, weil wir nicht bei den Verhandlungen gefragt ſind. — Geſtern ſind 2 Depeſchen, die Zuziehung des Bundes zu den Wiener Conferenzen betr., über

1855 12. 1. Cöln eingegangen. Ich werde ſuchen, darüber die hieſigen Anſichten zu hören, ohne natürlich danach zu fragen.

Herr von Schrenck, den ich heute beſuchte, fürchtete, daß Oeſterreich den Frieden nicht wolle. Herr v. Prokeſch hatte ihm geſtern geſagt, daß Oeſterreich nicht weiter mit den Weſtmächten gehen würde, ſobald es ſich durch die Ruſſiſchen Anerbietungen befriedigt fühlte. Herr v. Schrenck war über dieſe vague Aeußerung inſofern verwundert, als darin die Möglichkeit einer Trennung Oeſterreichs von den Weſtmächten liege. Allein was ſind Prokeſchſche Reden!

Auffallend war mir eine Bemerkung von Herrn v. Schrenck. Er wiederholte, daß Bayern ſeine Truppen nicht nach der jetzigen Abſicht Oeſterreich überlaſſen würde, fügte aber hinzu, daß man, wenn es zur Mobilmachung käme, einen Bundes-Oberfeldherrn wählen müſſe, der dann kein anderer als der General v. Heß ſein könne, damit Einheit in das Ganze komme. Ich ſtellte ihm vor, daß dieſe Wahl gerade die am wenigſten paſſende wäre, merkte aber wohl, daß Bayern glaubt, wir würden, um nur keinen Oeſterreichiſchen Oberfeldherrn zuzulaſſen, uns lieber damit einverſtanden erklären, daß die nicht Preußiſchen und Oeſterreichiſchen Truppen unter einen Bayeriſchen General geſtellt werden.

In einem Leitartikel der Poſtzeitung empfahl Herr v. Prokeſch vor einigen Tagen die Werbungen als deutſche Sache. Ich habe bei Gelegenheit eines Berichts über dieſe Angelegenheit, auf welche die Reſidentur wachen ſoll, den Artikel dem Herrn Miniſter eingereicht.

Wentzel.

112.

König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann von Sachſen.

Charlottenburg den 18. Januar 1855.

Allertheuerſter Freund,

Als Haupt-Antwort auf Deinen ſo intereſſanten und lieben 1855
Brief, ſend ich Dir anliegend den Entwurf einer Note*), die für 18. 1.
die deutſchen Höfe beſtimmt iſt. Ich hoffe (aber weiß es nicht) daß ihr Inhalt Deine Wünſche befriedigen wird. Antworte mir offen und unumwunden. Sage mir vor Allem, was Du als ein Mehreres wünſchen möchteſt und in wie weit Du das Auftreten Preußens in Teutſchland und in specie zu Frankfurt etwa noch amplificirt, kühner, deutlicher, Andere für die gute Sache (der Blut-Erſparniß teutſcher Landes-Kinder) gewinnender wünſchen möchteſt. Ich bin Dir nur gar zu gern gehorſam und ſagſt Du „nicht 10 ſondern 12", es fehlt noch der und der Drucker, ſo thue ich es; wenn es irgend möglich iſt.

Ad vocem Uſedom kann und will ich Dir mit unumwundener Offenheit dienen. Ich habe durch ihn den Engl. Hof und Cabinet wiſſen laſſen, 1. Ich hätte meine Stellung als Mitglied der Wiener Conferenz und Conſignataire des Protokolls vom 9. April**) allertreulichſt erfüllt, auch dann noch, als die übrigen Mächte mir angekündigt „ich ſey aus der — Conferenz ausgeſchieden" (wegen Alvenslebens Privat-Weigerung, einer anzuſetzenden***) Berathung derſelben beizuwohnen) 2. Dieſe meine Stellung, als Glied der Wiener Conferenz, die eine freiwillige geweſen, wolle ich nunmehr, wenn England es wolle,

*) Vom 17. Januar 1855, Text in Jasmund a. a. O. I, No. CCXCIII S. 416 f., Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 6 f.

**) Jasmund a. a. O. I, No. CCXIX S. 299 f.

***) Zweimal unterſtrichen.

1855 18. 1. zu einer verpflichteten Stellung, Kraft eines Tractates, verwandeln — aber 3. ein Mehreres als was ich ohnedem (als Conferenz-Mitglied) gethan haben würde, thäte ich nicht. So würde ich unter keiner Bedingung den Krieg an Rußland erklären als in den 4 Fällen, 1. Ruſſ. Marſch auf Byzanz, 2. Incorporation der Donau-Lande, 3. Casus foederis mit Oeſterreich (aus dem Bündniß vom 20. April nebſt 2 Zuſatz-Artikeln) u. 4. eine Ruſſiſche Kriegserklärung, Invaſion, Beleidigung ꝛc.

Die Sachen ſtanden nicht gerade günſtig aber keineswegs ſchlecht zu London, als ich durch die letzte Antwort unſers Kaiſerl. Neffen (überbracht durch Oberſt Edwin von Manteuffel) die Erklärung von Preußens Ausſchluß von den Friedens-Verhandlungen, erhalten habe. Jetzt ſteht Alles anders! Ich erkläre jetzt zu London und Paris, daß ich zwar immer noch bereit wäre, einen Traktat mit Beiden abzuſchließen auf der eben angeführten immuablen Grundlage. Conditio sine qua non ſey aber nunmehr geworden „meine vorhergehende Zulaſſung zum Friedens-Congreß"

Schluß.

FW.

113.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

Charlottenburg, 22/1. 55.

1855 22. 1. Beſter Manteuffel. Hier iſt der Brief König Johanns*). Ich finde ihn durch und durch beherzigenswerth, und glaube, es wäre gut, daß Bismark inſtruirt werde, deutlich die Kriegsfälle mit Rußland (als unerſchütterliche Norm meines Verhaltens) herzuzählen. Alſo „1. Incorporazion der Moldau ꝛc., 2. Marſch

*) Nicht vorhanden.

auf Stambul, 3. Angriff der Ruſſen auf Oeſterreich, ſowohl in deſſen Erbſtaaten als in den Fürſtenthümern, 4. Beleidigung Preußens oder des Bundes, 5. Zurücknahme der 4 Punkte und 6. Kriegs-Erklärung gegen Preußen. Ein Mehreres thäte Preußen gewiß nicht.“ 1855 22. 1.

Wedell abonde in unſerm Sinne. Er will Sie beſuchen und morgen nach reiflichem Durchdenken geſchäftlich mit Ihnen verhandeln. Vale

FWR.

114.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 23. Januar 1855.

Ew. Hochwohlgeboren finden in der Anlage, ausſchließlich zu Ihrer perſönlichen Kenntnißnahme, Abſchrift eines Schreibens, das S. Majeſtät der König kürzlich an den König Johann von Sachſen gerichtet haben*). In der darauf erfolgten Rückäußerung hat Letzterer Sich mit der dieſſeitigen Auffaſſung, ſowie ſie in den officiellen Schriftſtücken und namentlich in dem Circular vom 17ten ausgeſprochen iſt, im Allgemeinen völlig einverſtanden erklärt, und nur ein recht klares und beſtimmtes Ausſprechen in demſelben Sinne am Bunde empfohlen. Seine Majeſtät, unſer Allergnädigſter Herr, halten dies ebenfalls für rathſam und haben mich daher beauftragt, dies Ew. Hochwohlgeboren gleichfalls zu empfehlen, zu welchem Behufe ich eben das Allerhöchſte Schreiben in Abſchrift hier beigefügt, damit Ew. Hochwohlgeboren ſich, namentlich in Betreff der Kriegsfälle gegen Rußland, bei ſich darbietenden geeigneten Anläſſen in entſprechender Weiſe äußern können. 1855 23. 1.

Manteuffel.

*) S. o. S. 237 f. No. 112.

115.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerſter Freund,

1855 2. 2. Vor allem meinen herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 28.*), welches mir übrigens erſt am 30., ohne Poſtzeichen von Frankfurt auf dem Couvert, zugegangen iſt.

In Folge direkter telegraphiſcher Weiſung aus Berlin hatte ich bereits in dem von Ihnen gewünſchten Sinne hier gewirkt und die Zuſicherung des Herrn v. Rüdt**) erlangt, daß Herr v. Seutter***) angewieſen werden ſollte, in Beziehung auf die Wahlfrage des Bundesfeldherrn zu erklären, daß Baden in dem gegenwärtigen Stadium von Betreibung dieſer Angelegenheit Abſtand nehme.

Baiern hofft, wie ich annehme, aus der gegenſeitigen jalousie von Oeſtreich und Preußen den Vortheil für ſich in Anſpruch zu nehmen, den eine neutrale Wahl eines Feldherrn jetzt haben könnte. Meine Berichte ſende ich Ihnen offen. Die Situation, wie ſie ſich jetzt geſtaltet hat, kann man als eine durchaus günſtige für Preußen acceptiren. Doch wird es ſich jetzt darum handeln müſſen, auch für die ſpezifiſch Preußiſche Politik beſtimmte Zielpunkte ins Auge zu faſſen. Dann erſt ſteuern wir mit Sicherheit vorwärts. Das Hemmen der Oeſtreichiſchen Ambition iſt für uns zwar ſchon ein bedeutendes Reſultat, es wird ſich aber wieder vernichten, wenn wir nicht endlich einmal aus der bloßen Negation heraustreten. Für das

---

*) Nicht veröffentlicht; Concept nicht vorhanden.

**) Freiherr Rüdt von Collenberg-Bödigheim, badiſcher Miniſter des Großherzoglichen Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Seutter von Lötzen, Oberſt, badiſches Mitglied der Bundesmilitärcommiſſion.

erſte handelt es ſich darum, Deutſche Politik zu treiben, und 1855
in dieſer findet unſere europäiſche Poſition den unerläßlichen 2. 2.
Boden. Wir müſſen uns aber auch davor hüten, blos als eine Avantgarde von Rußland zu erſcheinen, ſonſt iſt die Agitation gegen uns allzuleicht.

Den kleineren deutſchen Genoſſen gegenüber iſt es erforderlich, mit voller Sicherheit und vollem Selbſtbewußtſein aufzutreten, nicht um ihre Allianz zu werben, ſondern uns zu ihrem Schutze bereit zu erklären, doch nur auf dem Boden der Bundesverträge, die zur Zeit ganz Europa gegenüber einen feſten rempart bilden können.

Ihre Anſicht über das Unzweckmäßige der Wedellſchen Sendung *) erkenne ich vollſtändig an; es ſchwächt unſern gegenwärtigen Sieg über Oeſtreich vollſtändig ab; und wird nach dieſer Richtung hin exploitirt werden.

Jetzt Feſtigkeit und Courage in Berlin, ſo iſt alles gewonnen, nur muß man wiſſen, welchem Ziel man zuſteuert, und nicht bloß, wie man Verlegenheiten aus dem Wege gehen will.

In Berlin iſt alles zu durchſichtig, und das macht es unmöglich, im Auslande das volle moraliſche Gewicht Preußens zur Anerkennung zu bringen.

Theilen Sie mir wiederum durch Ihre Fingerzeige einige Geſichtspunkte mit, die mir hier dienen können. Ich bin jetzt wieder recht thätig und gern.

General Williſen und Schlegell ſind hier angelangt, um Miniébüchſen zu beſehen. Eine militairiſch-politiſche Bedeutung hat ihre Sendung nicht. Doch wird man dies glauben, und das thut zur Zeit nichts.

---

*) nach Paris. Zweck der Sendung Wedells, wie der Uſedoms nach London war zu ermitteln, ob und auf welcher Baſis Preußen ſeinen Beitritt zur Convention vom 2. December 1854 vollziehen ſollte.

1855 2. 2. Wie denken Sie Sich eventuell die Wahl des Bundesfeldherrn?

Meine Frau grüßt, und ich empfehle mich der Ihrigen.

Ihr

treu ergebener

Carlsruhe, d. 2. Februar 1855. Savigny.

116.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1855 5. 2. danke ich verbindlichſt für Ihre Mittheilung von geſtern*). Sie enthält zum Theil die Antwort auf meine kurz vorher abgegangene telegraphiſche Anfrage.

Von hier wird alles Mögliche geſchehen, um in dem von Euer Hochwohlgeboren angedeuteten Sinne zu wirken. Ein Umſtand aber iſt, wie Sie wiſſen, unſere Schwäche und unſere Stärke zugleich, nämlich der, daß wir ſchnell bedeutende Truppen-Maſſen aufzuſtellen im Stande, aber nicht in der Lage ſind, dieſelben, namentlich die Landwehren, ſtehen zu laſſen.

Nichtsdeſtoweniger unterliegt es gar keinem Zweifel, daß wir im Falle einer Franzöſiſchen Invaſion in Süddeutſchland nicht nur aufſtellen, ſondern auch marſchiren würden, und habe ich davor, daß dieß hier Schwierigkeiten finden möchte, nicht die geringſte Beſorgniß. Letztere bezieht ſich nur auf das Stadium, welches jeden Falls eintreten wird, wo die franzöſiſchen Truppen in Frankreich verſammelt ſind, und nun den Süddeutſchen Regierungen ſucceſſiv ſtärker und ſtärker zugeredet

*) Schreiben vom 3. Februar 1855, Preußen im Bundestag II, No. 86 S. 154 ff.

reſp. gedroht wird, ohne daß die Grenze berührt oder ein Mann in Bewegung geſetzt wird. Während dieſer Zeit, die beliebig ausgedehnt werden kann, Truppen aufzuſtellen, iſt für uns faſt unmöglich. Ich bin übrigens der feſten Ueberzeugung und es wird wichtig ſein, dieſe den ſüddeutſchen Regierungen beizubringen, daß ehe man unſerer nicht ganz ſicher iſt, keine 60000 Franzoſen nach den Donau-Fürſtenthümern marſchiren, noch weniger in Süddeutſchland ſich etabliren, vorausgeſetzt freilich, daß die ſüddeutſchen Staaten nicht ſelbſt die Garantie ihrer Sicherheit übernehmen und ihre Armeen mit den franzöſiſchen vereinen. Etwas Muth ſollten dieſe Herren doch auch wenigſtens affectiren. 1855 5. 2.

Ueberhaupt kann ich nicht dringend genug warnen, dieſen Herren und ihren Geſandten zu viel zu trauen. Eine halbe Stunde, nachdem ich Euer Hochwohlgeboren Schreiben von vorgeſtern*) erhalten, erfuhr ich, daß man im franzöſiſchen Geſandtſchafts-Hôtel ſogar die Worte kannte, welche Euer Hochwohlgeboren in jenem Schreiben und vermuthlich auch in der darin erwähnten vorläufigen Beſprechung**) gebraucht hatten. Namentlich wurde mir geſagt, Euer Hochwohlgeboren hätten vorgeſchlagen, vorläufig Herrn Prokeſch einen Blick in das Arſenal thun zu laſſen, welches die Bundes-Verfaſſung gegen Oeſterreichs Vorgehen biete, und hätten die Zuſicherung ertheilt, daß in den weſtlichen Provinzen Preußens einige Armee-Corps mobil aufgeſtellt werden würden. Herr Mouſtier verſichert, daß ihm dieß von einem der Herrn, die Euer Hochwohlgeboren zu Ihren beſten Freunden rechnen, unmittelbar direct mitgetheilt worden. Ob dieß möglich, werden Euer Hochwohlgeboren am beſten zu beurtheilen im Stande ſein.

---

*) Preußen im Bundestag II, No. 85 S. 153 f.

**) mit den Bundestagsgeſandten von Württemberg (v. Reinhard), Sachſen (v. Noſtitz u. Jänckendorf) und Mecklenburg (v. Oertzen-Leppin).

1855 5. 2. Das Gefährliche, worüber man ſich durch die in letzter Zeit erlangten Erfolge nicht täuſchen laſſen darf, bleibt immer, daß wir in der Zeit der eigentlichen Kriſis auf unſere Bundes-Genoſſen nicht rechnen können, vielmehr die Deſertion zu erwarten haben. Dieſer Umſtand darf unſere Handlungen nicht beſtimmen, muß aber in dem Calcül berückſichtigt werden.

Von den Weſtmächten wird jetzt wieder ſchärfer gedrängt. Die Franzoſen kündigen die Blokade der Oſt-See-Häfen für den Fall an, daß wir fortfahren Waffen nach Rußland auslaufen zu laſſen.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 5/2. 55. Manteuffel *).

117.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerſter Freund,

1855 8. 2. Anliegend meine neue Sendung nach Berlin zu gefälliger Einſicht.

Marſchall handelt beſtimmt nur nach den ihm ertheilten Inſtructionen. Die Schwenkung liegt hier und documentirt ſich ſehr ſichtbar. Aehnliche jämmerliche Erfahrungen werden wir mit nächſtem überall machen. Von dem Großherzog von Darmſtadt ſchrieben Sie mir ja neulich auch**), daß er indig-

*) Bismarcks Antwort vom 11. Februar ſ. Preußen im Bundestag II, No. 91 S. 164 ff.

**) Der Brief iſt noch nicht veröffentlicht.

nirt ſey über Oeſterreich, und jetzt agirt er deſſenohngeachtet gegen uns. 1855 8. 2.

Die Sache iſt hier aber eine andere, und ich werde ſie, ſoweit es geht, auch perſönlich aufnehmen.

Williſen hat hier durchaus nicht politiſirt. Er kam von Erfurt, nicht aus Berlin und reiſte von hier nach Suhl zu der Gewehrfabrik.

Sein Auftreten hat aber alles in Bewegung geſetzt und iſt möglicherweiſe geſchickt benutzt worden, um Baden noch weiter nach Oeſtreich hinüberzuführen, damit der Verdacht ganz wegfiele, als handle es ſich um einen militairiſchen Anſchluß an Preußen.

Die Berichte des Herrn v. Meyſenbug*) aus Berlin, der ſehr genau mit Eſterhazy zuſammenhängt, mögen hier auch dahin gewirkt haben, daß man an ein ſchnelles und plötzliches Umſchlagen von Preußen zu den Weſtmächten geglaubt hat.

Unſer Kampf mit Oeſtreich, auch der diplomatiſche, iſt ein ungleicher. Bei Oeſtreich ſetzt man die größte Feſtigkeit voraus, bei unſerem Cabinet ſchließlich immer Nachgiebigkeit. Erſterem ſind alle Mittel gleich, um zum Erfolg zu kommen, wir können weder verſprechen noch drohen! Das fühlt ſich in kritiſchen Momenten, ſo wie in dem gegenwärtigen, gleich durch.

Niemand fürchtet uns, und dafür hat unſere Politik ſeit 1848 redlich geſorgt.

Ganz der Ihrige.

Savigny.

Carlsruhe, d. 8. Februar 1855.

*) Badiſcher Geſandter in Berlin.

118.

Graf Alexander Keyſerling an Bismarck.

Raikül, d. 13/25. Februar 1855.

Theurer Jugendgenoſſe.

1855 25. 2. Deine Zeilen vom 29ten Dec.*) durch einen Reiſenden des Hauſes de Luze wurden mir in Mitau übergeben, wo ich mich einige Tage unter alten Bekannten mit heiteren Erinnerungen ergötzte. Sie trugen ſo ſehr dazu bei, mich in die Zeiten der eignen jugendlichen Träume zurückzuverſetzen, daß Mr. Layard bei der Entdeckung der erſten Keilſchriften von Niniveh nicht größere, gewiß aber weniger begründete Freude empfunden hat, als mir der Anblick Deiner Schriftzüge erregte. Sie ſind feſter geworden, übrigens unverändert und zeugen von mehr Charakter, als ein Diplomat mit Bequemlichkeit gebrauchen kann, wie es mir an den verſchiedenen Höfen, die ich mit den Augen eines Paläontologen bisher habe beobachten können, geſchienen hat. Erinnerſt Du Dich nicht deſſen, daß Du mir in wahrſcheinlich lichten Momenten vorhergeſagt haſt: Conſtitution unvermeidlich, auf dieſem Wege zu äußeren Ehren, außerdem muß man innerlich fromm ſein? Ich wollte Dich beſternte Excellenz als weiſer Pilger, als armer Bruder Graurock, als ein Verſenkter in den Freuden des ewigen Geiſtes dann aufſuchen. Das Geſchick hat gezeigt, daß ich in der Ausführung der Jugendträume ſchwächer geweſen bin als Du. Nachdem ich in einer innigen Allianz mit dem Präſidenten der Geologiſchen Geſellſchaft von Frankreich und England, — die beiläufig ſich beſſer bewährt hat als die entſprechenden politiſchen Alliancen, — Rußland geognoſtiſch durchforſcht hatte und in hochmüthiger Selbſtzufriedenheit auf den einſamen Pfaden der Wiſſenſchaft

*) Concept nicht vorhanden.

nach neuen Eroberungen für den menſchlichen Verſtand herum- 1855
jagte, wurde mir die Verpflichtung zu Theil, eine Frau glück- 25. 2.
lich zu machen, ein Landgut mit den hier zu Lande daran hängenden Regierungs-Verpflichtungen einträglich zu bewirthſchaften, Kinder zu erziehen, ja ſelbſt große Lümmel zu beſſern. Von der einen Seite ſtanden Tauſende längſt verſtorbener, höchſt intereſſanter, urweltlicher Beſtien; — von der anderen Seite meine Mitmenſchen, unter denen, nicht zu läugnen, recht langweilige; wäre nicht die Nothwendigkeit des ſchnöden Gewerbes und Erwerbes hinzugetreten, ich hätte mich nicht entſchloſſen, die im Capua der Gedankenwelt verwöhnten Hände an die rauhe Wirklichkeit zu legen. Nach hartem Kampfe iſt es mir gelungen, den ſtolzen Verſtand zu bändigen und die Aufgaben des Herzens zu würdigen. Alſo meine Frau hält jetzt ſehr viel von mir, meine Bauern ſind unter meiner Regierung zufriedener als zuvor, an Kindern habe ich als Naturforſcher nur eines von jeder Sorte mir angelegt, ein Weiblein und ein Männlein, mit denen ich mich gern beſchäftige und die mich dafür lieben. Ich erziehe vortreffliche Pferde, feine Schafe, edle Schweine und mittelmäßige Rinder; ſteigere den Ertrag von Feldern und Wieſen durch Be- und Entwäſſerung, habe die Frohne abgelöſet und mich zum Präſidenten des Eſthländiſchen Vereins der Landwirthe aufgeworfen. Ein eſthländiſcher Landwirth iſt übrigens ein univerſeller Menſch, namentlich ein Juriſt. Ich ſpreche daher in meinem Hauſe Recht über die 10 Tauſend Menſchen meines Kirchſpiels, der Paſtor ſchreibt es auf. Auf den Landtagen hört man mich an, und ich ſitze im Rathe der Männer in Reval. Im Kleinen habe ich auch erfahren, daß Politik dasjenige Gebiet iſt, auf dem mit dem größten Aufwande von Charakter und Geiſt das Geringſte producirt wird. Willſt Du ein Land ſehen, wo man ohne Büreaukratie lebt und zwar viel beſſer als mit ſtudirten Juriſten und Schreibern, ſo komme her. Mein Magen gewährt mir weniger Freuden;

1855 25. 2. ich bin mäßig. Auf einen Wolf habe ich vor 6 Wochen vorbeigeſchoſſen, bin eben ein unvollkommener Jäger geblieben.

Schreibe mir, wenn Deine Zeit es erlaubt, über Reval, Rannafer nach Raikküll, lauter R's. Gott erhalte Dich, und führt er uns mal zuſammen, ſo wird es ein froher Tag für Deinen alten Freund ſein. Neuer Freund iſt ein neuer Wein, laß ihn alt werden, ſo wird er Dir wohl ſchmecken!

Alexander Keyſerling.

119.

v. Savigny an Bismarck.

Theurer Freund,

1855 27. 2. Anliegend eine kleine durchaus nicht intereſſante Expedition. Nehmen Sie davon Einſicht, wenn es Ihnen behagt.

Der Abgang von Prokeſch wurde hier ſchon ſeit 3 Wochen als ſicher angenommen. Was ſagen Sie dazu? Rechberg iſt viel geſcheiter und weit gefährlicher für uns.

Wie ſteht es in Berlin? Kommt der Vertrag in Paris zu Stande?

Wer geht von uns nach Wien? Was denkt man in Berlin über den Bairiſchen Oberfeldherrn? Bitte um einige Worte der Erwiderung.

Werden wir mobil machen?

Wie ſteht Manteuffel mit ſeiner Kreditforderung zu der Majorität der Kammern?

Tauſend Schönes Ihrer gütigen Gemahlin.

Ihr

Carlsruhe, d. 27. Februar 1855. Savigny.

Kommt der Prinz von Preußen noch nach Frankfurt?

120.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Berlin, 2. März 1855 11 Uhr 50 Min. (chiffr.).
Eing. Frankfurt a. M. 2. März 1855 12 Uhr 45 Min.

Die Erkrankung des Kaiſers von Rußland hat, wie die 1855
ſoeben eingehende telegraphiſche Depeſche meldet, eine ſo gefähr- 2. 3.
liche Wendung genommen, daß ſein baldiges Ende erwartet wird. Er hat bereits die heiligen Sakramente erhalten. Dieß zu Ihrer perſönlichen Notiz.

Manteuffel.

121.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerſter Freund,

Nach langem Stillſchweigen hören Sie heute einmal wieder 1855
von mir. Einſicht in meine unbedeutende Berichterſtattung ſteht 5. 5.
Ihnen zu Gebote. Haben Sie etwa einſtweilen genaue Kenntniß erlangt von einer andern geheimen Circulardepeſche Oeſterreichs, welche nach Angabe des Herrn v. Manteuffel an die vom 11. Januar*) anſchließend die Drohung enthielte, Oeſterreich werde ausſcheiden aus dem Deutſchen Bunde, falls man ihm nicht unbedingt folge**)?

*) Muß heißen: 14. Januar. In dieſer (Jasmund a. a. O. I, No. CCXCI S. 413 f.) wurde den deutſchen Regierungen mitgetheilt, daß der Präſidialgeſandte trotz Preußens abweichender Anſicht Weiſung erhalten habe, beim Bunde die Mobiliſirung der halben oder ganzen Contingente und die Wahl eines Bundesoberfeldherrn zu beantragen.

**) Eine erſte geheime Circulardepeſche erging am gleichen Tage und war nur an einzelne, der öſterreichiſchen beſonders befreundete

1855 Bitte darüber einige Worte Antwort.

5. 5. Hier iſt man viel vorſichtiger geworden; der Regent hat wohl eingeſehen, daß der Gang ſeines Miniſters ihn iſoliren werde, und daß er ſich Preußen entfremde, was er natürlich weniger wünſcht als ſonſt jemand.

Die Anweſenheit Ihres Collegen Kielmansegge hat ſeiner Zeit in Carlsruhe ganz gut gewirkt. Ich fand den Hannoveraner in der Orientaliſchen Sache ſehr vernünftig. Er geſtand es, daß ihm Graf Rechberg nach ſeiner Ankunft in Frankfurt a/M.*) geſagt habe: „Prokeſch überläßt mir die Oeſterreichiſche Stimmführung ganz iſolirt in der Bundesverſammlung, wir haben vorläufig alles Terrain verloren.“ Hat Rechberg ſeitdem wieder Stimmen gewonnen?

Wie liegt die Sache überhaupt für uns, haben unſere Genoſſen einigermaßen Muth, bei ihrer beſſern Ueberzeugung feſt auszuharren?

Die Zeit iſt jetzt für uns, nutzen wir dieſen günſtigen Umſtand!

Regierungen gerichtet. Sie enthielt die Frage, ob ſie, falls kein dem öſterreichiſchen Antrag günſtiger Beſchluß am Bunde zu Stande komme, bereit ſeien, ihre Truppen Oeſterreich zur Verfügung zu ſtellen, gegen Gewähr ihres Beſitzſtandes und einen entſprechenden Antheil an dem durch den Krieg erlangten Gewinn (Jasmund a. a. O. I, No. CCXCII S. 415 f.); vgl. Manteuffels Erlaß vom 30. Januar an den Geſandten Graf Arnim in Wien, Denkwürdigkeiten III, 7 f.; ihr folgte am 25. April eine zweite mit der Androhung des Austritts Oeſterreichs aus dem Bunde, wenn ſich die deutſchen Bundesgenoſſen nicht durch Bundesbeſchluß oder einzeln in verbindlicher Weiſe für Oeſterreichs Politik erklärten, vgl. Bismarcks Berichte vom 30. April, 5., 8., 18. Mai, 9. u. 12. Juni, Preußen im Bundestag II, No. 119 S. 216, No. 122 S. 220 f., No. 123 S. 222 f., No. 124 S. 223 ff., No. 129 S. 231 ff., No. 130 S. 234. Mit dem zuletzt erwähnten Schreiben überſandte Bismarck dem Miniſter eine Abſchrift der Depeſche.

*) Am 3. März führte Freiherr v. Prokeſch den Grafen Rechberg als ſeinen Stellvertreter in die Bundesverſammlung ein.

Wie ſtehen Sie denn jetzt mit Manteuffel? 1855
Ihrer Frau Gemahlin bitte ich mich herzlichſt zu em- 5. 5.
pfehlen. Sie ſelbſt aber, lieber Freund, mögen mir treu und gut bleiben.

Ihr

Savigny.

Carlsruhe, Freitag den 5. May 1855.

122.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

werden heute eine Circular-Depeſche erhalten, mit welcher Sie 1855
hoffentlich zufrieden ſein werden. Sie erlauben mir aber bei 10. 5.
dieſer Gelegenheit noch privatim eine Bitte auszuſprechen, welche dahin geht, daß Sie in Ihren Aeußerungen recht vorſichtig ſein wollen.

Euer Hochwohlgeboren wiſſen, auf welchem Terrain Sie Sich bewegen, daß Frankfurt a/M. das erſte Klatſchneſt der Welt iſt, daß die kleindeutſche Diplomatie das erbärmlichſte Weſen der Welt iſt. Euer Hochwohlgeboren können ſich aber auch kaum denken, wie das Echo, welches von Frankfurt her zu uns kommt, wunderbar und verdreht klingt, wie die hieſigen faulen Geiſter die Aeußerungen Euer Hochwohlgeboren colportiren und verdrehen und Conſequenzen daraus ziehen, die ganz unglaublich ſind.

Kerls wie Meyſenbug und Conſorten machen ſich ein Vergnügen daraus, die Gunſt des franzöſiſchen Geſandten ſich mit Referaten und Gloſſen über Ihre Aeußerungen zu erkaufen, und ſo ſehr ich dieß verachte, ſo meine ich doch, daß man dieſen

1855 10. 5. Schurken die Möglichkeit ſolcher Infamien möglichſt wenig geben ſollte.

Leben Sie wohl. Nächſtens mehr.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 10/5. 55. Manteuffel.

123.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegramm.

Abgegangen in Berlin den 26. Nov. 1855 9 Uhr 9 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt a. M. den 26. Nov. 1855 9 Uhr 43 Min. Nachm.

1855 26. 11. Des Königs Majeſtät werden Euer Hochwohlgeboren zur Eröffnung des Landtages gern hier ſehen, überlaſſen es aber Ihrer Beurtheilung, ob wichtige Gründe Ihrer Herkunft entgegenſtehen.

v. Manteuffel.

124.

Leopold v. Gerlach an Bismarck.

Telegramm.

Aufgegeben in Charlottenburg den 26. Nov. 1855 12 Uhr 22 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 26. Nov. 1855 2 Uhr 20 Min. Nachm.

1855 26. 11. Ihre Zuſchrift vom 24.*) habe erhalten und dem Könige vorgetragen. Der König erwartet Ihr Erſcheinen im Herrenhauſe, wenn nicht beſonders wichtige Geſchäfte in Frankfurt Ihr Dortbleiben nöthig machen.

v. Gerlach.

---

*) Bismarcks Brief an Gerlach vom 24. November ſ. Ausgabe von H. Kohl, S. 261 f.

125.

General Graf Münſter an General Gerlach*).

[Ende Dez. 1855.]

Hier der ebenſo intereſſante als unterhaltende Brief meines alten Schulkameraden. Er fragt nach meinen Aeußerungen. — Ich ſage: Rußland macht einen ſchlechten Frieden, wenn man die Form nur irgend genießbar bereitet und ſich der gros mots enthält. Wäre ich Kaiſer Alexander, ſo würde ich den ſchlechten Frieden nicht annehmen. Er braucht es nicht. Die ſchwarze Meer-Flotte war kein Luxusartikel — Rußland bedurfte derſelben, um Gewicht in die orientaliſchen Fragen zu werfen. Hätte man zur Zeit der Menzikofffſchen Sendung **) gewußt, was man wollte, oder die Tragweite derſelben in Petersburg überſehen, ſo wäre mit Hülfe jener Flotte und einiger Energie alles leicht zu machen geweſen. Bei Sinope ꝛc. arbeitete ſie gut — und war überhaupt mehr werth als eine gleiche Zahl von Schiffen in der Oſtſee. 1855 ? 12.

Sagen Euer Excellenz an Bismarck neben meinem Gruß, daß ich ſeinen Bericht mit Hingebung bei einer Stubenwärme von etwa 20° vorgeleſen, und daß er mir wie herrliche Muſik gegen das Gewäſch von Reumont, Wagener und Goltz ꝛc. erſchienen ſei, trotzdem mir die Zunge gegen das Ende allerdings wie ein lederner Lappen im Munde gehangen hat.

Das Bild: „Bockelberg mit dem Ueberſchuh" — iſt koſtbar und verdient eine ſichtliche Darſtellung***).

G. M(ünſter).

---

*) Der Brief iſt undatirt, doch beweiſt die Bezugnahme auf Bismarcks Brief an Gerlach vom 21. December 1855 (Ausgabe von H. Kohl, S. 262 ff.), daß er Ende des Jahres 1855 geſchrieben iſt.

**) Nach Conſtantinopel, März 1853.

***) S. a. a. O. S. 265.

126.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover den 29ten Dec. 1855.

Verehrteſter Freund!

1855 29. 12. Der am 22ten d. erfolgte Erlaß des Geſetzes, die Beſchränkung der Zuſtändigkeit der Schwurgerichtshöfe betr., wird ohne Zweifel ein gewaltiges Geſchrei nicht nur bei den Demokraten und Conſtitutionellen verurſachen, ſondern auch bei ſonſt gutgeſinnten aber zu ſehr an Formen klebenden Conſervativen. Es iſt überhaupt zu erwarten, daß dies Geſetz die verſchiedenartigſte Beurtheilung erfahren wird. Da es meinem Collegen und beſonders mir daran gelegen iſt, daß dieſer Schritt der Königl. Regierung bei Ihnen, verehrteſter Freund, in ſeinem wahren Lichte erſcheint, erlaube ich mir Ihnen Abſchrift von einer Circular-Depeſche zu überſenden, welche die Motivirung des Geſetzes enthält. Zugleich verfehle ich nicht hinzuzufügen, daß uns hauptſächlich zwei Vorwürfe gemacht werden werden, nämlich erſtens der, daß der § 122, auf den das Geſetz ſich ſtützt, nicht zutreffend iſt, und zweitens, daß bei der bevorſtehenden nahen Zuſammenberufung der Stände der Erlaß des Geſetzes ein Eingriff in deren Befugniſſe ſei. In Bezug auf den erſten Punkt bemerke ich, daß allerdings der § 122 auf andere Fälle als den vorliegenden zielt. Dem Wortlaute nach aber paßt er, denn es iſt wahrlich ein außerordentlicher und auch das Staatswohl ernſtlich bedrohender Fall, wenn eine Schmähſchrift wie die Auricher ungeſtraft bleibt, wenn es den Unterthanen erlaubt iſt, ihrem Souverän Wortbruch vorzuwerfen und dem Bunde und der Regierung Hohn zu ſprechen. Wollte man die Königliche Autorität nicht im Schmutze liegen laſſen, ſo mußte ſchnell geholfen werden und einem Scandale Einhalt geſchehen, der alles Regieren unmöglich macht. Was

ſodann den zweiten Vorwurf betrifft, ſo erkenne ich an, daß 1855
vom ſtändiſchen Standpuncte aus der Erlaß des Geſetzes ſo 29. 12.
kurz vor der Zuſammenberufung der Kammern eine Beſchränkung der ſtändiſchen Mitwirkung begreift. Aber will man den Zweck, ſo muß man auch vor den Mitteln nicht zurückſchrecken. Ein ſolches Geſetz durch die Kammern zu kriegen, iſt unmöglich, und hatten wir daher nur die Wahl, das Geſetz ohne ſtändiſche Mitwirkung zu erlaſſen oder nichts zu thun. Außerdem muß man nicht überſehen, daß die Stände das Recht haben, auf Wiederaufhebung des Geſetzes anzutragen und die Regierung verpflichtet iſt, dieſem Antrage dann Folge zu leiſten.

Mit der Bitte, unſeren jüngſten Schritt in der Reaction aus dieſem Geſichtspuncte zu betrachten, ſage ich Ihnen ein herzliches Lebewohl und bitte Sie mir Ihre ſo werthen freundſchaftlichen Geſinnungen zu bewahren.

Der Ihrige

A. Gr. v. Platen*).

127.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 2/12. 56.

Verehrteſter Freund!

Soeben erhalte ich die Nachricht, daß der Königl. Däniſche 1856
Miniſter Scheel von Altona, wo er ſich ſeit einigen Tagen be- 2. 12.
findet, nach Berlin ſich begeben wird. Der Zweck dieſer Reiſe iſt eine Entrevue mit Herrn von Manteuffel, den er von den Gefahren in Kenntniß ſetzen will, welche eine Beſchwerde in der holſteiniſchen Angelegenheit am Bunde zur Folge haben

*) Bismarck beantwortete den Brief laut handſchriftlicher Notiz am 7. Januar 1856.

1856 würde. Er will Ihrem Miniſter-Präſidenten vorſtellig machen,
2. 12. daß eine Intervention des Bundes den Sturz des Miniſterii, die Abdankung des Königs, den Sieg der ſcandinaviſchen Partei und die Gründung der ſcandinaviſchen Union zur Folge haben werde. Dieſe letztere Perſpective ſoll der Schreckſchuß für Ihr Gouvernement ſein, was ein Scandinavien nicht mit gleichgültigen Augen anſehen könne. Zugleich will er bei Herrn von Manteuffel die Anſicht zur Geltung bringen, daß die Bevölkerung Holſteins für das jetzige gouvernementale Syſtem und nur die Ritterſchaft dagegen ſei, um auf dieſe Weiſe Sonderintereſſen zu verfolgen; finden ſeine Vorſtellungen Gehör, ſo will er mit illuſoriſchen Conceſſionen hervorrücken und damit den Frieden mit Preußen erkaufen. Die Befürchtungen, die Herr v. Scheel in Berlin rege machen will, ſind völlig unbegründet. Die ſcandinaviſche Partei in Dänemark iſt nicht im Geringſten gefährlich, da ſie weder zahlreich noch mächtig iſt. Herr v. Scheel exploitirt dieſe Geſpenſtergeſchichte zu ſeinem eigenen Vortheile. Es iſt dies ein mot d'ordre, welches er allen Repräſentanten im Auslande gegeben hat. Ich weiß aus zuverläſſiger Quelle, daß er in Petersburg, London und Paris in dieſem Sinne wirken läßt. Sorgen Sie nur dafür, mein verehrteſter Freund, daß dieſe unbegründeten Befürchtungen nicht in Berlin Wurzel faſſen und daß man ſich dort nicht mit unbedeutenden Conceſſionen abſpeiſen läßt, die Dänemark geſtatten würden, die Herzogthümer wie bisher mit Füßen zu treten. Ich baue auf Ihren deutſchen Sinn für Recht. —

Von Paris wird mir ſoeben Folgendes über die Neuenburger Angelegenheit geſchrieben:

Ayant eu occasion de voir hier le Comte Walewski*), je lui ai parlé des affaires de la Suisse et de la persistance du conseil fédéral à réfuser la mise en liberté des prisonniers.

---

*) Franzöſiſcher Miniſter des Auswärtigen.

„Nous avons été très mécontents, m'a-t-il dit de ce refus, et nous avions tout fait pour obtenir le résultat désiré. Monsieur Dufour*) qui était parti d'ici bien pénétré du prix que nous attachions à cette concession, a fait part au conseil fédéral de l'espoir très fondé, qu'aurait eu ensuite le gouvernement français de pouvoir par ses bons offices à Berlin faire résoudre la question de Neufchâtel selon le voeu de la Suisse. Toutes nos instances ont été vaines, le refus a été formel. — L'on nous a demandé pour prix de la mise en liberté des prisonniers une garantie formelle relative à Neufchâtel que nous ne pouvions donner. Par suite il ne nous restait autre chose à faire que de nous retirer de l'affaire, de rendre à la Prusse sa parole et sa liberté d'action. Que résoudra-t-on à Berlin en regard d'une situation où l'on s'est engagé d'honneur, je l'ignore et selon le parti qu'on y prendra, les conséquences en deviendront plus ou moins graves. Une invasion en Suisse ne serait pas une chose indifférente, la neutralité et l'indépendance de ce pays étant placées sous une garantie européenne.“ 1856 2. 12.

So hat ſich Walewski ausgeſprochen. Der Rückhalt, mit dem er es gethan, ſcheint mir ein Grund mehr zur Annahme zu ſein, daß man Ihrerſeits ſehr vorſichtig zu Werke gehen muß. Uebrigens ſcheint mir aus der Thronrede hervorzugehen, daß man nochmals Verhandlungen mit den europäiſchen Großmächten anzuknüpfen gedenkt.

Von Baiern iſt mir eine Inſtruction mitgetheilt, welche Herr v. d. Pfordten dem Herrn von Schrenk in der Neuenburger Angelegenheit ertheilt hat. Pfordten trägt Schrenk auf, in vertraulichem Benehmen mit Ihnen zu erwägen, was nun weiter zu thun ſei, insbeſondere, ob auf diejenigen Verhandlungen eingegangen werden ſolle, zu welchen die Schweiz ſich

*) Schweizeriſcher General.

1856 2. 12. bereit erklärt hat und ob etwa der Bund ſeine Vermittelung anbieten ſolle. Dieſe Inſtruction iſt mir mitgetheilt und Herr von d. Pfordten wünſcht meine Anſicht zu wiſſen. Mir ſcheint, daß die Bundesverſammlung nichts weiter zu thun hat als weitere Anträge Preußens abzuwarten.

Leben Sie wohl, verehrteſter Freund, und verzeihen Sie, daß ich Sie mit dieſen Zeilen beläſtigt habe.

Der Ihrige

A. Gr. Platen.

128.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 9/3. 57.

Verehrteſter Freund,

1857 9. 3. Bei Ihrer letzten Anweſenheit hieſelbſt habe ich Ihnen, wie Sie wiſſen, ein Pro Memoria der holſteiniſchen Conſervativen nebſt meinen Bemerkungen mitgetheilt, habe aber dabei die Bitte vergeſſen, beide Actenſtücke ſtreng confidentiell zu behandeln und vor allen Dingen den holſteiniſchen Conſervativen gegenüber, falls dieſelben in nächſter Zeit nach Frankfurt kommen ſollten, nichts von meiner Indiscretion zu ſagen, da ich eigentlich zu einer Mittheilung weder beauftragt noch befugt war. Ich darf alſo in dieſer Beziehung ſo wie in allen übrigen auf Ihre Discretion zählen. Wahrſcheinlich wird mein Vetter Baron Blome in nächſter Zeit nach Frankfurt kommen und ich möchte nicht gerne, daß er erführe, daß ich ſein Opus Ihnen mitgetheilt habe. Gelegentlich ſenden Sie wohl mein Exemplar mir zurück, da ich es zu meinem Pro Memoria nöthig habe.

Iſt es wahr, daß Oeſterreich dem Berliner Cabinet ſeine vollſtändige Mitwirkung in der holſteiniſchen Sache zugeſagt hat unter der Bedingung, daß Preußen in der Piemonteſiſchen Frage auf Seiten Oeſterreichs trete? Es wird mir dies von

Paris geſchrieben, und es wäre mir erwünſcht zu wiſſen, ob und inwieweit dieſe Nachricht begründet iſt. 1857 9. 3.

Ueber die Angelegenheit der Jahde-Bahn habe ich Erkundigungen eingezogen. Eine directe Bahn von Minden auf den Jahde-Buſen können wir nicht zugeben, da ſie unſerem Intereſſe in materieller Beziehung entgegen iſt. Dagegen ſind wir nicht abgeneigt, eine Bahn von Osnabrück nach Oldenburg zuzugeben, wenn Preußen uns dagegen einige Conceſſionen in Bezug auf andere Bahnen macht. Oldenburg wird ſich mit dieſer Bahn von Osnabrück über Quakenbrück nach Oldenburg wahrſcheinlich einverſtanden erklären, und kommt es nur auf Preußens Opferwilligkeit an. In nächſter Zeit wird Ihrem Gouvernement eine desfallſige Eröffnung zugehen. Uebrigens ſcheint mir von Preußen ein zu großer Werth auf eine directe Bahn von Minden nach dem Jahde-Buſen gelegt zu werden. Die Hauptſache für Preußen iſt eine Eiſenbahn-Verbindung zwiſchen dieſen beiden Puncten, und ob man dieſen Zwiſchenraum in 6 oder 8 Stunden zurücklegt, iſt wahrlich ziemlich gleichgültig.

Ihre letzte Anweſenheit in Hannover hat den hieſigen Diplomaten wieder viel Kopfbrechen verurſacht und zu abſurden Depeſchen Veranlaſſung gegeben. Ein Diplomat in einer kleinen Stadt, der ſich nicht zu beſchäftigen weiß, iſt wirklich ein ſchrecklich ridicüles Thier! Unter dieſen Thieren iſt hier der Baier Herr von Perglas unſtreitig das größte, da er neben den lächerlichſten Prätenſionen hinter dem unſchuldigſten Dinge etwas ungeheuer Wichtiges wittert und dabei mit ſeltener Geſchicklichkeit immer vorbeiſchießt.

Leben Sie wohl, verehrteſter Freund, und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren

aufrichtigen Freund

A. Gr. Platen.

129.

Freiherr v. Roſenberg an Bismarck.

Paris 9. Mai 1857.

Mein verehrteſter Gönner,

1857 9. 5. Sie werden mit beſonderer Freude es erfahren haben, daß ſich der Beſuch des Prinzen Napoleon*) ſo bald verwirklicht hat. Ich denke mir, daß Sie dabei nicht ganz unſchuldig geweſen ſind**). Hier iſt die Sache mit einem ſo großen Geheimniß behandelt worden, daß das diplomatiſche Corps (namentlich auch Kiſſeleff)***) erſt aus den Berliner Zeitungen die Sache erfahren haben und bis heute noch nicht den wahren Grund dieſer politiſchen Demonſtration verſtehen wollen. Sie wittern ſämmtlich irgend ein anderes Motiv dahinter, tappen indeß darüber im völligen Dunkel. Die Oeſtreicher tröſten ſich darüber, daß es gerade Plombplomb†) iſt, der zum Vermittler eines neuen (conſervativen) Allianzverhältniſſes auserkoren wurde, und die Engländer ſehen in des Prinzen Napoleon Reiſe während der Anweſenheit des Ruſſiſchen Großfürſten††) eine ihnen wohlgefällige Demonſtration gegen Rußland; im Grunde werden aber ſowohl Oeſtreich wie England darin einen Wink erblicken, daß Frankreich auch anderweitig ſich durchzuhelfen verſteht, und müſſen über dieſe Annäherung an Preußen ſich mehr ärgern, als unſere Berliner Altconſervativen dies thun ſollten.

Der Prinz Napoleon hatte ſich kurz vor ſeiner Abreiſe noch beſondere Renſeignements über das Berliner Terrain erbeten, wobei ich ihm nützlich ſein konnte. Meines Erachtens wird er

*) In Berlin.

**) Zu vgl. Bismarck an Gerlach 11. April und 2. Mai 1857, Ausgabe von H. Kohl, S. 311 ff. 314 ff.

***) Ruſſiſcher Geſandter in Paris.

†) Spitzname des Prinzen Napoleon.

††) Conſtantin.

ſich mehr als homme de sciences und Bewunderer unſerer militäriſchen Einrichtungen zu geriren haben, als daß er auf irgend ein politiſches Thema eingehe. Mein Rath war, daß er ſein Tagebuch über ſeine letzte Reiſe nach Lap- und Island benutze, um das Intereſſe des Königs anzuregen. Außerdem dürfte er wenig und dies womöglich in deutſcher Sprache zu ſprechen für gut finden. Doch weiß ich nicht, wie der Eindruck ſeiner Perſönlichkeit namentlich bei den Damen des Hofes ſein wird, da dies ſtets für ihn eine Klippe war*). Hatzfeldt iſt ausnahmsweiſe nach Fontainebleau eingeladen, worin wohl auch mehr eine ſachliche, als wie gewiſſe Leute ſtets wähnen — eine perſönliche Attention liegt. Es ſcheint mir klar, daß der Kaiſer bei ſeinen nächſten Plänen auf England wenig zu rechnen anfängt. Bisher hat Lord Palmerſton ihn nur in allerlei engliſche Händel verſtrickt und wird es ſtets thun, ſolange das Gebilde einer weſtmächtlichen Solidarität noch nicht durch andere politiſche Nothwendigkeiten verdrängt iſt. Letztere treten jetzt immer mehr hervor. Wir brauchen nur an die Donaufürſtenthümer und die ſkandinaviſche Frage zu denken. An uns wird es ſein, kein allzugroßes empressement (à la Orloff)**) zu zeigen und die Wege, die von Paris zu uns und über uns fort nach Petersburg führen, zu ebnen; das Weitere wird die europäiſche Situation an die Hand geben. 1857 9. 5.

Rothan***) hat mit großer Freude erfahren, daß Sie ſich dem Grafen Walewski gegenüber günſtig über ihn ausgeſprochen haben. Er iſt auch in Bezug auf die Reiſe des Prinzen Napoleon unſerem Intereſſe förderlich geweſen, und Sie würden ihm eine große Genugthuung verſchaffen, wenn es Ihnen gelänge, für ihn den ihm längſt zugedachten Orden zu erlangen. Eine an Manteuffel direct gerichtete Bitte würde beſſer zum

*) Man vgl. dazu den Bericht Gerlachs, Denkwürdigkeiten II, 499 f.

**) Vertreter Rußlands auf dem Pariſer Congreß.

***) Legationsſecretär bei der franzöſiſchen Geſandtſchaft in Berlin.

1857 9. 5. Ziele führen, als wenn die Sache durch die Miniſterialbureaux ihren Weg nähme. Die Reiſe des Prinzen Napoleon könnte ja den äußern Anlaß bilden.

Sollten Sie mir die Freude machen wollen, einmal an mich zu ſchreiben, ſo wollen Sie mit der bloßen Aufſchrift meines Namens ohne Hinzufügung des amtlichen Titels den Brief nach 115 rue de Lille richten. Er kommt alsdann ſicher an.

Die nächſte Stellung unſeres Miniſteriums den Kammern gegenüber iſt mir völlig unklar. Derartige Zuſtände können doch eigentlich nicht fortdauern. Dies wird es indeß nicht hindern, daß ſie doch fortdauern. Die Tochter der Madame Kalergis*) iſt nun in declarirter Weiſe mit dem jungen Grafen Coudenhove**) verlobt worden. Adieu.

Ihr

aufrichtigſt ergebener

Roſenberg.

Der Großfürſt C(onſtantin) wird hier außerordentlich gut aufgenommen, jedoch iſt der Empfang nicht ganz von einer gewiſſen Rückſicht für England frei. Man ſucht die zum Uebermuth ſo geneigten Ruſſen doch von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß man auf England große Rückſichten nehmen müſſe (??).

130.

Graf Karl v. d. Goltz an Bismarck.

Berlin, den 15. Dec. 57.

Mein verehrter Freund!

1857 15. 12. — — — Man ſagt, es gehen in Preußen allein 200 Rittergüter zum Teufel. Wären es auch nur die Hälfte, ſo wäre es traurig genug. In Hamburg hat man auch nicht helfen wollen,

*) Die Wittwe des Johann v. Kalergis war Marie, Gräfin von Neſſelrode-Ereshoven.

**) Franz Graf Coudenhove.

jetzt gehen die Dankadreſſen über unſre Köpfe nach Wien. 1857
Recht politiſch kann ich das nicht finden. Die Lübecker ſind 15. 12.
auch hier und wollen nur 600000 Thlr. haben und werden ſie nicht bekommen, obgleich 30 Millionen in Barren in den Kellern der Bank und 7 bis 8 im Staatsſchatz liegen. Dem Prinzen*) geht es wieder ganz gut, in Charlottenburg iſt es indeß beim Alten; nicht von einem Tage, ſondern von Stunde zu Stunde ändert ſich der Zuſtand, und daher kommen auch die widerſprechenden Gerüchte. Wie es im Januar ſein wird, kann niemand mit Gewißheit vorausſagen. Wahrſcheinlich iſt das Schlimmſte, d. h. Verlängerung der Stellvertretung auf weitere 3 Monate, d. h. Verlängerung und Befeſtigung der miniſteriellen Omnipotenz. Inzwiſchen wird auf die Reiſe des Prinzen Vater zur Hochzeit**) gedrängt. Ich halte es für leichtſinnig in einer Zeit der Kriſe über Waſſer zu gehen, finde überhaupt, daß es nicht gut ausſieht. Es wäre indeß nicht das erſte Mal, daß weiblicher Einfluß mich überwunden hätte, und ſo ſehe ich denn in dieſer Frage und obgleich der Prinz noch keine Entſcheidung getroffen hat, einer Niederlage entgegen. Heut haben wir großes miniſterielles Diner.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin und ſeien Sie verſichert der aufrichtigen Freundſchaft

Ihres ergebenen E. v. d. Goltz.

131.

Der Prinzregent von Preußen an den Kaiſer von Oeſterreich.

Berlin, den 15. Februar 1858.

Ew. Kaiſerliche Majeſtät haben die Gnade gehabt, durch 1858
Allerhöchſt Dero Geſandten, den Baron Koller, mir die ſchmeichel- 15. 2.

*) Von Preußen.

**) Des Sohnes Friedrich Wilhelm mit der Prinzeſſin Victoria.

1858 15. 2. hafteſte Theilnahme bei Gelegenheit der Vermählung meines Sohnes mit Ihrer Kgl. Hoheit der Princess Royal von England in ſo gütiger Weiſe ausſprechen zu laſſen, daß ich mich beeile, Ew. Kaiſerlichen Majeſtät meinen ebenſo unterthänigen als tief gefühlteſten Dank für dieſen Beweis der Fortdauer Allerhöchſtdero mich beglückenden Geſinnungen für meine Familie zu Füßen zu legen. Nicht minder darf ich dieſen Dank ausſprechen für die ungemein gnädige Aufnahme der Deputation, welche ich, gewiß im Sinne meines Königs und Herrn, Namens der preußiſchen Armee zur Leichenfeier des Feldmarſchalls, Grafen Radetzky, nach Wien ſendete, um die tiefbegründete Theilnahme auszuſprechen, die wir bei dem großen Verluſt empfinden, den Ew. Kaiſerliche Majeſtät und Allerhöchſtdero Armee durch das Hinſcheiden dieſes mit Lorbeeren gekrönten greiſen Feldherrn erlitten haben.

Indem ich meines Königlichen Bruders erwähnte, kann ich nicht umhin, das ſchwere Verhängniß zu berühren, welches der Himmel über Preußen durch die ſchmerzliche Art der Erkrankung des Königs einbrechen ließ. Ew. Kaiſerliche Majeſtät haben zu wiederholten Malen Allerhöchſt Ihre innige Theilnahme an dieſem Ereigniß auszuſprechen geruhet. Die geſammte Königliche Familie ſieht ſich dafür zum aufrichtigſten Dank verpflichtet, während ich insbeſondere mich dazu um ſo mehr aufgefordert fühle, als es Allerhöchſtdenen gefallen hat, mir in dem mir überkommenen ſchweren Amte beſondere Beweiſe des gnädigſten Vertrauens zu geben. Ew. Kaiſerliche Majeſtät werden Sich überzeugt halten wollen, wie es mein eifrigſtes Beſtreben ſein wird, während der hoffentlich nur kurzen Zeit, in welcher ich den König, meinen Bruder, in der Leitung ſeiner Regierung noch zu vertreten haben werde, die freundſchaftlichen Beziehungen, welche zwiſchen Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung und der unſrigen beſtehen, nicht nur zu erhalten, ſondern zu befeſtigen.

In dieſer Beziehung bin ich beglückt geweſen, eine Ueber- 1858
einſtimmung bei Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Bundestags-Ge- 15. 2.
ſandten*) in dem von der Preußiſchen Regierung geſtellten Antrag über die Benutzung des durch die unglückliche Pulver-Exploſion in Mainz freigelegten Terrains zur Verſtärkung dieſes Hauptbollwerks Deutſchlands auf ſeinem weſtlichen Kriegstheater gefunden zu haben. Ein günſtigerer Moment als der durch jenes traurige Ereigniß herbeigeführte, um etwas Bedeutendes auf dem dominirendſten Punkte der Feſtung Mainz zur äußern und innern Vertheidigungskraft derſelben zu ſchaffen, dürfte ſich nicht leicht wieder darbieten, um ſo mehr, als es ſich nicht um eine Vervielfältigung der Werke dieſes nur ſchon zu ausgedehnten Waffenplatzes handelt, ſondern um den Kehlſchluß eines vorhandenen Fortifications-Syſtems, nämlich der Baſtionen Bonifaz, Martin und Alexander. Die nicht unbedeutenden Geldopfer, welche hierzu erforderlich ſein würden, dürften von allen deutſchen Regierungen bereitwilligſt gebracht werden, wenn denſelben das Unternehmen in ſeinem wahren Lichte, nämlich als ein nationales dargeſtellt wird, in welcher Darſtellung ich hoffen darf Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung mit der diesſeitigen wiederum in beglückender Uebereinſtimmung anzutreffen.

Ein zweiter Antrag, der hinſichtlich ſeines nationalen Charakters noch höher und wichtiger ſich darſtellt, welchen die preußiſche Regierung beim Bundestage einzubringen die Einleitung trifft, iſt die Uebertragung der Qualität einer Bundesfeſtung von Landau auf Germersheim**). Ew. Kaiſerlichen Majeſtät erleuchtetem ſtrategiſchen Blicke brauche ich es nicht erſt vorzuführen, wie viel wichtiger die Feſtung Germersheim als Rheinübergang für den Deutſchen Bund iſt, als die Feſtung Landau, welche weder einen Fluß-Uebergang noch ſonſt einen

*) Graf Rechberg.

**) Vgl. dazu Bismarcks Berichte an Manteuffel vom 11. u. 14. Januar, Preußen im Bundestag III, No. 104 u. 105 S. 210 ff.

1858 15. 2. Sperrpunkt irgend einer Art darbietet. Mit wie wenig Kräften dieſelbe in ihrer ſtrategiſchen Wirkung zu paralyſiren iſt, hat die Erfahrung der Blokade derſelben durch die Freiſchärler 1849 bewieſen. Durch Vergrößerung und Verſtärkung Landaus dieſem Waffenplatz eine größere Bedeutung zu geben, ließe ſich bei ſeiner ſtrategiſch völlig unwichtigen Lage nicht rechtfertigen. Wie unter ſolchen Umſtänden Landau überhaupt zu einer Bundesfeſtung erklärt werden konnte, läßt ſich nur damit beantworten, daß nach dem Frieden von 1815 auf der ausgedehnten deutſchen Grenze von Mainz bis Baſel außer Landau nicht ein einziger befeſtigter Punkt ſich vorfand und man daher demſelben die Bundesfeſtungsqualität beilegte. Seitdem indeſſen Germersheim und Raſtatt erbaut ſind, iſt die Nichtigkeit Landaus erſt recht zu Tage getreten, ſo daß die Frage nahe liegt, ob dasſelbe überhaupt als Feſtung zu erhalten wünſchenswerth iſt, eine Frage, der auch Preußen bei mancher ſeiner kleinen Feſtungen nahe getreten iſt. So nah an der Grenze liegend, nur wenig Tagemärſche von den Hauptwaffenplätzen des Nachbarlandes entfernt, bei den beflügelten Transportmitteln, ſowie den ſich täglich überbietenden Erfindungen weittragender Wurfgeſchoſſe ſind kleine Feſtungen, welche in keinerlei Art eine ſtrategiſch wichtige Lage haben, nur gemacht, vom Feinde in wenig Tagen eingeäſchert zu werden und in deſſen Hände zu fallen. Germersheim dagegen bietet allein ſchon als Rheinübergang eine große Wichtigkeit dar und eignet ſich als ſolcher ganz vorzugsweiſe zu einer Bundesfeſtung an Deutſchlands Weſtgrenze, und je gerechtfertigter etwaige Verſtärkungen dieſes Platzes wären, je ungerechtfertigter wären ſie bei Landau.

In engſter Verbindung mit der Uebertragung der Bundesfeſtungsqualität von Landau auf Germersheim ſteht die Beſatzungsfrage derſelben. Nach den beſtehenden Bundesbeſtimmungen gehören zur Kriegsbeſatzung von Landau auch die

Contingente der Hohenzollernſchen Fürſtenthümer. Mit dem Uebergange derſelben an Preußen iſt dieſe Beſatzungspflicht ebenfalls auf uns übergegangen. Bei der Vertauſchung Germersheims mit Landau würde dieſe Pflicht Preußens alſo gleichfalls auf erſtere Feſtung übergehen. Da nun Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung mit der des Großherzogthums Baden den Antrag beim Bundestage geſtellt hat, die eventuelle Kriegsbeſatzung Raſtatts zur Hälfte ſchon im Frieden hineinzulegen, ſo würde ein gleiches Verlangen an die Kgl. bayriſche Regierung hinſichtlich des Friedens-Mitbeſatzungsrechts Germersheims von preußiſcher Seite zu ſtellen gerechtfertigt ſein. Bei den Verhandlungen der Bundesmilitärcommiſſion hat man die Verſtärkung der Raſtatter Friedensgarniſon durch Kaiſerlich öſterreichiſche Truppen dadurch mit zu motiviren geſucht, daß die Kaiſerliche Regierung in der numeriſchen Truppenſtärke in den weſtlichen Bundesfeſtungen nicht hinter der der preußiſchen Armee zurückſtehen dürfe. Wenngleich eine Verſtärkung der Friedensbeſatzung von Raſtatt an ſich nicht nothwendig erſcheint, indem bei den erhöhten Communicationsmitteln der Neuzeit die benöthigte Kriegsbeſatzung wohl immer rechtzeitig aus Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Staaten in Raſtatt eintreffen würde, und es daher bei den gegenwärtig gültigen Bundesbeſtimmungen über die Raſtatter Beſatzungsverhältniſſe verbleiben könnte, ſo darf im andern Falle doch auch Preußen ſich den Ehrenpunkt nicht rauben laſſen, in der Beſatzungsſtärke der Bundesfeſtungen im Kriege nicht hinter Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Armee zurückzuſtehen. Dieſe Gleichſtellung würde erreicht, falls die künftige Bundesfeſtung Germersheim im Frieden und Kriege von preußiſchen Truppen mitbeſetzt würde, wenn es nicht vorzuziehen wäre, Raſtatt und Germersheim zu gleichen Theilen von den Truppen der Landesregierungen und Kaiſerlich öſterreichiſchen und Königlich preußiſchen Truppen im Frieden und Kriege beſetzt zu ſehen.

1858 15. 2.

1858 15. 2. Unendlich beglückt würde ich mich fühlen, wenn die beiden von mir aus wahrem deutſchen Nationalintereſſe angeregten Fragen von Mainz und Germersheim Ew. Kaiſerlichen Majeſtät volle Zuſtimmung fernerhin erhielten, in welchem Falle die Beiſtimmung der Bundesſtaaten nicht zu bezweifeln ſein würde. Sollten dieſe indeſſen wider Erwarten namentlich aus finanziellen Rückſichten die Zuſtimmung zu den fraglichen beiden Anträgen verweigern, ſo wird Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung ſowohl wie die preußiſche das beruhigende Bewußtſein behalten, zum wahren Wohle Deutſchlands etwas Wichtiges angeſtrebt zu haben, und dann für uns nichts weiter übrig bleiben, als uns auf den Boden des beſtehenden Bundesrechts zu ſtellen.

Mich Ew. Kaiſerlichen Majeſtät fernerer Gnade allerunterthänigſt empfehlend, verbleibe ꝛc.

Prinz von Preußen.

132.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrteſter Freund,

1858 9. 3. Zimmermann*) hat mir die vollſtändige Characteriſtik von Graf Rechberg gerade ſo mitgebracht, wie ſie jetzt von Ihnen in Ihrem freundlichen Schreiben vom 7ten d.**) enthalten iſt, und habe ich die Ueberzeugung daraus gewonnen, daß es nicht lange mehr mit dieſem kleinen Tyrannen gehen wird. Daß man ſich dieſen Terrorismus nicht länger ohne Gegenwehr gefallen laſſen kann, verſteht ſich von ſelbſt; hoffentlich machen wir eine glückliche Campagne mit Mund und Feder, aber ohne Schwerdtſtreich gemeinſchaftlich gegen ihn. Hat aber Rechberg eine gehörige Ohrfeige bekommen, ſo daß er einen Denkzettel für die Zu-

*) Generalſecretär des hannöverſchen Geſammtminiſteriums.

**) Concept nicht vorhanden.

kunft hat, ſo wird es meiner Anſicht nach rathſam ſein, daß 1858
man erſt einmal wieder Waffenſtillſtand mit ihm ſchließt, um 9. 3.
der holſteiniſchen Sache ſelbſt nicht zu ſchaden, welche ſonſt wegen dieſes Intermezzo's in Stillſtand gerathen könnte.

Daß ich Heimbruch*) nicht fallen laſſen werde in dieſer Sache, brauche ich wohl nicht erſt Ihnen zu verſichern. In dieſem Augenblicke aber eine Demonſtration zu ſeinen Gunſten zu machen, halte ich nicht für räthlich, da ich ſonſt riskire, daß Rechberg in den Fürſtenſtand erhoben und das alte Weib Noſtitz**) in die Mühle geſchickt wird, wo alte Weiber jung gemacht werden.

Wegen der gemeinſchaftlichen Anträge***) hat Heimbruch heute Inſtruction mittelſt Telegramm's erhalten. Ob dieſe Anträge nächſten Donnerſtag oder ſpäter geſtellt werden, überlaſſe ich Ihnen.

Freund Beuſt iſt in größter Aufregung, glaubt Deutſchland in Gefahr und hofft es retten zu können durch Aufrechthaltung des § 19 der Geſchäftsordnung. Sobald Profeſſor Pfordten†) von dieſem Beuſtſchen Rettungsverſuch Kenntniß erhalten haben wird, eilt er gewiß nach Paris, um von der dortigen Conferenz eine Garantie für § 19 der Geſchäftsordnung zu erwirken. Ueberbieten muß er jedenfalls. Hügel††) und darin unterſtützt von Reinhard wird†††) inmittelſt unter dem Schutze des § 19 fortfahren Siegellack zu machen. Meyſenbug§) wird Nervenzucken bekommen, wenn er unſere Anträge hört; viel-

---

*) Hannöverſcher Bundestagsgeſandter.

**) General Graf Noſtitz.

***) Betr. eine Reform der Geſchäftsordnung am Bunde.

†) v. d. Pfordten war vor Uebernahme des Miniſteriums des Auswärtigen in Sachſen Profeſſor des römiſchen Rechts in Erlangen, bezw. Leipzig.

††) Württembergiſcher Miniſter der Auswärtigen Angelegenheiten.

†††) Orig.: werden.

§) Badiſcher Miniſter der Auswärtigen Angelegenheiten.

1858 9. 3. leicht wird er aus Schreck katholiſch und geht entweder ins Kloſter oder in die Wiener Staatskanzlei, um mit ſeiner brüderlichen Liebe*), Biegeleben**) und Werner***), fromme Pſalmen zu ſingen.

Leben Sie wohl, wehren Sie Sich tapfer und grüßen Sie Heimbruch.

Hannover 9/3. 58.

Der Ihrige

A. Gr. Platen.

133.

Fürſt Gortſchakow an Budberg.

Peterhoff, le 16 juillet 1858.

1858 16. 7. D'après les dernières informations d'Oubril†) cette lettre Vous trouvera déjà à Berlin.

Je suppose que Vous vous serez fait rendre compte des dépêches qu'Oubril nous a adressées en Votre absence. Je puis donc reprendre les questions où il les a laissées.

La principale, je dirai presque la seule palpitante, est celle du Danemarck. Je n'ai rien à ajouter à ce que, sous ce rapport, j'ai écrit en dernier lieu à Oubril. Nous regrettons vivement l'incident soulevé par l'opposition inattendue du Cabinet de Berlin.

M^r de Werther est venu me voir ici pour m'exprimer le regret du Baron de Manteuffel de l'usage fait par le Cabinet de

---

*) Hof- und Miniſterialrath im öſterreichiſchen Miniſterium des Aeußern.

**) Decernent für die deutſchen Angelegenheiten im öſterreichiſchen Miniſterium des Auswärtigen.

***) Unterſtaatsſecretär im öſterreichiſchen Miniſterium des Auswärtigen.

†) Rath an der ruſſiſchen Botſchaft in Paris.

Copenhague de quelques paroles échangées entre le Président du Conseil et Monsieur de Plessen*), si je ne me trompe, à un dîner qui a eu lieu chez Vous. Monsieur de Manteuffel admet — et ici je Vous citerai un texte qui nous a été donné par Werther: daß er ſich dahin geäußert, daß die Außerkraftſetzung der däniſchen Geſammtverfaſſung nothwendig ſei, bevor wir zu befriedigenden Verhandlungen mit Dänemark gelangen könnten. 1858 16. 7.

Monsieur de Plessen n'a pas dit autre chose à son Gouvernement. L'usage maladroit et indiscret, je l'admets, que le Cabinet de Copenhague a fait d'un entretien confidentiel en le citant dans un acte public, ne saurait être imputé à Monsieur de Plessen. Je le regrette ainsi que Monsieur de Manteuffel, et certes avec nous il ne serait pas exposé à un semblable inconvénient. Mais il me semble aussi que Monsieur le Président du Conseil est trop haut placé par sa position et la supériorité de son intelligence, pour se laisser influencer par la seule considération que cette publicité d'une réflexion confidentielle donne à la Prusse aux yeux de l'Allemagne l'apparence de vouloir diriger à elle seule la question.

Dans la position faite il nous paraît que la seule considération à peser est d'examiner, si la concession faite par le Danemarck est un pas sérieux et autorise l'entrée en négociation qu'il demande. Or, je serais dans une forte erreur, si tel n'était pas le cas. Le Cabinet de Copenhague déclare qu'il suspend la Constitution générale dans son application aux Duchés. Cela veut dire que les délégués réciproques n'ont pas à s'en préoccuper dans la négociation qui s'entamerait entre eux, ou du moins que cette constitution suspendue n'est plus un obstacle matériel à une entente. Je ne prétends pas affirmer qu'on aboutira à cette entente. Cela dépendra de la modération et de la sincérité apportées de part et d'autre.

*) Baron Otto v. Pleſſen, däniſcher Geſandter in Petersburg.

1858 16. 7. Je veux seulement constater que l'entrée en négociation est immensément facilitée, et cela par le Danemarck.

Monsieur de Manteuffel étant absent, ce que je viens de Vous dire n'a pas d'application immédiate, à moins que Vous ne soyez mis dans le cas d'entretenir Monsieur Balan*) de cette question. Alors Vous voudrez bien puiser Votre langage dans les réflexions que je Vous communique. Au reste, j'espère toujours que cela finira par s'arranger au moyen de quelque biais et que nous n'aurons pas le chagrin de voir reculer au moment où un bon pas vers le but nous paraissait fait. Sous ce rapport je compte surtout et essentiellement sur le caractère conciliant et l'esprit supérieur de Monsieur de Manteuffel.

G.

134.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1858 20. 7. benachrichtige ich ergebenſt, daß es meine Abſicht iſt, nächſten Donnerstag übermorgen, den 22. d. M. Morgens früh 7 Uhr von hier nach Frankfurt a/M. zu gehen und am folgenden Morgen ſo zeitig als möglich nach Baden-Baden mich zu begeben. Es würde mir angenehm ſein, wenn es Euer Hochwohlgeboren convenirte mich zu begleiten.

Die däniſche Sache, welche meines Erachtens mit äußerſter Vorſicht zu behandeln iſt, wird natürlich den Gegenſtand meiner Beſprechung mit Euer Hochwohlgeboren bilden; ich will aber mit dieſen Zeilen in keiner Weiſe vorgreifen, und halte überhaupt dafür, daß man die Sache in den bundesmäßigen Formen ſich abklären laſſen muß. Im Allgemeinen befinde ich mich mit demjenigen, was Euer Hochwohlgeboren über dieſe An-

*) Unterſtaatsſecretär.

gelegenheit zu berichten und zu ſchreiben hatten, ganz im Ein- 1858
klange. 20. 7.

Ich wünſche nicht, daß in Frankfurt von meiner Durchreiſe vorher geſprochen werde, wollte mir aber doch erlauben, Euer Hochwohlgeboren durch dieſe Zeilen ein kleines Aviſo zu geben.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener
Manteuffel.

P.S. Morgen Abend bereits geht der Wirkliche Legationsrath v. Kehler*), den Euer Hochwohlgeboren ja auch kennen, nach Frankfurt. Er wird ſich bei Ihnen melden, und ich denke ihn auch mit nach Baden zu nehmen, beſonders um die Antwort nach Wien zu redigiren. Der Mann iſt etwas heftig, es iſt ihm alſo kaltes Waſſer aufzulegen; er kennt aber die Sache genau.

Berlin den 20. Juli 1858. M.

135.

Graf K. v. d. Goltz an Bismarck.

Verehrter Bundestagsgeſandter!

Auf Ihre mit gewohnter Beharrlichkeit wiederholten Vor- 1858
ſchläge erwidert der Prinz folgendes: 28. 7.

1. Der Prinz wünſcht den König zu ſehen; er wird deshalb 1 Stunde lang in Wiesbaden bleiben und per Extrazug nach Rüdesheim weiter reiſen.

2. Die Prinzeß Carl wird von hier aus erſucht werden, Sich 1 Stunde ſpäter in Eltville zur gemeinſchaftlichen Fahrt nach Rüdesheim zu begeben.

*) Vortragender Rath im Miniſterium der ausw. Angelegenheiten in Berlin.

1858 28. 7. 3. Dagegen wollen Sie gef. den König davon benachrichtigen laſſen, daß der Prinz in Reiſekleidern ſein wird, und dafür Sorge tragen, daß in Wiesbaden auf oder in der Nähe des Bahnhofs ein Zimmer bereit gehalten wird, in welchem die beiden hohen Herren Sich ungeſtört beſprechen können.

Zugleich bitte ich, die Eiſenbahndirektion davon zu avertiren, daß der Prinz einen Extrazug gebrauchen wird, der in Eltville anhalten muß.

Endlich erlaube ich mir zur Vereinfachung des Geſchäftsganges in ähnlichen Fällen zu bemerken, daß nicht Alvensleben ſondern meine geringe Perſon perſönlicher Adjutant des Prinzen iſt, dergl. Sachen wie die vorliegenden und alle Reiſeangelegenheiten in mein Reſſort ſchlagen.

Ganz Ihr ergebener

Baden, den 28. 7. 58. E. v. d. Goltz.

136.

Otto v. Manteuffel an Bismarck*).

Euer Hochwohlgeboren

1858 12. 10. danke ich recht ſehr für Ihr gütiges Schreiben vom 9. d. M.**). Die Antwort auf die darin geſtellte Frage wegen Begehung des Geburtstages Sr. Majeſtät werden Sie inmittelſt durch meinen amtlichen Circular-Erlaß erhalten haben.

(* Unſre große Haupt- und Staats-Action iſt inmittelſt wenigſtens im erſten Akt erledigt. Die Sache hat mir viel Sorge, Unannehmlichkeit und unverdienten Verdruß gemacht. Noch geſtern habe ich darüber von Gerlach einen ganz empfindlichen

*) Ein Theil des Briefes — hier wiederholt — iſt in G. u. E. I, 199—201 veröffentlicht.

**) Concept nicht vorhanden.

Brief erhalten *). Er glaubt, daß damit die Souveränetät halb zum Fenſter hinausgeworfen ſei. Ich kann das beim beſten Willen nicht erkennen, meine Vorſtellung von der Sache iſt folgende: 1858 12. 10.

Wir haben einen diſpoſitionsfähigen, aber regierungsunfähigen König; derſelbe ſagt ſich ſelbſt und muß ſich ſagen, daß er ſeit länger als Jahresfriſt nicht hat regieren können, daß die Aerzte und er ſelbſt anerkennen müſſen, der Zeitpunkt, wo er wieder ſelbſt würde regieren können, laſſe ſich auch entfernt nicht angeben, daß eine unnatürliche Verlängerung der bisherigen Vollmachts Ertheilung nicht am Orte und dem Staate eine ſich ſelbſt allein verantwortliche Spitze nothwendig ſei; aus allen dieſen Erwägungen gibt der König dem zunächſt zur Krone Berufenen den Befehl, das zu thun, was für ſolchen Fall in der Landesverfaſſung vorgeſchrieben iſt. Die Beſtimmungen der letzteren, welche gerade in dieſem Punkte correct und monarchiſch abgefaßt ſind, werden demnächſt zur Anwendung gebracht und das, wenn auch nach der Erklärung des Königs überflüſſige, immerhin aber in der Verfaſſung mit gutem Grunde vorgeſchriebene Landtagsvotum wird eingeholt, aber ſtreng auf Beantwortung der Frage beſchränkt: Iſt die Einſetzung einer Regentſchaft nothwendig? mit andern Worten: Iſt der König mit **) genügendem Grund von den Geſchäften entfernt? Wie man dieſe Frage verneinen will, iſt mir nicht erſichtlich; immerhin wird es noch manche, namentlich formale Schwierigkeit zu überwinden geben. Namentlich fehlt es für die in der Verfaſſung vorgeſehene gemeinſchaftliche Sitzung ***) an einer Geſchäftsordnung. Dieſe wird man improviſiren müſſen, indeſſen hoffe ich doch, daß man in etwa fünf Tagen mit der

*) Manteuffel, Denkwürdigkeiten III, 326 f., ebd. Manteuffels Antwort vom 9. October, S. 327 f.

**) Orig.: ohne.

***) Beider Kammern.

1858 12. 10. Beſchlußfaſſung zu Stande ſein wird, ſo daß dann der Prinz den Eid leiſten und die Verſammlung ſchließen können wird. Andre Vorlagen, namentlich ſolche, welche auf Geldbewilligungen ſich beziehen, werden natürlich für dieſe Sitzung gar nicht beabſichtigt. Wenn Ihre Geſchäfte es erlauben, ſo würde ich wünſchen, daß Sie Sich zum Landtage hier einfinden und womöglich vor deſſen Eröffnung hier ſind. Ich höre von wunderbaren Anträgen der äußerſten Rechten, die man vielleicht im allgemeinen Intereſſe, ſowie in demjenigen dieſer Herren verhindern könnte.

Weſtphalens Entlaſſung gerade im gegenwärtigen Momente*) iſt mir ſehr unerwünſcht geweſen. Einmal ſchon hatte ich, als er ſelbige verlangte, ſie gehindert. Jetzt wollte der Prinz ſie ihm aus ganz freier Entſchließung und ohne ſeinen Antrag ertheilen und ſchickte mir ein darauf bezügliches Privatſchreiben an Weſtphalen**) mit dem Befehle, ſofort die Ausfertigung vorzulegen. Ich that letzteres indeß nicht, und ſandte auch das eigenhändige Schreiben nicht ab, ſondern machte beim Prinzen Gegenvorſtellungen bezüglich der Opportunität des Momentes, Gegenvorſtellungen, welche nach nicht geringer Mühe auch durchſchlugen. Ich ward ermächtigt, die Maßregel wenigſtens aufzuhalten und den Brief bei mir liegen zu laſſen. Da ſchrieb Weſtphalen am 8. d. Mts. an den Prinzen ſowohl wie an mich ein ganz wunderbares Schreiben***), worin er mit Zurücknahme früherer Erklärungen ſeine Contraſignatur der zu erlaſſenden und bereits feſtgeſtellten Ordres davon abhängig machte, daß auch noch die vom Prinzen zu erlaſſenden Ordres ſpeciell dem Könige zur Genehmigung vorgelegt würden, ein Verlangen, welches in der That mit Rückſicht auf den in den

*) Am 9. October, ſein Nachfolger wurde Flottwell.

**) Vom 6. October, ſ. dasſelbe mit dem begleitenden Schreiben an Manteuffel in Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 319 f.

***) Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 325.

letzten Tagen verſchlimmerten geiſtigen Zuſtand des Königs an Widerſinnigkeit grenzte. Da verlor der Prinz die Geduld und machte mir Vorwürfe, nicht ſogleich ſein Schreiben abgeſchickt zu haben, und die Sache war nun nicht mehr zu halten. Flottwells Wahl iſt ohne all' mein Zuthun aus dem Prinzen ſelbſtſtändig hervorgegangen, ſie hat, wie Manches gegen ſich, ſo auch Manches für ſich*). 1858 12. 10.

Heute Nachmittag iſt denn unſer armer König hier durch nach Leipzig auf der Tour nach Meran gereiſt. Da jeder Empfang verboten war, ſo hatte ich mich unter der Menſchen-Menge im Ueberrock auf dem Bahnhof eingefunden. Ich ward aber erkannt und in den Wagen des Königs gerufen. Er klagte ſchmerzlich über ſeinen Kopf und ſagte, ſeit 4 Wochen gehe es ihm ja viel ſchlimmer als früher, er wiſſe gar nicht, was daraus werden ſolle. Die Scene war unbeſchreiblich traurig.

Doch genug von unſern innern Dingen, die in der That recht betrübt ſind, und mir vielen Aerger gemacht haben und noch Kummer machen.

Was die äußeren Verhältniſſe betrifft, ſo erwarte ich mit einiger Ungeduld Ihre Erwiederung auf mein geſtriges Schreiben wegen der Oeſterreichiſchen Eröffnungen in Betreff Raſtatts. Meine Correſpondenz mit Buol iſt Ihnen wohl vollſtändig bekannt; Sie haben mir aber darüber eine Meinung noch nicht ausgeſprochen. Durch diesſeitiges Zögern möchte ich die Sache nicht hinhalten**).

In der Holſteiner Sache nimmt jetzt plötzlich Schweden ſo lebhaft Partei für Dänemark, daß Le coq***) ganz kopfſcheu

---

) Von (an bis hieher in G. u. E. nach einer Abſchrift veröffentlicht, hier mit kleinen Berichtigungen nach dem Original wiederholt.

**) Bismarcks Antwort vom 12. October, Preußen im Bundestag III, No. 197 S. 429 ff.

***) Geheimer Rath im Miniſterium des Auswärtigen.

1858 12. 10. wird. Wie das zuſammenhängt, weiß ich noch nicht. Der Prinz iſt immer noch erregt in der Sache, und der kleine Yſenburg*) giebt ſich trotz aller meiner Abmahnungen noch immer fruchtloſe und übel placirte Mühe, Herrn Zimmermann**) zu bekehren, der geradezu ſagt, alles Andere ſei ihm gleichgültig, wenn man nur zur Executions-Vollſtreckung je eher je lieber gelange. Daß die Execution Zweck ſein ſoll, ſcheint mir gegen alle, nur nicht gegen die Hannoverſchen Rechtsprinzipien zu verſtoßen. Doch machen derartige Berichte auf den Prinzen Eindruck. Von Wien bin ich noch ohne Antwort. Die dahin gerichtete und Euer Hochwohlgeboren bekannte dieſſeitige Depeſche***) war dem Prinzen gar nicht genehm, und erſt nach zweimaliger Aenderung erklärte er ſich zögernd einverſtanden.

Ich bitte mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen.

Wir hatten Trauer durch den Tod eines Schwagers Lariſch, der namentlich meine Frau ſehr ſchmerzlich berührt hat.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 12. October 1858. Manteuffel.

137.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

1858 7. 11. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben allergnädigſt geruht, mich an Stelle Seiner Excellenz des Herrn Freiherrn von Manteuffel zum Staats- und Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

---

*) Preußiſcher Geſandter in Hannover.

**) S. o. S. 268, Anm. *).

***) Vom 6. October, vgl. Preußen im Bundestag III, S. 426, Anm. 1.

Indem ich Eure Hochwohlgeboren hiervon ergebenſt in Kenntniß zu ſetzen mich beehre, ſpreche ich die Hoffnung aus, durch Ihre gütige Mitwirkung in den Stand geſetzt zu werden, dem Allerhöchſten Vertrauen in der Verwaltung des mir anvertrauten Poſtens zu entſprechen, und erſuche Eure Hochwohlgeboren, die Depeſchen-Berichte ꝛc. fortan unter meiner Adreſſe hierher einzuſenden. 1858 7. 11.

Empfange Eure Hochwohlgeboren bei dieſem Anlaſſe die Verſicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Berlin, den 7ten November 1858. Schleinitz.

138.

Bismarck an Miniſter v. Schleinitz.

(Concept.)

Eurer Excellenz

hohen Erlaß, die Uebernahme der Geſchäfte des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten betreffend, habe ich heut zu erhalten die Ehre gehabt. Mit meinem Danke für die geneigte Mittheilung verbinde ich meinen ehrerbietigen Glückwunſch und die Verſicherung, daß ich jederzeit bemüht ſein werde, das Vertrauen, welches Hochderſelben geehrtes Schreiben ausſpricht, zu rechtfertigen und mir zu erhalten. Bei dem Wohlwollen, welches Eure Excellenz mir bisher gewährt haben, und aus dem Bewußtſein meines regen Eifers für den Königlichen Dienſt darf ich die Hoffnung ſchöpfen, daß Hochdieſelben meine amtlichen Leiſtungen mit Nachſicht beurtheilen werden. 1858 ? 11.

Mit ꝛc.

v. Bismarck.

139.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Eurer Hochwohlgeboren

1858 18. 11. ſäume ich nicht meinen verbindlichſten Dank abzuſtatten nicht blos für die freundlichen Worte, mit denen Sie mich in meiner neuen Stellung haben begrüßen wollen, ſondern ganz insbeſondere auch für die in Ihrem Privat-Schreiben vom 9. d. M.*) enthaltene, den Stempel äußerſter Lebensfriſche und Naturtreue an ſich tragende Schilderung des Eindrucks, den unſere Miniſterial-Veränderung auf den bundestäglichen Mikrokosmus hervorgebracht hat. Wäre man genöthigt, dieſen Herrn die Richtigkeit ihrer Prämiſſen zuzugeſtehn, ſo ließe ſich gegen die Logik der daraus gezogenen Conſequenzen ſchwerlich viel einwenden. Ich hege das feſte Vertrauen, daß die Dinge nicht ſo kommen werden, wie man es von gewiſſen Seiten in prophetiſchem Wohlwollen für unvermeidlich zu halten ſcheint. Um auf der ſchiefen Fläche, die man uns ſo bereitwillig als unſere naturgemäße Baſis anweiſt, nicht nach links hinabzurutſchen, wird es vor allen Dingen darauf ankommen, ſich nicht auf die ſchiefe Fläche zu ſtellen; dies einzuſehn ſollte man uns, die wir die letzten 10 Jahre nicht mehr als andre Leute geſchlafen haben, doch billig zutrauen.

Mittheilungen, wie ſie Ihr Schreiben vom 9ten enthält, haben nicht blos einen theoretiſchen, ſondern einen ſehr großen praktiſchen Werth für mich und können, natürlich ohne irgend eine Gefahr der Compromittirung für Sie nach mehr als einer Seite hin zu heilſamen Einwirkungen von mir benutzt werden. Es bedarf daher auch gewiß keiner beſonderen Verſicherung, wie ſehr Sie meinen Wünſchen entſprechen werden,

*) Concept nicht vorhanden; doch vgl. den Brief vom 12. November 1858 an Frau v. Arnim, Bismarckbriefe (8. Aufl.) S. 242 ff.

wenn Sie fortfahren wollen, in derſelben vertraulichen Weiſe mich auch ferner von Ihren Wahrnehmungen auf dieſem Gebiete in Kenntniß zu erhalten. 1858 13. 11.

In aufrichtigſter Hochachtung

Eurer Hochwohlgeboren

ganz ergebenſter

Berlin, den 13. November 1858. Schleinitz.

140.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichſt für die im gegenwärtigen Augenblicke doppelt intereſſante Mittheilung vom 1. und 3ten d. M.*), auf deren Inhalt hier näher einzugehen ich um ſo mehr unterlaſſen darf, als Ihr bevorſtehender Beſuch, zu dem der Prinz-Regent mit Vergnügen Seine Zuſtimmung ertheilte und der auch mir ſehr willkommen iſt, mir Gelegenheit geben wird, mündlich auf die Sache zurückzukommen. 1859 9. 1.

Mit den aufrichtigſten Neujahrs-Wünſchen

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebenſter

Berlin, d. 9. Januar 1859. Schleinitz.

141.

J. L. Motley an Bismarck.

Rome 16. Feb. 1859.

My dear Bismarck—

Are you really going to St. Petersburg? I have seen rumours to that effect from time to time, in the newspapers, 1859 16. 2.

*) Concept nicht vorhanden.

1859 but I always took it for granted that they were only rumors.
·16. 2. But now, it seems to be stated so formally that it must be a settled thing. I wish you could find time,—(I know you have very little to spare) to write me a single line, just to say if the fact is really so. I cant tell you how much disappointed I am. I really dont know whether it is a political advancement for you or not—but it seems to me that you and M^me^ de Bismarck are so happy and contented in Frankfort, and that you have so much less of the „pomp and circumstance" of courts—which I know is a bore to both of you—to make me doubt whether you will be at first much gratified by plunging into the arctic circle whither you seem to be bound.

But I confess that my emotions on the subject are very selfish. I always thought that I had you safe in Frankfort—and that I was sure to see you very often—as long as I remained in Europe, which—off and on—is likely to be for the greater part of my life—but now that you are going to Petersburg, it seems to me as though you were about migrating to the planet Jupiter.

Russia is so much farther off, in every respect, than America. Does your wife like the idea of removing from Frankfort. Pray give her my kindest regards and good wishes, and say to her how deeply disappointed I am to lose the opportunity of seeing you all again—I wished so much to introduce my wife and children to you and yours, and we even have talked of spending a year or two in Frankfort, as I dont think that Rome agrees much with any of us.

Do write me a word or two, if you can spare a few moments' time, and tell me what your plans are, why you are going to Russia and when, how your wife likes it, and all the other ifs and ands—I have n't written to you before, because I knew, that you did n't care much for correspondence, and

would be glad perhaps not to be obliged to write.—Now you must write, for I dont like to think that I have lost my hold upon you forever. 1859 16. 2.

I have seen Canitz here this winter. He seems desirous of getting appointed to this place, but I infer from what he says that he is likely to remain at Naples. There is a young English lady here to whom it is said that he is engaged to be married—but it is not officielly announced. She is a Miss W . . . ., very young, pretty, and with a handsome fortune. The family occupy apartments in the same palazzo with us, and we have exchanged calls and cards—but we have not yet seen very much of them. I am sure I wish Canitz every happiness, for he is certainly one of the best hearted, excellent fellows in the world. We had the pleasure of seeing him very often during his brief visit here—rather the oftener, you will infer, from the propinquity of lodgings, which I have alluded—and my wife likes him as much as I do.

Pray tell me if you have heard of Keyserling*)—and if you know his address. He ows me a letter since May, having let our correspondence drop in the most flagitious manner. I dont know his address now, or I would write to him again—but I am quite ignorant whether he has returned to Courland or has remained in Paris. Who is to be your Prussian minister here? You were kind enough to give me a letter of introduction to Mr. von Thiele, but he had already left his post before we arrived, and, as I understand, is not to return. If the new minister—whoever he may be—happens to be an acquaintance of yours, perhaps you would not object to send me a line of introduction to him.

Thus far, I have not been able to get into the papal

*) Graf Hermann Keyserling.

1859 16. 2. Archives, and doubt very much whether I shall succeed. Our minister here is very obliging, and in doing all that he can, but I suspect that there is no key which will unlock those secrets to a protestant. Meantime I am working hard at the materials which I brought with me, from other Archives—particularly those of Belgium, Holland, Spain and England, and have got enough work on my hands to last me for years. Nevertheless I shall have finished two or three volumes, I suspect, before you will have read the first work*). Pray tell Mad^me^ de B. that I hope one of these days she will read the work for „old acquaintance sake". If she objects to reading English, there is a German translation—published in Dresden—and two French translations, one published in Brussels, the other in Paris. Pray forgive this egotism—for it is the egotism of friendship, not of vanity. I cant help wishing that you would both sometimes recall me to your memory, and I know no better way than by asking her to sometimes read a chapter or two of my writings. I am sure I shall never forget her and you—our early friendship, and the to me delightful days we have passed together since it is has been renewed. I always feel when I am with you, as if twenty years had rolled off my back in one lump, like a knapsack, as if my shoes were not covered with the dust of the long life's turnpike along which we have been tailing since the early days.

God bless you and yours, my dear Bismarck. May you prosper and succeed—as you deserve to succeed—domi militiaeque. Write me half dozen lines, as soon as you conveniently can,

---

*) The rise of the Dutch Republic, 3 Bde. 1856; damals arbeitete M. an der History of the United Netherlands, die in 3 Bänden 1860 erſchien.

and with best regards to your wife and children believe me most sincerely your friend 1859 16. 2.

J. L. Motley.

Address
aux soins de
Tarlonia & Cie.
Rome.

142.

Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

eile ich mit der Bitte um Nachſicht für die Flüchtigkeit dieſer Zeilen raſch noch unter Benutzung der ſichern Gelegenheit zu ſchreiben. 1859 28. 2.

Der Vorgang in dem Militair-Ausſchuſſe*) iſt ſehr ernſthaft, und ich finde für ihn keinerlei Rechtfertigung. Er wird uns große Verlegenheiten bereiten. Ihr letzter Bericht**) trifft m. E. die Sache in ihrem Kern. Doch ſind die Sachſen nicht zufrieden mit dem Vorgehen ihres Commiſſars***) und werden deshalb den Anträgen entgegentreten, welche Aufſehen erregen-

---

*) Die Bundesmilitärcommiſſion hatte ſich einen Uebergriff in das Gebiet der Politik erlaubt, indem ſie an den Militär-Ausſchuß ſelbſtändige Anträge in Betreff von Maßregeln zur Vertheidigung des Bundesgebiets für den Fall eines Angriffs auf die öſterreichiſchen Beſitzungen in Italien richtete. Der preußiſche Militärbevollmächtigte, General Dannhauer, hatte den Anregungen des Feldmarſchall-Lieutenants v. Schmerling nachgegeben, ohne ſich mit dem politiſchen Vertreter Preußens am Bunde zuvor ins Vernehmen zu ſetzen und ohne Rückfrage bei der Königlichen Regierung.

**) Vom 26. Februar 1859, Preußen im Bundestag III, No. 220 S. 474 ff.

***) Oberſt v. Spiegel.

1859 der und provocirender Natur ſein könnten. Sollte der Vor-
28. 2. gang nicht ſo ernſt hier genommen werden, wie er iſt, (was ich jedoch nicht annehme) ſo würde ich es ſehr beklagen.

In Betreff des Legationsſekretairs iſt nie im Ernſt an Rechenberg gedacht; nur er ſelbſt hat wohl den Wunſch gehabt, nach P.*) zu kommen. Ich habe Ihren Wunſch, daß die Entſcheidung bis zu Ihrer Ankunft vertagt werde, Herrn von Schleinitz mitgetheilt und glaube annehmen zu dürfen, daß der Herr Miniſter damit einverſtanden iſt.

Der Petersburger Poſten iſt im höchſten Maaße wichtig und wird es mit jedem Tage mehr. Ich verkenne den Werth der Frankfurter Stellung in keiner Weiſe; aber die allgemeine politiſche Bedeutung der Petersburger iſt ohne Vergleich größer und weit bedeutender. Wir erwarten hier ſehr viel von Ihrer dortigen Thätigkeit; Sie beſitzen dort Vertrauen und können und werden dort der Krone und dem Lande die wichtigſten Dienſte leiſten. Petersburg iſt nichts weniger als ein „ehrenvolles Exil", wie Sie hier meinten. Ich habe die Hoffnung, daß Sie bald ganz dieſer Auffaſſung entſagen werden.

Ich hoffe, Sie werden mit dem Inhalte des heute abgehenden Erlaſſes zufrieden ſein.

Hoffentlich iſt Ihr Befinden wieder gut. Jeden Falls wäre es höchſt wünſchenswerth, daß Sie die Güte hätten, Herrn v. Uſedom noch ein Paar Tage mit den dortigen Verhältniſſen bekannt zu machen. Der Ort und die Stellung ſind nicht leicht ſchwieriger geweſen als gegenwärtig. Der neueſte Vorgang beſtätigt es.

Nochmals die Bitte um Nachſicht für die Flüchtigkeit dieſer Zeilen.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 28/2. 59. v. Gruner.

---

*) Petersburg.

143.

Bismarck an Miniſter v. Schleinitz*).

Petersburg den 12. May 1859.

Eurer Excellenz

ſage ich meinen gehorſamſten Dank für die ſo reiche und inter- 1859
eſſante Expedition, welche ich vorgeſtern Abend durch Feldjäger 12. 5.
Hahn erhalten habe. Im Laufe des geſtrigen Tages habe ich Gelegenheit gefunden, mich in der allgemeinen Richtung der mir zugegangnen Mittheilungen gegen den Fürſten Gortſchakow auszuſprechen. Mein beifolgender Bericht**) enthält darüber Näheres, und erlaube ich mir in dieſen Zeilen eine andre Seite der Frage zur Sprache zu bringen, welche ich in amtlicher Form nicht mit derſelben Offenheit zu berühren wage, da ich noch nicht weiß, bis zu welchem Grade ſie Eurer Excellenz als verdammliche Ketzerei erſcheinen wird.

Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebniß meiner Erfahrungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen im Frieden eine drückende, in kritiſchen Zeiten eine lebensgefährliche Feſſel bilden, ohne uns dafür dieſelben Aequivalente zu gewähren, welche Oeſtreich, bei einem ungleich größern Maße eigner freier Bewegung, aus ihnen zieht. Beide Großmächte werden von den Fürſten und Regirungen der kleinern Staaten nicht mit gleichem Maße gemeſſen; die Auslegung des Zweckes und der Geſetze des Bundes modificirt ſich nach den Bedürfniſſen der öſtreichiſchen Politik. Ich darf mich

*) Der Brief iſt zwar ſchon von Heſekiel und ſeitdem öfters veröffentlicht worden, aber mit ſo viel Fehlern und Lücken, daß ſeine Wiedergabe nach einer zu den Privatakten genommenen Abſchrift ſich nöthig macht.

**) Die Berichte Bismarcks aus Petersburg ſind leider noch nicht veröffentlicht.

1859 12. 6. Eurer Excellenz Sachkenntniß gegenüber der Beweisführung durch detaillirtes Eingehn auf die Geſchichte der Bundespolitik ſeit 1850 enthalten, und beſchränke mich auf die Nennung der Rubriken von der Wiederherſtellung des Bundestages, der deutſchen Flottenfrage, der Zollſtreitigkeiten, der Handels-, Preß- und Verfaſſungsgeſetzgebung, der Bundesfeſtungen Raſtatt und Mainz, der Neuenburger und der orientaliſchen Frage. Stets haben wir uns derſelben compacten Majorität, demſelben Anſpruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber gefunden. In der orientaliſchen Frage erwies ſich die Schwerkraft Oeſtreichs der unſrigen ſo überlegen, daß ſelbſt die Uebereinſtimmung der Wünſche und Neigungen der Bundesregirungen mit den Beſtrebungen Preußens ihr nur einen weichenden Damm entgegenzuſetzen vermochte. Faſt ausnahmslos haben uns unſre Bundesgenoſſen damals zu verſtehn gegeben oder ſelbſt offen erklärt, daß ſie außer Stande wären, uns den Bund zu halten, wenn Oeſtreich ſeinen eignen Weg gehe, obſchon es unzweifelhaft ſei, daß das Bundesrecht und die wahren deutſchen Intereſſen unſrer friedlichen Politik zur Seite ſtänden; dies war damals wenigſtens die Anſicht faſt aller Bundesfürſten. Würden dieſe den Bedürfniſſen oder ſelbſt der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weiſe die eignen Neigungen und Intereſſen zum Opfer bringen? Gewiß nicht, denn ihre Anhänglichkeit an Oeſtreich beruht überwiegend auf ſolchen Intereſſen, welche beiden das Zuſammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwickelung des Einfluſſes und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinſchaftlichen Politik vorſchreiben. Ausbildung des Bundesverhältniſſes mit öſtreichiſcher Spitze iſt das natürliche Ziel der Politik der deutſchen Fürſten und ihrer Miniſter; ſie kann in ihrem Sinne nur auf Koſten Preußens erfolgen und iſt nothwendig nur gegen Preußen gerichtet, ſo lange Preußen ſich nicht auf die nützliche Aufgabe beſchränken will, für ſeine

gleichberechtigten Bundesgenoſſen die Aſſecuranz gegen zu weit gehendes Uebergewicht Oeſtreichs zu leiſten, und das Mißverhältniß ſeiner Pflichten und ſeiner Rechte im Bunde, ergeben in die Wünſche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Dieſe Tendenz der mittelſtaatlichen Politik wird mit der Stätigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil ſie kein willkürliches Product einzelner Umſtände oder Perſonen darſtellt, ſondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältniſſe für die kleinern Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden. 1859 12. 5.

Seitdem unſre Bundesgenoſſen vor neun Jahren unter der Leitung Oeſtreichs begonnen haben, aus dem bis dahin unbeachteten Arſenal der Bundesgrundgeſetze die Prinzipien ans Tageslicht zu fördern, welche ihrem Syſteme Vorſchub leiſten können, ſeit die Beſtimmungen, welche nur eine Bedeutung im Sinne ihrer Stifter haben konnten, ſoweit ſie von dem Einverſtändniſſe Preußens und Oeſtreichs getragen werden, einſeitig zur Bevormundung preußiſcher Politik auszubeuten verſucht werden, haben wir unausgeſetzt das Drückende der Lage empfinden müſſen, in welche wir durch die Bundesverhältniſſe und ihre ſchließliche hiſtoriſche Entwickelung verſetzt worden ſind. Wir mußten uns aber ſagen, daß in ruhigen und regelmäßigen Zeiten wir das Uebel durch geſchickte Behandlung wohl in ſeinen Folgen abzuſchwächen, aber nichts zu ſeiner Heilung zu thun vermochten. In gefahrvollen Zeiten, wie es die jetzigen ſind, iſt es zu natürlich, daß die andre Seite, welche ſich im Beſitz aller Vortheile der Bundeseinrichtungen befindet, gern zugiebt, daß manches Ungehörige geſchehn ſei, aber im „allgemeinen Intereſſe" den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangne Dinge und „innere" Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber kehrt eine

1859 12. 5. Gelegenheit, wenn wir die jetzige*) unbenutzt laſſen, vielleicht nicht ſobald wieder, und wir ſind ſpäter von Neuem auf die Reſignation beſchränkt, daß ſich in regelmäßigen Zeiten Nichts an der Sache ändern läßt.

Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben nach dem Rathe Eurer Excellenz eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller derer hat, denen ein Urtheil über Preußiſche Politik beiwohnen kann und die ſich daſſelbe nicht durch Partheileidenſchaften getrübt haben. In dieſer Haltung ſucht ein Theil unſrer Bundesgenoſſen durch unbeſonnene und fanatiſche Beſtrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg**) ſo leichtfertig bereit ſind, dem erſten Anſtoß des Kriegsgeſchreis der urtheilsloſen und veränderlichen Tagesſtimmung zu folgen, ſo geſchieht das vielleicht nicht ganz ohne tröſtende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechſeln kann. Wenn ſie ſich aber dabei der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu ſchicken; wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politiſche Weisheit und den Thatendurſt von Regirungen einzuſetzen, denen unſer Schutz unentbehrlich zum Exiſtiren iſt; wenn dieſe Staaten, deren geſammter Beſtand Einem Dritttheil unſrer Armee militäriſch nicht gewachſen iſt, uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn ſie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Ausſicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußiſcher Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit ſein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, andern Intereſſen dienen als Preußiſchen, und daß ſie die Sache Deutſchlands, welche ſie im Munde führen, ſo verſtehn, daß

*) Da Oeſterreich der Hülfe Preußens im Kriege gegen Frankreich bedurfte.

**) Die Mittelſtaaten.

ſie nicht zugleich die Sache Preußens ſein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. 1859 12. 5.

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Anſicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unſre Bundesgenoſſen uns bieten, mit Eifer ergreifen ſollten, um die Rolle der Verletzten zu übernehmen und aus dieſer zu derjenigen Reviſion unſrer gegenſeitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleinern deutſchen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir ſollten den Handſchuh, den Baiern uns hinwerfen zu wollen ſcheint, bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, ſondern einen Fortſchritt zur Kriſis der Beſſerung darin ſehn, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beſchluß faßt, in welchem wir eine Ueberſchreitung der Competenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, alſo einen Bruch der Bundesverträge finden können, je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, deſto beſſer. In Oeſtreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder ſo günſtig, um uns eine Verbeſſerung unſrer Lage in Deutſchland zu geſtatten, und unſre Bundesgenoſſen ſind auf dem beſten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dazu zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe durch unſre eigne Geſchicklichkeit in unauffälliger Weiſe nachhelfen. Sogar die Kreuzzeitung wird, wie ich eben aus der Sonntagsnummer erſehe, in ihrem blinden Eifer ſtutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Majorität ohne Weitres über die Preußiſche Armee diſponiren könnte. Nicht bloß an dieſem Blatt habe ich bisher mit Beſorgniß die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrſchaft ſich Oeſtreich in der deutſchen Preſſe durch das geſchickt angelegte Netz ſeiner Beeinfluſſung geſchaffen hat, und wie es dieſe Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieſelbe wäre die ſogenannte öffentliche Meinung ſchwerlich zu dieſer Höhe montirt worden; ich ſage die ſogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung iſt niemals für den

1859 12. 5. Krieg geſtimmt, wenn nicht die thatſächlichen Leiden ſchwerer Bedrückung es gereizt haben. Es iſt ſo weit gekommen, daß kaum noch unter dem Mantel allgemein deutſcher Geſinnung ein Preußiſches Blatt ſich zu Preußiſchem Patriotismus zu bekennen wagt. Die allgemeine Piepmeierei (verzeihen Eure Excellenz dieſen ſo bezeichnenden Ausdruck)*) ſpielt dabei eine große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Oeſtreich zu dieſem Zwecke niemals fehlen. Die meiſten Correſpondenten ſchreiben für ihren Lebensunterhalt, die meiſten Blätter haben die Rentabilität zum Hauptzwecke, und an einigen unſrer Berliner und andrer Blätter vermag ein erfahrner Leſer leicht zu erkennen, ob ſie eine Subvention Oeſtreichs wiederum erhalten haben, ſie bald erwarten, oder ſie durch drohende Winke herbeiführen wollen. Die Kreuzzeitung thut gratis, was Koller**) irgend wünſchen kann. Die andern combiniren ihre Richtungen nach den Rückſichten, welche ſie theils auf die Subvention, theils auf das Abonnement zu nehmen haben.

Ich weiß nicht, ob wir nicht unſre offiziöſe Einwirkung auf die Preſſe zu ſehr eingeſchränkt haben, und ich glaube, daß wir einen erheblichen Umſchlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unſrer deutſchen Bundesgenoſſen, beſonders Baierns, die Saite ſelbſtändiger Preußiſcher Politik in der Preſſe anſchlügen. Vielleicht geſchehn in Frankfurt Dinge, welche uns den vollſten Anlaß dazu bieten. Baiern kann ſeine 108000 M. (?) unmöglich lange demonſtrativ auf den Beinen halten; das Münchner Cabinet wird ſeit dem Eintritt Schrenks, wenn dieſer ſeiner Vergangenheit nicht untreu wird, ſich viel entſchiedener als bisher an Oeſtreich anſchließen, und Pfordten***) wird das Be-

*) Piepmeier war in den vierziger Jahren der Typus für den charakterloſen Philiſter.

**) Oeſterreichiſcher Geſandter in Berlin.

***) Der an Schrenks Stelle bayriſcher Bundestagsgeſandter geworden war.

dürfniß haben, die Augen der Welt auf die Berathungen der Bundesverſammlung zu lenken. 1859 12. 5.

In dieſen Eventualitäten kann ſich, wie Eure Excellenz mir bereits in einer telegraphiſchen Depeſche andeuteten, die Weisheit unſrer militäriſchen Vorſichtsmaßregeln noch nach andern Richtungen hin bethätigen und unſrer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das Preußiſche Selbſtgefühl einen ebenſo lauten, und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „Deutſch“ für „Preußiſch“ möchte ich gern erſt dann auf unſre Fahne geſchrieben ſehn, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unſern übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von ſeinem Zauber, wenn man es ſchon jetzt, in Anwendung auf ſeinen bundestäglichen Nexus, abnützt.

Ich fürchte, daß Eure Excellenz mir in dieſem brieflichen Streifzuge in das Gebiet meiner frühern Thätigkeit ein ne sutor ultra crepidam im Geiſte zurufen; aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten, ſondern nur das Zeugniß eines Sachverſtändigen wider den Bund ablegen wollen. Ich ſehe in unſerm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder ſpäter ferro et igni werden heilen müſſen, wenn wir nicht bei Zeiten in günſtiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heut lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne etwas andres an ſeine Stelle zu ſetzen, ſo glaube ich, daß ſchon auf Grund dieſer negativen Errungenſchaft ſich bald beſſre und natürlichere Beziehungen Preußens zu ſeinen deutſchen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen. Wenn wir zu ihnen analoge Verhältniſſe hätten, wie Oeſtreich vermöge der jetzt angefochtenen Verträge ſie zu den italiäniſchen Herzogthümern hatte, ſo läge mutatis mutandis ſchon darin ein großer Fortſchritt für uns.

v. Bismarck.

144.

Bismarck an General Guſtav v. Alvensleben.

Petersburg 14. Mai 59.

Lieber Alvensleben

1859 14. 5. Die anliegende Abſchrift eines Briefes an Schleinitz hatte ich eigentlich für den Fürſten von Hohenzollern*) beſtimmt; nachdem ſie aber fertig war, wurde ich zweifelhaft, wie Se. Hoheit ſich wohl im innerſten Herzen zu dieſen Dingen ſtellen mag, und ob er es nicht übel nimmt, wenn ich ihm eine Abſchrift eines Briefes an ſeinen Collegen Schleinitz ſchicke, als ob ich den Herrn nicht ſo viel Intimität unter einander zutraute, daß ſie ſich von ſelbſt einander mittheilen werden, was ihnen zu wiſſen frommt. Ich glaube auch, daß Schleinitz mein Schreiben Sr. K. H. dem Regenten nicht vorenthalten wird, obſchon ich kaum hoffe, daß es dort goutirt wird. Wenn Sie Neigung und Gelegenheit haben, dem Prinzen den Funken Königlichen Ehrgeizes in dieſem Sinne anzublaſen, ſo möchte ich Sie bitten, den Inhalt der Anlage ſo zu benutzen, daß ich Ihnen in Form beſondern Briefes dieſelben Dinge wie an Schleinitz geſchrieben, was ja doch nur auf Kopf und Schwanz ankommt, und auf den Irrthum, ob Sie ſchon die innere Excellenz auch äußerlich führen oder nicht. Es iſt ſonſt immer ein Element von Mißtrauen und Verſtimmung, wenn ich an Schleinitz ſchreibe, und gleichzeitig Ihnen Abſchrift ſchicke, und der Prinz das etwa verlauten läßt.

Ich darf annehmen, daß meine Frau nun endlich das blutende Herz von Frankfurt losgeriſſen haben wird, und ſich Ihres Wiederſehns in Berlin bereits erfreut hat. Ich hoffe ſie im Juni oder July aus Pommern abholen zu dürfen, da ich

*) Karl Anton, Präſident des Staatsminiſteriums.

ſie unter allen dieſen der deutſchen Sprache und Sitte un- 1859
kundigen Völkerſchaften nicht ihrem Schickſale überlaſſen kann. 14. 5.

Leben Sie wohl und grüßen Sie die wenigen die es verdienen von Ihrem

treu ergebenen
v. Bismarck.

Aufſchrift des Couverts:

An
den Königl. General-Major und Adjutanten
Sr. K. Hoheit des Prinzen Regenten
Herrn von Alvensleben
Hochwohlgeboren
Berlin
Leipziger Str. 41.

Auf der Rückſeite des Couverts mit Bleiſtift von der Hand des Prinzregenten:

Während Ihrer Abweſenheit im Depeſchen-Paket eingetroffen und von mir erbrochen.

W. P.R.

145.

Bismarck an Miniſter v. Schleinitz.

Petersburg 29. Mai 1859.

Eurer Excellenz

zeige ich mit Rückſicht auf den von mir geäußerten Wunſch, 1859
Petersburg auf 4 Tage verlaſſen zu dürfen, gehorſamſt an, 29. 5.
daß ſich der Fürſt Gortſchakow am Mittwoch den 1 Juni auf 14 Tage nach Zarkoe Selo begiebt, um dort eine Cur zu gebrauchen, deren er in Folge wiederholter Halsleiden und Heiſerkeiten bedarf. Er hat uns dabei den Wunſch ausgedrückt, während dieſer Zeit nur in beſonders dringenden Fällen geſchäftlich aufgeſucht zu werden. Es würde alſo ein Nachtheil

1859 29. 5. für den Dienſt durch meine kurze Abweſenheit um ſo weniger zu beſorgen ſein. Die Stadt fängt überhaupt bei der ſeit 8 Tagen anhaltenden Hitze an, ſich mit überraſchender Schnelligkeit zu entvölkern, und wir Diplomaten werden mehr und mehr auf den Umgang mit einander beſchränkt, worin kein Fortſchritt auf dem Gebiete geſelliger Annehmlichkeit zu entdecken iſt. Insbeſondre ſind die deutſchen Collegen für mich ein chroniſches Uebel, deſſen Leiden mir ſoeben bei einer Berathung über das unter unſrer (Preußiſchen) Protection ſtehende deutſche Armenhaus wieder beſonders anſchaulich geworden ſind, und über deſſen ärztliche Behandlung ich noch nicht mit mir einig werden kann. Obſchon ich ihnen, auf Grund von Frankfurter Antecedentien und Verläumdungen, keine persona grata bin, ſo machen ſie doch den landsmannſchaftlichen Anſpruch, auf mich in Betreff politiſcher Mittheilungen angewieſen zu ſein, weil ſie den Fürſten Gortſchakow faſt niemals ſehn, und er ſich auf große Politik mit ihnen nur in den engſten amtlichen Grenzen einläßt. Die Dreiſtigkeit, mit welcher mir unter dieſer Rubrik die indiſcreteſten Fragen à brûle-pourpoint geſtellt werden, überſteigt jede Vorausſicht eines wohlerzognen Politikers, und beſonders entwickelt Graf Károlyi*) die rückſichtsloſeſte Entſchloſſenheit nach dieſer Richtung hin, ſtets unter dem Vorwande unſres bundesfreundlichen Verhältniſſes. Ich mag mich nun ſolchen Fragen gegenüber verhalten wie ich will, ſo entgehe ich doch niemals dem Mißbrauch meiner Antworten. Färbe ich meine Auslaſſung einigermaßen rückſichtsvoll für den Frager, d. h. im öſtreichiſch-mittelſtaatlichen Sinn, ſo höre ich ſchon am andern Tage von Gortſchakow, daß ihm durch belgiſche, engliſche, griechiſche (der Fürſt Soutzo iſt ein Günſtling des Miniſters) Canäle zu Ohren gekommen iſt, Preußen fange doch an, der Mehrheit ſeiner Bundesgenoſſen nachzugeben, da ſogar

*) Oeſterreichiſcher Geſandter in Petersburg.

ich der Gerechtigkeit ihrer Auffaſſungen zugänglich geworden ſei. 1859
Weiche ich der Antwort aus, ſo heißt es, daß ich mich nur mit 29. 5.
Ruſſen, Franzoſen und Engländern einlaſſe, gegen den deutſchen Landsmann aber den boutonnirten Großmachts-Vertreter ſpiele. Vertrete ich ehrlich den Standpunkt unſrer Regirung, indem ich uns die Initiative in Deutſchland gewahrt wiſſen will, und mich bemühe, Illuſionen aufzuklären und leidenſchaftlichen Hoffnungen keine Ermuthigung zu geben, ſo werde ich in den hieſigen deutſchen Kreiſen und in Berichten nach Hauſe als Bonapartiſt und Verſchwörer gegen Deutſchland angeklagt, mit allen den Uebertreibungen und Entſtellungen, welche ich von Frankfurt her gewohnt bin, und welche ſeit 8 Jahren ſo oft ihren Ausdruck in Beſchwerden über mich, bis in die fürſtlichen Privat-Correſpondenzen hinein, gefunden haben. Der Uebelſtand iſt, daß die Vertreter der kleinern Staaten nichts zu thun haben, oder ſich doch für die Geſchäfte, welche der Schutz ihrer Landsleute mit ſich bringt, nicht intereſſiren, ſondern auf Klatſchereien hin große Politik treiben, wenn ihnen der geſchäftliche Anhalt dazu fehlt. Graf Münſter*) geht glücklicher Weiſe am Mittwoch fort. Er iſt der Aufgeregteſte, unter ſeiner Hülle niederſächſiſchen Phlegmas, und vermöge unſrer näheren perſönlichen Bekanntſchaft iſt es für mich doppelt ſchwierig, auf die Fragen die er als „guter Freund" zur Diſcuſſion bringt, mich als Diplomat ſo auszuſprechen, daß ich möglichſt wenig Stoff zur Berichterſtattung und zur Beſchwerde gebe. Könneritz**) affichirt eine lebhafte Begeiſterung für Preußen, ſchilt über Beuſt und über Oeſtreich und ſpricht, als ob er unter einem Miniſterium Carlowitz fungirte. Montgelas***) iſt in tiefſter Verſtimmung über die Entwerthung der öſtreichiſchen Papiere, und ſcheint ſonderbarer Weiſe das Mittel, dieſem abzuhelfen, in der Verall-

*) Hannöverſcher Geſandter in Petersburg.
**) Kgl. Sächſiſcher Geſandter in Petersburg.
***) Bayeriſcher Geſandter in Petersburg.

1859 29. 5. gemeinerung des Krieges zu erblicken. Auf meinen Wunſch, daß in Deutſchland Sammlungen für unſern hieſigen Wohlthätigkeitsverein veranlaßt werden möchten, entgegnete er, daß in Baiern kein Kreuzer eingehn werde, weil alle reichen Leute am Rande des Ruins ſtänden; ſein Schwiegervater (Seinsheim) habe ſeinen Etat von 6 Pferden auf 2 herabſetzen müſſen, und der reiche Graf Schönborn ſei in der peinlichſten Lage, da jedermann ſein Vermögen in Metalliques angelegt habe. „Daher," ſetzte er noch hinzu, „kommt auch bei uns die zornige Stimmung gegen Napoleon."

Fürſt Gortſchakow hat mir heut einen Erlaß an Budberg über ſeine letzte Unterredung mit Károlyi vorgeleſen, und bittet mich Eurer Excellenz zu ſchreiben, daß Budberg denſelben auf Verlangen mittheilen dürfe; er ſtimmt mit dem Inhalt meines letzten Immediatberichtes.

Mit der ausgezeichnetſten Verehrung verharre ich

Eurer Excellenz

gehorſamſter

v. Bismarck.

146.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 24. Juni 1859.

Eurer Hochwohlgeboren

1859 24. 6. empfinde ich das Bedürfniß endlich einmal meinen wärmſten Dank auszuſprechen für die vielen und intereſſanten Privatmittheilungen, die Sie im Laufe der letzten Monate an mich haben richten wollen.

Ihr letzter umfaſſender Bericht über die längere Converſation mit dem Kaiſer hat auf den Prinzen Regenten einen

ſehr guten Eindruck gemacht. Auch mir iſt es ſehr erfreulich 1859
geweſen, daß man unſere Mobilmachung in Petersburg ſo ruhig, 24. 6.
billig und verſtändig zu beurtheilen ſcheint. Für mich iſt dabei die Betrachtung entſcheidend geweſen, daß Preußen in Zeitläuften, wie die jetzigen, einer activen ſchlagfertigen Armee gar nicht entbehren kann, daß aber eine ſolche ohne ganze oder theilweiſe Mobiliſirung überhaupt nicht beſteht, und daß man daher zu dieſer immerhin ſehr läſtigen und bedenklichen Maßregel ſchreiten muß, wenn nicht von Haus aus auf eine raſche und energiſche Action verzichtet werden ſoll. Was den Umfang der Aufſtellungen betrifft, ſo hätte ich mich allerdings gern mit etwas wenigerem begnügt, denn die Schwierigkeit, ſo große Maſſen unbeſchäftigt unter den Waffen zu halten, wird ohne Zweifel noch vielfach in ſtörender, vielleicht gefährlicher Weiſe dem Gange einer bemeſſenen und leidenſchaftsloſen Politik in den Weg treten. Glücklicherweiſe iſt der Kriegsfuror in Preußen beinahe gänzlich erloſchen und im übrigen Deutſchland doch auch im Abnehmen begriffen, und zu dieſem letzteren Reſultate hat unſere Mobilmachung, die den guten Leuten den Ernſt der Lage vor Augen geführt, nicht unweſentlich beigetragen. In unſeren maßgebenden Kreiſen iſt beſonders ſeit einigen Tagen gleichfalls eine bei weitem ruhigere und objectivere Anſchauung hervorgetreten, und ſo darf man an der Hoffnung feſthalten, daß Preußen entweder ſich ganz aus dieſem Kriege fernhalten oder es doch mindeſtens vermeiden werde, ſich in ganz kopfloſer Weiſe und unter den ungünſtigſten Conſtellationen hineinzuſtürzen. Wir werden in dieſen Tagen in Petersburg und London Mittheilungen machen, die den erſten Anſtoß zu einer Verſtändigung über eine gemeinſchaftliche Friedens- und Vermittelungsbaſis geben ſollen. Sie werden dort hoffentlich befriedigen, da ſie nichts präjudiziren und ſich in Form und Inhalt von der Prätenſion eines Ultimatums oder eines endgültigen und unabänderlichen Entſchluſſes fern halten. Es iſt wichtig,

1859 24. 6. daß dieſe Schritte in Petersburg einer möglichſt friedlichen und eingehenden Aufnahme begegnen, um dadurch unſer Cabinet auf dem Standpunkt der Gemeinſamkeit mit den andern neutralen Mächten ſo lange als möglich feſtzuhalten. Gar zu lange darf die Ungewißheit freilich auch nicht dauern, denn das halten wir nicht aus; da ganz in der Kürze eine große Schlacht bevorzuſtehen ſcheint*), iſt indeß auch zu hoffen, daß bald der Moment der friedlichen Intervention gekommen ſein wird. Die Richtigkeit des von Ihnen ſelbſt vielfach angedeuteten Factums, daß mancherlei gegen Ihre Perſon und gegen Ihre amtliche Wirkſamkeit gerichtete Inſinuationen hierher gelangt ſind, vermag ich allerdings nicht in Abrede zu ſtellen, kann jedoch zugleich hinzufügen, daß es mir gelungen iſt, mit Ihren Berichten in der Hand denſelben mit Effekt entgegenzutreten. Wenn ich mir nichtsdeſtoweniger die Bitte geſtatte, daß Euer Hochwohlgeboren Sich auch in Ihren außeramtlichen Geſprächen und Beziehungen möglichſt dem Standpunkte Ihrer Regierung conformiren möchten, ſo iſt dieſe Bitte vielleicht ganz überflüſſig, allein der Wunſch, den Angriffen der Gegner nach keiner Seite hin eine Blöße darzubieten, hat mich dennoch vermocht, ſie Ihnen auszuſprechen.

Die militäriſche Deputation zur Einweihung des Denkmals für Kaiſer Nicolaus wird in Petersburg erſcheinen und mit ihnen der erſt perhorrescirte, nun erbetene Münſter**). Der Prinz-Regent iſt auf dieſe Idee ſehr bereitwillig eingegangen und freut ſich im Grunde, daß auf dieſe Weiſe der ihm ſelbſt ſehr ſchmerzliche Mißton in den Beziehungen zu ſeinem kaiſerlichen Neffen definitiv beſeitigt wird.

Die Bewilligung des von Ihnen für nächſten Monat ge-

---

*) Sie wurde am ſelben Tage bei Solferino geſchlagen.

**) Graf Hugo zu Münſter, früher Militärbevollmächtigter in Petersburg.

wünſchten Urlaubs wird, denke ich, keine Schwierigkeiten haben. 1859
Indeſſen, wer weiß, wo bis dahin die Welt ſteht. 24. 6.

Mit aufrichtigſter Hochachtung und Ergebenheit

ganz

Ihr

Schleinitz.

147.

Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

befinden Sich in dieſem Augenblicke auf demjenigen Punkte, 1859
welcher für uns der bei Weitem wichtigſte iſt. Wir treiben hier 1. 7.
nach dem Kriege hin, wenn nicht namentlich das Ruſſiſche Cabinet uns in unſern Friedensbemühungen entſchieden unterſtützt. Die Depeſche, welche eine allgemein gehaltene Anfrage ausſpricht, befindet ſich in Ihren Händen. Gewiß wird Ihr Einfluß und Ihre Thätigkeit ihr eine möglichſt gute Aufnahme bereiten. — Hier ſieht es ſehr trübe aus — in Wien, wie es ſcheint, ganz trüb. Wir erwarten in dieſen Tagen Goltz auf Urlaub.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 1/7. 59. v. Gruner.

148.

Bismarck an Miniſter v. Schleinitz.

(Eigenhändiges Concept.)

Berlin 25. September 1859.

Eurer Excellenz

beehre ich mich verabredeter Maßen zu melden, was ich hier 1859
mit Budberg*) beſprochen habe. Ich konnte aus ſeinen Aeuße- 25. 9.

*) Damals ruſſiſcher Geſandter in Berlin.

1859 25. 9. rungen ſchließen, daß die Frage, ob und wie die beiden allerhöchſten Herrn zuſammentreffen könnten, ſchon Gegenſtand der Erwägung und Mittheilung an Budberg geweſen iſt und daß der Kaiſer auf der einen Seite die Zuſammenkunft lebhaft wünſcht, während er auf der andern findet, daß ſie nicht in unmittelbarer Nähe Sr. Majeſtät des Königs ſtatthaben könne, ſo lange der Zuſtand des hohen Kranken von der Art ſei, daß jeder Zutritt auch der äußern Form nach unterſagt bleibe. Der Kaiſer iſt der Anſicht, daß es ebenſo wie für ſein eignes Gefühl auch auf die öffentliche Meinung von peinlicher Wirkung ſein werde, wenn er ſich am dieſſeitigen Hoflager zum Beſuche einfinde, ohne einem ſo nahen Verwandten wie dem Könige in einem ſo ſchweren Leiden irgend einen unmittelbaren Beweis der Theilnahme geben zu können.

Nach meiner Auffaſſung der Gefühlsweiſe des Kaiſers kann ich mir wohl denken, daß Budbergs Verſion einfach wahr iſt, daß ein etwaiges Streben, die Zuſammenkunft nach Warſchau zu verlegen, keinen Antheil an ſeinen Aeußerungen gegen mich hat, wenn ſchon er andeutete, daß das Erſcheinen des Kaiſers Franz Joſeph in Warſchau nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit läge. Jedenfalls habe ich ihm geſagt, daß ein neuer Beſuch Sr. Königlichen Hoheit des Regenten in Warſchau nach meiner perſönlichen Auffaſſung den für uns wünſchenswerthen Eindruck in der politiſchen Welt verfehlen werde. Er brachte darauf Breslau zur Sprache und fragte, ob dort wohl Truppen genug wären, um dem Kaiſer eine Revue zu geben. Ich ſagte, daß es mir des durchſichtigen Vorwandes, einige Regimenter zu ſehn, gar nicht zu bedürfen ſcheine, ſondern daß der frühere Beſuch S. Königlichen Hoheit des Regenten, die verwandſchaftlichen Beziehungen und die ſchwebenden politiſchen Fragen es gewiß vor aller Welt natürlich erſcheinen ließen, wenn der Kaiſer mit ſeinem Durchlauchtigen Oheim zuſammenkäme. Budberg ſtimmte dem bei, wünſchte es ſelbſt lebhaft

und meinte nur, daß irgend eine vertrauliche Anregung, eine Andeutung, daß ſein Beſuch gern geſehn werden würde, etwa durch Loën*) dem Kaiſer den Anſtoß geben möchte, wenn er nach Preußen kommen ſollte. Wäre der König in ſeinem leidenden Zuſtande nicht in der Reſidenz anweſend, ſo würde es, nach den Diſpoſitionen des Kaiſers nichts der Art bedürfen, um ihn nach Berlin zu führen; ſo aber ſcheine Breslau der einzige geeignete Ort. 1859 25. 9.

Der Fürſt Gortſchakow wird ſich ſchon einige Tage vor dem Kaiſer in Warſchau einfinden. Wenn S. Königliche Hoheit es vielleicht für angemeſſen hält, daß ich mich zur Zeit der dortigen Ankunft des Kaiſers an das dortige Hoflager begebe und eine Einladung nach Breslau vermittle, ſo würde ich um geneigten Befehl darüber bitten, damit ich meine Einrichtungen rechtzeitig treffen kann. Meine Ueberzeugung, daß die Entrevue überhaupt politiſch von ſehr günſtigem Eindruck ſein würde, kann ich nur gehorſamſt wiederholen.

Mein Freund Unruh**) hat mich geſtern hier aufgeſucht; er ſagt, daß die Antwort auf die Stettiner Adreſſe günſtig gewirkt habe, und erzählte mir als Zeichen der Stimmung, daß der ſonſt ſehr avancirte Democraten-Häuptling Metz aus Darmſtadt in Fr(ankfurt) ausgerufen habe: lieber das ſchärfſte Preußiſche Militärregiment als die kleinſtaatliche Miſere. Er hoffte in den Zeitungen bald eine dieſſeitige Antwort auf die öſtreichiſche Note an (den) H(erzog) von C(oburg)***) zu leſen,

*) Preußiſcher Militärbevollmächtigter in Petersburg.

**) Vgl. dazu die Erinnerungen von H. Victor von Unruh, herausg. von v. Poſchinger, S. 194 ff. 207 ff.

***) Die Förderung, die Herzog Ernſt von Coburg dem Gedanken der Gründung einer großen nationalen Partei (des „Nationalvereins“) zu Theil werden ließ, hatte den Grafen Rechberg zum Erlaß einer Note an den Herzog von Coburg beſtimmt, in der er gegen Anſichten Verwahrung einlegte, welche im Munde eines ſouveränen Fürſten ganz beſonders tadelnswerth wären. Auch an die preußiſche Regierung hatte

1859 25. 9. in welcher wenigſtens die Mangelhaftigkeit der Bundes-Verfaſſung anerkannt würde.

Ich gehe heut nach Reinfeld bei Zuckers in Pommern ab; für meine Reiſe mit Familie nach Petersburg wollte ich mir einen großen Diligence-Wagen auf die Gränze beſtellen, wozu ich die Beſtellung etwa 10 Tage vorher machen muß. Ich würde daher Eurer Excellenz ſehr dankbar ſein, wenn ich Weiſungen, die auf Beſchleunigung oder Verzögerung meiner Reiſe von Einfluß wären, nach Reinfeld zeitig zugeſchickt erhielte.

v. Bismarck.

149.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Baden d. 29. Sept. 1859.

Verehrter Freund,

1859 29. 9. die Art und Weiſe, wie Sie das Thema der Entrevue mit Herrn v. Budberg beſprochen, iſt in vollſter Uebereinſtimmung mit dem, was unſer Allergnädigſter Herr in dieſer Beziehung denkt und wünſcht. Zwar meint S. Königliche Hoheit, daß, da Niemand, ſelbſt nicht die eignen Geſchwiſter den kranken König ſehen, auch der Kaiſer von Rußland füglich dieſelbe Poſition acceptiren könne und ſich aus dieſem Grunde von einem Beſuche in Berlin nicht abhalten zu laſſen brauche. Allein auch der Prinz iſt der Anſicht, daß unter den obwaltenden Umſtänden eine Zuſammenkunft an einem dritten Orte vielleicht vorzuziehen ſei, und er erklärte ſich mit Breslau vollkommen einverſtanden. Ich werde nun entweder durch Loën, von dem weder der Prinz noch ich wiſſen, ob er den Kaiſer auf ſeiner Reiſe begleitet oder nicht,

---

ſich Rechberg gewendet, um über den Herzog Beſchwerde zu führen, erhielt aber von dort eine ziemlich ſcharfe Antwort, vgl. Herzog Ernſt, Aus meinem Leben II, 522 f.

oder durch Budberg den weitern Impuls geben, damit die Sache möglichſt bald ins Reine komme. Da hiernach die Wahrſcheinlichkeit dafür ſpricht, daß die Idee zur Ausführung kommen werde, und wenn dieß auch in der Eremitage*) nicht geſchehen ſollte, jedenfalls das Decorum zu verlangen ſcheint, daß Sie während der Anweſenheit des Kaiſers in Warſchau Sich dort einfinden, ſo ſcheint es mir das Zweckmäßigſte zu ſein, wenn Sie Ihrer Abreiſe nach Petersburg vorläufig noch Anſtand geben, was hoffentlich mit nicht zu großen Nachtheilen und Unbequemlichkeiten hinſichtlich der Beſchwerden der Ueberſiedelung Ihrer Familie verbunden ſein wird. 1859 29. 9.

Die Unruh'ſche Mittheilung conſtatirt ein ebenſo merkwürdiges als erfreuliches Factum. Den Wunſch wegen Veröffentlichung unſerer Antwort in Sachen Oeſterreich contra Coburg werden wir denke ich bald erfüllen können.

Zum Schluſſe entledige ich mich der Aufträge zweier ſchönen Damen, indem ich Ihnen von Seiten Ihrer Majeſtät der Königin von Holland**) deren lebhaftes Bedauern auszudrücken habe, Sie wegen einer angeblichen Veränderung in Ihrer äußern Erſcheinung hier auf der Promenade nicht ſogleich, ſondern erſt ex post erkannt zu haben, während die Fürſtin Obolenski mich erſucht hat, Ihnen zu ſagen, wie ſehr Sie ihr hier fehlen, wobei ſie meiner Feder überläßt, Sie gleichzeitig in ihrem Namen mit einer Fülle von Liebenswürdigkeiten zu überſchütten. Dieſem erfreulichen Mandate mit Vergnügen, wenngleich wegen Mangels an Zeit und Raum nur ſummariſch entſprechend bin ich mit innigſter Hochachtung

Ihr

treu ergebenſter

Schleinitz.

---

*) Zu Warſchau.

**) Sophie, Tochter des Königs Wilhelm I. von Württemberg.

150.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 31. December 1859.

Verehrter Freund,

1859 31. 12. Zu wie großer und aufrichtiger Freude es mir gereicht, daß nun Ihre Reconvalescenz*) als eine Wahrheit in des Wortes weiteſter Bedeutung betrachtet werden kann, brauche ich Ihnen nicht zu ſagen. Dieſe Freude würde allerdings eine noch größere ſein, wenn Ihre Geſundheit Ihnen ſchon jetzt oder in nächſter Zukunft geſtattet hätte, einen Poſten wieder einzunehmen, auf welchem Sie gerade jetzt unentbehrlich und meiner Ueberzeugung nach durch Niemand auch nur in proviſoriſcher Weiſe zu erſetzen ſind. Indeſſen war der jetzige Zuſtand nicht mehr zu halten, theils der Sache wegen, theils gegenüber den wiederholten Andeutungen, die von Petersburg gekommen ſind. Wir ſind jetzt in der That, hinſichtlich unſerer diplomatiſchen Vertretung beim Ruſſiſchen Cabinet, auf dem vollſtändigſten Nullpunkt angelangt; daß dieß in einem Augenblicke, wo Oeſterreich dem Grafen Thun**) carte blanche gegeben hat, auf jede Bedingung hin das alte Verhältniß mit Rußland wieder herzuſtellen und wo es demnach von höchſter Wichtigkeit iſt, dieſe Beſtrebungen zu überwachen, die mit der perſönlichen Stellung und der Zukunft des Fürſten Gortſchakoff in ſo nahem Zuſammenhange ſtehn, als ein durchaus unzuläſſiger Zuſtand bezeichnet werden muß, das, mein verehrter Freund, wird gewiß Niemand bereitwilliger anerkennen als Sie Selbſt. Der Congreß iſt ſeit der brochure de l'Empereur überhaupt wieder ſehr zweifelhaft geworden, wenn indeſſen Gortſchakoff vorläufig

*) Bismarck war Anfang November in Hohendorf an ſchwerer Lungenentzündung erkrankt, die ihn bis Anfang März 1860 dort feſthielt.

**) Oeſterreichiſcher Geſandter in Petersburg.

Petersburg auch nicht verlaſſen ſollte, ſo würde doch wohl eine proviſoriſche Anordnung nicht länger zu umgehen ſein. Was die Candidaten betrifft, die hierbei in Erwägung kommen, ſo iſt ihre Zahl ſehr gering, von Werthern konnte bei den mir bekannten und von Ihnen hervorgehobenen Verhältniſſen nicht die Rede ſein. Harry Arnim wäre gewiß eine an ſich ſehr geeignete Perſönlichkeit, allein, da er auch nur Legationsſekretär iſt, ſo konnte man ihn nicht ohne ſanglante Verletzung dem 1. Sekretär und interimiſtiſchen Geſchäftsträger in Petersburg*) vorſetzen, es ſei denn, daß dieſem gleichzeitig ein anderer Poſten hätte gegeben werden können, was für den Augenblick unthunlich iſt. Unter dieſen Umſtänden erſchien als die einzige geeignete und zugleich disponible Perſönlichkeit Graf Perponcher, auf den die Wahl des Prinzen Regenten nun auch gefallen iſt und der in außerordentlicher Miſſion nach Petersburg abgehen ſoll, was allerdings nicht vor Mitte künftigen Monats wird geſchehen können, da er bis dahin durch ſeine Obliegenheiten am Hofe des Prinzen Friedrich Wilhelm hier feſtgehalten wird. Mein amtliches Schreiben vom heutigen Tage iſt dazu beſtimmt, Sie von dieſer Allerhöchſten Entſcheidung in Kenntniß zu ſetzen, die wie ich hoffe ſich Ihrer Billigung zu erfreuen haben wird. Was die häuslichen und pecuniairen Arrangements betrifft, ſo werden auch dieſe gewiß ſich in einer für Sie befriedigenden Weiſe erledigen laſſen; was ich hierzu beitragen kann, wird ſicherlich geſchehen. Ich brauche nicht zu wiederholen, daß das vor allen Dingen ſowohl für den Regenten als für mich maßgebende bei der Regulirung dieſer Verhältniſſe der Wunſch iſt, die Bedürfniſſe des Dienſtes ſo viel als möglich mit den Rückſichten auf das, was Sie Selbſt für räthlich halten, und insbeſondere auch auf Ihre Geſundheit in Einklang zu bringen. Können Sie, wie es mir beinahe

1859 31. 12.

*) Prinz Croy.

1859 wahrſcheinlich, in den ſtrengen Wintermonaten nicht nach Peters-
31. 12. burg zurückkehren, ſo wird es uns ſehr erwünſcht ſein, Sie wenigſtens ſo bald als möglich hier zu ſehn, und Ihr Anerbieten, dem Gros unſerer ehrenwerthen Pairs die Fragen auswärtiger Politik in richtiger Beleuchtung vorzuführen, wird eventualiter dankbarlichſt acceptirt.

Mit den beſten Wünſchen für einen möglichſt rapiden Fortgang Ihrer Geneſung und mit aufrichtigſter Freundſchaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

151.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Baden-Baden 25. Juni 1860.

Verehrter Freund,

1860 meinen ſchönſten Dank für die beiden intereſſanten Privatbriefe
25. 6. vom 9. und 14. d. M.*), die ich erſt jetzt Muße finde zu beantworten, wenngleich auch hier der Muße nicht viel zu erübrigen iſt.

Zuvörderſt muß ich der Vermuthung entſchieden entgegentreten, die Sie aus einigen Aeußerungen Gortſchakoffs entnommen haben, wonach wir vor einigen Monaten dem dortigen Cabinet Eröffnungen gemacht hätten, welche als Aufforderungen zur Errichtung einer Coalition gegen Frankreich aufgenommen und ablehnend beantwortet ſeien. Wir haben uns vergeblich den Kopf zerbrochen, um herauszubringen, was hiermit gemeint ſein könne, und der größeren Sicherheit wegen habe ich auch Perponcher noch vor deſſen Abreiſe ad articulos über dies angebliche Conat vernommen. Auch er erinnert ſich nicht, weder

*) Concepte nicht vorhanden.

etwas geſagt noch geſchrieben zu haben, was nur im Aller- 1860
entfernteſten zu der erwähnten Auslegung habe Veranlaſſung 25. 6.
geben können. Und wenn die ganze Sache daher nicht auf einem Mißverſtändniſſe von Ihrer oder von Gortſchakoffs Seite beruht, ſo wäre noch zu ergründen, welche tiefere Abſichten dieſen poetiſchen Inſinuationen zum Grunde liegen könnten. Das Referat über Ihre Audienz beim Kaiſer macht einen erfreulichen und zugleich einen peinlichen Eindruck. Erfreulich, inſofern als ſich in allen Aeußerungen des Kaiſers ſeine edle uneigennützige und Preußen freundliche Geſinnung wiederſpiegelt. Peinlich, inſofern der treffliche Herr ſich abmüht uns für eine Idee zu gewinnen, der, wenigſtens nach ſeiner eignen Auffaſſung, keine recht praktiſche Seite abzugewinnen iſt. Er wünſcht ein intimeres Verhältniß mit uns und Frankreich hauptſächlich aus dem Grunde, um den Kaiſer Louis Napoleon durch die anſtändige Geſellſchaft, in die man ihn auf dieſe Weiſe verſetzt, von unanſtändigen Dingen abzuhalten. Damit können wir ganz einverſtanden ſein, und zu dieſem Ende werden wir Rußland ſtets unſere aufrichtigſte und eifrigſte Mitwirkung gewähren. In derſelben Abſicht, die den Kaiſer Alexander hierbei leitet, haben wir uns ſchon ſeit langer Zeit und unausgeſetzt bemüht in möglichſt freundſchaftlichen und wohlwollenden Beziehungen mit unſerm weſtlichen Nachbarn zu leben. In dieſen Bemühungen werden wir auch ferner fortfahren, allein wird ein Verhältniß, das nicht einen mehr oder weniger excluſiven Charakter annimmt und nicht ganz ſpecielle, die Zwecke Frankreichs fördernde Zwecke verfolgt, dem Imperator an der Seine auf die Länge genügen? Ich glaube es kaum, vermuthe vielmehr, daß wir durch eine vorzugsweiſe Intimität mit Frankreich nach und nach und ohne es zu wiſſen und zu wollen in die Sphäre ſeiner Politik hineingezogen werden würden. Wenn man die einzelnen jetzt vorliegenden politiſchen Fragen beobachtet, ſo leuchtet auf den erſten Blick

1860 25. 6. ein, daß keine einzige ſich darunter befindet, in welcher Frankreichs Zwecke die unſrigen oder die unſrigen zugleich Frankreichs Zwecke wären. Derſelbe Mangel an Uebereinſtimmung ſcheint mir im weſentlichen auch zwiſchen der Ruſſiſchen und Franzöſiſchen Politik ſtattzufinden oder ſollte wenigſtens ſtattfinden. Denn auch Rußland kann an und für ſich weder in der ſavoyiſchen noch in der italieniſchen Frage die Politik Frankreichs gutheißen, und wenn es ſich ihr nicht lebhaft widerſetzt, ſo geſchieht es in der vielleicht ſehr trügeriſchen Hoffnung, auf andern Gebieten, namentlich im Oriente wichtige Gegenleiſtungen für ſeine Complaiſancen zu erkaufen. Die orientaliſche Frage wird Frankreich aber erſt loslaſſen (poser), wenn es ſeinerſeits den beſten Handel damit machen zu können glaubt. Demnach würde die entente ſelbſt zwiſchen Rußland und Frankreich auf ſehr ſchwachen Füßen ſtehen, allein was ſollten wir und gar noch als Dritter in dieſem Bunde für eine Rolle ſpielen, wenn es nicht die des geprellten Alten wäre? Für uns giebt es kein Compenſations-Object, da wir vorläufig den ſo äußerſt patriotiſchen deutſchen Bundesgenoſſen gegenüber nicht daran denken können, ſie, wie Graf Ugolino es mit ſeinen Kindern machte, zu verſpeiſen in der wohlwollenden Abſicht, ihnen einen Vater zu erhalten. Die Unmöglichkeit eines ſpeciellen Bündniſſes oder einer ſpeciellen entente mit den Imperatoren des Oſtens und des Weſtens ſchließt aber nicht aus, ich wiederhole es, daß wir mit beiden uns auf den freundſchaftlichſten Fuß zu ſtellen ſuchen. Rußland gegenüber iſt dies ja glücklicher Weiſe das natürliche und normale Verhältniß. Und Frankreich gegenüber wird, wie Fürſt Gortſchakoff ganz richtig ſagt, für die nächſte Zukunft die eben ſtattgehabte Entrevue*) ihre wohlthätige Wirkung hoffentlich nicht verfehlen. In Frankreich iſt gerade, um dieſe Wirkung zu erreichen, das entſprechende mot

*) In Baden-Baden, 16. Juni 1860.

d'ordre nach allen Seiten hin gegeben; Preſſe und allerhöchſte Umgebung wiederholen à l'envie den Ausdruck der kaiſerlichen Befriedigung über eine vollſtändige Reuſſite des Badener Rendezvous. Aufmerkſame Beobachter meinen, daß der Kaiſer auf einen noch herzlicheren und wärmeren Empfang gerechnet habe, und daß ihn namentlich die an Kälte grenzende Indifferenz des deutſchen Publikums um ſo unangenehmer berührt habe, als er ſich bei ſeiner Reiſe vor 3 Jahren (nach Stuttgart) nicht über ähnliche Symptome der öffentlichen Stimmung zu beklagen gehabt habe. Allein n'importe, es iſt ein parti pris, daß die Entrevue über alle Erwartungen reuſſirt und den Frieden weſentlich befeſtigt haben ſoll, und ſo wollen denn auch wir ſie in dieſem Sinne auszubeuten ſuchen. Für uns iſt es jedenfalls ſehr erfreulich, daß der Prinz-Regent bei dieſer Veranlaſſung nach allen Seiten hin auf eine äußerſt glänzende Weiſe abgeſchloſſen hat. Jedermann rühmt ſein einfaches, natürliches, würdiges Benehmen dem Kaiſer Napoleon gegenüber, dem er, wie wir aus Paris hören, ſehr gefallen und imponirt hat. Aber auch auf die deutſchen Fürſten hat ſein männliches offenes und energiſches Auftreten einen äußerſt wohlthätigen Eindruck gemacht. Sie haben ſich überzeugt, daß es ihnen nicht gelingen werde, ihn nach ihrer Pfeife tanzen zu laſſen oder zu einer Syſtems-Aenderung zu bewegen, wozu verſchiedene, wenn auch nur individuelle Anläufe gemacht worden ſind. Mehr oder weniger ſind alle dieſe Herren doch nicht blos in dem Lichte ſondern auch in dem eignen Gefühle als Vaſallen Preußens hier erſchienen, und das iſt jedenfalls ein erfreuliches und neues Symptom der Zeit. Wie ſich die Sachen weiter entwickeln werden, hängt von mancherlei äußern Umſtänden, vor allem aber von der Geſtaltung der großen politiſchen Verhältniſſe ab. Was letztere und in specie den Orient betrifft, ſo ſehe ich nicht ab, weshalb wir nicht in dieſer für Rußland ſo wichtigen Frage die Ruſſiſche Politik nach

1860
25. 6.

1860 25. 6. Kräften unterſtützen ſollten, das wird um ſo leichter und unverfänglicher ſein, je mehr wir uns davon überzeugen, daß es ſich in der That darum handelt, de rattacher et non pas de faire tomber la proie.

Mit aufrichtigſter Freundſchaft

Ihr
treu ergebener
Schleinitz.

152.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 3. Auguſt 1860.

Verehrter Freund,

1860 3. 8. Empfangen Sie meinen beſten Dank für die wiederholten und intereſſanten Privat-Mittheilungen, die Sie mir in letzter Zeit haben zugehen laſſen wollen, und verſagen Sie mir nicht den General-Pardon für die Unterlaſſungsſünden, die ich dadurch begehe, daß ich jetzt wie früher dieſe Mittheilungen nicht ebenſo pünktlich und ausführlich beantworte, als ſie mir gemacht wurden.

Mit der Teplitzer Zuſammenkunft*) haben wir alle Urſache zufrieden zu ſein. Es iſt dadurch auf der einen Seite eine gewiſſe Beruhigung, das Gefühl einer größeren Sicherheit hervorgerufen worden, welches ſich auch bereits in Handel und Wandel auf erfreuliche Weiſe bemerkbar macht, auf der andern Seite (Frankreich) wird dadurch die Ueberzeugung gefördert werden, daß eine übergreifende und aggreſſive Politik diesſeits des Rheins und hoffentlich ſchon ein Stückchen jenſeits desſelben, doch einem ziemlich compacten und wohlorganiſirten Widerſtande begegnen würde. Das iſt nicht blos für Deutſchland ſelbſt ſehr wichtig, ſondern auch in Beziehung auf die-

*) 26. Juli 1860.

jenigen kleineren Zwiſchenländer, die ihre natürliche Anlehnung 1860
an Deutſchland finden, und die nur allzu leicht den Muth ver- 3. 8.
lieren, wenn ihnen nach dieſer Seite hin der Boden unter den Füßen weicht. Daß man auch in Petersburg unſern Intuitionen in Beziehung auf die Teplitzer Zuſammenkunft volle Gerechtigkeit widerfahren läßt und die Gelegenheit benutzt hat, um ſich in ſo wohlwollender Weiſe für uns auch dem Wiener Cabinet gegenüber auszuſprechen, hat hier nur einen ſehr guten Eindruck machen können, und verpflichtet uns namentlich gegen Fürſt Gortſchakoff zu einer Erkenntlichkeit, der ich Sie den entſprechenden Ausdruck zu geben bitte. Viel mehr als gute Vorſätze, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflaſtert iſt, iſt bis jetzt freilich von Seiten des Oeſterreichiſchen Cabinets nicht bemerkbar geweſen. Die Zukunft wird lehren, wie ernſt es damit gemeint iſt, und nach dem Maße deſſen, was in dieſer Hinſicht wirklich geſchieht, werden wir unſere Gegenleiſtungen zu bemeſſen haben. — Nachdem Rußland ſeinen article additionel zu dem ſyriſchen Traktat hat fallen laſſen, wird die Unterzeichnung des letzteren wohl keinen Anſtand mehr erleiden; wir unſererſeits würden auch den Ruſſiſchen Wünſchen hierin gern gerecht geworden ſein, und es ſcheint mir, daß die Engländer in ihrem Argwohn zu weit gegangen ſind, wenn ſie ſelbſt die ziemlich inoffenſive Faſſung, wie ſie zuletzt vorgeſchlagen war, zurückweiſen zu müſſen glaubten. Da in Beziehung auf die orientaliſche Frage für uns und ſo lange wir an der Erhaltung des türkiſchen Reiches nicht verzweifeln, die Hauptſache immer die ſein wird, den Charakter der Gemeinſamkeit und der Collectivität bei allen zu thuenden Schritten feſtzuhalten und gefährlichen Sciſſionen unter den Mächten entgegen zu arbeiten, ſo haben wir es nur mit großer Befriedigung aufnehmen können, daß Rußland, um das allgemeine Einverſtändniß nicht in Frage zu ſtellen, die gewünſchte Clauſel hat fallen laſſen.

1860 3. 8. Mein Circular-Erlaß wegen der Trennung der Materien, auch in den Immediatberichten, hatte weſentlich eine Erleichterung unſerer Canzlei zum Zweck, da deren Kräfte zur Bewältigung der maſſenhaften Schreiberei kaum noch ausreichen. Die Schwierigkeiten, die eine ſolche Trennung oft darbieten mag, verkenne ich keineswegs, und es muß natürlich in dieſer Beziehung der discretionären Beurtheilung jedes Miſſions-Chefs überlaſſen werden, in wie weit er in jedem einzelnen Falle die allgemeine Regel feſthalten zu können glaubt. Wegen Abſtellung der Mißbräuche, die mit dem Depeſchenbeutel getrieben werden und auf die mich aufmerkſam gemacht zu haben, ich Ihnen ſehr dankbar bin, habe ich das Erforderliche angeordnet. Welche Bewandtniß es mit der die Fortſetzung der Werke Friedrichs II. enthaltenden Kiſte hat, iſt jetzt von mir aufgeklärt und Ihnen mitgetheilt worden. Nachdem aber einmal die Eröffnung an Gortſchakow gemacht worden, bleibt nichts übrig, als ſie in Erfüllung gehen zu laſſen; indeſſen glaubt der Prinz, daß es genügt, wenn Sie im Auftrage S. Königlichen Hoheit das Geſchenk mit einigen verbindlichen Worten an den prince-ministre begleiten. — Den Dank, den Sie mir dafür ſpenden, daß Ihnen Ihre letzte Gehalts-Rate ohne Abzug gezahlt worden iſt, wünſchte ich in noch höherem Grade verdienen zu können, als es in der That der Fall iſt. Während meines Aufenthaltes in Baden war mir der Entwurf einer Verfügung an Sie vorgelegt worden, durch welche Ihnen die Herauszahlung einer ſehr namhaften Summe aufgegeben wurde. Ich nahm Anſtand, dieſe Verfügung zu zeichnen, da mir die ganze Sache doch einigermaßen zweifelhaft erſchien, und ich mir eine nähere Prüfung vorbehalten wollte. Auf dieſe Weiſe ſchwebt die Sache noch, und ich werde mir demnächſt nochmals einen gründlichen Vortrag über dieſelbe halten laſſen. Was ich irgend mit meinem Gewiſſen verträgliches zu einer für Sie möglichſt befriedigenden Löſung thun kann, ſoll gewiß geſchehen. Vielleicht

können Sie mich ſelbſt sub rosa noch mit einigen Argumenten 1860
ausrüſten, die ich zu Ihren Gunſten geltend zu machen gern 3. 8.
bereit bin. — Mit dem Säuerling Montgelas und ſeiner nicht minder ſäuerlichen Gattin haben wir allerdings keine beneidenswerthe Acquiſition und jedenfalls gegen Bray einen ſehr üblen Tauſch gemacht. Es iſt unbegreiflich, daß man in München ſolche Wahlen treffen kann, beſonders in einem Augenblicke, wo man ſehr preußenfreundlich thut, wenn man es auch vielleicht re vera nicht iſt.

In aufrichtigſter Freundſchaft herzlichſt der Ihrige

Schleinitz.

153.

Bismarck an Fürſt Gortſchakow.

(Concept.)

Petersburg $\frac{\text{3. Sept.}}{\text{22. Aug.}}$ 1860.

Durchlauchtigſter Fürſt.

Endlich ſind mir von Herrn von Olfers die Werke Friedrichs 1860
des Großen zugegangen, nachdem Seine Königliche Hoheit der 3. 9.
Regent mir ſchon im Frühjahr in Berlin mündlich zugeſagt hatte, daß die Sendung mir gleich nach meiner Abreiſe hierher folgen ſolle, um den Geſinnungen für Eure Durchlaucht einen Ausdruck allerhöchſter Beſtätigung zu verleihn, als deren bereitwilligen und aufrichtigen Vertreter Sie mich ſeit Jahren kennen.

Ein Mißverſtändniß hatte mich ſchon vor einigen Wochen in einer mit Supplementen des für Se. Majeſtät beſtimmten Exemplars gefüllten Kiſte das Eurer Durchlaucht zugedachte Exemplar vermuthen laſſen, welches ich hierbei zu überreichen mich beehre.

Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck unwandelbarer Verehrung.

(gez.) v. Bismarck.

154.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 21. September 1860.

Verehrter Freund,

1860 21. 9. Die verſchiedenen in der Form von Privatbriefen Ihrerſeits in letzter Zeit an mich gerichteten Mittheilungen ſind mir, ohne Zweifel in ununterbrochener Vollſtändigkeit, während meines ländlichen Aufenthalts in Thüringen, wo es mir zwar nicht an Zeit, aber wohl an ſicherer Gelegenheit und an Stoff gebrach, um ſie in angemeſſener Weiſe zu beantworten, zugegangen. Seit zwei Tagen in die Reſidenz zurückgekehrt, habe ich zunächſt eine ſolche Maſſe angeſammelten Stoffes in Form bisher retinirter diplomatiſcher Converſationen und geſchriebener Aktenſtücke vorgefunden, daß ich mich auch heute nur auf wenige Zeilen beſchränken muß, die zunächſt den Zweck haben, Ihnen für Ihre intereſſante Correſpondenz meinen Dank auszuſprechen und Ihnen die vorläufige Mittheilung zu machen, daß es mir, zwar nicht ohne harte Kämpfe, aber dennoch gelungen iſt, den über Ihrem Haupte ſchwebenden Gehaltsabzug glücklich abzuwenden.

Der eigenhändige Brief des Regenten, der Ihnen heute zugeht, um durch Ihre Vermittelung dem Kaiſer zugeſtellt zu werden, hat den Zweck, einigermaßen vorbauend die Richtung zu bezeichnen, die unſer allergnädigſter Herr bisher in ſeinen Zuſammenkünften feſtgehalten hat, und die er auch bei dem Warſchauer Rendezvous nicht zu verlaſſen wünſcht. Ob dies ganz mit des Kaiſers und des Fürſten Gortſchakoff Abſichten ſtimmt, die vielleicht bei ihnen ſelbſt noch nicht ganz feſtſtehen und über die jedenfalls für uns noch ein gewiſſes Dunkel ſchwebt, wird erwartet werden müſſen. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß die Warſchauer Zuſammenkunft für uns vor allen Dingen den Charakter einer gegen England gerichteten Demonſtration nicht

machen darf, eine Gefahr, die bei den von Fürſt Gortſchakoff wiederholt betonten continentalen Intereſſen vielleicht zu abſichtlich angedeutet iſt, um auf einen tiefer gehenden Plan des Ruſſiſchen Cabinets in dieſer Beziehung ſchließen zu laſſen. Jedenfalls haben wir auf unſerer Hut zu ſein, ſelbſt wenn Frankreich in Warſchau nicht eben in Perſon, was mir indeſſen gar nicht außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen ſcheint, ſondern nur durch ſeinen Geiſt vertreten ſein ſollte. — Geſtern iſt Ihr Telegramm wegen der Abberufung des Geſandten aus Turin richtig hier eingetroffen. Budberg hatte mir kurz vorher ſchon von der Sache geſprochen. Wir ſind übereingekommen, die angekündigte motivirte Mittheilung, die nicht vor nächſtem Dienſtag hier ſein kann, abzuwarten. Prima facie ſcheint mir die Sache doch große Bedenken zu haben. Das was ſich zwiſchen Piemont und Rom unter unſern Augen begiebt, iſt zwar der Art, daß Hugo Grotius, Pufendorf, Vatel und der ſelige Wheaton*) Einiges dazu zu ſagen haben würden, allein es iſt im Grunde doch nur eine neue kaum vermehrte und verſtärkte Auflage deſſen, was in Beziehung auf Toscana, die Herzogthümer, die Romagna und neuerdings Neapel als landläufige Münze piemonteſiſcher Politik in Curs geſetzt worden iſt, ohne daß die Mitglieder des Europäiſchen Areopags auch nur bis zur Höhe eines beſcheidenen Proteſtes ſich erhoben hätten. Die Abberufung auf Grund eines ganz analogen Verhaltens gegen Rom würde mir daher ein logiſcher Hiatus zu ſein ſcheinen, der um ſo bedenklicher wäre, als er in einen nicht wünſchenswerthen Cauſal-Nexus mit dem franzöſiſchen Beiſpiel gebracht werden könnte, das gerade in dieſem Falle nachzuahmen ſich aus mancherlei Gründen kaum empfehlen dürfte. Doch das und Anderes ſind nur vorläufige Eindrücke, und bevor wir uns definitiv entſchließen, wird jedenfalls die ruſſiſche Mittheilung abzuwarten ſein.

1860 21. 9.

*) Autoritäten in Sachen des Völkerrechts.

1860 21. 9. Die Großfürſtin Helene, die mich heute empfangen und mit einer längeren Unterredung beehrt hat, wird übermorgen Abend nach Petersburg abreiſen, zu derſelben Zeit begiebt ſich der Prinz-Regent zum Empfange der Königin Victoria nach Aachen.

Mit aufrichtigſter Freundſchaft

ganz Ihr

Schleinitz.

155.

Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck.

Verehrteſter Herr v. Bismarck!

1860 28. 9. So eben erhalten wir eine Nachricht von größter Unannehmlichkeit. Vor 8 Tagen ſollte ein Feldjäger mit dem Ruſſiſchen Schiffe an Sie abgehen. Von Seiten der Engliſchen Geſandtſchaft ward uns darauf die Nachricht, der Engliſche Geſandte in Petersburg reiſe mit dieſem Schiffe nach Petersburg zurück, und wir könnten dieſe ſichere Gelegenheit benutzen. Darauf wurde diejenige Expedition nach der Engliſchen Geſandtſchaft geſendet, welche Sie mit dieſem Briefe empfangen. Während wir Sie längſt im Beſitze dieſer Expedition und vor Allem des Schreibens Sr. Königlichen Hoheit des Regenten an S. Majeſtät den Kaiſer Alexander glaubten, geht dieſen Augenblick uns die Expedition wieder zu. Der Depeſchenbeutel der Engliſchen Geſandtſchaft war in Stettin geblieben, iſt eben erſt von dort zurückgekommen und einem unſerer Kanzleidiener, der zufällig gerade auf der Engliſchen Geſandtſchaft war, iſt ſofort auch unſere darin befindliche Expedition mitgegeben worden. Es iſt keine Zeit zu verlieren; die Expedition muß fort, und ich eile nur, Ihnen (neben ein Paar amtlichen Zeilen) dieſe Worte der Erklärung zu ſchreiben, um Sie in den Stand zu ſetzen,

die verſpätete Ueberreichung des Schreibens an den Kaiſer zu erklären und zu entſchuldigen. 1860 28. 9.

Sobald wir genau den thatſächlichen Zuſammenhang ermittelt haben, telegraphiren wir, wenn ſich noch ein neuer Erklärungsgrund ergeben ſollte.

Ich muß ſchließen, damit die Sachen nicht zu ſpät fortkommen.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 28/9. (1860). Gruner.

Freitag Abend.

156.

Prinz Karl von Preußen an Bismarck.

Soeben erhalte ich eine Einladung zum heutigen Diner bei Michail Nikolagewitſch; ſogleich ſchickte ich zu meinem Bruder*) um übereinzukommen daſſelbe abſagen zu laſſen, worauf er mir wiſſen läßt: das ginge nicht, indem heute en famille der Geburtstag eines kleinen Großfürſten dort gefeiert werden ſoll, und er habe bei Ihnen, verehrter Bismarck, bereits abſagen laſſen. 1860 18. 11.

Unter dieſen Umſtänden muß ich mich auch dazu entſchließen, ſo ſchwer es mir auch wird!

Der jüngere Bruder hätte wohl erſt mein assentiment einholen können, ehe er ſich zur Abſage entſchloß, das thut er aber nie.

Ich bitte um Erlaubniß zwiſchen 12 und 1 Uhr Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin perſönlich meine Entſchuldigungen wiederholen zu dürfen.

Freundlichſt

Carl Prinz v. Preußen.

Sonntag Morgen
9 Uhr
6./18. 11. 60.

*) Prinz Albrecht.

157.

Fürſt Karl Anton zu Hohenzollern an Bismarck.

Euer Excellenz

1860 erſuche ich ergebenſt, Beigeſchloſſenes an ſeine Beſtimmung ge-
22. 11. fälligſt befördern laſſen zu wollen. Es enthält eine auf meine Veranlaſſung geſchriebene kunſthiſtoriſche Abhandlung, worin der Beweis zu führen verſucht wird, daß Raphael auch auf dem Gebiet der Kupferſtecher-Kunſt thätig geweſen ſei. Dem Verfaſſer Prof. Andreas Müller zu Düſſeldorf habe ich meine Vermittlung zugeſagt, und die Zuſendung an die Academie der Künſte iſt lediglich eine Aufmerkſamkeit des Verfaſſers, zu welcher ihn das Novum ſeiner Entdeckung berechtigen dürfte.

Hier Alles ſtill und in voller Arbeit für den kommenden Landtagskampf. Die äußere Lage der Verhältniſſe wird der innern zu Hilfe kommen müſſen — denn wir haben viel Geld gebraucht und werden noch vieles brauchen, um die Armee-Reform zur Wahrheit zu machen. Die Gemeinſamkeit der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieſer Reform wird hoffentlich dem Miniſterium jene Luſt und compakte Einheit verleihen, welche für Durchführung dieſer Lebensfrage nöthig iſt.

Eurer Excellenz ſtetes Wohlergehen von Herzen wünſchend, verbleibe ich hochachtungsvollſt und ergebenſt

Berlin 22. Novbr. 60. Fürſt zu Hohenzollern.

158.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 30. Novbr. 1860.

Verehrter Freund,

1860 Der Feldjäger, den ich Ihnen heute ſchicke, bringt Alles
30. 11. zu Ihren Händen, was ſich etwa in neuerer Zeit an intereſſantem

und mittheilbarem Stoff hier angeſammelt hat. Von großer Wich- 1860
tigkeit iſt es aber nicht. Die in Ihrem letzten politiſchen Berichte 30. 11.
(durch General Hopfgarten überbracht) erwähnte Ruſſiſche Mittheilung iſt mir durch Budberg vorgeſtern gemacht worden, und ich habe mich ſowohl aus deren Tenor als aus den mündlichen Aeußerungen des Geſandten überzeugt, daß es dem dortigen Cabinet erwünſcht ſein wird, wenn wir uns auch unſrerſeits gegenwärtig über den Gegenſtand der Warſchauer Beſprechungen*) mit dem franzöſiſchen Hofe in direktes Einvernehmen ſetzen. Demgemäß wird Pourtalès**) alsbald mit entſprechender Inſtruction verſehen werden, obgleich ich mir von dieſen Pourparlers kein übermäßig glänzendes Reſultat verſpreche. Indeſſen muß man par acquit de conscience doch das Seinige thun, um es des lieben Friedens willen auch ferner nicht an den entſprechenden coups d'olivier dans l'eau fehlen zu laſſen. Seit geſtern iſt hier im Publikum das Gerücht ſtark akkreditirt, daß Oeſterreich ernſtlich damit umgehe, ſich in der Rolle des Kaufmanns von Venedig zu verſuchen, wäre das richtig, woran ich vorläufig mir zu zweifeln erlaube, ſo würden wir von dieſer Seite vorläufig aller Nöthe überhoben ſein. Daß es in Oeſterreich trotz der Oktroyirung vom 20. Oktober ſchlimm ausſieht, und comparativ vielleicht ſchlimmer als vorher, iſt nicht zu verkennen, und ich habe das Gefühl, daß eine Cataſtrophe, wenn auch zunächſt nur eine finanzielle, nicht mehr Monate, vielleicht kaum Wochen auf ſich warten laſſen wird. — Die liberalen Anwandlungen des Kaiſers der Franzoſen unterliegen mannigfacher Deutung, ich glaube, daß doch zunächſt nur eine Stärkung gegen die in letzter Zeit nicht unbedeutend gewachſene katholiſche Bewegung bezweckt iſt, für ganz unbedeutend halte ich die Zugeſtändniſſe jedenfalls nicht und glaube, daß ſie im Großen und Ganzen für eine friedlichere und weniger remüante Politik

*) 21.—26. October.

**) Geſandter in Paris.

1860 30. 11. einige Chancen gewähren dürften. Gewährt man erſt den Franzoſen das Recht zu ſchwatzen, ſo iſt mit Sicherheit anzunehmen, daß ſie ſich mit der Zeit in Freiheit und Oppoſition hineinräſonniren, und das kann gegen gewiſſe Tendenzen ein heilſames Gegengewicht abgeben. — In Warſchau ſcheint man, nach den Aeußerungen Kiſſelews, den Regenten ſo verſtanden zu haben, als habe S. Königliche Hoheit ſich anheiſchig gemacht, die diplomatiſchen Beziehungen mit Sardinien abzubrechen, ſobald die neuen Annexionen thatſächlich vollzogen ſein würden. Dies iſt indeß, wie ich des Prinzen Aeußerungen aufgefaßt habe, nicht der Fall, Allerhöchſt Derſelbe hat für dieſen Fall nur eine neue Erwägung der Frage in Ausſicht geſtellt; und allerdings kann dieſe nicht ausbleiben, wenn, wie zu erwarten, wir demnächſt, d. h. wahrſcheinlich, nachdem der Ausſpruch des italiäniſchen Parlaments erfolgt ſein wird, offiziell von der Bildung des neuen Königreichs Italien in Kenntniß geſetzt werden. Ob man ſich dann zur Abberufung entſchließen wird, will ich dahin geſtellt ſein laſſen, daß jetzt dazu kein geeigneter Moment wäre, iſt mir aber nicht zweifelhaft, obgleich Bayern (!?) jetzt mit dieſer Maßregel vorgehen wird und uns dringend aufgefordert hat, uns dieſem Beiſpiele anzuſchließen. Budberg ſcheint mir übrigens auch nicht mehr ſehr lebhaft für den diplomatiſchen Bruch zu plaidiren und im Stillen der Anſicht zu ſein, daß wir im Grunde nicht übel gethan haben, ſeinem früheren Drängen nicht nachzugeben. Der für den Augenblick hier Alles in den Hintergrund drängende topic iſt die ſcandalöſe Schwarck-Stieber'ſche Angelegenheit*). An die tendenziöſen Enthüllungen knüpft ſich ein ebenſo tendenziöſes Entrüſtungs- und Wuth-Geheul, und wenn die Sache an ſich, bei näherer Betrachtung auch zu ziemlich winzigen Proportionen zuſammenſchrumpft, ſo

*) Im Proceß Schwarck-Stieber handelte es ſich um einen Fall von Beamtenbeſtechung durch Annahme von Geſchenken Seitens des Polizei-Aſſeſſors Stieber.

wird ſie doch unfehlbar als Waffe in den Händen der Ant- 1860
agoniſten Preußens beſonders im übrigen Deutſchland nur all- 30. 11.
zugute und willkommene Dienſte leiſten.

Mit aufrichtiger Freundſchaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

159.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin 25. Dezember 1860.

Verehrter Freund

Ich höre ſo eben, daß Ihr Feldjäger in Gumbinnen an- 1860
gelangt iſt und habe beſchloſſen, ihn ſogleich nach Petersburg 25. 12.
zurückkehren zu laſſen, um einige auf ſichre Beförderung harrende Pièces Ihnen nicht länger vorzuenthalten. Es bezieht ſich dies insbeſondre auf die Schriftſtücke, welche die Warſchauer Beſprechungen und die vier Punkte zum Gegenſtand haben. In der Antwort auf die Thouvenelſche Depeſche an Montebello*) beſchränken wir uns darauf Akt zu nehmen von dem, was ſie Acceptables enthält, d. h. von der Zuſicherung, daß militäriſche Maßregeln zum Schutze deutſchen Gebiets und auf deutſchem Gebiete von Frankreich nicht als eine Verletzung der Neutralität in dem eventuellen Oeſterreichiſch-Italiäniſchen Kriege werden betrachtet werden. Daß wir indeſſen durch dieſe Akt-Nahme der Haltung Deutſchlands für den Fall eines ſolchen Krieges nicht präjudiziren wollen und können, habe ich gleichzeitig anzudeuten für nöthig gefunden. Die Haltung Deutſchlands wird aber meiner Anſicht nach weſentlich nur davon abhängen, was es

*) Napoléon Auguſte, Herzog von Montebello, war franzöſiſcher Geſandter in Petersburg, Thouvenel Miniſter des Auswärtigen.

1860 25. 12. ohne Ueberſchätzung ſeiner Kräfte thun kann, um Venetien bei Oeſterreich zu erhalten, denn daß Deutſchland bei der Erhaltung dieſes Oeſterreichiſch-Italiäniſchen Beſitzthums nicht blos aus Gründen militäriſcher Sicherheit ſondern auch wegen der unausbleiblichen Folgen der Lostrennung weſentlich betheiligt iſt, darüber bin ich immer weniger zweifelhaft. Die ſtrategiſchen Vortheile des berühmten Feſtungsvierecks ſind im Intereſſe Deutſchlands nach dem Urtheil aller Sachverſtändigen durch keine andre Combination auch nur annähernd zu erſetzen. Außerdem iſt nicht abzuſehen, weshalb die italiäniſche Nationalitätsbewegung die Oeſterreichiſche Grenze ungeſtraft überſchreiten und die deutſchen reſpektiren ſollte, da dieſe Landestheile an ſich ſchließlich eben ſo entſchieden Italiäniſch ſind als Venetien nur irgend ſein kann. Daß gegen ſolche Ueberſchreitung durch Verträge, Garantien und wie ſonſt dergleichen papierne Bürgſchaften heißen mögen, keine irgend wie beruhigende Gewähr geleiſtet werden kann, das ſollte nach allem, was ſich unter unſeren Augen zuträgt und nach den heilloſen Principien, zu denen ſelbſt Großmächte ſich ungeſcheut bekennen, wohl jedermann einleuchten. Endlich aber, und das iſt die Hauptſache, handelt es ſich um eine revolutionäre Bewegung, die unter der Deviſe der Nationalität lediglich für die Firma des kaiſerlichen Frankreichs operirt und die es ſich zur Aufgabe geſtellt hat, alle Deutſchland feindlichen Völker und Völkerchen in Aufruhr zu bringen, um alsdann, wenn dies Unternehmen gelungen ſein, wenn uns nach Oſten hin vom Adriatiſchen bis zum Baltiſchen Meere ein Gürtel trennender und hoſtiler Elemente umgeben wird, am Rheine ganz gemächlich im Trüben zu fiſchen. Durch die Lostrennung von Venetien wird die Revolution nicht geſchloſſen werden, ſondern einen neuen und gefährlichen Durchbruch erhalten. Das ſollte ſich vor allen Dingen auch Rußland geſagt ſein laſſen. Ihre günſtigen Erwartungen von dem künftigen einheitlichen Königreich Italien

vermag ich nicht zu theilen. Ich will zugeben, daß es unter Umſtänden wohl einmal unſer Alliirter wird ſein können, glaube aber, daß wir es viel conſtanter in den Reihen unſrer Gegner, namentlich im Gefolge Frankreichs als unter der Zahl unſerer Freunde erblicken werden. Dazu kommt, daß es uns wirklich als Verbündeter, und zwar nach keiner Seite hin, beim beſten Willen erhebliche Dienſte nicht würde leiſten können, während es als Gegner im Verein mit Andern ſehr unbequem, ja ſogar gefährlich werden kann. Wir können deshalb unmöglich, wie es England wünſcht, im Sinne des Verkaufs von Venetien auf Oeſtreich drücken oder ihm auch nur eine Propoſition machen, die wenn ſie uns gemacht würde, uns veranlaſſen müßte, den Proponenten aus der Thür zu werfen. Daß Preußen keinen Beruf hat, außerhalb des eignen Landes den Champion und reſp. den Don Quixote der Legitimität zu machen, darüber bin ich mit Ihnen ganz einverſtanden. Das hindert aber nicht, daß wir der Revolution da, wo ſie unſer Macht- und unſer Intereſſen-Gebiet überſchreitet, doch mit allen Mitteln entgegentreten ſollten. Ob und wie weit wir dies in Italien thun werden, iſt wie geſagt, weniger eine politiſche als eine militäriſche Frage, und das Unglück der Situation iſt, daß bei dem dermaligen Zuſtande Oeſtreichs kein Menſch zu ſagen im Stande iſt, ob überhaupt und in welchem Grade auf dieſe Macht bei einem allgemeinen tohu bohu noch zu rechnen iſt. 1860 25. 12.

Die uns geſtern durch Ihre Vermittelung zugegangene Nachricht von dem Tode Minutoli's*) iſt mir, da er jedenfalls ein Opfer ſeines Dienſteifers, wenn auch eines übertriebenen geworden, ſehr ſchmerzlich. Für ſeine zahlreiche Familie und ſeine alte 82jährige Mutter iſt es ein ſchwerer Schlag.

Verzeihen Sie, verehrter Freund, die Flüchtigkeit und

*) Ehemaliger Polizeipräſident von Berlin, damals preußiſcher Geſandter in Teheran; er ſtarb am 5. Nov. auf einer Reiſe durch das ſüdliche Perſien.

1860 25. 12. Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Zeilen, denen ich nur noch die beſten Wünſche für Ihr Wohlergehen, auch in dem bevorſtehenden neuen Jahre, und in der gegenwärtigen, für Sie wahrſcheinlich weniger als für Ihre Kinder erfreulichen Weihnachtszeit hinzufügen will.

Mit aufrichtiger Freundſchaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

Dem ſchönſten Danke für die durch Prinz Troy überbrachte Caviar-Sendung ſehe ich mich im Hinblick auf Schwarck-Stieber veranlaßt die Verwahrung anzuſchließen, daß Wiederholungen ſolcher Wohlthat nur unter Beifügung der betreffenden Factura, deren Betrag in der nächſten Liquidation aufzunehmen und von mir einzuziehen wäre, auf ein aufrichtiges, durch Gewiſſensbiſſe nicht getrübtes Eljen meines Magens würden zu rechnen haben.

160.

Graf Neſſelrode*) an Bismarck.

1860 30. 12. Hertzlichen Dank werthgeſchätzter HErr von Bismarck für den Pommerſchen Vogel. Ich nehme ihn mit deſto mehr Vergnügen an, als ich ihn als einen Repreſentanten der alten echt Pommerſchen Geſinnungen betrachte. Gänſe ſpicken iſt nach meiner Meinung nützlicher als in Kammern hochtrabende liberale Reden zu halten.

Noch eine Bitte hätte ich an Sie, nehmlich dem Staatsſecretär Reutern eine Unterredung zu gewähren. Er iſt Mitglied des Acciſe-Comités, und wünſcht ſich bei Ihnen über

*) Früherer ruſſ. Reichskanzler.

dieſen für Rußland ſo wichtigen Gegenſtand zu belehren. 1860
Würden Sie wohl ſo gefällig ſein, ihm einen Tag und eine 30. 12.
Stunde zu beſtimmen, wo er ſich bei Ihnen melden könnte.

Ihr

treuergebener

Gr. Neſſelrode.

Sonntag den 18/30. Dec^{r} (1860).

161.

Bismarck an Großfürſt Conſtantin.

(Concept.)

Petersbourg $\frac{6 \text{ Fevr.}}{25 \text{ Jan.}}$ 61.

Monseigneur

j'ose m'écarter des procédés réguliers à adresser immédiatement 1861
à Votre Altesse Impériale ces lignes destinées à porter à Sa 6. 2.
connaissance le désir d'un sujet prussien d'être admis à l'honneur d'une audience, pour soumettre à l'auguste appréciation de Votre Altesse Impériale les résultats des observations qu'il a été à même de faire pendant un séjour de 5 ans à N . . .*) sur l'Amour. C'est le s(ieur) Aug. Luhdorf, négociant d'Elberfeld qui, en passant par St. Pétersbourg pour visiter sa patrie, vient de solliciter la faveur d'être admis en présence de Votre Altesse Impériale. Il loge hôtel Kaiser, W. O. 13 ligne. L'intérêt constant que prend Votre Altesse Impériale à protéger les établissements maritimes de la Sibérie orientale et à en développer la prospérité, m'encourage à ne pas refuser mon entremise dans des circonstances où elle se trouve dénuée de

*) ? Sehr undeutlich geſchrieben; wahrſcheinlich Abkürzung für Nikolajewsk, worauf auch die Erwähnung der établissements maritimes de la Sibérie orientale hinweiſt.

1861 6. 2. toute attribution officielle et où l'indulgence de Votre Altesse Impériale seul peut la rendre admissible. Daignez agréer etc.

Bismarck.

162.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 14. Februar 1861.

Verehrter Freund

1861 14. 2. — — — Hoffentlich legt man dem Amendement Vincke*) in Rußland keine ungehörige, d. h. über die vier Wände des Abgeordnetenhauſes hinausreichende Tragweite bei. Der König hat in ſeiner Antwort auf die Adreſſe, welche re vera noch etwas ſchärfer lautete, als es in den Zeitungen gedruckt zu leſen iſt, darüber auch keinen Zweifel gelaſſen. Der Lazarus-Orden wäre für den weſtphäliſchen Freiherrn eine ganz angemeſſene Belohnung, die ihm von Herzen zu gönnen wäre. — In der Holſteinſchen Sache theile ich vollſtändig Ihre Anſicht und habe mich in den Commiſſionsverhandlungen ganz in dieſem Sinne anfangs gegen eine widerſpenſtige Majorität, ſchließlich jedoch unter allgemeiner Zuſtimmung ausgeſprochen. Im Plenum war die Temperatur für die ganze Sache ſo kühl, daß es mir mit Rückſicht auf die däniſchen Rodomontaden nicht geeignet ſchien, noch mehr kaltes Waſſer in dieſen lauwarmen Keſſel zu gießen, während ich mich auf der andern Seite auch nicht für berufen halten konnte, die miniſterielle Kriegsfackel zu ſchwingen. Unter dieſen Umſtänden ſchien mein Schweigen mehr als je Gold zu ſein. In der öffentlichen Meinung haben unſere Abgeordneten durch die vierwöchentlichen Geburtswehen

*) Der Abg. v. Vincke-Hagen hatte in die Adreſſe des Abgeordnetenhauſes einen Paſſus einfügen laſſen, des Inhalts, daß die Conſolidirung Italiens eine europäiſche Nothwendigkeit ſei.

der Adreſſe und das ſchließliche Reſultat derſelben, welches 1861
Niemandes wahre Meinung ausdrückt, eben nicht gewonnen. 14. 2.
Die Oeſterreichiſch-Ruſſiſche Botſchafter-Frage ſcheint doch allmählig ihrer Verwirklichung näher zu rücken. Nach allem, was ich über Stackelberg höre, würden wir uns zu dieſer Wahl Glück wünſchen können.

Das Publikum iſt hier ſeit einiger Zeit ſehr friedensſelig und ein naher Ausbruch dürfte allerdings auch kaum zu befürchten ſein. Ob den Piemonteſen aber jetzt, nachdem Gaëta capitulirt hat*), der Kamm nicht ſchwillt und das Friedensprogramm über den Haufen geworfen werden wird, muß dahin geſtellt bleiben. In Paris ſoll man über die angeblich kriegeriſchen Reden des Königs anfangs einigen Kummer bezeigt, ſcheint ſich aber jetzt über die Allerhöchſten Abſichten vollſtändig beruhigt zu haben.

In aufrichtigſter Freundſchaft und Hochachtung

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

163.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 5. März 1861.

Verehrter Freund,

Prinz Croy kehrt heute nach Petersburg zurück, um wieder 1861
als eine der feſten Säulen der dortigen Geſandtſchaft einzu- 5. 3.
treten, und ich hoffe, daß es Ihnen dann mit Hinzurechnung des neuen Attaché's an den nöthigen Arbeitskräften nicht fehlen wird. Croy hat mir anvertraut, daß er ſich in Paris mit der Tochter des Herzogs Delorge verlobt habe, daß dieſe Ver-

*) 13. Februar 1861.

1861 5. 3. lobung aber vorläufig noch nicht publicirt werden ſoll. Ob er damit umgeht, dieſe Matrimonial-Velleitäten bald zu realiſiren, weiß ich nicht und hoffe in casu quod sic, daß die K. Miſſion zu St. Petersburg dadurch einen neuen ornamentalen Zuwachs erhalten wird. — Die Warſchauer Angelegenheit*) iſt nicht ſchön und hat hier begreiflicher Weiſe keinen ſehr guten Eindruck gemacht. Es iſt dabei eine Miſchung von Mangel an Vorausſicht und Schwäche hervorgetreten, die für ernſtere Schwierigkeiten nichts Gutes zu prognoſticiren ſcheint. Eine Adreſſe wie die an den Kaiſer abgeſandte iſt gleichfalls ein in Rußland ſehr bedeutungsvolles Novum. In Oeſterreich gehn die Dinge ſchlecht, und wie man um den Conflikt mit Ungarn herumkommen will, iſt mir nicht recht klar. Ungarn will nur Perſonal-Union und die Oeſterreichiſche Regierung kann dieſem Verlangen nicht nachgeben, ohne damit aus der Reihe der großen Mächte auszuſcheiden. Entſpinnt ſich aber ein Kampf in und um Ungarn, ſo wird auch derjenige um Italien nicht ausbleiben. Abgeſehen von dem, was außerdem und anderwärts noch geſchehen kann, ſcheinen mir alſo die Aſpecten für den Sommer keineswegs durchaus harmloſe zu ſein. In der ſyriſchen Sache kommt es im Grunde darauf an, ſich über einen Termin der Verlängerung der Occupation zu vereinigen, der pour tout délai von allen Betheiligten acceptirt werden kann. Wenn Ausſicht auf Erfolg ſich zeigt, entſchließen wir uns vielleicht, einen ſolchen Vermittlungsvorſchlag zu machen. Die Dänen haben dem erneuten Andrängen Europas, vor allen Dingen nun das Proviſorium zu ordnen und zu dieſem Ende namentlich das Budget den Holſteiniſchen Ständen vorzulegen, bis jetzt nicht nachgeben zu können geglaubt. Sie ſcheinen den Zeitpunkt für günſtig zu halten, um ein ihren Wünſchen entſprechendes Definitivum durchzuſetzen. Es iſt recht gut, daß

*) In Warſchau war es am 25. und 27. Februar zu Conflikten gekommen, bei denen das ruſſiſche Militär mit den Waffen eingreifen mußte.

Europa ſich bei dieſer Gelegenheit überzeugt, daß eine Ver- 1861
ſtändigung mit Dänemark nicht gerade zu den leichten Auf- 5. 3.
gaben gehört. — Ob, was unſere innern Angelegenheiten anlangt, die beiden Cardinal-Punkte der Seſſion, Grundſteuer und Militairbudget, durchgehen werden, iſt noch zweifelhaft und ſcheint von Umſtänden abzuhängen, die noch außer aller Berechnung liegen. — Morgen wird die Gaeta-Ceremonie mit großem Pomp gefeiert, es iſt gut, daß England dazu Veranlaſſung giebt, ſonſt würde des Geſchreies und Geſpöttes von Seiten der Liberalen kein Ende ſein.

Mit aufrichtigſter Freundſchaft

Ihr herzlich ergebener

Schleinitz.

164.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 21. Juni 1861.

Mein lieber Bismarck.

Je mehr alte Unterlaſſungsſünden ich gegen Sie auf dem 1861
Gewiſſen habe, um ſo mehr Werth lege ich darauf, mir nicht 21. 6.
noch eine neue aufzubürden, und beeile mich daher, Ihnen auf Ihre freundlichen Zeilen vom 15. d. M.*) eine Erwiederung zugehen zu laſſen. Ich begreife vollkommen die vielfachen und wohlbegründeten Motive, die es Ihnen wünſchenswerth machen, Ihrer nordiſchen Reſidenz für eine Zeitlang den Rücken zu kehren, und werde dieſelben daher ſofort zur Kenntniß S. Majeſtät des Königs bringen und auf das Wirkſamſte befürworten. Die Stellvertretungsfrage wird ſich hoffentlich auf eine befriedigende Weiſe erledigen laſſen. Croy hat ſich zwar trotz der Krankheit

*) Concept nicht vorhanden.

1861 21. 6. ſeines Vaters mit patriotiſcher Hingebung zu ſofortiger Rückkehr nach Petersburg bereit erklärt, falls dies erforderlich ſein ſollte, ich habe mich jedoch bemüht, dieſen edlen Eifer in möglichſt ſchonender Weiſe abzukühlen, wie Sie dies aus dem Ihnen abſchriftlich mitgetheilten Erlaß an den weſtphäliſchen Ritter de Lorge erſehen haben werden. Ich hoffe auch, daß Schlözer für ein nicht zu langes Interimiſticum vollkommen genügt und daß daher neben den landüblichen Stellvertretungskoſten Ihnen keine weiteren Opfer aus Ihrer urlaubsweiſen Abweſenheit erwachſen werden. — Die afrikaniſche Temperatur, unter der wir ſeufzen, herrſcht hier augenblicklich nicht blos in der äußern Natur vor, ſondern weht ſciroccoartig auch in den gouvernementalen Regionen, innerhalb welcher ſich demzufolge entſchiedene Symptome zunehmender Schwäche und bevorſtehender Auflöſung zu erkennen geben. Doch betrifft dies lediglich Interna, auf die mir nicht geſtattet iſt hier näher einzugehen.

In der auswärtigen Politik geht es dagegen augenblicklich nicht eben ſtürmiſch zu. Nur der langjährige Krebsſchaden unſerer Politik, die vermaledeite Schleswig-Holſtein-Lauenburgſche Frage macht uns mit Recht Sorge und periodiſchen Kopfſchmerz. Die Ihnen bekannte Idee, durch die der Hallſchen Depeſche vom 22. März entſprechende Erklärung*) wegen

*) Nach dem Vorſchlage des Miniſters v. Schleinitz ſollte Dänemark um die ihm von Bundeswegen drohende Execution herumkommen, indem es in der Bundesverſammlung oder an die Cabinette von Berlin und Wien die Erklärung abgab: daß für das laufende Finanzjahr der Zuſchuß des Herzogthums Holſtein aus ſeinen beſonderen Einnahmen zum gemeinſchaftlichen Budget der Monarchie vorläufig auf die Quote Holſteins an derjenigen Summe eingeſchränkt werde, die in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856 als der von den einzelnen Landestheilen aus den beſonderen Einnahmen derſelben zu leiſtende Geſammtzuſchuß aufgeführt ſei. — Dänemark gab dieſe Erklärung unter Vorbehalt ſeines Rechts auf nachträgliche Erhöhung des Beitrags am 29. Juli ab, Staatsarchiv, herausg. von Aegidi u. Klauhold I, No. 60 S. 171 f.

des Budgets vorläufig um die Klippe der Execution wegzu- 1861
kommen, ſcheint doch in Copenhagen auf einige Schwierigkeit zu 21. 6.
ſtoßen. Man glaubt dort offenbar, vielleicht nicht mit Unrecht, daß der Augenblick zu einer Unterhandlung über das Definitivum unter den Auſpicien der Europäiſchen Mächte im däniſchen Intereſſe ein günſtiger iſt, und bringt daher den Incident-Punkt, um den es ſich pro tempore doch ausſchließlich handelt, mit der Regulirung des Definitivums in eine untrennbare und völlig ungerechtfertigte, ja wie mir ſcheint, unmögliche Verbindung. Leider wird das däniſche Cabinet in dieſem Beſtreben weſentlich durch England unterſtützt, das gleichfalls auf die definitive Regulirung auf dem Wege Europäiſcher Conferenzen wahrhaft verſeſſen iſt. Auch in Petersburg ſcheint man ſich für das Zuſtandekommen der uns mißliebigen Conferenzen lebhaft zu intereſſiren, was vielleicht zum Theil dem Feuereifer des Herrn v. Mohrenheim*) zuzuſchreiben iſt, der, wie mir vorkommt, ſich an dieſen Conferenzen die Sporen verdienen möchte. Wie wir um die fatale Execution wegkommen wollen, falls Dänemark auf die ihm ſuppeditirte Idee überhaupt nicht oder nicht in einer acceptablen Weiſe eingeht, iſt mir zwar nicht deutlich, indeſſen bin ich überzeugt, daß jedenfalls vor Ausführung der Execution eine zunächſt diplomatiſche Intervention der Europäiſchen Mächte derſelben ein unüberſteigliches Hinderniß zu bereiten ſuchen wird. Ich bin zwar ganz damit einverſtanden, daß wir den Europäiſchen Conferenzen möglichſt entgegenzuarbeiten haben werden, allein ich geſtehe, daß ich für meine Perſon deren Zuſtandekommen nicht als ſo abſolut nachtheilig und unannehmbar betrachten kann, als dies ziemlich allſeitig geſchieht. Weigern wir uns ganz unbedingt auf ſolche Conferenzen einzugehen, ſo ſind wir offenbar der Gefahr ausgeſetzt, daß die andern Mächte ſich um ſo leichter

*) Ruſſiſcher Geſandter in Kopenhagen.

1861 21. 6. hinter unſerm Rücken nicht blos ohne uns ſondern gegen uns verſtändigen. Etwas Schlimmeres könnte auch das Ergebniß einer Conferenz kaum ſein.

Die Huldigungsfrage bildet nach wie vor eine große Schwierigkeit, da die Meinung S. Majeſtät des Königs und der Mehrzahl ſeiner Räthe über den der Feier zu gebenden Inhalt von einander abweicht. Wie dem indeſſen ſei — ſo viel läßt ſich wohl ſchon jetzt mit Sicherheit ſagen, daß der Akt der Huldigung nicht vor dem Herbſt (Anfang October) wird ſtattfinden können. Ihr Wunſch, Sich dabei, ſei es als getreuer Vaſall ſei es als Staatsbürger, zu betheiligen wird Sie indeß wie ich hoffe nicht abhalten, Ihren Urlaubsgedanken ſchon früher Folge zu geben.

Der König beabſichtigt, wenn die Lage der Geſchäfte es erlaubt, Ende dieſes oder Anfangs des nächſten Monats von hier abzureiſen, ohne Zweifel zunächſt nach Baden, wo S. Majeſtät Kiſſinger Brunnen zu trinken beabſichtigt. Sobald Ihnen Allerhöchſten Orts der Urlaub bewilligt iſt, werde ich Sie telegraphiſch davon benachrichtigen, um Ihnen die Möglichkeit zu gewähren in kürzeſter Friſt Petersburg zu verlaſſen. Schließlich will ich Ihnen noch für Ihre wiederholten Privat-Mittheilungen im Laufe des verwichenen Frühjahrs meinen wärmſten Dank ſagen, was freilich längſt hätte geſchehen ſollen. Sie haben durch die darin enthaltenen zahlreichen und intereſſanten Notizen und die ihnen beigegebene humoriſtiſche Würze nicht blos mir, ſondern auch unſerm Allergnädigſten Herrn, dem ich mich für ermächtigt gehalten habe, auch von dem Inhalt Ihrer Privat-Correſpondenz Mittheilung zu machen, inmitten einer ſchwülen und ſchweren Zeit hin und wieder ein heiteres Intermezzo vorgeführt, für das wir ſtets ebenſo empfänglich als erkenntlich geweſen ſind.

Mit aufrichtiger Freundſchaft

herzlich der Ihrige

Schleinitz.

165.

Bismarck an die Fürſtin Menchikoff.

Samedi. (Spätherbſt 1861?)

Madame

une indisposition un peu plus grave qu'à l'ordinaire, m'empêche de franchir même la petite distance qui nous sépare et de Vous demander verbalement, si Vous avez encore à Votre disposition l'exemplaire du Statut organique*) que feu l'Empereur avait eu l'intention d'octroyer au Royaume de Pologne, et que j'ai vu chez Vous il y a quelques semaines. Comme il paraît que cette pièce, après avoir été ensevelie dans les cartons pendant près de trente ans, est destinée à une résurrection au moins partielle, je Vous serais infiniment obligé, si Vous vouliez me la prêter pour un quart d'heure en cas que Vous la tenez encore. 1861 (Herbſt)

La dernière fois que je Vous ai emprunté un livre à Bade, c'était l'analyse d'une plaie imaginaire au coeur d'un égoiste; aujourd'hui je Vous demande la recette du cataplasme qu'un coeur trop peu égoiste se propose d'appliquer sur une plaie réelle mais incurable.

J'implore Votre pardon, Madame, si Vous me trouvez voisin importun, et je Vous prie d'agréer l'expression de mon dévouement le plus sincère.

v. Bismarck.

166.

Fürſtin Menchikoff an Bismarck.

Je suis au désespoir de ne pouvoir pas Vous envoyer le petit volume en question, il était à mon beau-père, qui est parti ce matin pour Moscou. Cependant je vais tâcher de 1861 (Herbſt)

*) Vom 14./26. Februar 1832.

1861 (Herbſt) Vous l'obtenir ailleurs, puisque cela Vous intéresse; mais je crains que les concessions accordées n'arrivent trop tard aujourd'hui; elles étaient rien moins que libérales.

Mille compliments affectueux; je suis bien fâchée de Vous savoir souffrant.

P^sse. Menchikoff.

167.

Miniſter Graf v. Bernſtorff an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Berlin, 17. März 1862.

1862 17. 8. Se. Majeſtät haben Eure Excellenz zu andern diplomatiſchen Functionen beſtimmt. Im Allerhöchſten Auftrage erſuche ich Sie, Ihre Vorbereitungen ſo zu treffen, daß Sie Petersburg verlaſſen und ſich hierher begeben können, ſobald Ihnen Ihr Abberufungsſchreiben zugeht, welches Seiner Majeſtät ſogleich zur Vollziehung vorgelegt und Ihnen zugeſandt werden wird. Zu Ihrem Nachfolger iſt Graf Goltz beſtimmt, und wollen Sie anfragen.

v. Bernſtorff.

168.

Bismarck an Miniſter v. Bernſtorff.

Telegramm.

Petersburg 22 März 1862.

1862 22. 8. Fürſt Gortſchakow war im Auftrage des Kaiſers bei mir, um die Glückwünſche Sr. Majeſtät für des Königs Majeſtät zu überbringen und mich zur Tafel einzuladen. Gleichzeitig

bitte Eure Excellenz, die allerunterthänigſten Glückwünſche der Geſandſchaft Sr. Majeſtät zu Füßen zu legen. Bei Hof Tafel zur Feier des Tages. 1862 22. 3.

Telegramm vom 17 dankbar erhalten, und bin nunmehr bereit, zu reiſen, ſobald (ich) nach Eingang des Abberufungsſchreibens die Abſchieds-Audienzen gehabt haben werde.

v. Bismarck.

169.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Rhede von Marſeille, an Bord der
engl. Yacht J. M. der Königinn „Osborne"
21/10 62.

Ich ſage Ihnen meinen verbindlichen Dank für das Schreiben, welches ich heute durch den Major von Schweinitz erhielt*). 1862 21. 10.

Möge es Ihnen gelingen, wie Sie es mir ausdrücken, in der gegenwärtigen ſchwierigen Lage des Verfaſſungslebens unſeres Landes die von Ihnen ſelbſt bezeichnete, dringend nothwendige Verſtändigung mit der Landes-Vertretung herbeizuführen.

Mit geſpannter Aufmerkſamkeit folge ich dem Gange der Dinge bei uns, und werde es Ihnen ſehr danken, wenn Sie mich von dem ferneren Verlaufe der Berathungen im Schooße des Staats-Miniſteriums wie auch von den Verhältniſſen der auswärtigen Angelegenheiten unterrichten laſſen wollen.

Ich verbleibe

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KP.

---

*) Concept nicht vorhanden.

170.

Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck.

Geehrter Herr v. Bismarck!

1862 10. 11. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz trägt mir auf, Ihnen für Ihre Mittheilungen per Feldjäger zu danken und Ihnen zu ſagen, daß er im Augenblick keine Zeit habe, Ihnen zu antworten, fernere Briefe ihm aber erwünſcht ſein würden. Ich bemerkte Sr. Königlichen Hoheit, daß es gar nicht Ihre Abſicht ſei, ihn zu einer politiſchen Korreſpondenz zu nöthigen, ſondern daß Sie es nur für nothwendig erachteten, daß er im Zuſammenhang mit den Vorgängen bliebe. Der Prinz ſagte dann noch, ich möge Ihnen ſchreiben, daß er Ihnen ſeine hier empfangenen Eindrücke mündlich mittheilen werde.

Nachdem ich mich hiermit des hohen Auftrages entledigt, erlaube ich mir Folgendes vertraulich hinzuzufügen:

Der Kronprinz, gewöhnt von ſeinen Onkels ꝛc. beſonders aber von den höchſten Dienern des verſtorbenen Königs ignorirt oder geringſchätzend behandelt zu werden, iſt empfänglich für die Ihm zukommenden Aufmerkſamkeiten; Ihr erſtes Schreiben, welches ich überbrachte, und mehr noch die Sendung eines Couriers haben den Prinzen angenehm berührt.

Daß Se. Majeſtät nicht nach England gereiſt ſind*), wie es Sein Wunſch war, giebt man an Bord der Osborne Ihnen Schuld; die Frau Kronprinzeſſin bedauerte es lebhaft.

Hier in Neapel hat der Prinz nichts von dem angenommen, was ihm von Seiten des Gouvernements angeboten wurde; nur als die Herrſchaften den Veſuv beſteigen wollten, theilte ich es dem General Lamarmora mit und ſtellte ihm anheim, einige Sicherheitsmaßregeln zu treffen: er ließ einige Com-

*) Zum Beſuch der Weltausſtellung.

pagnien Berſaglieri eine Felddienſtübung bis an den Krater machen. Geſtern Abend war der General zum Diner an Bord, und heute werden ihm beide Prinzen*) einen Beſuch machen. 1862 10. 11.

Mit den Ihnen bekannten Geſinnungen bin ich

Ihr

aufrichtig ergebener

Neapel, 10. 11. 62. v. Schweinitz.

171.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

21./12. 62.

Auf Ihre geſtrige Anfrage erwiedere ich, daß ich nach wie vor den üblichen Anzeigen der anberaumten Staatsminiſterial-Sitzungen entgegenſehe; nur wünſche ich in den Fällen, daß vertrauliche oder beſonders wichtige Fragen zur Erörterung kommen, eine beſondere Anzeige zu erhalten. 1862 21. 12.

Der heutigen Sitzung beizuwohnen, bin ich durch mehrere bereits anberaumte Audienzen verhindert. Ihr ergebener

Friedrich Wilhelm KP.

172.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Die Ordens-Vorſchläge-Berathungen kenne ich aus früherer Erfahrung als geeignet „an den Wänden zu kratzen“ wegen Mangel an Intereſſe!! Ich komme alſo nicht. 1862 27. 12.

27/12. 62 Friedrich Wilhelm, KP.

---

*) D. h. der Kronprinz und der Prinz v. Wales.

173.

Freiherr v. Vincke-Olbendorff an König Wilhelm.

Allerdurchlauchtigſter Großmächtigſter König!
Allergnädigſter König und Herr!

1862 31. 12. Eure Königliche Majeſtät wollen allergnädigſt geruhen, in gewohnter Weiſe wie ſeit 20 Jahren, meine allerunterthänigſten, innigſten Glückwünſche beim Wechſel des Jahres entgegen zu nehmen. Möge Gott Eure Majeſtät ſegnen und ſtets in ſeinen gnädigen Schutz nehmen! Dieſes iſt das aufrichtige inbrünſtige Gebet eines Eurer Majeſtät bis in den Tod treu ergebenen Dieners und Unterthans.

Mit ſchwererem Herzen als je ſehe ich in die Zukunft. Eure Königliche Majeſtät wage ich nicht weiter mit meinen Anſichten zu beläſtigen, weil ich doch wahrſcheinlich die allerhöchſte Zuſtimmung nicht finden würde. Nur eines kann ich nicht unterlaſſen auszuſprechen, weil es meinerſeits eine Untreue gegen Eure Majeſtät ſein würde, wenn ich es hier verſchwiege: ich fürchte, Eure Majeſtät ſind über die Stimmung des bei weitem größten Theiles des Volkes getäuſcht. Das Volk hängt treu an Eurer Majeſtät, aber es hält auch feſt an dem Recht, welches ihm der Artikel 99 der Verfaſſung unzweideutig gewährt. Möge Gott die unglücklichen Folgen eines großen Mißverſtändniſſes in Gnaden abwenden.

In tiefſter Ehrfurcht und unerſchütterlicher Treue erſterbend

Eurer Königlichen Majeſtät

allerunterthänigſter

Olbendorf b. Grottkau
den 31. Dezember 1862.

Frhrr. v. Vincke
Oberſtlieutenant a. D.*)

*) Die Antwort des Königs ſ. G. u. E. I, 303 f.

174.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Unter meinen Papieren von der Reiſe her aufbewahrt, und erſt jetzt bei dem Ordnen herausgenommen. 1863 11. 1.

11/1 63.

Friedrich Wilhelm KP.*)

175.

Miniſter v. d. Heydt an Bismarck.

Eure Excellenz

geſtatten mir wohl ein ganz vertrauliches Wort in perſönlicher Sache. 1863 24. 1.

Am Tage meiner Entlaſſung hatten Eure Excellenz die Güte, ohne irgend eine Anregung von meiner Seite aus eigner Bewegung in wohlwollendſter Weiſe zu bemerken, ein Miniſter, der 14 Jahre zu Allerhöchſter Zufriedenheit gedient, werde ſicher nicht ohne ein öffentliches Zeichen Allerhöchſter Anerkennung entlaſſen werden. Auch ſpäterhin nahmen Eure Excellenz mehrmals Veranlaſſung, wieder ohne Anregung von meiner Seite, eine öffentliche Anerkennung in Ausſicht zu ſtellen, indem Sie das letzte Mal beifügten, die Ausführung der Allerhöchſten Intention ſei nur für den Fall verſchoben, daß ein Wieder-Eintritt ins Miniſterium unmittelbar erfolge, was nun aber nicht Platz greife. Als Eure Excellenz am Entlaſſungstage mich frugen, welche Auszeichnung mir am liebſten ſein würde, erlaubte ich mir mit ſchuldiger Offenheit zu ſagen, daß diejenige,

*) Als Anlage iſt das in Bd. I, S. 33 veröffentlichte Concept des Telegramms vom 29. October 1862 beigefügt.

1863 24. 1. welche mir vor der Krönung ſchon durch Herrn v. Auerswald angeblich im Allerhöchſten Auftrag angekündigt war, der Stern zum Hohenzollernorden, mir ſehr werth ſein würde.

Alles dies iſt Eurer Excellenz wohl bei Ihren anderweiten ernſteren Geſchäften entfallen.

Wenn nun außer Herrn v. Manteuffel, der, weil er gegen ſeinen Willen entlaſſen wurde, jede Anerkennung ablehnte und außer Einigen, die bei ihrer Entlaſſung durch dauernde gute Stellen ſich verbeſſerten, meines Wiſſens kein Miniſter ohne eine öffentliche Anerkennung entlaſſen worden iſt, wenn ich zudem weder Penſion noch Wartegeld beziehe, ſo darf ich ohne Unbeſcheidenheit dieſe ganz ergebenſten Zeilen mir wohl vertrauensvoll für den Fall geſtatten, daß nicht etwa abſichtlich die Ausführung der Allerhöchſten Intention unterblieben iſt. Jedenfalls rechne ich zuverſichtlich auf eine geneigte discrete Benutzung dieſer Zeilen, die ich an Ew. Excellenz in der That nicht richten würde, wenn Sie mir nicht bei meinem Austritt ſo gütig und wohlwollend entgegengekommen wären.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Berlin 24. Jan. 1863. von der Heydt *).

176.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

1863 24. 2. Einige Tage früher und über Carlsruhe nach England reiſend, wollte ich nur bemerken, daß ich morgen früh abgehe.

Sollten Sie wünſchen, irgend etwas Beſonderes mir für England ad hoc zufertigen zu laſſen oder ſonſt wie papierliche Sendungen wünſchen, ſo reiſt mein Adjutant Oberſtlieutenant

*) Vgl. Bd. I, S. 45 No. 80.

v. Obernitz am Sonntag Abend ab und kann alſo Ihnen zu Dienſten ſtehen, da er mich unterwegs trifft. 1863 24. 2.

Auf Wiederſehen nach dem 10. März.

Ihr ergebenſter

$\frac{24}{2}$ 63. Friedrich Wilhelm KP.

177.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Berlin 25 Februar 1863
ſchon abgereiſt *).

Eurer Königlichen Hoheit

ſage ich meinen ehrfurchtsvollen Dank für das mir ſo eben zugehende gnädige Schreiben vom geſtrigen Tage, und werde ich am Sonntag den Oberſt-Lieutenant von Obernitz um Mitnahme von Depeſchen für Graf Bernſtorff bitten. 1863 25. 2.

Zugleich erlaube ich mir die unterthänigſte Anfrage, ob Eure Königliche Hoheit befehlen, daß ich Höchſtdenſelben vor der Abreiſe über die augenblickliche Sachlage Vortrag halte, wozu ich die Stunde alsdann gnädigſt zu beſtimmen bitte. Was ich ſchriftlich vorlegen kann, enthält das unterthänigſt beigefügte Concept einer geſtern Abend an Graf Goltz abgegangenen Depeſche, von der ich leider eine Reinſchrift im Augenblick nicht beſitze. Eure Königliche Hoheit wollen daher das Aeußere der Anlage mit Nachſicht beurtheilen.

In tiefer Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthänigſter

v. Bismarck.

---

*) Nachträglich darunter bemerkt.

178.

Oberpräſident Senfft von Pilſach an Bismarck.

Euer Excellenz

1863 9. 5. bitte ich um Erlaubniß, den anliegenden Bericht an das Königliche Staatsminiſterium mit dieſem Schreiben zu begleiten. Dasſelbe iſt beſtimmt, einen integrirenden Theil jenes Berichts abzugeben, und ich richte es nur deshalb perſönlich und vertraulich an Euer Excellenz, damit es nicht dem gewöhnlichen Gange durch die Bureaus verfalle.

Zur Sache ſelbſt bemerke ich Folgendes. Wie es ſcheint, iſt von der Fortſchrittspartei ausgeſprengt worden, daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz derſelben zugethan ſei. Soviel ſteht jedenfalls feſt, daß Letzteres in weiten Kreiſen geglaubt wird und daß ebendeshalb alle Bemühungen der Staatsregierung auf dieſe Kreiſe wieder Einfluß zu gewinnen, naturgemäß fehlſchlagen. Nicht nur von dem geringen Volke, ſondern auch von gebildeten Männern wird die Ermahnung: treu zu Seiner Majeſtät dem Könige und zu Allerhöchſtdeſſen Regierung zu halten, — öfter mit der Entgegnung zurückgewieſen, daß des Königs Majeſtät bereits alt ſei, des Kronprinzen Königliche Hoheit aber, ſobald Höchſtderſelbe zur Regierung komme, ein democratiſches Miniſterium berufen werde; man dürfe es daher mit der Fortſchrittspartei nicht verderben.

Sollen nun die großen Gefahren beſeitigt werden, die das Vaterland umlagern, ſo iſt die Ausrottung jenes verderblichen Vorurtheils unbedingt erforderlich. Es kommt alſo darauf an, daß des Kronprinzen Königliche Hoheit Sein völliges Einverſtändniß mit den politiſchen Principien des Königs in irgend einer Weiſe entſchieden und öffentlich ausſpreche. Auch inſofern erſcheint dies dringend geboten, als dadurch den Gefahren eines erneuten Attentats entgegen gearbeitet wird, die das theure

Leben Seiner Majeſtät des Königs ſo ernſt bedrohen. Dem Königlichen Staatsminiſterio ſtelle ich daher gehorſamſt anheim: 1863 9. 5.

des Kronprinzen Königliche Hoheit um den Erlaß einer ſolchen Erklärung zu bitten.

In Ehrerbietung beharre ich

Euer Excellenz

ganz gehorſamer Diener

Stettin 9. Mai 1863. Senfft v. Pilſach.

179.

Miniſter v. der Heydt an Bismarck.

Eure Excellenz erlauben mir wohl, Ihnen zu den jüngſten leider gebotenen Maaßnahmen*) meinen theilnehmenden Glückwunſch auszuſprechen. Eine kräftige Handhabung der Autorität erſcheint jetzt als das erſte Erforderniß, dem alle andern Rückſichten unterzuordnen ſind. 1863 7. 6.

Um ſo bedauerlicher und ſtörender iſt der wohl nur aus mißlichen Eingebungen hervorgegangene Vorfall in Danzig. Wenn je, ſo muß jetzt ein König im eigenen Hauſe Herr ſein, und daß es ſo ſei, darf Keinem zweifelhaft ſein. Nach meinem Dafürhalten müßte die Inſpektions-Reiſe kurz abgeſchnitten, es müßten Duncker und Brunnemann durch Königliche Ordre ihrer Stellung ſofort enthoben, und Sr. Königlichen Hoheit jede offizielle Aeußerung über Politik durch Ordre unterſagt werden, inſofern ſie den Zweck hätte, einen Tadel gegen die Maaßnahmen der Regierung anzudeuten. Ich halte dies für eine nicht zu verſchiebende unerläßliche Nothwendigkeit.

---

*) Preßverordnungen vom 1. Juni 1863.

1863 7. 6. Wenn nur nirgends geſchwankt, wird die gehoffte Wirkung um ſo ſchneller eintreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Euer Excellenz

ganz ergebenſter

Berlin 7. Juni 1863. v. d. Heydt.

180.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

1863 11. 6. Der König hat mir ſehr eingehend und ausführlich von der Kronprinzlichen Frage geſprochen, mir auch mitgetheilt, was er dem Kronprinzen durch Hauptmann v. Loucadou geantwortet, nämlich Verzeihung und Belehrung in väterlicher Weiſe, aber kein Wort davon, daß S. Königliche Hoheit zum Schrippenfeſt*) berufen ſei. In Babelsberg (bei Pückler und Manteuffel) war nichts davon bekannt. Ich glaube daher nicht an dieſe Berufung. Näheres heut Abend!

Ihr

Berlin 11. Juni 63. v. Roon.

181.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Paris den 21. Juny 1863.

Verehrteſter Chef.

1863 21. 6. Aus meinen heut abgehenden Berichten werden Sie erſehen, daß der Kaiſer nur ganz kurz unſerer Stellung zur polniſchen Sache Erwähnung that; er ſprach in einem auffallend

*) Ein alljährlich dem Lehrbataillon gegebenes Feſt, bei dem ein Berliner Gebäck (Schrippen) vertheilt wird.

trockenen und etwas verlegenen Tone, und ſo, als wenn es ihm unangenehm wäre, etwas zu tadeln, was, wie er recht gut einſehen wird, nicht zu tadeln iſt. So ließ er ſich auch nicht in weitere Discuſſion ein, als ich ihm die ſonnenklare Berechtigung unſeres Verhaltens auseinanderſetzte. Es kann nun verſchiedene Urſachen geben, weshalb er nicht weiter discutirt hat, ich habe aber den Eindruck, daß er eben davon überzeugt iſt, im Grunde nichts vorwerfen zu können, und jedenfalls ſich derartiger Aufſtellungen von Principien enthält, wie ſie ſein Miniſter*) neulich dem Grafen Goltz in meiner Gegenwart zu machen für gut hielt. 1863 21. 6.

Herr v. Budberg, den ich geſtern ſogleich nach meiner Rückkehr beſuchte, hat mir im Vertrauen erzählt, daß ihm Drouyn neulich, als er ihn gedrängt hat, den eigentlichen practiſchen Grund der franzöſiſchen Einmiſchung in die polniſchen Angelegenheiten anzugeben, ganz naiv geſtanden hat, daß, wenn Polen unabhängig ſei, Frankreich eine kräftige Handhabe habe, um zugleich auf Preußen und auf Oeſtreich zu drücken. Wenn ich nun auch nicht im geringſten daran zweifle, daß dies der einzige halbwegs vernünftige Hebel der franzöſiſchen Politik iſt, ſo iſt es doch originell, den Pferdefuß ſo ungenirt blicken zu laſſen.

Darin ſtimmen alle Urtheile überein, die ich hier habe ſammeln können, daß Drouyn de L'huys der heftigſte Polen-Agitator und zugleich der für uns am unfreundlichſten Geſinnte iſt. Seine große Ambition, ſeinen Namen auch, wie ſeine Vorgänger, durch irgend eine große That verewigen zu können, mag ihn wohl vorwärts treiben. Ferner glaubt er ſich durch dieſen Eifer beim Kaiſer liebes Kind zu machen, und die Angſt, zu ſeinen Seidenwürmern und Yacks zurückzukehren, iſt maaßlos. Wenn es ihm nur nicht ſo geht, wie manchem ſeiner Vor-

*) Drouyn de L'Huys, Nachfolger Thouvenels als Miniſter des Auswärtigen.

1863 gänger, die in der Idee, dem Kaiſer zu Gefallen zu thun,
21. 6. durchgingen und, einmal über das Ziel hinausgeſchoſſen, vom Herrn im Stich gelaſſen wurden.

Ich habe mir angelegen ſein laſſen, während meines Aufenthaltes in Fontainebleau ſoviel wie möglich unbekannte Geſchichten über die Gräuelthaten der Polen zu erzählen, die direkt oder indirekt dem Kaiſer zu Ohren kommen. Dabei iſt mir Heeckeren*) behülflich geweſen, die bekannte Trompete des hieſigen Terrains. Dieſer, der immer in Geldunternehmungen ſteckt und deshalb Frieden braucht, hat dem Kaiſer tagtäglich von dem Abſcheu der Departements vor einem Krieg für Polen vorgepredigt. Seine Berichte haben einen gewiſſen Werth, weil er als Wahl-Agitator in den Elſaß geſchickt worden (war) und dort einen namhaften Sieg für die Regierung davon getragen hatte.

Ich habe Metternich**), nicht in Ihrem Auftrag ſondern als eine Privatbemerkung geſagt, daß er ſich durch ſeine politiſche Haltung hier bei allen Cabinetten und namentlich bei den Conſervativen in Deutſchland mehr oder weniger verdächtig gemacht habe. Er erwiederte mir, daß er dies wohl wiſſe, daß er aber nicht anders handeln könne, weil Oeſtreich vor Allem Frieden brauchte und man, wenn Frankreich wolle, auf allen Seiten bedroht ſein würde. Außerdem ſei er auch überzeugt, daß die Theilnahme Oeſtreichs an den Collectiv-Schritten der Weſtmächte dieſe eher zurückhalten als vorwärts treiben ꝛc. ꝛc. Er wird jetzt begreiflicher Weiſe ſehr cajolirt; ich bin aber nicht der Anſicht andrer, welche behaupten, daß Metternich die öſtreichiſche Politik ſeiner angenehmen Hofſtellung zum Opfer bringe; er pflegt ſeine Hofſtellung mit großer Sorgfalt, um eben ſeiner Politik zu dienen.

Aus den Zeitungen erſehe ich, daß Sie nicht mit nach

*) Baron v. Heeckeren, franzöſiſcher Senator, der von Kaiſer Napoleon III. wiederholt zu vertraulichen Miſſionen benutzt wurde.

**) Fürſt Richard Metternich, öſterreichiſcher Botſchafter in Paris.

Carlsbad, ſondern nach einem andern Bade gehen. Das thut 1863
mir leid für die res publica, für Ihre Geſundheit aber mags 21. 6.
beſſer ſein. Ich wünſche beſten Erfolg und bin mit aufrichtiger Ergebenheit

Ihr

gehorſamſter

H. VII. Reuß.

182.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck*).

Stettin 30. Juni 1863.

Aus Ihrem Schreiben vom 10ten Juni d. J.**) habe ich 1863
erſehen, daß Sie meinen Proteſt gegen den Preß-Einſchränkungs- 30. 6.
Erlaß, den ich am 3ten Juni aus Graudenz abſendete, dem Staats-Miniſterium amtlich mitzutheilen, auf Befehl Sr. Majeſtät des Königs unterlaſſen.

Ich kann mir freilich denken, daß es Ihnen nicht unerwünſcht ſei einen Vorgang, der wie Sie ſelbſt anerkennen, in ſeinen Folgen allgemeine Bedeutung erlangen könnte, als eine bloße perſönliche Angelegenheit zu behandeln. Es würde zu nichts fruchten, wenn ich auf jener Mittheilung beſtände [1]), die ohnehin, wie ich aus Ihren Worten ſchließen darf, in nicht amtlicher Weiſe, doch ſtattgefunden haben wird. Es liegt mir aber daran, mich Ihnen gegenüber deutlich in Bezug auf die Alternative auszuſprechen, welche Sie mir ſtellen: dem Miniſterium die Aufgabe, die es ſich vorgeſetzt, zu erleichtern oder zu erſchweren.

---

*) Der Brief iſt bei Margarethe v. Poſchinger, Kaiſer Friedrich, II, 22—24, ſchon veröffentlicht, aber mit Ungenauigkeiten, ſo daß ein nochmaliger Abdruck nothwendig iſt.

**) Orig.: Mts. — Concept des Schreibens vom 10. Juni iſt nicht vorhanden.

1863 30. 6. Ich kann ſie Ihnen nicht erleichtern, denn ich befinde mich allerdings in prinzipiellem Gegenſatz zu demſelben.

Loyale Handhabung der Geſetze und Verfaſſung, Achtung und Wohlwollen gegen ein leicht zu führendes, intelligentes und tüchtiges Volk — das ſind die Prinzipien, von denen meiner Meinung nach jede Regierung in ihrem Verfahren gegen das Land geleitet ſein muß. Ich vermag die in der Verordnung vom 1. Juni cr. ausgeprägte Politik mit dieſen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen.

Sie ſuchen mir zwar die Verfaſſungsmäßigkeit jenes Erlaſſes nachzuweiſen und Sie verſichern, Sie und Ihre Collegen ſeien Ihrer Eide eingedenk. Ich aber meine, daß eine Regierung ein ſtärkeres Fundament bedürfe als mindeſtens höchſt zweifelhafte Auslegungen, die dem geſunden Menſchenverſtande des Volkes nicht einleuchten. Sie ſelbſt berufen ſich darauf, daß auch Ihre Gegner die Ehrlichkeit Ihrer Ueberzeugungen achten. Ich laſſe dieſe Behauptung unerörtert [2]), aber wenn Sie dem Urtheil Ihrer Gegner einigen Werth beimeſſen, ſo müßte doch der Umſtand Ihnen Bedenken einflößen, daß die entſchiedene Mehrheit der gebildeten Klaſſen unſeres Volks die Verfaſſungsmäßigkeit des Inhalts der fraglichen Verordnung verneint. Daß dies geſchehen würde, wußte das Miniſterium vorher. Es wußte ebenſo vorher, daß der Landtag den Inhalt jenes Erlaſſes niemals vorher genehmigt haben würde, machte dem Landtage keine Vorlage, ſchloß ihn, und publizirte wenige Tage darauf die Verordnung auf Grund von Artikel 63 der Verfaſſung.

Wenn das Land in dieſem Verfahren eine loyale Handhabung der Verfaſſung nicht erkennt, ſo möchte ich fragen, was hat das Miniſterium gethan, um die öffentliche Meinung zu ſeiner Anſicht zu bekehren? Es hat kein anderes Mittel gefunden, ſich mit der öffentlichen Meinung auseinanderzuſetzen als ihr Schweigen aufzuerlegen.

Es iſt überflüſſig, ein Wort darüber zu verlieren, wie ſich die Verordnung zu der Achtung und dem Wohlwollen verhält, die einem willigen, loyalen Volk gebühren, das aber, weil die Regierung ſeine Stimme nicht hören will, zur Rolle des Stummen verurtheilt wird. 1863 30. 6.

Und welches ſind die Erfolge, die Sie ſich von dieſer Politik verſprechen? Beruhigung der Gemüther, Herſtellung des Friedens?

Glauben Sie durch neue Kränkungen des Rechtsgefühls die Gemüther beruhigen zu können?

Aber freilich, Sie erwarten einen günſtigeren Erfolg neuer Wahlen [3]). Mir ſcheint es gegen die menſchliche Natur zu ſein, einen Umſchwung von Stimmungen zu hoffen, welche durch das Verfahren der Regierung nur fortwährend geſteigert und gereizt werden.

Ich will Ihnen ſagen, welchen Erfolg Ihrer Politik ich vorherſehe:

Sie werden ſo lange an der Verfaſſung deuteln, bis dieſelbe ihren Werth in den Augen des Volks verliert. Sie werden dadurch einerſeits anarchiſche Beſtrebungen, die über die Verfaſſung hinausgehen, wachrufen. Sie werden andererſeits, mögen Sie es wollen oder nicht, von einer gewagten Interpretation zur anderen, bis zu dem Anrathen des nackten unverſchleierten Verfaſſungsbruchs getrieben werden.

Diejenigen, welche Seine Majeſtät den König, meinen allergnädigſten Herrn Vater, auf ſolche Wege führen, betrachte ich als die allergefährlichſten Rathgeber für Krone und Vaterland [4]) [5]).

Friedrich Wilhelm KP.

P.S.

Ich habe ſchon vor dem 1. Juni d. J. von dem Recht, den Sitzungen des Staatsminiſteriums beizuwohnen, nur ſehr eingeſchränkten Gebrauch gemacht. Sie werden es nach meinen 1863 2. 7.

1863 2. 7. vorſtehend ausgeſprochenen Ueberzeugungen begreiflich finden, daß ich Seine Majeſtät den König bitten werde, mich fortan während der Dauer des jetzigen Miniſteriums der Theilnahme an jenen Sitzungen gänzlich enthalten zu dürfen.

Ein fortgeſetztes öffentliches und perſönliches Ausſprechen des Gegenſatzes, in dem ich mich zum Miniſterium befinde, würde weder meiner Stellung noch meiner Neigung entſprechen. Ich werde mir jedoch in allen ſonſtigen Beziehungen für die Aeußerung meiner Meinung keinen Zwang auflegen, und das Miniſterium darf darauf rechnen, daß es lediglich von demſelben und ſeinen weiteren Schritten abhängen wird, ob ich trotz meines innerſten Widerſtrebens mich werde gezwungen ſehen, ein ferneres öffentliches Auftreten nicht zu ſcheuen, wenn es von der Pflicht geboten erſcheint.

2. Juli 63. FW. KP.*)

Randbemerkungen Bismarcks:

[1]) Nein. [2]) Wenig höflich. [3]) Nein. [4]) Ich nicht. [5]) Leicht fertig iſt die Jugend mit dem Worte!

183.

Graf F. zu Eulenburg an Bismarck.

Berlin Dienſtag 7. Juli 63 früh.

Verehrter Freund,

1863 7. 7. In der Anlage überſende ich Ihnen

1. einen Bericht vom Oberpräſidenten Horn vom 2. Juli,
2. drei Polizei-Rapporte vom 4., 5. und 6. Juli.

Alles mit der Bitte um Rückgabe.

---

*) Die Nachſchrift iſt in Putbus zugefügt worden.

Aus letzteren werden Sie ſehen, wie es bis zum Sonn- 1863
abend Abend hergegangen iſt*). Vorgeſtern und geſtern iſt Alles 7. 7.
ruhig geweſen, und ſomit iſt die Sache zu Ende. Dafür, daß Bernuth**) zum erſten Male ſolch eine Geſchichte durchgemacht hat, hat er ſich recht umſichtig und ruhig benommen. Die Schutzmannſchaft, die ich alle Abende mit Warmbier, Butterbrod und Wurſt habe füttern laſſen, verdient das größte Lob: ich will es ihr heute durch einen Parolebefehl ertheilen.

Auf Ihre mir geſtern Abend ſpät zu Händen gekommene Anfrage wegen Errichtung eines Fräuleinſtiftes in der Lauſitz, kann ich vor der Hand nur antworten, daß die Statuten desſelben eingereicht, aber ſo confus ſind, daß mehrere Aenderungen haben angeordnet werden müſſen.

Roon war geſtern bei mir. Er war ganz entzückt von dem Schauſpiel, welches der Bürgermeiſter Troſſer in Herford ihm vorgeführt hatte, und will dem Könige ausführlich darüber berichten***).

Witzleben aus Magdeburg ſchreibt mir, daß man in Sangerhauſen damit umgehe, den früheren Direktor der Oberrechenkammer Seiffarth, deſſen Sie ſich ja wohl noch aus der Depeſchen-Diebſtahls-Geſchichte†) her erinnern, als Vertreter der Stadt ins Herrenhaus zu wählen, und erbittet eine vorläufige Aeußerung Seiner Majeſtät darüber, ob dieſe Wahl Ausſicht auf Beſtätigung hätte. Ich glaube, es iſt beſſer, gleich von vorn herein dahin zu wirken, daß ſie nicht auf den p. Seiffarth fällt.

Von Bodelſchwingh erfahre ich, daß Pommer-Eſche gegen die Ernennung von Graf Villers zum Vice-Präſidenten in

*) In der Oranienſtraße zu Berlin gab es wegen der Exmiſſion eines Schankwirthes ſeit dem 29. Juni Tag für Tag Pöbelzuſammenrottungen, die in der Nacht zum 4. Juli die Polizei zum Gebrauch der Waffen zwangen.

**) Polizeipräſident von Berlin.

***) Vgl. Roons Denkwürdigkeiten, 4. Aufl., Bd. II, 149 ff.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 346 ff.

1863 7. 7. Coblenz nichts zu erinnern hat. Ich habe daher den Immediatbericht bereits abgehen laſſen.

Mit den Gefühlen herzlichſten Neides wegen Ihres Aufenthaltes in den grünen Bergen bin ich vor wie nach

Ihr

aufrichtig ergebenſter

Eulenburg.

184.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.) Carlsbad 10 Juli 1863.

Eurer Königlichen Hoheit

1863 10. 7. zeige ich unterthänigſt an, daß ich die Ehre gehabt habe, Höchſtdero Schreiben vom $\frac{30 \text{ Juni}}{2 \text{ July}}$ zu erhalten.

Eure Königliche Hoheit ſagen darin, daß eine fortgeſetzte perſönliche Ausſprache des Gegenſatzes, in welchem Höchſtdieſelben Sich zum Miniſterium befinden, Ihrer Stellung und Ihrer Neigung nicht entſpreche. Ich glaube daher Eurer Königlichen Hoheit Intention nachzukommen, wenn ich mich einer Entgegnung auf das Urtheil, welches Eure Königliche Hoheit über das Verfahren der Königlichen Regirung fällen, in Ehrerbietung enthalte.

Was die Stellung betrifft, welche Eure Königliche Hoheit für die Zukunft der Regirung Sr. Majeſtät des Königs gegenüber einnehmen wollen, ſo iſt dieſelbe von ſolcher Tragweite für das Wohl und die Zukunft des Staates, daß dieſe Frage meines unterthänigſten Dafürhaltens vor Beendigung der gegenwärtigen Kur, ohne Beeinträchtigung der während derſelben vorgeſchriebenen Schonung des Königs bei Allerhöchſtdemſelben nicht wird zur Sprache gebracht werden können

v. Bismarck.

185.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

14/7. 63.

Indem ich für den Brief vom 10. Juli danke, eile ich 1863
auf den Schlußpaſſus mich beziehend, Sie auf das Entſchiedenſte 14. 7.
zu erſuchen, S. Majeſtät dem König nicht eher von meiner Abſicht Mittheilung zu machen, als bis Sie entweder durch S. Majeſtät oder durch mich erfahren, daß dieſelbe Allerhöchſten Orts bekannt geworden iſt. Wenn ich Ihnen ſchrieb, daß ich S. Majeſtät bitten werde, mich von dem Beiwohnen der Sitzungen des Staatsminiſteriums zu entbinden, ſo war ich durchaus nicht gewillt, daß S. Majeſtät durch Sie jenen Entſchluß erfahren ſoll. Ich weiß ſehr wohl, daß S. Majeſtät jetzt während und auch nach der Brunnenkur geſchont werden muß, und werde zu einer mir gelegen erſcheinenden Zeit ſelber mit Sr. Majeſtät über meine Anſichten und Pläne reden.

Somit erwarte ich ganz beſtimmt, daß Sie nicht eher von jenem Kapitel mit dem Könige ſprechen, als bis Sie hören, daß S. Majeſtät um mein Vorhaben weiß.

Friedrich Wilhelm KP.

186.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.) B. 16 7 63.

Nachdem ich ſoeben Eurer Königlichen Hoheit Schreiben 1863
vom 14 zu erhalten die Ehre gehabt habe, beeile ich mich 16. 7.
Höchſtdenſelben unterthänigſt anzuzeigen, daß ich des Schreibens Eurer Königlichen Hoheit vom 2 c. gegen Seine Majeſtät den

1863 16. 7. König bisher nicht erwähnt habe und mich nach Eurer Königlichen Hoheit Befehl auch ferner der Initiative in dieſer Beziehung enthalten werde. Einige der ſeit dem 2 c. in den öffentlichen Blättern verbreiteten Mittheilungen über den Inhalt des Briefwechſels Eurer Königlichen Hoheit mit dem Könige ſind vorgeſtern unerwartet durch Zeitungsblatt zur Kenntniß Seiner Majeſtät gelangt. Allerhöchſtdieſelben ließen mich in Folge deſſen im Augenblicke meiner Abreiſe nochmals rufen und befahlen mir nachzuforſchen, wie dieſe Notizen an die Weſerzeitung gelangt ſeien.

Eurer Königlichen Hoheit melde ich unterthänigſt, daß ich am Sonnabend Berlin wieder verlaſſe, um mich in Regensburg dem Gefolge Seiner Majeſtät nach Gaſtein anzuſchließen, indem der König mir befohlen hat, bei der bevorſtehenden Begegnung mit dem Kaiſer von Oeſtreich anweſend zu ſein.

v. Bismarck.

187.

Bismarck an General v. Manteuffel.

Telegramm.

Berlin den 16 Juli 1863.

An General von Manteuffel

Carlsbad.

1863 16. 7. Ich habe den Brief*) nicht erwähnt und bitte auch Sie desgleichen zu thun. Abſender hat mich ſeitdem ausdrücklich darum erſucht.

v. Bismarck**).

---

*) Des Kronprinzen vom 30. Juni (2. Juli).

**) Vgl. Brief des Kronprinzen an Bismarck vom 3./9. 1863 G. u. E. I, 322.

188.

Geheimrath v. Lecoq an Bismarck.

Eurer Excellenz

beehre ich mich in der Anlage die mir gewogentlich aufgegebene 1864
Denkſchrift über die Anſprüche des Auguſtenburger Hauſes an 3. 1.
Schleswig und Holſtein zu überreichen. Ich habe mich bemüht, die Denkſchrift ſo abzufaſſen, daß dieſelbe auch für Perſonen verſtändlich iſt, welche mit den ſehr complicirten Beſtimmungen, man könnte ſagen: Irrſalen des deutſchen Staats- und Privat-Fürſtenrechts, nicht vertraut ſind. Darum habe ich juriſtiſche Digreſſionen vermieden und mich auf die allgemein bekannten Rechtsſätze beſchränkt. Nach meiner Ueberzeugung haben übrigens wirklich die Sonderburger Linien alle Beide, die Auguſtenburger und die Glücksburger, gar kein Recht auf die Succeſſion in Holſtein, da beide durch die ungleichen Heirathen ihrer Vorfahren ausgeſchloſſen ſind. Dieſe Frage wird nur complicirt durch den Umſtand, daß dieſe Nebenlinien, wenn ſie ſich wieder in die däniſche Königsfamilie, wie der Vater des jetzigen Primkenauers that, hineinheiratheten, nach der lex regia in Dänemark, ihrer Mißheirathen ungeachtet, ſucceſſionsfähig bleiben. Dies iſt auch der wahre Grund des Mißvergnügens des Auguſtenburgers, der es bitter beklagt, daß er nicht von Mutterſeite zur Succeſſion auf den däniſchen Thron berufen iſt. Die Mißheirathen der Glücksburger Linie ſind für den jetzigen König ohne alle Bedeutung, da er lediglich durch die Ceſſion ſeines Schwagers, des Prinzen Friedrich von Heſſen, und als Gemahl der jetzigen Königin auf den Thron berufen iſt.

Zu meiner Ausarbeitung habe ich mehr Zeit gebraucht als ich vorausſetzte, weil die richtige Darſtellung viel Nachſchlagen in Büchern erforderte: Eure Excellenz wollen den Verzug,

1864 3. 1. ſowie die ſchlechte, oft unordentliche Schrift geneigt entſchuldigen; ich laborire an einem Catarrh, welcher mich ſehr plagt und in mein Zimmer bannt. Sollte Eure Excellenz einen Zuſatz oder eine Abänderung des Aufſatzes wünſchen, ſo ſtehe ich dennoch jeden Augenblick zu Befehl und bitte nur um Entſchuldigung, wenn ich ungebührlich viel nieſe.

Verehrungsvoll

ganz gehorſamſt

v. Lecoq.

Berlin 3. Januar 1864.

189.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 20. Januar 1864.

1864 20. 1. Anbei erfolgen die mir überſandten Anlagen zurück. Morgen hoffe ich den König zu ſehen und ruhig zu finden. In die begonnene militairiſche Aktion darf, weil ſie eine entſcheidende politiſche Bedeutung hat, keinerlei Hemmung gebracht werden. Gibt es daher berechtigte Zweifel über die Grenzen der Oeſterreichiſchen Mitbetheiligung, ſo möchte ich beanſtanden, daß ſie ſogleich ergründet werden. Iſt der Krieg „um die Occupation Schleswigs“ faktiſch ausgebrochen, ſo wird die betreffende Sonde angelegt werden müſſen — nicht früher. Das ſchließt doch die kräftigſten gemeinſamen Operationen innerhalb Schleswigs nicht aus, und es wird, dem Streben der Diplomatie den Krieg in den Grenzen des Herzogthums zu localiſiren gegenüber, doch jedenfalls die militairiſche Möglichkeit einer derartig gemäßigten Aggreſſion in reifliche Erwägung zu nehmen ſein. Ich bezweifle dieſe Möglichkeit, will aber gern aus der Inſtruction*) Alles fortlaſſen, was auf die Fortſetzung des Krieges

*) Für den Feldmarſchall v. Wrangel.

jenſeit der Königs-Au hindeutet, wenigſtens vorläufig. Denn was in dieſem Betracht etwa verſäumt ſein ſollte, kann nachgeholt werden. Ich laſſe demgemäß die Inſtruction umſchreiben, und ſchicke ſie Ihnen morgen. 1864 20. 1.

Erlaſſen Sie mir nochmals auf mein tiefes Bedauern in Betreff des heutigen Vorfalls und ſoweit ich ihn, wider meine Abſicht, verſchuldet, zurückzukommen. An dieſem Mißverſtändniß darf aber Preußen nicht zu Grunde gehen, darf die Revolution keine Leiter zur Macht finden. — Ich verſtehe jetzt Ihre Einwürfe. Als Sie ſolche heute im Cabinet vortrugen, verſtand ich ſie nicht, würde ſie kein militairiſch erzogener Menſch verſtanden haben. Darum Billigkeit, Nachſicht! wenn ſie auch an maaßgebender Stelle nicht verſtanden wurden und ungeduldige Aeußerungen hervorriefen.

Es geht abſolut nicht an, daß Sie die Parthie, ſolcher Mißverſtändniſſe halber, verloren geben und die Bahn frei machen. Das ſchließt nicht aus, daß der Verſuch gemacht werden muß zu ergründen, in wie weit gewiſſe Uebellaunigkeiten auf Mangel an Vertrauen deuten, und dieſen Verſuch will ich morgen machen. Schiene ein ſolcher Mangel obzuwalten, ſo bliebe nur übrig das Verlorne wiederzugewinnen, oder darauf zu verzichten, und — das Feld zu räumen. Da dies aber nicht geſchehen darf, ſo iſt event. der erſte Theil der Alternative ins Auge zu faſſen.

Wir müſſen eben alle Schwierigkeiten überwinden oder wir werden verhöhnt und verflucht werden. Und warum ſollten wir die Parthie verloren geben? Blos deswegen, weil in einigen Fällen Vortrag und Auffaſſung auf verſchiedenem Niveau ſtanden und die Brillen, durch die man die Dinge ſah, verſchiedener Färbung waren? Gewiß nicht!

Alſo, mein edler Bärenjäger, kalte Ruhe und — das Ziel, die Rettung vor demokratiſcher Anarchie, feſt im Auge — fort mit der ärgerlichen Wallung! Bitten Sie um Gleichmuth

1864 und ein ſtilles Herz — und ich hätte vielleicht nichts ſchreiben
20. 1. ſollen als dieſe eine letzte Zeile.

In Treue

Ihr

v. Roon*).

190.

König Wilhelm an Kriegsminiſter v. Roon.

Berlin 2. 4. 64.

1864 Der Finanz Miniſter hat mir ſchon zu wiederholten Malen
2. 4. die Anſicht ausgeſprochen, daß es zur Erleichterung der Finanzen ſehr wünſchenswerth ſei, wenn es die Umſtände geſtatteten, einzelne, auf die Kriegsſtärke geſetzten Truppen zu réduciren und hat namentlich auf die Infanterie des 6ten Armee Corps hingewieſen, da der Zweck, den deren Augmentation hatte, erreicht ſei. Wenngleich Letzteres gegründet iſt, ſo iſt es doch bereits nöthig geworden, eine Brigade dieſes Corps nach F. a/O. zu ziehen, um, wegen Sicherung der Verhältniſſe in Berlin, die abgerückte 9te Brigade zu erſetzen, ſo daß die Verringerung der Kopfzahl jener Brigade nicht angänglich iſt. Nächſtdem hat der Miniſter Bismarck ſchon wiederhohlentlich es bei mir zur Sprache gebracht, daß durch die Verwendung des größten Theiles der Garde Diviſion vor Düppel die Beſetzung von Jütland zu ſchwach geworden iſt, ſo daß der mit dieſer Beſetzung zu erreichende politiſche Zweck nicht mehr in Erfüllung gehet, weshalb er auf Vermehrung der Truppen daſelbſt dringt. Wenn alſo die Nachſendung einer Brigade Infanterie dieſerhalb als nöthig erkannt werden ſollte, ſo wäre dies wiederum ein Grund gegen jede Verminderung der Einmal augmentirten Truppen. Dazu kommt die noch im Steigern begriffene Be-

*) Bismarcks Antwort vom 21. Jan. 1864 ſ. Bismarck-Jahrbuch III, S. 262 f.

wegung im Poſenſchen und Weſtpreußen, ſo daß daſelbſt eher 1864
eine Vermehrung als Verminderung der Truppen in Ausſicht 2. 4.
zu nehmen iſt, während die Küſten Bewachung eine Schwächung derſelben nicht erlaubt.

Ich veranlaſſe Sie alſo ſofort mit dem Miniſter Präſidenten und Finanz Miniſter in Conférenz zu treten, um obige Geſichtspunkte zu erörtern und mir gemeinſchaftlich zu berichten.

Wilhelm.

191.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg $\frac{5}{4}$ 64.

Ich ſage Ihnen meinen verbindlichen Dank für die mir 1864
bisher gemachten politiſchen Mittheilungen, ſowie für Ihren 5. 4.
Brief vom 30ten März cr.*). Es hat mich intereſſirt, aus dem Letzteren zu erſehn, daß Sie die Anhörung der verfaſſungsmäßigen Landes-Vertretung der Herzogthümer über die Succeſſions-Frage wünſchen, wie auch daß die Mitwirkung der Bundes-Truppen zur Vertheidigung der Oſtküſte Holſteins in Ausſicht ſteht.

Was Ihre an mich gerichtete Frage betrifft: ob es nicht thunlich ſein werde, mit den vorhandenen Kräften wirkſamer als es bisher geſchehen von Jütland Beſitz zu nehmen, oder ob dazu die Heranziehung von Verſtärkungen nöthig ſein wird, womit Sie die Bitte an mich verbinden, meinen Beiſtand zur

*) Abſchrift nicht vorhanden; aus dem Original theilt Philippſon, Das Leben Kaiſer Friedrichs III. S. 145 Anm. 1 folgende Stelle mit: „Frankreich ſtellt als Programm für die Conferenzen die Entſcheidung der Bevölkerung im Wege der Abſtimmung, nach Analogie von Savoyen und Nizza, auf. Ich habe einſtweilen darauf erwidert, daß wir ſelbſt wünſchen, daß die verfaſſungsmäßige Vertretung der Herzogthümer über die Succeſſionsfrage gehört werde.“

1864 Occupation des geſammten Feſtlandes Dänemarks eintreten zu
5. 4. laſſen, habe ich Folgendes zu erwiedern.

Vom militäriſchen Standpunkt aus betrachtet erſcheint mir die vorhandene Truppenzahl genügend, um durch Streifzüge Jütland zu Contributionen zu zwingen, ſo daß dieſes Land empfindlich gedrückt werden kann. Truppen heranzuziehen, bloß um derartige Dienſte zu verrichten, erſcheint mir bis jetzt noch nicht motivirt. Ich vermag jedoch eine endgültige Entſcheidung dieſer Frage erſt dann zu treffen, wenn es unſeren braven Truppen endlich einmal geboten ſein wird, einen entſcheidenden Schlag gegen die Dänen auszuführen, worauf wir ſeit 8 Wochen harren, da alsdann wohl auf eine größere Nachgiebigkeit des Feindes als bisher, gerechnet werden kann.

Was die politiſche Seite Ihrer an mich gerichteten Frage betrifft, ſo bin ich zu meinem Bedauern außer Stande, eine Unterſtützung eintreten zu laſſen, da mir die Zielpunkte unſerer Politik nicht bekannt ſind.

Ihr

ergebenſter

Friedrich Wilhelm KP.

192.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg 17. April 1864.

1864 Für Ihre beiden Schreiben vom 11ten und 12ten April cr.*)
17. 4. danke ich Ihnen verbindlichſt. Ihre Mittheilung vom 11ten war

*) Concepte nicht vorhanden. Aus dem Schreiben vom 11. April theilt Philippſon a. a. O. Anm. 1 u. 2 die beiden folgenden Stellen mit: „Für die preußiſche Stellung auf der Conferenz erſcheint es vortheilhaft, daß Preußen nicht allein die Herrſchaft über die Herzog-

mir ſehr intereſſant; freilich vermag ich mir daraus nicht eine Anſchauung der Ziele unſerer Politik zu bilden, die mich in den Stand ſetzen würde, irgend eine beſtimmte Maßregel mit Ueberzeugung von meinem Standpunkt aus zu unterſtützen. 1864 17. 4.

Ich halte es nicht für richtig, daß es zu früh ſei mit einem feſten Programm vor die Oeffentlichkeit zu treten, und ich beſorge, daß wir nichts dabei gewinnen, wenn wir die definitive Löſung in die Länge zu ziehen ſuchen, viel mehr, daß wir dadurch die europäiſche Verwicklung nur ſteigern würden.

Wie dem aber auch ſei — wir ſollten ein feſtes Programm wenigſtens für uns haben, deſſen Verwirklichung dann freilich immer noch von den Umſtänden abhängen würde. Statt deſſen finde ich in Ihrer Mittheilung nur das Programm, „nach den Umſtänden zu handeln", wenn ich nicht etwa aus einzelnen Andeutungen auf gewiſſe Hintergedanken ſchließen ſoll, die man Ihnen beilegt, und mit denen allerdings manche Ihrer früheren Aeußerungen, namentlich in den letzten Conſeils, denen ich

---

thümer in Händen habe, ſondern daß der Bund, deſſen Forderungen weiter gehn als die Preußens und der weniger durch europäiſche Verantwortlichkeit genirt iſt, die Dispoſition über Holſtein äußerlich behält und von Preußen in der Conferenz vorgeſchoben werden kann . . . Wenn ich glaube, daß die Conferenz, auf welcher wahrſcheinlich Baron Beuſt den Bund vertreten wird, zu keinem friedlichen Reſultat führt, ſo ſehe ich darin kein Unglück. Nach der jetzigen politiſchen Conſtellation würde ein Abſchluß, welcher heut oder in Kurzem erfolgte, weder unſern noch den deutſchen Intereſſen genügen. Beide laſſen es, meines unterthänigſten Dafürhaltens, wünſchenswerth erſcheinen, daß die definitive Löſung der Frage ſich in die Länge zieht, und daß inzwiſchen die Occupation der Herzogthümer, wenn es ſein kann, länger als Jahr und Tag dauert und verſtärkt wird. Wie hoch wir uns das Ziel ſtecken können, welches ſich ohne Schaden für die Monarchie erreichen läßt, kann nur die Zeit lehren; bevor wir mit feſten Programmen vor die Oeffentlichkeit treten, werden wir die Stellung der Großmächte zu einander ſich deutlicher entwickeln laſſen müſſen und dabei unſre militäriſchen Vortheile ſo ſcharf als möglich verfolgen, unſre Truppenzahl auf der Halbinſel, im Vergleich zu der Oeſtreichs, allmählich vermehren."

1864 17. 4. vor meinem Abgang zur Armee beiwohnte, übereinzuſtimmen ſcheinen.

Ueber dieſe Hintergedanken einer preußiſchen Vergrößerungs-Politik will ich meine Meinung nur kurz dahin ausſprechen, daß deren Verfolgung unſere ganze deutſche Politik völlig verfälſchen und daß ſie Europa gegenüber uns wahrſcheinlich eine Niederlage bereiten würde. Es wäre nicht das erſte Mal, daß Preußen verſuchte ſeiner als alle Andern zu ſein, um ſich ſchließlich zwiſchen zwei Stühle zu ſetzen.

Den Bayeriſchen General Frhr. von der Tann habe ich wiederholt geſehen, aber über Politik nicht geſprochen.

Die letzten Depeſchen werden Sie durch Herrn v. Alvensleben erhalten haben.

Ihr

ergebenſter

Friedrich Wilhelm KPz.

193.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Caſſel, den 6. Juni 1864.

Verehrteſter Chef,

1864 6. 6. Ich bin heut früh von Bückeburg zurückgekehrt und denke mir, daß es Ihnen vielleicht angenehm ſein dürfte, zu hören, daß Sie in jenem kleinen Staate ſehr warme Freunde beſitzen. Man hat mir dies in einer Weiſe ausgeſprochen, daß ich nicht an der Aufrichtigkeit dieſer Geſinnungen zweifeln kann. Der Fürſt*) gilt zwar für einen Sonderling und iſt ſehr à cheval auf ſeinem Recht und auf der Unantaſtbarkeit des Bundesrechts; er geht aber dabei von dem richtigen Grundſatz aus, daß es nicht die Aufgabe der kleinen Souveräne ſei, den Großſtaaten

*) Adolph.

durch unnütze Nadelſtiche die Exiſtenz der kleinen Staaten fühl- 1864
bar zu machen und dadurch bei Erſteren den Wunſch zu nähren, 6. 6.
Letztere verſchwinden zu ſehen. Er iſt vollkommen davon über-
zeugt, daß die Norddeutſchen Fürſtenthümer ihre natürliche An-
lehnung an Preußen haben, und ſagte mir u. a.: „ſo lange
Herr von Bismarck am Ruder iſt, und die wahren Grund-An-
ſichten Sr. Majeſtät des Königs durch ihn unterſtützt werden,
ſo lange ſind wir ſicher, daß unſere Rechte nicht geſchmälert
werden, und ſo lange können wir auch vertrauensvoll der
Führung Preußens in der großen Politik folgen.“ Er gab
mir vollkommen Recht, als ich ihm bemerklich machte, daß,
wenn in Berlin der Kampf gegen die Revolution und alſo
auch für alle deutſche Fürſten ausgefochten würde, man auch
Preußiſcherſeits verlangen könnte, von Letzteren in dieſem Kampfe
unterſtützt zu werden und nicht, wie dies leider ſo viel geſchähe,
durch kleinlichen Particularismus in dem Fortſchreiten auf dieſem
Wege aufgehalten zu werden.

Er klagte über die Unfähigkeit der meiſten ſeiner Standes-
genoſſen, dieſe Wahrheit einzuſehen, und darüber, daß ſeine
Bemühungen, dieſelben davon zu überzeugen, immer geſcheitert
wären. In Wien ſei man mit ſeiner Hinneigung zu Preußen
ſehr unzufrieden, um ſo mehr, als man bisher immer gewohnt
geweſen wäre, auf ihn rechnen zu können, und habe er ſchon
verſchiedene ungnädige Aeußerungen von Seiten des dortigen
Hofes erfahren müſſen.

Der Regierungs-Präſident von Lauer, ein durchaus con-
ſervativer Mann, der wohl früher mehr öſtreichiſche Sympathien
gehabt hat, ſtimmt nunmehr in allen Stücken mit ſeinem Fürſten
überein.

Wenn Sie in dem Fürſten einen ergebenen Freund haben,
ſo ſind Sie bei der Fürſtin Mutter*) ſchon bis in das Stadium

*) Ida, geb. Prinzeſſin von Waldeck und Pyrmont.

1864 6. 6. eines höheren Weſens avancirt, eine Art von Glaubens-Artikel für ſie geworden. Sie hat mir beſonders aufgetragen, Sie zu grüßen und Ihnen zu ſagen, wie ſehr ſie ſich freuen würde, Sie in Carlsbad wieder zu ſehen.

Prinz Friedrich von Holſtein-Glücksburg, den ich in Bückeburg traf, kam ſoeben von einer Conferenz zurück, die er in Cöln mit ſeinem Bruder dem Herzog*) gehabt hatte. Er ſagte mir, ſie ſeien übereingekommen, ſich fortdauernd ruhig zu verhalten, und ihres Bruders, des Königs**) wegen, ſich auf keine Demonſtrationen einzulaſſen. Sollte aber durch den Beſchluß der Mächte die Auguſtenburgiſche Linie zur Nachfolge in den Herzogthümern berufen werden, ſo würden die Brüder die erſten ſein, dies anzuerkennen. Dann würden ſie allerdings in die Lage verſetzt werden, „freundvetterliche" Abkommen mit dem neuen Herzog, die Hausgüter betreffend, abzuſchließen.

Mit ſtets gleicher Verehrung bin ich

Ihr

ſehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

194.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Neues Palais $\frac{17}{6}$ 64.

1864 17. 6. In Folge einer Unterredung, die ich ſoeben mit Sr. Majeſtät dem Könige hatte, iſt es mir erwünſcht, die Relation Ihrer Unterredung mit dem Erbprinzen von Auguſtenburg***) noch

*) Karl.

**) Chriſtian IX.

***) Vom 1. Juni, Staats-Anzeiger vom 2. Juli 1865, vgl. Sybel, Die Begründung des Deutſchen Reichs III, 337; die Aufzeichnung des Herzogs bei Janſſen und Sammer, Schleswig-Holſteins Befreiung S. 731 ff., Anlage No. 36.

einmal durchzuleſen. Als Sie neulich mir eine Abſchrift nebſt 1864
dem Depeſchen-Paquet zukommen ließen, war ich im Begriff 17. 6.
abzureiſen, und las jenes Papier nur flüchtig durch. Wenn Sie die Gefälligkeit hätten, mir durch den Ueberbringer dieſes Billets jene Relation zukommen zu laſſen, ſo würde ſehr dankbar ſein

Ihr

ergebenſter

Friedrich Wilhelm KPz.

195.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Kissingen, le $\frac{27 \text{ Juin}}{9 \text{ Juillet}}$ 1864.

Verehrteſter Freund,

Loën*) a été le bien venu. Je ferai de mon mieux pour qu'il 1864
réponde à Votre attente en qualité de Telegraphen-Station 9. 7.
ou de Brieftaube, quoique pour le moment le mouvement des événements journaliers se soit ralenti.

Quant aux lignes principales et aux questions d'avenir qui dessinent plutôt un horizon plus éloigné, sans qu'il soit permis de les perdre de vue, je me réserve d'en causer avec Vous avec l'effusion qu'autorisent les excellents rapports qui ont toujours existé entre nous. Sous ce rapport j'ai reçu avec un plaisir tout particulier, par un télégramme d'Oubril la confirmation de l'espoir que, lors de notre séjour à Berlin, Vous y ferez une apparition. — Loën Vous a envoyé l'itinéraire de l'Empereur. Je n'accompagnerai pas Sa Majesté dans les petites excursions qu'Elle va faire. Je partirai d'ici le 3/15 Juillet pour être à Berlin le 4/16, au plus tard le 5/17 et j'en repartirai avec Sa Majesté le 7/19 au soir.

*) Militärbevollmächtigter in Petersburg.

1864 9. 7. Les artistes de Paris et de Londres nous ont fait dire bien des choses auxquelles ni l'un ni l'autre nous avons jamais pensé. Je ne me préoccupe pas outre mesure de cette manoeuvre dont les ficelles sont visibles. Après un bref démenti nous nous abstiendrons de toute explication qui aurait l'air d'une justification dont nous n'avons pas besoin.

Veuillez, je Vous prie, me mettre aux pieds du Roi. J'ai été très-heureux d'apprendre, toujours par Oubril, que Sa Majesté a renoncé à intercaler les fatigues d'une visite à Vienne entre les deux cures de Carlsbad et de Gastein. On ne saurait environner d'assez de garanties une santé si précieuse et la conservation du plus beau caractère chevaleresque de notre époque.

Je ne veux pas vous fatiguer par des considérations politiques qui trouveront plus naturellement place dans la causerie intime sur laquelle je compte; mais je ne saurais terminer sans Vous prier de compter invariablement sur les sentiments d'attachement sincère que je Vous porte.

Gortchacow.

196.

Herzog von Morny an Bismarck.

Paris 7. 7bre (1864).

Mon cher ministre

1864 7. 9. J'ai vu S. M. comme je vous l'avais promis et lui ai raconté notre conversation. L'Empereur vous est très reconnaissant des sentiments que vous m'avez exprimés à son endroit, il a tout à fait approuvé mes objections. Il croit que ne pas bouger convient mieux à la situation de tout le monde cette année; après les évènements de toutes sortes qui se sont passés dans les différents pays, et les impressions que ces

évènements ont causées, une démarche quelconque donnerait lieu à des interprétations plus ou moins absurdes et génantes. Le repos sera donc préférable. 1864 7. 9.

Néanmoins Il comprend très bien vos scrupules au sujet de l'apparence, qu'aurait une conférence à trois. Il vous remercie des efforts que vous faites pour l'empêcher et dans le cas où elle aurait lieu malgré vous, du procédé que vous êtes d'avis d'employer pour y porter remède.

Voilà le résumé de mon action que je vous donne tout à fait en confiance et pour vous seul, enchanté d'avoir eu l'occasion de vous rencontrer à Baden; quoique vous ne m'ayez pas donné des fleurs, comme le prétend l'Indépendance, je vous prie de croire à mes sentiments distingués et dévoués.

Morny*).

197.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Caſſel, den 21. Sept. 64.

Verehrteſter Chef.

Geſtern bin ich von meiner Fahrt nach Schwalbach zurückgekehrt. Ich fand die hohe Frau aus Weſten**) ſehr zufrieden über den Beſuch unſeres Königs. Sie hat perſönlich ein großes tendre für ihn und war auch angenehm berührt durch das empressement was Seine Majeſtät gezeigt habe, ſie aufzuſuchen. Dies, ſowie die ganze Aufnahme, die ſie in Deutſchland findet, haben überhaupt einen ſehr günſtigen Eindruck gemacht, der ſich hoffentlich erhalten wird. 1864 21. 9.

Weniger angenehm präoccupirt war die Kaiſerin durch die

*) Präſident des franzöſiſchen Geſetzgebenden Körpers, Sohn der Königin Hortenſe und ihres Großſtallmeiſters des Grafen Flahault, demnach unächter Halbbruder Napoleons III.

**) Kaiſerin Eugenie.

1864 21. 9. Frage, ob ſie nach Baden gehen ſollte oder nicht. Die Königin hat ſie durch die Herzogin von Hamilton dorthin einladen laſſen. Sie hatte ſich noch zu nichts entſchieden und wollte vorerſt an den Kaiſer darüber ſchreiben. Sie ſagte mir: si le Roi y était, j'irais certainement!

Da die Kaiſerin beabſichtigt, ihre Kur bis in den October hinein zu verlängern, ſo dürfte es ſich ja vielleicht gerade ſo treffen, daß der König noch dort wäre.

Daß der Kurfürſt nun doch nicht nach Berlin geht, hat darin ſeinen Grund, daß er beſorgt iſt, der Kaiſer Alexander könnte dort unfreundlich gegen ihn ſein. Der Kaiſer hat ihn nämlich einmal hier auf dem Bahnhof, als der Kurfürſt mit ſeinen arkadiſchen*) Prinzen ihn empfangen wollte, ziemlich kalt behandelt, und er beſorgt nun ein Gleiches. Trotzdem will er den Kaiſer aber heut Abend auf der Durchreiſe empfangen. Es war bereits Alles für die Reiſe nach Berlin beſtimmt, als dem Herrn dieſe Skrupel kamen, die kein Menſch begreift.

Ich würde Ihnen ſehr dankbar ſein, wenn ich bald mein Rappell-Schreiben erhalten könnte, und bin mit aufrichtigſter Verehrung

Ihr

ſehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

198.

Unterſtaatsſecretär v. Thile an Bismarck.

(Auszug.)

Berlin, den 13. Oktober 1864.

1864 18. 10. — — — — — — — — — — — — — — — Dies vorausgeſetzt, war es im Grunde nur eine Frage,

*) d. h. unebenbürtigen.

welche Stoff zu einer eingehenden Verhandlung darbot: der Termin für die Einführung des neuen Tarifs. 1864 18. 10.

Bei allen ſonſtigen, an unſere Verträge mit Frankreich ſich anknüpfenden Meinungsverſchiedenheiten war darüber ſtets Einverſtändniß vorhanden geweſen, daß die an Frankreich zugeſtandenen Tarif-Ermäßigungen, vorbehaltlich beſonderer Verſtändigung mit Nachbarſtaaten, namentlich Belgien und der Schweiz, zu verallgemeinern ſeien. Auf dieſem Geſichtspunkte beruht der dem Vertrage vom 28. Juni d. J. beigefügte neue Zolltarif und aus dieſem Geſichtspunkte folgt, daß der neue Tarif gleichzeitig mit der Ausführung des Handelsvertrages vom 2. Auguſt 1862 in Wirkſamkeit zu treten hat. So wenig die Folgerichtigkeit dieſer Ergebniſſe in Abrede geſtellt wurde, ſo fand doch die Anerkennung desſelben in äußeren Rückſichten Schwierigkeiten. Zunächſt wurde als im Intereſſe der Induſtrie und des Handels wünſchenswerth bezeichnet, daß ſofort ein beſtimmter Tag als Termin für die Einführung des Tarifs feſtgeſetzt werde. Der Artikel 38 des Handelsvertrages beſtimmt nur, daß die Ratificationen ſobald als möglich auszutauſchen ſind und daß der Vertrag 2 Monate nach Austauſch dieſer Ratificationen in Kraft treten ſoll, und dem Austauſch dieſer Ratificationen muß nicht nur die Ratification des jetzt abgeſchloſſenen Beitritts-Vertrages, ſondern auch die von uns wiederholt, zuletzt unter Nr. 10 des Schlußprotokolls vom 28. Juni d. J. zugeſagte nachträgliche Verhandlung mit Frankreich vorhergehen. Ferner wurde darauf hingewieſen, daß in einem Theile der Vereinsſtaaten die zur Einführung des Tarifs unerläßliche Zuſtimmung der Landesvertretungen noch einzuholen ſei, und daß es im Intereſſe des Zollvereins liege, vor Einführung des Tarifs ſeine commerziellen Beziehungen zu andern Ländern — Großbritannien, Belgien, die Schweiz, Italien — zu regeln. Die Berathung der Landesvertretungen und die Verhandlung mit anderen Staaten erfordere Zeit, und

1864 13. 10. es ſei die Beſorgniß nicht abzulehnen, daß vor Ablauf dieſer Zeit der Handelsvertrag, alſo auch der neue Tarif in Wirkſamkeit treten müſſe. Es wurde deshalb von mehreren Seiten dringend befürwortet, daß für die Einführung des Tarifs und des Handelsvertrages eine geräumige Friſt — etwa bis zum 1. Juli k. J. vereinbart werde. Wir hatten gegenüber dieſen Erwägungen vor allen Dingen geltend zu machen, daß dem Zollverein jede Berechtigung fehle, über den Termin für die Ausführung des Handelsvertrages vom 2ten Auguſt 1862 einſeitig irgend eine Beſtimmung zu treffen. Wir machten ferner darauf aufmerkſam, daß dieſer Ausführung die zur Ratification des vorliegenden Vertrags beſtimmten 4 Wochen, die nachträgliche Verhandlung mit Frankreich, die Mittheilung des Ergebniſſes dieſer Verhandlung an die Vereinsregierungen, die Zuſtimmung der letzteren zu dem Ergebniß, die Ratification der Verträge mit Frankreich und die vom Austauſch der Ratificationen an laufende zweimonatliche Friſt vorhergehen müſſe, daß zur Durchlaufung aller dieſer Stadien eine Zeit von 6 Monaten kaum ausreichen werde und daß dieſer Zeitraum, wenn man ſich nur ernſtlich Mühe gäbe, ausreichen müſſe, um die nöthigen Verhandlungen im Innern und nach Außen zu Ende zu bringen. Wir lehnten endlich den Verſuch nicht ab, bei den nachträglichen Verhandlungen mit Frankreich an Stelle des vom Tage des Ratifications-Austauſchs abhängigen einen beſtimmten Ausführungstermin zu verabreden. In Anerkennung dieſer Gründe iſt die von uns vorgeſchlagene Verabredung unter No. 1 des Schlußprotokolls getroffen worden.

Ich kann dieſe Mittheilung nicht ſchließen, ohne einer Frage zu erwähnen, zu deren Erwägung die ſoeben geſchloſſenen Verhandlungen Gelegenheit geben, und welche beiläufig ſchon oben berührt iſt. Die Königlich Großbritanniſche Regierung hat ihren nach Inhalt des Circulars vom 9. April 1862 ſchon damals geſtellten Antrag auf Abſchluß eines Handels- und Schifffahrts-

Vertrages mit dem Zollverein vor Kurzem dringend erneuert. Es liegt ferner im Intereſſe des Zollvereins, ſeine handelspolitiſchen Beziehungen zu Belgien definitiv zu ordnen, nicht nur, um dieſelben von der gegenwärtig auf ihnen laſtenden Unſicherheit zu befreien, ſondern auch, um auf eine günſtigere Geſtaltung einzelner Beſtimmungen des Belgiſchen Zolltarifs hinzuwirken. Nicht minder entſpricht es dem Intereſſe des Zollvereins, ſich durch einen Handelsvertrag mit der Schweiz ſowohl die von der letzteren neuerdings an Frankreich gemachten Zugeſtändniſſe anzueignen, als auch weitere für wünſchenswerth zu erachtende Verkehrserleichterungen zu ſichern. Endlich liegt die Eventualität nicht fern, daß auch mit anderen für den Verkehr des Zollvereins wichtigen Ländern commerzielle Verhandlungen einzuleiten ſein werden. 1864 13. 10.

Unbeſchadet des Benehmens, welches nach Maßgabe der Vereinsverträge wegen ſolcher Verhandlungen in jedem einzelnen Falle eintreten muß, glaubten wir die Vereinigung von Bevollmächtigten ſämmtlicher Vereinsregierungen benutzen zu ſollen, um einen allgemeinen Geſichtspunkt zur Sprache zu bringen, welcher für alle jene in Ausſicht ſtehende Verhandlungen gleichmäßig präjudiciell iſt.

Die Handelsverträge, welche im Laufe der letzten 4 Jahre von Großbritannien mit Frankreich, Belgien und Italien, von Frankreich mit Italien, Belgien und der Schweiz abgeſchloſſen ſind, beruhen ſämmtlich auf dem Grundſatze der beiderſeitigen Behandlung der gegenſeitigen Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meiſtbegünſtigten Nation, mit andern Worten: auf der gegenſeitigen Garantie gegen differentielle Begünſtigung dritter Staaten. Durch die Anerkennung, welche dieſer Grundſatz ſolchergeſtalt in einer Reihe auf lange Dauer abgeſchloſſener Verträge von der Mehrzahl der hervorragenden Handels- und Induſtrie-Staaten Europas erfahren hat, iſt er in dem Maße zu einer Grundlage der internationalen Handelsverhältniſſe der

1864 18. 10. europäiſchen Staaten geworden, daß die Geſtaltung der vertragsmäßigen Beziehungen des Zollvereins zu dieſen Staaten, durch deſſen Stellung zu jenem Grundſatze geradezu bedingt wird. Wollte der Zollverein denſelben ablehnen, ſo würde er auf die vertragsmäßige Regelung ſeiner Verhältniſſe zu der Mehrzahl der, für ſeinen Verkehr wichtigſten Staaten verzichten müſſen, will er ihn annehmen, ſo wird die befriedigende Regelung dieſer Verhältniſſe vorausſichtlich wenig Schwierigkeiten darbieten.

Der Zollverein hat ſich, abgeſehen von dem Verhältniß zu Oeſterreich, von differentiellen Begünſtigungen einzelner Länder grundſätzlich und thatſächlich mehr fern gehalten, als bis vor wenigen Jahren die meiſten anderen Länder. In dem Handelsvertrage mit Frankreich iſt dieſem Lande die Behandlung auf dem Fuße der meiſtbegünſtigten Nation zugeſtanden. Ueber die Generaliſirung aller an Frankreich gemachten Tarif-Conceſſionen hat, wie oben bemerkt, niemals ein Zweifel beſtanden. Nach dieſen Vorgängen ſchien es uns weder einem grundſätzlichen noch einem praktiſchen Bedenken zu unterliegen, auch mit andern europäiſchen Staaten die Behandlung der gegenſeitigen Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meiſtbegünſtigten Nation zu vereinbaren, unbeſchadet derjenigen Beſchränkungen, welche dieſer Grundſatz durch die bevorſtehenden Verhandlungen mit Frankreich zu Gunſten Oeſterreichs erfahren möchte, und wir ſprachen daher die Erwartung aus, daß vorbehaltlich der eben bezeichneten Beſchränkung, die Anerkennung dieſes Grundſatzes bei Verhandlungen mit anderen europäiſchen Staaten von keiner Seite einem Bedenken begegnen werde.

Sachſen, Baden, Kurheſſen, Großherzogthum Heſſen, Thüringen, Braunſchweig, Oldenburg, Naſſau und Frankfurt ſchloſſen ſich unſerer Auffaſſung vollſtändig an. Auch Bayern, Württemberg und Hannover erhoben gegen dieſelbe keinerlei prinzipielle Bedenken, zogen es aber vor, ſich über den Grund-

ſatz bei dem, in einzelnen Fällen erforderlichen Benehmen aus- 1864
zuſprechen. Unſer Zweck war durch dieſe vorläufige Discuſſion 13. 10.
erreicht.

v. Thile.

(Abſchrift.) Anlage.

Schlußprotokoll.

Verhandelt Berlin, 12ten Oktober 1864.

I. Zum Separat-Artikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864.

Man iſt darüber einverſtanden, daß der, dem Separatartikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864 beigefügte Zolltarif gleichzeitig mit dem Vollzuge des Handels-Vertrages mit Frankreich, jedoch unter Beachtung der vertragsmäßig feſtſtehenden Friſten in Wirkſamkeit zu ſetzen iſt.

Die Preußiſchen Bevollmächtigten erklären, daß ihre Regierung die vor dem Vollzuge des gedachten Vertrages mit Frankreich zu führenden Verhandlungen ſofort nach Ratification des Vertrages vom heutigen Tage einleiten und ſoweit es irgend thunlich beſchleunigen werde. Die übrigen Bevollmächtigten ertheilen die Zuſage, daß ihre Regierungen die Erklärung über das Ergebniß dieſer Verhandlungen in kürzeſter Friſt abgeben werden.

199.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

La Faraz bei Veraz 18/11 64.

Mit verbindlichem Dank erhalten Sie beifolgend die mir 1864
zur Einſicht zugeſandten Depeſchen. 18. 11.

Es freut mich aufrichtig, daß der Friede endlich ratificirt, und die Herzogthümer ſomit für immer befreit, nun mehr einen

1864 18. 11. ſelbſtändigen Theil des Deutſchen Bundes ausmachen werden. Möge nun bald auch der Meiſtberechtigte unter den Bewerbern in ſein rechtmäßiges Erbe als Herzog eingeſetzt werden und hierdurch jene Angelegenheit mit dem würdigen Schluſſe beendigt ſein. Mit unſerem Könige freue ich mich über ſeine und ſeines tapferen Heeres Erfolge, und mache Ihnen mein Compliment über das Glück, welches Sie in der Herzogthümer- wie in der Zollvereins-Frage auf Ihrer Seite hatten.

Die Rendsburger Angelegenheit wird wohl bald ihre Erledigung finden, wie auch die Beſetzung der Elbherzogthümer ihrer Regelung durch die mir geſtern ſeiten des Kriegs-Miniſteriums zugegangenen Mittheilungen entgegengeht. Unterhaltend finde ich die verſchiedenartigen Auffaſſungen und Auslegungen der italieniſch-franzöſiſchen Convention, die wohl momentan noch in ihrer Wiege ſchlummert!

Ich verſtehe ſehr wohl die Motive, welche Sie bewegten in der Zoll- und Handelsfrage Oeſterreich ein gewiſſes Entgegenkommen zu zeigen, und giebt das Reſervat in Bezug auf den bloß verhandelnden Charakter jener Annäherung vorläufig eine Art Garantie vor künftigen Conceſſionen oder Veränderungen unſeres Standpunktes. Um ſo gewichtiger iſt für mich Ihr Wort: daß wir keine Zoll-Einigung wollen und daß Oeſterreich ſtets an unſerem Willen ſcheitern wird. Unter ſolchen Umſtänden kann ich meine ſonſt entſchiedene Abneigung gegen ein noch ſo geringes Stückchen Entgegenkommen mäßigen, der Zukunft weitere Belehrung anheimſtellend.

In der Köln-Trierer Biſchofswahl-Angelegenheit beklage ich auf das Tiefſte das dem Trierer Kapitel gemachte Zugeſtändniß des Liſtenverfahrens. Dieſes, erſt in Trier bei Arnoldi's Wahl ins Leben gerufene, ſonſt nicht gebräuchliche, auch bei den Verhandlungen vor Abſchluß der Convention von 1821 entſchieden unſererſeits abgewieſene Verfahren iſt den Jeſuiten und Ultramontanen für ihre Zwecke ſehr willkommen.

Die Regierung ſpielt ein Hazardſpiel, kann leicht dupirt werden. 1864
Hingegen wird ſie ſicher gehen, wenn der in der Convention 18. 11.
bezeichnete Weg der Einigung durch den Regierungs-Kommiſſar mit dem Kapitel über die persona grata vor Beginn jeglicher Wahl beibehalten wird. Nach meiner Anſicht darf nicht eher geruht werden, als bis Kommiſſar und Kapitel vollſtändig fertig durchgekämpft haben, und die persona grata ganz unzweifelhaft feſtſteht, ſo daß die Kapitels-Wahl nur noch eine äußere Ceremonie bleibt.

Der gegenwärtige abermals in Trier zugelaſſene Liſten-Modus, muß in Rom wie auch bei den Jeſuiten als ein ſehr willkommener Präcedenz-Fall begrüßt werden und wird die Kölner Sache nur erſchweren. Denn, ſo werden wir's zu hören bekommen, warum in Köln die Liſte verbieten, wenn ſelbige in Trier angängig erſchien?

Ich habe meine ganze Aufmerkſamkeit auf jene 2 erledigten Biſchofs-Sitze gerichtet, deren künftige Verwalter uns entweder die größten Feindſeligkeiten oder aber weſentliche Stützen bereiten könnten. Ich weiß, daß die vernünftigen Katholiken unſerer Lande ſehnlich auf einen endlich gemäßigten, beſonnenen Erzbiſchof harren, wie es einſt v. Spiegel*) war, denn ſelbſt die Rheinländer ſprechen es laut aus, daß die Regierung Ernſt machen müßte, dem täglich mehr um ſich greifenden Einfluß der Jeſuiten und Ultramontanen gegenüber, da die weſtlichen Biſchöfe jeder in ſeiner Art, durch That oder durch Gewährenlaſſen, jenem Treiben die Thore weit geöffnet hätten, und mithin die verderblichſten Verwickelungen ſich vorbereiteten. Möge denn in Trier die Wahl auch wirklich den Regierungscandidaten treffen! Für Köln lege ich es Ihnen dringend ans Herz, falls nicht das Schisma innerhalb des Domcapitels bereits eine directe Vereinbarung mit Rom herbeiführt, jeden-

*) Erzbiſchof von Köln, † 2. Auguſt 1835.

1864 falls kein Liſten-Verfahren aufkommen zu laſſen, ſondern durch
18. 11. einen evangeliſchen Regierungs-Kommiſſar die persona grata feſtſtellen zu laſſen.

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. Ich bitte um einige Tage Bedenkzeit in der Schweinitz-v. d. Burg'ſchen Frage.

200.

General Graf v. Noſtitz an Bismarck.

Verehrteſte Excellenz,

1864 Ew. Excellenz wird es eine wohlthuende Genugthuung ge-
26. 11. währen, wenn ein Mann, der in einem langen, ſehr bewegten Leben vielfache Beweiſe treuer Vaterlandsliebe gegeben, bei der Ihnen gewordenen, ſo wohlverdienten Ernennung zum Ritter des ſchwarzen Adler-Ordens ſeine aufrichtige Freude darüber ausſpricht, und (Sie) als Collegen herzlich begrüßt. Unſer vortrefflicher König hat auf dem Schlachtfeld unterſtützt durch ſeine tapfre Armee und im Cabinet durch Ihren ebenſo weiſen als energiſchen Rath, Preußen die Stellung in Europa wieder gegeben, welche es einſt beſeſſen, zu welcher Friedrich der Große feſten Grund gelegt.

Das Vaterland wird ſeinem König und denen, die ihm ſo kräftig beigeſtanden, dafür treuen Dank bewahren, und die preußiſche Geſchichte ihre Nahmen unſterblich machen.

Mit wahrer Hochachtung

Ew. Excellenz

Zobten — aufrichtig ergebenſter

bei Loewenberg in Schleſien — Graf v. Noſtitz

den 26. Nov. 1864. — General der Kavallerie.

201.

Präſident Ludwig v. Gerlach an Bismarck.

I. Wenn der König das Beitzkeſche Ehrengerichtsurtheil nicht beſtätigt, ſo würde eine natürliche Folge ſein, daß künftig die Ehrengerichte in ſolchen Fällen auf Freiſprechung erkenneten, was doch ein arges Uebel wäre. Will der König gnädig ſein, ſo kann er ihn ja nach Befinden nach einiger Zeit begnadigen oder rehabilitiren. 1865 2. 1.

II. In der Schleswig-Holſteinſchen Sache iſt ein Hauptgrund die Rechtsbeſtändigkeit der Entſagung des alten Auguſtenburgers und deren Verbindlichkeit für ſein ganzes Haus, an welcher ich als Juriſt keinen Zweifel habe. Es iſt dieß zugleich ein Ehrenpunkt für Preußen und für Sie ſelbſt, verehrter Freund, da Sie dieſelbe vermittelt haben. Aber gerade hierüber iſt altum silentium.

Mit verbindlichem Dank für Ihr gütiges Vertrauen

der Ihrige

2. Jan. 65. L. v. Gerlach.

202.

Appellationsgerichtspräſident Adolph v. Kleiſt an Bismarck.

Verehrteſter Freund

Ich wage es nicht, mich in dieſe höchſt delicate Angelegenheit*) ungefragt einzumiſchen, am wenigſten Ihre Frau Gemalin hineinzuziehen und bin deshalb ſchon geſtern Abend, als ſie 1865 7. 6.

*) Bismarck hatte den Abg. Virchow wegen des in der Sitzung des Abgeordnetenhauſes vom 2. Juni gegen den Miniſterpräſidenten erhobenen Vorwurfs der Unwahrhaftigkeit auf Piſtolen fordern laſſen.

1865 7. 6. dieſelbe berührte, gar nicht darauf eingegangen, halte mich aber verpflichtet, Ihnen den ſoeben erhaltenen Brief von Gerlach zu Ihrer Kenntnißnahme mitzutheilen mit dem Bemerken, daß ich damit vollkommen einverſtanden bin, die Beleidigung an ſich auch nicht für ſo erheblich halte, um ſolchen Ausgang zu erfordern, daß alle Männer von Ehre, die ich darüber geſprochen habe, derſelben Anſicht waren und daß es ein ſehr ſchlimmes Präcedens für alle Miniſter Sr. Majeſtät des Königs wäre, wenn ſolche Angelegenheiten ſolchen Ausgang nehmen müßten.

Mit alter Verehrung Ihr

treu ergebenſter

Berlin 7/6. 65. v. Kleiſt.

Ich bitte um gütige Rückſendung von Gerlachs Brief, allenfalls ohne alle Antwort, bin aber natürlich zu jeder Thätigkeit und Theilnahme bereit.

203.

v. Natzmer an Bismarck.

Verehrteſter Bismarck

1865 7. 6. Du wirſt es mir wohl verzeihen, und der größten Verehrung für Dich, welche mich dazu treibt, zu Gute halten, wenn ich mich unberufen in Deine Angelegenheiten miſche, um mir die Bitte zu gewähren: an Deine Stelle treten zu dürfen, wenn eine tückiſche Kugel Dich an der Fortſetzung verhindern ſollte. Die Laune des Schickſals iſt unerforſchlich, und bin ich über Deine Angelegenheit ſo aufgeregt, daß ich es Dir gar nicht ausſprechen kann.

Nochmals bitte ich Dich, meine Zudringlichkeit zu verzeihen, die Abſicht nicht zu verkennen, und die Verſicherung meiner

Ergebenheit für alle Fälle zu gestatten, mit der ich in größter Verehrung stets sein werde 1865 7. 6.

Dein

Dich hochschätzender

Berlin, d. 7/6. 65. C. E. Natzmer.

204.

Bismarck an Professor Virchow.

Berlin 8 Juni 1865.

Eure Hochwohlgeboren

haben in der Sitzung vom 2 d. M. eine persönliche Beleidigung gegen mich ausgesprochen, indem Sie meine Wahrheitsliebe in Zweifel zogen. Ich habe Sie am folgenden Tage durch Herrn v. Puttkamer*) ersuchen lassen, mir hierfür die Genugthuung zu gewähren, zu welcher ich mich berechtigt halte. Nach Ihrer damaligen Rückäußerung durfte ich hoffen, daß Sie die Angelegenheit im Wege einer Ehrenerklärung erledigen würden; die durch Ihre Abwesenheit unterbrochnen Verhandlungen darüber haben dieses Resultat nicht ergeben. 1865 8. 6.

Ich bin daher in der Nothwendigkeit, die am 3 c. verlangte Genugthuung wiederholt von Ihnen zu fordern, und erbitte Ihre Erklärung, ob Sie bereit sind, meinem durch Herrn v. Puttkamer an Sie gestellten Verlangen zu entsprechen. In diesem Falle ersuche ich Sie, einen Ihrer Freunde zu bezeichnen, der mit dem Herrn Kriegsminister, welcher die Güte haben will, mir als Zeuge zu dienen, die nähern Verabredungen wegen Ort und Stunde trifft.

Ihrer gefälligen Antwort entgegensehend bin ich

Eurer Hochwohlgeboren

ergebner Diener

v. Bismarck-Schönhausen.

---

*) Bernh. v. Puttkamer, Hauptmann im 2. Garde-Regiment.

205.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

Lieber B.!

1865 8. 6. Soeben 9½ Uhr kehre ich von Virchow zurück. Er war ſchon um 7 Uhr ausgegangen. Jetzt fahre ich in die Kammer, wo ich, wenn thunlich, meinen Auftrag ausrichten will. Aber — Alles wohl überlegt — es ſcheint mir für Sie kaum ausführbar, das fragliche Geſchäft abzumachen und Abends nach Stralſund zu reiſen. Ich werde indeß mein Beſtes thun.

Ihr

v. Roon.

206.

Kriegsminiſter v. Roon an Virchow.

Berlin 8. 6. 65.

1865 8. 6. Nachdem ich geſtern Abend und heute früh Sie in Ihrer Wohnung zu treffen vergeblich verſucht habe, um einen übernommenen Auftrag auszurichten, ſtelle ich Ew. Hochwohlgeboren anheim, mir für einen Augenblick Ihre Gegenwart im Miniſterzimmer zu ſchenken; den geeigneten Moment überlaſſe ich Ihnen zu wählen.

Hochachtungsvoll

v. Roon.

207.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

1865 8. 6. Auf Forckenbecks Antrag hat der Präſident*) erklärt, daß Virchow ſich nicht ſchlagen dürfe, daß das Haus allein zu

*) Grabow.

befinden habe, ob ein Miniſter beleidigt ſei. Ich habe geant- 1865
wortet: „der Mann ſei der Wächter ſeiner eignen Ehre, nie- 8. 6.
mand ſonſt*)!“

Es wird darüber ſeit ¾ Stunden fort discutirt. Jetzt brüllt der Löwe vom Stamme Juda. — Der ſtenographiſche Bericht ſoll Ihnen ſobald als möglich zugehen.

v. Roon.

Das an Virchow meinerſeits gerichtete Billet iſt unbeſtellbar, da er nicht ins Haus gekommen iſt. Das Billet lege ich bei.

— —

208.

Miniſter F. zu Eulenburg an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Aufgegeben in Prenzlau den 8. Juni 1865 9 Uhr 18 Min. Vorm.
Angekommen in Berlin den 8. Juni 1865 9 Uhr 23 Min. Vorm.

Geben Sie gleich Nachricht nach Stralſund. 1865

Eulenburg. 8. 6.

— —

209.

Bismarck an Miniſter F. zu Eulenburg.

Telegramm.

Berlin 8 Juni 1865.

Miniſter Graf Eulenburg.

Stralſund.

Heut früh mehrſtündige Debatte auf Antrag Forckenbeck, 1865
Duell für Abgeordneten unzuläſſig erklärend. Von Virchow 8. 6.
eigne Erklärung über Annehmen oder Ablehnen noch nicht erreicht.

Bismarck.

*) Vgl. Kriegsminiſter v. Roon als Redner II, 338 ff.

210.

v. Hennig an v. Keudell.

Ew. Hochwohlgeboren

1865 8. 6. haben mich nicht weiter benachrichtigt, ob Sie die Ausſicht auf eine Ausgleichung der zwiſchen Herrn v. Bismarck und Herrn Profeſſor Virchow obſchwebenden Differenz für nicht mehr vorhanden anſehn.

Profeſſor Virchow wünſcht die Sache zu beendigen und hat mich beauftragt, Ihnen mitzutheilen, daß er von der Anſicht ausgehe, er habe ſeinerſeits das Mögliche zu einer Ausgleichung gethan, indem er ſich bereit erklärt hat, die von Bismarck gewünſchte Erklärung unter einer unverfänglichen Bedingung abzugeben. Da hierauf bis zu dieſem Augenblick keine Antwort eingelaufen iſt, ſo habe ich den weiteren Auftrag, Ihnen anzuzeigen, daß Profeſſor Virchow ein Duell beſtimmt ablehnt und zwar um ſo mehr, als die Angelegenheit ohne ſeine Schuld in die Oeffentlichkeit gekommen und heute ſogar im Abgeordnetenhauſe zur Sprache gebracht worden iſt. Seine politiſchen Freunde und auch der Herr Präſident des Hauſes haben ihm die Pflicht auferlegt, das Duell nicht anzunehmen.

Ich bitte Sie Herrn v. Bismarck hiervon unterrichten und ihn zugleich davon in Kenntniß ſetzen zu wollen, daß Profeſſor Virchow bereit iſt, die zugeſagte Erklärung unter der von mir formulirten Bedingung im Hauſe abgeben zu wollen, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß es ihm nur auf den Sinn und nicht auf den Wortlaut der letzteren ankommt.

Mit bekannter Hochachtung und Ergebenheit

Berlin, 8/6. 65. Hennig.

211.

v. Keudell an Kriegsminiſter v. Roon.

Berlin, den 8. Juni 1865.

Ew. Excellenz

beehre ich mich die Anlage zu hochgeneigter Kenntnißnahme 1865
mit der gehorſamſten Anzeige vorzulegen, daß ich Herrn von 8. 6.
Hennig erwidert habe, ich ſei bei der jetzigen Sachlage zur Entgegennahme von Erklärungen des Herrn Profeſſor Virchow nicht mehr ermächtigt.

v. Keudell.

212.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck*).

Br. m. mit der Bemerkung, daß Herr Virchow meinem 1865
Boten mit dem Ihnen bekannten Briefe geantwortet, er werde 8. 6.
heute Abend zwiſchen 7 und 8 Uhr zu mir kommen. Er iſt bis jetzt — 9 Uhr — nicht erſchienen. Unter dieſen Umſtänden halte ich die Angelegenheit im Hinblick auf die heutigen Vorgänge im Abg.-Hauſe im Weſentlichen für erledigt.

Berlin 8/6. 65. v. Roon.

213.

Profeſſor Virchow an Kriegsminiſter v. Roon.

(Ohne Datum, Expeditionsvermerk:
Pr. 8/6. 65 Abds. 9 Uhr.)

Ew. Excellenz

erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage 1865
ganz ergebenſt, daß Herr v. Hennig in meinem Namen heute 8. 6.
Herrn v. Keudell benachrichtigt hat,

---

*) Im Anſchluß an v. Keudells Brief.

1865 8. 6. 1) daß ich das Duell ablehne,

2) daß ich noch gegenwärtig bereit bin, die von dem Herrn Miniſter-Präſidenten gewünſchte Erklärung im Hauſe abzugeben, ſobald mir die Zuſicherung des Herrn Miniſterpräſidenten ertheilt wird, daß er ſeiner Aeußerung über Hannibal Fiſcher*) keinen für den Berichterſtatter (oder die Kommiſſions-Mitglieder) perſönlich beleidigenden Sinn habe unterlegen wollen.

Da ich in dieſem Zugeſtändniß bis an die äußerſte Grenze des Möglichen gegangen bin, ſo würde es mir erwünſcht ſein, eine etwaige weitere Verhandlung über den Wortlaut der Erklärungen nicht perſönlich, ſondern, wie bisher, durch Vermittelung des Herrn v. Hennig zu führen.

Genehmigen Euer Excellenz die Verſicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich zeichne

Ew. Excellenz

ganz ergebenſter

R. Virchow

Mitglied des Hauſes der Abgeordneten.

214.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck**).

1865 8. 6. Nach meiner Auffaſſung reicht es aus, daß Hr. V. das Duell ablehnt, um ... Ich würde darauf allein mich

---

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauſes vom 1. Juni 1865 hatte Bismarck mit Bezug auf den Antrag der Commiſſion, die von der Regierung geforderten Gelder für den Kieler Hafen abzulehnen, geſagt: „Ich glaubte, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfniß haben, noch beſtimmter und ſchneller die maritimen Unternehmungen zu fördern; ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht der Commiſſion eine indirecte Apologie Hannibal Fiſchers zu finden, der die deutſche Flotte unter den Hammer brachte.“

**) Als Randbemerkung auf Virchows Brief.

ſtützen. Weitere Verhandlungen — zu denen ich übrigens bereit bin — werden zu gar nichts führen. Das iſt unzweifelhaft, um ſo mehr, als Herr Virchow die perſönliche Verhandlung mit mir ablehnt und den andern — Hennig vorſchiebt, auf deſſen Antrieb die heutige parlamentariſche Comödie geſpielt hat. 1865 8. 6.

v. R.

215.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow war bis gegen 12 Uhr in der Charité; dort holte ihn der rothe Becker*) ab und brachte einen Brief von Hennig mit. Beide fuhren darauf nach dem Abgeordneten-Hauſe. Es ergiebt ſich hieraus, daß die Scene im Abgeordneten-Hauſe mit Vorwiſſen Virchows ſtattgefunden hat. 1865 8. 6.

Zitelmann.

216.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow hat um 2 Uhr zu Taddel**) erklärt, er nehme das Duell nicht an; Herr v. Hennig werde noch heute an Herrn v. Puttkamer deswegen ſchreiben. 1865 8. 6.

Zitelmann.

217.

Graf Arnim-Boytzenburg an Bismarck.

Verehrteſte Excellenz!

Vom Lande zurückgekehrt, vernehme ich die Lage der Virchowſchen Angelegenheit. Da manche der Ew. Excellenz 1865 8. 6.

*) Hermann Heinrich Becker, Mitglied der Fortſchrittspartei, ſpäter Oberbürgermeiſter von Köln.

**) Abgeordneter, Mitglied der Fortſchrittspartei.

1865 8. 6. näherſtehenden Perſonen abweſend ſind, ſo bitte ich über mich zu beſtimmen, falls ich in derſelben irgendwie nützlich ſein kann, andernfalls aber Ihre Zeit nicht mit einer Antwort zu beſchränken. —

Gott ſei mit Ihnen.

Der Ihrige

Berlin, den 8. Juny 1865. Graf Arnim-Boytzenburg.

218.

General Graf Noſtitz an Bismarck.

Berlin, d. 9. Juny 1865.

Verehrte Excellenz

1865 9. 6. Die Ihnen gewidmete aufrichtige Theilnahme erhält auch mich in ſteter Beſorgniß über das End-Reſultat Ihres gegen Herrn Virchow gethanen Schrittes und entſchuldigt meine Indiscretion, Sie um ein vertraulich Wort in dieſer Sache zu bitten. Ich hoffe, Sie ſchlagen es nicht ab.

Mit wahrer Hochachtung

Graf v. Noſtitz.

219.

Miniſter F. zu Eulenburg an Bismarck.

Stralſund 9. Juni 1865.

1865 9. 6. Beſten Dank für das Telegramm, verehrter Freund. Sie glauben nicht, in welcher Unruhe wir geſtern den ganzen Tag über geblieben ſind. Ueberm Diner blieben mir die Biſſen im Munde ſtecken, bis endlich ein beruhigendes Telegramm von Roon und endlich Abends ſpät auch das Ihrige kam. Laſſen

Sie es ſich nicht verdrießen, mir noch einmal zu telegraphiren oder zu ſchreiben, wie die Sache ſich definitiv geregelt hat. Ich bin heute und morgen in Putbus. Geſtern ging hier alles gut. Nur der Gedanke an Sie beunruhigte Ihre Freunde. 1865 9. 6.

Von ganzem Herzen der Ihrige

Eulenburg *).

220.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 18. 6. 65.

Im heutigen Morgenblatt der National-Zeitung leſe ich, der Kronprinz ſei geſtern aus Pommern zurückgekehrt und habe ſich nach Potsdam begeben. Wiſſen Sie davon? Haben Sie es etwa veranlaßt mit Bezug auf die morgen ſtattfindende Conſeil-Sitzung? 1865 18. 6.

Falls Sie nichts davon wiſſen, werde ich das Faktum durch telegraphiſche Anfrage feſtzuſtellen ſuchen, was ich ſonſt, um des damit verknüpften Aufhebens willen, vermeiden möchte. Ich bin ſehr unpaß. Guten Morgen!

Ihr

v. Roon.

221.

Bismarck an Kriegsminiſter v. Roon.

Telegraphiſch erfahre ich eben, daß der Kronprinz in Potsdam iſt und bis morgen früh bleibt. Ich werde, wozu ich in dem Telegramm die Aufforderung ſehe, S. Königliche Hoheit 1865 18. 6.

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauſes am 17. Juni 1865 gab Virchow die von ihm geforderte Ehrenerklärung, Stenogr. Berichte 1865, S. 2250–2253.

1865 18. 6. um eine Audienz nach der Tafel bitten, zu der ich um 2 hinüberfahre. Soll ich ſagen, daß Sie ihn auch ſehn möchten, oder ſind Sie zu unpaß? Jedenfalls wünſche ich von Herzen Beſſerung.

Ihr

v. Bismarck.

222.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 18/6. 65.

1865 18. 6. Ich würde es heute nicht unternehmen können nach Potsdam zu fahren und dort die immerhin ſchwierige und aufregende Verhandlung zu führen.

Ihr

v. Roon.

223.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Erdmannsdorf 9. Juli 1865.

Lieber Bismarck!

1865 9. 7. Der Ober-Präſident v. Senfft hat mir vor meiner Abreiſe von Berlin den Entwurf eines Schreibens an S. Majeſtät gezeigt, worin er auseinanderſetzt, wie wichtig es für die Zukunft des Kronprinzen wie des Landes ſei, wenn der Erſtere auch als Spitze der Civilverwaltung der Provinz, deren Statthalter er heißt, eingeſetzt werde, mit Einem Worte, daß er nicht blos commandirender General, ſondern auch Ober-Präſident von Pommern werde. Damit iſt die Bitte um die eigene Verabſchiedung Senffts verbunden, während die Nothwendigkeit eines jungen thatkräftigen Adlatus an ſeiner Stelle hervorgehoben wird. Senfft erklärte gleichzeitig, daß er dieſem Projekt natürlich eine weitere Folge nicht geben

werde, falls es Ihnen nicht paſſe; er habe mit Ihnen darüber reden, aber nicht correſpondiren wollen und ſtelle mir nun Alles weitere anheim, da Sie abgereiſet. Er fügte hinzu, daß er früher ſchon dem Kronprinzen davon geſprochen und die Antwort erhalten habe, der Herr traue ſich die erforderlichen Eigenſchaften nicht zu; die Frau Kronprinzeß habe dagegen ausgerufen: „Lieber heut als morgen.“ — 1865 9. 7.

Natürlich habe ich den alten Projektmacher verpflichtet, die Sache auf ſich beruhen zu laſſen, bis Sie ſich darüber geäußert. Ich war bisher zu abgeſpannt, um darüber zu ſchreiben; jetzt mahnt mich Senfft, und ich überwinde meine Abſpannung. Senfft habe ich eröffnet, daß es zur Würdigung ſeines Projekts ſehr weſentlich, wer der Adlatus ſein ſolle; ich fragte, an wen er dabei gedacht; er antwortete, an den verſtorbenen Werthern. Sie werden begreifen, daß ich Mühe hatte, ihm nicht ins Geſicht zu lachen. — Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich die Pläne Senffts eigentlich nur für Simulation halte, um zu erfahren, wie wir mit dem Kronprinzen ſtehen und welche innere Politik wir zu machen denken; denn es liegt auf der Hand, daß wir keinen Ober-Präſidenten einſetzen werden, der nicht mit uns durch Dünn und Dick geht. Ich wußte bereits durch Moritz*), daß Senfft allerlei bedenkliche Reden über Verfaſſungs-Eid u. ſ. w. geführt, und die Nothwendigkeit angedeutet, ſich vor ſolchen Eventualitäten zurückzuziehen, weil er nicht die Verantwortlichkeit des Eindrucks auf ſich laden wolle, den es machen müſſe, wenn ſelbſt er, Senfft, bei gewiſſen Maaßregeln, die er nicht mitmachen könne, ſeinen Abſchied fordere; darum ſei es beſſer, er gehe vorher. Seine Liebhaberei für krumme Wege hat ihm nun eingegeben, jenes bereits vor Jahren gefaßte Projekt jetzt zu produziren, um durch unſere etwanige Genehmigung deſſelben zu erfahren, daß wir nichts Gefährliches

*) v. Blanckenburg.

1865 9. 7. vorhaben. Ich habe ihm geſchrieben, er müſſe zunächſt den Adlatus in petto nennen, den er neulich noch nicht gewußt.

Ueber das Projekt ſelbſt zu ſentiren, halte ich für überflüſſig, da die Vortheile, Nachtheile und Schwierigkeiten der Ausführung auf der flachen Hand liegen. Ich hätte Sie überhaupt mit dem Schwindel nicht behelligt, wenn ich Senfft nicht geſagt, ich würde es Ihnen mittheilen. Alſo gelegentlich ein Wort darüber!

Ich bin am 5. hier eingetroffen und zwar wie S. Majeſtät Ihnen vielleicht mitgetheilt, nach Entgegennahme verſchiedener Loyalitäts-Demonſtrationen, die mir von Herrn von Elsner*) u. A. zubereitet waren. Hier, wo es ſehr ſchön, wo Alles ſchön, außer meinem Zipperlein und Aſthma, wird mir von den Loyalen viel vorgeklagt über den ſchlechten Einfluß der benachbarten Seehandlungs-Fabrik, welche zu beſichtigen ich Bodelſchwingh verſprechen mußte.

Wie geht es Ihnen? Man ſagte mir in Berlin, Sie hätten ein rheumatiſches Bein? ich komme an manchen Tagen nicht von der Stelle.

In herzlicher Ergebenheit und vollkommener Reſignation

Ihr

v. Roon.

224.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Carlsbad den 15 Juli 1865.

Durchlauchtigſter Kronprinz
Gnädigſter Herr

1965 15. 7. aus dem anliegenden Auszuge wollen Eure Königliche Hoheit den weſentlichen Inhalt derjenigen Eröffnungen gnädigſt erſehn,

*) Johann Gottfried Elsner, ein hervorragender ſchleſiſcher Landwirth.

welche Seine Majeſtät der König befohlen haben, theils am 11 d. M.*) theils am geſtrigen Tage an das Wiener Cabinet zu richten. Die Kürze der Zeit und das Mißverhältniß der hieſigen Arbeitskräfte zu den laufenden Geſchäften machen es unmöglich, dem Courier eine vollſtändigere Darſtellung des umfangreichen Schriftwechſels mitzugeben, welcher in den letzten Tagen zwiſchen hier und Wien ſtattgefunden hat. Die Anlage enthält aber die Darſtellung der daraus hervorgegangenen Situation. Um auf alle Eventualitäten, welche aus derſelben ſich entwickeln können, vorbereitet zu ſein, wollen des Königs Majeſtät die Beſchaffung der für eine etwaige Mobilmachung nöthigen Geldmittel, ohne Contrahirung einer Anleihe, anordnen und zugleich ſolche Verbeſſerungen der militäriſchen Ausrüſtung, welche ohnehin in Ausſicht ſtanden, mit möglichſter Beſchleunigung ins Werk ſetzen laſſen. Um in dieſer Beziehung die nöthigen Beſchlüſſe zu faſſen, wird in Regensburg am 21 d. M. eine Conſeil-Sitzung abgehalten werden, zu welcher ich die Miniſter auf allerhöchſten Befehl heut einlade. Seine Majeſtät waren zwar der Meinung, daß die Entfernung Eurer Königlichen Hoheit die Betheiligung nicht geſtatten werde; ich glaube indeſſen, Höchſtdieſelben, ſo ſchleunig als es in Ermangelung eines telegraphiſchen Chiffres möglich iſt, von der Sachlage in Kenntniß ſetzen zu ſollen. Sollten Eure Königliche Hoheit nicht nach Regensburg kommen, ſo bitte ich unterthänigſt, nach dem Conſeil und nach einer Unterredung, welche ich am Tage darauf mit Baron von der Pfordten haben ſoll, weiteren Bericht erſtatten zu dürfen. Zugleich erlaube ich mir die ehrerbietige Anfrage, ob Eure Königliche Hoheit nicht befehlen, daß Höchſtdenſelben aus dem auswärtigen Miniſterium ein Chiffre behufs ſicherer telegraphiſcher Correſpondenz überſandt werde. Die Benutzung desſelben wird einem der Adjutanten Eurer König- 1865 15. 7.

*) Vgl. Sybel, Begründung des Deutſchen Reichs IV, 149.

1865 15. 7. lichen Hoheit gewiß bekannt ſein, und iſt auch ohne beſondere Anleitung nicht ſchwierig. Ich ſtelle unterthänigſt anheim, Höchſtdero Befehle in dieſer Beziehung direct an Herrn v. Thile gelangen zu laſſen.

Im politiſchen, wie beſonders im finanziellen Intereſſe, um das Sinken der Courſe der vom Staate zu verwerthenden Effecten zu verhüten, erlaube ich mir die Nothwendigkeit der ſorgfältigſten Geheimhaltung der Situation und der zu faſſenden Entſchließung ehrfurchtsvoll hervorzuheben.

In Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthäniger Diener

v. Bismarck.

225.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Telegramm.

Erdmannsdorf, den 15. Juli 1865, 6 Uhr 40 Min. Vorm.
Ankunft 8 Uhr 40 Min. Vorm.

1865 15. 7. Meine Kur muß die Reiſe geſtatten; ich werde am 19ten oder 20ten in Regensburg eintreffen.

v. Roon.

226.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 14/12. 65.

1865 14. 12. Ich war heut ½ 1 an Ihrer Thür, nicht aber an Ihrem Bette, um Sie zu bitten, — vielleicht überflüſſigerweiſe — zum Freitag Abend und Sonnabend keine Staats-Miniſterial-Sitzung anzuſetzen, bei welcher meine Gegenwart etwa erwünſcht wäre, weil ich auf 36 Stunden verreiſen will.

Hoffentlich haben Sie ſo gut als lange geſchlafen? — Se. Majeſtät ſcheinen geneigt, 2 Infanterie-Regimenter aus Schleswig zurückzuziehen. 1865 14. 12.

Ihr

v. Roon.

227.

Marquis Wielopolski an Bismarck.

Monsieur le Comte,

Depuis qu'il m'a été donné de faire la connaissance de Votre Excellence, je n'ai cessé de suivre avec un constant et sympathique intérêt les phases de votre noble et courageuse carrière. 1866 8. 5.

La nouvelle de l'attentat*) commis contre votre personne m'a vivement ému: je m'empresse de témoigner à Votre Excellence toute ma joie de la conservation de vos jours et de vous en féliciter sincèrement.

Avec tant d'autres je forme des voeux ardents pour que, Dieu aidant, votre grande oeuvre s'accomplisse, afin de devenir un abri de la vraie civilisation et un rempart de l'ordre social, que des menées anarchiques, pratiquées de côtés opposés tantôt dans les bas fonds de la société, tantôt à son sommet au nom d'un pouvoir aveuglé, font aujourd'hui chanceler sur ses bases.

Recevez, Monsieur le Comte, l'assurance de mon véritable et profond respect.

Dresde ce 8 Mai**) 1866.
(Ostra-Allée 11.)

Le M^quis Wielopolski.

*) Vom 7. Mai (Blind).
**) Orig.: Avril.

228.

Hofmarſchall A. zu Eulenburg an Bismarck.

Adjutantur
Sr. Königlichen Hoheit
des Kronprinzen.

Neues Palais bei Potsdam,
den 24. Mai 66.

Hochgeborner Herr Graf!

1866 24. 5. Euer Excellenz ſoll ich Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen Bedauern darüber ausſprechen, daß Höchſtderſelbe Sie und Ihre Frau Gemahlin heute gar nicht begrüßt hat. Seine Königliche Hoheit ſandte mich noch ab, um Euer Excellenz zu ſuchen, doch fuhr Ihr Wagen eben aus dem Palais.

In größter Hochachtung und Verehrung
Euer Excellenz
gehorſamſter
A. Eulenburg.

229.

Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck.

Hochgeborner Herr Graf.

1866 11. 6. Die Depeſche vom 4ten d., die mir als eine vertrauliche an Herrn von Savigny mitgetheilt wurde, leſe ich jetzt veröffentlicht und finde zwei Momente darin, die muthmaßlich zu Reclamationen Veranlaſſung geben werden. Einmal heißt es: „von einer unpartheiiſchen Seite in Wien entgegennahm" ꝛc.*).

*) In der Depeſche vom 4. Juni (Staatsarchiv XI, No. 2300 S. 72 ff., Hahn, Fürſt Bismarck I, 431 ff.) heißt es: „Ich kann Eurer Excellenz ... vertraulich mittheilen, daß zu derſelben Zeit, als wir die oben erwähnte perſönliche Mittheilung dem Hofe zu Wien machten, der König ... bereitwillig einen Vorſchlag zur directen Verſtändigung von einer unparteiiſchen Seite in Wien entgegennahm und Sr. Majeſtät

Dieſer Satz könnte ſo verſtanden werden, als ob ich mich als ein von Wien Beauftragter gerirt hätte. 1866 11. 6.

Das iſt nun eben nicht der Fall geweſen und ich bitte dies eintretenden Falls aufzuklären. —

Sodann möchte ich fragen, ob, wenn von Ew. Excellenz die authentiſche Quelle zu nennen verlangt wird, ich genannt werde? ich muß allerdings vertreten, was ich auch vertraulich ſagte, ich muß es aber auf mich nehmen und darf Niemand compromittiren, deßhalb wünſchte ich es zu wiſſen, wie Ew. Excellenz derartige Anfragen beantworten werden. —

Ehrerbietungsvoll

Ew. Excellenz

ganz ergebenſter

Berlin Freiherr v. Gablenz.

den 11ten Juni 1866.

230.

Profeſſor Gelzer an Bismarck.

Sr. Excellenz

dem Herrn Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten

Grafen von Bismarck!

Excellenz!

Ew. Excellenz wiſſen, wie ich vorausſetze, daß ein rein confidentieller Auftrag an Se. Majeſtät den König mich hieher führte. Am Schluſſe der Audienz gab Se. Majeſtät mir an- 1866 13. 6.

---

dem Kaiſer von Oeſterreich, ohne Betheiligung des Miniſteriums mittheilte, um ſich zu vergewiſſern, ob Se. Majeſtät noch von dem Wunſche, den Frieden zu erhalten, angetrieben werde. Der Vorſchlag war, die Fragen über Schleswig-Holſtein und die Bundesreform gemeinſchaftlich zu verhandeln und durch dieſe Verbindung die Löſung beider zu erleichtern."

1866 heim, ob ich über den Gegenſtand meiner Miſſion mich ver-
13. 6. traulich ausſprechen wolle.

Anfangs hielt mich die Erwägung davon zurück, daß Ew. Excellenz inmitten der ungeheuren Spannung dieſer Tage ſchwerlich eine Viertelſtunde finden könnten zu einem ruhigen Geſpräche, wie es allein mit der Natur meines Auftrages verträglich wäre.

Die vergleichsweiſe gegen heute idylliſchen Tage unſerer Neuenburger Conferenzen (Januar bis April 1857) haben nun einer ganz anderen Temperatur der Weltlage den Platz geräumt.

Dennoch glaubte ich ſchließlich es nicht unterlaſſen zu dürfen, wenigſtens bei Ew. Excellenz anzufragen, ob Sie mich ſehen wollen?

In ſchuldiger Ehrerbietung Ew. Excellenz Entſcheidung entgegenſehend — achtungsvoll

Dr. H. Gelzer
o. Profeſſor der Geſchichte an der Univerſität Berlin —
zur Zeit in Baſel.

Berlin, 13. Juni 1866
Hôtel de Rome 24.

231.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando der 1. Armee. H. Q. Görlitz d. 15. Juni 1866. Morgens 10 Uhr.

Eure Excellenz

1866 ich weiß bis zur Stunde nicht, welche Entſchlüſſe die Regierung
15. 6. gefaßt hat, namentlich ob am 16ten der Einmarſch in Sachſen nach erfolgter Kriegserklärung zu erfolgen hat. Ohne Zweifel werden mir heute noch die betreffenden Befehle und Mittheilungen zugehen.

Ebenſo weiß ich nicht, ob wir auch an Baiern den Krieg erklären werden. In Bezug auf dieſen Punkt richte ich an Sie dieſe Zeilen, die möglicher Weiſe übrig ſind, wenn Sie ſchon das, was ich ſagen werde, ſelbſt gedacht haben. 1866 15. 6.

Im Falle wir an Baiern den Krieg erklären, halte ich es vom militairiſchen Standpunkte für wünſchenswerth, daß wir Italien, das eine bedeutende Ueberzahl gegen Oeſtreich disponibel hat, dazu bewegen, eine möglichſt ſtarke Diverſion nach dem bairiſchen Tyrol und nach Baiern überhaupt zu machen.

Eurer Excellenz

ſehr ergebener Diener

Friedrich Karl.

232.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando der 1. Armee. H. Qu. Görlitz d. 17. Juni 1866. Mittags.

Mein ſehr geſchätzter Herr Graf!

Heute früh erhielt ich Ihren Brief von geſtern*), und geſtern Nachmittag und Abend 2 Telegramme. 1866 17. 6.

Die Bevölkerung in Sachſen war ſehr erſtaunt über unſer Einrücken, aber nichts weniger als feindlich. Sie war im höchſten Grade bereitwillig, wenn es ſich um Einquartirung und um Requiſitionen zum Wohle der Truppen handelte.

Es ſind keine Befehle da, etwa Contributionen einzutreiben, was der Feind in unſerm Lande jedenfalls thäte. Ich habe nur einige Kaſſen mit Beſchlag belegen laſſen.

Morgen wird der General Graf Bismarck (Ihr Vetter) mit dem Blücherſchen Huſaren- und 1. Pommerſchen Ulanen

*) Concept nicht vorhanden.

1866 17. 6. Regiment No. 4 auf 3 Tage einen Streifzug über Bautzen gegen Dresden unternehmen, um falſche Nachrichten auszuſprengen, Kaſſen zu nehmen, meine frieden- und liebe-athmende Proklamation an die Sachſen überall anzuheften und um die Preußen überall zu zeigen.

Heute iſt General Boſe mit 3 Batt. 1 Esc. 1 Batterie nach Bautzen gerückt. Ich habe noch nicht Nachricht von ihm.

Die Eiſenbahn nach Löbau, reſp. Bautzen kann bis morgen hergeſtellt ſein.

Von den Oeſtreichern weiß ich nichts, als über Berlin.

Ich bin noch ohne Auftrag von Sr. Majeſtät, conzentrire mich aber immer mehr um Görlitz, ſo daß ich von übermorgen ab gleichmäßig für jeden mir etwa werdenden Auftrag bereitſtehe. Witterung für Marſch günſtig.

Es würde mich ſehr freuen, wenn Sie mir in der Perſon des Herrn von Radowitz einen diplomatiſchen Beiſtand ſchicken wollten. Er hält ſich jetzt in Paris für abkömmlich und wünſcht dieſe oder eine militairiſche Verwendung bei mir[1]). Auch letztere könnte ihm werden, weshalb ich nochmals recht dringend um ihn bitte.

Ich wünſchte, wir würden ſchnell mit Hannover und Kurheſſen fertig. Von Göben und Baier wiſſen wir hier nichts und von Manteuffel nur, daß er über Hamburg ins Hannoverſche eingerückt.

Ihr
ſehr ergebener Freund
und Diener
Friedrich Karl.

Ich bin der Meinung, daß ein großer Theil Baiern vor 14 Tagen uns gegenüberſteht, wahrſcheinlich ſüdlich des Erzgebirges, wenn Herwarth energiſch iſt.

Randbemerkung Bismarcks:

[1]) Ja.

233.

Fürſt Heinrich LXVII. Reuß an Bismarck.

Eure Excellenz

entſchuldigen gütigſt, wenn ich (in)*) der bedrängten, böſen Zeit Sie mit einigen Worten beläſtige. 1866 21. 6.

Ich als alter Preuße und treuer Anhänger des Königlichen Hauſes möchte mir doch die Frage erlauben: Eure Excellenz werden mir und meinem Lande nichts feindliches anthun wollen? was ich von meinem gnädigen Gönner, Sr. Majeſtät dem Könige, wohl überzeugt bin. Daß ich bey dem Bundestag nicht gegen Preußen geſtimmt habe, wird Eurer Excellenz bekannt ſeyn. Daß ich auf Befehl der damals noch beſtehenden Militärcommiſſion nach Raſtatt geſchickt habe, war wohl in der Ordnung, da ich immer gern dieſen Anordnungen Folge geleiſtet habe. Ich bitte und erwarte daher, daß nichts feindliches gegen mich und mein Land unternommen d. h. (dieſes)**) mit Einquartierung u. ſ. w. geſtraft werde und mein Bataillon ruhig in Raſtatt verbleiben kann.

Mit vollkommenſter Hochachtung

Eurer Excellenz

Gera, 21. Juni 1866.

ganz ergebenſter

Heinrich LXVII. Fürſt Reuß j. L.

234.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Heringsdorf 9. Aug. 1866.

Sie haben mir höchſt merkwürdige Kundgebungen napoleoniſtiſchen Hungers zukommen laſſen. Indem ich beſtens für 1866 9. 8.

*) Fehlt im Orig.

**) Ergänzung des Herausgebers.

1866 9. 8. die Anlagen danke, geſtehe ich, daß ich ſolche unerhörte Forderungen unter den heutigen Umſtänden nicht für möglich gehalten hätte. Entweder denkt Napoleon nicht ernſtlich an die Erreichbarkeit, oder er hat ſeiner Zeit nicht an Goltz das geſagt, was er wirklich zu thun oder zu unterlaſſen gedächte.

Sollte Napoleon auf ſeinem Rhein-Ufer-Gelüſt beharren, ſo haben wir allen Grund ihm dankbar zu ſein, daß er uns ſo raſch zur Erreichung der Vereinigung Deutſchlands unter ein Oberhaupt verholfen hat. Denn wenn auch mit Widerſtreben, ſo werden dann die Deutſchen ſicherlich nicht anders können als ſich dem Norddeutſchen Bund anzuſchließen.

Die angedeutete Statthalter-Stellung billige ich im Prinzip. Nur gebe ich zu bedenken, ob gerade der Anfang mit Hannover und nicht beſſer mit Caſſel zu machen wäre. Im Erſteren herrſcht Haß und Feindſchaft, im Letzteren ſind dieſe Abneigungsgeſinnungen weniger craß vorhanden. Man könnte vielleicht die Statthalterſchaft für Heſſen und Hannover einſetzen, ohne den Wohnort beſtimmt vorzuſchreiben, ein Alternat ankündigend. Zu früh dürfte unter allen Umſtänden wohl jene Thätigkeit nicht ins Leben treten, auch meine Thätigkeit zuvor genau präciſirt ſein.

Sonntag den 12. treffe ich mit den Meinigen Mittags ein, und je nach dem, was ich vorfinden werde, gehe ich entweder die Nacht nach Erdmannsdorf weiter, um bald wiederzukommen oder aber ich bleibe gleich in Berlin und gehe dann ab und zu an „Ruhetagen" nach Schleſien.

Einer Andeutung Ihrerſeits ſehe ich am Sonntag entgegen.

Ihr

ergebenſter

Friedrich Wilhelm. KPz.

235.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

7 Uhr Abds.
12/8. 66.

Die Kronprinzeſſin würde ſich freuen, Sie heute noch ſprechen zu können, da ſie Nachts 11 Uhr nach Schleſien weiter reiſt. Wenn nun Ihr Zuſtand Ihnen geſtattet, um 8 Uhr zu mir zu kommen, ſo erwarte ich Sie in meinem Palais; fühlen Sie ſich jedoch zu angegriffen, ſo komme ich zu Ihnen. 1866 12. 8.

Mündliche*) Antwort erbeten!

Friedrich Wilhelm KPz.

236.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

18/2. 67.

Der König theilte mir heute durch Billet mit, daß er morgen nach Dresden reiſe, mich fragend, ob ich Luſt hätte, ihn zu begleiten. Luſt empfand ich allerdings nicht, glaube aber Recht zu thun, S. Majeſtät zu begleiten, zumal man in Sachſen zur Genüge weiß, wie ich über die Verträge denke, und ich keinen Groll nachtragen will, wo abgeſchloſſene Thatſachen vorliegen. 1867 18. 2.

Da die Reichstags-Eröffnung herannaht, auch wohl nächſter Tage die Commiſſare ernannt werden, möchte ich Sie dringend auf den Miniſter v. Watzdorf**) als einen erziehlich***) empfehlenswerthen Candidaten für jene Functionen hinweiſen. Ich

*) Zweimal unterſtrichen.

**) Großherzogl. ſächſiſcher Staatsminiſter.

***) d. h. für die nationale Erziehung der Miniſter anderer Staaten.

1867 18. 2. nehme nämlich an, daß auch etliche Nicht-Preußen als Commiſſare fungiren werden, und wüßte unter den Miniſtern des Norddeutſchen Bundes kaum einen zweiten zu finden, dem 25jährige Erfahrung, Achtung und großes allſeitiges Vertrauen ſo zur Seite ſtünden wie Watzdorf, über den Sie mit mir kürzlich noch mit lobenden anerkennenden Worten in Folge ſeines Verhaltens in Berlin geſprochen haben.

Ferner möchte ich Sie noch darauf aufmerkſam gemacht haben, daß es des Eindrucks wegen gewiß gut wäre, wenn bei der Eröffnung aller Pomp entfaltet werde wie 1847 bei Eröffnung des 1ten vereinigten Landtags und 1861 nach meines Vaters Thronbeſteigung bei der Eidesleiſtung, wo S. Majeſtät ſich die Reichsinſignien vortragen ließ. Endlich, ob nicht gleich am Montag ein großes Diner im weißen Saal für ſämmtliche Reichstagsabgeordnete die „Leute" gut ſtimmen würde.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

237.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 21. Februar 1867.

1867 21. 2. Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet für die mir überſandte Denkſchrift über die in unſerer Beſprechung vom 31. Januar cr. berührten Gegenſtände*), und habe mich über die derſelben zu Grunde gelegten Anſchauungen aufrichtig gefreut. Denn ich ſtimme ganz damit überein, daß die Bildung eines großen, auch Süddeutſchland umfaſſenden Gemeinweſens der Zielpunkt und Leitſtern unſerer Politik ſei, ſo daß dieſem Geſichtspunkt Alles, alſo auch die Behandlung der Sächſiſchen Frage untergeordnet werden muß.

*) Concept nicht vorhanden.

Ich finde auch in der Denkſchrift zu meiner Befriedigung 1867
einen großen Theil deſſen wieder, was Sie mir damals mündlich 21. 2.
ſagten, obſchon Sie meiner Erinnerung nach in jener Unterredung die Nothwendigkeit der nationalen Einheit und den bloß proviſoriſchen Charakter des Norddeutſchen Bundes u. ſ. w. ſtärker und entſchiedener betonten, als in der Denkſchrift geſchieht.

Da mir über den Abſchluß der militairiſchen Convention mit Sachſen nichts Zuverläſſiges bekannt geworden iſt, außer dem, was ich in ſächſiſchen Zeitungen gefunden habe, ſo vermag ich auch nicht mich über denſelben zu äußern. Ich kann nur wünſchen, daß Preußen ein gewichtiges Recht vorbehalten geblieben iſt, um ſeinen Einfluß auf die königlich ſächſiſchen Truppen zu allen Zeiten geltend zu machen, ſo daß im Großen und Ganzen der König von Preußen jenen Truppenkörper gleich den preußiſchen Armee-Corps in der Hand haben wird.

Es iſt unmöglich zu verkennen, daß die Gefahr für unſere Politik in der Mißgunſt und dem Ehrgeiz Frankreichs liegt. Dieſer Gefahr müſſen wir muthig ins Auge blicken, aber ſie iſt zu groß, als daß wir ſie provociren dürften. In dieſer Beziehung iſt mir beruhigend, daß Sie mir am 31ten Januar Ihren entſchiedenen Wunſch äußerten, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden.

Laſſen Sie mich nur noch die Hoffnung ausdrücken, daß es Ihnen gelingen möge, jene Grundſätze nationaler Politik in der Behandlung unſeres Verhältniſſes zu Süddeutſchland und zu den ihrer Souverainetät müden kleinen Fürſten erfolgreich zur Anwendung zu bringen — nicht minder in der Lenkung des bevorſtehenden Reichstags, welche gewiß viel Geduld und vielleicht mitunter, um mich der Worte Ihrer Denkſchrift zu bedienen, den Verzicht auf die Befriedigung natürlicher Regungen der Empfindlichkeit von unſerer Seite in Anſpruch nehmen wird.

Im Hinblick auf den Reichstag beklage ich, daß Sie es

1867 21. 2. für nothwendig gehalten haben, ſich gegen das Geſetz zum Schutz wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstags-Verhandlungen zu erklären. Im Uebrigen aber ſehe ich mit tiefer Bewegung dem bevorſtehenden Tage der Eröffnung entgegen, mit der ſicheren Zuverſicht, daß aus den Berathungen dieſes Reichstags ein feſter Ausgangs-Punkt für die Geſchicke unſeres großen Vaterlandes entſtehen muß!

Friedrich Wilhelm KPz.

238.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 13/5. 67.

1867 13. 5. Ihnen beſtens für Ihren Brief von Sonnabend*) dankend, bemerke ich, daß der König ſich geſtern, Sonntag, gegen eine unmittelbar bevorſtehende Reiſe der Kronprinzeſſin äußerte, indem dies eine Art von empressement ſein würde, die wir Napoleon nicht zu Liebe thun ſollten.

Nun iſt aber ſo lange ſchon die Rede von dem Beſuch den wir Beide machen ſollten, daß meiner Meinung nach das Zurückbleiben der Kronprinzeſſin gegenwärtig ſehr auffällig wäre. Ferner wünſchen wir mit dem 31. Mai den Aufenthalt in Paris zu beendigen, damit wir nicht mit den Ruſſen zuſammentreffen. Endlich war immer die Rede von einer nochmaligen Reiſe meiner Perſon zur Preisvertheilung im Juli, bei welcher Gelegenheit aber die Kronprinzeſſin nicht mitkommen kann, weil ihr ernſtlich eine Seebadcur verordnet iſt.

Dieſe Geſichtspunkte wollte ich Ihnen noch mitgetheilt haben, weil S. Majeſtät heute mit Ihnen Rückſprache nehmen wollte.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

---

*) Concept nicht vorhanden.

239.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg, d. 28. Mai 67.

Verehrteſter Chef,

In meinen offiziellen Berichten habe ich nicht erwähnt, 1867
mit welch regem Intereſſe die Großfürſtin Helene der letzten 28. 5.
politiſchen Phaſe gefolgt iſt und wie ſie es ſich hat angelegen ſein laſſen, ihren Einfluß in der ihr eigenen Weiſe zu unſeren Gunſten anzuwenden.

Sie machte ſich von Anfang an keine Illuſionen über die wenig freundlichen Abſichten des franzöſiſchen Cabinets und traut dem Frieden auch heut noch nicht ſonderlich. Die Idee der Reiſe des Kaiſers*) hat ſie nie gut geheißen und ließ ſie nur gelten, wenn die beiden Herren gleichzeitig reiſen würden. Sie war außer ſich, als die Reiſe des Königs compromittirt ſchien, und ich glaube, daß ſie den Kaiſer darin beſtärkt hat, ſo entſchieden auf die gleichzeitige Anweſenheit unſeres Allergnädigſten Herrn zu beſtehen, wie er es, wohl auch aus eigenem Antriebe gethan hat. Daher war ſie auch heute ſehr erfreut, als ich ihr erzählen konnte, daß ſich der König entſchloſſen hätte, am 5. in Paris zu ſein.

Ich komme nicht auf die vielen Wandlungen zurück, welche Fürſt Gortſchakow in dieſer ganzen Zeit durchgemacht hat; ich glaube, ich habe ſie in meinen Berichten getreu wiedergegeben. Jedenfalls glaube ich, daß er es jetzt zuletzt ganz aufrichtig wünſchte, daß der Kaiſer nicht ohne unſeren König in Paris erſchiene. Es war ihm wirklich bange vor einem Erkalten unſerer Beziehungen, und dieſe Eventualität befürchtete er ſehr für ſeine orientaliſche Politik, beſonders da alle andern an-

*) Nach Paris zur Weltausſtellung.

1867 28. 5. fingen, ihm den Rücken zu drehen: auch Italien, dem er tausend Coquetterien gemacht hatte.

Trepoff*) theilte mir ein Raiſonnement des großen Publikums mit, welches ich auch ſelbſt oft über die Reiſe gehört habe und Ihnen doch nicht vorenthalten will. Man iſt allgemein gegen die Reiſe des Kaiſers. Da der König von Preußen aber mit dem Kaiſer gehen will und Graf Bismarck dies dem König gerathen haben wird, ſo muß es nichts Dummes ſein; alſo mag der Kaiſer reiſen.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ihr ſehr ergebener

H. VII. Pz. Reuß.

240.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg den 7. Juni 67.

Verehrteſter Chef,

1867 7. 6. Fürſt Gortſchakow trägt mir auf, Ihnen ſeine Theilnahme an Ihrem erneuten Unwohlſein auszuſprechen. Er läßt Ihnen ſagen, Sie möchten ſich nicht zu viel über die Kammern ärgern; er behauptet, es ſei ein viel beſſerer Stand für einen Miniſter, wenn er auf die gegen ihn und ſeine Politik gerichteten Angriffe öffentlich antworten könnte, als wenn er, wie ihm dies fortwährend paſſirte, ſich im Dunkeln angegriffen fühlte, ohne ſich wirkſam vertheidigen zu können. Was unſere Finanz-Lage anbetrifft, ſo meint er, es ſei gewiß ſehr weiſe, nicht vom Capital leben zu wollen, bei unſeren geordneten Zuſtänden und bei unſeren Reſerven würde er ſich, wenn er Preußiſcher Miniſter wäre, die Sache nicht ſo zu Herzen nehmen.

---

*) Polizeidirector von Petersburg.

Der Fürſt gedenkt Anfangs Juli neuen Styles, auf Ur- 1867
laub zu gehen und wahrſcheinlich in Baden Homburger Waſſer 7. 6.
zu brauchen; dann will er einige Wochen ausruhen und zum Schluß eine Trauben-Kur vielleicht am Comer See brauchen. Anfangs October würde er dann wieder hier eintreffen.

Man ſpricht hier von der Ernennung des Grafen Chotek zum öſtreichiſchen Geſandten, doch verlautet noch nichts, wen man nach Wien ſchicken dürfte. Schuwalow meint, Gortſchakow habe den jetzt im Auslande weilenden Miniſter Waloujeff für einen diplomatiſchen Poſten auserſehen, weil er deſſen Einfluß hier fürchte und in ihm einen Rivalen erblicke. Schuwalow möchte Waloujeff gern an die Stelle des alten Paul Gagarin als président du conseil haben. Der Herr hat aber trotz ſeiner 81 Jahre einen ſo guten Magen, daß an ſeinen Abgang oder an ſein Ende nicht zu denken iſt.

Mit den beſten Wünſchen für Ihre baldige Wiederherſtellung bin ich in aufrichtigſter Verehrung

Ihr

ſehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

241.

Unterſtaatsſecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 7. July 1867.

Verehrter Chef,

Ew. Excellenz Auftrage gemäß habe ich unterm 3. d. M. 1867
Savigny benachrichtigt, daß ſeine Ernennung zum Bundes- 7. 7.
vicekanzler beabſichtigt werde, und ihm dabei die geſchäftlichen und ſonſtigen Attributionen dieſer Stelle genau nach Ihren Worten veranſchaulicht, namentlich hervorgehoben,

daß er die regelmäßigen Geſchäfte des Präſidiums erhalten würde und Ew. Excellenz nur die Contra-

1867 7. 7. ſignatur behielten, die niemand als der Miniſter-Präſident in den Reſſorts der betr. Preußiſchen Miniſter üben könne.

So eben bringt mir der nach Carlsbad entſandte Kanzleidiener die anliegende Antwort Savignys 8 Quartſeiten lang. Ob in dieſem ausführlichen Erguß ein beſtimmtes Ja oder Nein auf die ihm gemachte Offerte zu finden ſey, wollen Sie geneigteſt ſelbſt prüfen. Jedenfalls iſt Ihr Wunſch des „sans phrase“ nur unvollkommen erfüllt worden.

Getreulichſt

Ihr

gehorſamſter

Thile.

242.

Unterſtaatsſecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin 17. July 1867.

Verehrter Chef,

1867 17. 7. Savigny iſt geſtern endlich eingetroffen und hat Ihren Brief entgegengenommen. Er war geſtern Abend bei mir und ſprach ſich ſehr verſtimmt, aber gewiſſermaßen gehalten und feierlich aus. Den Gedanken der Vice-Kanzlerſchaft weiſt er auf das entſchiedenſte von ſich und wird Ihnen in dieſem Sinne bald ſchreiben. Später gedenkt er ſich zum Könige nach Ems zu begeben und noch ſpäter in Wiesbaden ſich niederzulaſſen. Doch ſind dies wohl nur vorläufige Gedanken. Die Unterredung mit ihm war mir natürlich peinlich.

Mit den beſten Wünſchen für Ew. Excellenz ländliche Erholung

Ihr

getreu ergebener

Thile.

243.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 1. Auguſt 1867.

So oft ich die Lage unſeres Staates für ernſt gehalten habe, bin ich zu Ihnen gekommen, um Ihnen meine Anſichten auseinanderzuſetzen und die Ihrigen zu hören. Die gegenwärtigen Verhältniſſe halte ich für recht geſpannt und richte deshalb dieſe Zeilen an Sie mit der Bitte, mir eine Erwiederung zukommen zu laſſen. 1867 1. 8.

Nach allem was ich leſe und hö re, wird es mir immer klarer, daß wir das Vertrauen der nationalen Partei verlieren, daß dies namentlich in den einverleibten Ländern der Fall iſt und daß Süddeutſchland weniger wie je Sympathien für uns hegen kann. Wir verlieren unſer Anſehen, zu dem uns die Siege von 1866 verholfen hatten, und leiſten den Intriguen die uns umgeben und ebenſo in Frankreich wie in Oeſterreich und auch in Dänemark geſponnen werden, willkommenen Vorſchub.

Im Innern des Landes wächſt die Unzufriedenheit über die Maßregeln Ihrer Collegen Eulenburg und Lippe, wozu namentlich die Verfolgung von Leuten wie Tweſten und Lasker beiträgt. Was jenen Beiden während der Reichstags-Sitzungen zu verdanken iſt, wiſſen Sie ebenſo genau wie ich, und kann ich nicht verſtehen, was es uns nützen ſoll, derartige Perſonen zu maßregeln und zu verletzen.

In Hannover kommt zu der ohnehin erbitterten Stimmung neue Gereiztheit über Juſtiz-Maßregeln, wie auch darüber, daß die Königin vor ihrer Abreiſe perſönlich gekränkt worden ſein ſo ll.

In Heſſen iſt die Behandlung der Frage des Staats-Schatzes, der Erſatz älterer Beamten durch junge Landräthe Gegenſtand vielfacher lauter Klagen.

1867 1. 8. In Frankfurt beklagt man ſich über fortgeſetzten Mangel an Rückſicht und über finanzielle Bedrückung der Stadt.

Wie viel an dieſen Vorwürfen Wahres, wieviel Uebertreibung ſein mag, bin ich nicht im Stande gründlich zu erörtern. Läugnen läßt ſich aber nicht, daß in den Kreiſen, die uns zugethan waren, und bei denen wir Stützen gefunden hatten, ein entfremdender Umſchwung eingetreten iſt, ja man hört vielfach ſagen, daß es unerklärlich ſei, warum nicht die neuen Landestheile ſofort incorporirt wurden, ſtatt eine einjährige königliche Dictatur über ſie zu verhängen, die jetzt in Willkür ausartet und einſchneidende Maßregeln aller Art vollzieht, welche den ſchlechteſten Eindruck machen.

Wie unzufrieden die Stimmung in Schleswig-Holſtein bleibt, iſt Ihnen ebenſo bekannt wie auch der ſich ſo häufig wiederholende Vorwurf, „daß es Preußen an organiſatoriſchem Talente mangele“. Endlich hört man vielfach ſagen, daß die Anerkennung berechtigter Eigenthümlichkeiten, die man mit ſchonender Hand kundgeben wollte, zur leeren Phraſe geworden ſei, da nach kaum einem Jahre die Behandlung durchaus fehlerhaft betrieben werde, ſo daß Preußen ſich völlig discreditire.

Was den Gang der Politik nach Außen betrifft, ſo ſind Sie beſſer unterrichtet als ich. Die franzöſiſche Regierung mag die Abſicht gehabt haben, die Depeſche über Nord-Schleswig abzuſchwächen, ihren beunruhigenden Effect hat beſagtes Acten-Stück wenigſtens nicht verfehlt, und ich komme auf mein altes Thema zurück, warum haben wir nicht den Gränzſtrich gezogen?

Um noch einmal auf Ihre Collegen zurückzukommen, muß es Ihnen doch erinnerlich ſein, daß Sie ſeit dem Juli vorigen Jahres die Miniſter des Innern und der Juſtiz als ſchädlich und unfähig bezeichneten.

Mehr als je iſt jetzt das Unheil, welches durch genannte Miniſter geſtiftet ward, zu Tage getreten, nachdem ſelbſt das Herrenhaus einſehen mußte, daß ſich nichts zur Vertheidigung

Lippes mehr ſagen ließ. Kann denn noch irgend etwas mit ſolchen Miniſtern zum Heil des engeren wie des weiteren Vaterlandes unternommen werden, zumal es jetzt mehr wie je darauf ankommt, daß wir Friede im Innern haben, um gegen einen Angriff von Außen ſo ſtark zu ſein als möglich, und wir Anſehen und Vertrauen wieder gewinnen müſſen. 1867 1. 8.

Dringend lege ich Ihnen dieſe gewichtigen Fragen ans Herz in der Ueberzeugung, daß, wenn es Ihr Wille iſt, Sie eine Löſung für dieſelben finden werden, und indem ich gern bereit bin, Ihnen meine Hülfe anzubieten, wenn Sie glauben derſelben zu bedürfen, bin ich

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

244.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 2/8. 67.

Mein Brief von geſtern war kaum abgegangen, als ich einen Aufſatz von dritter Hand zugeſchickt erhielt, der von einem eingebornen Hannoveraner verfaßt iſt. Die klare Darlegung der augenblicklichen Verhältniſſe wie auch der Mittel, durch welche den Mißſtänden abgeholfen werden könnte, trägt den Stempel der Wahrheit an ſich und giebt auch Zeugniß von den preußiſchen Geſinnungen eines neuen Unterthanen. Aus den angeführten Gründen will ich nicht ſäumen, Ihnen Abſchrift gedachten Aufſatzes*) zukommen zu laſſen, den Sie nach Belieben Sr. Majeſtät mittheilen könnten. 1867 2. 8.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. Der Verfaſſer ahnt nicht, daß ich den Aufſatz beſitze.

*) Nicht vorhanden.

245.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 7/8. 67.

1867 7. 8. Seit Abſendung meiner letzten 2 Briefe habe ich abermals mehrere Mittheilungen erhalten, die ich Ihnen nicht vorenthalten kann.

Zunächſt muß ich Ihnen meine Freude ausſprechen über den günſtigen Verlauf, den, wie es mir ſcheinen will, die Verhandlungen mit den hannöverſchen Vertrauensmännern genommen haben. Man hatte wenig Erfolg beim Eintreffen in Berlin erwartet und iſt dagegen voll Vertrauen auf die Einſicht und den guten Willen der Regierung von dort geſchieden.

Der gute Verlauf, welchen die Verhandlungen nun genommen haben, ſollte von ſelbſt dazu führen, in ähnlicher Weiſe mit den Bewohnern der übrigen neu erworbenen Landestheile eine Verſtändigung anzubahnen. Je mehr die Stimmung derſelben durch die letzten Maßregeln der Regierung, vornehmlich auf dem Gebiet der Juſtiz und der Finanzen erregt und verbittert iſt, um deſto mehr ſollte man eilen, entgegenkommende Schritte zu thun.

So geſchickt die Regierung in der Auswahl der hannöverſchen Vertrauensmänner verfahren iſt, ſo würde ſich in der Provinz Heſſen dennoch ein anderer Modus empfehlen. Das heſſiſche Volk hängt mit der ihm eigenen Zähigkeit und Treue an der Verfaſſung des Jahres 1831, und es würde klug und geſchickt ſein, bei den einzuleitenden Verhandlungen an dieſe Verfaſſung und ihre Beſtimmungen anzuknüpfen.

In Heſſen beſteht bekanntlich ein ſogenannter ſtändiger Ausſchuß des Landtags aus fünf Perſonen beſtehend, die ſomit recht eigentlich eine Vertrauensſtellung im hervorragendſten Sinne des Worts einnehmen. Wenn die Regierung dieſen

Ausſchuß beauftragte, ſich aus Mitgliedern der Ständeverſamm- 1867
lung bis auf eine beliebig feſtzuſetzende Höhe zu ergänzen, ſo 7. 8.
würde ſie damit nicht allein einen Beweis ihrer Achtung vor den verfaſſungsmäßigen Zuſtänden des Landes geben, ſondern gleichzeitig ſehr klug handeln, da in der Sache ſelbſt nur dasſelbe Reſultat erreicht würde, welches jeder andere Modus für die Auswahl der Vertrauensmänner ebenfalls herbeiführen würde — d. h. es würden diejenigen Perſonen gewählt werden, welche auch die Regierung bei ganz einſeitigem und unabhängigem Vorgehen berufen müßte, um mit einiger Ausſicht auf Erfolg Verhandlungen eröffnen zu können.

Abgeſehen von den beklagenswerthen Verordnungen des Grafen Lippe, die einmal gegeben und nicht ohne Weiteres zurückzunehmen ſind, würden die heſſiſchen Vertrauensmänner zwei desideria vornehmlich betonen:

1. die Sicherſtellung des Staatsſchatzes und des Laudemialfonds.
2. die Bildung einer Provinzialvertretung.

Wenn finanzielle Gründe für die Einziehung des Staatsſchatzes und des Laudemialfonds ſprechen, ſo ſollten höhere politiſche Rückſichten doch eine andere Entſcheidung treffen laſſen. Zudem wäre es, was den letzteren Fonds betrifft, geradezu eine ſchreiende Ungerechtigkeit, ihn der Provinz zu entziehen.

Der Laudemialfonds aus Ablöſungs-Summen ꝛc. gebildet, hat nur durch den Eigenſinn des Kurfürſten nicht diejenige Verwendung gefunden, welche er finden mußte und auch in den alten Landestheilen zum Beſten communaler Zwecke gefunden hat. Ihn einzuziehen, hieße die Einwohner der Provinz *da noch ſtrafen*, wo ſie eigentlich Entſchädigung verdienten. Zudem dürfte man, wenn der Wunſch nach einer Provinzialvertretung erfüllt wird, wie kaum zu bezweifeln, dieſer nicht von Hauſe aus die Mittel zu einer erſprießlichen Wirkſamkeit entziehen.

Was die Bildung dieſer Provinzial-Vertretung betrifft, ſo

1867 erſcheint es am angemeſſenſten für Heſſen ſowohl wie auch
7. 8. für Naſſau zwei Kommunallandtage und für die ganze Provinz einen gemeinſchaftlichen Provinziallandtag einzuſetzen. Es erſcheint dies mit Rückſicht auf die beſonderen und eigenthümlichen Verhältniſſe dieſer Landestheile um ſo unbedenklicher, als auch in einzelnen alten Provinzen noch heute ein ähnliches Verhältniß beſteht.

Ob es wünſchenswerth iſt, die heſſiſchen Vertrauensmänner durch Berufungen aus Naſſau zu verſtärken, muß dahin geſtellt bleiben. Es ſcheint faſt, als ob ein zwingender Grund dazu nicht vorhanden wäre, da die Befürchtungen der Naſſauer in Betreff einer ungünſtigen Ordnung der Domanial-Frage — und ſie iſt es hauptſächlich, welche Unruhe erregt — hoffentlich nicht gegründet ſind. Andererſeits aber wäre wohl zu wünſchen, daß die Regierung durch Auswahl geeigneter Perſönlichkeiten aus Naſſau wie aus Frankfurt einen Beweis wohlwollenden Entgegenkommens gäbe, der ſicherlich zur Beruhigung der mit Recht erregten Gemüther beitragen müßte.

Was die Verhältniſſe in Schleswig-Holſtein betrifft, ſo ſind dieſelben ſo eigenthümlicher Art, daß ſich ſchwer ſagen läßt, in welcher Weiſe und mit welchen Mitteln hier am Beſten in dieſer Frage vorzugehen wäre. Von der Regierung gewählte Vertrauensmänner dürften leicht nur das Vertrauen der Regierung, nicht das des Volkes beſitzen, während umgekehrt die vom Volke Gewählten wahrſcheinlich des Vertrauens der Regierung entbehrten. Am angemeſſenſten dürfte es ſein, über die Verhältniſſe, Wünſche und Bedürfniſſe der Herzogthümer ſich vorläufig mit einem der Abgeordneten derſelben zu benehmen, der durch ſeine Kenntniß des Landes, wie durch ruhige Anſchauung und die ertheilte Zuſtimmung zu der neuen Ordnung der Dinge eine Garantie dafür bietet, daß Parteileidenſchaften ſeinen Rath nicht beeinfluſſen. Als eine ſolche Perſönlichkeit darf der Geh. Rath Francke bezeichnet werden.

Wenn ich noch vor Abgang der Poſt es erlange, werde ich eine Abſchrift eines Briefes einlegen, der ſich über die Lippeſchen Maßregeln und einiges Andere ausläßt. 1867 7. 8.

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. mir wird ſogar geſagt, daß wenn im angedeuteten Sinn in Heſſen ꝛc. verfahren würde, binnen 14 Tagen die Stimmung ſich wieder zu der alten vertrauenden umändern werde. Unter den obwaltenden Umſtänden könne man Sr. Majeſtät noch nicht rathen, Heſſen zu beſuchen.

246.

Kronprinz Albert von Sachſen an Bismarck.

Dresden, den 15. Dec. 1867.

Verehrter Herr Graf,

Ich kann es mir nicht verſagen, Ihnen meinen wärmſten Dank für die Art auszuſprechen, mit der Sie ſich meiner anläßlich des unglücklichen Militärkalenders*) angenommen. Ich 1867 15. 12.

*) „Sachſens Militärvereinskalender" hatte ſich in Klagen darüber ergangen, daß ein Theil der ſächſiſchen Infanterie auf Anordnung der jetzigen Machthaber das Symbol des Preußenthums, die Pickelhaube, hätte auf den Kopf ſtülpen müſſen, daß ferner die noch geſchmackloſere beknopfte Artilleriepickelhaube die Köpfe der braven ſächſiſchen Kanoniere verunziere, daß bei der Generalität der ſchöne Treſſenhut in Wegfall gekommen ſei, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der erzwungene Eintritt in das Bundesverhältniß nur Sachſens nächſte Zukunft binden könne. Der Abg. Wölfel brachte dieſes Elaborat eines ſächſiſchen

1867 15. 12. brauche es wohl nicht erſt zu verſichern, daß mir dieſe Sache ganz fremd, ja daß ich die Exiſtenz dieſes Machwerks kaum ahnte. Doch habe ich dem Redacteur meine Unzufriedenheit zu erkennen gegeben. Es iſt übrigens nichts dahinter zu ſuchen, als Reminiscenzen einer vergangenen Periode. Sie wiſſen, daß dergleichen in den untern Schichten des Volks noch zu haften pflegen, wenn die oberen längſt eines Beſſeren belehrt ſind. Erſtere auf unſern Standpunkt zu bringen, iſt jetzt unſere eifrigſte Sorge. Die Militärvereine ſelbſt ſind ſtreng loyale Körperſchaften, die viel zur Erhaltung conſervativer Geſinnung beitragen (ohne politiſche Zwecke zu verfolgen), daher aber auch gewiſſen Zeitungsſchreibern ein Dorn im Auge ſind. Ein ſolcher (der Redacteur der conſtit. Zeitung hier) war es auch, der dieſe Sache an die große Glocke hing, theils um mir als Mitglied unſeres Hauſes zu ſchaden, nächſtdem in der Hoffnung, das ſo glücklich erreichte Einvernehmen zwiſchen uns und Preußen zu ſtören. Dieſe Abſicht iſt aber an der bewährten und loyalen Haltung Ew. Excellenz gegen uns geſcheitert.

Indem ich daher um die Fortdauer dieſer Geſinnung gegen mein Vaterland und Ihres Wohlwollens gegen mich bitte, verbleibe ich

Ihr ergebener

Albert, Kronprinz v. Sachſen.

Partikulariſten im Reichstag am 9. December 1867 zur Sprache, doch Bismarck erklärte, daß Se. Königliche Hoheit ſehr gut Protector der Kriegervereine würde ſein können, ohne mit dieſem Kalender den mindeſten Zuſammenhang zu haben. Er ſei davon um ſo ſicherer überzeugt, als es ganz undenkbar ſei, daß Angeſichts der nationalen, patriotiſchen und vertragstreuen Haltung der Königlich Sächſiſchen Regierung irgend eine amtliche Stelle im ſächſiſchen Lande ſolche Ausdrücke, wie ſie dieſer Kalender über das Bundesverhältniß enthalte, ſanctioniren ſollte, Politiſche Reden III, 380 f.

247.

Bismarck an Kronprinz Albert von Sachſen.

Berlin 19 December 1867.

Durchlauchtigſter Kronprinz,
Gnädigſter Herr.

Eure Königliche Hoheit haben mir durch das gnädige 1867
Handſchreiben vom 15 eine hohe Freude bereitet und wollen 19. 12.
Höchſtdieſelben mir geſtatten, meinem unterthänigſten Danke durch dieſe Zeilen Ausdruck zu geben. Die gnädige Anerkennung, welche Eure Königliche Hoheit meinen Bemühungen zur Abwehr unberechtigter Inſinuationen zollen, dient mir zur Ermuthigung in dem Beſtreben, durch Kräftigung des gegenſeitigen Vertrauens die Schwierigkeiten der neuen Situation zu überwinden. Ich ſehe es als die nächſte Aufgabe der Bundespolitik an, dahin zu ſtreben, daß alle Bundesgenoſſen Preußens, namentlich aber der hervorragendſte unter denſelben, das Königreich Sachſen, es nicht bloß als eine Vertragspflicht, ſondern als ein werthvolles Recht anſehen, dem Bunde anzugehören, ein Recht, welches von allen Betheiligten hoch genug angeſchlagen wird, um im eignen Intereſſe für ſeine Erhaltung und Ausbildung einzutreten. Dieſe Bedeutung kann der Bund für ſeine hohen Genoſſen nur dann haben, wenn den Souveränen die Ueberzeugung bleibt, daß ſie durch die Centraliſirung eines Theiles ihrer Rechte in der Hand Eines unter ihnen eine nach menſchlichen Begriffen ſichere Bürgſchaft für die Geſammtheit ihrer ſonſtigen Rechte erworben haben, und daß letztere gegen den Druck innerer Bewegung ebenſo gewiß geſchützt iſt wie gegen äußere Gefahren. In dieſem Sinne der Gegenſeitigkeit und Solidarität unter den hohen Genoſſen des Bundes ſehe ich es für eine Pflicht des Bundeskanzlers an, das Anſehn und die Rechte der Fürſtlichen Häuſer innerhalb des

1867 Bundes mit ebenſo gewiſſenhaftem Eifer zu wahren wie das
19. 12. des eignen Landesherrn. Dem Durchlauchtigen Hauſe Eurer Königlichen Hoheit gegenüber macht meine perſönliche Verehrung mir dieſe Aufgabe zu einer Pflicht, die ich jederzeit mit freudiger Bereitwilligkeit erfüllen werde.

Indem ich Eurer Königlichen Hoheit den wiederholten Ausdruck meines unterthänigſten Dankes zu Füßen lege, verharre ich

in tiefſter Ehrerbietung

v. Bismarck.

248.

Bismarck an v. der Marwitz.

Berlin 24 Januar 1868.

Lieber Marwitz

1868 Auf Deinen Brief erwidere ich in der Eile der Geſchäfte,
24. 1. daß ich mich mit dem Dieſt'ſchen Antrage*) weder einverſtanden erklärt habe, noch einverſtanden erklären kann.

Es zeigt mir, daß die Organiſation einer Regirung unbekannter iſt, als man glauben ſollte, wenn ſo viele Freunde einer Regirung anzunehmen im Stande ſind, daß eine Geſetzesvorlage, welche urſprünglich auf einer Zuſage an den Provinziallandtag beruht, welche demnächſt im Staatsminiſterium und im Cabinett mit ſorgfältiger Erwägung aller Gegengründe feſtgeſtellt, von Sr. Majeſtät genehmigt und vollzogen, von dem Geſammt-Miniſterium mit Aufwendung aller Kräfte und Argumente in der Commiſſion vertheidigt worden iſt, von einem der Miniſter gewiſſermaßen unter 4 Augen und heimlich zurückgezogen werden könnte. Die Leichtigkeit, mit der man mißverſtanden wird, ſcheint mir ſo groß, daß ich auch dieſen Worten noch die Erläuterung hinzufügen muß, daß dieſelben

*) Auf Zurückziehung des Geſetzentwurfs, betr. die Bildung eines hannöverſchen Provinzialfonds.

keine Bedeutung enthalten, als wären es nur jene äußerlichen Vorgänge, welche mich auch heut an der Vorlage festhalten ließen, sondern daß ich noch heut wie vor 4 Monaten das Princip der Vorlage für das richtige halte, dasselbe, wenn es nicht schon geschehen wäre, noch heut aus eigner Ueberzeugung aufstellen und seine Verwerfung namentlich durch die konservative Partei und aus ihrem Standpunkte für einen politischen Fehler halten würde, der sich voraussichtlich in der Entwickelung sowohl der hannöverschen wie der provinziellen Verhältnisse im Allgemeinen strafen würde. 1868 24. 1.

Ich habe nichts dagegen, daß Du von diesem Briefe jeden Dir gut scheinenden Gebrauch machst.

v. Bismarck.

249.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Hochverehrter Herr Graf!

Aus den Berichten meines Cabinets-Rathes Friedländer ersehe ich zu meiner großen Freude, mit welcher Wärme Euer Excellenz Sich Rumäniens und meiner Interessen annehmen. Es liegt mir am Herzen, nicht zu zögern Ihnen dafür meinen herzlichsten Dank auszudrücken und Euer Excellenz zu bitten überzeugt zu sein, in welchem hohen Maße ich dieses zu würdigen weiß. — Aber auch Preußen wird stets in mir einen eifrigen Vertreter seiner Interessen im Oriente finden. — Graf Keyserling*), der sich mir mit größter Bereitwilligkeit stets zur Verfügung stellt, halte ich au courant aller Ereignisse, so daß er im Stande sein wird, Euer Excellenz immer vollständige Berichte zu liefern. — 1868 27. 1.

Ueber die unbefugte Indiscretion Demetre Bratiano's in Wien**) bin ich entrüstet, ich habe ihm bestimmte Ordres zugehen

*) Graf Heinrich K.

**) Bruder des rumänischen Ministers Joan Bratiano.

1868 27. 1. laſſen, ſtreng in den Grenzen ſeiner Miſſion zu verbleiben, die in der Behandlung der Conſular-Jurisdictions-Frage, Poſt und Patent-Angelegenheit beſteht. — Die Kammer, welche ſich nun conſtituirt hat, wird ihre Arbeiten beginnen und erwarte ich von derſelben unter der gewandten Leitung Bratiano's ein günſtiges Reſultat. —

Indem ich mich nun Euer Excellenz angelegentlichſt empfehle, verbleibe ich, Hochverehrter Herr Graf,

Ihr

Bucareſt, ergebener

15/27ten Jan. 1868. Carl*).

250.

v. der Marwitz an Bismarck.

Berlin den 3. Februar 1868.

Verehrter Freund!

1868 8. 2. Wahrſcheinlich ſind meine Andeutungen äußerſt überflüſſig; indeſſen, ich muß ſie los werden — geſtern Abend war es damit nichts.

Sollte es nicht bei der morgenden Debatte für Dich möglich ſein, darauf hinzuweiſen, daß die Gleichſtellung der alten Provinzen mit Hannover in Bezug auf den heilloſen Fond in Ausſicht genommen ſei? Dies würde noch manches kitzliche Gewiſſen, das durch die Aeußerung des Gold-Onkels**) Commiſſarius in der Commiſſion: für die alten Provinzen könne keine Zuſicherung gemacht werden, tangirt iſt, für die Stimmabgabe beruhigen.

Dein

treu ergebener

v. d. Marwitz.

*) Bismarcks Antwort vom 27. Februar ſ. Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien I, 248 f.

**) v. d. Heydt.

251.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Freitag 6/3 68.

Wenn es Ihre Zeit erlaubt, würde es mir lieb ſein, Sie 1868
am Sonnabend zwiſchen 10 und 12 Uhr Vormittags zu ſprechen. 6. 3.

Da Sie mir neulich ſagten, daß Morgen- und Abendſtunden Ihnen jetzt frei zur Verfügung ſtünden, ſchlage ich Ihnen jene Zeit vor, bitte Sie aber mir aufrichtig zu ſagen, ob Sie morgen etwa verhindert ſind, weil ich dann in der nächſten Woche unſere Beſprechung noch anſetzen möchte.

Ich komme zu Ihnen ins Haus.

Friedrich Wilhelm KPz.

252.

Profeſſor Gelzer an Bismarck.

Ew. Excellenz

haben bei ſehr verſchiedenen Veranlaſſungen, ſeit mehr als elf 1868
Jahren, bei jeder perſönlichen Begegnung, mir Wohlwollen 27. 5.
und — wenn ich meinen Eindrücken glauben darf — auch Vertrauen bewieſen. Dennoch hielt ich es für unpaſſend, ſo lange das Zollparlament noch verſammelt war, durch eine förmliche Anmeldung mir den Anſchein zu geben, als wollte ich auf die ohnehin ſeltenen freien Augenblicke Eurer Excellenz Anſpruch machen; dies dürfte ich um ſo weniger, als ich durch keine beſtimmten geſchäftlichen Aufträge und Vollmachten hieher geführt wurde.

Was mich in erſter Linie nach Berlin rief, iſt dieſelbe Lebensaufgabe, die ſeit meiner Berufung nach Preußen vor einem Vierteljahrhundert meine Seele erfüllt: das Studium

1868 27. 5. der politiſchen und der religiöſen Kriſe unſers Jahrhunderts, ein Studium, nicht allein aus Büchern und Handſchriften, ſondern aus der Mitte des bewegten Lebens, in unmittelbarer Berührung mit den handelnden Perſonen und den Ereigniſſen — getragen von dem unerſchütterlichen Glauben an den deutſchen Beruf Preußens und an den europäiſchen Beruf Deutſchlands. — Mir ſelber und denen, die auf mein Wort hören, Rechenſchaft zu geben von dieſem Glauben (privatim und öffentlich) in Wort und That: das iſt der leitende Gedanke meines Lebens und meiner Arbeiten. —

Eben darum wollte ich es nicht verſäumen, in dieſem Sinn Ew. Excellenz von meiner Anweſenheit in Kenntniß zu ſetzen, mit voller Bereitwilligkeit, über Alles was Ew. Excellenz von mir zu wiſſen wünſchen, wie früher, unumwunden Rede zu ſtehen. Mit Hochachtung und Ehrerbietung

Ew. Excellenz

Berlin, 27. Mai 1868. dienſtwillig ergebener

Am Jahrestag der Unterzeichnung des deutſchen Zollvereins in Berlin 1829! H. Gelzer.

Adreſſe: Profeſſor Dr. Gelzer Thiergarten-Hôtel, Potsdamer Platz.

253.

Präſident Simſon an Bismarck.

Hochgeborner Graf

Hochverehrter Herr Bundeskanzler und Miniſter-Präſident,

1869 31. 1. Des Königs Majeſtät haben, wie durch ein Telegramm des Herrn Juſtiz-Miniſters*) zu meiner Kenntniß gebracht wird,

*) Gerhard Adolf Wilhelm Leonhardt.

allergnädigſt geruht, mich zum erſten Präſidenten des hieſigen Appellationsgerichts zu ernennen. 1869 31. 1.

Ich weiß ſehr wohl, wem und wem allein ich dieſe Beförderung zu danken habe, die meiner amtlichen Laufbahn einen mich auf das Tiefſte befriedigenden Abſchluß gewährt. Ew. Excellenz haben, um Sich meiner zu dieſem Behuf annehmen zu können, Manches wohlwollend in Betracht ziehn und Anderes großherzig vergeſſen mögen.

Um ſo unvertilgbarer wird in mir das Gefühl der tiefen Dankespflicht ſein, die Ew. Excellenz mir auferlegt haben und die ich Ihnen gegenüber gern trage. Möchte ich zu — wie auch beſcheidener — Mitwirkung bei den großen Plänen berufen bleiben, die Ihre Seele erfüllen und von denen wir einen anſehnlichen Theil in Bewunderung und Staunen ſich bereits verwirklichen geſehen haben.

Mit den lebendigſten Wünſchen für Ew. Excellenz und mit der Bitte, daß es Ihnen gefallen möge, mir Ihr Wohlwollen zu bewahren, verharre ich in tiefer Verehrung, Herr Graf,

Ew. Excellenz

Frankfurt a/O. 31. Januar 1869.

gehorſamſter Diener
Präſident Simſon.

254.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

25/2 69.

Wie ich vernehme, iſt ernſtlich davon die Rede Münchhauſen, den Ober Präſidenten von Pommern, in gleicher Eigenſchaft nach Oſtpreußen zu verſetzen. 1869 25. 2.

Bei den beſonderen Beziehungen, die ich zur Provinz Pommern habe, werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich den Wunſch ausſpreche, jene Verſetzung nicht eintreten zu laſſen.

1869 25. 2. Münchhauſen hat es in den zwei Jahren ſeiner Amtsführung verſtanden, durch Verſöhnlichkeit und Takt manche Schroffheit zu beſeitigen und Verſöhnlichkeit innerhalb der Parteiungen herbeizuführen.

Nach zweijähriger tüchtiger Einarbeitung in die Geſchäfte und Orientirung innerhalb der Provinz wäre es dringend wünſchenswerth, daß Münchhauſen nun auch Gelegenheit hätte, während einer längeren Reihe von Jahren ſeine Kräfte dem Landestheile gänzlich zu widmen, den er ſo eben genau ſtudirt hat, und in dem er ſich warm fühlt.

Seiner Majeſtät habe ich umſtehende Gründe vorgetragen und zuſtimmende Anerkennung gefunden, worauf ich ermächtigt ward, Sie von meinen Wünſchen in Kenntniß zu ſetzen.

Schließlich erwähne ich noch, daß vorausſichtlich mein Armee Korps in dieſem Herbſt Königs revue haben ſoll, folglich die Anweſenheit eines orientirten Ober Präſidenten dringend erforderlich iſt.

Ihrer ernſtlichen Berückſichtigung empfehle ich hiermit alſo die Belaſſung Münchhauſens in Pommern.

Ihr

ergebenſter

Friedrich Wilhelm KPz.

Statthalter und Kommand. General von Pommern.

255.

Hofmarſchall Graf A. Eulenburg an Bismarck.

H.Q. Schöneberg 10. Sept. 1869.

Abends 3/4 9 U.

1869 10. 9. Seine Königl. Hoheit der Kronprinz bedauert unendlich Euer Excellenz heute verfehlt zu haben, und wünſcht Sie jedenfalls während des Manövers morgen zu ſprechen.

Mit der Tour über Wien iſt Höchſtderſelbe ganz einverſtanden, hat aber gegen Rom ernſte Bedenken. 1869 10. 9.

In größter Verehrung

Euer Excellenz

ganz gehorſamſter

A. Eulenburg.

256.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Königsberg i/P. 15/9 69.

Die Reiſe-Einleitungen ſind jetzt im beſten Gange, nachdem ich mit Zuſtimmung Sr. Majeſtät den Admiral Jachmann hierherberufen habe, um mündlich ſchleunigſt Alles zu beſprechen und anzuordnen. Ferner habe ich an Balan telegraphirt, man möchte mich zu Mitte October in Conſtantinopel anmelden. Wien und Cairo ſind noch nicht benachrichtigt, und möchte ich Sie fragen, ob es nicht rathſam wäre, zunächſt ſich ganz vertraulich in der Kaiſerſtadt zu erkundigen, ob man mich auch haben will, eventualiter aber, wo der Hof zu Anfang October weilen wird. 1869 15. 9.

Vorläufig habe ich meine Abreiſe auf den 5. October angeſetzt, um nicht eine gar zu knappe Zeit für die Türkei und Paläſtina zu haben, ehe ich zu der auf den 17. November anberaumten Canal Eröffnung in Aegypten eintreffe.

Sie deuteten mir in Panſin einige bevorſtehende Diplomaten Verſetzungen an, ohne einen beſtimmten Candidaten für Conſtantinopel zu nennen. Da nun doch wohl während meines Aufenthalts daſelbſt wenigſtens ein des Orients kundiger Geſchäftsträger ſich anweſend befinden müßte, ſo möchte ich Graf Keyſerlingk aus Bucareſt in Vorſchlag bringen. Derſelbe war bereits länger im Orient thätig und wurde damals ſehr

1869 15. 9. gelobt. Vielleicht könnte die Abweſenheit des Fürſten aus Rumänien der Sendung Keyſerlingk's noch Erleichterung gewähren?

Schließlich möchte ich von hier aus Ihnen ein Wort zu Gunſten des Ober Präſidenten von Horn ſagen. In den ſtändiſchen Kreiſen wird in heftigſter und lauteſter Weiſe über ihn geklagt und Alles Mögliche ihm nachgeſagt. Ich aber habe mich perſönlich überzeugen können, daß die Animoſität gegen ihn wirklich ungerecht iſt und daß er für die Provinz Vieles und Tüchtiges leiſtet. Gelänge es ſeinen Gegnern ihn zu ſtürzen, ſo würde ein ſehr brauchbarer Beamter verloren gehen, der, ohne ihm manche Formfehler abſprechen zu wollen, für dieſe Provinz doch entſchieden ein Seegen werden wird. Laſſen Sie mich denſelben hiermit Ihnen warm empfohlen haben!

Ich bin Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

257.

Oberhofmarſchall Graf Pückler an Bismarck.

Euer Excellenz

1869 28. 9. beeile ich mich in Verfolg der ſehr gütigen Zuſchrift ganz ergebenſt zu erwiedern, wie die ſehr dringenden Bitten der Herren Miniſter Seine Majeſtät den König bewogen haben, den Landtag in Perſon zu eröffnen und dazu am 6. wieder in Berlin zu ſein. Aus welchen Gründen die Herrn Miniſter den Plan geändert, da ſelbſt Miniſter von der Heydt Sr. Majeſtät gerathen hatte, zu der bevorſtehenden Eröffnung nicht nach Berlin zu kommen, kann ich nicht recht erfahren, da jeder der Herrn einen anderen Beweggrund angiebt.

Jedenfalls wollen Seine Majeſtät nach der Eröffnung wieder auf einige Wochen nach Baden zurückgehen. 1869 28. 9.

Daß Eure Excellenz auch die Königin bezaubert, freut mich ſehr, und würden einige nichtsſagende Aufmerkſamkeiten hinreichen, dies gute Vernehmen zu erhalten.

Graf Beuſt hat Ihrer Majeſtät der Königin gar nicht gefallen.

Der König hat heute beſtimmt, daß außer General v. Stoſch noch der Flügeladjutant Graf Lehndorff den Kronprinzen auf der bevorſtehenden Reiſe*) begleiten ſoll. Der Kronprinz gedenkt am 3. abzureiſen, um in Baden von der Königin Abſchied zu nehmen.

Mit den beſten Wünſchen für Dero Wohlergehen unterzeichne ich mich

Euer Excellenz

ganz ergebenſter Diener

Pückler.

Berlin,
am 28ten Septembre
1869.

258.

Fürſt Karl von Rumänien an Bismarck.

Weinburg, 22ten Oct. 1869.

Euer Excellenz

ſuche ich in der ländlichen Ruhe mit meinen beſten Grüßen auf, um Ihnen vor Allem meine Verbindung mit der Prinzeſſin Eliſabeth zu Wied anzuzeigen. Bei dem ſo regen Intereſſe, das Euer Excellenz an meinem Schickſale und dem meines Landes nehmen, bin ich im Voraus von Ihren guten Wünſchen 1869 22. 10.

*) Nach Egypten.

1869 22. 10. für dieſe Verbindung überzeugt, die um ſo bedeutungsvoller für mein Leben iſt, als ich ſie frei von allen politiſchen Combinationen, nur der Eingebung des Herzens folgend, eingegangen bin. — Auf meiner Reiſe habe ich die Ernennung des Grafen Keyſerlingk zum Geſandten in Conſtantinopel vernommen. — Wie ich einer Seits bedauere, dadurch einen treuen Rathgeber zu verlieren, freut es mich doch, die Beförderung des Grafen als eine Anerkennung ſeiner Thätigkeit in Bucareſt betrachten zu können, und hoffe ich, daß er auch in Conſtantinopel in ſeiner einflußreicheren Stellung mir ſeine treue Geſinnung bewahren wird, um, wenn es die Verhältniſſe erfordern ſollten, auch da meine Intereſſen nach Möglichkeit zu ſtützen und zu fördern. —

Was den jetzt vacanten Poſten in Bucareſt betrifft, ſo wäre es mir ſehr angenehm, wenn die Umſtände geſtatten ſollten, denſelben durch eine mir von früher her bekannte Perſönlichkeit beſetzt zu ſehen. Euer Excellenz erlaube ich mir deshalb Herrn v. Radowitz zu nennen, als einen Mann, der, wie ich glaube, alle Eigenſchaften beſitzt, um in Bucareſt die Preußiſche Regierung würdig zu vertreten und der zugleich ſeinem liebenswürdigen Character nach beſonders geeignet wäre die wärmſten Relationen zwiſchen der Regierung Sr. Majeſtät des Königs und der meinigen aufrecht zu erhalten.

Euer Excellenz verfehle ich nicht noch meine beſten und aufrichtigſten Wünſche für die völlige Wiederherſtellung Ihrer Geſundheit auszuſprechen und verbleibe in vorzüglichſter Hochachtung

Euer Excellenz ergebener

Carl.

259.

Miniſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin den 29. October 1869.

Euer Excellenz

geneigtes Schreiben vom 28. c.*) iſt mir heute Abend zugegangen 1869
und hat mir daſſelbe große Freude gemacht, wenngleich ich 29. 10.
das Vertrauen zu Ihrer Leitung nicht gerade auf alle meine nunmehrigen Collegen ausdehnen kann. Die Verſtändigung mit Sr. Majeſtät bot durchaus keine Schwierigkeiten, der König ließ mir gleich durch Graf Eulenburg ſagen, daß er meinen politiſchen Standpunkt kenne und nicht anfechte, er hat mich am 27. aufs Gnädigſte empfangen und Sich mit mir faſt eine Stunde lang über die verſchiedenſten Punkte unterhalten.

In Bezug auf den Steuerzuſchlag wurde gleich anerkannt, daß er nicht bewilligt werden würde (ich habe Werth darauf gelegt, dieſe Thatſache zu konſtatiren) und daß man weder mir zumuthen könne, mit einem ausſichtsloſen Debut zu beginnen, noch den Mitgliedern der Regierungspartei, ſich nutzlos ihren Wählern gegenüber zu kompromittiren. Es handelte ſich daher um die Mittel zur Abhülfe. Ich verwies vor allen Dingen auf ein anderes Syſtem hinſichtlich der Tilgung der Staatsſchulden, worüber ich im Frühjahre dem Miniſter v. d. Heydt ein leider völlig unbenutzt gebliebenes Promemoria vorgelegt habe. Ich verwies ferner auf die in Hannover und Naſſau zu bewirkenden Verkäufe von kleinen, auf 3 bis 6 Jahre verpachteten und ſchlecht bewirthſchafteten Ackerparcellen; dann auf die Thunlichkeit, einen mäßigen Betrag von Schatzanweiſungen auszugeben, endlich erklärte ich, daß die Seehandlung ohne die geringſte Beeinträchtigung ihres Geſchäftsbetriebes mehrere Millionen abgeben könne. Einen präciſirten Vorſchlag behielt

*) Concept nicht vorhanden.

1869 29. 10. ich mir vor, bis daß ich durch Rückſprache mit meinem Perſonal nähere Informationen eingezogen. Se. Majeſtät war mit Allem vollkommen einverſtanden und beauftragte mich, Ihm perſönlich über den weiteren Fortgang zu reſeriren, ich möchte dies aber vermeiden, bis ich vorab Euer Excellenz Einverſtändniſſes verſichert bin.

Sofort nach dem am 27. Nachmittags erfolgten Antritte meines Amtes habe ich meine Fragen gleich auf wunde Flecken gerichtet, ſie ſetzten mich ſchon am 29. c. in den Stand, mündlich die Skizze eines Planes zu entwerfen, mit dem ſich Graf Eulenburg überall einverſtanden erklärte und den er geſtern Abend Ihnen reſerirt haben wird, den ich indeſſen der Sicherheit halber hier wiederholen will.

1. Die Einnahmen des Staatsſchatzes, welche bekanntlich von nun ab zur Beſtreitung der laufenden Staatsausgaben verwandt werden müſſen, werden ſich pro 1870 in der Wirklichkeit um mindeſtens 1300000 Thlr., wahrſcheinlich um 1500000 Thlr. höher herausſtellen, als im Etat angenommen iſt. Ich habe Auftrag ertheilt, mir das genau nachzuweiſen, einſtweilen muß ich mich auf die Angaben der Räthe verlaſſen.

2. In Bezug auf die Schuldentilgung wird es rathſam ſein, zuerſt mit der Umwandlung der dazu geeigneten 4⅓ %igen Anleihen vorzugehen, wodurch eine Minderausgabe von etwa 1⅓ Mill. Thaler ſich erzielen läßt. Bei der günſtigen Aufnahme, die meine heutige Andeutung im Abgeordneten-Hauſe fand, verdient die Frage noch eine ſorgfältige Erwägung, ob man nicht ſehr bald die Umwandlung der Staatsſchuldſcheine folgen läßt, was eine Minderausgabe von mehr als 2200000 Thlr. herbeiführen würde [1]).

3. Der vorgelegte Geſetzentwurf wegen Verbriefung der am 15. März, 1. April und 1. Mai k. J. fälligen Schatzanweiſungen ſollte, wie ich vernommen habe, dem Miniſter v. d. Heydt abgeſchlagen werden. Man wird zugeſtehen müſſen,

daß der jetzige Zeitpunkt für die Verbriefung nicht geeignet iſt, 1869
es liegt aber im Regierungsintereſſe, die Befugniß zur Ver- 29. 10.
briefung — die von den bisherigen alljährlichen Bewilligungen unabhängig macht — zu erlangen, dergeſtalt, daß der Zeitpunkt, wann von dieſer Befugniß Gebrauch zu machen ſei, demnächſt unter Genehmigung Sr. Majeſtät des Königs lediglich ſeitens der Verwaltung zu beſtimmen iſt[2]). Zur Unterſtützung dieſer Anforderung hätte man die Unzweckmäßigkeit der jetzigen Schatzanweiſungen, die auf ein volles Jahr laufen und jedesmal in einem kurzen Zeitabſchnitte, zuletzt vom 15. März bis 1. Mai 1869 ausgegeben worden ſind, darzulegen, darauf hinzuweiſen, daß man Schatzanweiſungen auf ſechs Monate laufend ausgeben und die Begebung mehr auf das ganze Jahr vertheilen muß u. ſ. w. Dieſen 13 Millionen könnte man für die Deckung des Deficits 2—3 Millionen hinzufügen. Ob man der Verwaltung das Recht der Verbriefung zu einem geeigneten Zeitpunkte für immer oder für einen mehrjährigen Zeitraum bewilligen wird, ſteht dahin, ich würde Anſtrengungen machen, es zu erlangen. Würde es verſagt, ſo würde die derzeitige Abhängigkeit der Regierung nicht verſchlimmert, denn es iſt gleichgültig, ob 13 oder 15 Millionen zu bewilligen ſind, würde es bewilligt, ſo würde die Staatsregierung in eine unabhängigere Lage gerathen.

Euer Excellenz werden gleich wahrgenommen haben, daß alle 3 Vorſchläge darauf Bedacht nehmen, die Macht der Regierung nicht ſchmälern zu laſſen. Im Uebrigen beabſichtige ich ein Syſtem verſtändiger Sparſamkeit (nicht Knauſerei) einzuführen, das viel Geduld und nachhaltige Anſtrengung erfordern, aber auch am ſicherſten zu einem völlig geſunden Zuſtande zurückführen wird. Hierbei muß ich am meiſten auf Ihre kräftige Unterſtützung hoffen.

Die obige Skizze betrachte ich als einen völlig annehmbaren, aber nur vorläufigen Plan, indem ich es ſehr wohl für

1869 möglich halte, noch beſſere Kombinationen aufzufinden, wenn
29. 10. ich erſt tiefer eindringen kann. Meine Thätigkeit zählt erſt nach Stunden, und von dieſen ſind recht viele durch Anforderungen aller Art in Anſpruch genommen worden. Es wird mir angenehm ſein, wenn Euer Excellenz baldigſt, vielleicht durch ein Telegramm, mir mittheilen, ob Sie mit den Grundzügen des Planes einverſtanden ſind, dann werde ich alsbald darüber im Staatsminiſterium und Sr. Majeſtät mündlichen Vortrag halten.

Mit vollkommener Hochachtung
Eurer Excellenz
ganz ergebenſter
Camphauſen.

Randbemerkungen Bismarcks:

[1]) ja.

[2]) läuft gegen die Politik der Oppoſition, ſchwerlich bewilligt.

260.

Bismarck an Präſident Delbrück.

Varzin 5 Nov. 1869.

Verehrteſter Herr Präſident

1869 Der Carlsbader erlaubt mir nicht viel zu ſchreiben, ich
5. 11. ſchicke daher nur ein Fragment deſſen was ich ſagen möchte. Daß Camphauſen in den Bundesrath muß, ſehe ich ein, unabhängig von der Contraſignaturfrage. Ich möchte, daß ſein Eintritt nicht zu lange nach dem ins Miniſterium, alſo bald erfolgt, und würde der Kopfzahl wegen wünſchen, daß dafür eins der dem Finanzminiſterium entſtammenden Mandate zurückgezogen wird. Welches, darüber bitte ich um Ihre Meinung. Daß Camphauſen mit ſeinem Eintritt in den Bundesrath ein-

verſtanden iſt, ſetze ich voraus, erſuche Sie eventuell es zu conſtatiren und mir dann den ad regem zu richtenden Antrag entwerfen zu wollen. Die Motivirung könnte das Bedürfniß präciſerer Einheit der Bundesfinanz-Verwaltung mit der Preußiſchen hervorheben, und nebenher, für den König aber von durchſchlagendem Gewicht, die Erleichterung, die für mich daraus hervorgeht, daß der Finanzminiſter nicht durch mich, ſondern direct ſeine Verſtändigung mit dem Bunde und in demſelben bewirkt. Das letztre Motiv militirt auch vorzugsweiſe für Ihre eigne Betheiligung an den Sitzungen der Preußiſchen Miniſter. Die Maßregel muß nicht als eine politiſche, ſondern als Geſchäftserleichterung Sr. Majeſtät vorgetragen werden. Das principielle Einverſtändniß des Königs habe ich in dieſem Sinne auf mein Ihnen bekanntes Schreiben bereits erhalten. Um den formalen Antrag zu ſtellen, muß ich die Sache aber erſt im Staatsminiſterium zur Sprache bringen. Schwierigkeiten erwarte ich dort nicht, denn ſachlich könnte ja nichts dagegen eingewendet werden, wenn Sie als generell von mir ſubſtituirt in jeder Sitzung erſchienen. Daß der König Ihnen dabei den Titel als Staatsminiſter giebt, halte ich unentbehrlich, wegen Ihrer Stellung im Bundesrathe. Ich möchte, daß es dabei bliebe, daß Frieſen*), wenn er da iſt, präſidirt, und Sie, wenn er nicht da iſt. Zu dieſem Behufe müſſen Sie Sich aber, wenn mehre unſrer Miniſter eintreten, den Titulaturwechſel gefallen laſſen; der des Präſidenten des B.K.A.**), dem Sie einen ſo guten Namen gemacht haben, kann ja der übliche und geläufige bleiben, wird aber ein für alle Mal, wie ich glaube, eine miniſterielle Stellung werden müſſen, ein Miniſter für Bundesangelegenheiten. Ich denke mir, daß mit der Zeit der Kanzler für innere Bundesſachen eine Art von Mikado und der Präſident der Taikun werden wird. 1869 5. 11.

*) Kgl. Sächſiſcher Miniſter und Bevollmächtigter zum Bundesrath.
**) Bundeskanzler-Amts.

1869 6. 11. Zunächſt bitte ich alſo um Entwurf von Bericht und Ordre wegen Camphauſens Ernennung in den Bundesrath, und werde Ihnen in dieſen Tagen mein Schreiben an das Staatsminiſterium Behufs Ihrer Betheiligung zur vertraulichen Kenntnißnahme und Kritik einſenden.

v. Bismarck.

261.

Staatsſecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 8. Juli 1870.

Verehrter Chef,

1870 8. 7. Benedetti, der mir bei ſeiner Abreiſe (vor dem Platzen der ſpaniſchen Bombe) geſagt, daß er auf der Fahrt nach Wildbad nur einen Tag in Coblenz bleiben wolle „pour se rendre à une ancienne invitation de la Reine“ ſcheint nach den Zeitungen dort länger zu verweilen. Die Abſicht iſt klar.

Gehorſamſt und getreulich

v. Thile.

262.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Petersburg, Januar 1871.

Verehrteſter Chef,

1871 ? 1. Ihrem telegraphiſchen Auftrag gemäß habe ich heut Sr. Majeſtät dem Kaiſer und der Großfürſtin Helene Ihre Glückwünſche ausgerichtet. Seine Majeſtät trugen mir auf, Ihnen zu danken. Die Großfürſtin antwortete mir durch ein ſehr freundliches Billet. Ich lege es hier bei, weil es Ihnen Freude machen wird von ihrer Hand den Ausdruck ihrer treuen Geſinnungen zu leſen. Sie iſt ſich unverändert gleich geblieben.

Sie verſteht, warum wir Krieg führen, und weiß, daß wir 1871
dieſen Kampf nicht abbrechen können wie ein Theaterſtück. Sie ? 1.
iſt deshalb auch fern von allem ſchwächlichen Gewinſel, welches hier Mode iſt unter den Damen und wozu die Allerhöchſte den Ton angiebt.

Der Kaiſer, wenn er auch den Frieden wiederhergeſtellt ſehen möchte, läßt ſich doch nicht von dieſen Klageweibern anſtecken und iſt korrekt. Er iſt noch unter dem traurigen Eindruck eines Unglücksfalles, der vor einigen Tagen auf der Jagd paſſirte. Vor ſeinen Augen wurde auf der Bärenjagd der Jäger-Meiſter Scariatin durch ſeine Unvorſichtigkeit unter dem Feuer erſchoſſen. Er kroch mit geſpannter Büchſe in der Deckung einem angeſchoſſenen Bären nach, wobei ſich das Gewehr wahrſcheinlich durch Streifen an einem Baum entlud. Der Kaiſer war ganz außer ſich und die ganze Epiſode ſehr traurig.

Von ganzem Herzen wünſche ich Ihnen gute Geſundheit im neuen Jahre und daß Sie bald Ihren Namen unter einen glorreichen Frieden ſetzen können.

In aufrichtigſter Verehrung

Ihr

ſehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

263.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Gütergotz, 3. Juli 1872.

Das lange Dienſtſchreiben, mit dem ich Sie ſchon am 1872
18. v. M. bedrohte und welches ich heute in Ihr Tusculum 3. 7.
ſchleudere, ja ſchleudern muß, kann ich nicht abgehen laſſen, ohne Sie wegen dieſes Attentates gegen Ihre Ruhe und Ihr

1872 Behagen gründlichſt um Verzeihung zu bitten. Aber ich konnte
8. 7. mich der dazu drängenden Nöthigung nicht erwehren. Die Angelegenheit iſt für mich ernſt, ſehr ernſt, vielleicht auch ein wenig für Sie, mein durchlauchtiger alter Freund. Und weil ich Sie, Dank Ihrer Güte, ſo nennen darf, ſo werden Sie mir auch die Bitte um zwei Worte diktirter Rückäußerung nicht abſchlagen; ich bedarf ſolcher, um mich zu legitimiren. Wenn ich Ihnen ſage, daß eine Abſchrift meines Dienſtbriefes nach Ems geht, ſo werden Sie mich verſtehen. — In der That aber bin ich, ganz abgeſehen von jeder Rückſicht auf Allerhöchſte Anſichten, ſelbſt und perſönlich ganz eingenommen von der Ihnen vorgetragenen Nothwendigkeit. Alſo bitte eine Rückäußerung, die den Herrn — und kann es ſein — auch mich beruhigt.

Nun nur noch meinen herzlichen Gruß! Wie warm und aufrichtig meine Wünſche für Ihr Retabliſſement ſind und ſein müſſen, könnten Sie wiſſen. Möchten Sie meines heutigen Diktats wegen nur nicht daran zweifeln!

In etwa 10 Tagen muß ich nach Marienbad, wie der thörichte Böger will, der meine Frau dorthin ſchon vorausgejagt hat. Jünger werde ich dort wohl auch nicht werden, aber vielleicht auch nicht älter.

Gott mit Ihnen und den verehrten Ihrigen! ich küſſe der Fürſtin die Hand, in tiefſter und wärmſter Verehrung. Möchten Sie doch alle recht friſch und gekräftigt zu der alten Marterbank zurückkehren! Denn wills Gott, ſo müſſen Sie daran noch eine Weile aushalten, bis wieder Einer da iſt, dem Ihre ausgetretenen Schuhe einigermaßen paſſen.

In treuſter Verehrung

Ihr

herzlich ergebener

alter

Roon.

264.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Berlin ce 15 Nov. 1872.

Cher Prince

Je ne saurais quitter Berlin sans Vous exprimer le regret 1872
de ne pas avoir pu vous y serrer la main et surtout celui de 15. 11.
la cause qui motive votre absence. Tous mes voeux sont pour un prochain rétablissement de votre santé. Personne comme homme privé et comme homme public n'en reconnaît d'avantage la valeur.

Je ne veux pas être indiscret en vous fatiguant; mais je n'aurai pas répondu à un besoin du coeur, si je m'étais refusé de réclamer par quelques lignes votre bon souvenir et de vous renouveler l'expression des sentiments invariables que je vous ai voués d'ancienne date.

Veuillez me mettre aux pieds de Madame la Princesse et me croire,

tout à vous

Gortschakow.

265.

Bismarck an Fürſt Gortſchakow.

Varzin ce 20 Nov. 1872.

Cher Prince

je vous remercie de tout mon coeur d'avoir pensé à moi en 1872
passant par Berlin; parmi les privations que m'impose l'état 20. 11.
de ma santé, celle de ne pas avoir pu vous serrer la main à votre passage m'est des plus sensibles. J'ai noué bien des relations officielles dans ma vie, mais celle avec vous, mon cher Prince, c'est la seule qu'il me tiendrait à coeur de con-

1872 20. 11. tinuer après la cessation des rapports officiels, et si Dieu nous donnait un temps de repos avant la mort, je serais bien heureux de le passer avec vous comme voisin à la campagne. Pardonnez-moi cette ébullition de sentimentalité allemande, car elle est sincère; vous êtes le seul homme d'État en Europe avec lequel je puisse retracer vingt ans d'affaires sans me souvenir d'un moment d'amertume. Il n'y avait pas toujours communauté d'intérêts, mais toujours droiture de gentilhomme et bienveillance. Ce n'est que dans la position de ministre surchargé d'affaires que j'ai appris à apprécier toutes les bontés et toutes les indulgences que vous avez eues pour moi quand j'étais à Pétersbourg, et parmi mes défauts je n'ai pas celui d'être ingrat.

Ma santé m'oblige toujours de me tenir en dehors des affaires, mais je suis convaincu que je pourrais y rentrer, si jamais mes collègues voulaient me laisser deux mois de repos sans interruption. Toujours j'espère que le Roi voudra bien accueillir ma demande de me dispenser en définitive de toute participation aux affaires intérieures de la Prusse et de restreindre mes occupations à la gestion des affaires étrangères et de celles de l'Empire Germanique. Les affaires intérieures sont celles qui usent mes forces parce qu'elles m'imposent une responsabilité sans autre autorité que celle de la prière et de la persuasion.

v. Bismarck.

266.

Botſchafter Graf H. v. Arnim an Bismarck.

Paris, den 17. Januar 1873.

1873 17. 1. Der Dr. Evans theilte mir mit, daß vor einigen Tagen ein von ihm gehegter Verdacht — daß Graf Cavour durch eine Cigarre vergiftet ſei — eine ganz poſitive Beſtätigung ge-

funden habe. Er ſei feſt von der Wahrheit ſeiner Behauptung überzeugt. — 1873 17. 1.

Auch glaube er aus einigen Aeußerungen, die er gehört habe, ſchließen zu müſſen, daß gewiſſe Fanatiker ſeiner Religion — Evans iſt Katholik — nicht abgeneigt ſeien, mit Ew. Durchlaucht dieſelbe Operation vorzunehmen. — Er bat mich ausdrücklich, Euer Durchlaucht nicht ungewarnt zu laſſen.

Die Aeußerung, welche er gehört habe, laſſe ihm keinen Zweifel darüber, daß es Perſonen gäbe, welche Ew. Durchlaucht „Lieblingsgewohnheit“ zu Ihrer Tödtung benutzen wollten. — „Does Prince Bismarck smoke much?“ fragte er mich. Auf meine bejahende Antwort ſagte er, daß er dann ganz ſicher ſei, daß die Cavourſche Cigarre eine Rolle ſpielen ſoll. Ich bemerke incidenter, daß vergiftete Cigarren auch in Liſſabon im Jahre 1872 bei den vielen Todesfällen in der Königsfamilie eine Rolle ſpielten.

Mir erſcheinen dergleichen Dinge immer ſehr unwahrſcheinlich. Indeſſen wäre das Kunſtſtück, Ihnen eine Kiſte vergifteter Cigarren zu ſchenken, nicht ſehr groß, namentlich wenn der Geber keine Scheu hat, gleichzeitig noch mehrere andre Perſonen aus Verſehen mit um das Leben zu bringen.

Dr. Evans ſchien ſelbſt von dem Ernſte ſeiner Befürchtungen überzeugt zu ſein. Daher habe ich es nicht auf mich nehmen wollen, die Sache unerwähnt zu laſſen.

Arnim.

267.

v. Scheele an Bismarck.

Berlin, 9. 4. 73.

Euer Durchlaucht

hoher Erwägung darf ich gehorſamſt anheimſtellen, ob Hochſie den Herrn Miquél zu Sich beſcheiden laſſen möchten, um 1873 9. 4.

1873 9. 4. ihn für Einbringung des Reichs-Eiſenbahngeſetzes — in der nunmehr beliebten abgekürzten — Form zu intereſſiren. Beide über das Reichseiſenbahnweſen vom Reichstage angenommenen Anträge führen den Namen Miquél. Schon deßhalb möchte, von der unter den parlamentariſchen Großwürdenträgern herrſchenden Eiferſucht ganz abgeſehen Herr Miquél einen ſtärkern Anſpruch auf ein freundliches Wort des Herrn Reichskanzlers haben, als Herr Bamberger, und ich glaube ausreichenden Grund zu der Befürchtung zu haben, daß ohne gemeinſchaftliches Vorgehen Miquéls und Bambergers Euer Durchlaucht Abſicht ſcheitern könnte.

Ehrerbietigſt und
ganz gehorſamſt
Scheele.

268.

Miniſter B. v. Bülow an Bismarck.

Klein Flottbeck, den 29. Juni 1873.

Verehrteſter Fürſt

1873 29. 6. Mit aufrichtigem Dank für die mir gewährte Friſt kann ich Eurer Durchlaucht nunmehr anzeigen, daß ich Ihrer ehrenvollen Aufforderung Folge zu leiſten bereit bin, ſobald mir die von den Großherzogen von Mecklenburg zu erbittende Entlaſſung zu Theil geworden ſeyn wird. Ich enthalte mich auf die ernſten Bedenken zurückzukommen, welche Mißtrauen in die eigenen Kräfte und ſo manche andre Erwägung mir nahe legen: nach gewiſſenhafter Ueberlegung finde ich meine beſte Beruhigung darin, daß Eure Durchlaucht jene Bedenken kennen und daß ich, wie viel mir auch ſonſt mangelt, doch den Werth von Eurer Durchlaucht Vertrauen und die Ehre zu ſchätzen weiß, unter Ihrer Leitung und in einer ſolchen Stellung Sr. Majeſtät dem Kaiſer und dem Reich zu dienen.

Mit Rückſicht auf meine Entlaſſung darf ich bitten, mich 1873
zu verſtändigen, wann und ob mit Angabe der an mich er- 29. 6.
gangenen Aufforderung ich dieſelbe nachzuſuchen haben werde. Was den Zeitpunkt des Eintritts angeht, ſo war es mein Plan und iſt im Hinblick auf eine arbeitvolle Zukunft faſt eine Nothwendigkeit, von hier nach Marienbad zu gehen; indem ich um das Programm meines Eintritts und der nächſten Monate bitte, erlaube ich mir nur hinzuzufügen, daß etwas Freiheit ein dankbar anerkanntes Geſchenk ſeyn wird, ich übrigens ſelbſtverſtändlich zu Eurer Durchlaucht Dispoſition ſtehe.

Genehmigen Eure Durchlaucht auch heute den Ausdruck der treuen Ergebenheit und Verehrung, in der ich bin

Eurer Durchlaucht

ganz gehorſamſter

B. Bülow.

269.

Bismarck an Miniſter B. v. Bülow.

Varzin 7 Juli 1873.

Verehrter Freund

Mit verbindlichſtem Dank habe ich Ihr Schreiben vom 1873
29ſten erhalten und bitte nun meinerſeits um eine Friſt Be- 7. 7.
hufs der weitern Entwickelung, die durch meine Trennung von Sr. Majeſtät eine ſchwierige iſt und eine Störung der eingetretenen Ferien herbeiführen kann, wenn Empfindlichkeiten explodiren. Wie ich Ihnen ſagte, verſagt der Kaiſer die Ernennung Balans, nachdem der letztere ſeit faſt einem Jahre die Geſchäfte geführt hat. Ich habe zu ſtarke andere Friktionen zu überwinden, um aus dieſer von Sr. Majeſtät abhängenden Perſonalfrage eine Cabinetfrage zu machen. Aber ich möchte auch Balan, der das nicht verdient, nicht kränken, ich muß dies,

1873 7. 7. ſoweit es geſchieht, Sr. Majeſtät überlaſſen. Das Programm der nächſten Zeit würde ſein: daß ich den Kaiſer von dem Inhalte Ihres Schreibens benachrichtige, aber um Aufſchub der Entſcheidung bis zum 1 September bitte, wo ich Se. Majeſtät in Berlin zu ſehen hoffe. Bis dahin würde Alles beim Alten bleiben. Geſchieht früher etwas, ſo laufen Sie Gefahr, um Marienbad zu kommen, und ich, zum Kaiſer nach Ems gehn zu müſſen, weil Balan möglicher Weiſe die dabei zu Tage kommende allerhöchſte Mißſtimmung gegen ſeine Perſon, an die er bisher nicht glaubt und die er in der That nicht verdient, ſo empfindlich vermerkt, daß er den Abſchied verlangt und die Geſchäfte nicht fortführt. Ich werde alſo Sr. Majeſtät vorſchlagen, die Dinge bis zur Beendigung der verſchiedenen Badekuren im alten Gleiſe fortlaufen zu laſſen. Sollte der Kaiſer das nicht wollen, ſo benachrichtige ich Sie ohne Verzug, ich denke aber, Se. Majeſtät werden einſehn, daß für die nächſten Wochen Jedermann der Ruhe bedarf und Sie des Marienbades. Bis zum Eingang der allerhöchſten Antwort werden ohnehin 8 bis 14 Tage vergehn, und wenn ich remonſtrire, nochmal ſo viel, ſo daß ich denke, wir können uns einſtweilen noch beiderſeits der Sommerfreiheit erfreuen.

Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen, bin ich in alter Freundſchaft

der Ihrige

v. Bismarck.

270.

Fürſt Karl von Rumänien an Bismarck.

Durchlauchtigſter Fürſt!

1878 26. 7. Auf meiner Reiſe in die Hohenzollernſchen Lande habe ich die Marken Deutſchlands nicht betreten können, ohne noch in

unmittelbarerer Weiſe als in der Ferne des Mannes zu ge- 1873
denken, der Deutſchland zur Einheit und zu nie gekannter 26. 7.
Größe geführt hat. Dieſe Gefühle konnten in mir nicht rege werden, ohne gleichzeitig dem Wunſche Raum zu geben, Eure Durchlaucht auf dieſer Reiſe zu begrüßen und Ihnen meine Verehrung perſönlich auszudrücken. — Ich glaube als Fürſt von Rumänien die Eigenſchaften eines deutſchen Fürſten nicht verläugnet zu haben und würde mich glücklich ſchätzen, mich mit Eurer Durchlaucht über die Verhältniſſe an der unteren Donau unterhalten zu können. Der Macht-Einfluß Deutſchlands hat, Dank der Politik Eurer Durchlaucht eine Peripherie erhalten, die weit über die Grenzen Rumäniens hinausliegt, und ſo dürften die Zuſtände des letzteren für Euere Durchlaucht von beſonderem Intereſſe ſein.

Mit der ausgezeichneteſten Hochachtung verbleibe ich

Eurer Durchlaucht

Bad Imnau, ganz ergebener
26. Juli 1873. Carl.

Randbemerkungen Bismarcks:

Wo liegt Imnau?
Wie lange bleibt der Fürſt in Deutſchland, und wo?

Anlagen.

I.

Ganz gehorſamſte Meldung.

Bad Imnau liegt in Hohenzollern-Hechingen, iſt Poſt- 1873
ſtation (nächſte Eiſenbahnſtation Eyach). 4. 8.

Fürſt Carl bleibt, nach Mittheilung ſeines Bruders, des Prinzen Friedrich v. Hohenzollern, noch 14 Tage bis 3 Wochen in Imnau und wollte dann die Rückreiſe nach Bukareſt antreten.

4. Aug. 1873. Radowitz.

Vermerk von Bismarcks Hand:

1873 4. 8. Ich bitte nach Maßgabe der Anlage womöglich zu ermitteln, was der Fürſt beabſichtigt*), ob er erwartet, daß ich nach Jmmau komme, was mir nicht möglich iſt, ob er mir die Ehre erzeigen will, mich hier zu beſuchen, oder ob er darauf rechnet, mich am 2 Sept. in Berlin zu ſehen.

v. B.

II.

Ganz gehorſamſte Meldung.

1873 11. 8. Fürſt Carl von Rumänien iſt geſtern 10. Auguſt nach Sigmaringen gereiſt, wo er bis zum 21. d. M. bleiben will. Am 25. will der Fürſt von Wien die Rückreiſe nach Rumänien antreten; er hatte nicht die Abſicht, vorher nach Berlin zu kommen. Den Zeitungsnachrichten gemäß hatte der Fürſt geglaubt, vielleicht in dieſer Zeit Eurer Durchlaucht in Wien**) begegnen zu können.

11. Auguſt 1873. Radowitz.

Vermerk von Bismarcks Hand:

Bitte mir Antwort zu entwerfen, mit entſprechenden Redensarten und Bedauern, daß Geſundheit mich hier feſthalte.

271.

Staatsſecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, den 10. October 1873.

Eure Durchlaucht

1873 10. 10. wollen mir geſtatten, der offiziellen Meldung meines Dienſtantritts vor Allem die Bitte hinzuzufügen, mir das Vertrauen

*) Fürſt Karl beabſichtigte den Rath Bismarcks wegen ſeiner geplanten Unabhängigkeits-Erklärung einzuholen, Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien II 328.

**) Beim Beſuch der Weltausſtellung.

zu bewahren, dem ich dieſe Stellung und das volle Heimaths- 1873
recht im Deutſchen Reiche danke. Herr v. Balan hat mich in 10. 10.
dieſen Tagen ſehr zuvorkommend und ſehr inſtructiv in den Gang und die Pflichten der laufenden Geſchäfte eingeführt, — die Tage ſind mir aber beſonders deßhalb nützlich und lieb geworden, weil ich in der Werkſtatt ſofort Hand und Geiſt des Werkmeiſters in Action fand und in deren belebender und erleuchtender Erkenntniß meinen Weg ſchon finden werde.

Der Großherzog von Schwerin hat mich bei meiner zweiten Anweſenheit ſehr gnädig und in der reichsfreundlichen Geſinnung, die der vortreffliche Herr immer hat und bewährt, entlaſſen. Ich danke dem Großherzog meine beſten Mecklenburgiſchen Erinnerungen und habe mich ſehr über die Worte gefreut, mit denen er mir beim Abſchied ſein Bild zum Andenken verſprach.

Beim hieſigen diplomatiſchen Corps ſcheint das mot d'ordre zu ſeyn, mich freundlich willkommen zu heißen — ich werde hoffentlich in den Beziehungen den rechten Weg finden. Ich habe meinen bisherigen deutſchen Collegen und den meiſten andern, namentlich Herrn v. Oubril und Bancroft*) Beſuche gemacht. Mr. de Gontaut-Biron hat mir aus Baden-Baden ein Paar Zeilen geſchrieben pour m'offrir tous les complimens à l'occasion de mes nouvelles fonctions — ich habe ihm ebenſo artig in allgemeinen Phraſen geantwortet — weniger angenehm war ein Beſuch des franzöſiſchen interimiſtiſchen Geſchäftsträgers Debains (den ich ſeit alter Zeit kenne und dem ich nicht traue) der mich auf der Treppe überfiel und von allem Möglichen zu reden ſuchte, übrigens ſehr in der Coloratur einer nahen Reſtauration. Herr v. Oubril ſagt mir, daß er aus allen Begegnungen mit Franzoſen, welcher Parthei ſie auch angehörten, in Baden wie in der Schweitz den Eindruck mitgebracht, daß

*) Geſandter der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

1873 10. 10. es ſich nur noch darum handle, ob Henri V. in den nächſten Wochen oder zum Frühjahr proclamirt werde: er perſönlich glaube mehr an das Interim einer Lieutenance-Générale nach Proclamirung der Monarchie, — ein ſolches Unding würde dann wohl dem Character des Prätendenten anſprechen, aber ſchwerlich ſeinen Hoffnungen: mir ſcheint undenkbar, daß die Franzoſen ſo lange ruhig in einer Art Winterſchlaf die Reſtauration erwarten ſollten.

Mit aufrichtigſtem Dank für die durch Herrn v. Radowitz übermittelten Grüße und Beſtellungen darf ich mir die Anfrage erlauben, ob Ew. Durchlaucht mein Erſcheinen in Varzin vor oder nach der Wiener Reiſe*) genehmer ſeyn werde? Ich bin jederzeit mit größter Freude bereit einer telegraphiſchen oder anderweitigen Beſtimmung zu folgen, um ſo mehr, als ſich mit jedem Tage des Lernens hier auch die Augenblicke mehren, wo ich gerne eine Frage frei hätte.

In treuer Verehrung verharre ich

Ew. Durchlaucht

ganz ergebenſter

B. Bülow.

272.

Kriegsminiſter Graf Roon an Bismarck**).

Neuhof bei Oeslau (Coburg) den 12. Octbr. 73.

1873 12. 10. Nachdem ich Sr. Majeſtät vor einigen Tagen meine Bitte um Enthebung von den mir anvertrauten Staatsämtern adreſſirt habe, wende ich mich, unter Anrufung unſerer alten Freundſchaft, an Sie, mein theurer Fürſt, um Sie inſtändigſt

*) Bismarcks zur Weltausſtellung.

**) Nach einem Concept veröffentlicht in Roons Denkwürdigkeiten Bd. III (4. Aufl.) S. 383 ff., hier genau nach dem Original, das einige kleine Abweichungen aufweiſt.

zu bitten, meinem Geſuche nach Kräften Vorſchub zu leiſten. 1873
Ich bin ganz fertig mit meinen geringen Fähigkeiten für den 12. 10.
öffentlichen Dienſt und daher feſt entſchloſſen, die mir obliegenden Amtsgeſchäfte nicht wieder zu übernehmen; es widerſtrebt meinem Ehrgefühl noch länger etwas zu ſcheinen, was ich nicht ſein, wenigſtens nicht *mehr* ſein kann; es verſtieße wider Pflicht und Gewiſſen, alle Ehren und Vorzüge meiner Stellung fortzugenießen mit dem Bewußtſein einer totalen Leiſtungsunfähigkeit wenigſtens für jede amtliche Stellung, welche von ihrem Inhaber eine regelmäßige und andauernde Thätigkeit, nicht blos gelegentliche Impromptus oder irgend eine zufällige rhapſodiſche Leiſtung verlangt. — Auch habe ich die Ueberzeugung meiner Entbehrlichkeit — vielleicht ſchon zu ſpät — gewonnen; dafür iſt dieſelbe aber gegenwärtig ſo ſtark, daß ich ihr unmöglich untreu werden kann.

Ueberraſchen wird mein Entſchluß Niemand, Sie mein verehrter Freund, am wenigſten, der Sie meine wachſende Hinfälligkeit ſeit Jahren beobachten konnten, auch wenn dieſe Hinfälligkeit nicht durch meine 71 Jahre und die letzten 14 Jahre meiner Vergangenheit hinreichend motivirt wäre.

Ich habe Se. Majeſtät gebeten, den General v. **Kameke** an meiner Stelle zum Kriegsminiſter zu ernennen, da das Siameſenthum mit mir ihm je länger je unerträglicher werden mußte und jedes Proviſorium je früher deſto zweckmäßiger zu Ende gehen muß. — Zugleich aber habe ich auch dringend gebeten, das Miniſter-Präſidium von mir zu nehmen, welches von Anbeginn an den Stempel des Proviſoriums gleichfalls vor der Stirn trug. Mag es ſein, daß der Beſtand des Miniſterii aus politiſchen Gründen *vor* den Wahlen nicht alterirt werden ſollte. Aber — ſelbſt wenn ich deshalb auch noch kurze Zeit innerhalb des Staats-Miniſterii mit meinem Namen figuriren müßte — ich bin außer Stande, die Geſchäfte wieder zu übernehmen, und erbat daher von Sr. Majeſtät auch die Fortdauer

1873 12. 10. meines Urlaubs, um dem Rathe der Aerzte folgend den Winter im Süden zuzubringen.

Vielleicht erſcheinen meine Entſchließungen Seiner Majeſtät erheblich genug, um mit Ihnen darüber zu conferiren, und erbitte ich daher von Ihrer Freundſchaft meinen Standpunkt des non possum wohlwollend zu vertreten, weil ich den Herrn weder erzürnen noch kränken möchte, ſondern den größten Werth auf die Erhaltung ſeiner gnädigen Geſinnungen lege. Wenn Se. Majeſtät das Widerſinnige befehlen ſollte, daß ein alter Diener fortdienen ſoll, ſelbſt wenn er es nicht kann wie ich: ſo werde ich natürlich auch meinen letzten Athem hergeben; einen andern Zweck hätte es aber nicht.

Zum Schluß dieſer Zeilen, die Sie als amtliche nicht anſehen werden, denn ſie ſind par excellence privative und freundſchaftliche — erlauben Sie mir, Ihnen aus vollem Herzen nochmals mein „Adelante adelantador atrevido!“ zuzurufen und Gottes Segen für Ihr ferneres gedeihliches und großartiges Wirken zu erflehen, und das werde ich immer thun, bis an mein vielleicht nicht mehr fernes Lebensende, gleichviel ob ich auf der Bühne oder im Zuſchauerraum meinen Platz habe.

In aufrichtiger Treue

Ihr

v. Roon*).

273.

Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin, den 10. November 1873.

Eurer Durchlaucht

1873 10. 11. zeige ich ehrerbietigſt an, daß mir heute früh die Allerhöchſte Ordre zugegangen iſt, durch welche Se. Majeſtät auf Ihren

*) Bismarcks Antwort vom 20. November 1873 ſ. Bismarck-Jahrbuch III, 301 ff.

Antrag mich zum Vicepräſidenten des Staatsminiſteriums zu ernennen geruht haben. Ich eile Ihnen für das Vertrauen, das Sie zur Stellung dieſes Antrages bewogen hat, wiederholt meinen aufrichtigen Dank zu ſagen und die Verſicherung hinzuzufügen, daß ich eifrig beſtrebt ſein werde, in dem erweiterten Wirkungskreiſe ſowohl Eurer Durchlaucht nationale Politik, ſoweit meine Kräfte reichen, zu unterſtützen als auch von den Laſten der Geſchäftsleitung ſo viel als thunlich Ihnen abzunehmen. 1873 10. 11.

Ich ſetze voraus, daß Eure Durchlaucht während des Aufenthaltes in Varzin mit den preußiſchen Geſetzentwürfen, wenn ſie nicht von beſonderer Wichtigkeit ſind, nicht behelligt zu werden wünſchen, und werde vorläufig bis auf anderweite Beſtimmung hiernach verfahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Camphauſen.

274.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 10. Nov. 1873.
12 Uhr 55 M. N.

Chancelier Prince Bismarck

Varzin.

Désolé que santé et saison m'empêchent aller à Varzin. Si la vôtre ne s'y oppose, serais heureux de vous serrer la main à Dirschau. Pourrais y être jeudi matin. Veuillez me télégraphier, si cela vous convient. Si retard que je ne prévois pas surgissait, vous en préviendrai à temps par télégraphe. 1873 10. 11.

Gortschakow.

275.

Bismarck an Fürſt Gortſchakow.

Telegramm.

Varzin 10 11 1873.

Chancelier Prince Gortschacow

Berlin.

1873 10. 11. Depuis dix jours un mal de gorge assez pénible et même un peu suspect au dire du médecin me retient chez moi. A mon grand regret je suis pour le moment hors d'état de voyager et ne puis aller vous embrasser en route.

v. Bismarck.

276.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 11. Nov. 1873.
9 Uhr 30 M. V.

Chancelier Prince Bismarck

Varzin.

1873 11. 11. Je déplore perdre chance de vous serrer la main et garde conviction que nous continuerons à nous entendre même à distance. L'essentiel est qu'une santé aussi précieuse à l'état et à vos amis ne soit exposée à aucun risque. Je quitte Berlin demain soir. Veuillez faire mes sincères hommages à la princesse.

Gortschakow.

277.

König Albert von Sachſen an Bismarck.

Dresden, den 19. Nov. 1873.

Verehrter Fürſt,

1873 19. 11. Die Freundlichkeit, welche Sie mir ſeit dem Anfange unſerer Bekanntſchaft, beſonders aber in den Zeiten bewieſen

haben, wo es mir vergönnt war, wenn auch als unterer Werk- 1873
meiſter, an dem Werke unſerer Zeit, dem neuerſtandenen Deut- 19. 11.
ſchen Reiche, mitzuhelfen, bewegt mich in dem wichtigſten Abſchnitt meines Lebens, meinem Regierungsantritte, auch Ihnen zu nahen.

Bei der ſchwierigen Stellung, ſchwieriger noch als Nachfolger eines Königs, der außer der Liebe ſeines Volks ein Anſehen und Einfluß genoß weit über ſeine Stellung hinaus, bedarf ich der Unterſtützung, wohl auch des guten Raths. An wen könnte ich mich wohl beſſer wenden als an den Kanzler des Deutſchen Reichs, der ſo oft erklärt, er gehöre allen Bundesfürſten gleichmäßig an. Mit vollem Vertrauen wende ich mich daher an Sie, wenn ich der Hilfe gebrauchen ſollte, wenn ich weiſen Rathes bedürfte. Seien Sie dagegen verſichert, auch ich werde Alles, was Sie zum Heile des Reichs und deutſchen Volks unternehmen, ſo kräftig unterſtützen, als es meine geringen Mittel erlauben, und hoffe ein werkthätiges Mitglied, eine feſte Stütze des Gebäudes zu ſein, das mir vergönnt war mit dem Schwerte aufrichten zu helfen.

Indem ich bitte, dieſe Zeilen nicht übel zu deuten, die Sie vielleicht in Ihrem Tusculum ſtören, verbleibe ich

Ihr ergebener

Albert, K. v. Sachſen.

278.

Staatsſecretär B. v. Bülow an Graf H. Bismarck.

B. 6. 7. 74.

Für alle Fälle, lieber Herr Graf, habe ich Sie benach- 1874
richtigen wollen, daß es nach einigen Details, die mir von 6. 7.
München über den im katholiſchen Franken künſtlich genährten Fanatismus zugingen, gerathen erſchienen iſt, von dem An-

1874 6. 7. erbieten des Miniſters Pfeuffer Gebrauch zu machen, einen erfahrenen und umſichtigen Bayriſchen Polizeibeamten während Anweſenheit des Fürſten in Kiſſingen zu ſtationiren. Aus derſelben Rückſicht habe ich Herrn v. Madai veranlaßt, einen hieſigen zuverläſſigen Agenten dorthin zu ſenden — der Bayriſche heißt Gehret, der dieſſeitige iſt der rühmlich bekannte Polizei-Inſpector Weber. Die beiden Herren ſind angewieſen, ſich mit einander in Beziehung zu ſetzen, werden übrigens das rückſichtsvollſte Incognito beobachten. Se. Durchlaucht braucht die Anweſenheit derſelben nur, wenn die Umſtände Ihnen ſolches wünſchenswerth oder zweckmäßig machen, zu erfahren: ich gebe Ihnen aber anheim, Sich gelegentlich mit Weber in Beziehung zu ſetzen. Ich weiß genug von geheimer Polizei und den Stimmungen der katholiſchen Pfaffen, um Kiſſingen nicht für abſolut ungefährlich zu halten. Deus avertat und ſegne die Cur.

Mit allen guten Wünſchen und aufrichtig ergebenſt

B. Bülow.

279.

Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin den 9. Juli 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 9. 7. beehre ich mich über den Gang der mit dem Abgeordneten Dr. Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthſchaftlichen Miniſteriums gepflogenen Verhandlungen eine ganz ergebenſte Mittheilung zu machen.

Gemäß der am 2. l. M. getroffenen Verabredung habe ich den Handelsminiſter Dr. Achenbach erſucht, ſich in geeigneter Weiſe, ohne vorläufig das Staatsminiſterium zu engagiren, mit dem p. Friedenthal zu benehmen, um zu erfahren, ob er bereit

ſein würde, das landwirthſchaftliche Miniſterium zu übernehmen. 1874
Die darüber geführte Korreſpondenz ergab das Reſultat, daß 9. 7.
Friedenthal überhaupt davon abrieth, derzeit einen beſondern landwirthſchaftlichen Miniſter zu ernennen, daß er vielmehr empfahl, die proviſoriſche Einrichtung der Verbindung mit dem Handelsminiſterium fortdauern zu laſſen, bis daß die Geſetzentwürfe über die Provinzialverbände u. ſ. w. feſtgeſtellt ſein würden. Die Antwort ergab, daß Friedenthal der Anfrage von Achenbach wohl eine allzu theoretiſche Deutung gegeben hatte, er wurde daher von Letzterem veranlaßt, ſich zu einer Unterredung mit ihm in Berlin einzufinden, was Friedenthal für den Abend des 7. Juli zuſicherte.

Am 7. Juli Morgens war bei mir ein Schreiben von Wilmowski eingetroffen, dem ich eine vorläufige Mittheilung von den wegen Friedenthal beabſichtigten Schritten mit dem ausdrücklichen Bemerken gemacht hatte, daß wir eine Anfrage an Se. Majeſtät erſt richten würden, wenn wir vorher der Bereitwilligkeit des Friedenthal verſichert wären. Wilmowski hat indeß Veranlaſſung genommen, Sr. Majeſtät von meiner Mittheilung Nachricht zu geben und bemerkt darüber wörtlich Folgendes:

„Se. Majeſtät erklärten Sich mit den Geſichtspunkten, welche für die Wahl eines Miniſters der landwirthſchaftlichen Angelegenheiten als maaßgebend erachtet worden ſind, vollſtändig einverſtanden; die Perſönlichkeit von Friedenthal war dem Könige nicht gleich genau gegenwärtig, erſt allmälig erinnerte er ſich ſeiner, wußte übrigens, daß er zur freikonſervativen Partei gehöre, und wird, wenn das Staatsminiſterium ihn als Kollegen aufnehmen will, ſeinerſeits kein Bedenken haben."

In einer vertraulichen Beſprechung, die das Staatsminiſterium vorgeſtern am 7. c. abhielt, habe ich hievon Mittheilung gemacht und wurde Achenbach dahin inſtruirt, in der Unterredung mit Friedenthal mit der Sprache mehr herauszugehen, w e n n derſelbe ſich bereit zeige, den Miniſterpoſten an-

1874 9. 7. zunehmen, ſonſt aber nach wie vor nur als perſönlicher Freund zu verhandeln.

Die Anlage I. enthält in einem zur Einſendung an Eure Durchlaucht beſtimmten Schreiben von Achenbach Auskunft über die mit Friedenthal gepflogene Unterhaltung und deren Reſultat, ſie wird modificirt durch das in der Anlage II. beigefügte Schreiben des Miniſters Achenbach vom 8. l. M., wonach ſich Friedenthal der Sache nach noch eine Bedenkzeit von acht Tagen ausgebeten hat. Ich habe dieſe Schriftſtücke den wenigen hier anweſenden Mitgliedern des Staatsminiſterii geſtern Abend mitgetheilt, wir waren einig darüber, daß die von Friedenthal gewünſchte Friſt noch abgewartet werden müſſe, zugleich aber darüber, daß, wenn demnächſt eine Verſtändigung mit Friedenthal nicht gelingen ſollte, Verhandlungen mit dem Regierungspräſidenten von Puttkamer als demjenigen Kandidaten einzuleiten ſein möchten, den Eure Durchlaucht bereits neulich als eine geeignete Perſönlichkeit bezeichneten. Friedenthal ſcheint bis zum letzten Augenblick geglaubt zu haben, daß es ſich nur um einen eventualiter von Achenbach zu machenden Vorſchlag handle, indem er weder mich noch ein anderes Mitglied des Staatsminiſteriums mit ſeinem Beſuche beehrt hat. Nach ſeiner ganzen Haltung nehme ich an, daß er zur Zeit glaubt, nur unter großen pekuniären Opfern verſchiedene geſchäftliche Verbindungen abbrechen zu können, und daß er wahrſcheinlich die nächſten Tage zur Ueberlegung verwenden will, ob ſich das nicht doch ohne allzu große Opfer erreichen laſſen möchte.

Gegen die Ernennung von Schuhmann zum erſten vortragenden Rath im Staatsminiſterium hat Se. Majeſtät nichts eingewandt, indeſſen die Frage aufgeworfen, ob nicht demſelben ein beſonderer Titel zu verleihen ſei. In Folge deſſen haben wir für ihn den Titel „Unterſtaatsſecretair“ in Vorſchlag gebracht.

Eurer Durchlaucht wünſche ich von ganzem Herzen, daß die in Kiſſingen begonnene Kur einen guten Verlauf nehme.

Ich ſelbſt ſchmachte nun auch nach einiger Erlöſung und werde 1874
am Mittwoch früh den von Sr. Majeſtät bewilligten Urlaub 9. 7.
antreten, bis dahin wird Graf Eulenburg hierher zurückkehren und die Geſchäfte eines ſtellvertretenden Miniſterpräſidenten übernehmen. Eure Durchlaucht würden mich zu Danke verpflichten, wenn Sie mir behufs der Mittheilung an Graf Eulenburg die beiden Schreiben des Miniſters Achenbach ſowie etwaige Weiſungen bis zum Dienſtag zugehen laſſen wollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Euer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Camphauſen.

280.

Staatsſecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, 14. Juli 1874.

Euer Durchlaucht

wollen mir geſtatten, dem Wunſch der Beamten des Auswärtigen 1874
Amts entſprechend, deren ſo aufrichtigen wie ehrerbietigen Glück- 14. 7.
wunſch zu der Errettung aus unmittelbarer Lebensgefahr Euer Durchlaucht darzubringen. Die bewegte Theilnahme aller Angehörigen war groß und allgemein: die Erregung der alten Hausleute am Ergreifendſten. Je mehr ich mir die Details vergegenwärtige und erfahre, je deutlicher ſcheint mir, daß dies Mal wieder die Hand Gottes ſichtlich über Ihrem theuren Leben gewaltet hat: es iſt das ein geſegnetes Vorzeichen für Alles, was Gott Euer Durchlaucht noch zu leiſten und zu erreichen vorbehält.

Es war mir beſonders lieb, daß ich die Mittheilungen aus Kiſſingen hier in Berlin empfing und ſofort das Entſprechende veranlaſſen konnte. Auch die Depeſche, betr. die Maßregeln gegen den Pfarrer Hauthaler, ging unverzüglich weiter und

1874 14. 7. heute früh kam ſchon die Antwort, daß um 9 Uhr in Wien Alles beſorgt ſei.

Der Eindruck iſt hier ganz allgemein der erwünſchte und richtige: Niemand zweifelt, daß die offenen und verſtreuten Hetzereien der Ultramontanen dem Mörder die Waffe an die Hand gegeben. Die Zeitungen haben ſich noch nicht äußern können. Das anliegende Urtheil der Engliſchen Preſſe wird Euer Durchlaucht willkommen ſeyn (die heutige National-Zeitung hatte noch kein Wort der Art, während die Londoner Morgenblätter ſich bereits ausſprechen).

Ich habe dies Mal die ganz beſtimmte Ahnung gehabt, daß Aehnliches kommen werde und in dieſer Empfindung mit Herrn v. Wertheim und Herrn von Madai verhandelt — aber was helfen Vorſichts-Maßregeln, wenn nicht die rechte Hülfe von Oben kommt! Vor ungefähr 14 Tagen habe ich einmal durch Legationsrath Aegidi eine Collection von Redensarten der Germania, auf Euer Durchlaucht Ende bezüglich, zuſammenſtellen laſſen: wie viel mehr der Art, was man nicht zu drucken wagte, wird geflüſtert und gepredigt ſeyn. Ich ſagte eben den Herrn Miniſtern mit Bezug darauf, daß von dem Gott wohlgefälligen Ereigniß zu dem Gott wohlgefälligen Werk und dem Anſtiften dazu der Weg für eine gewiſſe Sorte katholiſcher Prieſter nie weit geweſen iſt. Ueber die (morgen fortzuſetzende) Sitzung des Staatsminiſterii wollte der Vice-Präſident Euer Durchlaucht berichten: ich beſchränke mich daher auf die Bemerkung, daß der Vertreter des Grafen Eulenburg einen eigenthümlichen Eindruck von Apathie und Rathloſigkeit machte, Herr Camphauſen und Herr Friedberg recht gut und praktiſch und Herr Falk etwas zu juriſtiſch ſprachen, der Eindruck aber allgemein war, daß aus dieſer Schandthat eine entſchiedene Niederlage der Ultramontanen hervorgehen werde. Der zum Glück disponible Herr Teſſendorf wird Euer Durchlaucht guten Eindruck machen und nützen. Herr Friedberg wiederholte zwei-

mal und ohne Widerſpruch zu finden, daß ſein muthiges und 1874
erfolgreiches Vorgehen gegen die ſocialiſtiſchen Vereine Berlins 14. 7.
beim Miniſterio des Innern nur Hemmniß gefunden habe.

Die Mitglieder des diplomatiſchen Corps ſind in ihrer Mehrzahl hier geweſen, um Glück zu wünſchen, zum Theil ſchon im Namen ihrer Regierungen.

Darf ich noch hinzufügen, wie ſehr meine Frau und ich der Fürſtin gedenken und wie gern wir hoffen, daß Euer Durchlaucht trotz alledem und trotz den Feinden die Cur mit gutem Erfolg fortſetzen. Daß ſich ein Deutſcher zu dem Attentat verleiten ließ, iſt ein Schandfleck in unſerer Geſchichte: daß Gott es ſo lenkte, wird ſchließlich auch ein politiſches Glück ſeyn.

In alter und treuer Verehrung

Euer Durchlaucht

ganz ergebenſter

B. Bülow.

281.

Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin den 19. Juli 1874.

Eure Durchlaucht

benachrichtige ich ganz ergebenſt, daß ich die Verhandlungen mit 1874
Friedenthal geſtern zu einem erwünſchten Abſchluß gebracht habe. 19. 7.
Friedenthal hat ſich bereit erklärt, gegen Mitte September und vielleicht, wenn ihm die Ordnung ſeiner Privatangelegenheiten raſcher gelingen ſollte, auch noch etwas früher das landwirthſchaftliche Miniſterium zu übernehmen. Ueber ſeine perſönlichen und geſchäftlichen Angelegenheiten, ſowie über die beabſichtigte Abwickelung der letzteren hat er mir die anliegende ſchriftliche Auskunft vom 18. l. M. ertheilt, die ich für den Fall anſchließe, daß Sie wünſchen ſollten, davon Kenntniß zu nehmen; ſie wird

1874 19. 7. bei Erſtattung des Immediatberichtes, der bis zum Anfang September auszuſetzen ſein dürfte, zu benutzen ſein. Sofern Eure Durchlaucht den Friedenthal vorab noch ſprechen wollen, wird er ſich auf ergehende Aufforderung einfinden. Für jetzt haben wir Sie damit verſchonen wollen.

Euer Durchlaucht haben die mittlerweile in Bezug auf die katholiſchen Geſellenvereine erlaſſenen Verfügungen erhalten, auch mit dem Grafen Eulenburg perſönlich über dieſe Angelegenheit konferirt.

Morgen will ich die bisher verſchobene Erholungsreiſe endlich antreten. Mögen Eure Durchlaucht die durch das abſcheuliche Attentat unterbrochene Kur mit beſtem Erfolge beenden! Dies wünſcht von ganzem Herzen

Ihr
treu ergebener
Camphauſen.

282.

Staatsſecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, 4. Auguſt 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 4. 8. darf ich für die gütige und gute Zuſchrift den herzlichſten und erfreuten Dank ausſprechen. Das Autograph, gerade drei Wochen nach dem Attentat wird als Schatz aufbewahrt werden und als Erinnerung an das, was damals geſchehen iſt und was ohne Gottes Beiſtand geſchehen ſeyn würde.

Eurer Durchlaucht ſucceſſive Aufträge ſind beſorgt oder doch in Gang geſetzt. Der Cultusminiſter dankt für die demſelben geſtern von mir gemachte Mittheilung, im Uebrigen träfen Eurer Durchlaucht Bemerkungen gerade den Punkt, der ihm am ſchwerſten auf dem Herzen liege: die Apathie oder gar Oppoſition des gläubigen Theils der evangeliſchen Geiſtlichkeit.

Beſſerung hoffe er, wenn auch nicht ſehr zuverſichtlich, von der 1874
Synodalverfaſſung und von der Erweckung des kirchlichen 4. 8.
Intereſſes im Allgemeinen. Die negativen Elemente blieben dies nicht lange, ſobald ſie ſich mit kirchlichen Fragen beſchäftigten, und daher ſei auch der Proteſtanten-Verein im Schwinden begriffen: ſeine guten Kräfte wendeten ſich der Kirche wieder zu. Aber in vielen Paſtoren ſtecke eben ein kleiner Papſt und ſo lange als das gegenſeitige Verketzern nicht aufhöre, werde auch die Evangeliſche Kirche als ſolche der römiſchen Organiſation nicht gewachſen ſeyn. Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß ein ſchlimmes Stück dieſes Zuſtandes politiſcher Sauerteig iſt, der unter der Maske der Orthodoxie die evangeliſche Kirche ſchädigt. In England wacht der alte Geiſt der Reformation lebhafter und erfreulicher auf, als leider in Deutſchland der Fall iſt. Doch fangen einzelne Gruppen, z. B. der hieſige ſehr orthodoxe „Evangeliſche Anzeiger" an einzulenken, und die Jeſuiten thun das Ihrige, um den Geiſt Luthers wieder aufzuerwecken.

Mit den beſten Wünſchen für guten Fortgang und Schluß der Cur treu ergebenſt und gehorſamſt

B. Bülow.

283.

Bankpräſident v. Dechend an Bismarck.

Berlin 6. Januar 1875.

Eure Durchlaucht

haben mir bei der Beſprechung der Bankfrage am 3. d. M. den 1875
Vorwurf gemacht, daß ich meine Bedenken gegen den Entwurf 6. 1.
zum Bankgeſetz nicht mit der nöthigen Energie geltend gemacht hätte. Um mich von dieſem ſchweren Vorwurfe zu reinigen, bin ich genöthigt, Ew. Durchlaucht

1875
6. 1.

1. ein für ſämmtliche Herren Staats-Miniſter beſtimmtes Promemoria, die Währungs- und die Bankfrage betreffend vom 19. Sept. v. J.,
2. Abſchrift meiner Immediat-Eingabe vom 12. Okt. v. J., worin ich mich über meine Nichtzuziehung zu den Staats-Miniſterial-Berathungen über die Bankfrage beſchwere,
3. Abſchrift des Beſcheides, welchen ich infolge dieſer Eingabe von meinem Herrn Chef unterm 15. October v. J. erhalten habe und worin mein Verlangen für unberechtigt erklärt wird,
4. Abſchrift meiner Antwort auf dieſen Erlaß vom 16. Oktober v. J.

zur hochgeneigten Kenntniß ganz gehorſamſt zu überreichen.

Das Promemoria unter No. 1. war, wie geſagt, für ſämmtliche Herrn Staats-Miniſter beſtimmt. Daß ſie daſſelbe nicht erhalten haben, liegt nicht an mir, ich bitte Ew. Durchlaucht aber ehrerbietigſt, nicht weiter in mich dringen zu wollen, warum die Abſendung unterblieben iſt, weil ich dadurch einem Manne ſchaden würde, der mir wohl will und in der beſten Abſicht gehandelt hat. — Die übrigen Schriftſtücke werden für ſich ſelbſt ſprechen, ſie haben aber weiter keine andere Folge gehabt, als daß ich von allen weiteren Verhandlungen über die Bankfrage ganz conſequent ferngehalten bin. Die alleinige Schuld hieran trägt nach meiner feſten Ueberzeugung der Herr Finanz-Miniſter, der mich nicht aufkommen laſſen will, weil er glaubt, daß ich die vielen und folgenſchweren Fehler, welche in der Bank- wie in der Münz-Politik unter ſeinem dominirenden Einfluß begangen worden ſind und uns in die jetzige mehr als bedenkliche Lage gebracht haben, ſchonungslos aufdecken werde, wenn ich dazu Gelegenheit erhalte.

v. Dechend.

284.

Prinz Albrecht von Preußen an Bismarck.

Hannover, den 1. April 1875.

Eure Durchlaucht

wollen mir geſtatten Ihnen zur Vollendung Ihres 60. Lebens- 1875
jahres mit Allem dem Vielen und Großen, was darin und 1. 4.
namentlich in den letzten 10 oder 12 Jahren enthalten iſt, meinen Glückwunſch auszuſprechen. Ich faſſe dieſen dahin zuſammen, daß es Eurer Durchlaucht vergönnt ſein möge, das Vollendete ſich zur Herrlichkeit entfalten zu ſehen, das Begonnene unter Gottes Beiſtand durch alle Schwierigkeiten und Kämpfe glücklich hindurchzuführen zu Heil und Frommen von Preußen, von Deutſchland, ja der ganzen Chriſtenheit und ziviliſirten Menſchheit. — Was Preußen erobert, hat Deutſchland gewonnen — ſo hieß es bisher. Was Deutſchland ausficht, kommt der ganzen Chriſtenheit zu gut — ſo heißt es jetzt. Möchten Eure Durchlaucht uns noch lange auf dieſer Bahn fördern.

Albrecht,
Prinz von Preußen.

285.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

$\frac{8}{4}$ 75.

Falls bereits irgend etwas von Bedeutung wegen der 1875
italieniſchen Reiſe mit Sr. Majeſtät feſtgeſtellt ward, möchte 8. 4.
ich Sie bitten direkt zu mir zu kommen.

Friedrich Wilhelm KPz.

286.

Miniſter v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 7. Juni 1875.

Ew. Durchlaucht

1875 7. 6. bitte ich ganz ergebenſt, mir geſtatten zu wollen, unmittelbar und in privater Weiſe gegen Hochdieſelben über einen Gegenſtand mich auszuſprechen, bezüglich deſſen ich mit meinen Collegen im diplomatiſchen Ausſchuß des Bundesraths ohne Vorwiſſen Ew. Durchlaucht mich nicht ins Benehmen ſetzen möchte.

Die Thatſache, daß, während in jüngſter Zeit Kriegsbefürchtungen in ſo eigenthümlicher Weiſe Europa beunruhigt haben, die deutſchen Bundesregierungen in ihrer Kenntniß von Exiſtenz, Grund und Tragweite einer Kriſe auf nicht zuverläſſige Zeitungsnachrichten ſich beſchränkt ſahen, dürfte es rechtfertigen und nicht als unbeſcheiden oder vordringlich erſcheinen laſſen, wenn die Vertreter der Regierungen ſich die Frage vorlegen, ob ein ſolches Verhältniß nicht der Beſſerung bedürftig und fähig und ob ſie nicht einen Anſtoß hiezu zu geben befugt und verpflichtet ſeien.

Deutſchland ſetzt das größte, ein nie dageweſenes Vertrauen in die völkerrechtliche Vertretung des Reichs durch Se. Majeſtät den Kaiſer, in die Leitung der deutſchen Politik durch Ew. Durchlaucht feſte und glückliche Hand. Immerhin iſt zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reichs, wenn deſſen Gebiet nicht durch einen Angriff bedroht, die Zuſtimmung des Bundesraths erfordert und beſteht im offenbaren Zuſammenhang hiermit im Bundesrath ein beſonderer Ausſchuß für die auswärtigen Angelegenheiten.

Gewiß iſt dieſer Ausſchuß nicht zu eigentlicher Theilnahme an der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berechtigt

und werden ihm auch Mittheilungen über Verwickelungen oder Verhandlungen nicht ausnahmlos und nicht in jedem Stadium derſelben gemacht werden können. Angeſichts der zu Tag liegenden Unmöglichkeit aber, ſämmtliche Bundesregierungen auf ſchriftlichem Wege oder durch diplomatiſche Agenten in Kenntniß über die äußere Politik des Reichs — gerade in Zeiten eintretender Verwickelungen — zu erhalten, dürfte jener Ausſchuß vielleicht doch als ein brauchbares Mittel erachtet werden, zu Erreichung des Zwecks, den im Ausſchuß Sitz und Stimme habenden Regierungen in Vertretung aller entſprechende Mittheilungen zugehen zu laſſen und unter Umſtänden Gelegenheit zur Darlegung ihrer Anſichten zu geben in Augenblicken, in welchen die Geſchicke der Nation ſich entſcheiden. Nur wenn die Regierungen von Entſtehung und Verlauf einer Verwickelung rechtzeitig die Kenntniß erhielten, welche ſie infolge der eingetretenen Beſchränkung ihrer eignen diplomatiſchen Verbindungen anderwärts ſich nicht verſchaffen können, vermag der Bundesrath von ſeinem Votum über Krieg und Frieden wirklichen Gebrauch zu machen. Nur dann trifft auch die Verantwortung Alle, nicht bloß die allein eingeweihten Leiter der Politik. Gewiß würden auf den Ruf Ew. Durchlaucht die Miniſter der in dem Ausſchuß vertretenen Regierungen ſelbſt in demſelben zu erſcheinen ſich beeilen und würde der eigenthümliche Umſtand, daß Preußen nicht eigentliches Mitglied des Ausſchuſſes iſt, einer angemeſſenen Geſchäftsbehandlung nicht im Wege ſtehen. 1875 7. 6.

Ich weiß nicht, inwiefern die Anregung dieſes Gegenſtandes Ew. Durchlaucht von deren Standpunkt aus begründet und jetzt gerade angemeſſen erſcheint, ob Ew. Durchlaucht den Gedanken für ausführbar halten und den in Betracht kommenden Perſonen das erforderliche Vertrauen ſchenken. Ihn in der Weiſe wie geſchehen zur Sprache zu bringen, glaubte ich wagen zu dürfen, da ich aus Erfahrung weiß, daß Ew. Durchlaucht für An-

1875 7. 6. liegen und Wünſche der Bundesregierungen ein offenes und geneigtes Ohr haben.

Genehmigen Ew. Durchlaucht die Verſicherung meiner verehrungsvollſten Geſinnungen.

Mittnacht.

287.

Bismarck an Miniſter v. Mittnacht.

Varzin 16 Juni 1875.

Verehrteſter Herr College

1875 16. 6. Ihr gefälliges Schreiben vom 7 c. bietet mir einen willkommenen Anlaß zu einer Ausſprache, die umgehend erfolgt ſein würde, wenn ärztliche Rückſichten mir nicht hinderlich geweſen wären. Ich ſehe in Ihrem Schreiben einen Ausdruck reichsfreundlichen Vertrauens, von dem ich bedaure, daß er nicht auch von anderer Seite ſtattgefunden hat. Das Deutſche Reich kann keine Politik erfolgreich treiben, die nicht von den im Innern maßgebenden Factoren, dem Bundesrath und dem Reichstage, für richtig erkannt wird. Um die letzteren zur Beurtheilung derſelben im Stande zu erhalten, iſt eine fortdauernde Fühlung der durch ſie vertretenen Nation mit der Reichspolitik nothwendig, und dieſe Fühlung wird, ſoweit ſie der actenmäßigen Grundlage entbehrt, falſch beeinflußt durch die Publiciſtik, auf deren Gebiet die Reichspolitik ſich nicht derſelben zuverläſſigen Unterſtützung erfreut, deren die Regirungen andrer Länder bezüglich ihrer Stellung zum Auslande in der Regel ſicher ſind.

Während der in den letzten Monaten von allen Gegnern des Reichs in und außer Deutſchland verſuchten Fälſchung der europäiſchen Situation bin ich wiederholt in Verſuchung geweſen, dem gerade verſammelten Preußiſchen Landtage die wirkliche Situation und den wahrſcheinlichen Urſprung der Entſtellung

derſelben klar zu legen, um auf dieſem immerhin authentiſchen Wege in die Verlogenheit unſerer Gegner einzugreifen. Ich habe davon Abſtand genommen, weil ich nicht für Preußen ein Beiſpiel geben wollte, dem zu folgen jeder Miniſter eines Bundesſtaates ſeinem Landtage gegenüber daraus das Recht hätte herleiten können. Es wäre mir erwünſcht geweſen, wenn ich damals von einer der Stellen, welche in der letzten Entwicklung der deutſchen Politik eine maßgebende Stimme haben, interpellirt worden wäre, um in meiner Antwort die wahre Sachlage zum Ausdruck bringen zu können. Der diplomatiſche Ausſchuß des Bundesraths iſt eine verfaſſungsmäßige und wie ich glaube bei allſeitiger Richtigſtellung ſeiner Beziehungen zur Reichsgewalt und ſeiner Zuſammenſetzung, auch in hohem Grade nützliche Inſtitution des Reiches. Wenn ich das Recht hätte denſelben zu berufen, ſo würde ich von dieſem Rechte vor 4 oder 6 Wochen gewiß Gebrauch gemacht haben. Ich will damit nicht ſagen, daß ich die gegenwärtige verfaſſungsmäßige Einrichtung des Ausſchuſſes ganz geeignet hielte, um mir von ſeiner Mitwirkung die Erfolge zu verſprechen, die eine analoge Inſtitution meines Erachtens im Intereſſe der Reichspolitik haben könnte, wenn ſie einigen Reformen unterzogen würde. Ich kann nur ſagen, daß ich mich bei verantwortlichen Entſchließungen in wichtigen Fragen, bevor ich Sr. Majeſtät dem Kaiſer Vortrag halte, des ſachkundigen Rathes befreundeter Staatsmänner gern bedienen würde und daß ich mich des Zeugniſſes derſelben bedürftig fühle, wenn es ſich darum handelt, den Entſtellungen entgegenzutreten, welche von den Gegnern des Reichs und von gewerbsmäßigen Correſpondenten in gewinnſüchtiger Abſicht oder im Dienſte einzelner Diplomaten öffentlich accreditirt werden. Ich würde Eurer Excellenz und Ihren Collegen im Reich in mündlicher Beſprechung nähere Auskunft und den Beweis geben können, wie weit Se. Majeſtät der Kaiſer von jeder Verſuchung entfernt iſt, eine Politik nach außen zu verfolgen, die nicht den Geboten

1875 16. 6.

1875 16. 6. der friedlichen Reichsintereſſen und alſo auch den Intentionen aller hohen Reichsgenoſſen entſpräche. Eine offene Ausſprache über die Ziele und die Maßnahmen der Reichspolitik wird meinerſeits mit Genehmigung Sr. Majeſtät des Kaiſers jedesmal ohne Anſtand ſtattfinden, wenn ſie den leitenden Miniſtern der im diplomatiſchen Ausſchuß vertretenen Souveräne gegenüber erfolgen kann; es würde ſich nur um die Herbeiführung der Begegnung handeln. Unter welchen Modificationen der beſtehende diplomatiſche Ausſchuß dazu förderlich werden kann, darüber würde ich gern auf jeden Vorſchlag erwägend eintreten, namentlich wenn er von Eurer Excellenz oder von einer ſo wohlvertretenen Regirung wie die Kgl. Württembergiſche, auch durch deren ſtändigen Geſandten zunächſt vertraulich an mich gelangte. Jedenfalls bin ich Eurer Excellenz amtlich und perſönlich dankbar für die freundliche Anregung des für die Fortbildung der Reichseinrichtungen ſo wichtigen Gegenſtandes.

Genehmigen Eure Excellenz die Verſicherung meiner Verehrung und Ergebenheit.

v. Bismarck.

288.

Miniſter v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 11. Juli 1875.

Ew. Durchlaucht

1875 11. 7. hochverehrliches Schreiben vom 16. vor. Mts. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich ſage vor Allem meinen ganz ergebenſten Dank für dasſelbe.

Am 7. d. Mts. und heute hatte ich Gelegenheit, den Gegenſtand im Allgemeinen mit dem Kgl. Bayriſchen Staatsminiſter Herrn v. Pfretzſchner, der im Wildbad eine Cur gebrauchte und heute zurückreiſte, zu beſprechen. Herr v. Pfretzſchner ſagte mir, die Nichtactivität des diplomatiſchen Ausſchuſſes werde in der neu

zu wählenden bayriſchen Abgeordnetenkammer nach deren Zuſammentritt im Monat October einen Hauptangriffspunkt gegen ihn bilden, und es würde ihm in hohem Grade zu Statten kommen, wenn bis dahin [1]) zur Belebung der Einrichtung etwas geſchehen könnte, wenn auch nur inſoweit, daß er auszuſprechen in der Lage wäre, es ſeien Schritte in dieſer Richtung gethan [2]). Herr v. Pfretzſchner wünſcht keine Aenderung der Reichsverfaſſung, welche Bayern das Recht des Vorſitzes im Ausſchuß zuweiſt. Er würde aber zu einer Geſtaltung der Einrichtung dahin bereit ſein, daß der Reichsgewalt neben Bayern das Recht, den Ausſchuß zu berufen, zuſtände, daß in dieſem Fall die leitenden Miniſter erſcheinen würden, daß der Ausſchuß auch in der Zeit, zu welcher der Bundesrath nicht berufen iſt, fungiren könnte und daß er in den dazu geeigneten Fällen nicht gehalten wäre, an das Plenum des Bundesraths über die Vorgänge in ſeinem Schoße zu berichten [3]). 1875 11. 7.

Herr v. Pfretzſchner will nun zunächſt den Ausfall der bayriſchen Wahlen abwarten. Am 30. d. Mts. werde ich von einer demnächſt anzutretenden kleinen Reiſe zurückkehren. In den erſten Tagen des Auguſt beabſichtigt ſodann Herr v. Pfretzſchner an Ew. Durchlaucht mit der allgemeinen Bitte, dem diplomatiſchen Ausſchuß zum Leben zu verhelfen, unter Berufung auf die beſondere Lage des bayriſchen Miniſters ſchriftlich ſich zu wenden. Um die Zeit der Einweihung des Armindenkmals werde ich vermuthlich eine Reiſe nach Norddeutſchland machen. Wäre es Ew. Durchlaucht genehm [4]), ſo würde ich an jedem von Ew. Durchlaucht beſtimmten Orte [5]) zu einer Beſprechung mich zur Verfügung ſtellen. Ich bin auch bereit, in anderer Weiſe thätig zu werden und erbitte mir nur die diesfälligen Befehle Ew. Durchlaucht.

Genehmigen Ew. Durchlaucht die Verſicherung meiner verehrungsvollſten Geſinnungen.

Mittnacht.

1875 Randbemerkungen Bismarcks:
11. 7. [1]) ſchwerlich. [2]) Dann muß er ſie thun. [3]) Ohne Verfaſſungsänderung? [4]) ja! [5]) hier.

289.

Miniſter v. Pfretzſchner an Bismarck.

Durchlauchtiger Fürſt,
Hochverehrteſter Herr Reichskanzler!

1875 Wie Ew. Durchlaucht ermeſſen können, hat die bekannte
12. 8. Frage des Bundesrathsausſchuſſes für die auswärtigen Angelegenheiten mich ſchon vielfach beſchäftigt. Ich habe auch im vorigen December gelegentlich meiner Anweſenheit in Berlin mit dem Herrn Staatsſecretär v. Bülow einen Meinungsaustauſch hierüber gepflogen.

Es iſt nun mit hoher Wahrſcheinlichkeit zu erwarten, daß bei den Verhandlungen des bevorſtehenden bayriſchen Landtags, welche für die Kgl. Regierung unter den eigenthümlichen Parteiverhältniſſen des Landes mehrfache Schwierigkeiten in Ausſicht ſtellen, auch die Frage jenes Ausſchuſſes wieder zur Sprache kommen wird und aus der bisherigen geringen Thätigkeit desſelben Angriffe und Vorwürfe für die Regierung und ſpeciell für meine Perſon, werden abgeleitet werden.

In der That hat der 8. Ausſchuß während der letzten Jahre vollſtändig geruht, ſo daß ich einer derartigen Discuſſion gegenüber mich ohne Zweifel in einer ſchwierigen Stellung befinden werde. Denn mit ſo lebhaftem Danke ich auch die von der bundesfreundlichen Geſinnung Ew. Durchlaucht ins Leben gerufenen Depeſchenmittheilungen erkenne, ſo muß ich doch bezweifeln, ob die Gegner im Landtage zugeben werden, daß in dieſen Mittheilungen ein ausreichender Vollzug der betr. Verfaſſungsbeſtimmung oder ein genügender Erſatz hierfür zu erblicken ſei.

Die hier angedeutete, in der Eigenthümlichkeit unſerer inneren Lage begründete Schwierigkeit veranlaßt mich den gegenwärtigen Augenblick zu wählen, um Ew. Durchlaucht Augenmerk auf dieſe Angelegenheit zu lenken und Hochdero geneigter Erwägung anheimzugeben, in welcher Weiſe wohl die fragliche vertrags- und verfaſſungsmäßig beſtehende Einrichtung fernerhin zu einer entſprechenden Wirkſamkeit gebracht werden könne. 1875 12. 8.

Ew. Durchlaucht erleuchtetem Blicke darf ich durch Detailvorſchläge in der angegebenen Richtung nicht vorgreifen und ich erlaube mir überhaupt Hochdieſelben ganz ergebenſt zu bitten, dieſe meine vertrauensvolle Anregung vorerſt als eine privative geneigteſt betrachten zu wollen. In dieſer Begrenzung aber glaube ich nicht unterlaſſen zu dürfen, meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß es möglich und wünſchenswerth ſein dürfte, ſich über Modalitäten zu verſtändigen, welche geeignet ſein könnten, eine gedeihliche Mitwirkung jenes Ausſchuſſes im Dienſte der gemeinſamen nationalen Intereſſen und ohne Beeinträchtigung der nothwendigen Freiheit der auswärtigen Politik des Deutſchen Reichs ins Leben zu rufen.

Aus dem mir ſo vielfach bezeigten Entgegenkommen Ew. Durchlaucht darf ich die Hoffnung ſchöpfen, daß auch dieſe Zeilen, mit welchen ich Hochdero ländliche Zurückgezogenheit zu durchbrechen wage, eine freundliche Aufnahme finden und zur Klärung einer Angelegenheit beitragen werden, auf deren allſeitig befriedigende Löſung von Sr. Majeſtät dem König, meinem allergnädigſten Herrn, ein beſonderes und hohes Gewicht gelegt wird.

Genehmigen Ew. Durchlaucht auch bei dieſem Anlaſſe den erneuten Ausdruck der ausgezeichnetſten Hochachtung und wärmſten Verehrung, mit welcher ich beſtehe

Ew. Durchlaucht

ganz ergebenſter

München, den 12. Auguſt 1875. v. Pfretzſchner.

290.

Bismarck an Miniſter v. Pfretzſchner.

Varzin 27 Auguſt 1875.

Geehrter Herr College

1875 27. 8. Auf Ihr gefälliges Schreiben bezüglich des diplomatiſchen Ausſchuſſes beehre ich mich in derſelben privativen Form und vorbehaltlich mündlicher Beſprechung einſtweilen zu erwidern, daß ich gern jeder Entwicklung unſerer gemeinſamen Inſtitutionen förderlich ſein werde, welche den Wünſchen der hohen Regirungen und den nationalen Intereſſen entſpricht. In dieſer Richtung würde ich auch der Frage des diplomatiſchen Ausſchuſſes bereitwillig näher treten, ſobald ſich Gelegenheit bietet, dieſelbe mit Eurer Excellenz und andern Collegen vertraulich und mündlich zu erörtern. Die Schwierigkeiten, welche dabei zur Sprache kommen, ſind von der Natur, daß ich ſchriftliche und zu weiterer Beſprechung geeignete Vorſchläge meinerſeits nicht machen kann.

Daß die Frage auf dem bayriſchen Landtage von Seiten der Gegner der Regirung mit Erfolg wird ausgebeutet werden können, glaube ich kaum. Die Herrn, welche ſie anregten, würden ihren nationalen Gegnern einen günſtigen Kampfplatz eröffnen. Dieſelben würden geltend machen, daß Art. 8 der Verfaſſung dem Ausſchuß für die auswärtigen Angelegenheiten keine andre Aufgabe ſtellt, als den anderen Ausſchüſſen, d. h. die der Berichterſtattung, welche der Bundesrath über die aus dem Geſchäftskreiſe des Ausſchuſſes an ihn gelangenden Vorlagen und Anträge erfordert. Dieſe Aufgabe tritt in ihrer vollen Wichtigkeit zu Tage, wenn der Fall des Art. 11, Alin. 2 eintritt, der bisher glücklicherweiſe nicht vorgelegen hat*); ſie kann auch in Folge der Alin. 3 Art. 11 an den Ausſchuß herantreten, es ſind aber bisher Verträge mit dem Auslande

*) Kriegserklärung ohne vorausgegangenen feindlichen Angriff.

weſentlich nur über ſolche Gegenſtände aus Art. 4 zur Beſchlußnahme gelangt, in Betreff deren die Verfaſſung auf Bayern keine Anwendung findet. Der bayriſche Landtag wird alſo nicht in der Lage ſein, der Kgl. Regirung irgend einen Vorwurf wegen Nichtberufung des Ausſchuſſes zu machen. 1875 27. 8.

Wohl aber iſt zu beſorgen, daß die Discuſſion, wenn ſie ſtattfindet, die Majorität des Reichstags mißtrauiſch gegen jede über das im Wortlaut der Verfaſſung gegebene Maß hinausgehende Betheiligung des Ausſchuſſes an auswärtigen Geſchäften machen und die factiſche Herbeiführung einer ſolchen erſchweren würde, zu der ich gern die Hand zu bieten bereit bin, ſoweit es ſachlich thunlich ſein wird.

In freundſchaftlicher Verehrung bin ich, geehrter Herr College,

Eurer Excellenz ganz ergebenſter

v. Bismarck.

291.

Bismarck an Miniſter Visconti Venoſta.

Varzin 13 Octobre 1875.

Son Excellence
Monsieur Visconti Venosta,
Ministre des Affaires Etrangères de S. M. le Roi d'Italie.

Monsieur le Ministre.

Il m'a été très-pénible de devoir renoncer à l'honneur d'accompagner Sa Majesté l'Empereur et Roi, mais mon médecin que j'ai fait venir de Berlin, dans l'espoir de trouver dans son avis l'encouragement que me refusaient ses collègues d'ici, trouve comme eux dans l'état actuel de ma santé des raisons peremptoires pour s'opposer à mon voyage, et l'état où je me trouve, me force à me soumettre à sa décision. C'est avec 1875 18. 10.

1875 13. 10. un profond regret que je renonce à l'espoir, caressé jusqu'au dernier moment, d'accompagner mon auguste Maître, de rendre mes hommages à Sa Majesté le Roi, de renouer les relations politiques et personnelles avec Votre Excellence et de revoir Votre beau pays. Aussi dans le désir, que Vous me connaissez, de cultiver les relations amicales qui existent entre l'Allemagne et l'Italie et dont le maintien est d'un si grand prix pour les deux pays, ne puis-je me désister que difficilement d'une entrevue avec Votre Excellence.

Je vous prie d'être auprès de S. M. le Roi l'interprète de mes sentiments et d'agréer l'assurance renouvelée de ma considération la plus distinguée.

v. Bismarck.

292.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

5 Dez. 75.

1875 5. 12. Die Kronprinzeſſin und ich bitten Sie Ihrer Tochter in unſerer Beider Namen zu ſagen, daß wir ihr aus tiefſtem Mitgefühl nachempfinden, wie ſchwer ſie an dem ſo unerwartet und plötzlich eingetretenen Tode ihres Bräutigams*) zu leiden hat.

Nach den bangen Wochen abwechſelnden Zagens und Hoffens tritt die erſchütternde Wirklichkeit eines ſolchen Verluſtes wahrhaft grauſam an das jugendliche Gemüth der Braut heran!

Aber auch Ihrer und der Fürſtin gedenken wir mit aufrichtiger Theilnahme und verſetzen uns in die bekümmerte Stimmung, die ſich Ihrer bemächtigen muß, nachdem ſo ſchöne, frohe Hoffnungen für das Wohl der geliebten einzigen Tochter nun geſchwunden ſind.

---

*) Des Grafen Wendt zu Eulenburg.

Das Freudenfeſt der Chriſtenheit, dem wir entgegengehen, 1875
wird jetzt Ihr Haus und das des Heimgegangenen in tiefſter 5. 12.
Trauer antreffen. Möchte aber dafür wenigſtens von dem
Stärkung zum Tragen dieſes Kreuzes Ihnen Allen zu Theil
werden, der das einzige, wahre Licht in bekümmerte Seelen
zu bringen vermag!

Ihr
ſehr ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

293.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 17. Dezbr 75.

Ich erſehe aus verſchiedenen mir zu Ohren gekommenen 1875
Mittheilungen, daß Sie den Uebergang ſämmtlicher Eiſenbahnen 17. 12.
Deutſchlands auf das Reich in Anregung bringen. Gern
möchte ich mich über dieſe wichtige, die Intereſſen und die
Machterweiterung des Reichs weſentlich fördernde Frage genauer
unterrichten und erſuche Sie daher, mir einen Ihrer Beamten
zu bezeichnen, welcher mir Vortrag über dieſelbe halten kann.

Ihr
ſehr ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

294.

Fürſt Chl. zu Hohenlohe an Bismarck.

Kaiſerlich
deutſche Botſchaft
in Frankreich.

Paris d. 1. Januar 1876.

Durchlauchtigſter Fürſt.

In ultramontanen Kreiſen wird die Erzählung colportirt, 1876
die auch den Weg in einzelne öffentliche Blätter gefunden hat, 1. 1.

1876 1. 1. daß ich mich entſchieden gegen den ſ. g. Arnimparagraphen der Strafgeſetznovelle*) ausgeſprochen habe. Ich lege zu großen Werth auf das Vertrauen, mit dem Euer Durchlaucht mich zu beehren die Güte haben, um dasſelbe der Gefahr auszuſetzen, durch böswilliges Gerede erſchüttert zu werden. Ich erlaube mir daher zu erklären, daß jene Erzählung auf Erfindung beruht.

Ich betrachte den fraglichen Artikel mit großem Gleichmuth. Wäre das nicht der Fall, ſo würde ich mir geſtattet haben, meine Bedenken Euer Durchlaucht gegenüber ſelbſt zum Ausdruck zu bringen. Ich kenne und würdige die Motive, welche Euer Durchlaucht veranlaßt haben, den fraglichen Geſetzesvorſchlag vorzulegen. Das was dieſer Artikel für die Beamten des auswärtigen Amtes Bedrohliches haben mag, berührt mich nicht, da ich ſtets von dem Grundſatze geleitet werde, ein Botſchafter dürfe nur ſolange im Amte bleiben, als er das Vertrauen des Kaiſers und des leitenden Staatsmannes beſitzt.

Vielleicht iſt dieſe Darlegung überflüſſig. Euer Durchlaucht wollen indeſſen daraus erſehen, wie groß der Werth iſt, den ich auf Ihr mir ſtets erwieſenes Wohlwollen lege. Ich bitte darum auch für die Zukunft und ſchließe, indem ich Euer Durchlaucht meine aufrichtigen Glückwünſche zum Neuen Jahre darbringe. Möge Gott Ihnen Kraft und Freudigkeit erhalten, das ſchwere Amt auch ferner zum Heile von Kaiſer und Reich fortzuführen.

Mit unveränderter Verehrung

Euer Durchlaucht

treu ergebenſter

C. F. v. Hohenlohe.

---

*) Vgl. Bismarcks Politiſche Reden VI, 318 Anm. 1.

295.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 5. Januar 1876.

Ich ſprach heute längere Zeit mit dem auf wenige Tage 1876
hier weilenden Prof. Dr. Geffcken aus Straßburg über ſein 5. 1.
auch Ihnen wohl bekannt gewordenes Buch „Staat und Kirche". Die Anſichten, welche er dabei entwickelte, dürften Sie intereſſiren, da Geffcken ein Mann iſt, der reiflich nachdenkt und viel Erfahrungen ſammelte; ich möchte Sie deshalb auf ihn aufmerkſam gemacht haben, falls Sie ihn ſprechen wollen.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

296.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Berlin 8 Januar 1876.

Durch Eurer Kaiſerlichen Hoheit gnädiges Handſchreiben 1876
veranlaßt, habe ich aus den Acten des auswärtigen Amtes 8. 1.
einen Theil der über Dr. Geffcken darin enthaltenen Notizen in der Anlage zuſammenſtellen laſſen, und füge außerdem die No. 187 der vorjährigen National-Zeitung unterthänigſt bei.

Dr. Geffcken gehört der Richtung der evangeliſchen Kirche an, welche, ähnlich wie Präſident von Gerlach und einige andere Proteſtanten, der Centrums-Partei und den Jeſuiten affiliirt iſt, und allen Entwickelungsphaſen des Deutſchen Reichs feind-

1876 8. 1. lich gegenüberſtand und noch ſteht. Bei den Verhandlungen, welche im letzten Sommer bei mir angeregt wurden, iſt mir von ultramontaner Seite grade der Dr. Geffcken als der Mann angedeutet worden, der eventuell die ultramontanen Wünſche und Intereſſen zu vertreten beſtimmt ſei. Ueber ſein Buch kann ich ziemlich unbefangen urtheilen, denn ich habe den ſpeciellen Inhalt der Maigeſetze, den ich damit nicht tadeln will, nicht zu verantworten; ich war damals an den Arbeiten des Preußiſchen Miniſteriums nicht betheiligt und namentlich weder Cultusminiſter noch Miniſterpräſident. Um ſo unpartheiiſcher kann ich conſtatiren, daß in den mir bekannten Kreiſen der Fachmänner Dr. Geffckens Buch als eine ſeichte Compilation bezeichnet wird, wie ſeine Kritik der Falkſchen Geſetze jedenfalls von dreiſter Anmaßung, aber nicht von ſachlicher Prüfung Zeugniß giebt.

Ich habe Herrn Geffcken auf ſeinen Wunſch zur Profeſſur in Straßburg vorgeſchlagen, in dem guten Glauben, daß es ihm um wiſſenſchaftliche Thätigkeit ehrlich zu thun ſei, und daß ſein Auguſtenburgiſcher und Hanſeatiſcher Particularismus durch die Herſtellung des Reiches verſöhnt ſein werde. Ich habe mit Bedauern gehört, daß ich mich darin geirrt habe, und er ſelbſt an einem ſo wunden Punkte wie im Elſaß die Reichsintereſſen befeindet.

Es würde mich das Alles nicht abhalten, ihn, wie ſo manchen Gegner, zu ſehn, wenn ich nicht eine Unterredung ohne Zeugen mit ihm ſcheute, und wenn ich nicht fürchten müßte, daß jeder Verkehr mit dieſem Werkzeug confeſſioneller Intriguen das Mißtrauen der öffentlichen Meinung und insbeſondre das meiner Collegen gegen mich wecken müßte.

v. Bismarck.

297.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 12. Januar 1876.

Ich danke Ihnen für die Mittheilung der Gründe, welche 1876
Sie beſtimmt haben, den Profeſſor Dr. Geffcken nicht zu em- 12. 1.
pfangen, ſowie für die Ihrem Schreiben beigefügten, den Acten des Auswärtigen Amtes entnommenen Notizen. Ich geſtehe gern, daß ich Ihnen nicht zugemuthet haben würde, meinen ehemaligen Studiengenoſſen von der Bonner Hochſchule zu ſehn, wenn mir Ihre Anſichten über ihn bekannt geweſen wären. Bei meinen langjährigen, wenn auch häufig unterbrochenen Beziehungen zu Dr. Geffcken habe ich bei demſelben weder eine Hinneigung zum Katholicismus noch eine grundſätzliche Gegnerſchaft zu Preußen jemals wahrgenommen. Vielmehr konnte ich aus ſeiner ganzen Haltung, wie aus ſeinen oftmaligen Aeußerungen nur entnehmen, daß an ſeiner eifrig proteſtantiſchen Geſinnung ebenſowenig zu zweifeln ſei, wie an ſeinem Patriotismus, wenn auch die Neigung zu abfälligen Kritiken ihn hin und wieder der Gefahr auszuſetzen ſchien, wider ſeine Abſicht zu den Feinden der Reichsregierung gezählt zu werden.

Ich konnte daher immerhin glauben, daß es Ihnen von Intereſſe ſein möchte, über eine Frage, welche in ihrer weitreichenden Bedeutung Sie faſt täglich in Anſpruch nimmt, die Anſichten eines Mannes zu hören, den ich freilich als Gegner unſerer gegenwärtigen Kirchenpolitik kannte, deſſen Anſichten über dieſelbe auch ich zu theilen keineswegs geneigt war, von dem ich aber nach ſeinen eigenen Verſicherungen annehmen mußte, daß er mit noch größerer Entſchiedenheit als Gegner der Ultramontanen betrachtet werden durfte. Um ſo überraſchender iſt mir daher die Mittheilung geweſen, daß Ihnen Dr. Geffcken von betheiligter Seite als derjenige angedeutet

1876 12. 1. worden iſt, welcher eventuell beſtimmt ſei, die ultramontanen Wünſche und Intereſſen zu vertreten, und ich brauche kaum zu ſagen, daß ich unter dieſen Umſtänden, wie ſehr ich auch an der Hoffnung feſthalte, daß dieſe Andeutung ohne ſein Vorwiſſen erfolgt iſt und auf einer völligen Verkennung ſeiner Geſinnungen beruht, doch die Bedenken für zutreffend erachten muß, welche Sie einer Unterredung mit ihm entgegengeſetzt haben.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

298.

Graf v. Roon an Bismarck*).

Crobnitz bei Reichenbach Oberlauſitz,
den 15. Februar 1876.

Hochverehrter Freund!

1876 15. 2. Mit dieſer meiner Empfindung für Sie entſprechenden Anrede will ich Ihnen auch heute nahen, da nur der Titel alter Freundſchaft mich allenfalls berechtigt, den vielbeſchäftigten Reichskanzler zu beläſtigen.

Meinen herzlichen Glückwunſch zur leidlichen Wiederherſtellung Ihrer Geſundheit und zur würdigen Verabſchiedung des faſt unleidlichen Reichstages zuvor! Mögen beide corpora ſich geſunder wiederſehen!

Der Zweck dieſer Zeilen iſt indeß weder, Ihnen meine ſelbſtverſtändliche Theilnahme zu bezeugen, noch über politiſche Geſchäfte zu ſprechen, deren volles Verſtändniß mir auf meinem Lauſitzer Iſolirſchemel vielleicht nicht möglich, ſondern vielmehr,

*) Theilweiſe veröffentlicht in Roons Denkwürdigkeiten III, S. 426 f.

um Sie an ein mir bei unſerem letzten perſönlichen Erſehen im Novbr. 74 freundlich gegebenes Verſprechen zu erinnern in Betreff meines Schwiegerſohnes Brauchitſch. 1876 15. 2.

Mag man gleich Nepotismus und Stellenjägerei verwerflich finden wie ich: dennoch kann man ſich bei einiger Welterfahrung der Thatſache nicht verſchließen, daß perſönliche Rückſichten bei der Vertheilung der Rollen in dieſer Welt oft großen Einfluß üben, und daß man mit catoniſchen Grundſätzen vielleicht die Anerkennung Gleichgeſinnter, ſelten aber praktiſche Erfolge erreicht.

Erlauben Sie daher, das Ihnen einſt mündlich Vorgetragene zu wiederholen, daß Brauchitſch, früher Landrath in Genthin, ſeit 4½ Jahren aber Regierungsrath in Potsdam, während des franzöſiſchen Krieges Präfect in Verſailles, in allen dieſen Stellungen, namentlich in der letztgenannten, unter Ihren eigenen Augen dargethan, daß er für höhere, auch für ſelbſtſtändige Verwaltungsſtellen wohl geeignet iſt. Sie meinten daher auch, daß der Genannte längſt in eine Präſidenten-Stelle gerückt ſei, und verſprachen dafür zu ſorgen, daß bisher Verſäumtes bald nachgeholt werde.

Das in widernatürlicher Ehe mit der amtlichen Erzeugung von Präſidenten, Vicepräſidenten ꝛc. betraute und — wie Sie wiſſen — mir immer ſehr ungeneigte Miniſter-Paar vereinigt ſich aber viel leichter über dasjenige, was zu unterlaſſen als über das, was zu thun ſei; ſo haben ſie ſich bislang immer darin einig gefunden, daß Brauchitſch nicht zu berückſichtigen ſei.

Sollte dies nun wohl auch ferner ſo bleiben, wenn der Reichskanzler und Miniſterpräſident wirklich das Verlangen äußern ſollte, daß Brauchitſch nächſtens hervorzuziehen ſei? — Kaum glaublich! —

Nun ſind, ſoviel ich erfahren, zunächſt die Vicepräſidenten-Stellen in Caſſel und in Schleswig zu vergeben. — Der Soldat hat zwar ohne Murren dahin zu gehen, wohin er geſchickt wird;

1876 15. 2. in der Beamtenwelt iſt man indeß erfahrungsmäßig nicht ſo ſtrenge.

Wenn ich nun anführe, daß meine Tochter im vergangenen Sommer an acutem Gelenk-Rheumatismus lebensgefährlich erkrankte und davon noch nicht ganz wiederhergeſtellt iſt, ſo iſt es begreiflich, daß ich die Verſetzung nach dem nordiſchen, von Waſſer umgebenen und von rauhen Winden umbrauſten Schleswig nicht wünſchen kann, daß ich mich dagegen über die Verſetzung meines Eidams nach Caſſel herzlich freuen würde.

Und damit bin ich fertig. Die Supplik iſt mir nicht ganz leicht geworden. Möglich erſchien mir eine ſolche überhaupt nur Ihnen gegenüber. Sollte dieſe Bitte eines erprobten alten Freundes keinen Wiederhall finden? — Zwar bin ich jetzt nicht einmal mehr die Ziska-Haut auf der Trommel, aber genug! — Selbſtanpreiſung wäre entweder überflüſſig oder — lächerlich. —

Mögen Sie ſchließlich noch wiſſen, daß Ihr alter ausrangirter Gefährte wie ein abſterbender Cactus in ſeinem windſicheren Glashauswinkel vielleicht noch eine Weile fortvegetiren dürfte, bis der an der Wurzel nagende Todeswurm auch die letzten Faſern zerſchnitten haben wird. Aber zu produziren und zu brauchen iſt er nicht mehr, denn mit den mageren Blüthen ſind auch die ſcharfen Stacheln abgefallen. In dieſer rein vegetirenden Gegenwart freue ich mich doch meiner Vergangenheit, ſo viele beſchmutzte, leere und zerriſſene Blätter es auch darin geben mag; hoffe ich doch auf eine Gottes gnädigen Verheißungen entſprechende Zukunft, in welcher Glück und Glanz dieſer Erde nur noch wie Schlacken, wie Ueberbleibſel erſcheinen, die von belebender Wärme oder auch von verzehrender Gluth Zeugniß ablegen. Aber verzeihen Sie dieſen Nachmittagsprediger-Ton, den Sie, der Sie noch mitten in dem Getriebe der Welt ſtehen, wie die treibende Feder in der Zeituhr, natürlich abgeſchmackt finden werden. Aber innigſt hoffe und

wünſche ich, daß Sie neben oder nach den Mühen und Leiden Ihrer großen Rolle das Bewußtſein Sich erhalten reſp. wieder beleben, daß alle Triumphe und Erfolge menſchlicher Größe, daß alle Freude, aller Glanz und Schimmer unſeres fröhneriſchen dunſtigen Erden-Daſeins Nichts ſind im Vergleich mit der uns in Jeſu Chriſto verheißenen ewigen Herrlichkeit. 1876 15. 2.

Das wünſche ich Ihnen von ganzem Herzen und mit dem Ihnen ſeit einem Decennium in unverbrüchlicher Treue gewidmeten Intereſſe, mit dem ich bin und bleibe

Ihr

treu ergebener alter Freund

v. Roon.

299.

Kardinal G. v. Hohenlohe an Bismarck.

Rom 5. März 76.

Nachdem Cardinal Ledochowski vorgeſtern ankam, und ſeine Audienz bei Sr. Heiligkeit denſelben Abend hatte, auch vom päbſtlichen Hofſtaat begrüßt worden war, kam er geſtern Abend zur Fürſtin Odescalchi (geb. Branicka), woſelbſt einige Leute eingeladen waren; Cardinal Ledochowski ſprach ſich daſelbſt ſehr anerkennend aus, wie ſchonend man ihn in Oſtrowo behandelt habe, welch' hübſchen Garten zum Spazierengehen ꝛc. ꝛc.; auch ſagte er: man würde in Berlin nicht weiter vorgehen gegen die katholiſche Kirche, und wenn auch nicht gleich, ſo würde doch ſpäter wohl der Fürſt Reichskanzler Frieden machen mit der katholiſchen Kirche. Ich ſagte dem betreffenden hohen Herrn, der mir dies erzählte, „dann möchte man doch den Cardinal Ledochowski als Legat nach Berlin ſenden". Da antwortete man mir, das ſey doch noch Etwas zu früh (troppo presto). Uebrigens wäre man ja jetzt ſchon milder hier geſtimmt, und es würden 1876 5. 3.

1876 5. 8. keine Reden und Allocutionen gegen dieſe „Pruſſia“ mehr gehalten werden. Ich antwortete: „wir wollen es hoffen, und namentlich ſollte man auch der Centrumsfraction das Handwerk legen; und dann den Biſchöfen in Deutſchland Inſtructionen geben, daß ſie, wo immer möglich, ſich mit der Regierung verſtändigen, und dies einſtweilen von hier aus toleriren“.

Dies wurde mir von dem hohen einflußreichen Herrn in Ausſicht geſtellt, — aber ob es dazu kommt, iſt eine andre Frage. — Das ganze Uebel, meinte der hohe Herr, datire vom verſtorbenen Cardinal Reiſach, der bei Pabſt und Antonelli ſtets gegen die „Pruſſia“ gehetzt habe, und den Keim zu All' dem gelegt, was heute zu ſo großem Schaden aufgewachſen ſey.

Eine klare Darſtellung der hieſigen Situation zu geben, iſt ſchwer, ich beſchränke mich daher auf die Citirung obiger Facta, und verbleibe mit beſten Wünſchen für Dero Wohlſeyn

G. Cardinal von Hohenlohe.

300.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 9. Mai 1876.

1876 9. 5. Bevor Zar und drei Kanzler ſich in Berlin verſammeln, möchte ich Sie gern noch einmal, und zwar wenn es Ihnen paßt, Mittwoch den 10. Mai Abends halb neun Uhr beſuchen. Wünſchen Sie einen andern Tag oder eine andere Zeit, ſo laſſen Sie es ja wiſſen

Ihren

ſehr ergebenen

Friedrich Wilhelm KPz.

301.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

12. Mai 1876.

Nach reiflicher Ueberlegung des mit Ihnen geführten Ge- 1876
ſprächs am 10. d. Mts. Abends, kann ich den Gedanken, Fried- 12. 5.
berg das in Ausſicht ſtehende Reichs-Sekretariat für Juſtiz-Angelegenheiten zu übertragen, nicht lebhaft genug empfehlen.

Sollte, wie Sie es vermuthen, der Kaiſer die bekannten Bedenken gegen Friedberg erheben, ſo möchte ich Sie auf eine, gewiß ins Gewicht fallende Thatſache aufmerkſam machen, daß er es nämlich gerade war, welcher ſeiner Zeit mir dringend abrieth, meine von den Regierungs-Maßregeln abweichenden politiſchen Anſichten bekannt werden zu laſſen, während S. Majeſtät umgekehrt Friedberg für den Rathgeber in jenem Sinn zu betrachten ſcheint.

Ich ſtelle Ihnen anheim, von dieſer Mittheilung S. Majeſtät gegenüber jeden Ihnen etwa geeignet oder wünſchenswerth erſcheinenden Gebrauch zu machen.

Bülow ſprach ich heute nach dem Diner, nachdem ſchon Fürſt Gortſchacow mir Mittheilungen über den Stand der Verhandlungen gemacht hatte. Wenn Erſterer mich von dem weiteren Gange der Angelegenheiten unterrichten könnte[1]), wäre ſehr dankbar

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

Randbemerkung Bismarcks:

[1]) **fiat.**

302.

Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin den 17. Mai 1876.

Eurer Durchlaucht

1876 17. 5. erlaube ich mir ganz ergebenſt anzuzeigen, daß der geſtrige Meinungsaustauſch mich beſtimmt hat, von dem in Ausſicht genommenen Entlaſſungsgeſuch abzuſehen, daß ich ferner heute ſämmtliche hier anweſende preußiſche Miniſter — von Kameke und Leonhardt ſind abweſend — zu einer vertraulichen Beſprechung verſammelte, und daß wir einſtimmig beſchloſſen haben, den von Ihnen für nöthig erachteten Vorſchlägen wegen Bülow und Hoffmann unſererſeits nicht entgegenzutreten.

Möge die ſonach gefundene Einigung der Ausgangspunkt für weiteres gemeinſchaftliches Wirken zum Wohle des Reiches und unſeres engeren Vaterlandes ſein!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Camphauſen.

303.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 30. Juni 1876.

1876 30. 6. Bevor ich Potsdam verlaſſe, um mich für längere Zeit auf Reiſen zu begeben, möchte ich im Intereſſe des Unter Staatsſekretärs Dr. Friedberg einige Worte an Sie richten, um einer Pflicht zu genügen, welche ich dieſem Manne ſchuldig bin, der ſich durch langjährige, oft mit Schwierigkeiten und Opfern verbundene, immer aber mit gleicher Hingebung mir geleiſtete Dienſte Anſpruch auf meine Dankbarkeit erworben hat.

Wohl weiß ich, daß Sie bei der eventuellen Uebernahme des p. Friedberg in den Reichs-Dienſt ſowohl der Frage ſeiner dienſtlichen Wirkſamkeit und der Einrichtung des ihm anzuvertrauenden Amtes, als ſeiner perſönlichen Stellung Ihre eingehende und wohlwollende Aufmerkſamkeit zuwenden werden. Aber ich hoffe, Sie werden es dennoch natürlich finden, wenn ich gerade in Betreff der Letzteren mir nicht verſagen mag, dem lebhaften Wunſche Ausdruck zu geben, daß dem p. Friedberg ſeiner Zeit eine Rangerhöhung zu Theil werde, welche nicht nur ſeiner Stellung an der Spitze der deutſchen Reichsjuſtiz-Angelegenheiten zumal mit Rückſicht auf die Juſtiz-Miniſter der Einzelſtaaten entſpricht, ſondern auch geeignet iſt, ihm eine wohlverdiente Genugthuung zu gewähren. Ich möchte deshalb Ihrer Erwägung anheim ſtellen, ob ſich — was ich für das Wünſchenswertheſte halten würde — die Verleihung des Ranges und Titels eines Staatsminiſters an den p. Friedberg nicht empfehlen dürfte? Sollten hiergegen Gründe ſprechen, welche ich nicht zu überſehen vermag, ſo würde die Ernennung zum wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädicat Excellenz doch kaum irgend welchen Bedenken begegnen können. 1876 30. 6.

Was aber den ihm zu verleihenden Amts Titel betrifft, ſo würde mir in beiden Fällen die Wahl des Titels eines „Staats Sekretärs für die Reichsjuſtiz-Angelegenheiten“ als eine zutreffende und glückliche erſcheinen.

Ich würde es mit aufrichtigem Danke erkennen, wenn Sie dieſer Angelegenheit, welche außer ihrer perſönlichen Seite, auf die ich mich beſchränke, doch auch eine nicht minder ſachliche Bedeutung hat, ein freundliches Intereſſe ſchenken wollten.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

304.

Bismarck an Botſchafter Graf Münſter.

Kiſſingen 6 Juli 1876.

Geehrter Freund

1876 6. 7. Der Kaiſer ſchreibt mir heut über den Inhalt Ihrer Immediatberichte und wünſcht in einigen Tagen meinen mündlichen Vortrag darüber. Aus der Umgebung wird mir geſchrieben, daß Se. Majeſtät durch Ihren erſten Bericht ſehr bewegt und erregt worden, und dieſe Erregung ſich dem Kaiſer Alexander mitgetheilt und deſſen Mißtrauen gegen England geſteigert habe. Auch Ihre Majeſtät die Kaiſerin hat davon Veranlaſſung genommen an Ihre Majeſtät die Königin Victoria zu ſchreiben. Ich erſehe daraus mit Beruhigung, daß der auswärtige Dienſt durch den Ausfall meiner Mitwirkung nichts an Thätigkeit verliert. Ich werde auch im mündlichen Vortrage nicht im Stande ſein, Sr. Majeſtät über den Inhalt Ihrer Berichte etwas Erhebliches ſagen zu können, da nur die Zukunft ſelbſt entſcheiden kann, ob und inwieweit Vorherſagungen eintreffen.

Der Bruch zwiſchen England und Rußland wäre eine große Calamität und ein europäiſches Unglück; für uns ſpeciell wäre der zwiſchen Oeſterreich und Rußland noch gefährlicher. Nach den Allerhöchſten Randbemerkungen vermuthe ich, daß Se. Majeſtät Sie beauftragen wird, beruhigend auf England zu wirken, deſſen Kriegsluſt Sr. Majeſtät in analogem Lichte erſcheint, wie die Napoleons 1870. Wenn ſie wirklich zum Ausbruch käme, ſo würde, wie ich glaube, das Urtheil unſeres Allergnädigſten Herrn bei allen mit der Sachlage Vertrauten das allgemeine ſein. Wenn Se. Majeſtät Beruhigungsvorſtellungen an England befiehlt, ſo könnten Sie Sich ziemlich an den Text des gegen uns gerichteten engliſchen Circulairs vom Frühjahr 75 halten.

Ich benutze einen Courier, um Ihnen vorläufig dieſe Privat- 1876
information über die Allerhöchſten Intentionen zu geben. Ge- 6. 7.
ſtatten Sie mir damit eine freundſchaftliche Bitte zu verbinden. Der Kaiſer ſchreibt mir, daß Ihre Berichte ihm direct, nicht durch das Miniſterium zugehn und die mir von Sr. Majeſtät überſandten tragen in der That nur das Allerhöchſte „Präſentirt". Es iſt das Sr. Majeſtät vielleicht perſönlich angenehm, ſo lange nicht Mißhelligkeiten daraus entſtehn, die den Monarchen in Mitleidenſchaft ziehn, wie die Arnimſchen, und das iſt zwiſchen uns ja Gott ſei Dank nicht möglich. Aber es iſt in Widerſpruch mit der dienſtlichen Praxis und mir außer Arnim in 14 Jahren kein Fall bekannt, daß es geſchehe. Wir ſind zu alte Freunde, um dergleichen pointilliös zu nehmen; aber Bülow würde, wenn er jetzt im Dienſt wäre, wohl eine Cabinetsfrage daraus machen.

Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich der Sache erwähne, aber als Regel geht es wirklich nicht, ſo gern der Allerhöchſte Herr es perſönlich auch ſieht. Bitte mich der Comteſſe zu empfehlen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

305.

Miniſter v. Noſtitz-Wallwitz an Bismarck.

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich anzuzeigen, daß Seine Majeſtät der König, mein 1876
gnädigſter Herr, in Folge des Ausſcheidens des Herrn Staats- 1. 11.
miniſters Freiherrn von Frieſen aus dem öffentlichen Dienſt, mir neben dem Miniſterium des Innern die Leitung der Behörde zu übertragen geruht hat, welche nach der Nomenklatur der Sächſiſchen Verfaſſungsurkunde noch den Namen des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten führt und welcher

1876 die Vermittelung der Correſpondenz der Königlich Sächſiſchen
1. 11. Regierung mit den Reichsbehörden zufällt.

Ich würde mich glücklich ſchätzen, wenn es mir gelingen ſollte, mir Seiten Eurer Durchlaucht das Vertrauen zu erwerben, von welchem meinem Vorgänger ſo werthvolle Beweiſe zu Theil geworden ſind, und bitte mir zu geſtatten, der Bitte um daſſelbe noch neben der dem auswärtigen Amte gemachten officiellen Mittheilung Ausdruck zu geben.

Genehmigen Eure Durchlaucht hierbei die Verſicherungen der ausgezeichnetſten Hochachtung, welche ich Eurer Durchlaucht nach Ihrer Rückkehr nach Berlin noch mündlich darbringen zu dürfen hoffe, und mit welcher ich zu zeichnen die Ehre habe als

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenſter

v. Noſtitz-Wallwitz

K. Sächſ. Staatsminiſter.

Dresden
den 1. November
1876.

306.

Bismarck an Miniſter v. Noſtitz-Wallwitz.

Varzin 18 November 1876.

Eurer Excellenz

1876 danke ich verbindlichſt für die freundlichen Worte, mit denen
18. 11. Sie mich bei Uebernahme Ihrer erweiterten Functionen begrüßt haben, und werde ich mich glücklich ſchätzen, die vertrauensvollen Beziehungen, in denen ich mit Ihrem Herrn Vorgänger ſeit der Begründung der neuen Reichseinrichtungen zu ſtehn die Freude hatte, mit Ihnen fortzuſetzen. Wenn auch meine Geſundheit mir leider die ununterbrochne Betheiligung an unſern gemeinſamen Arbeiten nicht mehr geſtattet, ſo hoffe ich doch, daß es mir gelingen werde, mir die gnädige Geſinnung,

mit der Seine Majeſtät der König von Sachſen mich bisher beehrt hat, bis über die Zeit hinaus zu erhalten, während deren ich bei den Reichsgeſchäften noch mitzuwirken im Stande ſein werde. 1876 18. 11.

In der Hoffnung, Sie bald perſönlich in Berlin begrüßen zu können, bitte ich Sie die Verſicherung der ausgezeichnetſten Hochachtung zu genehmigen, mit der ich bin

Eurer Excellenz

ganz ergebenſter

v. Bismarck.

307.

Bankpräſident v. Dechend an Bismarck.

Berlin 1. Dezember 1876.

Ew. Durchlaucht

kann ich nach reiflichſter Erwägung nur ganz ergebenſt anheimſtellen, den wieder angeſchloſſenen Entwurf zu der Verfügung an das Reichsbank-Direktorium mit den Bleiänderungen im Eingange, aber mit Weglaſſung der in dem vorletzten Satze eingeklammerten und angeſtrichenen Worte hochgeneigteſt zeichnen zu wollen. 1876 1. 12.

Freilich bin ich darüber nicht zweifelhaft, daß der Verfaſſer des Entwurfs etwas ganz Anderes will als Ew. Durchlaucht. Wenn es auf ihn ankäme, ſo würde an dem bisherigen Verfahren bei den Silberverkäufen, das ich hauptſächlich deshalb höchſt bedenklich finde, weil ſich das Reich durch das Ausbieten des Silbers an verſchiedenen Orten ſelbſt eine Konkurrenz ſchafft, nicht das Mindeſte geändert werden. Der ganze Unterſchied würde darin beſtehen, daß die Reichsbank künftig die unbedeutenden Handlangerdienſte leiſten müßte, zu welchen bis dahin die Deutſche Bank benutzt worden iſt. — Wird der

1876 Schlußſatz aber, wie ich mir vorzuſchlagen erlaubt habe, ge-
1. 12. ändert, ſo befindet ſich die Bankverwaltung in der Lage, die Gründe, welche es bedenklich erſcheinen laſſen, auf dem bisherigen Wege fortzuſchreiten, darzulegen und die Bedingungen, unter welchen ſie die Verkäufe übernehmen will, klar und unbefangen zu formuliren.

Ew. Durchlaucht werden dann am beſten urtheilen können, ob dieſer Weg beſſer zum Ziele führt und danach die ſchließliche Entſcheidung treffen.

v. Dechend.

308.

Bismarck an Graf Holnſtein.

Berlin 27 Januar 1877.

Verehrter Graf

1877 Ihr Schreiben vom 25 c. habe ich mit verbindlichſtem
27. 1. Danke erhalten, und bitte Sie, wenn Sie glauben, daß es gnädige Aufnahme findet, Seiner Majeſtät dem Könige meinen ehrfurchtsvollen Dank für dieſe gnädige und geſchäftlich beiderſeits nützliche Entſchließung*) zu Füßen zu legen.

Wenn ich Sie bitte, meine Frau und mich der Frau Gräfin zu empfehlen, ſo kann ich dabei nach eigner Erfahrung und nach dem Urtheil beſſerer Kenner, meine bewundernde Anerkennung bayriſcher Obſtzucht nicht unterdrücken.

In der Politik ſcheinen, nach Beſeitigung der nächſten Türkengefahr, der negative Pol in Paris und der poſitive in Petersburg eine gewiſſe Anziehung für einander zu empfinden, doch hoffen wir, daß Kaiſer Alexander aus dieſem electriſchen Strome iſolirt bleiben wird. Der nächſte Druck der Combi-

*) Die Ernennung v. Rudharts zum bayriſchen Geſandten an Stelle des Freiherrn v. Perglas.

nation ſcheint ſich allerdings gegen Oeſtreich zu richten oder 1877
richten zu wollen; auch die ruſſiſchen Truppenaufſtellungen 27. 1.
laſſen das vermuthen, indem ſie neuerdings mehr Chotim als Kiſchenew zum Pivot nehmen. Unter ſolchen Anzeichen möchte ich hier gern jemand haben, durch den ich S. Majeſtät den König Ludwig mit vollem Vertrauen regelmäßig in Kenntniß halten könnte, und beabſichtige zunächſt Baron Werthern zu vorläufiger Beſprechung hierher zu berufen.

Mit herzlichen Grüßen von den Meinigen und mir

der Ihrige

v. Bismarck.

309.

Gambetta—Bismarck.
1877. 1878.

I. Graf Guido Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürſt!

Ew. Durchlaucht verfehle ich nicht für den Fall dies von 1877
Werth für Ihre Diſpoſitionen ſein ſollte, ergebenſt mitzutheilen, 17. 10.
daß ich zu Gambetta in derartigen Beziehungen bin, daß er hierher auf das Land Beſuch machen kommt. Bei der Redſeligkeit des Südländers iſt weit mehr Gelegenheit zu hören, wie zu ſprechen. Uebrigens iſt es der einzige Franzoſe, welcher über deutſche Verhältniſſe zuverläſſig und genau informirt iſt, und zwar auf Grund eigner in den letzten Jahren wiederholten Anweſenheiten in Deutſchland, bei welchen er die Augen nach allen Richtungen offen gehalten hat und die ihm Gegenüberſtehenden wohl meiſt nicht gewußt haben dürften, mit wem ſie es zu thun hatten. Kann Ew. Durchlaucht Jemand, der ſich im Schatten zu halten weiß, und Ihnen von Grund der Seele

1877 ergeben iſt, hierbei von Nutzen ſein, ſo ſteht derſelbe Ihnen
17. 10. wie immer ganz zu Dienſten.

Ende Auguſt erſuchte ich Radowitz, Ew. Durchlaucht zu wiſſen zu thun, daß ich zuverläſſig überſehen kann, daß die franzöſiſchen Wahlen eine gleiche Zuſammenſetzung der assemblée nationale bei einer Verringerung der republikaniſchen Majorität von mindeſtens 20 Stimmen ergeben würden. Damals wurde ein derartiger Ausfall der Wahlen lebhaft beſtritten und nur zwei Eventualitäten — Erfolg der préfets à poigne oder Verſtärkung der republikaniſchen Majorität — für möglich erachtet. Die Wahlen haben inzwiſchen meine Angaben bewahrheitet.

In bekannter Verehrung
Ew. Durchlaucht
aufrichtig ergeben
Henckel Donnersmarck.

Château de Pontchartrain (Seine et Oise)
den 17. October 1877.

II. Graf Herbert Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Varzin 30. October 1877.

Verehrter Herr Graf!

1877 Mein Vater hat Ihren freundlichen Brief vom 17ten d. M.
30. 10. vor einigen Tagen mit verbindlichſtem Danke erhalten. Er bittet Sie, es entſchuldigen zu wollen, wenn er Ihnen nicht eigenhändig darauf antwortet, und durch mich dies beſorgen läßt; bei dem ſchonungsbedürftigen Zuſtande ſeiner Geſundheit iſt aber jedes Schreiben leider immer noch eine angreifende Aufregung für ſeine Nerven.

Die Beziehungen, welche Sie mit Gambetta unterhalten, ſind meinem Vater ſehr intereſſant. Demſelben eigentliche direkte Aufträge oder Mittheilungen, ſei es auch durch Ihre

Vermittlung, von hier zukommen zu laſſen, hält mein Vater aber für Gambetta ſelbſt nicht nützlich und rathſam. Wenn es in Frankreich oder auch nur bei den dortigen Republikanern bekannt würde, daß Gambetta irgend welche Verbindung mit dem deutſchen Reichskanzler hätte, ſo würde ihm das vorausſichtlich nicht nur bei ſeinen Landsleuten im Allgemeinen, ſondern auch bei ſeiner Partei ſchaden, und er ſelbſt würde es vielleicht bald als läſtig und drückend empfinden, wenn er durch ſolche vermittelte Berührungen mit dem prussien Bismarck in mancher Hinſicht ſich dem ascendant des letzteren nicht mehr entziehen könnte. 1877 30. 10.

Die Eindrücke, welche Gambetta auf Grund ſeiner wiederholten Anweſenheiten in Deutſchland gewonnen hat, und nach welchen er ſich überzeugt zu haben ſcheint, daß das ganze deutſche Volk den Frieden wünſcht, findet mein Vater ſehr erfreulich; es kann für die Entwickelung und das Gedeihen beider Nachbarländer nur vortheilhaft ſein, wenn ein ſo einflußreicher und überlegter Politiker wie Gambetta dieſe Ueberzeugung in ſich befeſtigt und ſeinen Landsleuten nach Möglichkeit mitzutheilen ſucht. Wie Ihnen, verehrter Graf, wohl bekannt ſein wird, iſt mein Vater der Anſicht, daß die republikaniſche Staatsform, wie ſie ſich bis zum 16. Mai ruhig entwickeln konnte, die einzige in Frankreich iſt, welche eine friedliche Geſtaltung ſeiner Beziehungen zu Deutſchland dauernd ermöglichen kann. Die Maſſe des Volkes iſt, wie in allen Ländern der Welt, ſo auch in Frankreich und Deutſchland, friedliebend, und wenn man von den Pariſern und den jeſuitiſchen Elementen abſieht, kann man wohl dreiſt behaupten, daß die franzöſiſche Nation einer neuen kriegeriſchen Verwickelung ebenſo abgeneigt iſt, als die deutſche. Mein Vater glaubt deshalb nicht, daß wir durch den Nationalhaß und das Revanchebedürfniß unſerer weſtlichen Nachbarn allein in die Lage gebracht werden würden, in naher Zeit einen neuen franzöſiſchen Angriff abwehren zu müſſen,

1877 30. 10. wenn nicht ein anderes Agens noch hinzutritt. Die Gefahr läge nur darin, daß nach einem etwa gelungenen Staatsſtreich die franzöſiſche Armee im Dienſte des Vaticans zu einem Kreuzzuge gegen Deutſchland aufgeboten würde, ſei es noch unter den jetzigen Machthabern, ſei es unter einem an die Spitze gekommenen Prätendenten. Von den letzteren würde — falls die Thronbeſteigung eines derſelben durch einen Gewaltſtreich erzwungen wäre — ſich keiner lange ſicher fühlen gegen die Anfeindungen der zurückgedrängten anderen monarchiſchen Parteien und die aller Republikaner. Einmal zur Macht gelangt, würde aber jeder Prätendent, ehe er die Karten unter den Tiſch würfe, lieber verſuchen, der inneren Gährung durch eine Diverſion nach außen Luft zu ſchaffen, und mit uns Händel anfangen. Eine ultramontane Regierung — möge ſie heißen, wie ſie wolle — wäre an ſich gar nicht im Stande, einen Krieg mit uns *nicht* zu führen, ſobald die Jeſuiten es für zweckdienlich hielten, daß er geführt werde. Auf die Wünſche und Dispoſitionen einer ſolchen Regierung käme es nicht an, denn ſie müßte eben den von Rom kommenden Weiſungen gehorchen; unter einem clerikalen Regime iſt die franzöſiſche Armee nichts anderes, als „Soldaten des Papſtes", die auf ſeinen Befehl marſchiren werden, wohin die Jeſuiten ſie dirigiren wollen.

Aehnliches haben wir im Sommer 1870 ſchon einmal erlebt. Das Eintreten einer ſolchen Möglichkeit zu verhüten liegt aber in den Zielen der Politik meines Vaters — ſoweit wir das können, ohne uns in innere franzöſiſche Angelegenheiten zu miſchen. Er glaubt, daß ſich dieſes Ziel erreichen läßt, und gehört keineswegs zu denen, welche bei uns ſagen „ein Krieg mit Frankreich muß in den nächſten Jahren doch geführt werden, alſo iſt es beſſer, ihn ſo bald als möglich zu führen, ſo lange Frankreich noch ſchwach iſt, und wir es ſicher wieder ſchlagen". Es iſt dies das Raiſonnement einer gewiſſen — ſo zu ſagen — Militärpartei, welche wohl Gehör, aber keine Macht hat.

Mein Vater iſt dieſer Art zu raiſonniren immer entgegengetreten; einmal hält er es durchaus nicht für unumſtößlich, daß ein Krieg mit Frankreich in den nächſten Jahren unvermeidlich wäre — niemand könne Vorſehung ſpielen und wiſſen, wie die Welt in einigen Jahren ausſehen würde; daß jeder Krieg, ſelbſt ein ſiegreicher, ein Unglück iſt, ſteht aber feſt, und ſo lange er nicht wirklich ganz unvermeidlich, wird mein Vater nicht dazu rathen. Es wäre ein zu gefährliches Spiel, den Teufel durch Beelzebub austreiben zu wollen. Einen Krieg anzufangen, wäre nicht ſo ſchwer; wie er enden würde, könnte man aber nie beſtimmt wiſſen. Das Kriegsglück iſt wandelbar, und die einſichtigſten Militairs täuſchen ſich mitunter in ihren Vorausſetzungen und Berechnungen. Man hat dafür gerade jetzt ein ſchlagendes Beiſpiel in Bulgarien. Wir brauchen und wollen keinen Krieg mit Frankreich, glauben auch, daß er nicht nothwendig hereinbrechen muß, ſo lange der Papſt dort nicht unbedingt befiehlt. Tritt letzteres einmal ein, ſo iſt an langen Frieden allerdings kaum mehr zu glauben. 1877 30. 10.

In Vorſtehendem habe ich mich bemüht, Ihnen dem Sinne nach einige Aeußerungen meines Vaters wiederzugeben. Er ermächtigte mich, dies zu thun und bemerkte dazu, Sie könnten beliebigen Gebrauch davon machen.

Mein Vater läßt ſich Ihnen vielmals empfehlen und ich bin, mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebenſter

Graf Herbert Bismarck.

III. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürſt,

Die geheime Geſchichte der Sinnesänderung Mac Mahons iſt in ihren kurioſen Details Ew. Durchlaucht ſicher ſchon be- 1877 23. 12.

1877 23. 12. kannt, ebenſo wie, daß Gambetta den Achtzehner Ausſchuß in allein maßgebender Weiſe leitete, obwohl er ſorgfältig vermied hervorzutreten.

Vorgeſtern ließ mir Gambetta durch ſichere Gelegenheit wiſſen, Mitte November habe ich ihm meine perſönliche Anſicht dahin ausgeſprochen, der Reichskanzler werde nie an die Aufrichtigkeit einer franzöſiſchen Regierung Deutſchland gegenüber glauben, ſo lange deſſen auswärtige Politik in klerikalen Händen und Gontaut Botſchafter in Berlin ſei; er habe mir damals geantwortet, bis Jahresſchluß würden dieſe Hinderniſſe nicht mehr exiſtiren; die Ernennung eines Proteſtanten an die Spitze der auswärtigen Politik Frankreichs*) und der Erſatz Gontauts durch St. Vallier, welcher von Hohenlohe als eine Deutſchland ſympathiſche und genehme Perſönlichkeit bezeichnet worden ſei, ſeien inzwiſchen erfolgt als Manifeſtationen des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutſchland zu treten; ob dagegen wohl eine Sympathiebezeugung offizieller Art gegenüber der heutigen franzöſiſchen Regierung, vielleicht unter Bezugnahme auf die bevorſtehende Ausſtellung, wenn auch unter Aufrechterhaltung unſerer Nichtbetheiligung erhofft werden könne; es würde eine derartige Kundgebung dem Miniſterio im heutigen Moment ſehr willkommen ſein.

Ich antwortete ihm heute, ich ſei nicht in der Lage dies zu überſehen; jedenfalls ſei eine entſchiedene Haltung gegen Rom das ſicherſte Mittel weiterer Annäherung.

Ende Oktober ließen mir Ew. Durchlaucht durch Ihren Herrn Sohn ſchreiben, es werde Gambetta offenbar bei ſeinen Landsleuten ſchaden, wenn er irgend welche Beziehungen zum Prussien Bismarck unterhielte; demgegenüber kann ich nur erklären, daß Gambettas Preſtige in ſeiner Partei ein unbedingtes iſt und der Diktator von Tours in derſelben Autokrat blieb.

*) Waddington.

Wenn Sie mir die Erlaubniß dazu ertheilen, würde ich es auf mich nehmen, Gambetta zu Ihnen nach Varzin zu bringen und zwar ganz nach Ihrer Beſtimmung entweder öffentlich oder ohne daß es Jemand erfährt. Es bedarf hierzu nur Ihres Winkes. Entgegenkommen und Mitwirkung Frankreichs wird der pater Joſeph der heutigen Regierung, der Träger der Majorität der assemblée générale und eines congrès der beiden parlamentariſchen Körperſchaften Ihnen in weiteſter Ausdehnung bieten, um das, was er für nothwendig hält zur Herſtellung geordneter vertrauender Beziehungen in Europa, zur Beſeitigung des kommerziellen und induſtriellen Nothſtandes zu erreichen — nämlich gemeinſame Stellungnahme Deutſchlands und Frankreichs gegen Rom, Wiederherſtellung des Vertrauens zwiſchen beiden Nationen, beiderſeitige Verſtändigung über das Militärbudget. 1877 23. 12.

In aufrichtigſter Verehrung

Ew. Durchlaucht

treuergebenſter

Henckel Donnersmarck.

Neudeck, 23. Decbr. 77.

IV. Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Varzin 28 Dezember 1877.

Verehrter Graf

Ihren Brief vom 23 d. M. habe ich mit verbindlichſtem Danke erhalten und mit vielem Intereſſe geleſen. 1877 28. 12.

Ueber den Wechſel in der Perſon des franzöſiſchen Botſchafters habe ich mich außerordentlich gefreut; wenn irgend etwas geeignet war, bei uns das Vertrauen in die friedlichen Geſinnungen Frankreichs zu fördern, ſo war das die Zurück-

1877 28. 12. berufung Gontauts, der ſich mit allen dem Reiche feindlichen Beſtrebungen in enge Beziehungen geſetzt hatte, und wenn ſich irgend etwas Ausführbares finden ließe, unſere Freude darüber äußerlich zu bethätigen, ſo würde das meinen Wünſchen ganz entſprechen. Die Frage der Ausſtellung wieder aufzunehmen würde materiell die Zeit für unſere Ausſteller fehlen — damit geht es alſo nicht — ich hoffe aber, daß Gambetta auch ohnedem über unſere Abſichten vollſtändig beruhigt iſt. Mit letzterem in perſönliche Beziehungen zu treten, würde mir ganz erwünſcht ſein, — für den Augenblick würde das aber den Kaiſer ſehr erſchrecken, da Seine Majeſtät durch Gontaut und andere Einflüſſe in Bezug auf republikaniſche Propaganda wohl ſehr bearbeitet und mißtrauiſch gemacht iſt. Außerdem würde ich es aber in Gambetta's eigenem Intereſſe auch für verfrüht halten, wenn er leichtſinnig genug wäre, ſich mit mir zu compromittiren; mir liegt an der Schonung ſeiner Autorität zu viel, um ihm eine Erſchütterung derſelben zu erleichtern. Er iſt eine der wenigen in Frankreich noch exiſtirenden autoritativen Naturen, und bei ſeiner friedlichen Geſinnung und der immer noch großen Macht der ihm entgegenſtehenden Parteien glaube ich, daß das Capital, welches in ihm ſteckt, vorläufig geſchont werden muß. Jedenfalls bin ich Ihnen ſehr verbunden, daß Sie auf dieſe Weiſe indirekte Beziehungen hergeſtellt haben, die ich gern benutzen und pflegen werde. Ich freue mich, daß Sie meiner wohlwollend gedenken, und bitte Sie, auf meine Gegenſeitigkeit zu rechnen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

V. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

(Telegramm.)

Aufgegeben in Paris am 12. 4. 1878 2 Uhr 20 Min. Nachm.
Angekommen in Berlin am 12. 4. 1878 3 Uhr 50 Min. Nachm.

Prince Bismarck

Berlin.

Primeurs demandées pour le moment introuvables malgré recherches minutieuses. Envoi ne pourra arriver avant huitaine. — Détails partent ce soir. 1878 12. 4.

Henckel.

VI. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürſt.

Angeſichts der morgen beginnenden Reichstagsferien ſandte ich Ew. Durchlaucht nachſtehendes Telegramm 1878 12. 4.

Primeurs (etc. wie oben).

heute zu und beehre mich folgendes ergeben zu berichten.

Sofort bei meinem Eintreffen hierſelbſt den 6ten Abend ſandte ich zu der in Rede ſtehenden Perſönlichkeit, erhielt aber die Antwort, Gambetta ſei in Folge Todes ſeiner Tante nach Nizza gefahren und werde mindeſtens bis Ende dieſer Woche abweſend bleiben; niemand wiſſe ſeine Adreſſe.

Den nächſten Morgen (Sonntag) veranlaßte ich einen ſeiner nächſten Freunde, welcher ihn ſeiner Zeit mir zugeführt hatte, feſtzuſtellen, wohin ihm Briefe oder Depeſchen zu ſenden ſeien oder falls ſein Aufenthalt unbekannt bleiben ſolle, ob deren Beförderung vermittelt werden könne. Nach Ermittelungen bei ſeinen intimſten Freunden ergab ſich, daß Niemand weiß, wo er weilt; jedenfalls iſt er nicht in Nizza und wahrſcheinlich der Erholung wegen irgendwo geborgen. Sobald derſelbe hier

1878 12. 4. eintrifft, werde ich das Erforderliche vereinbaren und über den Tag des Eintreffens in Berlin ſogleich Mittheilung machen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebener

Henckel Donnersmarck.

Paris 25 avenue des champs Elysées
den 12. April 78.

VII. Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Berlin den 14 April 1878.

Verehrter Freund

1878 14. 4. ich danke verbindlichſt für Ihre Mittheilungen und werde mich jederzeit freuen, wenn wir unſern Verabredungen weitere Folge geben können. Ich würde ohne Rheumatismus heut ſchon in Friedrichsruh ſein, gehe dahin, ſobald ich reiſefähig bin, und bleibe dort bis zum 1 Mai, wenn die Durchreiſe des Königs von Schweden mich nicht veranlaßt, einen Tag, ich glaube, es iſt der 20 cr., in Berlin zuzubringen. Die Fahrt iſt nur 4 Stunden, ich würde daher auch auf Ihren Wunſch mich vor dem 1 Mai jederzeit auf den Berliner Zug ſetzen und zur Nacht wieder zu Hauſe ſein können. Ob meine Frau mir folgt, weiß ſie noch nicht, jedenfalls aber iſt ſie ſehr dankbar und erfreut und jeder Kundige imponirt bei dem Anblick der wundervollen Marſchall Niel*), die Ihr polyglotter Europäer von Garteninſpector hier unbeſchädigt und in voller Blüthenpracht abgeſetzt hat. In freundſchaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.

---

*) sc. Roſen.

VIII. Gambetta an Graf Henckel Donnersmarck.

Paris ce 22 avril 1878.

Mon cher Comte. Je suis bien confus d'avoir pu vous causer l'embarras de m'écrire le 6 avril sans pouvoir recevoir de réponse. Je vous prie de m'excuser, la perte douloureuse qui m'avait atteint, m'a tenu éloigné de Paris pendant trois semaines sans communication avec personne. Je désire vous voir demain entre une heure et deux de l'après-midi soit 1 ½ h. pour vous faire agréer mes regrets et causer avec vous comme vous le désirez. 1878 22. 4.

Croyez à mes meilleurs sentiments

L. Gambetta.

IX. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Paris 23 Avril 1878.

Fuerst Bismarck

Friedrichsruh Lauenburg.

Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi soir, sera mardi à votre disposition, détails suivent. 1878 23. 4.

Henckel.

X. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürſt,

Das geneigte Schreiben vom 14. April habe ich die Ehre und Freude gehabt zu erhalten. Gambetta, welcher geſtern Abend hier eintraf, verläßt mich ſoeben, und ſandte ich folgendes Telegramm nach Friedrichsruh: 1878 23. 4.

> Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi soir, sera mardi matin à votre disposition, détails suivent.

1878 23. 4. Gambettas Tante, welche ſeine Ausbildung mit eigenen Entbehrungen veranlaßte und an welcher er mit inniger Liebe hing, ſtarb ohne vorangegangene Krankheit vom Schlage getroffen. Der Tod erſchütterte ihn derart, daß er einige Wochen ſich von Jedermann abſchließen wollte und ſich einſam verborgen hielt. Er iſt bereit, ganz zu der Ew. Durchlaucht convenirendſten Zeit nach Berlin zu kommen; erwünſcht wäre es ihm, nach Wiederbeginn der Sitzungen (29. April) der assemblée nationale nicht zu lange zu fehlen. Um die unnöthige Fahrt von Friedrichsruh nach Berlin und zurück zu vermeiden, habe ich geglaubt in Ihrem Sinn zu handeln, wenn ich unſere Abfahrt von hier auf Sonntag Abend, unſer Eintreffen in Berlin Kaiſerhof auf Montag den 29. Abends vereinbarte. Den 30ten, an welchem Tage auch die Reichstagsſitzungen beginnen, ſteht Gambetta zur Dispoſition und erwarte ich Beſtimmung Kaiſerhof über die Ihnen convenirende Stunde. Selbſtredend bleibt die Sache hier vollſtändig verſchwiegen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebenſter

Paris 23. April 1878 Henckel Donnersmarck.

25 champs Elysées.

XI. Gambetta an Graf Henckel Donnersmarck.

Paris ce 24 avril 1878

Cher Monsieur de Henckel.

1878 24. 4. L'homme propose ... le parlement dispose. Quand j'ai accepté hier avec empressement, je n'avais pas compté avec l'imprévu, qui nous tient tous en l'échec.

Les questions relatives au ministère de la guerre ont pris les proportions les plus considérables. On me prévient qu'un

grand débat sera ouvert sur le ministère de la guerre dès la réunion des chambres. 1878 24. 4.

Je ne peux abandonner mon poste parlementaire en un pareil moment et laisser derrière moi un incident aussi gros de conséquence.

Je me trouve donc dans la dure nécessité d'ajourner tout au moins après la session, qui sera probablement très courte, l'exécution d'un projet à la réalisation duquel vous avez prêté un concours si efficace et si sympathique. J'en conserve un vif sentiment de reconnaissance et après la séparation des chambres vous me permettrez, s'il est toujours temps, de faire appel à votre intervention.

Veuillez agréer avec tous mes regrets l'assurance de mes sentiments dévoués.

L. Gambetta.

XII. Telegramm an Graf Henckel Donnersmarck.

Berlin 24. April 1878.

Comte Henckel champs Elysées Paris.

Adreſſat Ihres geſtrigen Telegrammes iſt krank und läßt Ihnen ſagen, daß er nach Anſicht der Aerzte erſt in zehn oder vierzehn Tagen nach Berlin wird zurückkehren können*). 1878 24. 4.

*) Eine Zuſammenkunft des Fürſten Bismarck mit Gambetta iſt ſpäter nicht wieder angeregt worden und hat daher nicht ſtattgefunden; jedoch iſt Gambetta nach Mittheilung eines ſeiner näheren Freunde ſpäter incognito als Touriſt in Abweſenheit des Fürſten Bismarck in Friedrichsruh geweſen und hat ſich das Innere des Hauſes zeigen laſſen.

Bei dieſer Gelegenheit kann zugleich feſtgeſtellt werden, daß die vom Pariſer „Figaro" im Juli 1901 verbreitete Verſion über einen Beſuch des Grafen Henckel-Donnersmarck im Jahre 1887 gelegentlich des Schnäbele-Falles auf der Redaction der „République française" nicht zutrifft. Der jetzige Fürſt Donnersmarck hat die Redactionsräume jenes Blattes nie betreten, auch zu Niemandem die Aeußerung gethan, daß er

310.

Bismarck an Fürſt Chl. zu Hohenlohe.

Varzin d. 1 Januar 1878.

Eurer Durchlaucht

1878 möchte ich im Anſchluß an meinen Ihnen ſchon en clair aus-
1. 1. geſprochenen Glückwunſch zum neuen Jahre noch meinen herzlichſten Dank für die ſo einſichtige und tapfre Unterſtützung ſagen, welche Sie mir, wie in allen Fällen, ſo auch in den letzten ſchwierigen Monaten in der nachhaltigſten und erfolgreichſten Weiſe geliehen haben. Leider finde ich das Geſchick und den loyalen Willen zur Vertretung unſrer Politik nicht immer vereinigt und bin deshalb um ſo dankbarer für die Ausnahmen, in denen es der Fall iſt. Ich werde es ſtets dankbar erkennen, daß ich während der ganzen Zeit unſres Zuſammenarbeitens immer auf Eurer Durchlaucht ſichre und erfolgreiche Mitwirkung zählen durfte, ohne die es bei allen Anfeindungen und Intriguen, deren Ziel ich bin, nicht möglich wäre, das Unentbehrliche zu erreichen und das Gefährliche unſchädlich zu machen.

Ich bin ſeit einigen Tagen leider krank und darf mein Zimmer nicht verlaſſen. Bei der geringen Schonung, mit der man mich in geſchäftlicher Hinſicht behandelt, kann ich mich von den Folgen einer an ſich unbedeutenden Erkältung noch nicht erholen.

---

mit Aufträgen des Fürſten Bismarck in Paris ſei. Fürſt Donnersmarck hat vielmehr einem Beſucher aus dem Gambetta'ſchen Lager, in welchem er mehrere gute Bekannte hatte, auf deſſen Frage, ob er den Fall für bedenklich oder gar gefährlich halte, erwidert, er kenne die Sache lediglich aus den Zeitungen, ſeine Ueberzeugung ſei aber, daß ſie keinerlei Folgen haben und ſich binnen kürzeſter Friſt in befriedigender Weiſe aufklären werde. Darauf hat ſich die Antheilnahme des damaligen Grafen Henckel-Donnersmarck beſchränkt.

Indem ich Eure Durchlaucht bitte, mich der Frau Fürſtin 1878
zu Füßen legen zu wollen, bin ich in 1. 1.

bekannter Geſinnung

der Ihrige.

v. Bismarck.

311.

Fürſt Hohenlohe an Bismarck.

München den 5. Januar 1878.

Durchlauchtigſter Fürſt.

Die freundlichen Worte, welche Euer Durchlaucht zum 1878
Beginne des Jahres an mich zu richten die Güte hatten, habe 5. 1.
ich hier zu erhalten die Ehre gehabt. Ich ſage Ihnen dafür meinen herzlichen Dank. Euer Durchlaucht haben mir damit eine große Freude gemacht. Je weniger ich ſelbſt mit den Leiſtungen meiner politiſchen und diplomatiſchen Thätigkeit zufrieden zu ſein pflege, um ſo wohlthuender iſt mir die überaus liebenswürdige Anerkennung, die Euer Durchlaucht mir zu Theil werden laſſen. Ich werde den Brief als das werthvollſte Dokument meines Hauſes Kindern und Enkeln aufbewahren.

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß Euer Durchlaucht auch in Zukunft ſtets auf meine volle und unbedingte Mitwirkung zählen können. Ich kenne die Anfeindungen, welchen Sie ausgeſetzt ſind, mehr als mancher Andere, da Ihre Feinde ſtets die meinigen waren und es auch bleiben werden. Soweit meine Kräfte reichen, werde ich den Kampf fortſetzen und ſtolz darauf ſein, unter Ihrer Leitung wirken zu dürfen. Möge Gott Ihnen Geſundheit geben und die Kraft erhalten, noch eine Reihe von Jahren die Leitung der Geſchäfte Deutſchlands und Preußens zum Heile des Vaterlandes zu führen.

1878 5. 1. Mit dem erneuerten Wunſche, daß das beginnende Jahr Ihnen und den Ihrigen ein recht glückliches ſein möge, habe ich die Ehre in aufrichtiger Verehrung zu ſein

Euer Durchlaucht

gehorſamſt ergebenſter

C. F. v. Hohenlohe.

312.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 28ten Januar 1878.

1878 26. 1. Die Anlage enthält den politiſchen Theil meines Berichts an S. Majeſtät über meine Sendung nach Rom aus Anlaß des Todes König Victor Emanuel's und glaube ich, daß gerade dieſer Abſchnitt Ihnen Anziehendes darbieten dürfte.

Mit der Beſchreibung der Cérémonien bin ich noch nicht fertig geworden, was nicht viel ausmacht, da die Zeitungen viel genauer wie ich berichteten, mithin meine Ausarbeitung nur Acten Werth haben kann.

Mein Eindruck von der in ſo überaus kurzer Zeit angeordneten und demnächſt unternommenen Reiſe iſt der, daß es richtig war, mich unter ſo ganz ausnahmsvollen Umſtänden nach Rom zu ſchicken.

Die Italiäner fühlen ſich geſchmeichelt, der Hof iſt ſehr geehrt und der junge König hat einen gewichtigen Grund mehr, ſich klar zu machen, wo er einen Freund zu finden weiß. Franzöſiſches Ungeſchick und jeſuitiſche Wuthausbrüche leiſteten meinem Erſcheinen in der ewigen Stadt bedeutenden Vorſchub, wie auch die Zurückweiſung der Königin von Portugal und des Erzherzogs Rainer ſeitens des Papſtes.

Hohenlohe*) ließ mich verſtehen, daß er zu Befehl ſtände,

*) Der Kardinal.

jedoch durch eine Begegnung mit mir Schaden erleiden könne — 1878
Grund genug, ihn nicht zu ſehen, ich ließ ihm nur ſagen, daß 29. 1.
er bei Gelegenheit dem Papſte mittheilen könne, wie ich ſtets gern an des alten Herrn Güte und Liebenswürdigkeit für meine Frau und mich zur Zeit unſerer Aufenthalte in früheren Jahren dächte, und daß ich diesmal weder St. Peter noch die Vaticaniſchen Gallerien betreten werde, auch bedauere ihn ſchwer leidend zu wiſſen.

König Umberto erwartet vom Conclave einen alten, ſchroffen Italiäner, Crispi deutete auf Ihre Anfrage 1870: „ob wir auf ihn und ſeine Partei rechnen könnten", mit Nachdruck hin, wie auch auf ſeine Begegnung mit Ihnen in dieſem Herbſt. Der alte blinde Duca di Sermoneta machte kein Hehl von ſeinen Sympathien für uns, und Depretis trotz ſeiner geringen Geſprächigkeit ſchien mir für uns ſehr gut disponirt zu ſein.

Der Prince Napoléon (Jérome) iſt von Friedensliebe beſeelt, und ſprach ebenſo unbefangen über die Kriegs Ereigniſſe von 1870/71 wie Canrobert; Letzterer haßt die Republik.

Hoffentlich auf baldiges Wiederſehen.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

313.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

17/2 78.

Wenn es Sie nicht zu ſehr ſtört, möchte ich heute noch 1878
den 17ten Abends acht Uhr zu Ihnen kommen, um noch vor 17. 2.
dem Feſtes Rauſch mich informirt zu haben.

1878 17. 2. Um 9 Uhr fahre ich dann den Belgiſchen Majeſtäten entgegen bis Potsdam, welche 10¼ eintreffen ſollen.

Nach jener Abendfeierlichkeit noch mich zu Ihnen begeben, wäre ſchier ein Frevel!

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

314.

Graf H. Bismarck an Graf Holnſtein.

Berlin 22. Febr. 78.

Verehrter Gönner,

1878 22. 2. geſtern hat die Abſtimmung über die Vertretungsvorlage im Bundesrath ſtattgefunden, über deren Ausgang Du ſchon unterrichtet ſein wirſt. Die Vorlage iſt ſo, wie ſie aus der Ausſchußberathung hervorgegangen war, mit voller Einſtimmigkeit angenommen. Um die Unanimität zu erreichen, hat mein Vater die urſprüngliche Faſſung des Geſetzentwurfs geopfert: er hat an dem, was die Vorlage jetzt giebt, das was er geſchäftlich braucht. Mehr erſtrebt er nicht und Herr von Pfretzſchner hat ihm ſeinen beſondern Dank für das Eingehen auf die Ausſchußanträge ausgeſprochen.

Die ganze Sache, die jetzt ihren bundesräthlichen Abſchluß gefunden, hat ſo viel Zeitungsartikel und daher Mißverſtändniſſe hervorgerufen, daß wirklich eine Menge Schwierigkeiten — wenn auch nur eingebildete — ſich dagegen erheben zu wollen ſchienen. Viele Leute haben ſich ganz etwas anderes dabei gedacht, als die Vorlage wirklich bedeutet, und mein Vater hat große Mühe gehabt, den wirklichen Kern der Sache darzulegen. Um ſo dankbarer iſt er Deinem erhabenen Herrn, Allerhöchſtdeſſen huldreiches Vertrauen ihm ermöglicht hat, im

Bundesrathe die Einſtimmigkeit der Regirungen herbeizuführen, die dem Reichstage gegenüber unentbehrlich iſt, wenn er in Schranken bleiben ſoll. Mein Vater hält unentwegt an dem Gedanken feſt, daß nur in dem föderativen Bande des Reichsvertrages die ſichre Grundlage der Einheit gegeben iſt, weil nur auf dieſem Boden die dynaſtiſchen und Stammesintereſſen ihre Vermittlung mit der Einheit nach außen finden, ohne welche wir einheitlichen Nachbarvölkern nicht gewachſen ſind. Seine Anſichten über die Entwickelung des Reiches ſind und bleiben dieſelben, die er Seiner Majeſtät während des letzten Sommers von Kiſſingen aus dargelegt hat*). Die ganze Stellvertretungsvorlage hat mit Reichsminiſterien auf eigne Verantwortung gar keinen Zuſammenhang. Die Rechte des Bundesrathes bleiben unberührt, mögen die Befugniſſe des Kanzlers übertragbar ſein oder nicht, ſeine Vertreter können niemals mehr Rechte haben als der Kanzler allein bisher hat. 1878 22. 2.

Es iſt in den Zeitungen ſehr viel gefabelt worden über Pläne, die Niemand hat und die nach der Reichsverfaſſung nicht möglich ſind. Mein Vater verlangt weiter nichts als die Möglichkeit vertreten zu werden und Urlaub zu haben, reſp. Erleichterung im laufenden Geſchäft.

Verfaſſungsänderung und Schmälerung der Rechte des Bundesrathes ſind nicht möglich, und wenn ſie möglich wären, würde mein Vater ſich der Ausführung dieſer unreifen Idee, welche die ganze Verwaltungsmaſchine des Reiches und der Einzelſtaaten in feindlichen Gegenſatz oder zum Stillſtand bringen müßte, immer auf das Entſchiedenſte widerſetzen. In allen Aktenſtücken iſt immer nur das ausgeſprochen, daß die Möglichkeit der Stellvertretung für den Reichskanzler eine Nothwendigkeit wäre.

*) S. Gedanken und Erinnerungen I, 361 f.

1878 22. 2. Ich bin in der Lage geweſen, von Varzin aus im Auftrage meines Vaters Briefe an den Staatsminiſter Bülow zu ſchreiben, in welchen genau definirt war, daß es ſich allein um die Vertretbarkeit handelt, und weshalb es ſich jetzt um weiter nichts handeln kann. Mein Vater hat mich auch ermächtigt, Dir das Vorliegende mitzutheilen, weil er Gewicht darauf legt, daß Du darüber orientirt biſt. Ich kann Dir danach nur wiederholen, daß mein Vater nach wie vor mit Reichsminiſterien nichts zu thun hat, und daß die Unterſtützung, die er dabei für ſeinen Standpunkt findet, ihm jederzeit willkommen iſt. Es iſt auch gar kein Gedanke daran, daß die gegenwärtige Vorlage etwa ſpäter eine Brücke zu Reichsminiſterien werden könnte. So lange die verfaſſungsmäßigen Rechte des Bundesrathes nicht gekränkt oder verringert werden, ſind ſolche in der Phantaſie der Journaliſten vegetirenden Miniſterien einfach unmöglich.

Die unbezweifelte Möglichkeit vertreten zu werden, muß mein Vater aber haben — ſonſt kann er nicht Kanzler bleiben, und Niemand wird im Stande ſein, es an ſeiner Stelle zu werden. Neben dieſem einen Hauptpunkt ſind ihm die Specialitäten, welche in den Geſetzentwurf gebracht werden, ziemlich egal. Das hat er ja geſtern auch bewieſen, indem er die im Schooße des Bundesrathes entſtandenen Aenderungen bereitwilligſt acceptirte.

In den 8 Tagen, die wir hier ſind, hat mein Vater wieder gewaltig arbeiten müſſen — nach Innen wie nach Außen — und ſpürt leider ſchon nachtheilige Folgen für ſeine Geſundheit davon. Letztre iſt grade wegen der Unmöglichkeit der Vertretung ſchlechter als vor 10 Monaten. Da er alle Sachen im Urlaub und im Bade wie in Berlin ſchriftlich bearbeiten mußte, ſo hat er keine Erholung haben können. Die auswärtige Politik nicht bloß lag ihm allein ob. Sein Beſtreben iſt darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten, und wenn

er darin auch nicht von allen uns befreundeten Mächten in dem Maße unterſtützt wird, wie er es wohl erwarten könnte, hat er doch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß wir wenigſtens in Frieden bleiben. 1878 22. 2.

Meine Eltern laſſen ſich Dir und Deiner Frau empfehlen.

H. Bismarck.

315.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

18. April 1878.

Dringend möchte ich Sie noch einmal vor Beſetzung des Wiener Botſchafterpoſtens wie auch vor einem „Diplomaten Revirement", das in Ausſicht ſtehen ſoll, geſprochen haben. 1878 18. 4.

Auch wäre es mir lieb das zuletzt beſprochene „Vorhaben", deſſen die Preſſe ſich jetzt ſtark bemächtigt, wieder einmal zu berühren.

Nicht wiſſend, wie Sie mit den Ihrigen die Oſter Tage, von heute ab, begehen, bemerke ich meinerſeits, daß zu der bisher gewohnten Stunde Abends, ich die nächſten Tage frei bin.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

316.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien den 14ten Mai 1878.

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich auf die durch den Grafen Herbert Bismarck mir zugegangene Mittheilung vom 11. d. M.*) ganz ergebenſt 1878 14. 5.

*) Concept nicht vorhanden.

1878 14. 5. zu erwidern, daß ich Ihrem Wunſche entſprechend die Frage wegen der Dauer meines Hierbleibens heute mit dem Grafen Andráſſy vertraulich beſprochen habe. Derſelbe äußerte, wie ich im Voraus bei mir vermuthete, den dringenden Wunſch, daß ich noch ſo lange hier bleiben möchte, bis die Frage, ob der Congreß überhaupt zu Stande komme oder eine andere Löſung in Ausſicht genommen werden müſſe, ſich entſchieden haben werde, und ſprach dabei die Anſicht aus, daß hierüber innerhalb etwa vierzehn Tagen doch Klarheit zu gewinnen ſein müſſe, da die Reiſe des Grafen Schuwaloff nach St. Petersburg die letzte Phaſe der Vorverhandlungen zu bedeuten ſcheine. Graf Andráſſy fügte bei, daß wenn dieſer Zeitpunkt erſt eingetreten ſey, er ja auch mit einem anderen weiter verhandeln könne, daß er aber bis dahin den allergrößten Werth darauf lege, mich perſönlich hier zu haben, und bat mich dieſen Wunſch Eurer Durchlaucht angelegentlichſt ans Herz zu legen. Was mich ſelbſt betrifft, ſo habe ich, nachdem einmal die Frage meiner Ueberſiedlung nach Berlin im Princip entſchieden iſt, und ich jetzt nicht mehr riskire, gleich Anfangs mit dem Reichstage zu thun zu haben, keine beſonderen Ideen und Wünſche bezüglich des Zeitpunkts meines Abgangs, würde ihn nur gern ungefähr acht Tage vorher wiſſen, um hier inſoweit abzuſchließen, als meine Anweſenheit dabei nothwendig iſt. Politiſch halte ich eine möglichſte Berückſichtigung des Andráſſyſchen Wunſches für zweckmäßig, da bei ihm die Perſönlichkeiten, mit denen er zu thun hat, ſowie ſeine Bekanntſchaft und Vertrautheit mit ihnen eine beſonders große Rolle ſpielen.

Die von neuem aufgetretene Schwierigkeit wegen der Stellung des Miniſters Falk erſcheint mir ſehr unerwünſcht. In Bezug auf evangeliſche Kirchenſachen, denen er überhaupt jetzt indifferenter gegenüberſtehen ſollte, und auf Unterrichtsweſen halte ich zwar Falk für kein Ideal eines Cultusminiſters, glaube vielmehr — ſoweit ich die Verhältniſſe als jetzt mehr entfernter

Zuſchauer beurtheilen kann — daß ſeine kirchlich ziemlich libe- 1878
ralen Anſchauungen und ſeine ausgeſprochene Neigung zur natio- 14. 5.
nalliberalen Partei (die er mir offen zugeſtanden hat) manches Bedenkliche haben. Trotzdem würde ich es bedauern, wenn er jetzt abginge, ehe der Kampf mit der römiſchen Hierarchie zu einem Abſchluß gelangt iſt; ich ſelbſt habe kein Bedenken, mit ihm zu arbeiten, würde hoffen, mit ihm mich zu verſtändigen in vielen Fragen oder wenigſtens einen Bruch zu vermeiden.

Die mir mitgetheilten ſchriftlichen Aeußerungen Seiner Majeſtät ſind in ihren erſten Sätzen wohl unanfechtbar. Auch ich bin der Anſicht, daß die Aemter des Kirchenregiments mit poſitiver geſinnten Männern zu beſetzen ſind, und ich glaube, daß ſich auch ſolche finden laſſen werden, welche gleichzeitig die nöthige Weisheit und Tact beſitzen, um nicht mit dem Kopf durch die Wand zu rennen und nicht das Gegentheil von dem zu erreichen, was zum Beſten des Chriſtenthums erſtrebt werden muß. Aber dies iſt nicht daſſelbe, als wenn jetzt mit größter Energie eine Action eröffnet werden ſoll, deren Zweck iſt, alle Perſonen hinauszuwerfen, die dem angelegten Maßſtabe nicht genau entſprechen. Damit würde man nur alles verderben.

Ich beſchränke mich auf dieſe wenigen Bemerkungen, da ich den ſpeciellen Fall nicht kenne, welcher jetzt Herrn Falk bewogen hat, ſeinen Abſchied zu erbitten; erſt eine nähere Kenntniß deſſelben würde es ermöglichen, beſtimmte Stellung dazu zu nehmen, ob Sr. Majeſtät mit gutem Gewiſſen dazu gerathen werden kann, von den beſtimmten concreten Wünſchen zurückzutreten, und anderer Seits, ob die Sache der Art iſt, daß der Cultusminiſter wirklich eine Cabinetsfrage daraus zu machen berechtigt iſt. In dieſer Beziehung glaube ich, daß an eine principielle Verſtändigung zwiſchen dem Kaiſer und dem Miniſter Falk im Allgemeinen überhaupt nicht zu denken iſt, ſondern

1878 14. 5. daß es ſich nur darum handeln wird, im einzelnen Falle vielleicht eine Ausgleichung herbeizuführen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu ſein

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Otto Graf Stolberg.

317.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 14. Mai 1878.

1878 14. 5. Da ich zu meinem lebhaften Bedauern darauf verzichten muß, Sie vor meiner Abreiſe nach England noch zu ſehen, während meiner Abweſenheit von Berlin aber die Elſaß Lothringſche Angelegenheit möglicherweiſe in ein weiteres Stadium rücken könnte, ſo halte ich mich verpflichtet, Ihnen gegenüber die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß falls die Entſchließung Seiner Majeſtät für meine Berufung zu der in Frage ſtehenden Stellung*) ausfallen ſollte, ich mit Freuden bereit ſein würde, einem an mich ergehenden Rufe zu folgen.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

318.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien, den 28ten Mai 1878.

Euer Durchlaucht

1878 28. 5. durch das Schreiben des Grafen Herbert Bismarck vom 24ten d. M. an mich gerichtete Mittheilung habe ich geſtern Nachmittag richtig erhalten.

*) Des Statthalters.

Was das Entlaſſungsgeſuch des Miniſters Falk betrifft, 1878
ſo kann ich nur wiederholen, daß es auch mir wünſchenswerth 28. 5.
erſcheint, ihn im jetzigen Augenblick zu erhalten, ich bin daher gern bereit, in dieſer Beziehung nach Kräften thätig zu ſein, falls er nicht unerfüllbare Bedingungen ſtellt. Was die von ihm ſelbſt in ſeinem Immediatſchreiben angeführten Gründe betrifft, ſo bin ich erſtaunt, daß ſie ihn jetzt zu dieſem Antrag treiben, da er mir bei meiner letzten Anweſenheit dieſelben Vorgänge, ohne daraus denſelben Schluß zu ziehen, mitgetheilt hatte; nur die Ernennungen für die Provinzial-Synoden, unter denen ich mich übrigens auch befunden habe, ſind ſeitdem hinzugetreten.

Für die Ueberſendung der mit I bis VI bezeichneten Anlagen, die ich anliegend wieder beiſchließe, bin ich ſehr dankbar, ich habe mir daraus einige Klarheit über die früheren Vorkommniſſe zu bilden vermocht. Mit Eurer Durchlaucht Auffaſſung, daß das jetzige Kirchenregiment nicht für die im chriſtlichen reſp. kirchlichen Leben neuerdings mehr hervorgetretenen Schäden allein verantwortlich zu machen ſey, daß es vielmehr den evangeliſchen Geiſtlichen vielfach an dem rechten evangeliſchen Geiſte und an der Fähigkeit, die durch die neue Kirchenordnung ihnen gebotenen Handhaben richtig zu benutzen, fehle, bin ich ganz einverſtanden, aber ich möchte doch darauf aufmerkſam machen, daß auch das Kirchenregiment und namentlich der profeſſorenmäßige Eigenſinn des abgegangenen Präſidenten Herrmann, es vielfach verſehen und namentlich nicht verſtanden hat, ſich nur einiges Vertrauen in den kirchlichen Kreiſen zu verſchaffen. Nur ſo iſt es zu erklären, daß viele gute Elemente — weltliche wie geiſtliche — die allen hierarchiſchen Gelüſten fremd ſind und von jeher ſynodale Einrichtungen im Gegenſatz zur confeſſionellen Partei erſtrebt haben, jetzt die Oppoſition vermehren und daß die Partei des Oberkirchenraths auf den jetzt verſammelten Provinzial-Synoden, trotzdem ſie auf

1878 28. 5. den Wahlen beruhen, die mit der von Falk beſonders betriebenen bedeutenden Vermehrung des ſogenannten Laien-Elements ſtattgefunden haben, faſt überall ſich in der Minorität befindet, während auf den letzten Provinzial-Synoden und der General-Synode das Gegentheil der Fall war. Ich bin weit entfernt, aus dem Vorhandenſein einer Majorität oder Minorität ſichere Schlüſſe auf die Richtigkeit der geltenden Richtung zu ziehen, aber ich darf dieſe Erſcheinung als ein Symptom dafür anſehen, daß das Kirchenregiment nicht gerade glänzende Proben von ſeinem Talent, in den chriſtlich geſinnten und für kirchliche Fragen intereſſirten Kreiſen immer mehr feſten Fuß zu faſſen, abgelegt hat.

Mit ausgezeichnetſter Hochachtung habe ich die Ehre zu ſein

Euer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Otto Graf Stolberg.

319.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Telegramm.

Partenkirchen 30./9. 1878
4 Uhr 40 Min. Nachm.

Seiner Durchlaucht dem Fürſten v. Bismarck
deutſcher Reichskanzler Berlin.

1878 30. 9. Zu dem hocherfreulichen Familienereigniſſe*), bei welchem ich, wie an Allem, was Sie, mein lieber Fürſt, und Ihr Haus betrifft, den lebhafteſten Antheil nehme, ſpreche ich meine wärmſten und aufrichtigſten Glücks- und Segenswünſche aus.

Ludwig.

---

*) Verlobung der Gräfin Marie von Bismarck mit Graf Kuno zu Rantzau, 22. September 1878.

320.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

10./10. 78.

1878 10. 10. Beifolgend meine in Süddeutſchland und am Rhein geſammelten Eindrücke, die zu Ihrer Verfügung bleiben.

Eins vergaß ich neulich Abend zu erwähnen, nämlich, ob nicht der Präſident des Appellations Gerichts zu Frankfurt a/O Simſon die geeignete Perſönlichkeit wäre für den künftigen Poſten eines Präſidenten des Oberſten Reichs Gerichts zu Leipzig. Noch eilt die Sache nicht, aber ich will bei Zeiten meinen Kandidaten genannt und dringend empfohlen haben.

Eine Perſönlichkeit von ſolcher Vergangenheit und von ſo viel politiſchem Gewicht hat gewiß auch die richtige Begabung, um unſer Oberſtes Gericht einzuſetzen und alsdann zu leiten!

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

321.

Fürſt Chl. zu Hohenlohe an Bismarck.

Paris 10. Dezember 1878.

Durchlauchtigſter Fürſt.

1878 10. 12. Die Allerhöchſte Cabinetsordre, mit welcher Seine Majeſtät der Kaiſer mir die Inſignien des Schwarzen Adler-Ordens zu ſenden die Gnade hatte, iſt, unter Bezugnahme auf meine dienſtlichen Leiſtungen, in ſo ſchmeichelhaften Worten abgefaßt, daß ich nicht unterlaſſen darf, Euer Durchlaucht, hochderen freundlicher Geſinnung ich dieſe kaiſerliche Anerkennung zuſchreiben muß, meinen tiefgefühlten Dank auszuſprechen.

Wenn es mir gelungen iſt, in der Zeit meiner bisherigen Amtsführung die Zufriedenheit des Kaiſers und Euer Durch-

1878 laucht zu erwerben, ſo verdanke ich es in erſter Linie der
10. 12. Nachſicht und dem Wohlwollen, mit dem Sie mich vom Beginne meiner Thätigkeit zu beurtheilen die Güte hatten. Das hat mir den Muth und das Selbſtvertrauen gegeben, deſſen ich bedurfte.

Indem ich Euer Durchlaucht bitte, mir Ihr Wohlwollen auch ferner zu erhalten, verharre ich in aufrichtiger Verehrung

Euer Durchlaucht

ergebenſter Diener

C. F. v. Hohenlohe.

322.

Präſident Simſon an Bismarck.

Frankfurt a/O. 19. März 1879.

Durchlauchtigſter Fürſt,
Hochgebietender Herr Reichskanzler.

1879 Die Argumente, welche Ew. Durchlaucht mir geſtern zu
19. 3. Gemüthe geführt, haben mich auf das Tiefſte getroffen: in der mir nachgelaſſenen Unterredung mit den Meinigen hat ſich kein Anhalt für meine Bedenken gefunden: — ich ſtelle mich rückhaltlos zu Ew. Durchlaucht Verfügung*).

Wie ſehr wünſchte ich einiger Maaßen ausreichend den Dank ausſprechen zu können, von dem meine Seele für das Wohlwollen erfüllt iſt, deſſen Ew. Durchlaucht mich auch bei dieſem Anlaß würdigen!

Der ich in tiefer und treuer Verehrung verharre

Durchlauchtigſter Fürſt

Ew. Durchlaucht

gehorſamſter

App.-Gerichts-Präſident Simſon.

---

*) Für das Amt eines Präſidenten des Reichsgerichts.

323.

Kaiſer Wilhelm an Staatsſecretär v. Bülow.

Babelsberg, 29. Auguſt 1879.

Zu meinem Erſtaunen ſehe ich, daß Andráſſy geſtern ſchon 1879
nach Gaſtein gereiſet, noch ehe er entlaſſen und Haymerle er- 29. 8.
nannt iſt. Sie wollen daher folgendes an den Fürſten Bismarck telegraphiren:

An den Fürſt Bismarck in
Gaſtein.

Mit Allem einverſtanden und Manteuffel expedirt. Nur eine Reiſe nach Wien für jetzt unmöglich, ſelbſt wenn Warſchau günſtig abläuft.

zu zeichnen:
Wilhelm.

Wenn auch dieſe Weiſung zu ſpät kommt, um einer Mittheilung jenes Reiſeprojects an Andráſſy vorzubeugen, ſo iſt ſie doch unumgänglich nöthig.

Wilhelm.

324.

Bismarck an Staatsſecretär v. Bülow.

(Telegramm.)

Gaſtein, den 30ten Auguſt 1879, 8 Uhr 5 Min. V.

Telegramm erhalten.

Ich bitte Sr. Majeſtät vortragen zu wollen, daß ich Graf 1879
Andráſſy verſprochen habe, ihm meinen Gegenbeſuch auf der 30. 8.
Rückreiſe in Wien zu machen. Soll ich ihm nun ſchreiben, daß mir das von Seiner Majeſtät verboten ſei? Politiſch vermag ich die Conſequenzen einer ſolchen Erklärung nach

1879 30. 8. Wien in der jetzigen Situation nicht auf meine Verantwortung zu nehmen. Ich glaube daher in 14 Tagen meine Rückreiſe über Wien machen zu müſſen.

v. Bismarck.

325.

Staatsſecretär v. Bülow an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 30. Auguſt 1879.

1879 30. 8. Vortrag heute Abend erſtattet. Seine Majeſtät beauftragen mich Eurer Durchlaucht zu ſagen, daß er nach gegebenen Erläuterungen gern mit Gegenbeſuch in Wien nach Beendigung der Cur in etwa 14 Tagen einverſtanden. Telegramm habe ſich mit Allerhöchſtem Handſchreiben gekreuzt, das Motive der bisherigen Bedenken enthalte. Ueber Anmeldung des Zar zum 3. lag nur das Eurer Durchlaucht übermittelte Telegramm vor. Kaiſer ſagte, er habe nicht ablehnen können, der Nähe wegen und da eben Kaiſer Franz Joſeph empfangen.

v. Bülow.

326.

Graf Andráſſy an Bismarck.

Schönbrunn, den 1. Sept. 1879.

Verehrter Fürſt!

1879 1. 9. Ich habe meinem gnädigſten Herrn, der ſich von Prag direct nach Bruck begab, noch von Gaſtein aus „in nuce“ die Tendenz und das vorläufige Reſultat unſerer Beſprechung telegraphiſch mitgetheilt. Ich hob beſonders hervor, daß es ſich gegenüber den Rüſtungen und der comminatoriſchen Sprache, die abwechſelnd wir und Deutſchland zu hören bekommen, um ein

Defenſiv-Abkommen, eine Gattung Aſſecuranz zwiſchen unſeren beiden Souverainen in dem Sinne handle, jeden Angriff auf eines der beiden Reiche mit ganzer Macht gemeinſam abzuweiſen, ſowie daß der Casus foederis auch in dem Falle eintreten ſoll, wenn eines der beiden Reiche von einer dritten Macht angegriffen und Rußland mit dieſer cooperiren würde*). 1879 1. 9.

Ich habe auch betont, daß ich dieſe Combination mit aller Wärme befürworte, die Entſcheidung Sr. Majeſtät jedoch durchaus nicht präjudicirt habe.

Hierauf erhielt ich bei meiner Ankunft ein aus Prag datirtes Telegramm, in welchem der Kaiſer mir erklärt, der Tendenz und den vorläufigen Reſultaten unſerer Zuſammenkunft aus vollſter Ueberzeugung beizuſtimmen, und mich einladet, Ihn in dem Lager von Bruck aufzuſuchen. Geſtern nun war ich in Bruck, wo ich detaillirten Vortrag zu erſtatten Gelegenheit hatte.

Ich fand den Kaiſer ſo durchdrungen von der Nützlichkeit, ja Nothwendigkeit einer ſolchen Abmachung, daß jede weitere Motivirung ſich als überflüſſig herausſtellte. Seine Majeſtät ſieht darin nicht nur keine Abweichung von dem Vorhaben, den Frieden zwiſchen den drei Reichen zu erhalten, ſondern heute die einzig mögliche Art, das Damocles-Schwert, welches über unſeren Beziehungen fortwährend ſchwebt, zu beſeitigen und den Frieden nicht nur zum Heile der Beiden, ſondern auch zum Wohle des Dritten praktiſch ſicher zu ſtellen.

Daß ſich mein Kaiſer ſtets freut, und ſich jetzt beſonders freuen wird, Sie hier zu ſehen, iſt ſelbſtverſtändlich. Mittlerweile bin ich ermächtigt, ſobald Sie das principielle Einverſtändniß Sr. Majeſtät des Kaiſer's Wilhelm conſtatiren können, eine Textirung entgegenzunehmen und auch meinerſeits eine ſolche zu verſuchen.

*) Vgl. den Text des deutſch-öſterreichiſchen Bündnißvertrags, Politiſche Reden XII, 486 ff.

1879 Ich würde bis zur Erledigung dieſer Sache im Amte
1. 9. bleiben. Mein Nachfolger würde erſt nach geſchloſſener Uebereinkunft das Amt übernehmen. Er iſt übrigens durch mich eingeweiht und vollkommen einverſtanden.

Ich hege keine Zweifel in die perſönlichen Abſichten des Kaiſers Alexander. Ich bin überzeugt, er will heute keinen Krieg. Aber als Miniſter eines Nachbarſtaates kann ich nicht vergeſſen, daß er auch den Krieg nicht gewollt hat, der eben zu Ende iſt, und daß Er vom Anfang bis zu Ende vergeblich verſucht hat, der Richtung Herr zu werden, die Seiner immediaten Umgebung entſprungen war.

Daß dieſen Gefahren irgend wie vorgebeugt werde, halte ich für eine europäiſche Nothwendigkeit, und ſo ſchwer ich die Ausführung meines ſchon offenkundigen Rücktrittes jetzt aufſchiebe, ſo wäre es mir als Diener meines Kaiſers und meines Landes ein erhebendes Gefühl, mit Ihnen, verehrter Fürſt, eine ſolche Garantie für die Zukunft beider Reiche unterſchreiben zu können.

Oeſterreich hat ſeiner Zeit den Fehler begangen, Anerbietungen Deutſchlands, welche die beiderſeitigen Intereſſen geſichert hätten, abzulehnen. Es thut mir wohl conſtatiren zu können, daß man bei uns diesmal den gleichen Fehler nicht begehen wird.

In aufrichtiger Freundſchaft und wahrer Verehrung

Ihr ergebenſter

Andrássy.

327.

Bismarck an Graf Andrássy.

Gaſtein 3 September 1879.

Verehrter Graf,

1879 mit großer Freude und Genugthuung habe ich Ihr Schreiben
3. 9. vom 1 geſtern Abend erhalten und beeile mich die Rückkehr des

Herrn Ueberbringers zu einer einſtweiligen Antwort zu benutzen. 1879
Zunächſt bitte ich Sie, Sr. Majeſtät dem Kaiſer meinen ehr- 3. 9.
furchtsvollen Dank zu Füßen legen zu wollen für die gnädige Art, in welcher S. Majeſtät meiner Abſicht, nach Wien zu kommen, gedacht hat. Ich freue mich, aus Ihrem Schreiben zu erſehen, daß unſer Plan den einen Fuß im Bügel hat und zweifle nicht, daß es unſerer gemeinſamen Arbeit gelingen wird, ihn vollſtändig ſattelfeſt zu machen. Leider liegt es in der Natur der Dinge, geographiſch und politiſch, daß meine Seite der Aufgabe ſo ſchnell nicht lösbar iſt wie die Ihrige. Der mündliche Vortrag hat nicht nur den Vorſprung der Geſchwindigkeit, ſondern auch den der Einſchränkung auf die Beantwortung der Fragen, welche Allerhöchſten Ortes wirklich aufgeworfen werden. In der ſchriftlichen Darlegung aber muß ich alle die Mißverſtändniſſe vorbeugend beſprechen, von denen ich befürchten kann, daß ſie möglich ſind. Ich bin in die Lage gekommen, meinem Sohne, der nach Ihrer freundlichen Erlaubniß auch dieſes ſchreibt, genau 60 Bogenſeiten zu dictiren und den Inhalt durch telegraphiſche freiwillige oder geforderte Zuſätze dennoch ausgiebig erläutern zu müſſen. Demungeachtet iſt es mir trotz aller Sorgfalt, nicht geglückt, das Mißverſtändniß vollſtändig zu verhüten, als ob in unſerm friedlichen Plane irgend ein Hintergedanke aggreſſiver Tendenz ſtecken müſſe. Dieſer Gedanke iſt natürlich einem mehr als 82jährigen Herrn ein unſympathiſcher, aber ich darf hoffen, daß ſeine vollſtändige Beſeitigung mir möglich ſein wird, wenn es mich auch ein ziemlich umfängliches Poſtſcriptum zu jenen 60 Seiten koſten wird. Weniger Feld für meine Thätigkeit bietet mir die im Temperamente meines Herrn liegende Abneigung gegen ein raſches Eingehn auf neue Situationen. Für Allerhöchſtdenſelben iſt das jüngſte Verhalten des Kaiſers Alexander die erſte mehr blitzartige Beleuchtung einer Situation, die ich in den letzten Jahren mir ſchon öfter zu vergegenwärtigen genöthigt war ... Dazu kommt

1879 8. 9. nun, daß der Kaiſer Alexander — ich weiß nicht, ob auf Einfluß oder aus eigenem Entſchluß — den Jupiter tonans durch ſchnellen Uebergang zum Sonnenſchein wieder in den Hintergrund zu ſchieben beſtrebt iſt. In dieſem Sinne folgte ſchon innerhalb 8 Tagen auf die letzten drohenden Aeußerungen eine freundliche Einladung um Entſendung von preußiſchen Offizieren nach Warſchau. Mein Kaiſer entſprach derſelben durch Anmeldung des Feldmarſchall Manteuffel mit Begleitung, ohne daß ich von dieſer als einer militäriſchen Maßregel vorher Kenntniß erhielt. Baron Manteuffel hat in Warſchau ein ſehr weitgehendes, perſönliches und politiſches Entgegenkommen gefunden ... Ob die für heute beabſichtigte Zuſammenkunft in Alexandrowo auf ſeine oder auf ruſſiſche Anregung eingeleitet worden iſt, weiß ich bisher nicht. Die dieſſeitigen Bedenken gegen eine Zuſammenkunft auf ruſſiſchem Gebiet ſind durch Hinweiſung auf die außerhalb Rußlands ſo ſchnell nicht zu beſchaffenden Vorkehrungen für die perſönliche Sicherheit des Kaiſers Alexander entwaffnet worden. Dieſe Zuſammenkunft findet, ſoviel ich weiß, heute ſtatt; unſer Kaiſer iſt dabei nur von Seinen Flügeladjutanten begleitet und nach des Miniſters v. Bülow Meinung hauptſächlich von der Abſicht beſeelt, Erklärungen des Kaiſers Alexander über ſeine bedrohliche Haltung zu erlangen.

Ich darf nicht erwarten, daß ich vorher Antwort auf meine erſt am 2ten dem Kaiſer vorgetragene und mir bisher nur durch Bülow telegraphiſch beantwortete Berichterſtattung erhalten werde. Aus Bülows Telegramm geht aber ſchon das Einverſtändniß des Kaiſers damit hervor, daß ich in Wien meine ihm berichteten Beſprechungen mit Ihnen, verehrteſter Freund, wiederaufnehme, aber „Nichts ohne Seine Genehmigung abmache“. Das Letztere iſt ja ſelbſtverſtändlich, und Sie werden darüber nicht ungeduldig werden, wenn der Herr zu Seinen Entſchließungen die Zeit beanſprucht, welche Seine Jahre,

Seine Gewohnheiten und die Neuheit der Perſpektive mit ſich 1879
bringen. Dazu kommt, und zwar als ein unſerm Plane gün- 3. 9.
ſtiges Moment, daß Se. Königliche Hoheit der Kronprinz von Seinem Herrn Vater zugezogen iſt und alſo Ideen-Austauſch beider hohen Herren erforderlich iſt.

. . . Wie bei Ihnen, ſo auch bei mir, befeſtigt ſich mit jedem Tage längerer Ueberlegung meine Ueberzeugung von der Heilſamkeit, von der Nothwendigkeit des von uns unternommenen Werkes, und ich hoffe, daß es uns von Gott gegeben ſein wird, unſern beiden großen Reichskörpern die erſtrebte Bürgſchaft des äußern und des innern Friedens zu ſichern. Ich habe für meine Pflicht gehalten, Sie von dem Stadium, bis zu welchem ich in meiner Arbeit gelangt bin, in Kenntniß zu ſetzen und werde damit fortfahren, ſobald mir die verſprochene eingehendere Aeußerung meines Herrn zugeht. Wenn Allerhöchſtderſelbe dazu gelangt, ſie ſchon am 4 in Königsberg niederzuſchreiben, ſo kann ich am 7 ſpäteſtens 8 im Beſitz derſelben ſein. Ich war in großer Verſuchung, nach Ihrer Abreiſe in Perſon nach Berlin zu gehn, um unſere Sache mündlich zu plaidiren; aber der Stand meiner Geſundheit und Kraft war zu niedrig für dieſe Anſtrengung und meine Erfahrung ſagt mir außerdem, daß ich wichtige und ſchwierige Verſtändigungen mit meinem hohen Herrn im ſchriftlichen Verkehr zwar nicht ſchneller, aber ſicherer erreiche, als im mündlichen, und daß letzterem mitunter Schwierigkeiten hinzutreten, welche nicht nothwendig in der Sache liegen.

Mit meiner hieſigen Kur hoffe ich zum 15 oder 16 fertig zu werden und dann dem nächſten Winter wieder gewachſen ſein.

In der Hoffnung auf unſer baldiges Wiederſehn verbleibe ich in freundſchaftlicher Verehrung von Herzen

Ihr

ergebenſter

v. Bismarck.

328.

Bismarck an Graf Andrássy.

Gaſtein 20 9 79.

Verehrter Graf,

1879 20. 9. In Anknüpfung an mein ergebenſtes Schreiben vom 3 d. M. beehre ich mich meine durch daſſelbe vorbereitete Beantwortung des gefälligen Schreibens Eurer Excellenz vom 1 d. M. nunmehr zu vervollſtändigen. Ich habe über die Situation nach Maßgabe des Inhalts unſrer hieſigen Beſprechungen wiederholt und ausführlich Bericht erſtattet und die Uebereinſtimmung meiner mich vertretenden Collegen mit meinen Eurer Excellenz bekannten Anſichten hat es mir ermöglicht, die Schwierigkeiten, welche durch die geographiſche Entfernung und durch entgegengeſetzte Einwirkungen von andrer Seite hervorgebracht wurden, inſoweit zu überwinden, daß ich die Uebereinſtimmung Sr. Majeſtät des Kaiſers mit der Auffaſſung, welche mich bei unſern jüngſten Beſprechungen geleitet hat, im Princip habe feſtſtellen können. Nach Mittheilung meines Stellvertreters, des Grafen Stolberg-Wernigerode iſt der Kaiſer bereit, einer Verabredung zuzuſtimmen, vermöge deren beide Mächte ſich gegenſeitig verſprechen auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Fall aber, daß eine von ihnen von einer oder von mehreren Mächten angegriffen werden ſollte, dieſen Angriff mit ganzer Macht gemeinſam abzuwehren*).

Ich bin hiernach von meinem allergnädigſten Herrn ermächtigt, eine Defenſiv-Allianz zwiſchen Oeſtreich-Ungarn und dem Deutſchen Reiche bedingungslos und mit oder ohne beſtimmte Zeitdauer vorzuſchlagen. Ich bitte Eure Excellenz ergebenſt, über dieſen Vorſchlag in mündliche Beſprechung mit mir ein-

*) S. o. S. 523.

treten zu wollen. Das Ergebniß unſrer Verhandlungen würde 1879
ich meinem allergnädigſten Herrn zur Genehmigung zu unter- 20. 9.
breiten haben. An dieſer Genehmigung beſteht für mich kein Zweifel, wenn Eure Excellenz in der Lage ſind, dem dieſſeitigen Vorſchlage in der Einfachheit und Allgemeinheit, wie er gemacht wird, im Namen Sr. Majeſtät des Kaiſers Franz Joſeph zuzuſtimmen.

Jedenfalls werde ich mich glücklich ſchätzen, wenn unſre Beſprechungen dieſes oder jedes andre den übereinſtimmenden Intereſſen beider Reiche und dem Frieden Europas förderliche Reſultat herbeiführen.

In freundſchaftlicher Verehrung verbleibe ich von Herzen

Ihr ergebenſter

v. Bismarck.

329.

Kardinal Guſtav v. Hohenlohe an Bismarck.

Mein gnädiger Herr

Eurer Hochfürſtlichen Durchlaucht erlaube ich mir wieder 1879
einmal zu ſchreiben. Man ſagt mir hier, daß die Friedensver- 26. 11.
handlungen mit Cardinal Jacobini einen guten Fortgang haben, und ich danke Gott für dieſe gute Wendung der Dinge. Indeß ſchmeicheln ſich gewiſſe „clericale Heißſporne", daß man die Jeſuiten wieder in Preußen einſchmuggeln wird mit einem Paſſus etwa wie folgt: religiöſe Vereine und Geſellſchaften haben freien Eingang „in Preußen".

Wenn nur die Jeſuiten nicht genannt werden, ſchmeichelt man ſich, daß der Paſſus durchgehen und die Jeſuiten nachkommen werden. Glückliche Naivität! Gut iſt es immer, unſer Vaterland vor dieſer Landplage zu hüten.

1879 Mit herzlichſten Wünſchen für Dero Wohlergehen, und in
26. 11. tiefſtem Reſpect und Verehrung Eurer hochfürſtlichen Durchlaucht

ergebenſter Diener

G. Cardinal v. Hohenlohe Biſchof v. Albano.

Rom 26. November 1879.

330.

Graf Lehndorff an Bismarck.

Telegramm.

Berlin 15. Dezember 1879
10 U. 9 M. V.-Mittags.

Seiner Durchlaucht dem Fürſten von Bismarck

Varzin.

1879 Seiner Majeſtät dem Kaiſer und Könige ſind verſchiedene,
15. 12. theilweiſe ſich widerſprechende Gerüchte über das Befinden Eurer Durchlaucht zugekommen und beunruhigten Allerhöchſtdieſelben ſo ſehr, daß der dringende Wunſch nach directer telegraphiſcher Nachricht entſtand. Um ſo mehr iſt der Kaiſer beſorgt, als Euer Durchlaucht in den letzten Tagen die Beſuche zweier wichtigen Perſönlichkeiten*) durchzumachen hatten, und ſieht mit noch ganz beſonderer Spannung und Theilnahme der Beruhigung darüber entgegen, daß die damit verbundene geiſtige Anſtrengung nicht ſchädlich eingewirkt haben möge. Daß es ſo ſei, wünſchen und hoffen Seine Majeſtät von ganzem Herzen; und ſenden Eurer Durchlaucht die beſten Grüße.

Graf Lehndorff, Flügeladjutant
vom Dienſt.

---

*) Des Grafen Peter Schuwalow und des engliſchen Botſchafters am ruſſiſchen Hofe Lord Dufferin.

331.

Bismarck an Graf Lehndorff.

Telegramm.

Varzin 15 Dezember 1879.

Herrn General Grafen Lehndorff

Berlin

Königliches Palais.

Ich bitte Sie, Seiner Majeſtät meinen ehrfurchtsvollen 1879
Dank für die gnädige Theilnahme zu Füßen zu legen. 15. 12.

Ich bin noch ſehr matt und erhole mich langſam; Beſuche, wie die jüngſten, halten dieſe Erholung wohl auf, aber ich habe geglaubt, ſie im Intereſſe des Dienſtes nicht abweiſen zu können: Gefahr für Rückfälle bringen ſie mir nicht, da mein Verkehr mit dieſen beiden Herrn keine Art Sorge oder Gemüthsbewegung mit ſich bringt, und ich nur letztere nach Meinung der Aerzte hauptſächlich zu vermeiden habe. Näheres ſchriftlich.

v. Bismarck.

332.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürſt von Bismarck.

Sie hatten die Aufmerkſamkeit, mir mit Schreiben vom 1880
28. April Ihren auf die Kirchenfrage bezüglichen Erlaß an 2. 5.
den Prinzen Reuß vom 20. deſſelben Monats*) mitzutheilen. Ich habe von dem Inhalte desſelben mit großem Intereſſe

*) Politiſche Reden XII, 25 ff.

1880 Kenntniß genommen und ſpreche ich Ihnen für die Einſendung
2. 5. wärmſten Dank aus, der ich mit beſonderer Werthſchätzung bin

Ihr

aufrichtiger Freund

München, Ludwig.
den 2. Mai 1880.

333.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürſt von Bismarck!

1880 Ich habe mit großem Intereſſe von der Vorlage, welche
17. 5. dem preußiſchen Landtage bezüglich der Kirchengeſetze zugehen ſoll*), Kenntniß genommen und danke Ihnen auf das Wärmſte für die Ueberſendung derſelben, welche Sie mit einer ſo lichtvollen Darlegung der Verhältniſſe begleiteten. Zu meinem aufrichtigſten Schmerze haben Sie, mein lieber Fürſt, hieran die Mittheilung einer beabſichtigten Zurückziehung von den Geſchäften gereiht. Sie kennen das Maß der aufrichtigen Verehrung und des unbedingten Vertrauens, welches ich für Sie unauslöſchlich im Herzen trage, um zu erfaſſen, wie ſchwer ich die Verwirklichung Ihres Vorhabens empfinden müßte. Wenn auch die Geſtaltung der Umſtände im Reichstage nicht immer die erfreulichſte iſt, ſo wird doch der Bundesrath Ihnen, mein lieber Fürſt, auf der föderativen Grundlage der Reichsverfaſſung in unveränderter Weiſe ſtets freudig zur Seite ſtehen. Meine Regierung, welche in keinem Augenblicke von jener Grundlage weicht, war immer von dem ſie ſtützenden Bewußtſein durchdrungen, daß ſie ſich hierbei einig mit dem Manne weiß, deſſen erhabenem ſtaatsmänniſchem Blicke und Wirken Deutſchland ſeine neu erſtandene Größe auf einem Wege dankt,

*) Politiſche Reden XII, 37 ff.

welcher die nothwendige Selbſtändigkeit und Stärke der Einzel- 1880
ſtaaten nicht aufgehoben oder gelähmt, ſondern in bundesſtaat- 17. 5.
licher Vereinigung erhöht hat. Die Forterhaltung gleicher Grundſätze ſichert dem gemeinſamen Vaterlande Zeiten des Friedens und der Macht. Je ſehnlicher ich dieß wünſche und je mehr ich entſchloſſen bin, hierfür meinerſeits immerdar einzutreten, um ſo weniger kann ich mich von der Hoffnung trennen, daß ich und mit mir ganz Deutſchland noch lange Jahre die Geſchäfte unter Ihrer niemals zu erſetzenden Führung finden werde.

Empfangen Sie, mein lieber Fürſt, die erneute Verſicherung beſonderer Werthſchätzung, mit der ich bin

Ihr

aufrichtiger Freund

Schloß Berg Ludwig.
den 17. Mai 1880.

334.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürſt von Bismarck!

Mit wärmſtem Danke erwidere ich Ihr Schreiben vom 1880
9. dieſes Monats*), deſſen Beilage mir von größtem Intereſſe 15. 6.
war. Ich weiß Ihre Mittheilungen ſowohl dem ſchwer wiegenden Inhalte nach wie auch als Zeichen liebenswürdiger Aufmerkſamkeit hoch zu ſchätzen und ſehe der Fortſetzung derſelben gerne entgegen. Wie ich höre, werden Sie demnächſt in Kiſſingen eintreffen. Sie kennen, mein lieber Fürſt, die aufrichtigen warmen Wünſche, welche ich für Ihr Wohlergehen im Herzen hege; ihre Erfüllung wird mir ſtets zur innigſten

*) Concept nicht vorhanden.

1880 Freude gereichen, denn mit wahrer Hochachtung und huld-
15. 6. vollſter Geſinnung bin ich ſtets

Ihr

aufrichtiger Freund

Schloß Berg, Ludwig.
den 15. Juni 1880.

335.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Wiesbaden 18/11 1880.

1880 Bald nach meiner Rückkehr aus St. Petersburg ſetzte ich
18. 11. meine daſelbſt empfangenen Eindrücke auf, ward aber ſo häufig dabei unterbrochen, daß ich die Fertigſtellung meiner Ausarbeitung bis zum Spätherbſt zu verſchieben beſchloß.

Dieſes iſt zwar geſchehen, da ich mich aber verleiten ließ, mit Umdrucktinte zu ſchreiben, um gedachte Niederſchrift nicht Abſchreibern in die Hand zu geben, ſo entſtand ein Product, welches unter keine Rubrik der Gewerbefreiheit gehören kann.

Da das Uebel nun aber einmal geſchehen war, rechnete ich auf Ihre Nachſicht, ſtatt mich mit calligraphiſchen Verbeſſerungen abzugeben, und ſo wird denn jener Reiſebericht bitten, mehr auf den Inhalt als auf Tintenfarbe, Handſchrift und Ausſtattung achten zu wollen.

Jenes merkwürdige Exemplar ſteht zu Ihrer Verfügung, und ergänzt das Geſpräch, welches ich einige Zeit nach meiner Rückkehr aus Rußland mit Ihnen führte. Auf meine Unterredung mit dem Thronfolger dürfte ich vielleicht im Lauf der Jahre bisweilen zurückzukommen Gelegenheit finden!

Auf Wiederſehen wohl zur Jahreswende!

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

336.

Kardinal Guſtav v. Hohenlohe an Bismarck.

Durchlauchtigſter Fürſt

Erlauben mir Eure Hochfürſtlichen Durchlaucht zu Dero 1881
Geburtstage meine innigſten Glückwünſche darzubringen. Jeder 25. 3.
anſtändige Deutſche muß an dieſem Tage Gott danken, daß er Sie, mein gnädiger Herr, dem Vaterland gegeben, und für Sie beten, daß Sie noch viele viele Jahre leben möchten und viel Troſt und Freude erleben, nach ſo vielen Sorgen, Mühen und Unannehmlichkeiten. Ich thue dies täglich; an Ihrem Geburtstag werde ich beſonders für Sie beten und beten laſſen in meiner Diöceſe Albano, wohin ich nun auf längere Zeit gehen werde, und den Vatican ſich ſelbſt zu überlaſſen gedenke, damit er nach und nach zu ſich kommt, und ſich mehr und mehr der Deutſchen Regierung nähere.

Mit der Bitte, mich der Fürſtin zu Gnaden zu empfehlen, und mit der Verſicherung wahrer Anhänglichkeit und Freundſchaft habe ich die Ehre zu ſeyn

Eurer Hochfürſtlichen Durchlaucht

ergebenſter Diener

G. Cardinal v. Hohenlohe.

Villa d'Eſte 25. März 1881.

337.

Lord Ampthill an Bismarck.

Private and Personal

British Embassy.

Berlin 1. April 1882.

Dear Prince Bismarck,

My wife and I join in heartily wishing you many happy 1882
returns of your birthday with health and prosperity to enjoy 1. 4.

1882 1. 4. them to the joy of your family, and the happiness of your great Fatherland.

On your birthday I think I may venture to commit an indiscretion and submit privately to you a few extracts of a private Letter just received from Lord Granville.

He says: „Count Herbert Bismarck goes tomorrow and „there is a rumour that he is likely not to return at all,— „or at all events only for a short time.

„This we must sincerely regret. He has made himself „exceedingly popular, and there are many, certainly including „Lady Granville and myself, who would be very sorry indeed „to lose him.

„He has been successful in circles where success was „difficult and not absolutely to be reckoned upon.—He „shows great interest and is energetic in making acquaintance „with all classes of people,—but as you know it requires „some time to get hold of the kernel, and as he is likely to „play a very considerable part in the politics of his own „Country, and as one of the obstacles to the better understand- „ing of the two nations, has been the want of knowledge of „each, which some politicians display,—I venture to think „his early departure a mistake, and to entertain the earnest „hope that he may return and dwell among us as long as „possible."

In thus committing an indiscretion my object is to show how much Count Herbert has been appreciated in England.

With every good wish believe me, dear Prince Bismarck

yours gratefully

Ampthill.

338.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin 7. 5. 1882 1 Uhr 20 N. M.

Reichskanzler Fürſt Bismarck

Friedrichsruh.

Prinzeſſin Wilhelm glücklich von einem Sohn entbunden. 1882 7. 5.

Friedrich Wilhelm Kronprinz.

339.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Eurer Kaiſerlichen Hoheit danke ich ehrfurchtsvoll für die huldreiche Mittheilung und bitte meinen unterthänigſten Glückwunſch zu dieſem für das Kaiſerliche Haus und für das ganze Land ſo hoch erfreulichen Ereigniß in Gnaden entgegenzunehmen. 1882 7. 5.

Bismarck.

340.

Präſident Simſon an Bismarck.

(Ohne Datum.)

Durchlauchtigſter Fürſt,
Hochgebietender Herr Reichskanzler,

Eurer Durchlaucht verfehle ich nicht meinen ehrfurchtsvollen Dank für die hochgeneigte Mittheilung abzuſtatten, mit welcher Hochdieſelben mich aus Anlaß der von Seiner Majeſtät dem Kaiſer und Könige, unſerem allergnädigſten Herrn, mir 1863 ? 1.

1883 unter dem 18. dieſes Monats zu Theil gewordenen — mich
? 1. im eigentlichſten Sinne überwältigenden — Anerkennung*) beehrt haben.

Eure Durchlaucht haben die Gnade gehabt, dieſer Mittheilung einen Glückwunſch zu der mir beſchiedenen Auszeichnung hinzuzufügen. Mir iſt, als hätte Euerer Durchlaucht ich bei dieſem Anlaß nicht allein für den Glückwunſch zu der vollzogenen Thatſache zu danken und die Worte ſind mir in die Gedanken gekommen, welche ich am 18. Dezember 1870 in Verſailles bei einem ähnlichen Anlaß Hochdenenſelben habe ausſprechen dürfen.

Bewahren Eure Durchlaucht mir Ihre Gewogenheit, der ich ſoviel ſchuldig geworden bin! Ich habe Nichts dagegen zu bieten als unvergängliche treue dankbare Verehrung. Gott erhalte den Kaiſer!

Dr. Simſon
Präſident des Reichsgerichts.

341.

Graf v. Seckendorff an Bismarck.

Eurer Durchlaucht

1883 beehre ich mich beifolgend im Höchſten Auftrage Ihrer Kaiſer-
25. 1. lichen Hoheiten des Kronprinzen und der Frau Kronprinzeſſin eine Gedenkmünze an den heutigen Feſttag**) — 25. Januar 1883 — mit der Bitte zu überſenden, Eure Durchlaucht möchten Höchſtdenſelben die Freude bereiten, die Münze als Zeichen höchſten Wohlwollens und unbegrenzter Dankbarkeit entgegenzunehmen.

*) Ernennung zum Wirkl. Geheimen Rath?
**) Silberne Hochzeit.

Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck vorzüglicher 1883
Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu ſein 25. 1.

Eurer Durchlaucht

Berlin
25. Januar
1883.

gehorſamſter
Graf Seckendorff
Königl. Kammerherr.

342.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam Neues Palais 14. Mai 1884.

Mit vielem Dank für die Ueberſendung der Reinſchrift 1884
in der Schleswig-Holſteiniſchen Angelegenheit verbinde ich die 14. 5.
Anfrage, ob wir Sie hier im neuen Palais oder in Berlin über andere Fragen ſprechen können.

Sollten Sie hierher kommen wollen, ſo will ich nur bemerken, daß zwei Uhr unſere Mittagsſtunde, acht Uhr diejenige des ſogenannten Thés iſt.

Sollten Sie lieber keine „Nahrung" bei uns zu ſich nehmen, ſo laſſen Sie uns nur wiſſen, welche Ihrer freien Stunden Sie auf dem Lande bei uns zubringen können.

Morgen Donnerſtag den 15ten Mai aber könnten wir zwiſchen zwölf Uhr und $^3/_4$ auf eins Sie in Berlin in unſerem Hauſe empfangen.

Es liegt mir außerordentlich daran, angeſichts des bevorſtehenden Geſandten „Revirements" Sie ganz vertraulich über Beſetzung eines deutſchen Poſtens zu ſprechen, ehe die wohl unmittelbar bevorſtehenden Ernennungen erfolgt ſind.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

343.

General v. Albedyll an Bismarck.

Euer Durchlaucht

1885 7. 7. glaube ich von dem Inhalt einer Unterredung Kenntniß geben zu ſollen, welche ich geſtern mit Sr. Kaiſerlichen Hoheit dem Kronprinzen gehabt habe.

Veranlaſſung zu derſelben war ein Bericht, den ich Sr. Kaiſerlichen Hoheit vor 14 Tagen über den Ohnmachts-Anfall Sr. Maj. des Kaiſers nach der Ankunft in Ems erſtattet habe.

Es ſcheinen infolge deſſen doch ſehr ernſte Erwägungen im Kronprinzlichen Hauſe ſtattgefunden zu haben, deren Reſultat mir in den Aeußerungen Sr. Kaiſerlichen Hoheit des Kronprinzen bei der geſtrigen Unterredung entſchieden dahin entgegengetreten iſt, daß man dort im Falle des Thronwechſels eingeſehen hat, auf alle Neuerungen durchaus verzichten und auf den gegenwärtigen Regierungswegen bleiben zu müſſen.

Der Kronprinz ſprach dies ganz entſchieden aus in einer Weiſe, die durchaus klar ſtellte, daß es nicht allein ſeine Anſicht, ſondern eine mit der Frau Kronprinzeſſin erwogene Sache ſei, von welcher mir auch anderweit Aeußerungen in demſelben Sinne bekannt geworden ſind.

Ganz beſonders und vor Allem ging durch das, was der Kronprinz ſagte, der Gedanke des Arrangements und der Verſtändigung mit Euer Durchlaucht. Er ſprach wiederholt aus, daß er dieſe Verſtändigung dringend wünſche und daß er dieſelbe für ſeine künftige Regierung als eine durchaus nothwendige und unerläßliche Bedingung anſehe.

Auf fragende Aeußerungen: wie ich glaube, daß Euer Durchlaucht ſich hierzu ſtellen würden — habe ich nur antworten

können, daß ich außer Stande ſei, hierüber eine auch nur einigermaßen begründete Anſicht zu äußern. 1885 7. 7.

Auf alle weiteren Erörterungen Sr. Kaiſerlichen Hoheit glaube ich hier nicht weiter eingehen, ſondern Eure Durchlaucht einfach nur darüber informiren zu ſollen, welche Anſichten zur Zeit bei den Kronprinzlichen Herrſchaften beſtehen.

Euer Durchlaucht ſind heute, wie mir S. Kaiſerliche Hoheit ſagte, im neuen Palais und werden aus den dort gewonnenen Eindrücken gewiß meine vorſtehenden Mittheilungen beſtätigt finden. Ebenſo werden Euer Durchlaucht ja auch erwägen, welchen Standpunkt hochdieſelben den jedenfalls zu erwartenden Annäherungsverſuchen der Kronprinzlichen Herrſchaften gegenüber angemeſſen erachten; ich lebe und ſterbe — wie Euer Durchlaucht wiſſen — der Ueberzeugung, daß eine Zukunft ohne das Gelingen einer ſolchen Verſtändigung undenkbar iſt, und habe mich durch dieſe Ueberzeugung vermehrt verpflichtet erachten müſſen, das Umſtehende zu Euer Durchlaucht Kenntniß zu bringen.

Mein erſter Gedanke war, nach Berlin zu kommen, um Euer Durchlaucht ſelbſt zu ſprechen, ich habe denſelben aber, weil zu auffallend, aufgegeben und glaube ich auch, daß Euer Durchlaucht wohl weſentlich und wichtig ſein möchte zu erfahren, welche Auffaſſungen zur Zeit bei den Kronprinzlichen Herrſchaften beſtehen.

Sr. Majeſtät dem Kaiſer geht es hier übrigens andauernd täglich beſſer; etwas verringerte Bewegungsfähigkeit und öfter eintretende Ermüdung iſt das einzige, was als Veränderung gegen früher noch bemerklich iſt; es iſt auch in keiner Weiſe zu ſagen, daß beſtimmte Befürchtungen über die Wiederkehr ſolcher Ohnmachtsanfälle begründet ſein könnten — aber ich kann doch nicht anders ſagen, als daß der letzte Ohnmachtsanfall mir einen ſehr tiefen Eindruck hinterlaſſen hat, zumal derſelbe ganz ohne jedes vorherige Anzeichen kam, und daß der Anfall ein

1885 7. 7. ſehr ſchwerer und ſehr nahe an dem Augenblick war, wo ein Zurückrufen ins Leben nicht mehr möglich geweſen wäre.

In aufrichtigſter Anhänglichkeit, in größter Verehrung

Euer Durchlaucht

Ems 7. Juli 1885. gehorſamſter

v. Albedyll.

344.

Bismarck an General Albedyll.

(Concept.)

Varzin den 16 Juli 1885.

1885 16. 7. Ich bin, wie Sie richtig vorausſetzten, am 7 im Neuen Palais geweſen und Se. Kaiſerliche Hoheit hat Sich zu mir in demſelben Sinne wie zu Ihnen in ſehr gnädiger Form und mit rückhaltloſem Vertrauen auf einem Spaziergange im Garten ausgeſprochen. Ich freute mich von Herzen über das Wohlwollen, welches Er mir bewies, war aber doch etwas in Verlegenheit geſetzt. Einmal ſind ſolche Beſprechungen für mein perſönliches Gefühl dem Kaiſer gegenüber peinlich; ich ſage mir, daß ſie in der Gegenwart des Herrn nicht geführt werden könnten, und ich kann nicht ohne Weiteres annehmen, daß ich Se. Majeſtät überleben werde. Ich bin jünger, aber ſtruppirter. Dann aber bin ich ſchon jetzt mit meiner Arbeitskraft der Plage nicht gewachſen; ich zehre vom Capital. Meinem alten Herrn kann ich nicht gegen Seinen Willen und in Ungnaden aus dem Dienſte laufen; das iſt mir klar geworden, als ich ihn mit Nobilings Schrotſchuß liegen ſah. Mein und meiner Frau Hoffnung war aber, daß ich, wenn ich nach Gottes Willen den Kaiſer überlebe, den Reſt meiner Tage auf dem Lande zubringen und wie ein penſionirter Hofſchauſpieler von der Bühne ins Parquet übergehen würde. Auf der andern

Seite iſt der Kronprinz, wenn ich ſeine Regierung erlebe, mein König. Einem ſolchen kann ich nach meiner Denkungsweiſe auch den letzten Reſt, der mir an Arbeitskraft bleibt, nicht verſagen, wenn Er meiner Dienſte zu bedürfen glaubt und ſie von mir verlangt, ohne mir Handlungen zuzumuthen, die dem Lande, der Dynaſtie oder meiner Ehre ſchädlich ſind. Mich hat die herzliche Art, wie der Kronprinz mir Sein Vertrauen ausſprach, gefreut, aber das Gefühl, ſehr viel abgenutzter zu ſein, wie der Herr und die Welt mit ihm glaubt, iſt ſtark in mir. Nach der Kräftigung des Kaiſers, die ſeit Ems eingetreten, darf ich hoffen, daß Gott ihn uns noch länger läßt, und mir das ultra posse erſpart. 1885 16. 7.

In alter Freundſchaft der Ihrige

v. Bismarck.

345.

Kronprinzeſſin Victoria an Bismarck.

Berlin d. 24. (Dez.) 1885.

Verehrter Fürſt,

Als Sie neulich hier ſpeiſten, fanden Sie Geſchmack an dem Moſel Wein, der ſervirt wurde, und würde es uns freuen, wenn Sie zu Weihnachten einige Flaſchen von uns annehmen wollten. 1885 24. 12.

Wir haben lebhaft bedauert zu hören, daß Sie leidend geweſen ſind, — und hoffen nur, daß es nicht eine Folge der Ermüdungen Ihres neulichen Ausgangs war.

Mit den beſten Grüßen an die Fürſtin

Ihre

V. Kronprinzeſſin.

346.

Flügeladjutant v. Pleſſen an Bismarck.

Palais, den 15. 5. 86.

Euer Durchlaucht

1886 15. 5. melde ich pflichtmäßig, daß Seine Majeſtät der Kaiſer und König geſtern Abend beim Thee mit der Kaiſerin, der Großherzogin und dem Prinzen Ludwig von Baden um 9½ Uhr eine Art Lähmungszuſtand — Verworrenheit und ſtockende, ſchließlich verſagende Sprache bekommen haben. — Zu Bett gebracht kam Klarheit und Sprache ſehr bald wieder. Die Nacht war gut. Heute früh 7 Uhr nahm der Kaiſer Thee im Bett und war ganz klar. Beim Aufſtehen um 9 Uhr trat wieder etwas Unklarheit und eine gewiſſe unnatürliche Erregtheit ein. Im Laufe des Vormittags hat ſich der Zuſtand anſcheinend gebeſſert; — der Kaiſer iſt ruhiger, aber er klagt über Kopfweh und fühlt ſich angegriffen.

Euer Durchlaucht erhalten heute Abend abermals Nachricht.

Euer Durchlaucht

ganz gehorſamer

v. Pleſſen.

Flügeladjutant vom Dienſt.

347.

Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck.

Berlin 4. 3. 88. 5 Uhr NM.

Ew. Durchlaucht

1888 4. 3. melde ich ganz gehorſamſt, daß Seine Majeſtät der Kaiſer und König heute das Bett nicht verlaſſen haben und an wechſelnden Schmerzempfindungen leiden, die von Blaſenbeſchwerden

herrühren. Alles läßt leider vermuthen, daß dieſelbe Kriſis 1888
abzuwarten und durchzumachen ſein wird, die ſich in den ver- 4. 3.
floſſenen Monaten mehrfach wiederholt hat. Betäubende Mittel ſind noch nicht angewendet und bei dem Maße von Schmerzen auch noch nicht in naher Ausſicht; ſehr wünſchenswerth erſcheint, daß ſolche recht ſpät zur Anwendung kommen mögen, wenn ſie auch nicht ganz zu vermeiden ſein werden. Der Kaiſer iſt nicht ſehr mißgeſtimmt und durchaus noch nicht matt; der Beginn des Mißbehagens war ſchon ſeit faſt 2mal 24 Stunden bemerkbar. —

Ihre Majeſtät die Kaiſerin befiehlt mir Ihnen zu ſagen, Alles was dieſe Zeit brächte, laſtete ſo recht ſchwer auf Ihr; und Sie ſei überzeugt, daß Sie das ſo recht mit ihr empfänden.

Ew. Durchlaucht

gehorſamſter

Graf Lehndorff.

348.

Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck.

Berlin 5./3. 88. 10 Uhr 10 V.

Seine Majeſtät haben den Reſt des geſtrigen Tages 1888
ziemlich günſtig verbracht, wenn auch mit ſtoßweiſen Schmerz- 5. 3.
empfindungen. Die letzteren haben heut Nacht 5 Uhr eine Injection von Morphium erforderlich gemacht; doch hat der Kaiſer vor und nachher nicht unbeträchtlich geſchlafen und iſt die Nacht nicht als eine ganz ſchlechte zu rechnen. Heut früh hat der gehorſamſt unterzeichnete längere Zeit mit Seiner Majeſtät verhandelt, und war überraſcht, wie gut Ausſehn und Stimmung war im Vergleich mit ſonſtigen Fällen.

Hoffentlich iſt dieſer günſtige Umſtand nicht nur der Nachwirkung des Morphium zuzuſchreiben, jeden Falls aber

1888 war die Erſcheinung ſehr erfreulich und darf erwähnt werden.
5. 3. Darüber wie weit die Anwendung der Injection ſich beſchränken laſſen wird, fehlt noch jedes Urtheil. Der Appetit iſt jetzt noch ziemlich gut, ſonſtige Krankheitserſcheinungen nicht vorhanden.

Graf Lehndorff.
Flügeladjutant vom Dienſt.

349.

Flügeladjutant v. Bröſigke an Bismarck.

Palais 6./3. 88.

1888 Se. Majeſtät der Kaiſer und König haben den Nachmittag
6. 3. nicht zur Zufriedenheit der Aerzte verbracht. —

Se. Majeſtät haben ſehr wenig gegeſſen, ſchlafen aber meiſtens ruhig.

Morphium iſt Tages über nicht gegeben worden, ob es zur Nacht nöthig wird, iſt noch fraglich.

C. Broeſigke
Fl.-Adjutant vom Dienſt.

350.

Flügeladjutant v. Bröſigke an Bismarck.

Palais 8./3. 1888.

1888 Die Nacht hat den von den Aerzten erhofften ſtärkenden
8. 3. Schlaf nicht gebracht. —

In Folge deſſen iſt der Kräftezuſtand und der Puls nicht beſſer geworden, ſo daß der Ernſt der Lage fortdauert.

C. Broeſigke.

351.

Flügeladjutant v. Lippe an Bismarck.

8. März 1888 8^{10} früh.

Der Schwächezuſtand bei Seiner Majeſtät nimmt ſehr zu; Puls ſetzt zuweilen aus. 1888 8. 3.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm iſt auf Anſuchen der Aerzte ins Palais geholt.

v. Lippe.
Flügeladjutant.

352.

Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck.

Palais 2^{55} Uhr 9. III. 88.

Das Befinden Seiner Majeſtät neigt dem Ausſpruch der Aerzte nach wiederum zum Schlechten, ſo daß die höchſten Herrſchaften ſoeben avertirt worden ſind. 1888 9. 3.

von Petersdorff.
Flügeladjutant vom Dienſt.

353.

Hofmarſchall Graf Radolinski an Bismarck.

Telegramm.

Aufgegeben in Landshut B. am 11. März 1888 um 11 Uhr Nachm.
Angekommen in Berlin um 11 Uhr 13 Min. Nachm.

Reichskanzler Fürſt Bismarck
Berlin.

Seine Majeſtät haben mir nochmals befohlen, Eure Durchlaucht zu bitten, den Herren Miniſtern ſagen zu wollen, 1888 11. 3.

1888 11. 8. daß, wer von den Herren Seine Majeſtät begrüßen wollte, nach Leipzig entgegenfahren möchte, da von Bitterfeld aus Seine Majeſtät Niemand mehr ſehen darf. Euer Durchlaucht allein bleibt es überlaſſen, auf welcher Station, Leipzig oder Bitterfeld, Sie Seine Majeſtät begrüßen wollen. Alle Herren werden gebeten, in kleiner Uniform zu erſcheinen. In Charlottenburg iſt jeder Empfang und Verabſchiedung ausgeſchloſſen.

Radolinski.

Regiſter

(Die Zahlen beziehen ſich auf die Seiten)

A

Aberdeen, George Hamilton Gordon, Graf v., engliſcher Premierminiſter 146.

Achenbach, Heinrich, preußiſcher Handelsminiſter 454. 455. 456. 457.

Adalbert, Prinz 123.

Adel, preußiſcher. Klage über den Rückgang des p. A.s 216.

Adolph, Fürſt von Schaumburg-Lippe 364.

Aegidi, Ludwig Karl, Wirklicher Legationsrath 458.

Albedyll, Emil Heinrich Ludwig v., preußiſcher General d. Cavallerie 540. 542.

Albert, Kronprinz (König) von Sachſen 417. 418. 419. 452. 453. 489. 491.

Albrecht, Prinz 319. 463.

Alexander II., Kaiſer von Rußland 253. 298. 302. 303. 304. 309. 315. 316. 318. 319. 330. 336. 367. 370. 407. 408. 436. 437. 484. 488. 492. 522. 524. 525. 526.

Alexander, Großfürſt von Rußland (A. III.) 534.

Alexandra Feodorowna, Kaiſerin von Rußland 56.

Alexandrine, Prinzeſſin von Hanau, Gemahlin des Prinzen Felix von Hohenlohe-Oehringen 186.

Alexandrowo 526.

Alvensleben, Albrecht, Graf v., preußiſcher Staatsminiſter 94. 171. 176. 188. 191. 192. 196. 197. 198. 228. 237.

Alvensleben, Guſtav v., preußiſcher General der Infanterie 274. 294. 295.

Alvensleben, Guſtav Hermann v. 364.

Ampthill, Lord Odo William Leopold (Lord O. Ruſſell), engliſcher Staatsmann 535. 536.

Andráſſy, Gyula (Julius), Graf, öſterreichiſcher Miniſter des Auswärtigen und des Kaiſerlichen Hauſes 514. 521. 522. 524. 528.

Antonelli, Giacomo, Cardinalſtaatsſecretär 484.

Arnim-Boytzenburg, Adolph Heinrich, Graf v. 387. 388.

Arnim-Criewen, Carl Otto Friedrich v. 12.

Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, Heinrich Friedrich, Graf v., preußiſcher Geſandter in Wien 17. 36. 63. 84. 89. 90. 104. 106. 107. 108. 113. 228. 229.

Arnim-Kröchlendorff, Oscar v. 226. — Frau Malwine v. A.-K., geb. v. Bismarck 228. 280.

Arnim-Suckow, Harry Karl Curt Eduard, Graf v., preußiſcher Diplomat 307. 440. 441. 489.

Arnimparagraph 476.

Arnold, Biſchof von Trier 376.

article additionel Rußlands zum ſyriſchen Tractat 313.
Auerswald, Rudolph, preußiſcher Staatsminiſter 342.
Auguſta, Prinzeſſin (Königin, Kaiſerin) 182. 186. 370. 429. 436. 488. 544. 545.
Auguſtenburger. Herzog Chriſtian Auguſt von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Auguſtenburg 16. 27. 28. 29. 110. 111. 379. — Erbprinz Friedrich (Herzog Friedrich VIII.) 366. — Auguſtenburger Angelegenheit 135. Anſprüche der A. auf Schleswig und Holſtein 357. — Rechtsbeſtändigkeit der Entſagung des Herzogs Chriſtian Auguſt 379.
Ausſtellung, Pariſer. Betheiligung Deutſchlands an der P. A. 498. 500.

B

Bach, Alexander, Freiherr v., öſterreichiſcher Staatsmann 172. 201.
Baden-Baden. Zuſammenkunft des Kaiſers Napoleon III. mit dem Prinzregenten von Preußen in B. 310 f.
Baier, preußiſcher General 400*).
Balan, Hermann Ludwig v., preußiſcher Staatsmann 272. 427. 443. 444. 447.
Bamberger Conferenz der Mittelſtaaten (1854) 175. 176. 182. 184. 193. 200. Die „Bamberger" 178. 180. 181. 182. 184. 290. 442.
Bancroft, George, Geſandter der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin 447.
Bankfrage 461.
Baraguay d'Hilliers, Achille, franzöſiſcher Marſchall 144. 188.
Barez, Geheimer Obermedicinalrath, Arzt 3. 125.
Baumbach, Moritz v., kurheſſiſcher Miniſter 102.
Bayern. Feindliche Haltung B.s gegen Preußen 291. 292.
Becker, Heinrich Hermann, Abgeordneter 387.
Beitzke, Heinrich Ludwig 379.
Belly, v. 186.
Below, Albert v. 1.
Benedetti, Vincenz, Graf v., franzöſiſcher Diplomat 436.
Bentinck, Graf v. 208.
Berliner Congreß 514.
Bernſtorff, Graf Albrecht v. 114. 229. 336. 343.
Bernuth, Otto Friedrich Karl v., Polizeipräſident von Berlin 353.
Bethmann-Hollweg, Moritz Auguſt v. 16. 59. 98. 101.
Beuſt, Friedrich Ferdinand, Freiherr (Graf) v. 14. 25. 30. 31. 84. 146. 178. 184. 269. 297. 363. 429.
Biegeleben, Ludwig Maximilian, Freiherr v., öſterreichiſcher Diplomat 270.
Bille-Brahe, Graf, däniſcher Geſandter in Berlin 55.
Bismarck, Otto Eduard Leopold v. (Graf, Fürſt). B.s Ernennung zum Bundestagsgeſandten 8. B.s Ernennung zum einſtweiligen Geſandten in Wien 63. Amtliche Desavouirung der an die Wiener Miſſion geknüpften Gerüchte von Ueberſchreitung der Inſtructionen 82. B.s Verſetzung nach Petersburg 286. Klagen B.s über die deutſchen Diplomaten in Petersburg 296 f. Verleihung des Schwarzen Adlerordens 378. B.—Virchow 379—389. B.s Beſtreben, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden 405. 496.

*) Vermuthlich iſt in dem Briefe des Prinzen Friedrich Karl mit dem General Baier der General Guſtav Friedrich von Beyer zu verſtehen, der Befehl erhalten hatte, in Kaſſel einzurücken.

Bismarck, Frau Johanna v. 17. 18. 44. 50. 83. 92. 93. 101. 107. 147. 152. 153. 164. 170. 190. 212. 215. 225. 226. 228. 248. 251. 263. 278. 282. 284. 294. 319. 379. 396. 438. 439. 459. 474. 492. 502. 535. 542.
Bismarck, Herbert, Graf v. 453. 494. 497. 498. 510. 513. 525. 536.
Bismarck, Wilhelm, Graf v. 85. 91. 92.
Bismarck, Marie, Gräfin v. 474. 518.
Bismarck-Bohlen, Friedrich Alexander, Graf v. 399.
Blanckenburg, Moritz v. 391.
Blindſches Attentat (7. Mai 1866) 395.
Blome, Baron v. 258.
Bloomfield, John Arthur Douglas, Lord, engliſcher Diplomat 55. 166. 229.
Bluhme, Chriſtian Albrecht, däniſcher Miniſter 29.
Bock, Graf 187.
Bockelberg, v., preußiſcher Geſandter in München 178. 253.
Bode 33.
Bodelſchwingh, Karl v., preußiſcher Finanzminiſter 6. 30. 122. 123. 159. 353. 360. 361.
Böger, Generalarzt 438.
Bonin, Eduard v., preußiſcher General der Infanterie, Kriegsminiſter 123. 163.
Boſe, Julius Friedrich Wilhelm, Graf v., preußiſcher General der Infanterie 400.
Bothmer, Friedrich, Freiherr v., hannöverſcher Geſandter am Bundestag 131 (Charakteriſtik) 140.
Bourqueney, Baron v., franzöſiſcher Diplomat 194.
Brandt, Bürgermeiſter von Brandenburg 12.
Bratiano, Demeter 422.
Bratiano, Joan, rumäniſcher Miniſter 422.
Brauchitſch, Heinrich v., Regierungsrath (ſp. Regierungspräſident) 481.
Braun, Ritter v., Legationsrath bei der öſterreichiſchen Bundestagsgeſandtſchaft 118.
Bray-Steinburg, Otto Camillus Hugo, Graf v., bayeriſcher Staatsmann 315.
Brenner-Felſach, Freiherr v., öſterreichiſcher Legationsrath und Director der Bundeskanzlei 207.
Breslau als Ort der Zuſammenkunft des Zaren Alexander II. und des Prinzregenten von Preußen 302. 303. 305.
Bröſigke, v., Flügeladjutant 546.
Bruck, Karl Ludwig, Freiherr v., öſterreichiſcher Staatsmann 26.
Brunnemann, preußiſcher Regierungsrath 345.
Brunnow, Philipp, Graf v., ruſſiſcher Diplomat 173. 215.
Budberg, Andreas v., ruſſiſcher Diplomat 22. 55. 66. 71. 146. 153. 219. 270. 298. 301. 302. 304. 305. 317. 321. 322. 347.
Bülow, Bernhard Ernſt v., däniſcher Kammerherr und Geſandter am Bundestag für Holſtein und Lauenburg (nachmals deutſcher Staatsmann) 26. 134. 135. 140. 198. 442. 443. 446. 448. 453. 454. 457. 459. 460. 470. 485. 486. 489. 512. 521. 522. 526.
Bund, Deutſcher. Gründe gegen die Theilnahme des Bundes an den Londoner Conferenzen 51 f. Ein Uebergriff der Bundesmilitärcommiſſion 285.
Bundesrath. Der diplomatiſche Ausſchuß des B.s 464 ff. 467. 468 f. 470 f. 472 f. — Verfaſſungsmäßige Rechte des B.s 511. 512.

Bundestag, deutſcher — die lederne Tretmühle in der Eſchenheimer Gaſſe 25. — Der B. vermag aus Deutſchland nichts zu machen, kann aber den inneren Zerfall noch verdecken 38. Friedrich Wilhelm IV. und der B. 104.
Bunſen, Chriſtian Karl Joſias, Freiherr v., preußiſcher Diplomat 57. 145. 164. 169. 185.
Buol-Schauenſtein, Karl Ferdinand, Graf v., öſterreichiſcher Staatsmann 27. 67. 69. 70. 75. 76. 80. 81. 88. 89. 104. 105. 108. 145. 171. 175. 176. 177. 178. 188. 194. 198. 199. 201. 218. 230. 231. 235. 277.
Burg, v. d. 378.
Burghauſen, Graf v. 62.
Burſian, Freiherr v. 185.
Burtſchava (oder Burtſchova?) 194.

C

Camphauſen, Otto, preußiſcher Finanzminiſter 431. 434. 436. 450. 451. 454. 457. 458. 459. 462. 486.
Canitz und Dallwitz, Karl Wilhelm, Freiherr v., preußiſcher Diplomat 44. 86. 93. 283.
Canrobert, François Certain de, franzöſiſcher Marſchall 509.
Carlowitz, Albert v. 297.
Cavour, Camillo Benſo di, Graf, italieniſcher Staatsmann 440.
Chotek, Bohuslaw, Graf v., öſterreichiſcher Diplomat 409.
Chriſtian, Prinz von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Glücksburg (Chriſtian IX., König von Dänemark) 28. 357. 366.
Clarendon, George William Frederick Villiers, Graf v., engliſcher Staatsmann 146.
Conferenzen, europäiſche. Vortheile und Nachtheile europäiſcher C. 333.
Conſtantin, ruſſiſcher Großfürſt 260. 327.
Conſtitution. Krokodileier des Conſtitutionalismus 3. Mit keiner C. kann man eine demokratiſche Bewegung beſchwören 16.
Convention, italieniſch-franzöſiſche 376.
Coſtenoble, Vortragender Rath im Staatsminiſterium 6.
Coudenhove, Franz, Graf v. 262.
Cowley, Henri Richard Charles Wellesley, Graf, engliſcher Diplomat 27.
Crispi, Francesco, italieniſcher Staatsmann 509.
Croy, Prinz Georg, preußiſcher Legationsſecretär 307. 326. 329. 331. „Ritter de Lorge" 332.
Crüger, Geheimer Regierungsrath 129.

D

Dalwigk, Karl Friedrich Reinhard, Freiherr v., Großherzogl. heſſiſcher Miniſter 108. 110. 134. 215.
Dänemark, däniſche Frage 29. 271. 272. 330. 332 f.
Dannhauer, Generalmajor, preußiſcher Bevollmächtigter zur Bundesmilitärcommiſſion 285.
Danziger Epiſode 345.
Darmſtädter Conferenzen der Mittelſtaaten 1852: 59. Darmſtädter Coalition 81. „Darmſtädter" 67. 72. Hinneigung der „Darmſtädter" zu Frankreich 68 f. — Darmſtädter Coalition 1854: 133. 172. 218.
Debains, franzöſiſcher Diplomat 447.
Dechend, v., Präſident der Reichsbank 461. 462. 491. 492.

Deficit, preußiſches. Vorſchläge Camphauſens zur Deckung des D.s 431 ff.
Delbrück, Martin Friedrich Rudolph, preußiſcher bez. deutſcher Staatsmann 30. 434.
Delorge, Emmerich, Duc de 329.
Demokratiſche Conſpirationen in Frankfurt a. M. 35.
Depeſchendiebſtahl, Berliner 353.
Depretis, Agoſtino, italieniſcher Staatsmann 509.
Deutſch-öſterreichiſcher Bündnißvertrag (1879) 522 ff. 528 ff.
„Deutſch" für „Preußiſch" 293.
Deutſchland — eine unrichtige Bezeichnung für den mitteleuropäiſchen Staatenbund 48.
Dieſt-Daber, Antrag D.-D. 420.
Diplomatie, kleindeutſche. Erbärmlichkeit der k. D. 251.
Drouyn de L'Huys, Edouard, franzöſiſcher Staatsmann 144. 347.
Duesberg, Oberpräſident von Weſtphalen 6.
Dufferin, Frederick Temple Hamilton Blackwood, Graf (Marquis), engliſcher Diplomat 530.
Dufour, Wilhelm Heinrich, ſchweizeriſcher General 257.
Duncker, Max, vortragender Rath des Kronprinzen von Preußen 345.
Dungern, Freiherr v., Bundestagsgeſandter für Braunſchweig und Naſſau 136 (Charakteriſtik). 140.

E

Eduard, Prinz von Wales 339.
Eiſenbahnen. Uebergang der E. ans Reich 475.
Eiſendecher, Wilhelm v., oldenburgiſcher Bundestagsgeſandter 137 f. (Charakteriſtik). 140.
Eliſabeth, Königin von Preußen 6.
Eliſabeth, Prinzeſſin zu Wied 429.
Elſaß-Lothringen. Zur Frage der Statthalterſchaft des Kronprinzen in E.-L. 516.
Elsner, Johann Gottfried 392.
Emil, Prinz von Heſſen 134.
entente cordiale — nicht Bündniß — zwiſchen Frankreich-Rußland-Preußen 309 f.
Epicier. Feige Friedensliebe des Louis-Philippeſchen E.s 216.
Ernſt II., Herzog von Sachſen-Coburg-Gotha 303.
Ernſt Auguſt, König von Hannover 18. 24. 32. 39.
Eſterhazy, Moritz, Graf v., öſterreichiſcher Diplomat 166. 229. 245.
Eugenie (Gräfin von Montijo), Kaiſerin der Franzoſen 319. 370.
Eulenburg, Auguſt, Graf zu, Hofmarſchall 396. 426. 427.
Eulenburg, Friedrich, Graf zu, preußiſcher Miniſter 352. 354. 383. 388. 389. 411. 412. 431. 432. 457. 458. 460.
Eulenburg, Wendt, Graf zu 474.
Evans, Arzt 440. 441.

F

Falk, Paul Ludwig Adalbert, preußiſcher Cultusminiſter 459. 460. 478. 514. 515. 517. 518.
Feſtungsviereck. Strategiſche Bedeutung des F.s 324.
Firmenich, Dr., Publiziſt 97. 98.
Fiſcher, Hannibal, oldenburgiſcher Staatsrath 45. 47. 386.
Flahault, Graf, Oberſtallmeiſter 369.
Flotte, deutſche, von 1848: 36. 386.
Flottwell, Eduard Heinrich v., preußiſcher Staatsminiſter 277.

Fonton, v., ruſſiſcher Staatsmann 70.
Forckenbeck, Max v., 382. 383.
Francke, Karl Philipp, Geheimer Rath 416.
Frankfurt — das erſte Klatſchneſt der Welt 251. Unzufriedenheit in F. mit Preußen 412.
Frankreich. Möglichkeit einer franzöſiſchen Invaſion in Süddeutſchland 242. Abneigung des franzöſiſchen Volkes gegen den Krieg mit Deutſchland 495.
Franz Joſeph, Kaiſer von Oeſterreich 18. 45. 46. 64. 65. 67. 68. 85. 114. 145. 171. 172. 176. 177. 194. 221. 233. 263. 302. 356. 397. 522. 523. 525. 529.
Fräuleinſtift in der Lauſitz 353.
Freihandel 47.
Friedberg, Heinrich, Staatsſecretär des Reichsjuſtizamtes, preußiſcher Juſtizminiſter 458. 485. 486. 487.
Friedenthal, Karl Rudolph, preußiſcher Staatsminiſter 454. 455. 456. 459. 460.
Friedländer, rumäniſcher Cabinetsrath 422.
Friedrich II. der Große 314. 315. 378.
Friedrich III., Deutſcher Kaiſer 547. 548. Vgl. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.
Friedrich, Prinz von Baden 61. 250.
Friedrich VII., König von Dänemark 256.
Friedrich, Prinz von Heſſen 357.
Friedrich, Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen 445.
Friedrich, Herzog von Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Glücksburg 366.
Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin 442. 447.
Friedrich Karl, preußiſcher Prinz 398. 399. 400.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen 58.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 3. 7. 10. 11. 14. 15. 16. 18. 22. 28. 29. 32. 39. 40. 43. 44. 51. 52. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 63. 64. 65. 66. 69. 73. 77. 91. 93. 100. 104. 109. 113. 115. 116. 120. 125. 129. 142. 143. 146. 156. 157. 158. 159. 163. 164. 165. 166. 170. 175. 179. 181. 182. 192. 194. 199. 210. 211. 222. 223. 224. 225. 227. 228. 231. 233. 234. 237. 238. 239. 252. 261. 264. 273. 274. 276. 277. 302. 303. 304.
Friedrich Wilhelm I., Kurfürſt von Heſſen 6. 102. 103. 186. 370. 415.
Friedrich Wilhelm, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 442.
Friedrich Wilhelm, Prinz (Kronprinz von Preußen) 224. 263. 264. 307. 337. 338. 339. 341. 342. 343. 344. 345. 349. 351. 352. 354. 355. 356. 361. 362. 364. 366. 367. 375. 378. 389. 390. 391. 392. 396. 401. 402. 403. 404. 406. 411. 413. 414. 417. 423. 425. 426. 427. 428. 429. 463. 464. 474. 475. 477. 479. 480. 484. 485. 486. 487. 508. 509. 510. 513. 516. 519. 527. 534. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543.
Frieſen, Richard, Freiherr v. 435. 489.
Fritſch, Karl Friedrich, Freiherr v., Großherzogl. ſächſiſcher Bundestagsgeſandter 135 (Charakteriſtik). 136. 140.
Fürſtenberg, Graf 59.

G

Gablenz, Freiherr Anton v. 396. 397.
Gaeta. Capitulation von G. 329. Gaeta-Ceremonie 331.

Gagarin, Paul, Fürſt 409.
Gagern, Heinrich, Freiherr v. 185.
Gagern, Max, Freiherr v. 185.
Galizien 202.
Gambetta, Léon, franzöſiſcher Staatsmann 493. 494. 495. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505.
Garlieb, däniſcher Conferenzrath 111.
Geffcken, Friedrich Heinrich, Profeſſor der Staatswiſſenſchaften 477. 478. 479.
Gehret, Polizeiagent 454.
Geiſtliche, evangeliſche 460 f. 517.
Gelzer, Johann Heinrich, Profeſſor der Geſchichte 397. 398. 423. 424.
Georg, Herzog von Mecklenburg-Strelitz 163.
Georg V., König von Hannover 24. 89. 90.
Gerlach, Leopold v., preußiſcher General 4. 5. 16. 46. 61. 117. 142. 143. 152. 153. 168. 170. 210. 211. 218. 225. 233. 252. 253. 260. 261. 274.
Gerlach, Ludwig v., Appellationsgerichtspräſident 379. 380. 477.
Germersheim. Antrag Preußens auf Uebertragung der Qualität einer Bundesfeſtung von Landau auf G. 265. 266. 267. 268.
Glinka, Dmitry Grigorjewitſch, ruſſiſcher Geſchäftsträger am Bundestag 57.
Goeben, Auguſt Karl Friedrich Chriſtian v., preußiſcher General der Infanterie 400.
Goltz, Graf Karl Friedrich v. d., preußiſcher General der Cavallerie 99. 262. 263. 273. 274.
Goltz, Graf Robert Heinrich Ludwig v. d., preußiſcher Diplomat 16. 57. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 215. 217. 253. 301. 336. 343. 347. 402.
Gontaut-Biron, Vicomte de, franzöſiſcher Botſchafter in Berlin 447. 498. 500.
Gortſchakow, Fürſt Alexander Michailowitſch, ruſſiſcher Staatsmann 222. 234. 235. 270. 272. 287. 295. 296. 298. 303. 306. 308. 309. 310. 313. 314. 315. 316. 317. 336. 367. 368. 407. 408. 409. 439. 451. 452. 485.
Gortſchakow, Fürſt Michail, ruſſiſcher General 181.
Grabow, Wilhelm, Präſident des Abgeordnetenhauſes 382. 384.
Granville, George Leveſon-Gower, Graf, engliſcher Staatsmann 536.
Gröben, Karl Joſeph, Graf v. d., preußiſcher General der Cavallerie 163. 164.
Grotius, Hugo 317.
Grundſteuer 331.
Gruner, Juſtus v., Wirklicher Geheimer Rath und Unterſtaatsſecretär im Miniſterium des Auswärtigen 285. 287. 301.
Grünne, Graf Karl Ludwig, öſterreichiſcher General der Cavallerie 67.
Gundlach, v., preußiſcher Regierungsaſſeſſor 227.

H

Hahn, Feldjäger 287.
Hall, Karl Chriſtian, däniſcher Staatsmann 332.
Hamilton, Herzogin v. 370.
Handelsvertrag zwiſchen Frankreich und dem Zollverein (2. Aug. 1862) 371. 372.
Hannover. Vertrag zwiſch. Preußen und Hannover vom 7. September 1851: 21. 23. 24. 25. 26. 30. 32. 67. 72. 74. 78. 85. 102. Haltung H.s in der Zollvereinskriſis 108 f. 125. Klagen in Hannover über

Preußen 411. Der hannöv. Provinzialfonds 420 f.
Hanſemann, David, preußiſcher Finanzminiſter 1. 2.
Harnier, Dr., Senator und Syndicus, erſter Bürgermeiſter von Frankfurt a. M. und Vertreter Frankfurts am Bundestage 139. 140.
Haſſenpflug, Hans Daniel Ludwig Friedrich, Kurfürſtlich heſſiſcher Staatsmann 6. 101. 102. 103. 133. 189.
Hatzfeldt, Maximilian, Graf v., preußiſcher Diplomat 166. 229. 261.
Haugwitziſche Politik 204.
Hauthaler, katholiſcher Pfarrer 457.
Haymerle, Heinrich, Freiherr v. 521. 524.
Heeckeren, Georges Charles d'Anthes, Baron v., franzöſiſcher Senator 348.
Heimbruch, v., hannöverſcher Bundestagsgeſandter 269.
Heinrich V., (Titular-)König von Frankreich 448.
Heinrich LXVII., Fürſt von Reuß-Gera 401.
Helene, ruſſiſche Großfürſtin 318. 407. 436.
Henckel-Donnersmarck, Graf (Fürſt) Guido v. 188. 493. 494. 497. 499. 501. 502. 503. 504. 505. 506.
Hennig, v. 384. 385. 386. 387.
Herrmann, Emil, Präſident des preußiſchen Oberkirchenraths 517.
Herwarth v. Bittenfeld, Karl Eberhard, preußiſcher General (Feldmarſchall) 116. 400.
Heß, Heinrich Hermann Joſeph, Freiherr v., öſterreichiſcher Feldmarſchall 162. 163. 194. 236.
Heſſiſcher Staatsſchatz 411. 415.
Heydt, Auguſt, Freiherr v. d., preußiſcher Staatsmann 163. 341. 342. 345. 346. 421. 431. 432.
Hinckeldey, Karl Ludwig Friedrich v., Polizeipräſident von Berlin 33. 68. 122. 211.
Hirſch 83.
Hock, Ritter v., öſterreichiſcher Miniſterialrath 26.
Hofmann, Karl v., deutſcher Staatsmann 486.
Hohenlohe-Schillingsfürſt, Chlodwig Karl Victor, Fürſt zu, deutſcher Staatsmann 475. 476. 498. 506. 507. 508. 519. 520.
Hohenlohe-Schillingsfürſt, Guſtav Adolph, Prinz zu, Cardinal der römiſchen Kirche 483. 484. 508. 529. 530. 535.
Hohenlohe-Ingelfingen-Oehringen, Prinz Felix 185. 186.
Hohenlohe, Fürſt 49.
Hohenzollern, Karl Anton, Fürſt v. 294. 320. Prinz Friedrich 445.
Holnſtein, Max Karl Theodor, Graf v., Kgl. bayeriſcher Oberſtſtallmeiſter 492. 510.
Holſteiniſche Frage 255 f. 258. 269. 277. 328. 330. 332. Einführung des däniſchen Commandos beim holſteiniſchen Contingent 113.
Holzhauſen, Adolph, Freiherr v., Bundestagsgeſandter für beide Reuß, Lippe, Waldeck und Heſſen-Homburg 138 f. (Charakteriſtik). 140.
Hopfgarten, General 321.
Horn, Oberpräſident 352. 428.
Hortenſe, Königin 369.
Hübner, Joſeph Alexander, Freiherr v., öſterreichiſcher Diplomat 145. 171.
Hügel, Karl, Freiherr v., württembergiſcher Miniſter d. Kgl. Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten 269.
Hühnerpaſcha (Hinckeldey) 211.
Huldigungsfrage 334.
Humbert, König von Italien 508. 509.

J

Jachmann, Eduard Karl Emanuel, deutſcher Admiral 427.
Jacobini, Ludovico, Cardinalſtaatsſecretär des apoſtoliſchen Stuhles 529.
Jahdebahn 259.
Jahdehafen 146.
Jasmund, J. v., Dr., Publiciſt 97. 98. 99.
Ida, Prinzeſſin von Waldeck und Pyrmont 365.
Jeſuiten 529.
Immediatberichte. Trennung der Materien in J.n 314.
Johann, Prinz (König) von Sachſen 14. 237. 238. 239. 453.
Joſeph. „Pater J.“ 499.
Joſica, Nicolaus, Freiherr v., Kanzler von Siebenbürgen 85.
Italien. Bildung des Königreichs J. 322. 324.
Jütland. Beſetzung J.s 360. 361. 362.

K

Kalergis, Johann v. 262.
Kameke, Arnold Karl Georg v., preußiſcher General der Infanterie, Kriegsminiſter 449. 486.
Kammer, Erſte 57. 58. 59. 60. 61. 62. 218.
Karl, Herzog v. Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Glücksburg 366.
Karl I., Fürſt (König) von Rumänien 422. 428. 429. 430. 444. 445. 446.
Karl, Prinz 125. 189. 191. 319. — Prinzeß Karl 273.
Karl Anton, Fürſt von Hohenzollern-Sigmaringen 294. 320.
Károlyi, Graf Alois, öſterreichiſcher Diplomat 296. 298.
Kehler, v., Vortragender Rath im Miniſterium 273.
Kehner, Journaliſt 118.
Kelchner, Hofrath, Vorſtand der preußiſchen Bundeskanzlei in Frankfurt a. M. 27.
Keſſel, v., preußiſcher Oberſt, Commandeur der preußiſchen Truppen in Frankfurt a. M. 92.
Ketteler, Wilhelm Emanuel, Freiherr v. 148.
Kettenburg, Kuno, Freiherr v. d., mecklenburgiſcher Kammerherr 126. — Kettenburgſche Frage 132.
Keudell, Robert v., deutſcher Diplomat 384. 385.
Keyſerling, Alexander, Graf v. 246. 248.
Keyſerling, Heinrich, Graf v. 422. 427. 428. 430.
Keyſerling, Hermann, Graf v. 283.
Kielmansegge, Graf v., hannöverſcher Bundestagsgeſandter 185. 197. 214. 215. 250.
Kirchenpauer, Guſtav Heinrich, Bürgermeiſter von Hamburg 139. 140.
Kirchenſtreit, oberrheiniſcher 147 ff.
Kiſſelew, Nicolai, Graf v., ruſſiſcher Diplomat 260. 322.
Kleiſt, Adolph v., Appellationsgerichtspräſident 379. 380.
Kleiſt-Retzow, Hans v., Oberpräſident der Rheinprovinz 92. 153.
Klenze, hannöverſcher Generalſteuerdirector 21. 22. 23. 83. 90.
Klindworth, v., württembergiſcher Staatsrath 65. 73. 95. 104.
Klützow, v., Director im preußiſchen Miniſterium des Innern 8. 13. 34.
Koller, Baron v., öſterreichiſcher Diplomat 263. 292.
Köln-Trierer Biſchofswahl 376.
Könneritz, Hans Heinrich, Freiherr (Graf) v., ſächſiſcher Diplomat 72. 297.
Kowalewsky, ruſſiſcher Oberſt 185.
Kreuzzeitung 291. Haltung der

K.-Z. in der Frage der ſtändiſchen Organiſation 9, gegenüber der Heirath Napoleons III. 117.
Kübeck, Karl Friedrich, Freiherr v., öſterreichiſcher Staatsmann 106.
Kühne, preußiſcher Generalſteuerdirector 98. 100.
Kurheſſiſcher Verfaſſungsſtreit 3. 189.

L

Lackenbacher, v. 105.
Lamarmora, Alfonſo Ferrero, Marcheſe di, italieniſcher General und Staatsmann 338. 339.
Landau 265. 266. 267.
Lariſch, v. 278.
Lasker, Eduard 411.
Laudemialfonds, kurheſſiſcher 415.
Lauer, v., Regierungspräſident 365.
Layard, Auſten Henry 246.
Lecoq, v., Geheimer Rath im Miniſterium des Auswärtigen 277. 357. 358.
Ledochowski, Mieczyſlaw, Graf v., Cardinal der römiſchen Kirche 483.
Lehmkuhl 93.
Lehndorff, Heinrich Ahasver Emil Auguſt, Graf v., preußiſcher General der Cavallerie, Generaladjutant 429. 530. 531. 544. 545. 546.
Leiningen-Weſterburg, Graf Chriſtian Franz 6.
Lenthe, v., hannöverſcher Miniſter des Auswärtigen 175.
Leonhardi, Freiherr v. 139.
Leonhardt, Gerhard Adolph Wilhelm, preußiſcher Juſtizminiſter 486.
Leopold I., König der Belgier 185.
Leopold II., König der Belgier 510.
Linde, Dr., Bundestagsgeſandter für Liechtenſtein 214.
Linden, v., württembergiſcher Staatsmann 68.
Lippe, Leopold, Graf zur, preußiſcher Juſtizminiſter 411. 412. 413. 415. 417.
Lippe, v., Flügeladjutant 547.
Liſtenwahl 376 f.
Loën, Freiherr v., preußiſcher Militärbevollmächtigter in St. Petersburg 303. 304. 367.
Londoner Conferenzen (1851/52): 51. 53. 109.
Loucadou, v., preußiſcher Officier 346.
Louis Napoleon 42. 43. 109. 117; vgl. Napoleon III.
Louis Philipp, König von Frankreich 216.
Lübers, Alexander Nicolajewitſch, ruſſiſcher General 181.
Ludwig, Prinz von Baden 544.
Ludwig I., König von Bayern 36. 186.
Ludwig II., König von Bayern 471. 492. 493. 510. 518. 531. 532. 533. 534.
Ludwig IV., Großherzog von Heſſen 215. 244.
Luhdorf, Kaufmann aus Elberfeld 327.
Luiſe, Großherzogin von Baden 544.
Luiſe, Prinzeſſin von Heſſen-Kaſſel 28.
Lütcken, v., hannöverſcher Miniſterpräſident 175. 212.
Luther, Martin 461.
Luze, de 246.
Lynar, Graf Ottokar v., Attaché bei der preußiſchen Bundestagsgeſandtſchaft 27.

M

Mac Mahon, franzöſiſcher Marſchall 497.
Madai, Guido v., Polizeipräſident von Berlin 454. 458.

Maigeſetze 478.
Mainz. Pulverexploſion, preußiſche Anträge auf Erweiterung der Feſtungsanlagen 265. 268.
Majoriſirung Preußens am Bundestag 290 f.
Malet, Alexander, engliſcher Geſandter am Bundestag 187.
Manteuffel, Karl Rochus Edwin, Freiherr v., preußiſcher Generalfeldmarſchall, Statthalter von Elſaß und Lothringen 4. 5. 191. 194. 238. 346. 356. 400. 521. 526.
Manteuffel, Karl, Freiherr v., Unterſtaatsſecretär im Miniſterium des Innern 11. 14. 32. 34. 40. 62. 187.
Manteuffel, Otto, Freiherr v., preußiſcher Miniſterpräſident, Miniſter des Auswärtigen 2. 4. 5. 6. 7. 10. 11. 13. 14. 16. 17. 18. 20. 21. 23. 24. 26. 27. 28. 29. 30. 33. 34. 35. 36. 39. 40. 41. 44. 51. 52. 53. 54. 56. 58. 60. 61. 62. 63. 64. 68. 69. 71. 74. 75. 76. 80. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 103. 107. 111. 112. 113. 114. 116. 117. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 126. 142. 143. 144. 147. 152. 153. 154. 163. 166. 167. 168. 170. 171. 173. 175. 178. 179. 182. 186. 187. 188. 189. 194. 195. 203. 205. 206. 212. 213. 215. 218. 219. 222. 223. 224. 227. 228. 230. 231. 232. 233. 234. 236. 238. 239. 242. 244. 248. 249. 250. 251. 252. 255. 256. 261. 265. 270. 271. 272. 273. 274. 276. 278. 342. — Frau v. Manteuffel 7. 10. 18. 22. 30. 40. 41. 44. 56. 58. 74. 83. 93. 107. 125. 147.
Maria, Königin von Bayern 64.
Maria, Königin von Hannover 411.
Maria Thereſia, Kaiſerin 117.
Marſchall von Bieberſtein, Adolph Ludwig, Freiherr v., Großherzoglich badiſcher Kammerherr, badiſcher Bundestagsgeſandter 132 (Charakteriſtik). 140. 198. 244.
Marwitz, v. d. 420. 421.
Matthies, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrath 96. 97. 98. 99. 100. 101.
Maximilian II., König von Bayern 55.
Meinung, öffentliche 291.
Menzikow, Alexander Sergewitſch, Fürſt, ruſſiſcher Admiral, Generaladjutant des Kaiſers Nicolaus I. 253.
Menzikow, Fürſtin 335. 336.
Metternich, Fürſt Clemens, öſterreichiſcher Staatskanzler 177.
Metternich, Fürſt Richard, öſterreichiſcher Diplomat 348.
Metz, A., Advocat 303.
Meuſebach, Freiherr v., preußiſcher Conſul in Bukareſt 83. 169.
Meyendorff, Peter, Freiherr v., ruſſiſcher Diplomat 43. 84. 106. 107. 145. 173.
Meyer, Staatsanwalt 35.
Meyſenbug, Wilhelm Rivalier, Freiherr v., Großherzoglich badiſcher Staatsmann 245. 251. 269.
Meyſenbug, Freiherr v., öſterreichiſcher Hof- und Miniſterialrath 270.
Michael Nicolajewitſch, ruſſiſcher Großfürſt 319.
Mikado-Taikun = Kanzler und Präſident des Bundeskanzleramts 435.
Mikrokosmus, bundestäglicher 280.
Militärbudget, preußiſches 331.
Militärvereine. Bedeutung der M. 418.
Minden-Jahdebuſen, Eiſenbahn 259.
Minutoli, Julius, Freiherr v., Polizeipräſident von Berlin 325.

Miquel, Johannes 441. 442.
Mißheirathen der Auguſtenburger und Glücksburger 357.
Mittelſtaaten, deutſche. Feindſchaft der d.n M. gegen Preußen 204. 288 f.
Mittnacht, Hermann v., württembergiſcher Miniſterpräſident 464. 466. 468. 469.
Mohrenheim, v., ruſſiſcher Diplomat 333.
Montebello, Napoléon Auguſte, Herzog v., franzöſiſcher Geſandter in St. Petersburg 323.
Montgelas, Ludwig Max Joſeph, Graf v., bayeriſcher Diplomat 297. 315.
Morny, Herzog v. 368. 369.
Motley, John Lothrop, amerikaniſcher Diplomat und Geſchichtſchreiber 281. 285.
Mouſtier, Marquis de, franzöſiſcher Staatsmann 166. 173. 229. 243. 251.
Mugurilli 181.
Müller, Andreas, Profeſſor 320.
Münch-Bellinghauſen, Eduard Joachim, Graf v., öſterreichiſcher Bundestagsgeſandter 128. 133.
Münch-Bellinghauſen, Freiherr v., Großherzoglich heſſiſcher Bundestagsgeſandter 26. 133 f. (Charakteriſtik). 140. 198. 214.
Münchhauſen, Alexander, Freiherr v., hannöverſcher Miniſter des Kgl. Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten 21. 23. 24. 30. 31.
Münchhauſen, Freiherr v., Oberpräſident der Provinz Pommern 425. 426.
Münſter, Graf Hugo v., preußiſcher Militärbevollmächtigter in St. Petersburg 181. 253. 300.
Münſter-Ledenburg, Georg Herbert, Graf zu, hannöverſcher (deutſcher) Staatsmann 297. 488.

N

Nakhimow, ruſſiſcher Admiral 144.
Napoleon III., Kaiſer der Franzoſen 42. 43. 109. 232. 261. 298. 306. 309. 311. 321. 346. 347. 348. 368. 369. 370. 402. 406. 488. — Napoleoniſtiſcher Hunger 401.
Napoleon, Prinz (Jérôme, Plon-Plon) 260. 261. 262. 509.
Nationalverein 303.
Natzmer, v. 380. 381.
Neſſelrode, Karl Robert, Graf v., ruſſiſcher Reichskanzler 26. 29. 38. 56. 69. 70. 71. 82. 83. 105. 326. 327.
Neſſelrode-Ereshoven, Gräfin Marie v. 262.
Neuenburger Frage 256. N. Conferenzen 398.
Nicolaus I., Kaiſer von Rußland 3. 38. 55. 56. 63. 83. 144. 145. 179. 182. 219. 249. 300. 335.
Niebuhr, Marcus Carſten Nicolaus v., preußiſcher Geheimer Cabinetsrath 190. 208. 212.
Nobiling, Karl Eduard 542.
Norddeutſcher Bund. Proviſoriſcher Charakter des N. B.es 405.
Nordſchleswigſche Frage 412.
Noſtitz, Auguſt Ludwig Ferdinand, Graf v., preußiſcher General der Cavallerie, preußiſcher Geſandter in Hannover 24. 29. 30. 32. 52. 53. 94. 173. 269. 378. 388.
Noſtitz und Jänckendorf, Julius Gottlob v., Wirkl. Geheimer Rath, Kgl. ſächſiſcher Bundestagsgeſandter 27. 37. 129 (Charakteriſtik). 130. 140. 182. 197. 243.
Noſtitz-Wallwitz, Hermann v., Kgl. ſächſiſcher Miniſter 489. 490.

O

Obernitz, v., Oberſtlieutenant 343.
Obolenski, Fürſtin v. 305.

Odescalchi, Fürſtin v. 483.
Officiere, preußiſche. Beſoldungsverhältniſſe der p.n O. 4.
Olfers, v., Generaldirector der Muſeen 315.
Oppermann 33.
Orlow, Alexei, Fürſt, Vertreter Rußlands auf dem Pariſer Congreß 261.
Oertzen-Leppin, v., Geheimer Rath, mecklenburgiſcher Bundestagsgeſandter 26. 136 f. (Charakteriſtik). 140. 198. 207. 243.
Oscar II., König von Schweden 502.
Osman Paſcha 144.
Osnabrück-Oldenburger Bahn 259.
Oeſterreich fordert Preußen zum Verfaſſungsbruche auf 15. 18 ff. Oeſterreich — ein wunderbarer Geſell 37. Oe.s Intriguen gegen Preußen am Bundestag 42. Oe.s Wunſch nach Zolleinigung mit Preußen und dem Zollverein 48. 69 f. 75 ff. 107 ff. 376. Oe. hetzt Preußen gegen England 120 f. 125. Oe.s Ausſchluß aus Deutſchland bricht dem Katholicismus das Genick 49. Oe.s Vertrag mit Frankreich (1854) 154. Welche Vortheile bietet Oe. die Herſtellung Polens? 202. Oe.s Anſchluß an die Weſtmächte 225. 227. 229. Oe. beantragt beim Bunde die Mobilmachung gegen Rußland 232. 235. Oe.s Uebergewicht im Bunde 287 f. Beeinfluſſung der deutſchen Preſſe durch öſterreichiſche Gelder 291 f. Oe. gegen Ernſt II. von Coburg 303 f. 305.
Oſtſeeprovinzen, preußiſche. Austritt der p.n O. aus dem Bunde 14. 18.
Otterſtedt, Freiherr v., preußiſcher Diplomat 167.
Otto, König von Griechenland 85.
Oubril, Paul v., ruſſiſcher Diplomat 270. 367. 368. 447.

P

Palmerſton, Henry John Temple, Viscount, engliſcher Staatsmann 43. 261.
Paskiewitſch, Iwan Feodorowitſch, Graf Eriwanſki, Fürſt von Warſchau, ruſſiſcher Feldmarſchall 6.
Pergler v. Perglas, Maximilian Joſeph, Freiherr v., bayeriſcher Diplomat 259. 492.
Perponcher-Sedlnitzky, Wilhelm, Graf v., preußiſcher Diplomat 307. 308.
Petersdorff, v., Flügeladjutant 547.
Pfeuffer, v., bayeriſcher Miniſter 454.
Pfordten, Karl Heinrich Ludwig v. d., bayeriſcher Staatsmann 55. 68. 84. 124. 178. 184. 218. 219. 257. 258. 269. 292. 393.
Pfretzſchner, Adolph, Freiherr v., bayeriſcher Staatsmann 468. 469. 470. 471. 510.
Philipsborn, v., Director im preußiſchen Miniſterium 66.
Pia, Königin von Portugal 508.
Piepmeierei, allgemeine 202.
Pius VII., Papſt 147.
Pius VIII., Papſt 147.
Pius IX., Papſt 483. 508. 509.
Platen-Hallermund, Adolph, Graf v., hannöverſcher Staatsmann 68. 81. 82. 84. 85. 86. 254. 255. 258. 259. 268. 270.
Pleſſen, v., Flügeladjutant 544.
Pleſſen, Baron Otto v., däniſcher Diplomat 271.
Plombplomb (Plon-Plon) ſ. Napoleon, Prinz.
Polen. Pläne zu einer Herſtellung Polens 201 f. Grund der fran-

zöſiſchen Einmiſchung in die polniſchen Angelegenheiten 347.
Politik, eine peſſimiſtiſche, bleibt immer eine ſchlechte 122.
Pommer-Eſche, v. 353.
Pommern. Senfft v. Pilſachs Antrag, den Kronprinzen zum Oberpräſidenten von P. zu ernennen 390 ff.
Pourtalès, Albert, Graf v., preußiſcher Diplomat 98. 101. 145. 146. 321.
Preſſe. Beeinfluſſung der deutſchen P. durch öſterreichiſche Zwanziger 291 f. — Preßverordnungen vom 1. Juni 1863: 345. Proteſt des Kronprinzen gegen die P.-V. 349 ff.
Preußen. Beſoldungsverhältniſſe der preußiſchen Officiere 4 f. Das ſpecifiſche Preußenthum ſteht der Legitimität und dem deutſchen Rechtsſinn feindlich gegenüber 47. Preußen der „Parvenu" 117. Preußens Stellung zu Oeſterreich und den Mittelſtaaten 124. Welche Haltung hat Preußen im Krimkriege gegenüber Oeſterreich und Rußland einzunehmen? 154 f. 156 f. 160 ff. — Preußiſch-öſterreichiſcher Vertrag vom 20. April 1854: 162. 168 f. 170. 171 f. 174. 176. 179 f. 183. 199. 210. 235. Beitritt des Bundes zum Vertrag 183 f. 186 f. 195. 203. 205 f. 207. Abſicht Friedrich Wilhelms IV., den Vertrag durch einen article unique zu erſetzen 210. Zuſatzartikel vom 26. November 1854: 220 f. — P. verdankt ſeine Stellung als Großmacht ſeinem guten Schwerte 209. Der deutſche Bund für Preußen eine Feſſel und ein Gebrechen 287 ff. Preußens Mobilmachung 1859: 299. Der Mangel der Politik P.s die Unwahrhaftigkeit gegen P. ſelbſt 209. Beziehungen P.s zu Rußland 309. 310 f. P. hat nicht den Beruf, den Don Quixote der Legitimität zu machen 325. Unzufriedenheit mit P. in den annectirten Ländern 411 f. 413. 414 ff.
Preußiſches Wochenblatt 16. Artikel über die Luxemburger Verfaſſungsangelegenheit 95 ff. 97. 98 ff.
Prokeſch-Oſten, Anton, Freiherr (Graf) v., öſterreichiſcher Diplomat 15. 17. 18. 20. 25. 66. 72. 83. 91. 104. 107. 113. 114. 115. 116. 118. 119. 120. 121. 125. 126 (Charakteriſtik). 129. 141. 142. 144. 189. 203. 205. 206. 213. 214. 235. 236. 243. 248. 250.
Pückler, Graf, Oberhofmarſchall 346. 428. 429.
Pufendorf, Samuel, Freiherr v. 317.
Punkte, vier, von 1854: 219, von 1860: 323.
Puttkamer, Bernhard v. 381. 387.
Puttkamer, Heinrich v. 212.
Puttkamer, Robert Victor v., Regierungspräſident (nachmals Miniſter) 456.

Q

Q. (?), Regierungsrath 184.
Quehl, Nino, Referent der Centralſtelle für Preßangelegenheiten in Berlin, ſpäter preußiſcher Generalconſul 9. 83. 120. 184.

R

Radetzky, Joſeph Wenzel, Graf v., öſterreichiſcher Feldmarſchall 264.
Radolinski, Graf Hugo, Oberhofmarſchall 547. 548.
Radowitz, Joſeph Maria v., preußiſcher General und Staatsmann 91. 92. 97. 124.

Radowitz, Joſeph Maria v., deutſcher Diplomat 400. 430. 445. 446. 448. 494.
Rainer, öſterreichiſcher Erzherzog 508.
Rantzau, Graf Cuno zu 518.
Raſtatt 267. 277.
Rechberg, Johann Bernhard, Graf v., öſterreichiſcher Staatsmann 104. 248. 250. 265. 268. 269. 303. 304.
Rechenberg, Julius, Freiherr v., preußiſcher Legationsrath 286.
Reedz, däniſcher Miniſter 6.
Regensburg. Conſeil in R. (21. Juli 1865) 393.
Regentſchaft des Prinzen Wilhelm 274 ff.
Reich, Deutſches. Föderative Grundlage des R.s 511. 532. Reichsminiſter ſind nach der Verfaſſung des Deutſchen R.s unmöglich 511. 512.
Reichenſperger, Auguſt und Peter 134.
Reinhard, v., Geheimer Legationsrath, württembergiſcher Bundestagsgeſandter 131 (Charakteriſtik). 140. 186. 187. 197. 213. 269.
Reiſach, Cardinal der römiſchen Kirche 484.
Reitzenſtein, Freiherr v., preußiſcher General 230.
Reumont, Alfred v. 253.
Reuß, Prinz Heinrich VII., preußiſcher (deutſcher) Diplomat 346. 349. 364. 366. 369. 370. 401. 408. 409. 436. 437. 531.
Reutern, v., ruſſiſcher Staatsſecretär 326.
Rochow, Theodor Heinrich Rochus v., preußiſcher General und Diplomat 3. 5. 8. 10. 25. 27. 38. 56. 73. 146.
Röder, Eugen v. 229.
Roon, Albrecht Theodor Emil, Graf v., preußiſcher Generalfeldmarſchall und Kriegsminiſter 346. 353. 358. 360. 381. 382. 383. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 392. 394. 395. 437. 438. 448. 450. 480. 483.
Roſenberg, Freiherr v., preußiſcher Diplomat 95. 105. 162. 223. 225. 227. 228. 260. 262.
Rothan, Geh. Legationsſecretär bei der franzöſiſchen Geſandtſchaft in Berlin 261.
Rothſchild, Mayer Karl, Baron v. 111. 112.
Rudhart, v., bayeriſcher Geſandter in Berlin 492.
Rudloff, preußiſcher Aſſeſſor (Regierungsrath) 2. 9. 27.
Rüdt v. Collenberg-Hainſtadt, Franz, Freiherr v., badiſcher Miniſter des Innern 240.
Rußland. Haltung R.s gegenüber dem Kaiſerthum Napoleons III. 114. R.s Niederlage im Krimkriege 181. R.s Flotte im Schwarzen Meere 253. Gedanke einer entente zwiſchen R. und Frankreich 309 f. Ruſſiſche Truppenaufſtellung (1877) 492 f.

S

Sachſen. Verträge mit S. im Jahre 1866: 403. 405.
Saint Vallier, Charles Raymond de la Croix de Chevrière, Graf v., franzöſiſcher Diplomat 498.
Savigny, Karl Friedrich v., preußiſcher Diplomat 100. 105. 106. 148. 240. 242. 244. 245. 248. 249. 250. 396. 409. 410. — Frau v. S. 242. 245.
Scandinaviſche Union 256.
Scariatin, Jägermeiſter 437.
Scheel, däniſcher Miniſter 255. 256.
Scheele, v. 441. 442.
Schele v. Schelenburg, Eduard Friedrich Auguſt v., hannöver-

ſcher Staatsmann 22. 26. 44. 45. 53. 71. 72. 87. 88. 89. 109.
Schellwitz, v. 33.
Scherff, v., niederländiſcher Bundestagsgeſandter für Luxemburg und Limburg 101. 135 (Charakteriſtik). 140.
Schilder, ruſſiſcher General 181.
Schlegell, v., preußiſcher General 241.
Schleinitz, Alexander Guſtav Adolph, Freiherr v., preußiſcher Staatsminiſter (Hausminiſter) 278. 279. 280. 281. 286. 287. 294. 295. 301. 304. 305. 306. 308. 312. 315. 316. 318. 320. 323. 326. 328. 329. 331. 332. 334.
Schleswig-holſteiniſche Frage (1863 bis 1864) 379. Klagen der Schleswig-Holſteiner über preußiſches Ungeſchick 412. 416. Vgl. däniſche Frage, holſteiniſche Frage.
Schlieffen, Albert Hermann Alexander, Graf v., preußiſcher Geheimer Rath im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten 17. 189. 190.
Schlözer, Curd v., deutſcher Diplomat 332.
Schmerling, Joſeph, Ritter v., öſterreichiſch. Militärbevollmächtigter in Frankfurt a. M. 285.
Schnäbele 505.
Schönborn, Graf v. 298.
Schönburg, Fürſtin 85.
Schrenck, Karl, Freiherr v., bayeriſcher Staatsmann 121. 129 (Charakteriſtik). 140. 182. 195. 197. 214. 236. 257. 292.
Schuhmann, Vortragender Rath im Staatsminiſterium 456.
Schulenburg, v. d., preußiſcher Diplomat 101. 103. 105.
Schutzzoll 47.
Schuwalow, Graf Peter, ruſſiſcher Staatsmann 409. 514. 530.
Schwarck-Stieber 322. 326.
Schwarzenberg, Felix Ludwig Johann Friedrich, Fürſt v., öſterreichiſcher Staatsmann 17. 18. 20. 25. 36. 38. 42. 43. 45. 46. 52. 53. 54. 80. 201.
Schweinitz, Hans Lothar v., General, deutſcher Botſchafter in Wien bez. Petersburg 337. 338. 339. 378.
Schwerin-Putzar, Maximilian, Graf v. 234.
Schwurgerichtshöfe. Hannöverſches Geſetz, betr. die Beſchränkung der Zuſtändigkeit der Sch. 254.
Sebaſtopol 232. 234.
Seckendorff, Götz Burkhard, Graf v., Kgl. preußiſcher Kammerherr und Oberhofmeiſter 538. 539.
Seiffarth, Director der Oberrechnungskammer 353.
Seinsheim, Maximilian Joſeph Erkinger, Graf v., bayeriſcher Reichsrath 298.
Semnitza 181.
Senfft v. Pilſach, Ernſt, Freiherr v., Oberpräſident der Provinz Pommern 41. 344. 345. 390. 391. 392.
Sermoneta, Michel-Angelo Principe di Teano, Duca di 509.
Seutter v. Lötzen, Freiherr v., badiſches Mitglied der Bundesmilitärcommiſſion 240.
Silberverkäufe des Reichs 491.
Simons, preußiſcher Juſtizminiſter 163.
Simſon, Martin Eduard, Präſident des Appellationsgerichts in Frankfurt a. O., ſeit 1879 Präſident des Reichsgerichts 424. 425. 519. 520. 537. 538.
Sinope. Seeſchlacht bei S. (30. Nov. 1853) 144. 253.
Solferino. Schlacht bei S. (24. Juni 1859) 300.
Sophie, Königin von Holland 305.

Sophie, Erzherzogin von Oeſterreich 45.
Soutzo, Fürſt 296.
Spiegel, v., Erzbiſchof von Köln 377.
Spiegel, v., Oberſt, Kgl. ſächſiſches Mitglied der Bundesmilitärcommiſſion 285.
Spitta, Kämmerer in Brandenburg a. H. 12.
Stackelberg, Freiherr v., ruſſiſcher Diplomat 329.
Statut organique 335.
Steinberg, v., hannöverſcher Geſchäftsträger in Berlin 21. 30. 31.
Stellvertretung des Reichskanzlers 510 ff.
Steuerverein 31.
Stockhauſen, v., preußiſcher Kriegsminiſter 4.
Stolberg-Wernigerode, Graf Anton zu, Oberſtkämmerer 50. 51. 152. 153.
Stolberg-Wernigerode, Graf Eberhard zu 152. 153.
Stolberg-Wernigerode, Graf Otto zu, deutſcher Staatsmann 513. 516. 518. 528.
Stolberg-Wernigerode, Graf Theodor zu, Attaché bei der preußiſchen Bundestagsgeſandtſchaft 39. 51. 113.
Stoſch, Albrecht v., preußiſcher General 429.
Stroſſer, Bürgermeiſter von Herford 353.
Suezcanal 427.
Syriſche Frage 330. — Syriſcher Tractat 313.

T

Taddel, Abgeordneter 387.
Tallenay, Marquis v., franzöſiſcher Diplomat 206.
Tann-Rathſamhauſen, Ludwig Samſon, Freiherr v. und zu der, bayeriſcher General 364.
Teplitzer Zuſammenkunft (26. Juli 1860) 312. 313.
Teſſendorf, Staatsanwalt 458.
Thile, Hermann v., preußiſcher Staatsmann 283. 370. 375. 394. 409. 410. 436.
Thouvenel, Edouard Antoine, franzöſiſcher Staatsmann 323. 347.
Throncandidatur, ſpaniſche 436.
Thun und Hohenſtein, Graf Friedrich v., öſterreichiſcher Staatsmann 3. 15. 26. 27. 37. 44. 96. 104. 125. 153. 166. 189. 228. 306.
Titoff, v., ruſſiſcher Diplomat 187.
Trepoff, Polizeidirector von Petersburg 408.
Trott, v., Kurfürſtlich heſſiſcher Bundestagsgeſandter 133 (Charakteriſtik). 140. 198.
Turgot, franzöſiſcher Miniſter des Auswärtigen 42. 144.
Turnu 181.
Turtukai 181.
Tweſten, Karl 243.

U

Ugolino 310.
Uhden, Karl Alexander v., preußiſcher Staatsmann 6. 189.
Ungarn. Streben U.s nach Perſonalunion mit Oeſterreich 330.
Unruh, Hans Victor v. 303. 305.
Uſedom, Karl Georg Ludwig Guido, Graf v., preußiſcher Diplomat 231. 237. 241. 286.

V

Varennes, franzöſiſcher Diplomat 114.
Vatel, Lehrer des Völkerrechts 317.
Venetien. Werth V.s für Deutſchland 324.

Verfaſſung, preußiſche. Artikel 99 der p.n V. 340.
Vicari, Erzbiſchof von Freiburg 147. 149.
Victor Emanuel II., König von Italien 473. 474. 508.
Victoria, Königin von England 185. 231. 318. 488.
Victoria, princess royal, Kronprinzeſſin von Preußen und des Deutſchen Reichs 263. 264. 338. 391. 403. 406. 474. 509. 538. 540. 543.
Victoria Auguſta, Prinzeſſin 537.
Villers, Ludwig Victor, Marquis v., Kgl. preußiſcher Regierungspräſident 353.
Vincke, Ernſt Friedrich Georg, Freiherr v. 1. 50. 226. 328.
Vincke-Olbendorf, Karl Friedrich Ludwig, Freiherr v., Oberſtlieutenant 340.
Virchow, Rudolph 379—389.
Visconti-Venoſta, Emilio, Marcheſe di, italieniſcher Staatsmann 473.
Vrints, Frau v. 27.

W

Waddington, William Henry, franzöſiſcher Staatsmann 498.
Wagener, Hermann, Redacteur der Kreuzzeitung, nachmals Geheimer Regierungsrath 253.
Waldersee, Friedrich, Graf v., preußiſcher Kriegsminiſter 27. 190.
Walewski, Alexandre Florian Joſeph Colonna, Herzog, franzöſiſcher Staatsmann 256. 257. 261.
Walujew, Peter Alexandrowitſch, Graf, ruſſiſcher Miniſter 409.
Warſchauer Zuſammenkunft (1851): 3. (1859): 302. 303. (1860): 316. 321. 322. 323. — W. Unruhen (1861) 330.
Watzdorf, Bernhard v., Großherzogl. ſächſiſcher Staatsminiſter 403. 404.
Weber, Polizeiinſpector 454.
Weck, Kaufmann 56. 57.
Wedell, v. 239. 241.
Wentzel, Otto Albert Friedrich Robert v., preußiſcher Legationsrath 27. 95. 141. 147. 164. 188. 190. 205. 207. 208. 212. 213. 228. 235.
Werner, v., Unterſtaatsſecretär im öſterreichiſchen Miniſterium des Auswärtigen 270.
Wertheim, v. 458.
Werther, Wilhelm, Freiherr v., Oberſtmarſchall 146.
Werther, Karl, Freiherr v., preußiſcher (deutſcher) Diplomat 170. 222. 270. 271.
Werthern, Freiherr v., preußiſcher Diplomat 67. 307. 493.
Werthern, Friedrich Karl Anton, Freiherr v., Regierungsvicepräſident in Stettin 391.
Weſtmorland, John Fane, Graf v., engliſcher Diplomat 18.
Weſtphalen, v., preußiſcher Miniſter des Innern 8. 13. 33. 34. 107. 276.
Weſtphäliſche Gemeindeordnung 146.
Wheaton, Henry, amerikaniſcher Staatsmann 317.
Wielopolski, Marquis Alexander 395.
Wiener Conferenzen (1854) 156. 157. 160. 195. 197. 231. 235. 237. Bedenken gegen die Betheiligung des Deutſchen Bundes an den W. C. 197. 209. W. Protokolle 157. 161. 163. 173.
Wilhelm, Prinz v. Preußen 36. 98. 99. 124. 135. 142. 143. 154. 164. 165. 166. 167. 170. 223. 224. 227. 248. 263. 268. 273. 274. 276. 277. 278. 281. 290. 294. 295. 298. 300. 302. 303. 304. Prinzregent: 311. 314. 315. 316. 318. 322.

König (Kaiſer) W. I.: 328. 329. 331. 334. 336. 337. 338. 340. 349. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 358. 365. 366. 368. 369. 370. 376. 378. 379. 380. 390. 392. 393. 395. 396. 397. 400. 401. 403. 404. 406. 407. 408. 410. 413. 417. 420. 424. 426. 428. 429. 431. 432. 433. 434. 435. 440. 443. 444. 449. 450. 455. 457. 463. 464. 467. 468. 473. 485. 488. 489. 508. 515. 521. 522. 523. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 538. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547.

Wilhelm III., König der Niederlande 135.

Wilhelm I., König von Württemberg 65. 66. 73. 93. 131. 132.

Wilhelm, Herzog von Braunſchweig 136.

Wilhelm, preußiſcher Prinz (Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III.) 22.

Wilhelm, preußiſcher Prinz (Kaiſer Wilhelm II.) 537. 547.

Wilhelmshaven 146.

Willisen, General v. 241. 245.

Wilmowski, v., Chef des Civilcabinets 455.

Windiſchgrätz, Alfred Candidus Ferdinand, Fürſt v., öſterreichiſcher Feldmarſchall 45. 46.

Wintzingerode, Friedrich Gerhard, Freiherr v., Herzogl. naſſauiſcher Staatsminiſter 63. 66.

Witzleben, v., Oberpräſident der Provinz Sachſen 6. 353.

Wölfel, Abgeordneter 417.

Wolkenſtein, Graf v. 49.

Wrangel, Friedrich Heinrich Ernſt, Graf v., preußiſcher Generalfeldmarſchall 358.

Wrſchowetz, Graf v. 191.

Wurmbrandt, Graf v. 45. 46. 47.

Y

Yſenburg-Birſtein, Fürſtin Maria v. 185.

Yſenburg, Prinz, preußiſcher Diplomat 278.

Z

Zimmermann, Generaldirector des hannöverſchen Geſammtminiſteriums 268. 278.

Zitelmann, preußiſcher Regierungsrath 105. 215. 231. 387.

Zollverein. Intriguen gegen den Zollverein Preußens mit Hannover 31. Politiſche Bedeutung des Zollvereins 75. 76 ff. 78. Zollvereinskriſis von 1852: 65 ff. Zollconferenzen, Berliner 1852: 55. 73. 93. 94 (Münchener Erklärung). Wiener Zollconferenzen 57. 77. 105. 107 f. Verhandlungen im Z. über Einführung des neuen Tarifs 371 ff. Antrag Englands auf Abſchluß eines Handels- und Schifffahrtsvertrags mit dem Z. 372 f.

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart